

Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

ROSA LUXEMBURG

Band 3

Juli 1911 bis Juli 1914

GESAMMELTE WERKE



Dietz Verlag Berlin 1973

Redaktion:

G. Adler, Brigitte Hoeft, Elke Kleeberg, Dr. G. Radczun
unter Mitarbeit von Gisela Keck und Elisabeth Piwka
Leitung der Redaktion: Dr. G. Radczun

Vorwort

Die Arbeiten Rosa Luxemburgs, die in dem vorliegenden Band veröffentlicht werden, entstanden am Vorabend des ersten Weltkrieges.

Die Jahre von 1911 bis Juli 1914 waren die Periode einander ablösender europäischer Krisen und partieller Kriege: Frankreich besetzte im Mai 1911 die marokkanische Hauptstadt Fez. Die deutsche Regierung entsandte das Kanonenboot „Panther“ und den leichten Kreuzer „Berlin“ in den südmarokkanischen Hafen Agadir, um die Interessen deutscher Monopolgruppen an marokkanischem Erz gegen die französischen Imperialisten geltend zu machen. Italien stritt in Nordafrika mit der Türkei um koloniale Interessen und annektierte Tripolitanien und die Cyrenaica. Im Oktober 1912 begann der erste Balkankrieg, der sich als nationaler Befreiungskrieg der Balkanstaaten Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien gegen die Türkei richtete; die Griechen besetzten Saloniki, die Bulgaren kamen fast bis nach Konstantinopel, die Serben drangen in Richtung Adria vor. Kaum war der kriegerische Konflikt durch den Präliminarfrieden beendet worden, brachen auf dem Balkan neue Gegensätze zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland andererseits auf. Überall begegneten sich in diesen Konflikten die gegensätzlichen ökonomischen und politischen Interessen der imperialistischen Großmächte Deutschland, England, Frankreich und Rußland. Zwar konnten sie auf diplomatischem Wege zeitweilig noch ausgeglichen werden, jedoch in rasch aufeinanderfolgenden politischen Krisen brachen die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten immer wieder auf und spitzten sich unaufhaltsam zu.

Über die geschichtliche Dialektik dieser Zeit schreibt der Historiker Fritz Klein: „Mit der zweiten Marokkokrise begann eine Zeit internatio-

Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1973

Printed in the German Democratic Republic

Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1

Lektor: Sonja Auerswald

Typografie: Horst Kinkel

Einband und Schutzmusschlag: Horst Wessler

Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker“, Leipzig,

III 18 138 · ES 6B6, 5C4 · 12,50

736 080 4

naler Zusammenstöße und kriegerischer Auseinandersetzungen, die sich von 1911 bis zum Ausbruch des Weltkrieges in kaum unterbrochener Folge hinzogen und verschärften. Die Streitobjekte in diesen Konflikten – Marokko sowie der afrikanische und europäische Besitz der Türkei – hatten, bei aller Verschiedenheit der speziellen Interessen, derentwegen um sie gekämpft wurde, eines gemeinsam: Es waren die letzten Gebiete, die angegriffen werden konnten, ohne das internationale Kräfteverhältnis und die Interessen einer der Großmächte so unmittelbar zu stören, daß mit Notwendigkeit ein großer Krieg entstehen mußte. Die entscheidende Macht aber lag in allen Staaten Europas in den Händen aggressiver imperialistischer Kreise. Daher rückte jede dieser Auseinandersetzungen zugleich mit ihrer Beilegung nur um so rascher die Frage der Neuverteilung der Erde und damit eines Weltkrieges stärker in den Vordergrund.¹

Dieser mit militärischer Gewalt geführte Kampf um neue Märkte und Einflußsphären war Resultat des verstärkten Waren- und Kapitalexports einer monopolisierten Großindustrie mit starker Finanzbourgeoisie. Mit 6 Milliarden Mark gab Hugo Haase auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 den jährlichen Kapitalexport von Deutschland, Frankreich und England an.²

Die in der Jagd nach neuen Märkten, Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebieten aufbrechenden Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern ließen die militärische Gewalt immer stärker zur ökonomischen und politischen Potenz im Weltmaßstab werden. Auf die Bewilligung der Militär- und Marineforderungen von 650 Millionen Mark durch den deutschen Reichstag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie erhöhte die englische Regierung ihr Militärbudget um 19,8 Millionen Mark, und das französische Parlament bewilligte eine einmalige Ausgabe von 3 Millionen und eine dauernde Ausgabe von 14 Millionen Mark pro Jahr für Militärzwecke.³ 1911 wurde die Präsenzstärke des deutschen Heeres um 10 000 Mann, 1912 um 29 000 Mann erhöht⁴; 1913 war die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres von 683 000 auf über 800 000 Mann bis Herbst 1914 und auf fast 900 000 Mann bis Herbst 1915 vorgesehen.⁵

1 Deutschland im ersten Weltkrieg. Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Bd. 1, Berlin 1968, S. 100.

2 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S. 406.

3 Ebenda, S. 408.

4 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil I, Berlin 1965, S. 263, 271.

5 Ebenda, S. 277.

Der deutsche Imperialismus, zur stärksten Industriemacht in Europa geworden, steuerte in diesen Jahren immer rascher auf einen Eroberungskrieg zur Neuauftteilung der Welt hin.

Die neuen sozialen und politischen Erscheinungen, die von Ökonomen und Politikern seit der Jahrhundertwende wahrgenommen wurden, drängten sie zur theoretischen Verallgemeinerung. Die Zeit der Sammlung und Sichtung des ökonomischen Stoffes, die – worauf Friedrich Engels hingewiesen hatte¹ – für einen klaren Überblick über die ökonomische Geschichte einer gegebenen Periode nötig ist, war abgeschlossen. Revolutionäre Sozialdemokraten hatten in dieser Periode einzelne neue Charaktermerkmale des Kapitalismus erkannt.² Das Ringen um die Erkenntnis der allgemeinen, grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, durch die er als neues und letztes Stadium des Kapitalismus begriffen werden konnte, stand in der deutschen Sozialdemokratie jetzt im Mittelpunkt der theoretischen und praktisch-politischen Diskussion. Sozialdemokratische Publikationsorgane öffneten bereitwillig für die Erörterung der Fragen des Imperialismus ihre Spalten, daneben erschienen so bedeutende und umfangreiche Werke wie 1910 Hilferdings „Finanzkapital“ und 1913 die „Akkumulation des Kapitals“³ von Rosa Luxemburg. Die Sozialdemokratie hatte 1912 die Erörterung des Imperialismus auf das Programm ihres Parteitages gesetzt. Die Diskussion um das Wesen des Imperialismus entsprang dem Bedürfnis, die politischen und ökonomischen Erscheinungen in den sozialen Entwicklungsprozeß einzurordnen und die bisherige Taktik des proletarischen Kampfes zu überprüfen.

„Die Fragen des Militarismus und Imperialismus stellen heute die Zentralachse des politischen Lebens dar, in ihnen und nicht etwa in der Frage der Ministerverantwortlichkeit und anderen rein parlamentarischen Forderungen liegt der Schlüssel zur politischen Lage“⁴, schrieb Rosa Luxemburg nach dem großen Erfolg der deutschen Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1912 mit aller Dringlichkeit gegen den zunehmenden parlamentarischen Kretinismus. Alle politischen Fragen der Zeit ließen sich für Rosa Luxemburg auf den Imperialismus zurückführen, und stärker als in ihren Arbeiten vor 1910 drängte sich ihr im Zusammen-

1 Siehe Friedrich Engels: Einleitung [zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx (Ausgabe 1895)]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, Berlin 1969, S. 511.

2 Siehe Vorwort. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1, Erster Halbbd., Berlin 1972, S. 6*/7*.

3 Die Schriften Rosa Luxemburgs zu Fragen der politischen Ökonomie, darunter auch „Die Akkumulation des Kapitals“, werden in einem gesonderten Band herausgegeben und besprochen.

4 S. 95 des vorliegenden Bandes.

hang mit ihren Jubiläumsartikeln „Märzenstürme“, „Nach 50 Jahren“, „Fünfundzwanzig Jahre Maifeier“¹ und anderen die sozial-historische Bilanz auf. Hatte sie in ihrer ökonomischen Arbeit „Die Akkumulation des Kapitals“ abstrakt-allgemein und falsch den Imperialismus als den politischen „Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in seinem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nicht-kapitalistischen Weltmilieus“² bezeichnet, so schimmerte zwar in ihrer Bilanzsicht diese Definition überall durch, aber die Charakterisierung des Imperialismus war reicher und erfaßte wesentliche soziale Merkmale.

„Das Zeichen“, schrieb sie, „unter dem sich diese ganze Entwicklung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete vollzogen hat, die Formel, auf die sich ihre Ergebnisse zurückführen lassen, heißt *Imperialismus*.“³ Im Imperialismus sah Rosa Luxemburg kein neues Element, sondern eine gesetzmäßige und damit notwendige Entwicklungsphase des Kapitalismus. Über die ökonomische Basis des Imperialismus schrieb sie: „Die kapitalistische Produktion, die Industrialisierung der Welt ist im letzten Vierteljahrhundert mit Riesenschritten vorwärtsgegangen. Der technische Fortschritt auf allen Gebieten, namentlich in der Elektrotechnik, in der chemischen Industrie, die Eroberung des Luftmeeres für den Verkehr haben einen ungeahnten Aufschwung genommen. Gleichzeitig haben die Konzentration des Kapitals, der industrielle Betrieb, der Ausbau der Kartelle und Trusts, das Emporkommen des zusammengeballten Bankkapitals und sein internationaler Einfluß die Übermacht der herrschenden Ausbeuterklasse ins Gigantische gesteigert . . . Für die arbeitenden Massen hat dieser Umschwung auf Schritt und Tritt nur neues Elend, neuen Druck und neue Sklaverei mit sich gebracht. Die Industrialisierung der Welt ist für sie mit der Proletarisierung neuer Millionen und aber Millionen identisch . . . Die Trutzburgen des konzentrierten Kapitals, die Kartelle und Unternehmerverbände, haben eine Ära von Massenaussperrungen und einen unaufhörlichen Krieg gegen die Koalitionen der Arbeiter eingeleitet.“⁴

Das Kapital, schrieb sie 1914, hat seine Weltherrschaft errichtet, aber zugleich damit auch sein Ende verkündet.⁵ Der Imperialismus hat nicht nur die sozialen Widersprüche und Gegensätze mit dem Kapitalismus

1 Siehe S. 146–151, 208–211 u. 435–438 des vorliegenden Bandes.

2 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913, S. 423.

3 S. 193 des vorliegenden Bandes.

4 S. 435/436 des vorliegenden Bandes.

5 Siehe S. 436 des vorliegenden Bandes.

gemeinsam, sondern er hat diese zugespitzt. In dieser Entwicklung sah Rosa Luxemburg nicht nur eine quantitative Steigerung, sondern einen Umschlag in eine neue Qualität. Die historische Bedeutung des Imperialismus erfaßte Rosa Luxemburg darin, daß er die Schlußphase der kapitalistischen Entwicklung ist – eine Übergangsperiode zu der nächst höheren Gesellschaftsordnung, dem Sozialismus.¹

Von dieser Erkenntnis ausgehend, sah sie von 1910/1911 an immer stärker die politische Hauptaufgabe der deutschen Sozialdemokratie als politisch-ideologischem Vortrupp der Klasse darin, diese historische Tendenz zu erfassen und dem Proletariat in all seinen Einzelaktionen bewußt zu machen.² Die politische Kritik der deutschen Sozialdemokratie, so forderte Rosa Luxemburg, muß den Imperialismus an seinen ökonomischen Wurzeln angreifen, sie muß antikapitalistisch, an der sozialistischen Revolution und der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln orientiert sein.

Von diesem proletarischen Klassenstandpunkt aus kämpfte sie gegen die kleinbürgerliche Kritik am Imperialismus, wie sie durch den Opportunismus auch in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie vertreten wurde. So trat sie in ihrem Artikel „Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik?“ Bernstein entgegen, der sich auf Moral und Recht berief, als er die Einhaltung des Vertrages von Algeciras, der 1906 zwischen Frankreich und Marokko abgeschlossen worden war, forderte.

In diesem Artikel bewies Rosa Luxemburg, daß der kleinbürgerliche Standpunkt des „praktischen“ Reformpolitikers illusionär war: „Der kapitalistische Imperialismus soll ‚moralisch‘ werden. Das ist ungefähr dasselbe, wie von der Prostitution zu verlangen, sie soll ‚moralisch‘ werden“³, schrieb sie.

Recht waren für die Marxistin Rosa Luxemburg nur die in juristisch verbindliche Gesellschaftsnormen gegossenen Interessen der ökonomisch herrschenden Klassen. So zornig Rosa Luxemburg die heuchlerische Moral der herrschenden Klassen des Wilhelminischen Deutschlands entlarvte⁴, so strikt lehnte sie die kleinbürgerliche moralisierende Kritik der Opportunisten am imperialistischen Herrschaftssystem ab. Die „moralische Entrüstung ist nicht der Maßstab und die Waffe“⁵ des Proletariats, schrieb sie. Die moralische Kritik muß verknüpft sein mit der politischen Klas-

1 Siehe S. 193 des vorliegenden Bandes.

2 Siehe S. 252 des vorliegenden Bandes.

3 S. 28 des vorliegenden Bandes.

4 Siehe S. 84–90 des vorliegenden Bandes.

5 S. 22 des vorliegenden Bandes.

senaufklärung über die Wurzeln des antihumanen Charakters der kapitalistischen Gesellschaft und der Organisierung des Kampfes zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat dienen. Außerhalb dieses Zusammenhangs sprach sie der moralischen Frage jede Daseinsberechtigung im proletarischen Klassenkampf ab. Nicht eine abstrakte, klassenindifferente Moral, sondern die Machfrage stand im Mittelpunkt ihres Denkens und Tuns, und darin wies sie sich als proletarische Internationalistin und damit als echte Humanistin aus.

Rosa Luxemburg fragte, welche Art von Moral und Recht Bernstein eigentlich verfocht – und schrieb: „Nach ihm ist die Algecirasakte das ‚Recht‘, ihre Verletzung ist ‚Rechtsbruch‘. Nun hat Bernstein, der in der Algecirasakte bloß das gleiche Recht aller ‚Handelsnationen‘ in Marokko bemerkt hat, merkwürdigerweise ganz übersehen, daß es außer europäischen Händlern noch einen andern Faktor gibt, der hier auch sozusagen gewisse ‚Rechte‘ hat: Es ist das Volk der Eingeborenen, es sind die Stämme Marokkos, die jetzt rebellieren. Er hat gar nicht bemerkt, daß, indem die Algecirasakte die Souveränität des Sultans von Marokko garantierte, sie damit die Rechte der Eingeborenen mit Füßen trat, daß sie ihnen einen verächtlichen und gemeingefährlichen Blutegel auf den Rücken setzte, der den europäischen ‚Handelsnationen‘ nur dazu dient, den Stämmen Blut abzuzapfen, das ihm nachher in die Taschen der Börsenwölfe ausgepreßt wird.“¹

Rosa Luxemburg zeigte, daß Bernstein, weil er die internationalen Verträge zwischen den Großmächten nicht als juristische Fixierung imperialistischer Interessen betrachtete, die unter einem bestimmten Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten um die Neuauftteilung der Welt abgeschlossen wurden, kurz, diese Verträge nicht vom proletarischen Klassenstandpunkt beurteilte und sie nicht nur als „eine andre Methode der imperialistischen Kriegsführung“² ansah, unversehens die Interessen der Mannesmann und Krupp vertrat.³

„Mit ‚Recht‘ und ‚Moral‘ kann man solche Erscheinungen wie den modernen Imperialismus nicht messen“, schrieb Rosa Luxemburg und ging vorwärts, indem sie dem „Imperialismus, Krieg, Länderraub, Völkerschacher, Rechtsbruch, Gewaltpolitik“ als historische Alternative die sozialistische Revolution entgegenstellte.⁵ „Sucht man aber“, schrieb sie

1 S. 29 des vorliegenden Bandes.

2 S. 28/29 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe S. 30 des vorliegenden Bandes.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

gegen den Opportunismus, „innerhalb der imperialistischen Politik Abhilfe und Lösungsmittel für seine Konflikte und will man sich seinem Sturm und Drang widersetzen, indem man ihn einfach auf das bereits Überwundene zurückzuschrauben versucht, so ist das nicht proletarische, sondern kleinbürgerliche, hoffnungslose Politik. Diese Politik ist im Grunde nichts anderes als stets die Verteidigung des Imperialismus von gestern gegen den Imperialismus von heute.“¹ Rosa Luxemburg konnte aber im Gegensatz zu dem Opportunismus nur vorwärtsgehen, weil sie den Imperialismus als eine neue Epoche des Kapitalismus erkannte, in der objektiv die sozialistische Revolution heranreift.

Von diesem Standort aus kritisierte Rosa Luxemburg auch in ihrem Aufsatz „Unser Marokkoflugblatt“ das Flugblatt des Parteivorstandes zum Marokkokonflikt, das von Karl Kautsky verfaßt worden war. Sie deckte auf, daß in diesem Flugblatt die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik getrennt wurde. So konnte die imperialistische Politik nicht als das gesetzmäßige Produkt der Entwicklung des Kapitalismus in seiner Schlussphase begriffen und der Sozialismus nicht als das vorwärtsweisende Ideal der Arbeiterklasse propagiert werden. Letzten Endes begnügte der Verfasser des Flugblattes sich mit der ethischen Entrüstung über das Unmenschliche der Kriege oder mit dem bornierten „Krämerstandpunkt: Uns Arbeitern blüht kein Geschäft aus der Weltpolitik.“²

Rosa Luxemburg deckte das opportunistische Wesen der Auffassung auf, denn die antikapitalistische Kritik der Sozialdemokratie wurde durch die Behauptung, daß die imperialistische Weltpolitik auch vom Standpunkt des Kapitalismus sinnlos sei, wirkungslos. Die Partei geriet so, schrieb Rosa Luxemburg, in „das Amt, die kapitalistische Weltpolitik und den Militarismus statt vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes vielmehr im Namen einer angeblichen Interessenharmonie in diesem Punkte zwischen dem Proletariat und ‚der Masse der besitzenden Klassen‘ zu bekämpfen!“³

Rosa Luxemburg wies darauf hin, daß dieser kleinbürgerliche, reformistische Standort den proletarischen Internationalismus verriet. „Fügen wir noch hinzu“, schrieb sie, „daß in dem ganzen Flugblatt nicht ein Wort von den Völkern, von den Eingeborenen der Kolonien, von ihren Rechten, Interessen und Leiden infolge der Weltpolitik gesagt wird, daß das Flugblatt mehrmals von der ‚glänzenden englischen Kolonialpoli-

1 Ebenda.

2 S. 33 des vorliegenden Bandes.

3 S. 34 des vorliegenden Bandes.

tik' spricht, ohne den periodischen Hungertyphus der Inder, die Ausrottung der Eingeborenen Australiens, die Nilpferdpeitsche auf dem Rücken der ägyptischen Fellahs zu erwähnen; fügen wir hinzu, daß in dem Flugblatt nicht ein Wort von der beschämenden Lage des deutschen Volkes gesagt wird . . . nicht ein Wort vom Sozialismus und seinen Zielen!"¹

Rosa Luxemburg und ihre Kampfgefährten waren mit der Rolle, die die Sozialdemokratie im Klassenkampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus spielte, höchst unzufrieden; denn die deutschen Linken erkannten deutlich, daß die veränderte Klassenkampfsituation die Partei vor neue Aufgaben stellte, und wieder waren sie, wie in den Jahren 1899, 1905/1906 und 1909/1910, die Drängenden.

In den letzten Jahrzehnten war die deutsche Sozialdemokratie organisatorisch mächtig gewachsen; sie besaß einen weitverzweigten Organisationsapparat und hatte großen Einfluß auf verschiedene andere Arbeiterorganisationen. Im Jahr 1910 hatte die deutsche Sozialdemokratie 720 038 Mitglieder, unter ihnen 82 642 Frauen. In 381 Reichstagswahlkreisen hatte sie 1905 Parteiorganisationen aufgebaut und besaß in ihnen 3831 Ortsvereine. Sie gab 83 eigene Zeitungen heraus, von denen 76 wöchentlich sechsmal erschienen. Die freien, unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaften bestanden aus 53 Zentralverbänden mit 2017 298 Mitgliedern, unter ihnen 161 512 Frauen. 1910 hatte die deutsche Sozialdemokratie 52 Reichstags- und 186 Landtagsabgeordnete und 7729 Gemeindevertreter.²

Die bisherige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, schrieb Rosa Luxemburg, „läßt sich kurz zusammenfassen als die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus zur Aufklärung und Zusammenfassung des Proletariats in seiner Klassenpartei. Auf dieser Bahn, von der sie sich weder durch brutale Ausnahmegesetze noch durch demagogische List weglassen ließ, ist unsere Partei Jahrzehnt für Jahrzehnt vorwärts geschritten, bis sie die weitaus stärkste . . . Arbeiterpartei der Welt geworden ist.“³ Zugleich erkannte Rosa Luxemburg, daß die Partiarbeit eine neue Qualität erlangen mußte, für passives Bewundern einer einmal erreichten Höhe war sie nie zu haben.

„Heute, in der imperialistischen Schlußphase der internationalen Kapitalsherrschaft“, schrieb sie, „heute, in der tiefsten Verfallsperiode des bür-

1 S. 35 des vorliegenden Bandes.

2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 2, Berlin 1966, S. 173/174.

3 S. 221 des vorliegenden Bandes.

gerlichen Parlamentarismus, würde das Verharren bei dem Ausbau der Parteiorganisation und bei parlamentarischer Betätigung allein nicht ein Aktionsprogramm der Arbeiterklasse, sondern ein Programm der Passivität, der Indolenz, trotz äußerer, ziffernmäßigen Wachstums ein politisches Trippeln auf demselben Fleck sein.“¹

Rosa Luxemburg und die deutschen Linken waren immer der Auffassung, daß die proletarischen Kampfformen objektiv, gesetzmäßig aus den ökonomischen und politischen Bedingungen des Klassenkampfes erwachsen. 1911 hatten sie generell den Imperialismus als Schlußperiode des Kapitalismus erkannt und forderten, daß die Partei ihre taktischen Kampfmittel entsprechend den Erfordernissen der neuen Epoche überprüfen und verändern müsse.

„Die imperialistische Periode“, schrieb Rosa Luxemburg in ihrem Artikel „Nach dem Jenaer Parteitag“, „die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. Die Notwendigkeit, der Partei bei all ihrer massiven Breite eine größere Beweglichkeit, Schlagfertigkeit und Aggressivkraft zu verleihen, die Massen mobil zu machen und ihren unmittelbaren Druck in die Waagschale der Ereignisse zu werfen, all das erfordert mehr als das krampfhalte Festhalten an den äußeren Formen der alten bewährten Taktik“. Nämlich es erfordert die Einsicht darein, daß eben diese alte bewährte revolutionäre Taktik nunmehr neue Formen der Massenaktionen erforderlich macht.“²

Rosa Luxemburg griff auch in den Jahren von 1911 bis 1914 immer wieder auf die Lösung des politischen Massenstreiks aus dem Jahre 1905 zurück.³ Hatte sie die Notwendigkeit der Anwendung des politischen Massenstreiks 1905/1906 als allgemeingültige Lehre aus der Revolution in Rußland für den proletarischen Emanzipationskampf in den westeuropäischen Ländern herausgearbeitet und propagiert, so wurden jetzt von ihr die taktischen Fragen der Entfaltung des politischen Massenkampfes stärker aus einer Gesamtsicht der neuen sozialen Verhältnisse im Imperialismus abgeleitet. Die einzelnen von ihr früher propagierten politischen Lösungen, wie die der demokratischen Republik, wurden von ihr zwar nicht aufgegeben⁴, sie traten aber einerseits zurück hinter ihrem Streben, den Imperialismus als System anzugreifen, und andererseits erhielten die einzelnen politischen Lösungen dadurch einen größeren, poli-

1 S. 211 des vorliegenden Bandes.

2 S. 351/352 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe Vorwort. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 9*-14*.

4 Siehe S. 79 u. 385 des vorliegenden Bandes.

tisch bedeutsameren Kontext. So hob sie auch in den Jahren von 1911 bis 1914 die historische Bedeutung der Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland immer wieder hervor, aber sie behandelte sie nunmehr als ein Ereignis, das in einem ganzen Komplex historischer Erscheinungen und Ereignisse steht, die die imperialistische Epoche als eine Zeit der Kriege und Revolutionen charakterisieren.

Heute ist es „die gesamte Welt“, schrieb Rosa Luxemburg, „mit ihren fünf Erdteilen und drei Weltmeeren, auf denen das internationale Kapital seine völkermordenden Minen legt, seine Wetterwinkel bereitet, seine Apokalyptischen Reiter blutiger Revolutionen und blutiger Weltkriege herumjagt. Seitdem sind in rascher Folge krachender Donnerschläge der japanisch-chinesische, spanisch-amerikanische, der südafrikanische, europäisch-chinesische, Russisch-Japanische, tripolitanische und der Balkankrieg, die russische, persische, türkische, chinesische Revolution in die alten Mauern und Schanzen gefallen, sie haben die alte Ordnung von Jahrtausenden in rauchende Trümmer verwandelt, um im gleichen heißen Atem die Weltherrschaft des Kapitals und ihr nahendes Ende zu verkünden.“¹

In dieser neuen Phase der Kapitalsentwicklung konnten für Rosa Luxemburg alle wichtigen politischen Fragen nur noch durch das Eingreifen breiter Massen beeinflußt werden: „Die plötzlichen Wendungen der internationalen Lage, Kriegsgefahr, Wahlrechtsfragen, Ehrenfragen der Arbeiterklasse, erfordern gebieterisch die Aktion der Massen.“²

Wieder orientierte Rosa Luxemburg, wie in ihren Auseinandersetzungen mit Karl Kautsky, die Sozialdemokratie auf eine offensive Parteiätigkeit³; diese sollte sich nicht nur in einer politischen Einzelaktion offenbaren, sondern grundsätzlich in jeder Phase und in allen Bereichen des politischen Kampfes der Partei gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus zum Ausdruck kommen. Sie sollte als objektiv notwendige Aufgabe, die sich aus dem ganzen Komplex der sozialen Widersprüche und Gegensätze der imperialistischen Schlußphase des Kapitalismus ergibt, von den Führern der Partei begriffen werden. „Nicht der Massenstreik“, schrieb sie, „in irgendeinem bestimmten Fall an sich ist das Entscheidende, sondern die politische Offensive in der Gesamthaltung der Partei, eine Taktik, die in der Kampfperiode auf allen Gebieten die äußerste Tatkraft entwickelt, auf alle Provokationen der Geg-

1 S. 436 des vorliegenden Bandes.

2 S. 215 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe S. 248/249 des vorliegenden Bandes.

ner scharf antwortet, in jedem Moment die Energie und den Kampfmut des Proletariats aufs höchste steigert.“¹ Sie wandte sich deshalb auch scharf gegen den Opportunisten Ludwig Frank, der den Massenstreik nur im Wahlrechtskampf in Preußen angewendet wissen wollte. „Der Massenstreik“, führte Rosa Luxemburg auf einer Parteiversammlung in Berlin aus, „ist keine Sache, die man machen kann, wenn die Politik der parlamentarischen Künstler versagt hat. Ein Massenstreik, unter solchen Umständen ins Werk gesetzt, ist von vornherein eine verlorene Sache.“²

Mit der politischen Massenaktion ergab sich für Rosa Luxemburg erneut das Problem des Verhältnisses von Objektivem und Subjektivem, von Partei und Klasse, von Führer und Masse.

Den politischen Massenstreik faßte Rosa Luxemburg als Praxis des Proletariats in einer geschichtlichen Entwicklungsphase des allgemeinen Klassenkampfes, als „die Phase der selbständigen Aktion der proletarischen Masse, der äußersten Verschärfung des Klassenkampfes im ganzen“³. Sie wandte sich energisch gegen die mechanistische Auffassung vom Massenstreik, wie sie auch von Frank vertreten wurde, der den politischen Massenstreik als technisches, friedliches, von Gewerkschaften und Partei streng dirigiertes Kampfmittel für den preußischen Wahlrechtskampf bejaht hatte. Der politische Massenstreik ist an objektive soziale Bedingungen geknüpft und muß, wie Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag 1913 ausführte, von den Massen ausgehen. Er kann deshalb auch nicht von Gewerkschaften und Partei von heute auf morgen gemacht werden. Wenn Rosa Luxemburg den objektiven Faktor als notwendige Voraussetzung für den politischen Massenstreik hervorhob, so sollte und durfte die Partei, wie sie auf dem Parteitag 1913 orientierte, nicht fatalistisch auf das Heranreifen objektiver sozialer Bedingungen warten, sondern mußte ihre gesamte Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin offensiv gestalten, die Massen durch allgemein politische und speziell sozialistische Erziehung so vorbereiten, daß sie der sozialdemokratischen Führung in vollem Vertrauen folgten.⁴

Rosa Luxemburg ging auch hier von ihrer Auffassung über die Funktion der Partei aus, die sie 1913 wie 1905 noch gleichermaßen formulierte: Die Sozialdemokratie ist ein Produkt des Klassenkampfes, und sie muß ständig aus den Klassenkämpfen der Zeit lernen. Im Unterschied zu den Kämpfen der Volksmassen im 17. und 18. Jahrhundert hat jedoch die

1 Ebenda.

2 S. 261 des vorliegenden Bandes.

3 S. 247 des vorliegenden Bandes.

4 Siehe S. 337 des vorliegenden Bandes.

Sozialdemokratie „dank der theoretischen Einsicht in die sozialen Bedingungen ihres Kampfes in einem nie gekannten Maße Bewußtsein in den proletarischen Klassenkampf hineingetragen, ihm Zielklarheit und Tragkraft verliehen. Sie hat zum erstenmal eine dauernde Massenorganisation der Arbeiter geschaffen und dadurch dem Klassenkampf ein festes Rückgrat gegeben.“¹

In der Partei sah Rosa Luxemburg den ideologisch-politischen und organisatorischen Vortrupp, dessen Stärke in seiner Verbundenheit mit den Volksmassen bestand. „Der lebendige Stoff der Weltgeschichte“, schrieb Rosa Luxemburg, „bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“²

Mangelnde Verbundenheit der Parteiführung mit den proletarischen Massen hatte Rosa Luxemburg 1910 bei den Wahlrechtskämpfen verzeichnet. 1911 während der Marokkokrise hatte sie wie 1901 bei dem Chinafeldzug des deutschen Imperialismus die Partei kritisiert, weil sie ihre Führungsaufgabe bei der Organisierung des antimilitaristischen Kampfes vernachlässigt hatte. Und auch 1913 mußte sie in ihrem Artikel „Die Massenstreikresolution des Parteivorstandes“ und auf dem Jenaer Parteitag feststellen, daß das Verhältnis zwischen Parteivorstand und Parteimitgliedern ernsthaft gestört sei, indem der Parteivorstand in seiner Resolution über den politischen Massenstreik nicht auf die Hauptaufgabe orientierte: „jene Momente in der gegenwärtigen ökonomisch-politischen Situation herausheben und formulieren, die den Pulsschlag des Kampfes in unsren Reihen beschleunigen und die Kampflust der Massen in der letzten Zeit erregt haben“³. Der Parteitag als das höchste Organ der Partei sollte der objektiven Lage – der Verschärfung der Klassengegensätze auf allen Gebieten – und den Interessen der Massen Ausdruck verleihen.

Die Erfahrungen, die sie seit ihrer Rückkehr aus Warschau 1906 gewonnen hatte, ließen Rosa Luxemburg immer stärker erkennen, daß die deutsche Sozialdemokratie den Aufgaben des revolutionären Kampfes durch den Einfluß der Opportunisten auf leitende Parteiorgane nicht mehr gewachsen war. Der Tauglichkeit der sozialdemokratischen Organisation

1 S. 252 des vorliegenden Bandes.

2 Ebenda.

3 S. 322/323 des vorliegenden Bandes.

für den großen politischen Kampf, der Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive maß Rosa Luxemburg große Bedeutung bei.¹ „Die Periode der imperialistischen Entwicklung“, schrieb sie, „versetzt der Arbeiterklasse immer heftigere Nackenschläge, unsre Aktion ist aber vielfach nicht auf der Höhe, um diese Schläge entsprechend zu parieren.“² In dieser Bilanz von 1913 über den Stand der sozialdemokratischen Parteiorganisation verallgemeinerte Rosa Luxemburg ihre Erfahrungen, die sie im politischen Klassenkampf in der Zeitspanne von der Marokkoaffäre bis zur Militärvorlage von 1913 gewonnen hatte.

Angesichts der Protestaktionen gegen den „Panthersprung“ mußte Rosa Luxemburg feststellen, daß der Parteivorstand nicht auf der Höhe seiner Aufgaben stand.

Am 1. Juli 1911 erschien das deutsche Kanonenboot „Panther“ in dem südmarokkanischen Hafen Agadir, der den Zugang zum Suz, dem an Erzen reichsten und dabei landwirtschaftlich wertvollsten Teil Südmarokkos, bildete. Der zweite Marokkonflikt verschärfte die Widersprüche zwischen Frankreich und Deutschland aufs äußerste.³ Rosa Luxemburg schrieb darüber: „Eine imperialistische Gewitterwolke ist in der kapitalistischen Welt aufgezogen ... Wird aus der neuen Gewitterwolke der Blitz eines mörderischen Krieges auf zwei Weltteile herniedergucken, oder wird sich das drohende Ungewitter verzehren, so daß das Ende ‚bloß‘ der ‚friedliche‘ Schächer ist, der einige Fetzen der Welt aus einer gepanzerten Faust des europäischen Militarismus in eine andere überträgt? Das ist die Frage, die jetzt Millionen Menschen bewegt.“⁴

Rosa Luxemburg sah die unabdingbare Aufgabe und Pflicht der Partei darin, daß sie überall den in diesem Konflikt um koloniale Einflußsphären aufbrechenden Gegensatz zwischen den Volksmassen und dem Imperialismus deutlich zeige, daß der Parteivorstand nicht nur die organisierte Vorhut des Proletariats, sondern auch die breitesten Schichten des arbeitenden Volkes zu einem Proteststurm gegen den neuen Vorstoß der kapitalistischen Weltpolitik mobilisieren müsse.⁵

In den preußischen Wahlrechtsversammlungen, die in der ersten Hälfte des Juli 1911 stattfanden, wurde gleichzeitig gegen das imperialistische Marokkoabenteuer Stellung genommen.⁶ Der Parteivorstand dagegen ver-

1 Siehe S. 251/252 des vorliegenden Bandes.

2 S. 256 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 2, S. 167–172.

4 S. 21 des vorliegenden Bandes.

5 Siehe S. 25 des vorliegenden Bandes.

6 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 2, S. 169.

hielt sich ruhig. Die Kritik gegen diese Abwartepolitik breitete sich unter den revolutionären Kräften der Sozialdemokratie aus. Rosa Luxemburg schürte sie. Nachdem sie durch ein Rundschreiben des Sekretärs des Internationalen Sozialistischen Büros Einzelheiten über die ablehnende Haltung August Bebels und Hermann Molkenbuhrs zum Vorschlag Huysmans, sofort im Rahmen des ISB zusammenzutreffen, erfahren hatte, enthüllte Rosa Luxemburg in ihrem Artikel „Um Marokko“ die Versäumnisse des Parteivorstandes. Sie ging auf das Prinzipielle.

Molkenbuhr hatte eine Konferenz des ISB als nicht so dringend empfunden, da sich die imperialistischen Gegensätze ausgleichen würden und die Sozialdemokratie sich im Wahlkampf nicht durch außenpolitische Ereignisse von der Innenpolitik ablenken lassen dürfe. Rosa Luxemburg kritisierte, daß der Parteivorstand die „Wirkung der Kapitalsinteressen als Friedensgarantie stark“¹ überschätzte. Rosa Luxemburg verfocht die marxistische Auffassung, daß im Imperialismus allein die arbeitenden Volksmassen der Friedensgarant sind. Aus ökonomischen Interessen erwachsen, war diesem Konflikt zwischen den imperialistischen Staaten nicht mit bürgerlicher Politik, sondern nur mit einer auf die Volksmassen orientierten proletarischen Klassenpolitik zu begegnen; und in dieser proletarischen Politik durfte die Innenpolitik nicht von der Außenpolitik getrennt werden, sondern beide mußten als Einheit begriffen werden. „Aber die Finanzpolitik, die Junkerherrschaft, Stillstand der Sozialreform“, schrieb Rosa Luxemburg, „sind mit dem Militarismus, Marinismus, mit der Kolonialpolitik, mit dem persönlichen Regiment und seiner auswärtigen Politik organisch verknüpft. Jede künstliche Trennung dieser Gebiete kann nur ein lückenhaftes, einseitiges Bild unsrer öffentlichen Zustände geben. Vor allem sollen wir bei der Reichstagswahl *sozialistische Aufklärung* verbreiten.“²

Der Artikel löste bei den Opportunisten einen Sturm der Entrüstung aus. Unter dem Druck der Linken sowie vieler Parteimitglieder veröffentlichte der Parteivorstand endlich am 8. August 1911 ein Flugblatt „Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie“, das Rosa Luxemburg ebenfalls einer marxistischen Kritik unterzog.³

Von den Opportunisten wurde Rosa Luxemburg persönlich angegriffen. Der Parteivorstand verschickte vor dem Jenaer Parteitag 1911 eigens eine Broschüre an die Delegierten, in der er Rosa Luxemburg „Indiskretion“,

1 S. 10 des vorliegenden Bandes.

2 S. 11 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe S. 32–36 des vorliegenden Bandes.

„Irreführung“, „Illoyalität“ vorwarf.¹ Die Gegensätze zwischen den Opportunisten und den deutschen Linken in der Sozialdemokratischen Partei spitzten sich zu.

Im Unterschied zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland bestand eine Eigenart der sozialdemokratischen Parteientwicklung in Deutschland von 1898 bis 1914 gerade darin, daß im Kampf zwischen Opportunisten und revolutionären Sozialdemokraten bzw. den späteren deutschen Linken nie Organisationsfragen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen. Selbst in den Diskussionen um die Änderung des Parteistatuts kam es nicht zu einem eindeutigen politischen Richtungskampf in den organisatorischen Fragen. Auch im Jahre 1906 wurden die organisatorischen Probleme des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften von der taktischen Frage des politischen Massenstreiks abgeleitet. Der Kampf der beiden Klassenlinien brach immer an den Gegensätzen zu Fragen der Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes auf. Die deutschen Linken, insbesondere die spätere Spartakusgruppe, stellten in dem politisch-ideologischen Kampf um eine revolutionäre Strategie und Taktik in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nie die Frage des eigenen organisatorischen Zusammenschlusses oder des organisierten Vorgehens. Dennoch trat in den Jahren von 1910 bis 1914 eine gewisse Wende ein. Der ideologische Kampf um eine revolutionäre Strategie und Taktik, besonders um den politischen Massenstreik, wurde mit der organisatorischen Frage verknüpft, ob die bisherige Organisation für den proletarischen Klassenkampf im Zeitalter des Imperialismus noch ausreichend sei. Rosa Luxemburg verneinte diese Frage.

„Unser Organisationsapparat wie unsre Parteitaktik sind seit 20 Jahren, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, im Grunde genommen auf die eine Hauptaufgabe zugeschnitten gewesen: auf Parlamentswahlen und parlamentarischen Kampf... Aber die neue Zeit des Imperialismus stellt uns immer mehr vor neue Aufgaben, denen mit dem Parlamentarismus allein, mit dem alten Apparat und der alten Routine nicht beizukommen ist. Unsre Partei muß lernen, Massenaktionen in entsprechenden Situationen in Fluß zu bringen und sie zu leiten.“² Rosa Luxemburg stellte weiter fest, daß der bisherige Maßstab der Partei für die Leitung von politischen Aktionen versagt hat.

Der Imperialismus als Schlußperiode des Kapitalismus war für Rosa

1 Über Einzelheiten des Parteitages siehe: Annelies Laschitz/Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1971, S. 269–278; Walter Wittwer: Streit um Schicksalsfragen, Berlin 1967, S. 95/96.

2 S. 256 des vorliegenden Bandes.

Luxemburg zugleich die Phase der selbständigen Aktion des Proletariats. Rosa Luxemburg wandte sich entschieden gegen das die opportunistische Nachtrabpolitik rechtfertigende Argument, daß die Organisation für die Führung des politischen Massenkampfes noch nicht reif sei, da die Mehrheit der Arbeiterklasse noch außerhalb der Organisation stehe. „Wir sollen“, schrieb sie, „offenbar erst dann zu Massenstreiks ‚reif‘ sein, wenn der letzte Mann und die letzte Frau aus der Arbeiterklasse eingeschriebene Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins geworden sind. Bei allem läblichen Eifer für die Organisationsarbeit spricht aus solchen Ansichten eine gefährliche Unterschätzung der geschichtlichen Rolle und der Aktionsfähigkeit der unorganisierten Masse.“¹ Rosa Luxemburg identifizierte die Partei nicht mit der Klasse, weshalb sie auch den Vortruppcharakter der Partei stets verteidigte. Da Rosa Luxemburg weiterhin nicht der Auffassung war, daß sich jemals unter dem Kapitalismus die gesamte Klasse zur Bewußtheit und Aktivität der sozialdemokratischen Partei erheben könne, erkannte sie die höheren Anforderungen, die an die politische Leitung gestellt wurden, und sie wies darauf hin, daß die „Frage von der Rolle sozialdemokratischer Organisation in den proletarischen Massenkämpfen“² von besonderer Wichtigkeit sei und einer ernsthaften Untersuchung bedürfe.

Bereits inmitten der Protestdemonstrationen gegen das Marokkoabenteuer des deutschen Imperialismus stellte sich Rosa Luxemburg die Frage nach dem neuen Maßstab der politischen Führung; denn sie und ihre Kampfgefährten, wie Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring, aber auch Lenzsch, Ledebour und viele Parteiorganisationen kritisierten den Parteivorstand wegen mangelnder Initiative bei der Leitung und Organisierung von Massendemonstrationen gegen das imperialistische Marokkoabenteuer. Rosa Luxemburg griff in ihrem Artikel „Wieder Masse und Führer“ den verbürokratisierten Zentralismus des Parteivorstandes an, der den Willen der Mitgliedermassen vergewaltigte.³

Rosa Luxemburg ging dabei von der in der deutschen Sozialdemokratie allgemein bekannten Marx-Engelsschen Erkenntnis aus, die die Partei auch in ihr Programm aufgenommen hatte, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst ist. Sie vertrat weiterhin die marxistische Auffassung, daß die Arbeiterklasse ihre historische Mission nur unter Führung einer politisch selbständigen, mit dem Wissen um die

1 S. 251 des vorliegenden Bandes.

2 Ebenda.

3 Siehe S. 37–42 des vorliegenden Bandes.

gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze ausgerüsteten, revolutionären Partei erfüllen kann. Wie schon in der Auseinandersetzung mit Karl Kautsky 1910/1911 forderte sie auch jetzt von der Partei eine offensive Kampftaktik, die das Maximum an revolutionärer Energie im Proletariat auslöst.¹ Hatte Rosa Luxemburg dort die leitende Parteitätigkeit allgemein vom Gesichtspunkt des Verhältnisses von Partei und Klasse kritisch analysiert, so zielte sie in ihren Artikeln „Wieder Masse und Führer“ und „Taktische Fragen“² mehr auf die parteistrukturelle Frage des Verhältnisses von Führer und Masse.

Rosa Luxemburg setzte voraus, daß die führende revolutionäre Parteitätigkeit, die sich von den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus leiten lassen muß, integrierender Bestandteil der politischen Aktionsfähigkeit der Volksmassen ist. Sie fragte deshalb: „Wie soll aber die Aktionsfähigkeit und die politische Schlagfertigkeit der großen Volksmasse sich entwickeln, wenn die Vorhut dieser Masse, die in sozialdemokratischen Parteiorganisationen vereinigten besten, aufgeklärtesten Kreise ihrerseits keine Initiative und Selbständigkeit als Masse entfalten, vielmehr Gewehr bei Fuß stets warten, bis ein Kommando von oben ergeht.“³

Rosa Luxemburg sah auch, daß Disziplin und Geschlossenheit eine Lebensfrage für die Arbeiterpartei als Massenpartei ist. Aber: „Die sozialdemokratische Disziplin“, schrieb sie, „kann ... niemals bedeuten, daß sich die achthunderttausend organisierten Parteimitglieder dem Willen und den Bestimmungen einer Zentralbehörde, eines Parteivorstandes zu fügen haben, sondern umgekehrt, daß alle Zentralorgane der Partei den Willen der achthunderttausend organisierten Sozialdemokraten auszuführen haben.“⁴ Rosa Luxemburg wandte sich gegen den Parteivorstand, der seiner Aufgabe, Vertretung der Parteimitglieder zu sein, nicht gerecht wurde, da er es unterließ, den Willen der Mitglieder im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsabenteuer durch Organisierung von Massenprotesten zu artikulieren. Jedoch dann verkehrte sich ihr das Problem: „Diese ganze enorme Aufgabe der täglichen politischen Wachsamkeit und Initiative einem Parteivorstand zuschieben wollen, auf dessen Kommando die bald millionenköpfige Parteiorganisation passiv wartet, ist das Verkehrteste, was es gibt, vom Standpunkte des proletarischen Klassenkampfes.“⁵

1 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 418.

2 Siehe S. 37–42 u. 246–258 des vorliegenden Bandes.

3 S. 38/39 des vorliegenden Bandes.

4 S. 39 des vorliegenden Bandes.

5 Ebenda.

Die Opportunisten hatten von oben, indem sie sich im Parteivorstand und in den Landesorganisationen, in der Reichstagsfraktion, den Landesvertretungen und den sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen festsetzten, bestimmenden Einfluß auf die Politik der Partei gewonnen. Auf dem Parteitag in Jena 1911 hatte sich die Unzufriedenheit der revolutionären Kräfte mit der opportunistischen Politik der Parteiführung noch einmal Luft gemacht. Als Nachfolger für den verstorbenen Paul Singer wurde nicht der offene Opportunist Friedrich Ebert, sondern Hugo Haase gewählt. Eine wirksame Barriere gegen die opportunistische Politik der leitenden Parteigremien war er mit seinen zentralistischen Auffassungen jedoch nicht. Dagegen wurden die Rechte der Parteikontrollkommission, in der Clara Zetkin einen gewissen Einfluß hatte, durch die Gründung des Parteiausschusses 1912 eingeschränkt. 1913 wurden Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Franz Mehring aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ hinausgedrängt. Im gleichen Jahr wurde Franz Mehring in der „Neuen Zeit“ gekündigt, da der Parteivorstand auf Drängen Kautskys beschlossen hatte, die Feuilletonbeilage einzustellen. Julian Marchlewski, Rosa Luxemburg und Franz Mehring versuchten daraufhin, durch die „Sozialdemokratische Korrespondenz“, deren erste Nummer im Dezember 1913 erschien, zumindest über kleinere Parteiorgane zu den Massen zu sprechen. Als Lehrer an der Parteischule in Berlin konnten Franz Mehring und Rosa Luxemburg noch begrenzten Einfluß auf Partefunktionäre nehmen, die dort ausgebildet wurden. Aber in diesen Positionen war die Spaltung der Partei durch die Opportunisten nicht aufzuhalten, zumal die Linken jedem organisatorischen Zusammenschluß auswichen.

Gegen diesen Einfluß der Opportunisten von oben wollte Rosa Luxemburg die Parteidemokratie von unten nach oben durchsetzen. Hier deutete sich schon keimhaft jene Vorstellung von der Gesundung der Partei von unten auf an, wie sie von der Spartakusrichtung in den ersten Kriegsmonaten illusionär vertreten wurde.

Rosa Luxemburg empfahl den lokalen Parteiorganisationen, eigene, über den Parteivorstand hinweggehende Initiative bei der Leitung und Organisierung von politischen Massenaktionen zu ergreifen, wobei sie hoffte, daß sich diese politischen Aktivitäten von der Peripherie bis zum Parteivorstand als dem leitenden Zentrum fortpflanzen würden. „Ja“, schrieb sie, „auch der Parteivorstand als leitendes Zentrum würde sich bald gezwungen sehen, jede kräftige Initiative und jeden guten Anfang zu verallgemeinern, indem er sich zum Mundstück und zum Werkzeug des Parteiwillens machen würde, statt daß sich, wie jetzt, umgekehrt, unsre großen

und starken Parteiorganisationen als bloß ausführendes Werkzeug der Weisungen des Parteivorstands betrachten.“¹

Rosa Luxemburg erkannte, daß sich im Imperialismus die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie verschärften, sich die Macht der herrschenden Klassen gegen das Proletariat ins Gigantische steigerte, weshalb an die Partei als den politischen Führer der Volksmassen neue Anforderungen gestellt werden, dennoch fand sie, wie wir schon feststellten, keinen Zugang zum demokratischen Zentralismus, der Wählbarkeit und Rechenschaftspflicht der Parteigremien mit strenger Parteidisziplin und ideologischer und organisatorischer Einheit verbindet.²

Lenin war der erste und lange Zeit auch der einzige in der internationalen Arbeiterbewegung, der erkannt hatte, daß der Imperialismus als letztes und höchstes Stadium des Kapitalismus in seinem ökonomischen Wesen Monopolkapitalismus ist und daß das Monopolkapital seine politische Macht über die Gesellschaft zentralisiert und die Demokratie negiert. Anknüpfend an die Lehre von Marx und Engels über die Partei, wurde von Lenin damit eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der imperialistischen Epoche erfaßt. Unabhängig davon, wie sie sich in den einzelnen Ländern spezifisch durchsetzt, leitet sich von der Erkenntnis – Imperialismus ist Monopolkapitalismus – der demokratische Zentralismus in der politischen Führung des proletarischen Emanzipationskampfes als ein international allgemeingültiges Erfordernis im Zeitalter des Imperialismus und des Heranreifens der proletarischen Revolution ab. Der Aufbau der Partei nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus war die historische Alternative des Proletariats gegenüber der politisch zentralisierten, die Demokratie negierenden Unterdrückung der Volksmassen durch das Monopolkapital.

Rosa Luxemburg erkannte das nicht. Sie griff den bürokratischen Zentralismus der opportunistischen Führer an, ohne die Frage nach der neuen Qualität des Zentralismus einer wahrhaft proletarischen, revolutionären Partei zu stellen, und unterschätzte die Rolle der Führerorganisation, indem sie das Verhältnis von Führer und Masse falsch deutete: „Kein Parteivorstand in der Welt“, schrieb sie, „kann die eigne Tatkraft der Partei in ihrer Masse ersetzen, und eine millionenköpfige Organisation, die in einer großen Zeit, im Angesicht großer Aufgaben klagen wollte, daß sie nicht die richtigen Führer hat, würde sich selbst ein Armutszeugnis aus-

1 S. 38 des vorliegenden Bandes.

2 Siehe Vorwort. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, S. 39*.

stellen, weil sie beweisen würde, daß sie das historische Wesen selbst des proletarischen Klassenkampfs nicht begriffen hat, das darin besteht, daß die proletarische Masse keine „Führer“ im bürgerlichen Sinne braucht, daß sie sich selbst Führer ist.“¹

Es ist schon richtig, daß ein Parteivorstand die Aktivität der Partei als Ganzes nicht ersetzen kann, daß die Partei nicht Führer im bürgerlichen Sinne braucht, den Trade-Union-Sekretär, sondern den Berufsrevolutionär, den Volkstribun, „der es versteht“, wie Lenin schrieb, „auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen“.²

In jenem Punkt aber, wo Rosa Luxemburg davon spricht, daß die Massen sich selbst Führer sind, überschätzte sie die Spontaneität der Massenaktion, und ihr Gedanke glitt ins politisch Illusionäre ab, wie die Geschichte der Klassenkämpfe im Imperialismus zeigt. Daß diese Überlegungen illusionär waren, mußte sie schon wenige Jahre später, im August 1914, selbst erfahren, als die deutsche Sozialdemokratie durch die opportunistischen Führer verraten wurde. Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges bestätigte sich international in der Klassenkampfpraxis die Richtigkeit der Leninschen Erkenntnis, daß keine einzige revolutionäre Bewegung ohne eine stabile, die Kontinuität wahrende Führerorganisation bestehen kann und daß diese Führerorganisation um so dringender benötigt wird, je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird und die Grundlage des Kampfes bildet.³ Obwohl Rosa Luxemburg – besonders nach dem Jenaer Parteitag 1913 – erkannte, daß der Opportunismus hinter dem Schild des Sumpfes, wie sie den Zentrismus bezeichnete, immer mehr die Parteiinstanzen ausfüllte, sah sie die Aufgabe der deutschen Linken nicht in einer organisatorischen Zusammenfassung der revolutionären Kräfte innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, sondern stellte den Linken, die auf dem Jenaer Parteitag in der Minderheit geblieben waren, die Aufgabe, systematisch politisch-ideologisch gegen den

1 S. 41/42 des vorliegenden Bandes.

2 W. I. Lenin: Was tun? In: Werke, Bd. 5, Berlin 1966, S. 437.

3 Siehe ebenda, S. 480/481.

Sumpf, das hieß für Rosa Luxemburg hier gegen den geistigen Konservatismus in der Partei, vorzugehen.

„Auch hier“, schrieb sie, „ist das einzige wirksame Mittel: die Mobilmachung der breiten Masse der Genossen, die Aufrüttelung der Geister durch die Hineintragung der Diskussion über den Massenstreik wie über die Steuerfragen (über alle taktischen Differenzen) in die Parteiversammlungen, in die Gewerkschaftsversammlungen, in die Presse. Der Gang der Dinge selbst führt mit historischer Notwendigkeit dahin, den taktischen Bestrebungen der Linken mit jedem Tage mehr Recht zu geben, und wenn die Entwicklung selbst zum Niederkämpfen der Elemente der Stagnation in der Partei führt, dann kann die Minderheit des Jenaer Parteitages guten Mutes in die Zukunft blicken.“¹

Rosa Luxemburg ging es also in den Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus um die Mobilisierung der Partei als politisch selbständiger Kampforganisation gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus von den unteren Parteiorganisationen an aufwärts. Ging sie bis 1910, abgesehen von gelegentlichen Scharmützeln in Detailfragen des politischen Kampfes, in allen wesentlichen Fragen mit dem Parteivorstand konform, so richtete sich ihr Kampf um die politische Selbständigkeit der Arbeiterbewegung ab 1910 immer stärker gegen die zentralen Führergremien der Partei, deren Politik vom Opportunismus beherrscht wurde. Neben der Tätigkeit des Parteivorstandes wurde von ihr besonders die Parlamentspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kritisch analysiert.

Rosa Luxemburgs Stellung zum Parlamentarismus war immer klar und einsichtig. Obwohl sie die im bürgerlichen Parlamentarismus gehandhabte bürgerliche Gesetzlichkeit nur als eine bestimmte gesellschaftliche Erscheinungsform der politischen Gewalt der Bourgeoisie erkannte, hatte sie die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus nie verworfen, weil er für sie nicht nur Herrschaftsfeld der Bourgeoisie, sondern zugleich auch Kampfboden des Proletariats gegen die Bourgeoisie war.² Sie würdigte die historische Bedeutung der revolutionären Parlamentstaktik, wie sie von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Deutschland für die internationale Arbeiterbewegung begründet worden war. Auch als Rosa Luxemburg ab 1905 die historische Relativität dieser Kampfform betonte und darauf orientierte, die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Legalität durch die politische Massenaktion zu

1 S. 353 des vorliegenden Bandes.

2 Siehe Vorwort. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, S. 18*/19*.

ergänzen und zu durchbrechen, geriet sie nicht in die Gefahr, eine der beiden Kampfformen zu verabsolutieren. Den parlamentarischen und den außerparlamentarischen Kampf betrachtete sie als sich wechselseitig bedingende Formen des proletarischen Kampfes, die in den objektiven sozialen Gegensätzen wurzeln und die nicht beliebig ausgetauscht werden können. Rosa Luxemburg wollte auch in den Jahren von 1910 bis 1912, als sie von dem Parteivorstand die Leitung einer außerparlamentarischen Offensivtaktik forderte, nicht auf die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus durch die Sozialdemokratie verzichten. „Offensive ist uns aber auch geboten im Reichstag selbst gegenüber dem Hauptfeind: dem *Imperialismus*“¹, schrieb sie 1912. Jedoch hatte Rosa Luxemburg als Marxistin auch keine Illusionen: „Jeder neue Tag“, schrieb sie 1914, bringt „einen neuen, weiteren Schritt der siegreichen Militärdiktatur über die Leiche des deutschen Parlamentarismus mit sich.“² Es ist für die Arbeitermasse eine Lebensfrage, sich vollständig klarzuwerden, daß keine ernste fortschrittliche Reform auf rein parlamentarischem Wege erreicht werden kann.³

Rosa Luxemburg erkannte: Der Imperialismus ist Reaktion auf der ganzen Linie, Negation der Demokratie nach innen und Aggression nach außen, in beidem bediente sich die Reaktion des Militarismus als Waffe. Diese Reaktion, von ihr als politisches System begriffen, war für Rosa Luxemburg nicht von zufälliger Natur, sondern „in den wirtschaftlichen Verhältnissen, in der bestimmten Entwicklung der deutschen Bourgeoisie, in der Übermacht des Junkertums, in der Zusammenballung des Großkapitals der schweren Industrie, in dem Haß und der Angst vor der wachsenden Macht des Proletariats, endlich in gewissen Zügen der internationalen Entwicklung des Kapitalismus fest verankert“⁴.

Die politische Reaktion des Imperialismus, die in den Klassenverhältnissen des deutschen wie des internationalen Kapitalismus wurzelt, ist deshalb auch niemals durch parlamentarische Mittel, durch Wahlschiebereien und Fraktionsabmachungen niederzuringen, sondern nur durch große Massenaktionen der Arbeiterschaft. Nur die gewaltige Machtentfaltung des Klassenkampfs mit allen seinen Konsequenzen, wie Rosa Luxemburg schrieb, ist imstande, die Reaktion in Deutschland wie in Preußen wirklich zu zerschmettern, wobei sich diese Kämpfe in ihrer historischen Tragweite

1 S. 97 des vorliegenden Bandes.

2 S. 440 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe S. 170 des vorliegenden Bandes.

4 S. 119 des vorliegenden Bandes.

bis zu Kämpfen für die sozialistische Gesellschaftsordnung ausweiten können.¹

Da in der kapitalistischen Schlußphase die selbständige politische Massenaktion die geschichtstragende, vorwärtsweisende Bewegung bildet, hat sich die Sozialdemokratie als Führerin dieser Bewegung von jeder politischen Verbindung mit bürgerlich-liberalen Parteien frei zu halten, ihre Selbständigkeit in der Ideologie wie in der Politik sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments strikt zu bewahren. Von diesem Gesichtspunkt aus lehnte Rosa Luxemburg in ihrem Beitrag „Unsere Stichwahl-taktik“ entschieden die vom Parteivorstand mit der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossene Vereinbarung, in „16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltag selbst keine Schlepperdienste zu verrichten“², ab, weil dieses Abkommen in der Masse parlamentarische Illusionen wecke und ihr nicht die Reaktion als politisches System des Imperialismus vor Augen führe.

„Der Schwarz-Blaue Block“, schrieb Rosa Luxemburg, „das ist nicht eine gewisse Anzahl von Reichstagsabgeordneten, das ist ein gewisses politisches System, das ist die herrschende Reaktion in Preußen-Deutschland, deren Grundpfeiler die volksfeindliche Steuer- und Zollpolitik, die scharfmacherische Sozialpolitik und der Militarismus in seiner neuesten imperialistischen Ausgabe sind.“³

Indem der Parteivorstand mit diesem Abkommen zugunsten der Fortschrittlichen Volkspartei den Sozialdemokraten bei der Stichwahl die Agitation für die eigene Partei verboten hatte, gab er einen Grundsatz der alten, revolutionären sozialdemokratischen Wahltaaktik preis, den Wahlkampf maximal für die politische Aufklärung und Organisierung zu nutzen. „Wir gehen in den Kampf“, sagte Rosa Luxemburg auf einer sozialdemokratischen Wahlversammlung, „nicht um möglichst viel Mandate zu erhaschen, sondern weil uns der Wahlkampf Gelegenheit bietet, die Massen aufzuklären und ein gewaltiges Stück vorwärtszutreiben auf der Bahn zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft.“⁴

Aber auch eine „Auferstehung des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland zur gemeinsamen Aktion mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion – ausgerechnet jetzt, in der Zeit des wachsenden Imperialismus“⁵

1 Siehe S. 119 des vorliegenden Bandes.

2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 2, S. 400.

3 S. 119 des vorliegenden Bandes.

4 S. 72 des vorliegenden Bandes.

5 S. 95 des vorliegenden Bandes.

hielt Rosa Luxemburg für eine politische Illusion, die das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse verwirrt und ihre Macht lähmt. Machtentfaltung des Proletariats in eigenen Klassenaktionen war für Rosa Luxemburg das A und O sozialdemokratischer Klassenpolitik gegen Imperialismus und Militarismus in Deutschland, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte dazu ihren Beitrag für die Aufklärung und Revolutionierung zu leisten.

Allerdings, so stellte Rosa Luxemburg in ihrer Auswertung des großen Wahlsieges der deutschen Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1912 fest, hat die „erste große Auseinandersetzung unserer Fraktion mit dem deutschen Imperialismus aus Anlaß der Marokkoaffäre ... gezeigt, daß unsere parlamentarische Taktik gegen diesen Feind noch nicht die nötige Schlagfertigkeit besitzt“¹.

Karl Liebknecht setzte die revolutionäre Parlamentstaktik von August Bebel fort und deckte schonungslos von der Reichstagtribüne herab die Volksfeindlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus auf, enthüllte das antinationale Profit- und Machtstreben der deutschen Rüstungsmonopole. Dagegen gingen die Opportunisten in der Reichstagsfraktion zur direkten Unterstützung der Politik des deutschen Imperialismus über.

Rosa Luxemburg war eine der ersten gewesen, die am Beginn der neuen Epoche den gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Militarismus aufgespürt hatte und daraus den Kampf gegen den Militarismus als unabdingbares Attribut des politischen Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung abgeleitet hatte. Am 3. Juni 1913 stimmte die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstag, nachdem sie den Widerstand von 37 Abgeordneten durch Fraktionszwang unterdrückt hatte, dem einmaligen Wehrbeitrag und dem Vermögenszuwachssteuergesetz zur Finanzierung der von ihr abgelehnten Heeresvorlage zu. Dies war etwas Neues in der sozialdemokratischen Parteigeschichte, konstatierte Rosa Luxemburg in ihrem Beitrag „Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage“ und schrieb: „Es ist *formell* ein Bruch mit unserm bisherigen Prinzip: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“² In ihrer Kritik an dieser Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion arbeitete Rosa Luxemburg deutlich heraus, daß die Reichstagsfraktion, indem sie auf einen prinzipiellen Kampf gegen das militaristische System verzichtete, praktisch auch den Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsord-

1 S. 97 des vorliegenden Bandes.

2 S. 273 des vorliegenden Bandes.

nung verleugnete – und damit im Parlament nicht die Interessen der Sozialdemokratie als politischer Kampforganisation des Proletariats vertrat.

Statt über das Wesen des Militarismus vom Standpunkt des Sozialisten aufzuklären, habe die Reichstagsfraktion eine kleinbürgerliche Auffassung geäußert, die im „Militarismus lediglich ein ‚Geschäft‘, lediglich eine Geldfrage erblickt, hingegen von der wirtschaftlichen und politischen Funktion des Militarismus in der kapitalistischen Gesellschaft, von seiner fundamentalen Rolle für den Bestand der Klassenherrschaft, von den Tendenzen der heutigen imperialistischen Geschichtsphase gänzlich absieht“³.

Die sozialdemokratische Sicht im Geist August Bebels bestand für Rosa Luxemburg darin, daß die breitesten Schichten des Volkes von der Tribüne des Parlaments darüber aufgeklärt werden, daß die Sozialdemokraten den „Militarismus nicht deshalb bekämpfen, weil er uns viel kostet, sondern weil er das Werkzeug der politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, was er auch bei den höchsten Besitzsteuern bleibt“⁴.

Deutlich zeigte Rosa Luxemburg auch, daß in der ersten militärischen Deckungsvorlage aus Besitzsteuern ein höchst bedeutsames Symptom vorlag: „Es zeigte sich hier“, schrieb sie, „daß das Wachstum des deutschen Militarismus nunmehr in ein so rasendes Tempo verfallen ist, daß selbst die unermüdliche indirekte Steuerschraube des Deutschen Reichs mit ihm nicht gleichen Schritt zu halten vermag“, so daß „neben der äußersten Anspannung der Verbrauchssteuern, die auf der breiten Volksmasse lasten, eine teilweise Inanspruchnahme der Schichten der Bourgeoisie notwendig geworden ist.“⁵

Gegen die Opportunisten Südekum und David, die die Deckungsvorlage als einen ersten Anfang zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms deuteten, erklärte Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag 1913, sich auf Marx berufend: Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der kapitalistischen Produktion beruhen, können zwar durch Steuern modifiziert, jedoch nie in ihrer Grundlage bedroht werden.⁴ „An der kapitalistischen Ausbeutung ändert auch die beste Steuer nicht das geringste.“⁵ Und Rosa Luxemburg forderte, der Sozialist muß auch in den Fragen des Militarismus seinen Klassenstandpunkt geltend

1 S. 283 des vorliegenden Bandes.

2 S. 230 des vorliegenden Bandes.

3 S. 280 des vorliegenden Bandes.

4 Siehe S. 339/340 des vorliegenden Bandes.

5 S. 340 des vorliegenden Bandes.

machen. Der Militarismus muß Gegenstand des Klassenkampfes, nicht des parlamentarischen Steuergeschäfts sein. Er ist vom proletarischen Klassenstandpunkt als Waffe der Bourgeoisieherrschaft in der imperialistischen Phase der Kapitalentwicklung zu begreifen und zu bekämpfen.

Diese Forderung stellte Rosa Luxemburg an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, aber nur wenige, an hervorragender Stelle Karl Liebknecht, benutzten die Tribüne des Parlaments in diesem revolutionären, proletarischen Sinne.

Als auf dem Jenaer Parteitag 1913, der letzten Konferenz vor dem ersten Weltkrieg, die Parteitagsmehrheit eine Resolution annahm, in der nachträglich die Zustimmung der Sozialdemokraten im Reichstag zum Wehrbeitrag und zum Vermögenszuwachssteuergesetz gebilligt wurde, trat Rosa Luxemburg dieser Vorentscheidung der Opportunisten für den offenen Übergang in das Lager des Imperialismus warnend entgegen: „Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. Das ist eine schiefen Ebene, . . . auf der es kein Halt mehr gibt.“¹

Als historisch einzig mögliche Alternative gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus betrachteten Rosa Luxemburg und die deutschen Linken den Sieg des Sozialismus. Immer und überall, besonders in den Jahren von 1910 bis 1914, sah Rosa Luxemburg die latente Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges und stellte die Frage von Krieg oder Frieden als eine Machtfrage zwischen dem Kapital als Kriegsfaktor und der Arbeit als Friedensfaktor. Dem Krieg war deshalb für sie im Zeitalter des Imperialismus nicht durch parlamentarische Aktionen zu begegnen, Abrüstungsvorschläge und Friedenkundgebungen der kapitalistischen Welt hielt sie für „gemalte Kulissen“, und es wäre für das Proletariat die törichtste Selbsttäuschung, von der kapitalistischen Gesellschaft irgendwelche Friedenstendenzen zu erhoffen.²

„Eine Kette unaufhörlicher, unerhörter Rüstungen zu Lande und zu Wasser in allen kapitalistischen Staaten um die Wette, eine Kette blutiger Kriege, die von Afrika auf Europa übergegriffen haben und jeden Augen-

1 S. 341 des vorliegenden Bandes.

2 Siehe S. 22/23 des vorliegenden Bandes.

blick den zündenden Funken zu einem Weltbrand abgeben können“¹, das charakterisiert die imperialistische Welt, und hierin setzte sich – wie Rosa Luxemburg erkannte – die dem Imperialismus immanente Gesetzmäßigkeit der gewaltsamen Weltaufteilung durch, ein mit militärischer Gewalt geführter Konkurrenzkampf in der Schlußphase des Kapitalismus. Deshalb sah sie auch in den militärischen Bündnissen nicht Pfeiler des europäischen Gleichgewichts und des Friedens, sondern Mechanismen, durch die in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte hineingezogen werden, wodurch ein Weltkrieg heraufbeschworen wird.² Die deutsche Sozialdemokratie dürfe sich deshalb niemals auf den Boden des Dreibundes stellen, sondern müsse ihn als ein kapitalistisches Bündnis, das den Krieg vorbereiten soll, entlarven.³

Rosa Luxemburgs revolutionäre Kritik an der opportunistischen Parlamentspolitik war ein ideologischer Kampf gegen das Hineinragen von bürgerlicher Ideologie und Politik in die deutsche Arbeiterbewegung durch die Reichstagsfraktion, zu einer Zeit, in der Massenmobilisierung gegen den imperialistischen Krieg auf der Tagesordnung stand. Sie wollte mit dieser Kritik Beschlüsse, die auf internationalen Sozialistenkongressen gefaßt wurden, in praktische Parteipolitik umsetzen.

Aus der Erkenntnis, daß der Militarismus keine nationale, sondern eine internationale Erscheinung ist, hatte Rosa Luxemburg schon 1900 in ihrem Referat „Der Völkerfriede, der Militarismus und die stehenden Heere“⁴ die Arbeiterklasse auf gemeinsame Aktionen orientiert. Auf dem Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 hatte sie folgerichtig ihren Gedanken vom gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und dem Kampf gegen den Militarismus fortgesetzt, indem sie gemeinsam mit Lenin die Bebelsche Resolution dahingehend ergänzte, daß die revolutionäre Massenaktion nicht allein auf die Verhinderung des Krieges auszurichten sei, sondern daß mit allen Kräften dahin zu streben ist, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klasseherrschaft zu beschleunigen. In Stuttgart wurde die revolutionäre Massenaktion als Waffe des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg von allen Parteien der II. Internationale anerkannt. Immer wieder drängte Rosa Luxemburg – besonders ab 1910 – auf die aktive Massenmobilisierung.

1 S. 193 des vorliegenden Bandes.

2 Siehe S. 476 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe S. 215/216 des vorliegenden Bandes.

4 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, S. 807–809.

In der Zeit des Rüstungswahnsinns und der Kriegsorgien, schrieb Rosa Luxemburg, ist es „nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu machtvollen Massenaktionen, was den Weltfrieden noch erhalten, drohenden Weltbrand noch hinausschieben kann“¹. Deshalb forderte Rosa Luxemburg auch im Oktober 1912 auf der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros zur Vorbereitung des Baseler Kongresses, daß im Manifest des Büros zur Balkanfrage und zur Vorbereitung eines außerordentlichen Kongresses ausgesprochen werden sollte, „daß das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung des Weltkrieges die proletarische Massenaktion ist. Diese Aktion soll in ihren Formen und in ihrer Intensität in demselben Maße gesteigert werden, wie die Kriegsgefahr selber akuter sein wird, um im Falle der höchsten Gefahr in eine entscheidende revolutionäre Massenaktion auszumünden.“²

Dem Streben Rosa Luxemburgs und der deutschen Linken, die Massen durch die revolutionäre Arbeit im und außerhalb des Parlaments gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren, lag die Erkenntnis zugrunde, daß der imperialistische Krieg mit seinen Massenheeren erst dann Realität werden kann, wenn es den Ideologen der Monopolbourgeoisie gelingt, ein massenhaft auftretendes illusionäres Bewußtsein zu erzeugen, weshalb seit der Jahrhundertwende neben der materiellen Kriegsvorbereitung die ideologische einherging. Schon vor der Entfesselung des ersten Weltkrieges wies Rosa Luxemburg in ihrer Verteidigungsrede vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Main) darauf hin, daß der imperialistische Krieg als totaler Krieg, der nicht nur die gesamte Wirtschaft, sondern auch die ganze Bevölkerung eines Staatengebildes einbezieht, die ideologische Mobilisierung der Massen für diesen Krieg voraussetzt: Dem Volk müssen die Interessen der herrschenden Klassen als seine eigenen Interessen erscheinen, damit es opferbereit und gehorsam in den Krieg zieht. „Wir sind der Auffassung“, sagte sie, „daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Volksmasse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulden erträgt. Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt, ... daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden.“³

1 S. 194 des vorliegenden Bandes.

2 S. 177 des vorliegenden Bandes.

3 S. 400 des vorliegenden Bandes.

Dem Nationalismus und Chauvinismus imperialistischer Prägung setzte Rosa Luxemburg den proletarischen Internationalismus entgegen. Als sie im Februar 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, weil sie auf einer Volksversammlung in Bockenheim erklärt hatte: „Wenn uns zugesetzt wird, die Mordwaffen gegen unsre französischen oder andern Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!“¹, organisierten die revolutionären Kräfte in der Sozialdemokratie wenige Monate vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in vielen Städten Deutschlands antimilitaristische Protestaktionen. Im Verlauf dieser breiten Protestbewegung wurde Rosa Luxemburg von der preußischen Militärkamarilla wegen Beleidigung des „gesamten Offiziers- und Unteroffizierskorps der deutschen Armee“ erneut angeklagt. Rosa Luxemburg hatte in einer Freiburger Volksversammlung Soldatenmißhandlungen in den preußischen Kasernen angeprangert.² Die Prozeßaufnahme erwies sich jedoch als Bumerang. Als sich 1013 Opfer von Soldatenmißhandlungen den Verteidigern Rosa Luxemburgs als Zeugen zur Verfügung stellten, wurde der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Obwohl Rosa Luxemburg in den Massenaktionen das entscheidende Mittel des antimilitaristischen Kampfes sah, gewann das Parlament als Boden für die sozialistische Aufklärung und Massenmobilisierung im anti-imperialistischen Kampf für sie einen besonderen Wert, weshalb gerade in den Jahren von 1911 bis 1914 im Werk von Rosa Luxemburg neben der Analyse und der Propagierung der politischen Massenaktion eine breit angelegte, bis in die Einzelheit der parlamentarischen Geschäftstätigkeit gehende Kritik an der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stand, durch die sie die Partei zu einer neuen revolutionären Parlamentätigkeit drängen wollte. Besonders abzulesen ist dies noch einmal an ihren Artikeln zur Zabernaffäre, einer Affäre, die sich zu einer der größten innenpolitischen Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit ausweitete.

Im Herbst 1913 war es in Zabern zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen preußischem Militär und der Bevölkerung gekommen, in dem der seit der Annexion von Elsaß-Lothringen schwelende nationale Konflikt wieder aufflammte. In ganz Deutschland kam es zu einer breiten Volksbewegung gegen den selbstherrlichen Militarismus, für die Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten. Am 3. Dezember beantworteten im deutschen Reichstag Reichskanzler von Bethmann Hollweg und der preußische Kriegsminister von Falkenhayn eine Inter-

1 Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus, Berlin 1960, S. 38.

2 Siehe S. 418–420 des vorliegenden Bandes.

pellation der Sozialdemokratie, der Fortschrittlichen Volkspartei und elsässischer Vertreter, wobei die Vorfälle bagatellisiert und damit die Ausschreitungen der Militaristen gutgeheissen wurden. Der Reichstag verurteilte das Verhalten der Regierung und sprach mit 293 gegen 54 Stimmen dem Kanzler das Mißtrauen aus.¹

Rosa Luxemburg lehnte ein Zusammensehen mit bürgerlichen Parteien nicht grundsätzlich ab. „Die sozialdemokratische Taktik verbietet uns durchaus nicht, die bürgerlichen Parteien in jedem fortschrittlichen Vorhaben zu unterstützen. Wozu sie uns aber dabei verpflichtet, ist – die bürgerliche Politik durch unsere Mitwirkung vorwärtszutreiben und nicht etwa ihre Inkonsistenzen und Schwächen geduldig mitzumachen und zu bemängeln.“²

Von diesem Gesichtspunkt aus stimmte sie dem Antrag der Reichstagsfraktion, wonach unter anderem der Reichskanzler allein dem Reichstag verantwortlich sein sollte, zu, weil er die Rechte der Monarchie beschnitt und geeignet war, die bürgerliche Politik vorwärtszutreiben und ihre Inkonsistenzen aufzudecken. Rosa Luxemburg war in Fragen der Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus also keineswegs doktrinär.

Das Zusammensehen der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien beim Kanzler-Mißtrauensvotum im Reichstag lehnte Rosa Luxemburg dagegen ab.³ Sie war besorgt um die politische Selbständigkeit der Partei auch in ihrer parlamentarischen Aktion und warnte erneut vor parlamentarischen Illusionen. Rosa Luxemburg machte den großen historischen Zusammenhang geltend. Nicht in der Dezembersitzung 1913 des deutschen Reichstags schlug die Schicksalsstunde des Parlamentarismus, sondern in der Junisitzung hatte sie geschlagen, in der die bürgerlichen Parteien die Militärvorlage einstimmig angenommen hatten, damit den Militarismus stärkten und so das Parlament immer mehr zur Ohnmacht verurteilten. Es ging bei dem bürgerlichen Zabernprotest nur um die Form imperialistischer Politik, nicht um ihren Inhalt, meinte Rosa Luxemburg. „Wir haben jedoch noch triftigere Gründe“, schrieb sie, „unsere Stimmen nicht mit dem Chorus der entrüsteten Liberalen und des Zentrums zu vermischen. Bei diesem röhrt die ganze Entrüstung über den Fall Zabern daher, weil er den Schein der bürgerlichen Gesetzlichkeit, den Nimbus der ‚Zivilbehörden‘ und ihrer angeblichen Unabhängigkeit von den ‚Militärbehörden‘ zerrissen hat. Wäre der lahme Schuster in Zabern

bei einem Streikkrawall massakriert worden, kein liberaler oder ultramontaner Hahn hätte nach ihm gekräht.“¹

Die Zabernaffäre offenbarte ihr erneut den klaffenden Widerspruch zwischen Volk und Militarismus, der selbstherrlich alle bürgerlichen demokratischen Rechte mit Füßen trat. Rosa Luxemburg empfahl deshalb der Partei als Lehre aus der Zabernaffäre erneut, die Lösung der demokratischen Republik zur Richtschnur ihres Kampfes gegen die Allmacht des Militarismus für demokratische Rechte in Deutschland zu machen. Sie tat dies ohne Illusion: „Nicht in dem Sinne freilich, als ob ihre Verwirklichung (die der demokratischen Republik – G. R.) mitten in den heutigen Orgien der imperialistischen Reaktion immer wahrscheinlicher wäre, sondern in dem tieferen historischen Sinn, daß sie gerade in unserem Kampfe gegen jene Reaktion als echte Parole der proletarischen Klassenposition immer mehr Leben gewinnt, im Bewußtsein der Massen einen immer wichtigeren Platz beansprucht.“²

Rosa Luxemburg stand in der vordersten Front des Kampfes gegen den Militarismus und den imperialistischen Krieg. Auf großen Volksversammlungen und in der sozialdemokratischen Presse warnte und mobilisierte sie an der Seite ihrer Kampfgefährten die Volksmassen. „Heute sieht der Blinde, daß die unaufhörlichen Wettrüstungen und imperialistischen Zettelungen mit eherner Notwendigkeit zu dem Ergebnis geführt haben, vor dem die Partei des klassenbewußten Proletariats nachdrücklich und unermüdlich gewarnt hat: dicht an den Abgrund eines furchtbaren europäischen Krieges.“³ Rosa Luxemburg schrieb dies am 28. Juli 1914 in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“. Wenige Tage später wurde der Krieg vom deutschen Imperialismus entfesselt.

Berlin, Februar 1972

Günter Radczun

1 S. 369 des vorliegenden Bandes.

2 S. 385/386 des vorliegenden Bandes.

3 S. 476 des vorliegenden Bandes.

1 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil I, S. 282.

2 S. 463 des vorliegenden Bandes.

3 Siehe S. 368/369 des vorliegenden Bandes.

Redaktionelle Vorbemerkung

In den dritten Band der „Gesammelten Werke“ wurden alle wesentlichen Arbeiten von Rosa Luxemburg aufgenommen, die sie zwischen Juli 1911 und Juli 1914 verfaßt und in Publikationsorganen veröffentlicht hat, die in Deutschland erschienen sind; ferner alle Reden, die sie in diesem Zeitraum auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie und auf den Kongressen der II. Internationale gehalten, sowie alle Resolutionen und Anträge, die sie auf diesen Kongressen eingebracht hat. Reden Rosa Luxemburgs in Massenversammlungen, von denen bisher keine Manuskripte aufgefunden wurden, werden, extra ausgewiesen, nach Zeitungsberichten wiedergegeben.

Neben den von Rosa Luxemburg mit vollem Namen, mit rl. oder rg. veröffentlichten Arbeiten wurde eine Reihe von Arbeiten in die „Gesammelten Werke“ aufgenommen, die Rosa Luxemburg unter einem Kryptonym oder anonym veröffentlichte. Diese Arbeiten werden durch eine Fußnote gekennzeichnet. Es wurden nur die Arbeiten aufgenommen, bei denen nach Meinung der Redaktion die Autorschaft von Rosa Luxemburg als gesichert gelten kann.

Alle Arbeiten werden im vollen Wortlaut veröffentlicht. Der Text der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs beruht auf zeitgenössischen Publikationsorganen, auf gedruckten Protokollen und selbständig unter dem Namen von Rosa Luxemburg erschienenen Broschüren. Der Text wurde entsprechend den Regeln der modernen Rechtschreibung und Zeichensetzung bearbeitet. Alle Hervorhebungen im Text sind unterschiedslos durch Kursivdruck wiedergegeben, zusätzlich von Rosa Luxemburg vorgenommene Hervorhebungen in den von ihr zitierten Arbeiten anderer Autoren wurden von uns besonders gekennzeichnet. Zufügungen der

Redaktion sind in eckige Klammern gesetzt, Textkorrekturen durch Anmerkungen kenntlich gemacht. Arbeiten und Reden, die Rosa Luxemburg ohne Titel veröffentlicht hat, erhielten von uns eine als redaktionell ausgewiesene Überschrift. Die Arbeiten sind chronologisch nach dem Erscheinungsdatum geordnet.

Die dem Text beigegebenen Fußnoten enthalten zahlreiche zum Verständnis des Textes notwendige Erklärungen sowie Angaben über die Textgestaltung und über die Autorschaft. Die bereits in der Quelle vorhandenen Fußnoten sind durch Sternchen abgehoben.

Als Anhang ist ein Stich- und Schlagwortregister beigefügt.

Kritische Hinweise und Vorschläge zum vorliegenden Band nehmen wir dankbar entgegen.

Die Redaktion

Rosa Luxemburg
Gesammelte Werke

Band 3

Juli 1911 bis Juli 1914

Um Marokko

Leipzig, 24. Juli

Aus Anlaß der Marokkoeffäre¹ tauchte bekanntlich unter den französischen Genossen der Gedanke auf, eine internationale Kundgebung des Sozialismus gegen das eingeleitete militaristische Kolonialabenteuer wäre am Platze, und zwar unter Vermittlung des berufenen Organs, des Internationalen Sozialistischen Büros. Zunächst war die Zusammenkunft zwischen den sozialistischen Vertretern der beiden unmittelbar beteiligten Länder, Frankreich und Spanien, geplant. Im Namen der spanischen Genossen drückte Pablo Iglesias seine Zustimmung zu der Anregung Vaillants und der französischen Genossen aus. Als die Absendung des „Panther“ nach Agadir offenkundig machte, daß der deutsche Militarismus gleichfalls in das Marokkabenteuer eingreifen und damit die internationalen Gegensätze verschärfen, die Möglichkeiten eines Krieges vergrößern wird, erschien auch die Teilnahme der deutschen Sozialdemokratie sowie eventuell der englischen Vertreter an der geplanten internationalen Zusammenkunft notwendig. Auf eine entsprechende Anfrage des Brüsseler Sekretariats gaben im Namen der englischen Arbeiterschaft Macdonald, Keir Hardie und Quelch ihre Zustimmung und erklärten auch ihrerseits die Zusammenkunft für notwendig. Nur bei dem deutschen Parteivorstand fand die Anregung keine besondere Gegenliebe. Die Ant-

1 Im Frühjahr 1911 hatte der französische Imperialismus den Versuch unternommen, seine Herrschaft auf ganz Marokko auszudehnen und endgültig zu festigen. Dieses Vorgehen nahmen die deutschen Imperialisten zum Anlaß für die Erklärung, Deutschland fühle sich nicht mehr an das Algecirasabkommen (siehe S. 7, Fußnote 3) gebunden. Am 1. Juli 1911 entsandte die deutsche Regierung die Kriegsschiffe „Panther“ und „Berlin“ nach Agadir und beschwore durch diese Provokation eine unmittelbare Kriegsgefahr herauf. Das Eingreifen Englands zugunsten Frankreichs zwang die deutschen Kolonialpolitiker zum Nachgeben. Zwischen Frankreich und Deutschland wurde ein Kompromiß geschlossen.

wort wurde zwar nur von einem Mitglied des Parteivorstands als seine Privatmeinung mitgeteilt¹, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht, das deutsche Mitglied des Internationalen Büros erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert², und die geplante Zusammenkunft unterblieb aus diesem Grunde.

Man mag über die Notwendigkeit oder Überflüssigkeit einer Konferenz des Internationalen Sozialistischen Büros aus Anlaß der Marokkoaffäre verschiedener Meinung sein. Diese Zusammenkunft war jedenfalls gar nicht für den nächsten Augenblick geplant, sie sollte nur vorbereitet werden, um nötigenfalls ins Werk gesetzt zu werden. In diesem ausdrücklichen Sinne haben auch nur die sozialistischen Vertreter Frankreichs, Spaniens und Englands die Anregung akzeptiert. Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch, „zunächst“ die Konferenz abzuhalten, ist als eine Absage an die Idee überhaupt aufgefaßt worden, weshalb auch vom Brüsseler Sekretariat der Vorschlag gemacht wurde, die Marokkofrage ad acta der nächsten Jahressitzung des Büros zu legen. Daß dieses Verhalten der deutschen Partei auf die sozialistische Protestbewegung in den andern Ländern nicht gerade ermutigend und anspornend wirken dürfte, scheint uns klar zu sein. Um so interessanter ist es, die Gründe zu erfahren, die zu diesem Verhalten unsrer Partei geführt haben. Es klingt fast unwahrscheinlich, aber diese Gründe sind wieder einmal – die Rücksichten auf die bevorstehenden Reichstagswahlen³. Die Auffassung, die von dem Mitglied des Parteivorstands zum Ausdruck gebracht worden ist und die nach seiner Mitteilung bereits auch in einer öffentlichen Versammlung in Berlin dargelegt wurde, lautet folgendermaßen:

„Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatslenker die allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen. Mit der inneren Politik ist unsere Regierung in solche Lage gekommen, daß sie bei einem Hund Mitleid erregen könnte. Sie greift also zu dem beliebten Mittel wie

1 Den Antwortbrief an das Internationale Sozialistische Büro hatte Hermann Molkenbuhr geschrieben. Siehe dazu Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 348–350.

2 August Bebel hatte am 10. Juli 1911 aus Zürich dem Internationalen Sozialistischen Büro schriftlich zugesagt, an einer Konferenz zur Marokkokrise teilzunehmen, jedoch in einem Brief vom 12. Juli eine solche Konferenz für nicht empfehlenswert gehalten.

3 Die Reichstagswahlen wurden am 12. Januar 1912 durchgeführt. Die Sozialdemokratie konnte dabei 4,2 Millionen Stimmen gegenüber 3,2 Millionen im Jahre 1907 erringen und die Zahl ihrer Mandate von 43 auf 110 erhöhen. Sie wurde damit die stärkste Fraktion des Reichstags.

Bismarck 1887 mit Boulanger¹ und Bülow 1906 mit den Hottentotten². Nun traue ich den Herren Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter jede Dummheit zu, also auch solche, die zu ernsthaften europäischen Konflikten führen können. Bei Marokko glaube ich aber, daß die Herren nicht freie Hand haben, weil dort entgegengesetzte kapitalistische Interessen in Frage kommen, wovon die ‚französische‘ Gruppe auch in Deutschland die stärkere ist.

Diesen Minenkrieg haben wir schon seit einigen Jahren. Bekanntlich hat ein Herr Mannesmann dem Sultan von Marokko Geld gegeben und dafür ein Schriftstück erhalten, von dem er und seine Freunde und die kleine Gruppe der Schreier, die sich Alddeutsche nennen, behaupten, daß durch dieses Schriftstück den Brüdern Mannesmann ein Minenmonopol für Marokko gegeben ist. Freilich steht der Inhalt mit dem Algecirasvertrag³ im Widerspruch. Mannesmann und seine Freunde behaupten, das schade nichts, denn die Algecirasakte könne ältere Verträge nicht beeinflussen.

Trotz des großen Lärms, den Mannesmann und seine Freunde in der Presse machten, war der frühere Staatssekretär des Äußeren, v. Schön, nicht zu bewegen, nur ein freundliches Wort über den Mannesmann-Vertrag zu sagen, weil er nicht offen Stellung gegen Mannesmann nehmen wollte. Als er doch zur Äußerung gepreßt wurde, fiel diese sehr zu ungünsten des Herrn Mannesmann aus. Der Grund ist folgender: Es ist weniger der unsichere Rechtsboden des Mannesmann als ein entgegenstehendes kapitalistisches Interesse. Mit Mannesmann konkurriert ein französisches Minensyndikat. Dieses Syndikat hat seinen Sitz in Paris, und an dem-

1 Im Jahre 1886 war der Wortführer der französischen Revanchepolitiker, General Georges Boulanger, als Kriegsminister in die französische Regierung eingetreten. Otto von Bismarck benutzte diesen Umstand, um gegen Frankreich eine chauvinistische Hetze zu entfachen und um eine neue Hiceresvorlage zu begründen. Im Zeichen dieser verschärften Situation wurden am 21. Februar 1887 (dem Rosenmontag, daher auch als Faschingswahlen bezeichnet) Wahlen zum Reichstag durchgeführt, bei denen die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 34 auf 11 zurückging.

2 Unter der Leitung des Reichskanzlers Bernhard von Bülow war der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen am 25. Januar 1907 durch eine Hetzkampagne der Reaktion gegen alle oppositionellen Kräfte, besonders gegen die Sozialdemokratie, und durch chauvinistische Propaganda für die Weiterführung des Kolonialkrieges gegen die Hereros und Hottentotten in Afrika (siehe S. 70, Fußnote 2) gekennzeichnet. Obwohl die Sozialdemokratie die größte Stimmenzahl erzielte, erhielt sie auf Grund der veralteten Wahlkreiseinteilung sowie der Stichwahlbündnisse der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie nur 43 Mandate gegenüber 81 im Jahre 1903.

3 Mit dem Algecirasvertrag vom 7. April 1906 war die erste Marokkokrise von 1905 beendet worden. Der Vertrag garantierte Marokko formal die Unabhängigkeit, festigte aber den Einfluß Frankreichs in Marokko, indem er die Polizei des Landes auf fünf Jahre französischer und spanischer Kontrolle unterstellte. Deutschland hatte sich durch seine imperialistische Abenteuerpolitik außenpolitisch fast völlig isoliert.

selben ist auch Schneider in Creusot beteiligt. Aber neben Schneider sind Krupp, Thyssen und andere Größen des Deutschen Stahlwerksverbandes darin vertreten. Die sagen: Wenn in Marokko Eisenerze in dem Umfange vorkommen, wie Mannesmann behauptet, dann können wir sie uns selber holen und brauchen uns nicht von Mannesmann ausbeuten zu lassen. Bei der Ausbeutung sind diese Herren viel lieber Subjekt als Objekt. Dieses Gegengewicht wog mehr als alle juristischen und staatsrechtlichen Gründe. Soweit die Herren Mannesmann durch Bohren Eisenerze aufzusuchen, haben sie in der letzten Zeit ihre Tätigkeit nach Agadir verlegt. Von dort kam die Klage, daß die Techniker an ihrer Arbeit gehindert würden. Hier haben also Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter dem Schreien der Mannesmann und Genossen eine Konzession gemacht. Ich glaube aber nicht, daß sie sich weiter drängen lassen, weil sie sonst die Interessen der Großmächte des Stahlwerksverbandes verletzen würden. Also kurz: Ich traue unseren Leitern der auswärtigen Politik jede Dummheit zu, ich glaube aber nicht, daß sie weitergehen, weil sie sonst die Interessen der größten Kapitalisten verletzen könnten, und da haben diese einen scharfen Blick und gebieten rechtzeitig „Halt“.

Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. Denn in Sozialistenhaß und Sozialistenfurcht bleiben Krupp und Thyssen nicht hinter Bethmann Hollweg zurück. Für uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarierprivilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dorfe über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden. Holen sich die Herren Bethmann und Genossen in dem Spiel eine gehörige Niederlage, was bei ihrem notorischen Ungeschick eine Wahrscheinlichkeit ist, dann haben wir zur Wahl ein Argument mehr.¹

Wir müssen gestehen, daß uns die Schlüsse, die aus der mit solcher Sachkenntnis geschilderten Marokkoaffäre gezogen sind, sehr wenig ansprechen. Die hohe Politik, auf die sie hinauslaufen, lautet: Überlassen wir es den Granden des Stahlwerksverbandes, der deutschen Aktion in Marokko rechtzeitig ein Halt zu gebieten, und kümmern wir uns selbst soweit wie möglich um die ganze Schose, denn wir haben uns mit andern Dingen, mit den Reichstagswahlen, zu befassen. Vor allem war es sicher keinem Menschen eingefallen, von der deutschen Partei zu ver-

¹ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, S. 348-350.

langen, wir sollen „alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen“. Als die allerletzten stehen wohl in diesem Verdacht Vaillant und die französischen Genossen, die ja selbst ein lebendiges Beispiel geben, wie man das eine tun kann, ohne das andre zu lassen, indem sie ganz unbeschadet ihrer energischen Agitation gegen das Marokkoabenteuer aufs lebhafteste ihre innerpolitischen Probleme, in erster Linie die Versicherungsvorlage¹, diskutieren. Ebensowenig hat die kräftige Protestaktion Iglesias' und Genossen den sonstigen politischen Kampf der Partei in Spanien und namentlich in Saragossa verhindert.²

Ferner ist es sehr wahrscheinlich, daß die Gegner in ihrer Not und Drangsal aus dem Marokkorummel eine Wahlparole gegen die Sozialdemokratie zu schmieden versuchen, um eine Art „patriotische“ Faschingswahlen zustande zu bringen. Allein gerade wenn man dies annimmt und gar glaubt, dieses lächerliche und frivole Abenteuer könnte selbst „eine wirksame Parole“ gegen uns abgeben, dann erscheint es völlig unlogisch, der Erörterung dieser Frage bei der Agitation aus dem Wege zu gehen. Haben wir zu erwarten, daß die Reaktion mit dem Marokkoköder kribbeln geht, dann wäre doch das einzige Mittel, um diese Parole unwirksam zu machen und diese Manipulationen zu durchkreuzen, wenn wir selbst so früh wie möglich und so gründlich wie möglich die Volksmassen über den kläglichen Hintergrund und die schmutzigen Kapitalsinteressen, die da in Betracht kommen, aufklären. In welcher Weise uns die eigene Erörterung, die eigene Agitation gegen diesen neuen Vorstoß der kapitalistischen Reaktion eine Niederlage bereiten könnte, ist unbegreiflich. Hier kommt ein so geringes Vertrauen in die überzeugende Macht unserer Auffassung, in die Werbekraft unserer Agitation zum Ausdruck, daß man sich vergeblich nach Ursachen fragt. Im Jahre 1870 scheuteten sich Bebel und Liebknecht nicht, gegen alle entfesselten Furien des Hurrapatriotismus laut unser Bekenntnis zum Frieden und zur Volksverbrüderung zu vertreten.³ Wenn sie es nicht „in jedem Dorf“ taten, so wohl nur des-

¹ Am 3. Juli 1911 war in Frankreich die pflichtmäßige Altersversorgung für Industrie- und Landarbeiter in Kraft getreten.

² Am 10. Juli 1911 hatten die spanischen Sozialisten gemeinsam mit den Republikanern in Valencia eine Protestversammlung gegen die imperialistische Politik Spaniens in Marokko durchgeführt, an der sich etwa 20 000 Personen beteiligten. Unter anderen hatte dabei Pablo Iglesias das Wort ergriffen. Am gleichen Tage war in Saragossa ein Generalstreik ausgebrochen, der bis zum 16. Juli andauerte.

³ August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatten sich im November 1870 im Norddeutschen Reichstag gegen den Eroberungskrieg und gegen die Annexionbestrebungen der herrschenden Klassen in Deutschland gewandt und offen ihre Solidarität mit dem französischen Volk bekundet. Sie lehnten die Kredite zur Weiterführung des Krieges gegen die junge französische Republik ab und wurden deshalb von den bürgerlichen Abgeordneten heftig angegriffen und beschimpft.

halb, weil wir dazumal noch in gar wenige Dörfer Eingang fanden. Und was war doch der „vaterländische Krieg mit dem Erbfeind“ gegen die plate Farce der Mannesmann-Firma und ihrer jungen Leute im heutigen Auswärtigen Amt!

Sündigt die besprochene Stellungnahme durch zu geringes Vertrauen in die siegreiche Kraft unsrer Losungen, so scheint sie uns anderseits die Wirkung der Kapitalsinteressen als Friedensgarantie stark zu überschätzen. Es mag stimmen, daß sich die auswärtige Politik der Bethmann und Kiderlen lediglich die Spanne zwischen den zwei Cliquen der Minenausbeutung auszumessen getraut, aber das Spiel auf dem vulkanischen Boden der internationalen Gegensätze ist selbst für größere Geister als diese Kommis des Kapitalismus ein Spiel mit verbundenen Augen. Nicht Mannesmann und Thyssen allein entscheiden über den weiteren Gang des Abenteuers, das wie alle weltpolitischen Vorstöße leicht den eigenen Arrangeuren über den Kopf wachsen und sich aus einem frivolen Spielen mit Zündhölzern zum Weltenbrand auswachsen kann. Kann doch leicht der Schwerpunkt der Situation schon durch irgendwelche „Konzessionen“ nach Südafrika oder einem andern Weltteil verlegt werden, um ganz neue Konflikte zu schaffen. Deshalb ist es unseres Erachtens Pflicht der Sozialdemokratie, nicht die öffentliche Meinung zu beruhigen, sondern umgekehrt, sie aufzurütteln und vor den in jedem solchen Abenteuer der heutigen Weltpolitik schlummernden Gefahren zu warnen. Nicht auf die Friedensinteressen irgendeiner Kapitalistenclique, sondern lediglich auf den Widerstand der aufgeklärten Volksmassen als Friedensfaktor geziemt es uns zu rechnen. Durch das Ruhegebot kämen wir jetzt übrigens sichtlich den Wünschen der Lenker der Marokkopolitik entgegen. Das allgemeine Schweigen im Walde, das sich die zwei Hohenpriester der Kolonialpolitik, Cambon und Kiderlen, ausgebeten haben, um hinter dem Rücken der Volksvertretungen und der Öffentlichkeit ihren Hokuspokus ungestört auszuführen¹, ist ein Fingerzeig mehr, daß die Taktik der Arbeiterparteien das gerade Gegenteil gebietet: einen lauten Appell an die öffentliche Meinung, die vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. In diesem Sinne war auch z. B. die vom „Vorwärts“ zuerst aufgestellte Forderung

1 Während der Marokkokrisis verhandelten der französische Botschafter in Deutschland Jules Cambon und der Staatssekretär des Äußeren Alfred von Kiderlen-Wächter hinter verschlossenen Türen über Kompensationen im Kolonialbesitz. Diese Verhandlungen führten am 4. November 1911 zu den Maroko- und Kongoaabkommen zwischen Deutschland und Frankreich. Im Marokoabkommen stimmte Deutschland der Beherrschung Marokkos durch Frankreich zu, während Frankreich das Prinzip der „offenen Tür“ für Marokko garantierte. Im Kongoaabkommen wurde ein Gebietsaustausch in Afrika vereinbart, durch den Deutschland gegen Territorien im Tschadgebiet einen zwar größeren, wirtschaftlich aber wertlosen Teil von Französisch-Kongo erhielt.

der Einberufung des Reichstags sicher von richtigem Instinkt diktiert¹; leider scheint unsrer Zentralorgan diese Lösung – wenn wir nicht irren – nicht weiter zu vertreten.

Endlich kommt in der Stellungnahme des Parteivorstands eine allgemeine Auffassung über den Wahlkampf zum Ausdruck, die uns nicht einwandfrei erscheint. Wir sollen uns ausschließlich auf die Fragen der inneren Politik, auf die Steuern und Sozialgesetzgebung, bei der Agitation beschränken. Aber die Finanzpolitik, die Junkerherrschaft, Stillstand der Sozialreform sind mit dem Militarismus, Marinismus, mit der Kolonialpolitik, mit dem persönlichen Regiment und seiner auswärtigen Politik organisch verknüpft. Jede künstliche Trennung dieser Gebiete kann nur ein lückenhaftes, einseitiges Bild unsrer öffentlichen Zustände geben. Vor allem sollen wir bei der Reichstagswahl *sozialistische Aufklärung* verbreiten, dies läßt sich aber nicht erreichen, wenn wir ausschließlich die innerpolitischen Zustände Deutschlands in den Kreis unsrer Kritik ziehen, wenn wir nicht die großen internationalen Zusammenhänge, die fortschreitende Kapitalherrschaft in allen Weltteilen, die augenfällige Anarchie in allen Ecken und Enden und die hervorragende Rolle der Kolonial- und Weltpolitik in diesem Prozeß schildern. Nicht als eine abgekürzte, auf ein paar „zugkräftigste“ Punkte versimpelte politische Fibel, sondern als die sozialistische Weltanschauung in ihrer ganzen umfassenden Fülle und Mannigfaltigkeit müssen wir die Wahlagitation gestalten.

Man spricht so viel von der „glänzenden Situation“, in der wir den Reichstagswahlen entgegengehen, und zugleich werden wir immer wieder gewarnt, diese „Situation“ durch irgendeine unvorsichtige Aktion zu verscherzen; früher war es der Kampf um das preußische Wahlrecht, jetzt soll es die Agitation gegen den Marokkorummel sein. Wir denken, daß jene „glänzende Situation“ nicht eine äußerliche Zufallskonstellation ist, die man durch eine Unüberlegtheit verderben kann, sondern sie ist die Frucht der gesamten historischen Entwicklung innerhalb und außerhalb Deutschlands in den letzten Jahrzehnten, und die Gunst dieser „Situation“ können wir höchstens verscherzen, wenn wir einfach das gesamte Parteileben und alle Aufgaben des Klassenkampfes unter dem Gesichtswinkel des Wahlzettels zu betrachten anfangen.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 168 vom 24. Juli 1911.

1 Siehe Was will die Regierung? Eine Interpellation. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 154 vom 5. Juli 1911.

Friedensdemonstrationen

Leipzig, 31. Juli

Die proletarische Friedensdemonstration in der „Neuen Welt“ in Berlin am vergangenen Freitag¹ wird überall einen tiefen Eindruck gemacht haben. Die spontanen Kundgebungen herzlicher Freundschaft, die in der Riesenversammlung beim Erscheinen der französischen Arbeitervertreter ausbrachen, der nicht enden wollende stürmische Beifall, der jeder Wendung der Redner gegen den Krieg und für die Volksverbrüderung galt, das alles bot das Bild einer wirklichen Demonstration tief empfundener Gefühle und festgewurzelter Überzeugungen. Die große Masse der aufgeklärten deutschen Arbeiterschaft ist aus tiefster Seele gegen die kapitalistische Weltpolitik mit all ihrer Verlogenheit und all ihrem Schmutz profitgieriger Interessen und gemeinen Völkerraubs aufgebracht. Man kann auch gar nicht wirksamer gegen die drohende Kriegsgefahr und für die Erhaltung des Friedens arbeiten, als indem man der bürgerlichen Öffentlichkeit und den Leuten der imperialistischen Abenteuerpolitik diese Stimmung der werktätigen Volksmassen vor demonstriert. Angesichts des grimmigen Hasses und des kalten Hohns, der von unsren proletarischen Massen bei jeder Erwähnung der Kriegshetze und der sie beschönigenden patriotischen Phrasen kundgegeben wird, angesichts der leidenschaftlichen Entschlossenheit dieser Massen, sich um keinen Preis als Kanonenfutter für den kolonialpolitischen Wahnwitz² mißbrauchen zu lassen, sind solche Demonstrationen wie die neuliche in Berlin zugleich

1 Aus Anlaß des Besuches einer französischen Gewerkschaftsdelegation in Berlin hatte die Berliner Gewerkschaftskommission am 28. Juli 1911 in der „Neuen Welt“ eine Kundgebung veranstaltet, die sich unter starker Anteilnahme der Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration für den proletarischen Internationalismus und gegen die friedensgefährdende Kolonialpolitik des deutschen und des französischen Imperialismus gestaltete.

2 Siehe S. 5, Fußnote 1.

eine drohende Mahnung, die den herrschenden Politikern ins Gesicht geschleudert wird: Und mit diesen Volksmassen wollt ihr einen Krieg führen? Wehe euch, wenn ihr einen solchen frivolen Versuch macht, denn die Zeiten des Kadavergehorsams und der Unmündigkeit der Massen sind vorbei!

Jeder überzeugte Gegner der imperialistischen Politik und des Militarismus wird deshalb über die Berliner Demonstration in der „Neuen Welt“ seine aufrichtige Freude empfunden haben. Und doch mischen sich in diese Freude unwillkürlich einige Mißtöne. Daß die Demonstration überhaupt zustande kam, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft der Hauptstadt des Reichs Gelegenheit hatte, ihren Gefühlen gegen den Militarismus öffentlich Ausdruck zu verleihen und mit den französischen Proletariern zu fraternisieren, das verdanken wir lediglich den Führern unsrer Gewerkschaftsbewegung. Es muß ihnen hoch als Verdienst ange rechnet werden, daß sie einen zufällig in die gespannte weltpolitische Situation gefallenen Besuch der französischen Gewerkschafter, die einer schon früher an sie ergangenen Einladung unsrer Generalkommission jetzt Folge leisteten, zu einer internationalen proletarischen Friedensdemonstration gestaltet haben. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben damit ein sicheres Gefühl für ihre großen Aufgaben und ihre Hingabe an die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus bewiesen. *Wo war aber die Partei bei dieser Gelegenheit?* War es nicht vielmehr – so muß sich unwillkürlich jeder Genosse fragen – Aufgabe und Pflicht der Sozialdemokratie, eine internationale Friedenkundgebung der Arbeiterschaft zu veranstalten? Freilich, auch die Partei hat dank den Gewerkschaften an der Berliner Demonstration mitgewirkt, war doch die Masse, die in der „Neuen Welt“ demonstrierte, sicher aus lauter Parteigenossen und Anhängern der Sozialdemokratie zusammengesetzt, und ein Vertreter des Parteivorstands konnte als Gast bei dieser gewerkschaftlichen Veranstaltung zum Schluß das Wort ergreifen.* Gehörte es sich aber nicht, daß bei einer so eminent politischen und internationalen Angelegenheit die Partei die Führung übernahm und mit der Initiative voranging, statt im Schlepptrakt der Gewerkschaften zu gehen? Selbstverständlich kann bei Fragen dieses Maßstabs von kleinlichen Konkurrenzrücksichten, vom gegenseitigen Rangablaufen gar nicht die Rede sein. Partei und Gewerkschaften gehören bei jeder größeren Aktion zusammen. Hier handelt es sich aber darum, ob die Sozialdemokratie durch ihren Mangel an Initiative nicht

* Die Zeitungsmeldung, daß im zweiten Saal der „Neuen Welt“ Genosse Müller vom Parteivorstand sprach, ist irrtümlich. Vom Parteivorstand war niemand anwesend als Genosse Molkenbuhr.

auch mit ihren Pflichten ins Hintertreffen geraten ist, ob die Aktion selbst nicht darunter leidet, daß sich die berufene politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse nicht an ihre Spitze gestellt und alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel entfaltet hat.

Wir haben bereits vor einer Woche an dieser Stelle dargetan¹, daß die Passivität des Parteivorstands der gegenwärtigen Kriegshetze gegenüber nicht auf einem Zufall beruht, sondern auf einer unseres Erachtens ganz verfehlten taktischen Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen². Daß die zu raffinierten Spekulationen des Parteivorstands in diesem Falle den Gefühlen, dem Tatendrang der Massen durchaus nicht entsprechen, bewiesen der glänzende Verlauf und die stürmischen Kundgebungen der Berliner Versammlung. Daß das künstliche Trennen der innerpolitischen Fragen von der Weltpolitik bei der Reichstagswahlagitation, das wir an dieser Stelle am 24. Juli kritisierten, der Auffassung weiter Parteikreise ebensowenig entspricht, beweist u. a. die Äußerung unsres Zentralorgans vom 26. Juli, welches über die Marokkoaffäre schrieb:

„Diese Spannung und die Unsicherheit der politischen Situation zwingen die Völker, d. h. die arbeitenden Massen, über deren Köpfe hinweg Diplomaten und kapitalistisch interessierte Kreise Welthandel anzetteln und politische Intrigen spinnen, doppelt auf ihrer Hut zu sein. Das gilt vor allem für das *deutsche Volk*. Denn in Deutschland hängt der ganze Marokkonflikt mit all seinen Begleit- und Folgeerscheinungen eng mit der *innerpolitischen* Situation zusammen. Die kommenden *Reichstagswahlen* werden sicher in engster Beziehung zu ihm stehen. Die Kundgebungen der konservativen Partei und das Verhalten der bürgerlichen Presse zeigen uns jetzt schon, daß unsere Gegner gern wieder mit kolonialen Schwindelmanövern und ‚nationalen‘ Betäubungsmitteln arbeiten möchten. Da unsere Genossen im Reiche fast überall schon in die Wahl-agitation eingetreten sind, muß der Marokkorummel in seinem ganzen Umfange mit in den Bereich der Aufklärung gezogen werden. Die all-deutschen Blätter schreiben, daß das ganze deutsche Volk mit ihrer Maroko- und Kriegshetze einverstanden sei, und weite Kreise im Auslande glauben das. An der Sozialdemokratie ist es, schon jetzt darzutun, daß die Massen des arbeitenden Volkes von imperialistischen Gewaltstreichen nichts wissen wollen. Wenn es bis jetzt hier und da Genossen gegeben hat, die dem Marokkogezänk nicht viel Bedeutung beigelegt haben, so muß ihnen jetzt gesagt werden, daß der gegenwärtige Konflikt

¹ Siehe S. 5-11.

² Siehe S. 6, Fußnote 3.

weit ernster ist als alle Komplikationen, die uns die leidige Marokkoaffäre seit Jahren gebracht hat.“¹

Dies war in dem Moment geschrieben, als die englischen Reden und Preßstimmen die internationale Situation aufs äußerste verschärften. Aber die Politik der Arbeiterklasse darf nicht die Sprünge der bürgerlichen Presse mit jeder neuen Telegraphenmeldung mitmachen. Sie muß, unbekümmert und unbeirrt durch das Hin- und Herschieben der Kulissen auf dem weltpolitischen Theater und um die ganze schale Mache, ihren eignen Wegweisern folgen. Hat man einmal den Ernst der Situation erkannt, dann darf sich die Arbeiterschaft nicht durch „beruhigende Nachrichten“ in ihrer Wachsamkeit einschläfern lassen. Im Gegenteil, es ist jetzt Pflicht unsrer Partei, eine umfangreiche, systematische Agitation gegen das welt-politische Abenteuer in Marokko zu entfalten. Da kann es aber bei der Berliner Demonstration, die wir zufällig den Gewerkschaften verdanken, nicht sein Bewenden haben. Hier gehört die umfassende Initiative dem Parteivorstand, der im ganzen Lande durch Versammlungen, Demonstrationen, Flugblätter eine nachdrückliche Aktion der Sozialdemokratie gegen die Weltpolitik und den Militarismus einzuleiten berufen ist.

Die Zurückhaltung unsrer obersten Parteibehörde hat aber noch eine andre wichtige Unterlassung verschuldet. Die Berliner Demonstration der proletarischen Verbrüderung Deutschlands mit Frankreich war veranstaltet aus Anlaß einer Abordnung der französischen Gewerkschaften nach Berlin. Daß unsre Gewerkschaften, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung stehen, diese Demostration ausführten, hat schließlich nur eine Unvollständigkeit verursacht, die am Ende hingehen mag. Auf der andern Seite aber sind dadurch als die Vertreter, als einzige Vertreter des französischen Proletariats Gewerkschaftsführer aufgetreten, die in ihrer grundsätzlichen Auffassung, in ihrer Taktik, in ihrem praktischen Wirken nicht nur mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch mit der Sozialistischen Partei Frankreichs, und zwar mit allen Richtungen der geeinigten Partei, scharf auseinandergehen. Die Generalkonföderation der Arbeit², die in Berlin vertreten war, steht auf rein anarchosyndikalistem Standpunkt, sie betrachtet den politischen Kampf der Arbeiterklasse als eine „bourgeoise“ Verirrung und steuert durch rein gewerkschaftliche Aktion mittels der „direkten Aktion“, d. h. des famosen „Generalstreiks“, geradenwegs auf die soziale Revolution los. Daraus folgt selbstverständlich nicht, daß man die internatio-

¹ Die Marokkoaffär. Neue Gewitterwolken! In: Vorwärts (Berlin), Nr. 172 vom 26. Juli 1911.

² Gemeint ist die Confédération Générale du Travail (CGT).

nale Solidarität mit diesen Gewerkschaften, die nach eignen Angaben 600 000 französische Proletarier umfassen, verleugnen sollte. Im Gegen teil, wir müssen mit ihnen rechnen und möglichst mit ihnen gemeinsam vorzugehen suchen, wie dies auch notgedrungen das Streben der französischen Sozialisten im allgemeinen, der guesdistischen Richtung¹ jetzt insbesondere ist. Unsre Gewerkschaften haben also von ihrem Standpunkt völlig korrekt gehandelt, wenn sie – bei aller Betonung der prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten – mit den französischen Syndikalisten demonstrativ fraternisierten. Aber im Interesse des Sozialismus liegt es jedenfalls nicht, die anarchistischen Gewerkschafter eines Landes, in dem der Sozialismus eine Macht ersten Ranges ist, als die einzigen Vertreter der Arbeiterklasse öffentlich zu feiern und zum Gegenstand einer enthusiastischen Kundgebung deutscher Arbeiter diese Freunde Hervés zu machen, während Männer wie Guesde, Vaillant, Jaurès der Demonstration fernbleiben. Ja, es kommt noch besser. Denn bei der Berliner Demonstration bleibt es nicht. Die deutschen und die französischen Gewerkschaften werden demnächst eine weitere Demonstration in Frankreich² unter Teilnahme spanischer und englischer Arbeitervertreter veranstalten, d. h., sie werden genau dasjenige ausführen, was die französischen Sozialisteführer vor einigen Wochen vorschlugen³, was aber durch die ablehnende Haltung des deutschen Parteivorstandes nicht zustande kam. Vielleicht werden bei dieser zweiten Demonstration Vertreter des französischen Sozialismus und der deutschen Sozialdemokratie wieder als Gäste der Gewerkschaften auftreten dürfen – bei einer Aktion, die von Rechts wegen unter der Leitung und Initiative der sozialistischen Parteien geschehen sollte. Dadurch, daß unser Parteivorstand die Initiative Vaillants und des Internationalen Sozialistischen Büros zu einer internationalen Zusammenkunft ausschlug – ebenso wie er die Einladung zu der Demonstration der Pariser Genossen ohne Folgen gelassen hatte⁴ – mit der altklugen und

immer so bequemen Redensart: „um nicht zu früh das Pulver zu verschießen“, hat er die Einladung der internationalen Friedensaktion in die Hände der Gewerkschaften und – in Frankreich – der Anarchosyndikalisten gespielt und nicht nur sich selbst, sondern auch die berufenen Führer des französischen Proletariats dabei in den Hintergrund gedrängt.

Wir glauben, daß es höchste Zeit ist, daß unsre Partei nunmehr nachzuholen sucht, was sie durch verkehrtes Zaudern versäumt hat. Es kann kein besseres Vorspiel zu den Reichstagswahlen geben, keine glänzendere Gelegenheit zur sozialistischen Aufklärungs- und Werbearbeit als die Entfaltung einer umfassenden demonstrativen Massenaktion im ganzen Reiche gegen den Militarismus und für die Völkerbrüderung. Und zur Einleitung dieser Aktion gehören Vertreter des französischen Proletariats, wie Guesde, Vaillant, Jaurès, nach Deutschland.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 174 vom 31. Juli 1911.

Nationalrats der französischen Partei, Delegierte zu dieser Demonstration zu schicken, war der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht nachgekommen, sondern hatte nur eine von den Vorstandsmitgliedern unterzeichnete Depesche gesandt.

¹ Gemeint ist die revolutionäre marxistische Richtung unter Jules Guesde innerhalb der Parti Socialiste (Section Française de l'Internationale Ouvrière) [Sozialistische Partei (Französische Sektion der Arbeiterinternationale)], zu der sich im April 1905 die Parti Socialiste de France (Sozialistische Partei Frankreichs) und die Parti Socialiste Française (Französische Sozialistische Partei) zusammengeschlossen hatten.

² Am 4. August 1911 führte die CGT in Paris eine Kundgebung durch, an der neben Mitgliedern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Vertreter englischer, spanischer und holländischer Gewerkschaften teilnahmen.

³ Französische Sozialisten hatten Anfang Juli 1911 vorgeschlagen, gegen das imperialistische Marokkoabenteuer eine internationale Protestkundgebung durchzuführen. Siehe dazu S. 5–11.

⁴ Am 12. Juli 1911 hatte die französische Sozialistische Partei in Paris eine Protestversammlung gegen das Marokkoabenteuer der imperialistischen Mächte durchgeführt. Der Aufforderung des

Die Marokkokrisis und der Parteivorstand

Auf die im heutigen „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung aus dem Parteibüro¹ habe ich als Verfasserin des angegriffenen Artikels der „Leipziger Volkszeitung“² folgendes zu erwidern:

1. Daß die Demonstrationsversammlung in der „Neuen Welt“³ unter Mitwirkung der Partei ausgeführt wurde, war nicht bloß in meinem Artikel nicht bestritten, sondern war von mir selbst hervorgehoben. Trotzdem bleibt es strikteste Wahrheit, daß diese Demonstration „lediglich den Führern unsrer Gewerkschaftsbewegung zu verdanken war“, denn sie ist lediglich aus Anlaß des zufällig in dem Moment erfolgten Besuchs französischer Gewerkschafter auf Grund einer Einladung deutscher Gewerkschafter zustande gekommen. Meine Frage also „Wo war aber die Partei bei dieser Gelegenheit?“ findet ihre Antwort nicht in der mir vom Parteibüro unterstellten Behauptung, als sei die Partei gar nicht dabeigewesen, sondern die Antwort lautet so, wie ich sie selbst klar und deutlich formuliert habe: Die Partei war im Schlepptau der Gewerkschaften, statt an der Spitze der Protestaktion mit der Initiative voranzugehen.

2. Das Parteibüro erklärt:

„Es heißt dann weiter, daß der Berliner Demonstration eine solche in Paris folgen würde, die von den deutschen und französischen Gewerkschaften veranstaltet würde.⁴ Auch das ist unwahr.“ Den Beweis dafür glaubt das Parteibüro damit zu erbringen, daß es hervorhebt, zu dieser Pariser Demonstration seien „die sozialistischen Parteien und die Ge-

werkschaften Frankreichs, Deutschlands, Englands und Spaniens eingeladen“. Diese „Widerlegung“ geht wieder, wie im ersten Punkt, um die eigentliche Frage herum. Daß die sozialistischen Parteien eingeladen werden würden, habe ich nicht bestritten, vielmehr selbst die Erwartung ausgesprochen, daß dies geschehen würde. Der Kernpunkt der ganzen Sache ist aber der, daß auch diese Pariser Demonstration aus der Initiative der in Berlin zusammengekommenen französischen Gewerkschafter und deutschen Gewerkschafter geboren wurde, während eine ganz analoge Initiative der französischen Sozialistenführer¹ und des Internationalen Sozialistischen Büros vor drei Wochen ohne Folgen gelassen worden ist, ebenso wie die Einladung, die von den französischen Sozialistenführern zu einer Pariser Demonstration Mitte Juli an den deutschen Parteivorstand ergangen war, bloß mit einer schriftlichen Sympathieerklärung beantwortet wurde.²

3. Der Behauptung des Parteibüros, es sei „nicht wahr“, daß der Parteivorstand „eine Zusammenkunft des Internationalen Sozialistischen Büros ausgeschlagen habe“, steht die nackte Tatsache entgegen, daß, nachdem die sozialistischen Vertreter Frankreichs, Englands und Spaniens ihre Bereitwilligkeit zu einer Zusammenkunft erklärt haben, vom deutschen Parteivorstand erst der Brief eines Mitgliedes erfolgte³, der die Einleitung einer Aktion gegen die Kriegssetze aus Rücksicht auf die Reichstagswahlen⁴ ablehnte, dann eine kurze Erklärung des deutschen Mitgliedes des Internationalen Sozialistischen Büros, die Zusammenkunft sei zunächst nicht empfehlenswert.⁵ Daß diese Antwort als eine Absage aufgefaßt worden ist, beweist einfach die Tatsache, daß die geplante Zusammenkunft trotz der Zustimmung der Franzosen, Engländer und Spanier abgesagt und die Marokkoaffäre auf die nächste Jahressitzung des Internationalen Sozialistischen Büros verschoben, d. h. ad acta gelegt ist, und das unter ausdrücklicher Berufung auf die Antwort von deutscher Seite.

Sämtliche Behauptungen meines Artikels also, die vom Parteivorstand als „unwahr“ hingestellt wurden, sind und bleiben in allen Punkten wahr.

Zum Schluß muß die Nachschrift der Redaktion des „Vorwärts“ beantwortet werden. Die Redaktion unterstellt in ihrer eifrigen Dienstbeflissenheit, was das Parteibüro selbst nicht behauptet: daß der erwähnte Brief des Vorstandsmitgliedes an das Internationale Sozialistische Büro „ein

1 Die sozialdemokratische Partei und die Marokkofrage. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 180 vom 4. August 1911.

2 Siehe S. 12–17.

3 Siehe S. 12, Fußnote 1.

4 Siehe S. 16, Fußnote 2.

1 Siehe S. 16, Fußnote 3.

2 Siehe S. 16, Fußnote 4.

3 Siehe S. 6, Fußnote 1.

4 Siehe S. 6, Fußnote 3.

5 Siehe S. 6, Fußnote 2.

Privatbrief“ und seine öffentliche Besprechung „eine irreführende Indiskretion“ wäre. Dieser Angriff beruht auf unwahren Behauptungen: 1. Dieser Brief war so wenig ein Privatbrief, daß ihn das Internationale Sozialistische Büro in einer Abschrift an sämtliche ihm angegliederten sozialistischen Parteien der Welt verschickt hat. 2. Die im Briefe dargelegte Auffassung war so wenig ein Privatgeheimnis und ihre öffentliche Besprechung so wenig eine Indiskretion, daß der Briefschreiber selbst ein-gangs seines Briefes ausdrücklich bemerkte, er habe dieselbe Ansicht „auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen“. Weder der Schreiber noch der Empfänger des Briefes dachten also im geringsten daran, daß es sich hier um ein zartes Geheimnis handelt, das kein Licht der Öffentlichkeit verträgt. 3. Der Parteivorstand ist nur ein gewählter Geschäftsführer der Sozialdemokratie. Sein Meinungsaustausch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro über die Frage, ob die Partei eine Aktion gegen die Kriegshetze unternehmen soll, ist eine Handlung, die ihrer Natur nach keine Privatangelegenheit der Vorstandsmitglieder ist, in die sich die Partei nicht einzumischen hätte, sondern sie ist eine Handlung im Auftrag, im Namen und im Interesse der Partei. Die Gesamtpartei, die Masse der Genossen also und ihr Organ, die Parteipresse, hat nicht bloß das Recht, sondern auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich für solche Handlungen zu interessieren und sie kritisch zu prüfen. Die von der Redaktion des Zentralorgans kundgegebene Auffassung hat nur in den Beziehungen bürgerlicher Staatsdiplomaten zu der bürgerlichen Öffentlichkeit Platz, in sozialdemokratischen Kreisen war sie bis jetzt nicht üblich und wird es hoffentlich nicht werden.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 179 vom 5. August 1911

Marokko

Eine imperialistische Gewitterwolke ist in der kapitalistischen Welt aufgezogen. Vier Großmächte Europas – Frankreich, Deutschland, England und Spanien – sind unmittelbar in einen Handel verwickelt, in dem es zunächst um die Schicksale Marokkos¹, in weiterer Folge um mehrere große Gebiete des „schwarzen Erdteils“ geht, die als „Kompensationen“ hin und her erwogen werden. Jeder Tag bringt neue Drahtmeldungen über den Stand des Handels, und mit ihnen gehen die Hoffnungen und die Befürchtungen in jähnen Sprüngen auf und ab. Wird aus der neuen Gewitterwolke der Blitz eines mörderischen Krieges auf zwei Weltteile herniederzucken, oder wird sich das drohende Ungewitter verziehen, so daß das Ende „bloß“ der „friedliche“ Schächer ist, der einige Fetzen der Welt aus einer gepanzerten Faust des europäischen Militarismus in eine andere überträgt? Das ist die Frage, die jetzt Millionen Menschen bewegt. Und um eine Antwort auf diese Frage zu finden, richten sich alle Blicke mit banger Erwartung auf die verschlossene Tür eines Zimmers, in dem zwei „Staatsmänner“ miteinander konferieren: der französische Botschafter Cambon und der deutsche Staatssekretär Kiderlen-Wächter.² In der ganzen weiten Welt gibt es keinen Menschen, für den es ein Geheimnis wäre, daß den beiden „Staatsmännern“ auch der beste Freund keine besonderen geistigen Zauberkräfte nachrühmen könnte, ja, daß sie einfach armselige Hampelmänner sind, deren pappene Ärmchen und Köpfchen durch einen Bindfaden automatisch bewegt werden, dessen Enden hier wie dort die Hände einiger großkapitalistischer Cliques halten. Krieg oder Frieden, Marokko für Kongo oder Togo für Tahiti, das

1 Siche S. 5, Fußnote 1.

2 Siche S. 10, Fußnote 1.

sind Fragen, bei denen Leben oder Tod für Tausende, das Wohl und Wehe ganzer Völker auf dem Spiele steht. Um diese Frage läßt ein Dutzend raffgieriger Industrieritter seine politischen Kommiss feilschen und erwägen, wie in der Markthalle um Hammelfleisch und Zwiebeln gefeilscht wird, und die Kulturvölker warten in banger Unruhe wie zur Schlachtbank geführte Hammelherden auf die Entscheidung. Es ist dies ein Bild von so empörender Brutalität und plumper Niedertracht, daß es mit tiefem Grimm jeden erfüllen müßte, der nicht an dem Schachter direkt interessiert ist. Doch die moralische Entrüstung ist nicht der Maßstab und die Waffe, mit denen man Erscheinungen von der Art der kapitalistischen Weltpolitik bekennen kann. Für das klassenbewußte Proletariat handelt es sich vor allem darum, den Marokkohandel in seiner symptomatischen Bedeutung zu begreifen, ihn in seinen umfassenden Zusammenhängen und Konsequenzen zu würdigen. An Lehren aber für die politische Aufklärung des Proletariats ist das neueste weltpolitische Abenteuer reich.

Die Marokkokrise ist vor allem eine unbarmherzige Satire auf die vor wenigen Monaten von den kapitalistischen Staaten und ihrem Bürgertum aufgeführte Abrüstungsfarce.¹ In England und in Frankreich sprachen Staatsmänner und Parlamente in volltonenden Phrasen erst im Januar von der Notwendigkeit, die Ausgaben für Mordwerkzeuge einzuschränken, den barbarischen Krieg durch die zivilisierteren Formen des schiedsgerichtlichen Verfahrens zu ersetzen. In Deutschland stimmte der freisinnige Chor enthusiastisch in die Klänge dieser Friedensschalmeien ein. Heute erhitzten sich dieselben Staatsmänner und dieselben Parlamente für ein kolonialpolitisches Abenteuer, das die Völker dicht an den Rand des Abgrundes eines Weltkrieges bringt, und der freisinnige Chor in Deutschland begeistert sich ebenso für dieses kriegsschwangere Abenteuer wie früher für die Friedensdeklamationen. Dieser plötzliche Szenenwechsel zeigt wieder einmal, daß Abrüstungsvorschläge und Friedenskundgebungen der kapitalistischen Welt nichts anderes sind und sein können als gemalte Kulissen, die zuweilen in den Kram der politischen Komödie passen mögen, die aber zynisch auf die Seite geschoben werden, wenn das Geschäft ernst wird. Von dieser kapitalistischen Gesellschaft irgendwelche

¹ Im Februar 1911 hatte die Deputiertenkammer die französische Regierung in einem Antrag aufgefordert, sich im Einvernehmen mit den verbündeten Mächten darum zu bemühen, daß die Frage der Rüstungseinschränkung auf die Tagesordnung der nächsten Friedenskonferenz gesetzt werde. Im englischen Unterhaus waren der Außenminister und der Kriegsminister demagogisch für eine Verständigung mit Deutschland und für eine Rüstungseinschränkung eingetreten, während gleichzeitig der Marineetat erhöht wurde.

Friedenstendenzen erhoffen und im Ernst auf sie bauen wäre für das Proletariat die törichteste Selbsttäuschung, der es anheimfallen könnte.

Ferner kommt bei der Marokkofrage wieder deutlich der innige Zusammenhang der Weltpolitik mit den inneren politischen Zuständen der Staaten zum Ausdruck. Das Marokkoabenteuer, das Deutschland um ein Haar in einen blutigen Krieg stürzen kann und dessen Schlußergebnis auf jeden Fall die auswärtige Lage und den Kolonialbesitz Deutschlands stark verändern wird, fällt, genau wie vor elf Jahren der Chinafeldzug¹ und später die Algecirasaffäre², in die Zeit der parlamentarischen Ferien. Die oberste gewählte Vertretung des deutschen Volkes, der Reichstag, ist ganz ausgeschaltet von den wichtigsten und folgenschwersten Ereignissen und Entscheidungen.

Das persönliche Regiment allein mit seinen Handlangern – selbst bloß ein unverantwortliches Werkzeug in den Händen unverantwortlicher Cliques – schaltet und walzt mit den Schicksalen von 64 Millionen Deutschen, wie wenn Deutschland eine orientalische Despotie wäre. Die Kaiserreden von Königsberg und Marienburg³ sind Fleisch geworden: Das Instrument des Himmels spielt in seiner eigenen Selbstherrlichkeit oder wird vielmehr hinter dem Rücken des Volkes von ein paar beutehungrigen kapitalistischen Cliques gespielt. Der Monarchismus und seine Hauptstütze, das kriegshetzbende konservative Junkertum, sind vornehmste Schuldige bei dem Marokkoabenteuer.

Nicht minder kommt aber in dem dreisten Eingreifen der deutschen Diplomatie in den marokkanischen Handel die treibende Kraft der wahnwitzigen militaristischen und marinistischen Rüstungen zum Durchbruch. Es ist nichts anderes als das brutale Pochen auf die seit Jahrzehnten angehäuften Kanonen und Panzerschiffe, die angeblich als Schutzwehr des Friedens notwendig waren, was jetzt die Lenker der deutschen auswärtigen Politik so wagemutig und kriegslustig macht. Diesen „Panthersprung“ der Weltpolitik, der in seiner weiteren Folge für das deutsche

¹ Im Jahre 1900 hatten die deutschen Imperialisten die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking während des Aufstandes der Ihotuan zum Anlaß genommen, um durch die Entsendung eines Expeditionskorps nach China ihr Vordringen in Ostasien zu sichern. Zusammen mit den Truppen anderer imperialistischer Mächte schlugen die deutschen Interventionstruppen die chinesische nationale Befreiungsbewegung grausam nieder.

² Siehe S. 7, Fußnote 3.

³ Am 25. August 1910 hatte Wilhelm II. in einer Rede in Königsberg das angebliche Gottesgnadentum seiner monarchischen Stellung betont, die nicht von Parlamenten oder Volksbeschlüssen abhängig sei, und seinen Willen zur Stärkung des persönlichen Regiments bekundet. Dieses provokatorische Auftreten hatte im In- und Ausland Aufsehen und Empörung hervorgerufen, so daß seine Rede in Marienburg am 29. August 1910 als eine gewisse Korrektur angesehen wurde.

Volk vielleicht von den allerverhängnisvollsten Konsequenzen sein wird, verdanken wir vor allem jenen bürgerlichen Parteien, die durch ihre Unterstützung der unaufhörlichen Rüstungen den deutschen Imperialismus direkt großgepäppelt haben. Allen voran marschiert mit diesem blutigen Mal an der Stirne die scheinheilige Zentrumspartei, die 1900 die denkwürdige Verdoppelung der deutschen Schlachtflotte benutzt hat, um sich als Regierungspartei in den Sattel zu schwingen. Nicht minder fällt aber die Verantwortlichkeit auf den jämmerlichen Liberalismus, dessen stufenweiser politischer Verfall seit einem Vierteljahrhundert unmittelbar an den einzelnen großen Militärvorlagen gemessen werden kann. Das gänzliche Versagen angesichts des vorwärtsstürmenden Militarismus, der die Demokratie, den Parlamentarismus, die soziale Reform mit Füßen tritt und zermalmt, ist das letzte klägliche Ende des bürgerlichen Liberalismus.

Doch gerade weil der jüngste weltpolitische Kurs mitsamt seinem gegenwärtigen Abenteuer nur ein logischer Ausfluß der inneren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der bürgerlichen Klassengesellschaft ist, so hat er, wie diese ganze Entwicklung selbst, eine revolutionäre Kehrseite, die über den unmittelbaren Jammer und das Verächtliche seines momentanen Treibens hinausführt. Der historische Sinn des Marokkokonflikts, auf seinen einfachsten und größten Ausdruck zurückgeführt, ist der Konkurrenzkampf darum, welcher von den Vertretern des europäischen Kapitalismus sich zuerst auf die nordwestliche Ecke des afrikanischen Kontinents stürzen darf, um sie kapitalistisch zu verschlingen – was der Sinn jedes Bruchstücks der weltpolitischen Entwicklung ist. Doch die Nemesis des Kapitalismus will, daß je mehr er von der Welt schluckt, um sein Leben zu fristen, um so mehr untergräbt er seine Lebenswurzel selbst. In demselben Augenblick, wo er sich anschickt, in die primitiven Verhältnisse der weltabgeschiedenen Hirtenstämme und Fischerdörfer Marokkos kapitalistische „Ordnung“ einzuführen, kracht bereits die von ihm geschaffene Ordnung an allen Ecken und Enden anderer Weltteile, und die Flammen der Revolution zucken lichterloh auf in der Türkei, in Persien, in Mexiko, in Haiti, sie lecken still am Staatsgebäude in Portugal, in Spanien, in Rußland. Überall Anarchie, überall rebellieren die Lebensinteressen der Völker, die Mächte des Fortschritts und der Entwicklung gegen das loddrige Pfuschwerk der kapitalistischen Ordnung. Und so wird auch der jüngste Feldzug des Kapitals zu neuen Eroberungen nur ein Zug in jenes Feld sein, in dem das Kapital selbst vom Tode ereilt wird. Das Marokkoabenteuer wird, wie jeder welt-

politische Vorstoß, letzten Endes nur ein Schritt zur Beschleunigung des kapitalistischen Zusammenbruchs sein.

Das klassenbewußte Proletariat ist nicht berufen, in diesem Prozeß der Schlußentwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bloß den passiven Beobachter zu spielen. Das bewußte Erfassen des inneren Sinnes der Weltpolitik und ihrer Konsequenzen ist bei der Arbeiterklasse nicht abstraktes Philosophieren, sondern die geistige Grundlage einer tatkräftigen Politik. Und die moralische Entrüstung der Massen ist zwar an sich keine Waffe gegen die verbrecherische Wirtschaft des Kapitalismus, sie ist aber, wie Friedrich Engels sagt, ein wichtiges *Symptom*, daß die herrschende Gesellschaft mit den Rechtsempfindungen und den Interessen der Volksmassen bereits in Widerspruch geraten ist. Diesen Widerspruch so deutlich wie möglich zum Ausdruck zu bringen ist jetzt Pflicht und Aufgabe der Sozialdemokratie. Nicht bloß die organisierte Vorthut des Proletariats, sondern die breitesten Schichten des arbeitenden Volkes müssen zu einem Proteststurm gegen den neuen Vorstoß der kapitalistischen Weltpolitik aufgepeitscht werden. Das einzige wirksame Mittel, um die Verbrechen des Krieges und der Kolonialpolitik zu bekämpfen, ist die geistige Reife und der entschlossene Wille der Arbeiterklasse, einen durch ruchlose Kapitalsinteressen angezettelten Weltkrieg in eine Rebellion der Ausgebeuteten und Beherrschten zur Verwirklichung des Weltfriedens und der sozialistischen Völkerbrüderung zu verwandeln.

Die Gleichheit (Stuttgart),
21. Jg. 1911, Nr. 23, S. 353/354.

Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik?

Leipzig, 19. August

Kaum hat endlich die Massenaktion der Partei gegen die Marokkopolitik¹ begonnen, als auch schon der sicher sehr gutgemeinte, aber nichtsdestoweniger ganz verkehrte Versuch gemacht wird, diese Aktion in falsche Bahnen zu lenken. Im „Vorwärts“ untersucht Genosse Bernstein in zwei Artikeln² – die die Redaktion des Zentralorgans ohne jede Verwahrung an leitender Stelle abdrückt – die Frage, welche konkrete Lösung wir unsrer Protestbewegung gegen den Marokkокurs geben sollen. Bernstein will offenbar „praktische Politik“ treiben. Und diese versteht er so, daß die Sozialdemokratie verpflichtet ist, „positive“ Vorschläge für die Lösung der weltpolitischen Schwierigkeiten zu machen. Wir als Sozialdemokraten sollen jetzt einen Ausweg finden, den wir den kapitalistischen Staaten als den „besten“ von allen Standpunkten und den gangbarsten zur Beilegung der Marokkowirrnis empfehlen. Wie soll die Sozialdemokratie eine ihr so wesensfremde Aufgabe lösen und Rezepte für die kapitalistische Diplomatie und ihre Kabinette ausarbeiten? Bernstein zeigt uns, wie das Kunststück zu machen ist. Da er aber als Sozialdemokrat dabei auch in ein ihm fremdes Handwerk pfuscht, so kommt etwas ganz Merkwürdiges heraus. Bernstein hebt schließlich als eignen Vorschlag der Sozialdemokratie einen zerknüllten Papierfetzen vom Boden auf, den er unter dem Tisch der Diplomaten fand, diesen streicht er auf dem Knie mit aller Sorgfalt glatt und hält ihn freudig in die Höhe als die einzige, die beste Lösung des Marokkokonflikts, die einzige Politik im Sinne des „Friedens und

1 Siehe S. 5, Fußnote 1.

2 Eduard Bernstein: Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie. In: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 188 und 189 vom 13. und 15. August 1911.

der Gleichheit der Rechte“, im Sinne der „höchsten Gebote der Menschlichkeit“ wie der wohlverstandenen materiellen Interessen der Völker, die einzige der Sozialdemokratie und des 20. Jahrhunderts würdige Lösung: Es ist die Algecirasakte!¹ Welches Auge bleibt da trocken oder wenigstens ernst?

Die Algecirasakte war der Ausdruck jener weltpolitischen Lage, bei der Frankreich noch nicht offen Marokko als Kolonie an sich raffen konnte, andre Mächte aber um Marokkos willen keine kriegerischen Aktionen unternehmen mochten und konnten. Die internationale Garantie der Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans von Marokko, d. h. der formalen Unabhängigkeit des Landes, die alle Staaten damals „im Namen des Allmächtigen“ geleistet haben, bedeutete ein momentanes bestimmtes Gleichgewicht der Kräfte unter den verschiedenen weltpolitischen Interessen. Aus der Gaunersprache der diplomatischen Kabinette in gewöhnliches Deutsch übersetzt, bedeutete jene „Souveränitätserklärung“ des Sultans von Marokko also folgendes: Einstweilen mag diese Puppe auf ihrem Thronchen sitzen und als Aushängeschild der Unabhängigkeit Marokkos dienen, denn vorläufig paßt uns die Aufteilung Marokkos nicht in den Kram, wir haben andre Sorgen. Kommt Zeit, kommt Rat, einstweilen auf Wiedersehen bis zur nächsten Gelegenheit!

Daß die Souveränität des Sultans und die Unabhängigkeit Marokkos schon im Moment der Unterzeichnung der Algecirasakte eine schale Farce war, die in der weiten Welt wohl niemand außer Bernstein ernst nahm, daß der Sultan ein bloßer Schürzenstipendiat französischer und deutscher Börsenwölfe, Marokko eine Satrapie des europäischen, in erster Linie französischen Kapitalismus ist, das muß heute jeder einsehen. Seitdem hat sich aber die Lage nach derselben Richtung noch weiter verschoben. Frankreich hat sich in Marokko noch mehr eingestet, die „Souveränität“ noch mehr zum Popanz gemacht. Und andre Mächte, Deutschland vor allem, haben es ruhig gewähren lassen, weil sie diesmal die Sache bereits für reif und den Zeitpunkt der endgültigen Verschächerung des Landes für gekommen glauben. Die Algecirasakte hat also ihre Arbeit getan, sie konnte gehen. Sie ist durch dieselbe Tendenz der Entwicklung, aus der sie geboren wurde, jetzt überholt. Sie ist ein ausgetretener Hausschuh der Diplomatie geworden, der auf den Kehrichthaufen wandert.

Und diesen edlen Gegenstand erhebt nun Ed. Bernstein als das Banner der sozialdemokratischen Weltpolitik! Aber Bernstein hat an dem verbrauchten Requisitenstück der kapitalistischen Weltpolitik eine wunder-

1 Siehe S. 7, Fußnote 3.

bare Seite entdeckt: Die Algecirasakte war „moralisch“, ihre Verletzung ist unmoralisch, ist ein Rechtsbruch. Und er verbreitet sich des langen über die Moral und Unmoral, sein ganzer Artikel trieft von Moral. „Unendlich ehrenhafter stünde Deutschland da“, sagt er, „wenn es erklärt: Kein Schächer, sondern das vertragsmäßige Recht.“ So aber hat sich Deutschland moralisch „erniedrigt“. Aber auch Englands Moral findet Bernstein zu seinem Schmerz nicht ganz makellos. „Wenn das offizielle England Deutschland in bezug auf Agadir und dessen Hinterland ‚Hände weg!‘ zuruft, so hat es in unsern Augen jedes moralische Recht dazu dadurch verwirkt, daß es Frankreich erlaubt hat und weiter erlaubt, im größten und zivilisiertesten Teil von Marokko den Bestimmungen des Algecirasvertrags ins Gesicht zu schlagen.“¹ Allmählich entdeckt Bernstein, daß eigentlich alle Staaten hier unmoralisch handeln. Und nun hat er viel zu tun. Es ist ein erhebendes Bild: Genosse Bernstein, der mit sittlichem Ernst unter der Brille hervor Herrn Kiderlen-Wächter anblickt und mit gehobenem Zeigefinger ermahnt: Kiderlen, du bist ein *Hebler* geworden. Ja, ein *Hebler*. (Bernstein sagt es zweimal in seinem Artikel.) Kiderlen, bessere dich, werde ehrenhaft, werde moralisch! Es ist so unendlich besser, moralisch zu sein! – Wir fürchten, daß Kiderlen nur ungeduldig den Kopf halb umwenden und in seiner lakonischen Weise brummen wird: Herr Bernstein, gehen Sie zum Kuckuck!

In der Tat, welche unnütze Grausamkeit. Jemand Zumutungen zu machen, die er nie und nimmer erfüllen kann. Der kapitalistische Imperialismus soll „moralisch“ werden. Das ist ungefähr dasselbe, wie von der Prostitution zu verlangen, sie soll „moralisch“ werden. Und es zeugte genau von demselben Tiefsinn der sozialen Auffassung, die Bernstein dem Imperialismus gegenüber beweist, wenn jemand von der Prostitution nicht mehr zu sagen wüßte, als daß sie „unmoralisch“ sei. Das innerste Wesen, der Kern, der ganze Sinn und Inhalt der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten ist das fortschreitende und unausgesetzte Zerreissen aller nichtkapitalistischen Länder und Völker in Fetzen, die von dem Kapitalismus nach und nach verschlungen und verdaut werden. Es ist also – wenn man den historischen Prozeß von rechtsformalistischer und ethischer Seite erfassen will – nichts andres von Hause aus als ein fortlaufender, zum Gesetz erhobener Rechtsbruch und Gewaltakt. Der Kampf um diese Fetzen fremder Länder und Völker ist der einzige Inhalt und Zweck sowohl der kriegerischen Zusammenstöße wie der offenen und ge-

¹ Eduard Bernstein: Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie. In: Vorwärts, Nr. 189 vom 15. August 1911.

heimen Staatsverträge, die nur eine andre Methode der imperialistischen Kriegsführung sind, nur die jeweilige momentane Fixierung des gegenseitigen Kräfteverhältnisses in diesem Kampfe darstellen. Welches politische Kind weiß nicht heute, daß diese Verträge nur dazu gemacht werden, um bei entsprechender Verschiebung der Kräfte gebrochen zu werden? Wo ist bis jetzt ein internationaler Staatsvertrag imperialistischen Charakters, der nicht gebrochen worden wäre? An die Unverrückbarkeit und Unantastbarkeit der internationalen Verträge der kapitalistischen Staaten kann nur glauben, wer keine Ahnung davon hat, daß sich die internationale Lage in ständigem Fluß befindet, daß auch hier Verschiebungen, Entstehen und Vergehen, Entwicklung und Bewegung das Gesetz bilden. Ist doch diese internationale weltpolitische Entwicklung nichts andres als bloß die Kehrseite der inneren Entwicklung des Kapitalismus, auf ihr basiert unser Bestreben zur sozialistischen Umwälzung.

Und nun soll die Sozialdemokratie gerade die Heiligkeit der internationalen diplomatischen Verträge, die stets Ausgangspunkte neuer Gegensätze und Kämpfe sind, zu ihrer Lösung machen! Sie soll die kapitalistische Welt zur „Moral“ bekehren!

Doch fragen wir einmal, welche Art Moral und Recht verficht hier eigentlich Bernstein? Nach ihm ist die Algecirasakte das „Recht“, ihre Verletzung ist „Rechtsbruch“. Nun hat Bernstein, der in der Algecirasakte bloß das gleiche Recht aller „Handelsnationen“ in Marokko bemerkte hat, merkwürdigerweise ganz übersehen, daß es außer europäischen Händlern noch einen andern Faktor gibt, der hier auch sozusagen gewisse „Rechte“ hat: Es ist das Volk der Eingeborenen, es sind die Stämme Marokkos, die jetzt rebellieren. Er hat gar nicht bemerkt, daß, indem die Algecirasakte die Souveränität des Sultans von Marokko garantierte, sie damit die Rechte der Eingeborenen mit Füßen trat, daß sie ihnen einen verächtlichen und gemeingefährlichen Blutegel auf den Rücken setzte, der den europäischen „Handelsnationen“ nur dazu dient, den Stämmen Blut abzuzapfen, das ihm nachher in die Taschen der Börsenwölfe ausgepreßt wird. Ja, unser Moralprediger zeigt hier gar lange Moralbegriffe. Er sagt z. B. kalten Blutes:

„Es kann sich dort (in Marokko) nur um kapitalistische Unternehmungen von Europäern handeln, bei denen Afrikaner als Arbeiter beschäftigt werden. Das Recht, im Susgebiet usw. Pflanzungen und Bergwerke zu betreiben, steht aber deutschen Unternehmern heute schon zu; der Algecirasvertrag spricht ihnen in Marokko das gleiche Recht zu wie Engländern

und Franzosen. Die strenge Erfüllung dieses von allen interessierten Mächten unterzeichneten Vertrags zu verlangen ist nicht nur der *ehrenhafteste und humanste*, er ist auch der *billigste* Weg, *Deutschen*, die in Marokko Handel und Gewerbe betreiben wollen, zu dem zu verhelfen, was sie mit Ehren und Verstand verlangen können.“¹

„*Mit Ehren und Verstand*“ dürfen Mannesmann und Krupp verlangen, daß ihnen afrikanische Arbeiter als Leder zum Gerben ausgeliefert werden! „Das Recht“, afrikanische Arbeiter in Bergwerken und Pflanzungen für den kapitalistischen Profit zu Tode hetzen zu dürfen, das ist für unsren Bernstein der „ehrenhafteste und humanste Weg“! O Moralprediger! Aber so ergeht es immer unsren „praktischen Politikern“, die vor lauter staatsmännischem Drang durchaus auf „positivem Boden“ stehen wollen, daß sie mit beiden Beinen in der Luft zappeln und mit den edelsten Teilen auf den Boden zu liegen kommen.

Das Mißgeschick Bernsteins beweist eben, daß er an die ganze Frage von verkehrter Seite herangetreten ist. Mit „Recht“ und „Moral“ kann man solche Erscheinungen wie den modernen Imperialismus nicht messen. Seine Tendenzen, seine Wurzeln, seine historische Bedeutung als Schlußperiode der kapitalistischen Entwicklung – das zu *erfassen*, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit der kapitalistischen Entwicklung, deren legitimes Kind er ist trotz seiner abschreckenden Häßlichkeit oder vielmehr gerade in seiner abschreckenden Häßlichkeit – das ist, was wir die Arbeiterklasse begreifen lehren müssen. Und daraus muß sie die Konsequenz ziehen, daß man den Imperialismus, Krieg, Länderraub, Völkerschächer, Rechtsbruch, Gewaltpolitik nur bekämpfen kann, indem man den Kapitalismus bekämpft, indem man dem weltpolitischen Völkermord die soziale Revolution entgegenstellt. Sucht man aber *innerhalb* der imperialistischen Politik Abhilfe und Lösungsmittel für seine Konflikte und will man sich seinem Sturm und Drang widersetzen, indem man ihn einfach auf das bereits Überwundene zurückzuschrauben versucht, so ist das nicht proletarische, sondern kleinbürgerliche, hoffnungslose Politik. Diese Politik ist im Grunde nichts andres als stets die Verteidigung des Imperialismus von gestern gegen den Imperialismus von heute.

Die moralische Empörung spielt in unsrer Protestbewegung gegen die Weltpolitik freilich eine große Rolle. Sie wird aber nur dann zum politischen Faktor, wenn sie mit dem *Verständnis* der historischen Gesetze der Erscheinung verbunden ist, wenn sie sich nicht gegen äußere Formen,

1 Ebenda.

sondern gegen das Wesen, nicht gegen die Folgen, sondern gegen die Wurzel richtet, mit einem Wort: wenn sie die revolutionäre Empörung einer Masse ist, die gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung als solche Sturm läuft.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 191 vom 19. August 1911.

Unser Marokko-Flugblatt

Leipzig, 26. August

Es hat sicher weite Parteikreise mit Genugtuung erfüllt, daß unsre Partei, nachdem sie sich endlich entschlossen hatte, eine Massenaktion gegen die Marokkoaffäre zu entfalten, sogleich auch ein Flugblatt zu diesem Zwecke herausgegeben hat.¹ Weniger als öffentliche Versammlungen anregend, aber dafür viel nachhaltiger in ihrer Wirkung als diese, sind Flugblätter berufen, Aufklärung in die breitesten Volksmassen zu tragen, mit unsrer Auffassung auch solche Kreise bekannt zu machen, die noch nicht aufgerüttelt genug sind, um in sozialdemokratische Versammlungen zu kommen. Als Pioniere, die uns den Weg in noch nicht gewonnene Kreise bahnen müssen, und als Mittel, in den bereits gewonnenen die sozialdemokratische Weltanschauung immer wieder zu befestigen, sind die Flugblätter für uns eine außerordentlich wichtige Waffe, ihrer Abfassung muß die Partei die größte Aufmerksamkeit widmen.

Sieht man sich nun das Flugblatt über die Marokkoaffäre an, so wird man unwillkürlich an das Sprichwort gemahnt: Gut Ding will Weile haben! Wäre der Entschluß zur Aktion gegen die Kriegshetze nicht mit Verspätung in solcher Hast gefaßt und wäre das Flugblatt nicht von heute auf morgen fertiggestellt worden, so hätten wir wahrscheinlich etwas Brauchbares bekommen. In seiner jetzigen Fassung aber, das muß leider gesagt werden, ist das in Hunderttausenden verbreitete Flugblatt beinahe verlorene Mühe.

Das erste, was man von einer Flugschrift erwarten muß, die den

¹ Am 8. August 1911 hatte der sozialdemokratische Parteivorstand nach langem Zögern und unter dem Druck der Parteimitglieder durch die Parteipresse aufgerufen, gegen die imperialistische Marokkopolitik (siehe S. 5, Fußnote 1) zu protestieren und den Frieden zu sichern. Das gleichzeitig herausgegebene Flugblatt war von Karl Kautsky verfaßt worden.

Marokkohandel sozialdemokratisch beleuchten soll, ist wohl der Zusammenhang der Weltpolitik mit der kapitalistischen Entwicklung. Vor allem muß doch den Volksmassen beigebracht werden, was die heutige Weltpolitik überhaupt sei. Lautet doch auch der Titel des Flugblatts: *Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie*. Das erste Wort also müßte die Aufklärung über das Wesen der Weltpolitik sein, und zwar die Auseinandersetzung ihres Zusammenhangs mit der hohen Reife des heutigen Kapitalismus. Dieser Zusammenhang bildet ja das einzige Mittel, unsre Stellung zur Weltpolitik wie die Verbindung der letzteren mit dem Sozialismus historisch zu verankern. Sonst bleibt nur die „ethische“ Entrüstung über das Unmenschliche der Kriege übrig oder der bornierte Krämerstandpunkt: Uns Arbeitern blüht kein Geschäft aus der Weltpolitik. Das Parteiflugblatt enthält nun über das Wesen der Weltpolitik und ihren Zusammenhang mit dem Kapitalismus, über das A und O unsrer Auffassung nicht ein Wort. Von der Weltpolitik als einer internationalen Erscheinung ist überhaupt nicht die Rede. Das Flugblatt beginnt sofort mit dem Gegensatz zwischen Deutschland und England und stellt das ganze Problem ausschließlich auf diesen Gegensatz. England und Deutschland, Deutschland und England – so geht es durch das ganze Flugblatt, das dadurch wie infolge seiner allgemeinen entsetzlichen Flachheit mehr den Eindruck einer sozialdemokratischen Kannegießerei als einer sozialdemokratischen Analyse großer Probleme macht. Weiter müßte man unseres Erachtens erwarten, daß in dem Flugblatt der Zusammenhang der Weltpolitik im allgemeinen und der Marokkoaffäre im besonderen mit der inneren Entwicklung Deutschlands, mit dem Militarismus, Marinismus, mit der Finanz- und Steuerpolitik, mit dem Stillstand und der Reaktion auf sozialpolitischem Gebiete, mit der Unhaltbarkeit der ganzen inneren Lage wenigstens berührt wäre. Aber nicht ein einziges Wort finden wir darüber im Flugblatt. Wo Deutschlands Rüstungen erwähnt werden, sind auch diese lediglich vom Standpunkte des Gegensatzes mit England, nämlich als Quelle dieses Gegensatzes erwähnt. Woher aber diese Rüstungen und der Weltmachtsdrang Deutschlands wie aller andern Staaten röhrt, bleibt im dunkeln und wird überhaupt nicht berührt.

Wir wissen wohl: Ein Flugblatt ist keine gelehrte Abhandlung, es muß kurz und populär sein. Das kann uns aber unter keinen Umständen davon entbinden, unsre wichtigsten, grundlegendsten Anschauungen über das behandelte Problem, wenn auch mit knappen Worten, darzulegen. In dem besprochenen Flugblatt fehlt jede Erwähnung dieser Anschauungen nicht aus Raumangel, sondern deshalb, weil die ganze Sache auf eine

falsche Basis gestellt worden ist. Statt die Marokkoaffäre nur als eine Teilerscheinung der internationalen Weltpolitik in großen allgemeinen Zusammenhängen zu erfassen, wie es der Titel verspricht, verbohrt sich das Flugblatt in den partiellen Gegensatz zwischen Deutschland und England, und statt – was nur die Konsequenz davon – die Weltpolitik als ein gesetzmäßiges Produkt der kapitalistischen Entwicklung zu erklären, müht es sich umgekehrt die ganze Zeit ab, sie als eine Sinnlosigkeit, als einen *Blödsinn* auch vom Standpunkte der kapitalistischen Gesellschaft hinzustellen. Von diesem originellen Einfall geleitet, sucht das Flugblatt auf Schritt und Tritt zu beweisen, daß die Welt- und Kolonialpolitik auch für die besitzenden Klassen gar kein Gewinn, vielmehr eine Last wäre. Die Partei kommt dadurch nicht bloß in einen bizarren Widerspruch mit der offenkundigen Tatsache, daß heute sämtliche besitzenden Klassen in Deutschland wie in den andern Staaten kolonialpatriotisch, militärfromm und nationalistisch gesinnt sind, nicht bloß in die komische Lage, die eigenen Interessen der bürgerlichen Klassen besser verstehen zu wollen als diese Klassen selbst, was gewöhnlich gerade umgekehrt der Fall ist. Die Partei übernimmt hier auch noch das Amt, die *kapitalistische* Weltpolitik und den Militarismus statt vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes vielmehr im Namen einer angeblichen Interessenharmonie in diesem Punkte zwischen dem Proletariat und „der Masse der besitzenden Klassen“ zu bekämpfen! Man kann sich schwer etwas Verkehrteres einfallen lassen. Und um diese phantastische Interessenharmonie zu beweisen, versteigt sich das Flugblatt dazu, von den bürgerlichen Klassen zu behaupten, sie seien gar nicht kriegspatriotisch, sie seien „ängstlich für den Frieden besorgt“. Ihre Begeisterung aber für die Weltpolitik wird zu einem Teil aus barer *Unwissenheit* erklärt – woraus für die Sozialdemokratie beinahe die Aufgabe erwächst, nicht das Proletariat, sondern vor allem die bürgerlichen Klassen über ihre wahren Interessen aufzuklären –, zum andern Teil aus der „Bedientenhaftigkeit und Streberei“! Diese letzteren Gründe sind namentlich die einzige Erklärung für die gegenwärtige Haltung des *Freisirms* wie des *Zentrums* gegenüber dem Militarismus und der Weltpolitik! Die Tiefe in der Auffassung der inneren parteipolitischen Entwicklung Deutschlands entspricht ganz der Tiefe in der Auffassung seiner weltpolitischen Entwicklung.

Was ist schließlich jenes große Geheimnis, dessen Unkenntnis die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland zu ihrer verfehlten Begeisterung für die Weltpolitik verleitet und dessen Kenntnis den Schlüssel zur sozialdemokratischen Stellung abgibt? Es ist dies die Tatsache, daß die „glän-

zende englische Kolonialpolitik“ ein für allemal für andre Staaten unerreichbar sei, daß die Zeiten der fetten Kühe der Weltpolitik vorbei seien. Die englische Kolonialpolitik beruhte auf der kriegstechnischen Wehrlosigkeit der außereuropäischen Nationen und auf ihrer zurückgebliebenen staatlichen Organisation, seitdem aber werden im Orient überall europäische Technik und europäische Einrichtungen eingeführt, und da ist Kolonialherrschaft nicht mehr möglich. Damit ist das Problem der Weltpolitik erschöpft! Es gehörte der Raum des ganzen Flugblatts dazu, um alle die historischen Schieflheiten zu erörtern, die in dieser kurzen Formulierung des Problems eingeschlossen sind. Jedenfalls wird man bei den Versicherungen des Flugblatts von der Unwissenheit der bürgerlichen Parteien in weltpolitischen Fragen unwillkürlich verlegen. Doch das Wichtigste: Auch in diesem Knäuel von historischen Schieflheiten kommt nur zum Ausdruck die grundsätzlich verfehlte Basis, von der aus die Weltpolitik angegriffen wird. Es wird hier nur mit dem abgebrauchten Schema gearbeitet, wonach die Kolonialpolitik ein *sblechtes Geschäft* für alle sei. Danach bekämpfen wir die Kolonialpolitik nur, weil sie nichts einbringt, und so wird den Massen bewiesen, um sie der Kolonialpolitik abhold zu machen, daß diese auch wirklich nichts mehr einbringen kann. Die andre Seite dieser Auffassung ist, daß das Interesse der Bourgeoisie an der Weltpolitik mit direktem klingendem Profit, mit nacktem Tascheninteresse identifiziert wird, woraus sich ergibt, daß von der ganzen bürgerlichen Gesellschaft nur eine Handvoll Flottenlieferanten die Weltpolitik stützen, die im übrigen in der Luft hängt, während die Begeisterung aller besitzenden Klassen auf Unwissenheit, Servilität und dergleichen lauter psychologischen Grundlagen beruht.

Fügen wir noch hinzu, daß in dem ganzen Flugblatt nicht ein Wort von den Völkern, von den Eingeborenen der Kolonien, von ihren Rechten, Interessen und Leiden infolge der Weltpolitik gesagt wird, daß das Flugblatt mehrmals von der „glänzenden englischen Kolonialpolitik“ spricht, ohne den periodischen Hungertypus der Inder, die Ausrottung der Eingeborenen Australiens, die Nilpferdpeitsche auf dem Rücken der ägyptischen Fellahs zu erwähnen; fügen wir hinzu, daß in dem Flugblatt nicht ein Wort von der beschämenden Lage des deutschen Volkes gesagt wird, das völlig unmündig der Entscheidung Kiderlens in der Marokkofrage harrt, nicht ein Wort von der kläglichen Rolle des Reichstags und der Notwendigkeit seiner Einberufung, nicht ein Wort von dem persönlichen Regiment der Monarchie und seiner Rolle in der Weltpolitik und schließlich – nicht ein Wort vom Sozialismus und seinen Zielen!

Wir sind uns wohl bewußt, es ist leichter zu kritisieren als zu schreiben, und es ist leichter, einen Zeitungsartikel zu schreiben als ein populäres Flugblatt. Die besten Absichten waren sicher bei den Herausgebern des Flugblatts vorhanden. Es scheint uns aber doch zweifellos zu sein, daß wir mit einem *solchen* Flugblatt unsren Aufgaben nicht gerecht werden können und daß wir anderseits ein viel geeigneteres, besser durchdachtes Flugblatt bekommen hätten, wenn die Aktion mit ruhiger Überlegung, Gründlichkeit und kritischer Prüfung, nicht aber mit Hast und Plötzlichkeit unternommen worden wäre.

Jedenfalls beweist dieses offizielle Parteiflugblatt ebenso wie die Tatsache, daß im Zentralorgan die Bernsteinschen Artikel¹ unwidersprochen erscheinen konnten, daß die Marokkofrage und die Weltpolitik noch in unsren Reihen einer Klärung bedürfen, daß sie mit Schlagworten gegen den Krieg nicht abgetan sind und daß sich der Parteitag² mit diesem Problem ernst und eingehend befassen muß.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 197 vom 26. August 1911.

1 Siehe S. 26, Fußnote 2.

2 Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand vom 10. bis 16. September 1911 in Jena statt.

Wieder Masse und Führer

Leipzig, 29. August

Von allen Seiten kommen Nachrichten über die von unsrer Partei veranstalteten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Weltpolitik und den Marokkokurs¹. Überall antworten die Volksmassen auf unsren Appell² mit der größten Begeisterung, und dies beweist, wie sehr wir den Empfindungen und der Stimmung der Massen entgegenkommen, indem wir ihnen politischen Ausdruck verleihen, Lösung und Richtung geben. Es herrscht jetzt in der gesamten Partei nur *eine* Meinung darüber, daß eine Massenaktion gegen die Marokkoaffäre, daß eine energische Agitation auf dem Gebiete der Weltpolitik unabweisbare Aufgabe der Sozialdemokratie und dringende Notwendigkeit war.

Und nun drängt sich von selbst die Frage auf: Warum ist diese Aktion nicht schon vor einem Monat, vor zwei Monaten begonnen worden? Die Absendung des deutschen Kanonenboots nach Agadir, mit der Deutschland offiziell in die Marokkoaffäre eingriff, ist am 2. Juli geschehen. Bereits in der ersten Juliwoche war die Protestaktion der französischen und spanischen Sozialisten in vollem Gange. Statt gleich damals mit aller Wucht die Agitation einzuleiten, kommen wir hinterdrein und schleppen uns im Schwange der Ereignisse um mindestens einen bis anderthalb Monate zu spät. Unsre politische Schlagfertigkeit hat in diesem wichtigen Falle viel zu wünschen übriggelassen. Warum?

Man wird antworten: Der Parteivorstand hat einen bedauerlichen Mangel an Initiative bewiesen. Seine Aufforderung zur Aktion erschien erst am 9. August, und so konnten die Versammlungen erst in der zweiten Hälfte des August beginnen. Ja, aber mußte denn die Partei erst auf

1 Siehe S. 5, Fußnote 1.

2 Siehe S. 32, Fußnote 1.

die offizielle Aufforderung des Parteivorstands warten? Wenn heute jedermann in der Partei ausnahmslos die Notwendigkeit der Aktion gegen die Weltpolitik einsieht, konnten denn die lokalen Parteiorganisationen nicht aus *eigner Initiative* etwas zustande bringen, wie dies z. B. die Stuttgarter getan haben¹? Es ist außerordentlich bequem, die ganze Schuld auf den Parteivorstand zu schieben, und er mag auch tatsächlich an seinem Teil einen großen Mangel an Entschlossenheit und Tatkraft an den Tag gelegt haben. Aber ein nicht minder großes Teil der Schuld kommt auf das Konto derjenigen, die alles Heil stets von oben erwarten und selbst in so klar und unzweifelhaft liegenden Fällen vor ein wenig Selbstbetätigung und *eigner Initiative* zurückschrecken. Freilich erfordern Aktionen der Partei von diesem Maßstab, um mit voller Wucht zu wirken, Einheitlichkeit und Geschlossenheit, die am besten von einem Zentrum aus herbeigeführt werden können. Doch würde gerade nach dieser Richtung auch das Beispiel einiger großer alter Zentren der Parteibewegung die Wirkung sicher nicht verfehlten, die alle übrigen lokalen Organisationen mitreißen würden. Ja, auch der Parteivorstand als leitendes Zentrum würde sich bald gezwungen sehen, jede kräftige Initiative und jeden guten Anfang zu verallgemeinern, indem er sich zum Mundstück und zum Werkzeug des Parteiwillens machen würde, statt daß sich, wie jetzt, umgekehrt, unsre großen und starken Parteiorganisationen als bloß ausführendes Werkzeug der Weisungen des Parteivorstands betrachten.

Es muß auch offen gesagt werden: Erst dann, erst bei der Umkehrung des jetzigen abnormen Verhältnisses würde das Parteileben auf normaler Basis stehen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, sagt das Kommunistische Manifest, und es versteht unter Arbeiterklasse nicht etwa einen sieben- oder auch zwölfköpfigen Parteivorstand, sondern die aufgeklärte *Masse* des Proletariats in *eigner Person*. Jeder Schritt vorwärts im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse muß zugleich eine wachsende geistige Verselbständigung ihrer Masse, ihre wachsende Selbstbetätigung, Selbstbestimmung und Initiative bedeuten. Wie soll aber die Aktionsfähigkeit und die politische Schlagfertigkeit der großen Volksmasse sich entwickeln, wenn die Vorhut dieser Masse, die in sozialdemokratischen Parteiorganisationen vereinigten besten, aufgeklärtesten Kreise ihrerseits keine Initiative und Selbstständig-

¹ Am 15. Juli 1911 hatte in Stuttgart eine Protestversammlung stattgefunden, auf der Karl Liebknecht als Referent eine Resolution gegen die Marokkopolitik des deutschen Imperialismus einbrachte, die einmütig angenommen wurde.

keit als Masse entfalten, vielmehr Gewehr bei Fuß stets warten, bis ein Kommando von oben ergeht. Die Disziplin und Geschlossenheit der Aktion ist eine Lebensfrage für Massenbewegungen wie die unsre. Aber die Disziplin im sozialdemokratischen Sinne unterscheidet sich grundsätzlich von der Disziplin eines bürgerlichen Militärs. Hier beruht sie auf der gedankenlosen und willenlosen Unterordnung der Masse der Soldaten unter das Kommando der Obrigkeit, das einen fremden Willen ausdrückt. Die sozialdemokratische Disziplin kann nur die Unterordnung jedes einzelnen unter den Willen und den Gedanken der großen Mehrheit bedeuten. Die sozialdemokratische Disziplin kann also niemals bedeuten, daß sich die achthunderttausend organisierten Parteimitglieder dem Willen und den Bestimmungen einer Zentralbehörde, eines Parteivorstandes zu fügen haben, sondern umgekehrt, daß alle Zentralorgane der Partei den Willen der achthunderttausend organisierten Sozialdemokraten auszuführen haben. Die Hauptsache für eine normale Entwicklung des politischen Lebens in der Partei, die Lebensfrage der Sozialdemokratie beruht somit darauf, daß der politische Gedanke und der Wille der *Masse* der Partei stets wach und tätig bleiben, daß sie sie in *steigendem Maße* zur Aktivität befähigen. Wir haben freilich den jährlichen Parteitag als oberste Instanz, die den Willen der Gesamtpartei periodisch fixiert. Aber es ist klar, daß die Parteitage nur große allgemeine Richtlinien der Taktik für den Kampf der Sozialdemokratie geben können. Die Anwendung dieser Richtlinien in der Praxis erfordert eine ständige, unermüdliche Gedankenarbeit, Schlagfertigkeit und Initiative. Die Entscheidungen der Parteitage erschöpfen offenbar nicht im entferntesten die laufenden Aufgaben des politischen Kampfes, denn das Leben steht nicht still, und von einem Parteitag zum andern geschehen manche Dinge zwischen Himmel und Erde, auf die die Partei reagieren muß. Diese ganze enorme Aufgabe der täglichen politischen Wachsamkeit und Initiative einem Parteivorstand zuschieben wollen, auf dessen Kommando die bald millionenköpfige Parteiorganisation passiv wartet, ist das Verkehrteste, was es gibt, vom Standpunkte des proletarischen Klassenkampfes. Das ist zweifellos jener verwerfliche „Kadavergehorsam“, den unsre Opportunisten durchaus in der selbstverständlichen Unterordnung aller unter die Beschlüsse der Gesamtpartei suchen wollen.

Man kann in unsren Reihen oft Klagen über den Bürokratismus unserer obersten Parteibehörden vernehmen, einen Bürokratismus, der die lebendige politische Tatkraft ertöte. Auch diese Klagen sind vollkommen berechtigt. Nur geben sich diejenigen, die sie vorbringen, wohl zu wenig

Rechenschaft ab, daß zu einem großen Teil der beklagte Zustand *in der Natur der Dinge liegt*. Jede Körperschaft mit täglicher amtlicher Büro-tätigkeit neigt dazu, in Bürokratismus und Schablone zu verfallen. Außerdem haben so hochgestellte Körperschaften naturgemäß ein stark entwickeltes Verantwortlichkeitsgefühl, das unbestreitbar auf die Initiative und die Entschlossenheit stark lähmend wirkt. Eine wirkliche Remedur gegen diesen Mißstand ist nur die lebendige politische Aktivität der Gesamt-partei. Der idealste Parteivorstand einer Partei wie die Sozialdemokratie wäre derjenige, der als das gehorsamste, prompteste und präziseste Werkzeug des Willens der Gesamtpartei fungierte. Aber der idealste Parteivorstand wird nichts ausrichten können, wird unwillkürlich im bürokratischen Schlendrian versinken, wenn die natürliche Quelle seiner Tatkraft, der Wille der Partei, sich nicht bemerkbar macht, wenn der kritische Gedanke, die eigne Initiative der Parteimasse schläft. Ja, noch mehr. Ist die eigne Energie, das selbständige geistige Leben der Parteimasse nicht rege genug, dann haben ihre Zentralbehörden den ganz natürlichen Hang dazu, nicht bloß bürokratisch zu verrostern, sondern auch eine völlig verkehrte Vorstellung von der eignen amtlichen Autorität und Machtstellung gegenüber der Partei zu bekommen. Als frischer Beweis kann der jüngste sogenannte „Geheimerlaß“ unsres Parteivorstands an die Parteidaktionen¹ dienen, ein Versuch der Bevormundung der Parteipresse, der nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Aber auch hier wieder gilt es sich klarzumachen: Gegen Schlendrian wie gegen übermäßige Machillusionen der Zentralbehörden der Arbeiterbewegung gibt es kein andres Mittel als die eigne Initiative, eigne Gedankenarbeit, eignes frisch pulsierendes politisches Leben der großen Parteimasse.

Die berührten Fragen haben im gegenwärtigen Augenblick ein mehr als akademisches Interesse. Von verschiedenen Seiten wird in der Partei erkannt, daß der jetzige Zustand des Parteivorstands bessерungsbedürftig ist, eine Ergänzung und Erneuerung unsrer obersten Parteibehörde wird als notwendig anerkannt. So schrieb auch vor kurzem unser Elberfelder Organ aus Anlaß der Marokkodebatte:

„Jedenfalls muß man der ‚Leipziger Volkszeitung‘ darin beipflichten,

¹ Am 8. August 1911 hatte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit einem vertraulichen Schreiben an die Redaktionen der Parteipresse versucht, die Diskussion über Differenzen im Verband der Deutschen Buchdrucker, hervorgerufen durch arbeiterfeindliche Entscheidungen führender Gremien des Verbandes, und eine opportunistische Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sowie jegliche Kritik an den Maßnahmen leitender Gewerkschaftsinstanzen zu unterbinden.

daß der Parteivorstand die Initiative zu einer Aktion hätte ergreifen sollen.

Nun sind wir ja auch überzeugt, daß bei näherer Prüfung der Sache die Unterlassungssünde des Parteivorstandes milder zu beurteilen ist. Der Verwaltungsapparat der Partei ist derart umfangreich geworden, daß die Zahl der Mitglieder der Parteileitung nicht mehr genügt, um allen den Anforderungen, die an sie zu stellen sind, so zu entsprechen, wie es notwendig erscheint. Die Lücke des Genossen Singer ist noch nicht ausgefüllt; setzen wir dazu den Fall, ein Mitglied des Parteivorstandes oder gar zwei mögen sich zur Erledigung von Parteigeschäften oder zur Agitation außerhalb Berlins befinden, ein weiteres Mitglied sei krank, ein vierter und fünftes befindet sich in Urlaub – den wird den vielbeschäftigten Mitgliedern des Parteivorstandes gewiß niemand verwehren wollen –, da kann es nicht ausbleiben, daß über plötzlich auftauchende wichtige Fragen eine kleine Minderheit zu entscheiden hat und daß diese Fragen mitunter eine andre Erledigung gefunden haben würden, wenn der Gesamtvorstand zusammen gewesen wäre. Aus diesem Dilemma ist auch wohl der Widerspruch zu erklären, daß der Brief des Parteivorstandsmitgliedes¹ von dem Parteibüro als die Privatauffassung des Briefschreibers bezeichnet wird, während er außerhalb naturgemäß als ein Brief des Parteivorstandes aufgenommen wurde. Der Jenaer Parteitag² wird sich zu einer Verstärkung des Parteivorstandes entschließen müssen. Aus zwei Wahlkreisen – Teltow-Beeskow und Berlin I – ist auch bereits ein dahin gehender Antrag gestellt.“

Die hier formulierte Ansicht von der Notwendigkeit der Verstärkung des Parteivorstands ist vollkommen richtig, und der kommende Parteitag wird sich seiner wichtigen Aufgabe auf diesem Gebiete nicht entziehen dürfen. Allein, es hieße gegen Übel des Bürokratismus mit rein bürokratischen Mitteln aufkommen zu wollen, wenn sich unsre Partei bei der Verstärkung des Parteivorstands beruhigen und wieder passiv von den „neuen Männern“ alles Heil erwarten würde, wie sie z. B. passiv anderthalb Monate auf den Taktstock des Parteivorstands zur Entfaltung der Protestaktion gegen die Marokkoaffäre gewartet hat. Kein Parteivorstand in der Welt kann die eigne Tatkraft der Partei in ihrer Masse ersetzen, und eine millionenköpfige Organisation, die in einer großen Zeit, im Angesicht großer Aufgaben klagen wollte, daß sie nicht die richtigen Führer hat, würde sich selbst ein Armutszeugnis ausstellen, weil sie be-

¹ Siehe dazu S. 5–11.

² Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena fand vom 10. bis 16. September 1911 statt.

weisen würde, daß sie das historische Wesen selbst des proletarischen Klassenkampfs nicht begriffen hat, das darin besteht, daß die proletarische Masse keine „Führer“ im bürgerlichen Sinne braucht, daß sie sich selbst Führer ist.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 199 vom 29. August 1911.

Zur Erwiderung

Auf den scharfen persönlichen Angriff des Genossen Kautsky im gestrigen „Vorwärts“¹ habe ich nur folgendes zu konstatieren:

Ich habe, als ich meine Kritik des Flugblatts² in der Marokkosache schrieb, und bis zum Moment, als ich heute früh den „Vorwärts“ in die Hand nahm, *nicht die leiseste Abnung, nicht den blassesten Schimmer* der Vorstellung gehabt, daß Genosse Kautsky oder wer überhaupt der Verfasser des Flugblatts ist. Ich konstatiere ferner, daß ich dies auch unmöglich auch nur entfernt ahnen konnte, da ich erstens noch nie gehört habe, daß Genosse Kautsky je ein Flugblatt verfaßt hätte, da ich zweitens genau wußte, daß Genosse Kautsky zu der Zeit, als das Flugblatt erschien, in den Ferien auf dem Lande fern von Deutschland war, da drittens Genosse Kautsky in die Marokkodebatte nicht eingegriffen hatte, somit auch gar kein Anlaß vorhanden war, anzunehmen, daß Genosse Kautsky in den Ferien gleichwohl eine so aktuelle Arbeit übernommen hat, oder überhaupt auf die Ideenverbindung des Flugblatts mit dem Genossen Kautsky zu verfallen. Und viertens: Am allerletzten in der Welt wäre ich auf die Autorschaft des Genossen Kautsky verfallen – auf Grund des Flugblatts selbst, denn Genosse Kautsky unterschätzt sich stark, wenn er meint, an dem Flugblatt sei unverkennbar seine Autorschaft zu merken. Im Gegenteil, weder Stil noch Inhalt ließen den Genossen Kautsky vermuten, und ich wette neun gegen eins, daß kein Mensch in der Partei von selbst beim Lesen des Flugblatts auf diese Idee verfallen wäre.

Deshalb ist die Behauptung des Genossen Kautsky, ich hätte wohl um

1 Karl Kautsky: Eine Musterkritik. In: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 204 vom 29. August 1911.

2 Siehe S. 32–36.



seine Autorschaft gewußt, eine Behauptung, die er einfach aus der Luft greift, für die er nicht den geringsten Anhaltspunkt hat, eine wirklich unschöne persönliche Verdächtigung. Diese grundlose Beschuldigung braucht Genosse Kautsky, um meine ganze Kritik an dem Flugblatt nicht aus sachlichem Interesse an einer Parteiaktion zu erklären, sondern als hämischen, hinterhältigen Angriff auf seine Person. Nun, zu einer solchen Verdächtigung hat Genosse Kautsky wahrhaftig keinen Grund. Mag er mir nachsagen, was er will: Den Mut, um jemand nicht offen, Auge in Auge zu kritisieren oder zu bekämpfen, wird mir Genosse Kautsky schwerlich bestreiten. Ich habe noch nie einen Menschen aus dem Hinterhalt angegriffen und weise die Vermutung des Genossen Kautsky, als hätte ich um ihn als den Verfasser gewußt und ihn, ohne ihn zu nennen, treffen wollen, mit den gebührenden Gefühlen zurück.

Gerade umgekehrt liegt der Fall. Hätte ich entfernt ahnen können, daß Genosse Kautsky der Verfasser ist, so hätte ich mir wohl die ganze Kritik geschenkt. Ich kann mir nicht helfen, ich halte das Flugblatt nach wie vor für sehr schlecht. Aber ich hätte mich wohl gehütet, ohne dringende Not mich in eine Polemik mit einem Genossen zu stürzen, der mit dieser Reizbarkeit, mit dieser Flut persönlicher Heftigkeiten, Bitterkeiten und Verdächtigungen auf eine streng sachliche, wenn noch so scharfe Kritik antwortet, der hinter jedem Wort eine persönliche gehässige Absicht wittert.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 200 vom 30. August 1911.

Parteitag der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 10. bis 16. September 1911 in Jena¹

I
Antrag zur Marokkoresolution²

Die Unterzeichneten beantragen folgende Einschaltung in die Resolution über die Marokkoangelegenheit³:

1. Nach dem ersten Passus der Resolution hinzuzufügen: so wie er gegen jeden Krieg protestiert, der zur Unterjochung der barbarischen und halbbarbarischen Völker durch die kapitalistischen Staaten führt.
2. Im dritten Passus, im ersten Satz, nach den Worten: „Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker“ hinzuzufügen: und an der Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen (ein Interesse haben).

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Redaktionelle Überschrift. – Dieser von Rosa Luxemburg, Gustav Hoch und Clara Zetkin eingebaute Antrag wurde abgelehnt.

3 Siehe S. 5, Fußnote 1. – Die Resolution des Parteivorstandes hatte folgenden Wortlaut: „Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.“

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, daß die Ehre und die Interessen der Nation dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlängers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in

3. Nach dem vierten Passus der Resolution hinzuzufügen: Ferner aber ist es gerade das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande, das, unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt. Für die über der Kulturwelt jetzt schwebende Kriegsgefahr sind also in erster Linie diejenigen Klassen und Parteien verantwortlich, die den Rüstungswahnwitz unterstützen, vor allem die Partei des konservativen Junkertums und des Zentrums, ferner aber auch die liberalen Parteien, die jede Opposition gegen den Militarismus aufgegeben haben.

4. Im fünften Passus den ersten Satz so zu gestalten: Der Parteitag weist mit Empörung nicht nur alle Kriegshetzereien zurück, sondern auch jede auf dem Wege des diplomatischen Länderschachers erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands.

II

Begründung des Antrages zur Marokkoresolution¹

Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir die Einschaltungen nicht deshalb vorschlagen, weil sie sich irgendwie von dem allgemeinen Inhalt der Resolution oder dem Sinn der Rede des Referenten entfernen, sondern im Gegenteil, weil sie sich ja vollkommen im Gleise dieser Gedanken bewegen. Sie sind aber andererseits notwendig, weil die vorgelegte Resolution diese uns sehr wichtig und wesentlich dünkenden Punkte unerwähnt gelassen hat. Es ist ja bekannt, man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was sich über einen Gegenstand überhaupt sagen läßt. („Na also.“) Warten Sie ab. Bei Resolutionen, die sich auf innere parteitaktische Fragen beziehen, ist die Diskussion und die Rede zur Begründung der Resolution als Kommentar zu ihr unbedingt notwendig, und sie kann nur als solcher in Betracht gezogen werden. Hier aber handelt es sich um eine Resolution, die uns ein Leitstern in der

dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 160.)

1 Redaktionelle Überschrift.

Massenagitation gegen die bürgerliche Gesellschaft sein soll. Wir müssen in Betracht ziehen, daß nicht nur bürgerliche Blätter, sondern auch die Gewerkschaftsblätter zum Teil nicht die Diskussion, wohl aber die Resolution abdrucken werden, deshalb muß die Resolution mindestens als Grundlage für die Agitation ausreichen und deshalb alle wesentlichen Standpunkte der Sozialdemokratie zur Frage ausdrücken. Es sollen auch hier die Hauptpunkte angegeben werden, die unseren Rednern und unserer Presse richtunggebend sein müssen, damit in der Agitation auch alles ausgesprochen wird, was für die Sozialdemokratie von Wichtigkeit ist. Deshalb halten wir es für notwendig, daß gleich beim ersten Absatz, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturvölkern protestiert wird, gleichzeitig erklärt und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Nichtkulturvölker sind, was zwar für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausgedrückt werden soll und muß. (Heiterkeit.) Vergessen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns genauso wenden müssen wie gegen einen Krieg unter Kulturvölkern. Ferner ist unerwähnt geblieben, wohl nur aus Verschen oder in der Absicht, sich möglichst kurz zu fassen, daß wir gegen die Machenschaften kapitalistischer Cliquen in der Kolonialfrage nicht nur deshalb protestieren, weil sie so schädlich für die Interessen der Arbeiterklasse sind, sondern weil sie auch die vitalsten Interessen der Eingeborenen in den Kolonialländern beeinträchtigen. Ferner sind im Absatz 4 als einzige Ursache der Kriegsgefahr die Intrigen und die Spekulationssucht einiger großkapitalistischer Cliquen angeführt, und es ist unerwähnt geblieben ein Standpunkt, der uns außerordentlich nützlich und wichtig ist in unserer allgemeinen Agitation gegen den Militarismus, daß nämlich die Rüstungen an sich eine gefahrdrohende Erscheinung sind, daß gerade durch das Wettrüsten die Kriegsgefahr nicht beseitigt, sondern noch gesteigert wird. In der Resolution fehlt auch der Zusammenhang zwischen der Marokkoangelegenheit und der allgemeinen Frage des Militarismus, die voneinander nicht zu trennen sind. Insbesondere halten wir es für notwendig, die Spitze der Resolution nicht bloß gegen diese paar kapitalistischen Cliquen zu richten, sondern gegen diejenigen politischen Parteien, auf denen die Verantwortung für die jetzige Kriegsgefahr und für die ganze Situation überhaupt lastet, gegen jene Parteien, die den Militarismus unterstützen, denn mit ihnen haben wir ja mehr und direkter zu tun als mit jenen wenigen kapitalistischen Cliquen, die hinter den Kulissen Drahtzieher sind.

Und endlich ist es außerordentlich wesentlich, daß sich die Resolution in ihrer jetzigen Fassung ausschließlich gegen eine Kriegsgefahr wendet. Die Kriegsgefahr kann etwas bloß Vorübergehendes sein, es können aber Erscheinungen eintreten, die, ohne daß ein Krieg ausbricht, für uns genauso schädlich und gefahrbringend im allgemeinen Sinne sind: Das ist vor allem eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes in friedlicher Weise, durch einen gewöhnlichen Diplomatenschach hinter dem Rücken der Nation und ihrer gesetzgebenden Vertreter. Deshalb glauben wir, daß die von uns vorgeschlagenen Einschaltungen so wesentlicher Natur sind und andererseits sich so organisch und harmonisch an die Resolution anschließen, daß ihre Annahme unbedingt notwendig ist und daß sie uns erleichtern werden die Ausnutzung der vorliegenden Resolution als Grundlage für eine umfassende, die Massen ergreifende Agitation sowohl gegen die spezielle Marokkoaffäre wie gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik im allgemeinen. (Lebhafter Beifall bei einem Teil des Parteitages.)

III

Rede gegen die Passivität des Parteivorstandes in der Marokkokrise¹

Sie werden alle die kleine Schrift des Parteivorstandes erhalten haben, die sich speziell gegen meine Person richtet.² Diese Schrift enthält eine Reihe schärfster Angriffe. Sie werden mir zugeben, daß die Verbreitung dieser Schrift von der höchsten Parteibehörde aus ein etwas ungewöhnliches Vorgehen ist. Ich schließe daraus auf eine ungewöhnliche Geistesverfassung unserer Parteväter. (Oho-Rufe.) Ich finde eine Bestätigung dieser ungewöhnlichen Geistesverfassung in dem Inhalt der Schrift selbst. Denn das erste, was nach einer aufmerksamen Lektüre dieser Schrift in die Augen springt, ist, daß meine Ankläger sich in der Eile des Gefechts nicht einmal Zeit und Mühe genommen haben, das in Frage stehende Objekt, das Corpus delicti durchzulesen. Wenn Sie den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“³ durchgelesen hätten, so könnten Sie unmöglich alle die Angriffe erheben, wie Sie es getan haben. Ich werde sie der Reihe nach Punkt für Punkt widerlegen. Der erste Vorwurf, der mir gemacht wird, ist der: „Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung

¹ Redaktionelle Überschrift.

² Zur Marokkokfrage, o. O. u. J.

³ Siehe S. 5-11.

zung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr¹ mit Weglassung des Anfangssatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes.² Es war also „eine grobe Irreführung“ von mir, daß ich der Partei den Anfangssatz des Briefes Molkenbuhrs unterschlagen habe, worin klipp und klar gesagt wird, daß es sich nur um die Privatmeinung Molkenbuhrs handle und nicht um die Ansicht des Parteivorstandes. Sehen Sie nun nach, was in meinem Artikel „Um Marokko“ am 24. Juli in der „Leipziger Volkszeitung“ stand. Da hieß es: „Nur bei dem deutschen Parteivorstand fand die Anregung keine besondere Gegenliebe. Die Antwort wurde zwar nur von einem Mitglied des Parteivorstands als seine Privatmeinung mitgeteilt, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht.“³ Es ist also klipp und klar von mir gesagt worden, daß es sich nur um die Privatmeinung eines Vorstandsmitgliedes handelte, und die Behauptung des Parteivorstandes, ich hätte durch die Unterschlagung dieses Satzes mich einer groben Irreführung schuldig gemacht, ist eine Handlung, die ich vor lauter Verehrung vor unserer obersten Parteibehörde nicht näher bezeichnen will.

Zweite Tatsache: Die Genossin Luxemburg unterschlug „die Tatsache, daß auch der Genosse Bebel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie seine oben abgedruckten Briefe zeigen – die der Genossin Luxemburg bekannt waren –, im zustimmenden Sinne.“⁴ Also in zustimmendem Sinne zu dem Vorschlag, eine Sitzung des Internationalen Büros wegen der Marokkokfrage abzuhalten. Wir haben die Anschuldigung gehört: Ich „unterschlug“ die Tatsache, daß Genosse Bebel sich zu der Frage geäußert, und zwar in zustimmendem Sinne geäußert hat. Was steht nun in meinem Artikel? „Das deutsche Mitglied des Internationalen Büros erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert, und die geplante Zusammenkunft unterblieb aus diesem Grunde.“⁵

Ich habe also die Tatsache angeführt, allerdings ohne den Namen des Genossen Bebel zu nennen, wie ich überhaupt keine Namen genannt habe. Ich habe also die Tatsache nicht nur nicht „unterschlagen“, sondern sie selbst ausdrücklich angeführt. Aber ich habe nicht angeführt, daß Bebel sich zustimmend geäußert hat. Wir wollen sehen, was Genosse Bebel

¹ Siehe S. 5-11.

² Zur Marokkokfrage, S. 7.

³ S. 5/6.

⁴ Zur Marokkokfrage, S. 7.

⁵ S. 6.

selbst geschrieben hat. Es sind zwei Briefe von ihm vorhanden. In dem ersten heißt es: „Wie ich vernehme, soll in Bälde eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Büros in Sachen der Marokkoaffäre stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen.“¹ Dieser Brief ist vom 10. Juli. Es folgt aber dann am 12. Juli, also zwei Tage nach dem Briefe Molkenbuhrs, ein zweiter Brief, worin es heißt: „Werter Genosse! Die Marokkoaffäre hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Büros nicht empfehlenswert erscheint.“²

Diese Erklärung soll jetzt, wie der Parteivorstand sagt, in zustimmendem Sinne aufgefaßt sein. Wenn mich meine Augen nicht trügen, so ist das ein ablehnender Sinn, aber ich wage nie, wenn der Parteivorstand etwas behauptet, es nicht zu glauben, da für mich als ein frommes Parteimitglied der alte Satz gilt: Wenn der Parteivorstand geredet hat: Credo quia absurdum – ich glaube, weil es absurd ist. (Heiterkeit.) Die dritte Behauptung ist, daß ich überhaupt den Brief des Genossen Molkenbuhr an das Internationale Büro veröffentlicht habe. Damit hätte ich mich einer groben Indiskretion schuldig gemacht. (Bebel: „Diese Meinung hat auch das Internationale Büro.“) Nun, im Eingang des Briefes des Genossen Molkenbuhr, der in der uns vorgelegten Korrespondenz abgedruckt ist, steht folgender einleitender Satz: „Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.“³ („Hört! Hört!“) Es war also eine so hoch sekrete Sache, daß sie Molkenbuhr vor versammeltem Volke in Berlin erzählt hat. Es wird weiter in der Schrift des Parteivorstandes zur Begründung gesagt: „Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, so ist Diskretion eine Ehrensache für alle Beteiligten“⁴, und „diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Büros, die eine Verständigung bezwecke, war daher ihrer Natur nach streng vertraulich“⁵. Man könnte meinen, ich hätte durch Veröffentlichung des Briefes von Molkenbuhr etwa die Verständigung des Internationalen Büros, die zu einem gedeihlichen Ende führen sollte, verhindert. Die Korrespondenz mit dem Internationalen Büro war abgeschlossen am 12. Juli, mein Artikel erschien am 24. Juli, reichlich 12 Tage später, und die große Aktion war längst abgeschlossen und leider nicht zu einem

¹ Zur Marokkofrage, S. 5.

² Ebenda.

³ Ebenda, S. 2.

⁴ Ebenda, S. 7.

⁵ Siehe ebenda, S. 6.

gediehlichen Ende geführt. Gerade deshalb ist es notwendig, auf die Frage einzugehen; war es denn nötig, sie zu diesem ungediehlichen Ende zu führen, oder hätte man ihr noch eine andere Wendung geben sollen? Ich bestreite überhaupt nicht nur die Tatsache, daß es irgendwie eine Indiskretion eines Parteimitgliedes ist, sich in der Öffentlichkeit kritisch mit den Handlungen des Parteivorstandes im Interesse der Partei zu befassen in Fragen, die die Lebensinteressen der Gesamtpartei berühren, sondern ich gehe weiter und sage: Der Parteivorstand hat sich einer Unterlassung seiner Pflicht schuldig gemacht, da er nicht selbst an uns herangetreten ist. Es war seine Pflicht, seine Korrespondenz zu veröffentlichen und der Kritik der Partei zu unterbreiten. Denn, ganz offen, es handelt sich doch nicht um Formalitäten, sondern um die große Frage, ob sich der Parteivorstand einer Unterlassungssünde schuldig gemacht hat oder nicht (Heiterkeit.), ob er sich verspätet hat mit dem Auftrage, große Protestaktionen gegen den Imperialismus zu veranstalten oder nicht. Man sagt, ich hätte die Partei irregeführt, indem ich die Auffassung Molkenbuhrs als die Auffassung des Parteivorstandes ausgegeben hätte. Wenn die Auffassung Molkenbuhrs nicht die des Vorstandes war, ich nehme es nach der Erklärung an, dann frage ich, welche andere Auffassung hat Euch dazu geführt, daß Ihr nichts getan habt in der Zwischenzeit, wo etwas getan werden sollte? („Sehr richtig!“) Rückt doch mit dem holden Geheimnis heraus, die vorgelegte Korrespondenz enthält nicht ein Wort einer anderen Erklärung. (Bebel: „Mit dieser Schrift haben wir gar keine Erklärung abgegeben.“) Meine große Sünde ist also, daß ich eine vielleicht verfehlte, aber an sich denkbare Auffassung zur Erklärung herangezogen habe, aus der ich mir die Handlungen respektive Unterlassungen des Parteivorstandes begreiflich zu machen suchte. Der Parteivorstand fühlt sich verletzt und indigniert, er gibt aber nicht die geringste Erklärung ab, weshalb er nichts getan hat. Überhaupt der Natur nach schließt diese ganze Angelegenheit jeden Begriff von Indiskretion aus. (Zustimmung und Widerspruch.) Der Parteivorstand ist nichts anderes als unser Beauftragter, er handelt für uns in unserem Namen, und wenn wir ihm sagen, er hat nicht das Richtige getan, dann steht es ihm nicht zu zu sagen: Das ist unsere diskrete Angelegenheit, mischt euch nicht ein. Und war es denn so unwahrscheinlich, anzunehmen, daß der Parteivorstand hier aus falschen Rücksichten auf die Reichstagswahlen¹ sich von einer wirklichen Aktion hat zurückhalten lassen? Ist es das erstmal, daß wir eine solche Angelegenheit diskutieren? Ich bitte Sie, das Protokoll des Mainzer Partei-

¹ Siehe S. 6, Fußnote 3.

tages nachzulesen. Damals standen wir mitten in der Chinakrisis, auch damals hatte der Parteivorstand nicht im richtigen Moment die richtige Aktion hervorgerufen.¹ Ist es denn so unwahrscheinlich, anzunehmen, daß er mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen auch diesmal die Aktion unterlassen hat? Hört man denn nicht seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles, was getan und unterlassen wird? Sogar der „Vorwärts“ hat sich genötigt gesehen, dem Parteivorstand einen kritischen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich zu sehr von Rücksichten auf die Reichstagswahlen leiten läßt. Ich würde Ihnen gern das Zitat verlesen, aber ich habe die Nummer des „Vorwärts“ nicht hier, ich habe sie mir einrahmen lassen. (Heiterkeit.) Wenn der Vorstand nicht zugeben will, daß er eine Unterlassungssünde begangen hat, so haben doch die folgenden Tatsachen bewiesen, wie angebracht die Kritik war. Nicht nur, daß unsere Protestaktion sich verspätet hat, sind wir auch in eine ganz schiefre Lage gegenüber der Internationale geraten. (Lebhafter Widerspruch von Bebel.) Jawohl, in Berlin haben wir gefeiert als Vertreter des französischen Proletariats Syndikalisten², mit denen wir politisch nichts zu tun haben, und in Paris haben wir zusammen mit den Syndikalisten protestiert³, und wir haben durch unsere Ungeschicklichkeit ausgeschaltet die berufenen Vertreter des Proletariats, mit denen wir fraternisieren sollten. Das läßt sich nicht bestreiten, und ich muß mich wundern, daß der Parteivorstand, der ein so langes Sündenregister hat, hier mit Anklagen auftritt. (Lachen.) Eine Körperschaft, die so von Natur aus der Kritik ausgesetzt ist, sollte sich doch sehr hüten, ihren Kritikern den Vorwurf der Illoyalität zu machen. Im Gegenteil. Ich, die ich unseren Parteivorstand ja kenne, bin sehr weit entfernt von irgend solchen falschen Auffassungen oder Mißdeutungen, aber unsere Gegner könnten vielleicht auf die Idee kommen, daß dieser ganze große Donner und Blitz nur den Zweck hatte, abzulenken von den wirklichen Fragen, von der Frage, warum der Parteivorstand nicht auf der Höhe der Aufgaben war in der Aktion gegen den Imperialismus.

Vorsitzender Dietz: Die Redezeit ist längst zu Ende, ich habe Ihnen reichlich Zeit gelassen.

Ja, ich verteidige mich doch gegen solche Vorwürfe, daß ich glaube, Sie

1 Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz vom 17. bis 21. September 1900 war die Inaktivität des Parteivorstandes kritisiert worden, der sich im Kampf gegen die imperialistische Chinapolitik (siehe S. 23, Fußnote 1) gerade im Hinblick auf deren internationale Bedeutung nicht auf der Höhe seiner Aufgaben gezeigt hatte.

2 Siehe S. 12, Fußnote 1.

3 Siehe S. 16, Fußnote 2.

müßten mir noch ein paar Minuten schenken. (Bebel: „Dann müssen aber auch alle anderen dies Recht haben!“) Nun, dann will ich schließen. Ich wollte sagen, daß in der ganzen Marokkoangelegenheit der Parteivorstand nicht der Ankläger ist, sondern er ist derjenige, der sich vor allem vor uns verantworten muß für seine Unterlassungssünden. („Sehr richtig!“) In einer wie unangenehmen Situation er war, das beweist ja am besten der Bericht des Genossen Müller. In meinem Leben habe ich noch nicht ein Bild einer so rührenden Hilflosigkeit gesehen. (Lachen. Bebel ruft: „Na, na!“) Deshalb nehme ich Eure Anschuldigungen nicht krumm, ich verzeihe Euch und gebe Euch den väterlichen Rat (Bebel: „Den mütterlichen Rat.“ Große Heiterkeit.): Bessert Euch! (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

IV

Verteidigung gegen persönliche Angriffe¹

Die politische Seite der Streitfrage, um die sich die Verhandlungen gestern und heute drehen, ist bereits so klargelegt, daß ich gern auf das Wort verzichtet hätte. Aber ich bin gezwungen, mich gegen die persönlichen scharfen Angriffe zweier Parteivorstandsmitglieder, der Genossen Molkenbuhr und Bebel, zu wenden. Molkenbuhr hat besonders als einen Beweis meiner teuflischen Bosheit hervorgehoben, daß ich bei der Veröffentlichung seines Briefes an das Internationale Büro „geflossen“ das Datum „unterschlagen“ hätte. An dem Datum hing alles, der ganze Sinn und Inhalt des Briefes, denn das Datum hätte gezeigt, daß der Brief in völlig anderer Situation geschrieben war als in derjenigen, die erst nachträglich die Aktion des Parteivorstandes nötig gemacht hätte. Hätte ich gesagt, daß der Brief vor jener Rede des englischen Ministers Lloyd George² geschrieben war, so hätte ich gezeigt, wie früh er geschrieben war, und damit wäre meine ganze Anklage in ein klägliches Nichts zusammengefallen. Molkenbuhr hat sich so festgeklammert an jene Rede Lloyd Georges, daß er gar nicht einsieht, daß seine Ausführungen nur dann einen Sinn hätten, wenn auch ich die Auffassung hätte, daß durch diese Rede die Situation erst geschaffen war, die die Aktion gegen die Kriegshetze nötig gemacht hätte. Aber das trifft ja eben gar nicht zu. Im Gegen-

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Der englische Schatzkanzler David Lloyd George hatte am 21. Juli 1911 in einer Rede deutlich zu verstehen gegeben, England werde nicht erlauben, daß die Marokkofrage, die auch englische Interessen berühre, ohne Teilnahme Englands entschieden werde. Solte der deutsche Imperialismus zu weit gehende Forderungen stellen, stehe England auf der Seite Frankreichs.

teil, ich stehe heute wie damals – und ich glaube, alle mit mir, außer Molkenbuhr – auf dem Standpunkt, daß nicht diese oder jene Rede eines englischen Ministers, sondern die Tatsache der Absendung eines Kanonenbootes deutscherseits nach Agadir, d. h. ein tätlicher Eingriff des Deutschen Reiches in das Marokkoabenteuer, der gegebene Moment war, um eine Aktion gegen die Marokkogefahr zu entfalten. („Sehr richtig!“) Molkenbuhr sagt freilich, er habe auch gewußt, daß bereits am 2. Juli Deutschland ein Kanonenboot geschickt habe, aber er fügte hinzu, was das Kanonenboot in den Gewässern von Agadir wollte, das wußte man nicht. Vielleicht dachte man im Parteivorstand, daß es hingeschickt sei, um Fischlein zu fangen. (Heiterkeit.) Ich bedauere diese harmlose Auffassung über so wichtige Vorgänge.

Nun zu Bebel. Ich bedauere sehr, daß Genosse Bebel, der so sehr gegen Indiskretionen hier vorging, mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Schärfe, Lebhaftigkeit und Jugendfrische zugleich die Indiskretion verübt hat, Ausführungen, die Genosse Huysmans in einem Privatgespräch mit Bebel über mich gebraucht haben soll, hier wiederzugeben. Es tut mir leid, daß ich auf die Worte eines Abwesenden scharf reagieren muß, es ist sonst nicht meine Gewohnheit, Abwesende anzugreifen, aber ich bin durch Bebel dazu gezwungen. Huysmans soll zu Bebel gesagt haben: (Bebel: „Soll? Er hat gesagt!“) erstens, daß es nicht das erstemal sei, daß ich eine Indiskretion an Mitteilungen des Internationalen Büros verübt habe. Hat Genosse Huysmans das gesagt, was ich ja nicht weiß und nicht nachprüfen kann, so hat er eine Unwahrheit gesagt, eine ans der Luft gegriffene Behauptung aufgestellt, für die keinerlei Beweise zu erbringen sind. Weiter soll Genosse Huysmans die Absicht geäußert haben, mir zur Strafe für meine jüngst verübte Missetat nunmehr alle Mitteilungen des Internationalen Büros sperren zu wollen. Hat Huysmans das gesagt, dann hat er seine Kompetenzen weit überschritten. („Sehr richtig!“ Bebel: „Das habe ich ja selbst gesagt!“) Huysmans ist der angestellte Sekretär des Internationalen Büros, der unsere Arbeiten für uns erledigen muß und bis jetzt in dankenswertester Weise glänzend erledigt hat. Wer Mitteilungen vom Internationalen Büro zu bekommen hat oder nicht, darüber kann Huysmans nicht befinden, sondern das Internationale Büro, dessen Mitglied ich bin, und ich möchte das Büro sehen, daß es wagen würde, mir seine Mitteilungen zu sperren. (Lachen und Beifall.) Weiter hat Bebel eine neue Beschuldigung zu meinen früheren Sünden hinzugefügt, er hat gesagt, ich hätte „unterschlagen“. (Bebel: „Sehr richtig!“) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will, Genosse Bebel, beruhigen Sie sich,

sitzen Sie ruhig. (Lachen.) Bebel hat gesagt, ich hätte eine „Unterschlagung“ dadurch begangen, daß ich nicht erwähnt hätte, daß er die vorgeschlagene Sitzung des Internationalen Büros nur zunächst, nur vorläufig abgelehnt hätte. In meinem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ steht schwarz auf weiß: „Das deutsche Mitglied des Internationalen Büros erklärte gleichfalls zunächst –.“ (Bebel: „Davon haben Sie gestern kein Wort gesagt!“) Ich habe das vorgelesen, Sie müssen eben zuhören und nicht immer durch Zwischenrufe stören. (Unruhe.) Ja noch mehr, ich habe nicht nur erwähnt, daß das „zunächst“ abgelehnt war, sondern ich habe mich weit und breit darüber verbreitet, um nachzuweisen, daß das „zunächst“ ganz anders aufgefaßt werden müßte. Ich sage in meinem Artikel weiter: „Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch, „zunächst“ die Konferenz abzuhalten, ist als eine Absage an die Idee überhaupt aufgefaßt worden.“¹ Wie man angesichts des Wortlautes meines Artikels behaupten kann, ich hätte „unterschlagen“, daß die Ablehnung nur zunächst erfolgte, ist mir, um ein bekanntes Wort von Bebel zu gebrauchen, „ein psychologisches Rätsel“. Bebel macht mir weiter einen Vorwurf daraus, daß ich nicht erwähnt habe, daß er in einer Besprechung mit Huysmans sich im Gegen teil sogar für einen weitergehenden Vorschlag ausgesprochen hat. Bebel hat aber selbst gesagt, daß diese Besprechung am 30. Juli stattgefunden hat, mein Artikel aber war schon am 24. Juli erschienen. Bebel, dem in seinem Leben – nicht von mir und meinen Freunden, sondern von anderer Seite – so oft vorgeworfen war, daß er als Prophet auftritt, darf mir doch keinen Vorwurf daraus machen, daß ich kein Prophet bin. (Heiterkeit. Bebel: „Das ist nur nicht der richtige Sachverhalt!“) Bebel hat dann öffentlich erklärt, er habe sich vorgenommen, sich künftig in seinen Briefen an mich sehr in acht zu nehmen. Diese Vorsicht ist ganz überflüssig. Sie wissen, Genosse Bebel, ebensogut wie ich, daß die Briefe, die wir einander schreiben, gewöhnlich von vornherein nicht hinter den Spiegel zu stecken sind. (Große Heiterkeit.) Die Parteivorstandsmitglieder², namentlich Bebel, haben mit voller Macht aus ihrer Höhe als Jupiter auf mich die brennendsten Blitze und Donner herabgeschleudert, sie haben mich persönlich herunterzureißen gesucht, soviel sie konnten, aber ich habe schon jetzt eine Satisfaktion erlebt. Und das war während der Rede von Ihnen, Genosse Bebel. Haben Sie vielleicht gesehen, woher Sie den stür mischen Applaus bekommen haben? (Lachen.) Die applaudierenden Hände waren alle aus Bayern, Baden. (Große Unruhe, Zurufe: „Ist das

1 S. 6.

2 In der Quelle: Parteivorstand.

so schlecht? Unverschämtheit! Unerhört! Das ist die Einheit der Partei!¹⁾ Es waren vor allem die Revisionisten (Großes Gelächter und Zustimmung.), jawohl, und das ist der Beweis dafür, daß es sich hier nicht um persönliche Angelegenheiten handelt, sondern um politische Fragen, um eine taktische Meinungsunterschied, die hier auf meinem Rücken ausgetragen wird. Ich gönne Euch diese Lorbeeren aus dem Süden, die habt Ihr diesmal reichlich verdient. (Beifall und Zischen.)

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911,
I: S. 162/163,
II: S. 348/349,
III: S. 204–207,
IV: S. 247–249.

Resolution über die Lebensmittelsteuerung¹⁾

Das Internationale Sozialistische Büro stellt fest, daß die verhängnisvolle Teuerung der Lebensmittel, welche in den kapitalistischen Ländern, in einem nach dem andern, die ausgehungerten Volksmassen zu stürmischen Protesten aufpeitscht, zunächst die Folge der skrupellosen Zollpolitik in den meisten kapitalistischen Staaten sowie der verbrecherischen Politik ist, welche vor allen Dingen den Schutz der Agrarierinteressen verfolgt, welche die sozialistischen Parteien grundsätzlich bekämpfen; daß andererseits diese Teuerung die Folge der Geschäftsmanöver der kapitalistischen Kartelle ist, welche die schlimmsten Feinde des Proletariats und seines Befreiungskampfes sind.

Das Internationale Sozialistische Büro ruft die arbeitenden Männer und Frauen aller Länder auf, welche unter der ungeheuerlichen Teuerung der notwendigen Lebensmittel zu leiden haben, sich massenweise den sozialistischen Parteien und den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und so das Heer des klassenbewußten Proletariats zu stärken, welches einzig und allein ernsthaft gegen die Teuerung der Lebensmittel kämpft, da es seine Angriffe gegen die kapitalistische Gesellschaft richtet, die im Grunde die wahre Ursache der augenblicklichen Lebensmittelteuerung ist.

Bulletin Périodique du Bureau Socialiste International
(Bruxelles), 1912, Nr. 8, S. 129.

¹⁾ Redaktionelle Überschrift. – Diese Resolution wurde von Rosa Luxemburg in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 23. September 1911 in Zürich eingereicht; sie wurde angenommen.

Dem Weltkrieg entgegen

*Rede am 7. Oktober 1911 in Stuttgart
Nach einem Zeitungsbericht*

Das politische Interesse wird gegenwärtig mit Kolbenschlägen geweckt. Jeder, mag er einer Partei angehören, welcher er wolle, greift mit gespanntem Interesse nach seiner Zeitung. Dieses Interesse, mit dem das Volk nach dem italienisch-türkischen Kriegsschauplatz¹ blickt, drückt den Instinkt der Massen aus, die spüren, daß ihre Interessen mit auf dem Spiele stehen. Noch vor kurzem war mancher unter uns, der uns darauf hinwies, daß wir eine Zeit von 40 Jahren Frieden hinter uns haben. Daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, man gehe Zeiten entgegen, in denen eine friedliche Entwicklung möglich sei, die auch der Arbeiterschaft die erfreulichsten Perspektiven eröffne. Hingewiesen wurde auch auf das Haager Schiedsgerichtstribunal², das schlichtend eingreifen sollte. Auf der einen Seite der Dreibund und auf der anderen Seite der Zweibund wurden als die Säulen bezeichnet, auf denen das Gebäude des Friedens ruhe. Wo ist jetzt das Haager Tribunal? Wo sind Zwei- und Dreibund mit ihren Garantien für den Frieden? Alles liegt zerbrochen am Boden. Der Wahn vom Hineinwachsen in den Frieden ist zerronnen. (Zustimmung.) Die auf die 40 Jahre europäischen Friedens hinwiesen, vergaßen die Kriege, die außerhalb Europas sich abspielten und in denen Europa die Hand mit im Spiele hatte. Heute lecken die Flammen des Krieges an den Gestaden Europas, ein Weltenbrand droht auszubrechen. Der Gedanke der friedlichen Entwicklung ist unbarmherzig zerstört.

¹ Im September 1911 hatte Italien einen Krieg gegen das türkische Reich provoziert. Unter Ausnutzung der imperialistischen Gegensätze um Marokko gelang es Italien im Oktober 1912, Tripolis und die Cyrenaica zu annexieren.

² Die Bildung eines Schiedsgerichtes zur Beilegung internationaler Streitigkeiten war 1899 auf der sogenannten ersten Haager Friedenskonferenz beschlossen worden. Seine Wirksamkeit wurde weitgehend dadurch eingeschränkt, daß die imperialistischen Großmächte keine Bereitschaft zeigten, dieses Schiedsgericht anzuerkennen.

Und das nicht allein. Kurz vorher hörten wir von einem anderen Krieg, vom Krieg der Massen gegen die drückende Not. In den verschiedensten Staaten sind Hunderttausende aufgestanden, um Protest zu erheben. In Wien fiel der erste Schuß gegen die Volksmassen. Der Schrei nach Brot wurde mit blauen Bohnen beantwortet.¹ (Pfuirufe.) Ein unumstößliches Gesetz bringt uns alle paar Jahre nach einer Zeit der Prosperität wirtschaftliche Krisen, deren Kosten in erster Linie von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Kaum sind wir ins 20. Jahrhundert eingetreten, und schon liegen zwei Krisen hinter uns, diejenigen der Jahre 1900 und 1907, unter denen die deutschen Arbeiter ganz besonders zu leiden hatten. Und jetzt schon wieder, in der Zeit der Prosperität, nachdem sich die Arbeiter kaum erholt haben, stehen Hunderttausende auf den Straßen, die vor Hunger schreien. Das ist ein Zeichen kapitalistischer Hilfe, das jedem zeigen muß, wohin der Weg geht. Hunger und Krieg haben wir heute vor uns, zwei Blüten vom Baume der kapitalistischen Ausbeutung. Auch in der Vergangenheit gab es Hungersnöte der Massen, so namentlich im sogenannten finsternen Mittelalter. Die Ursachen dieser Hungersnöte waren jedem klar und verständlich. Entweder trug eine Mißernte die Schuld oder war die Pest im Lande, bestand Mangel an Arbeitskräften oder verhinderte ein Krieg die Zufuhren. Heute haben wir den Massenhunger, ohne daß Mißernten dafür verantwortlich gemacht werden könnten. Im Gegenteil, eine Reihe guter Erntejahre liegt hinter uns. Wir haben keinen Krieg, auch nicht die Pest und stehen doch vor dieser beispiellosen Hungersnot. Wir haben heute unter etwas zu leiden, das schlimmer ist als all die Plagen der früheren Zeiten, unter der Herrschaft der Junkerpartei. Heute handelt es sich um eine künstliche, planmäßige, mit gesetzlichen Mitteln fabrizierte Hungersnot. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zollpolitik, die indirekten Steuern sind es, die so schwer auf uns lasten. Deutschland marschiert in dieser Richtung allen anderen Staaten gegenüber an der Spitze.

Einen Wendepunkt der Steuerpolitik brachte unter Bismarck das Jahr 1878. Nach kurzem Freihandel trat der Umschwung zu indirekten Steuern und Zöllen ein. Der Tarif vom Jahre 1878 bildete den ersten Schritt auf der abschüssigen Bahn. Dasselbe Jahr 1878 brachte noch ein anderes Geschenk Bismarcks: das Sozialistengesetz. Das war kein Zufall. Mit der einen Hand nahm man dem Volke den letzten Bissen vom Munde, auf

¹ In Wien war es am 17. September 1911 bei einer Demonstration gegen die Teuerung, an der sich etwa 120 000 Personen beteiligten, zu einem Zusammenstoß mit der Polizei und dem eingesetzten Militär gekommen. Dabei wurde eine Person getötet, 83 wurden verletzt.

der anderen Seite fuhr man der Sozialdemokratie an die Gurgel, um den Protestschrei zu ersticken. Aus diesem Vorgang muß uns klarwerden, daß der politische und der gewerkschaftliche Kampf zusammen geführt werden müssen.

Das Jahr 1902 brachte uns den Hungerzolltarif.¹ Die Sozialdemokratie tat alles, um sich dem frevelhaften Raubzug entgegenzustemmen. Sie griff dabei selbst zu dem in Deutschland ungewohnten Mittel der Obstruktion. Monatelang dauerte der Widerstand, endlich aber wurde der Tarif doch Gesetz. In der Adventsnacht des Jahres 1902, als der Morgen graute und die Glocken zum Frieden läuteten, war die Freveltat vollbracht und der Raub in Sicherheit gebracht. Der damalige Kanzler Bülow eilte zum Kaiser, um diesem bei aufgehender Sonne den Sieg über das darbende Volk zu melden. Zum Dank erhielt er die goldene Verdienstketten um den Hals gehängt, für die Arbeiter aber war die Hungerkette bereit. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wirkung des neuen Tarifs begann im Jahre 1906, und jetzt können wir seine Nachwirkungen erst recht verspüren.

Das Jahr 1909 brachte uns eine sogenannte Finanzreform.² Wer bei dieser Reform dachte, daß nun die Finanzen des Reichs in Ordnung gebracht, die Schulden bezahlt würden, der täuschte sich. Nichts davon geschah. Wohl aber wurden dem Volke 500 Millionen an neuen Steuern aufgeladen. Im Jahre 1873 hatte das Volk die Summe von rund 400 Millionen Mark für Zölle und indirekte Steuern aufzubringen; bis zum Jahre 1910 ist diese Summe auf jährlich 1980 Millionen gestiegen. Mit diesen rund 2 Milliarden ist die Last noch nicht erschöpft. Es kommen dazu die Summen, die Industrieritter und Agrarier noch extra in ihre Taschen schieben dadurch, daß der Preis um den Betrag der Zölle erhöht wird. Die hier in Betracht kommende Summe wird jährlich auf ebenfalls nicht weniger als 1900 Millionen berechnet. Rund 4 Milliarden sind es also, die uns Zölle und indirekte Steuern jetzt im Jahre direkt und indirekt kosten. Diese Zahl auszusprechen ist leichter, als sie sich vorzustellen.

1 Am 14. Dezember 1902 waren im Reichstag ein neues Zollgesetz und neue Zolltarife beschlossen worden, durch die die Agrar- und einige Industriezölle wesentlich erhöht wurden. Die Sozialdemokratien, die mit allen parlamentarischen Mitteln und unterstützt durch eine breite Protestbewegung in ganz Deutschland gegen den Zollwucher gekämpft hatten, wurden durch wiederholten Bruch der Geschäftsordnung des Reichstags bei ihrem Auftreten im Plenum behindert. Die neuen Zolltarife traten am 1. März 1906 in Kraft und brachten der Mehrheit der Bevölkerung eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebenslage.

2 Am 10. Juli 1909 war im Reichstag eine Reichsfinanzreform gegen die Stimmen der Sozialdemokratien, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei beschlossen worden. Da vier Fünftel der neuen Steuern indirekte Steuern waren, wurden vor allem den Volksmassen zusätzliche Lasten aufgebürdet.

Um die Bedeutung dieser Summe klarer zu zeigen, kann auf ein vaterländisches Beispiel zurückgegriffen werden. Nach dem Kriege von 1870/71 verlangten zwei Männer in Deutschland für das unterlegene Frankreich einen billigen Frieden. Es waren die Genossen Bebel und Liebknecht, die dafür auf Festung kamen.¹ Frankreich aber wurde der ostpreußische Kürassierstiefel in den Nacken gesetzt, es mußte 4 Milliarden Mark Kriegskontribution zahlen, eben die Summe, die heute dem deutschen Volke pro Jahr direkt und indirekt aus Zöllen und Steuern abgenommen wird.

Wir Sozialdemokraten appellieren an die klare, ruhige Überlegung, wir sind bereit, die Steuerfragen mit Objektivität zu beleuchten. Man sagt, der Staat habe große Aufgaben zu erfüllen, die dem Volke zum Wohle gereichen, und zur Lösung dieser Aufgaben bedürfe es großer Mittel. Gewiß hat der Staat große Aufgaben zu erfüllen. Aber schon Lassalle hat sehr treffend gesagt: Der Staat braucht Mittel, aber Gerechtigkeit und Kultur verlangen, daß er diese Mittel nicht von den Ärmsten, sondern von den Reichen nimmt. (Zustimmung.) Wir Sozialdemokraten verlangen die Abschaffung aller indirekten Steuern. Wir fordern Steuern auf Einkommen und Vermögen, die diejenigen treffen, die ihre Hände nicht durch Arbeit beschmutzen. Wir verlangen weiter eine Erbschaftssteuer. Der Arbeiter würde von ihr nicht getroffen, denn was er hinterläßt, ist sehr nahe beieinander. Diejenigen, die schon als Schwerreiche aus dem Mutterleibe kommen, die würden und sollen getroffen werden.

Um sich darüber klarzuwerden, wozu die ungeheuren Mittel Verwendung finden, genügt ein kurzer Blick auf die Finanzgeschichte. Der nimmersatte Militarismus ist es, der fast alles verschlingt. Um ihn großzuziehen, wird das Volk ausgepowert. Die logische Folge dieser Entwicklung sind Kriege. Im Jahre 1872 betrug die Friedenspräsenzstärke 359 000 Mann. Seither nimmt die Steigerung kein Ende. Jetzt stehen rund 700 000 Mann im Frieden unter den Waffen, wenn wir die Unteroffiziere, diese Zierde der Menschheit, zurechnen, von denen wir 82 000 Mann haben.

Die Behauptung, daß das Wachstum der Armee mit dem Anwachsen der Bevölkerungszahl gleichen Schritt halte, ist nicht zutreffend. Die Bevölkerung, die im Jahre 1871 41 Millionen zählte, ist jetzt auf rund

1 Seit September 1870 hatten August Bebel und Wilhelm Liebknecht wie auch das zentrale Parteorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der „Volksstaat“, einen billigen Frieden im Sinne eines gerechten, ehrenvollen Friedens mit der französischen Republik gefordert. Die beiden Parteführer wurden für ihr revolutionäres Auftreten und ihre sozialistische Gesinnung im März 1872 zu je zwei Jahren Festung verurteilt.

65 Millionen, also um etwas über 50 Prozent gewachsen, während in derselben Zeit das stehende Heer sich verdoppelt hat. Das Militär wächst also zweimal so schnell wie die Bevölkerung. Wenn es so weitergeht, dann kann noch der Tag kommen, von dem der Kaiser schwärmt, da jeder dritte Mann den Rock des Königs trägt. Zu befürchten ist nur, daß dann die beiden anderen weder Rock noch Hose tragen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Kosten für das stehende Heer betrugen im Jahre 1872 337 Millionen. Im Jahre 1910 sind sie auf 925 Millionen gewachsen. In den 40 Jahren des Friedens haben wir für unser stehendes Heer nicht weniger als 23 Milliarden ausgegeben. Da ist es kein Wunder, daß das Volk am Hungertuch nagt.

Zu diesen Ausgaben kommen noch diejenigen für die Marine. Sie verdienen besondere Beachtung, weil gerade sie mit dem Imperialismus und der Weltpolitik in erster Linie zusammenhängen. Im Jahre 1872 betragen diese Ausgaben pro Jahr 30 Millionen. Bismarck, ein Reaktionär, der wenigstens einen Kopf auf den Schultern hatte, sah ein, daß ein erstklassiges Landheer und eine erstklassige Flotte die Mittel des Reiches erschöpfen müßten. Er widersetzte sich deshalb auch lange der Kolonialpolitik, bis auch er schließlich in den 80er Jahren seinen Widerstand aufgab. Mit der Thronbesteigung des jetzigen Instruments des Himmels ist ein Wendepunkt eingetreten. Es kamen die Reden vom Dreizack in unserer Faust, von unserer auf dem Wasser liegenden Zukunft usw. Die Flotte wurde vermehrt. Dabei zahlte nicht das Instrument des Himmels, sondern das Volk die Rechnung. Betrugen die Marineausgaben im Jahre 1888 noch 54 Millionen, so waren sie im Jahre 1911 auf 460 Millionen gestiegen. Die Summen, die wir bisher insgesamt für die Flotte zahlen, belaufen sich auf 5 Milliarden, so daß für Heer und Marine zusammen ein Aufwand von nicht weniger als 28 Milliarden erwuchs. Das ist eine ungeheure Summe.

Die Sozialdemokratie geht bei ihrer Kritik nicht nur vom Geldstandpunkt aus, sondern sie beachtet auch die ganze politische Lage. Es wird behauptet, der gegenseitige Kampf liege in der menschlichen Natur. Wer nicht rüste, laufe Gefahr, die Beute des Nachbarn zu werden. Wir sind anderer Meinung. Die Völker sollen und können ohne Unterschied der Rasse und Farbe zusammen in Frieden leben. Nur dann kann man von Kultur reden, wenn Bande der Solidarität die Völker umschlingen. Solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht abgeschafft ist, ist diese Solidarität nicht möglich. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir Sozialdemokraten wissen sehr wohl, daß der Weltfriede eine Utopie bleibt, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht abgeschafft ist. Jedes Volk muß imstande sein, sein eigenes Land gegen Angriffe zu verteidigen. Dazu ist aber kein so riesiger Apparat erforderlich, wie ihn unser gegenwärtiges Heerwesen darstellt, dazu genügen ein paar Wochen Militärdienst. Viele Autoritäten auf militärischem Gebiet sind mit uns der Meinung, daß die zwei- und dreijährige Militärzeit nicht notwendig ist. Dem Volke sollen die Waffen in die Hand gegeben werden, damit es selbst entscheiden kann, wenn ein Krieg notwendig ist. Erst dann kann es tatsächlich heißen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein. (Lebhafte Zustimmung.) Das Milizsystem ist nicht bloß eine Phantasie der Sozialdemokratie. Es besteht bereits – wenn auch nicht ganz in unserem Sinne – in der Schweiz. Wessen Grenzen sind nun besser geschützt, jene der kleinen Schweizer Republik mit ihrer Miliz oder diejenigen des militaristischen Deutschlands? Wenn es den herrschenden Klassen ehrlich darum zu tun wäre, nur unser Land zu verteidigen, dann brauchten wir nicht das heutige stehende Heer und die lange Dienstzeit mit ihren Soldatenmißhandlungen. Aber der Gedanke, dem arbeitenden deutschen Volk das Gewehr in die Hand zu liefern, das ist der grausigste Gedanke, den sich die Herrschenden denken können! Die Flinten könnten ja dort losgehen, wo man es nicht wünscht. In dem „gemütlichen“ Wien hat es sich dieser Tage wieder gezeigt, wozu das Militär da ist: um gegen das eigene Volk vorgeschnickt zu werden. Auch bei den preußischen Wahlrechtsdemonstrationen war Militär in Bereitschaft, um die Polizei zu unterstützen.¹

Jetzt haben wir den ersten Krieg aus rein imperialistischen Interessen bekommen. In der Türkei und in Italien gibt es große arbeitende Massen, die von einer Handvoll Kapitalisten ausbeutet werden. Diese Massen haben kein Interesse an diesem Krieg. Der Generalstreik in Italien war ein Protest gegen den Krieg.² Der jetzige Krieg ist nur der Anfang von weiteren, die einen Weltkrieg heraufbeschwören müssen. Die Balkanländer Griechenland, Bulgarien, Serbien, Rumänien werden ebenfalls diesen Krieg benutzen wollen, um auf ihre Rechnung zu kommen.

1 Im Frühjahr 1910 war in Berlin, Frankfurt (Main) und anderen Städten Militär in Bereitschaft gehalten worden, um gegen die Wahlrechtskämpfer eingesetzt werden zu können. In anderen Städten, so z. B. in Halle (Saale) und Neumünster, ging Militär gemeinsam mit der Polizei gegen die Demonstranten vor.

2 Am 29. September 1911, dem ersten Tag des italienisch-türkischen Krieges, war von der Leitung der Sozialistischen Partei ein auf 24 Stunden befristeter Generalstreik für Italien ausgerufen worden, dem in vielen Städten des Landes Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Krieg vorgegangen waren.

Was haben wir in Deutschland in den letzten Wochen erlebt, wo es um ein Haar mit Frankreich zum Krieg gekommen wäre wegen Marokko¹, also um ein Land, dessen Bewohner uns nichts getan haben. Im Interesse einiger Kapitalisten wurde diese Kriegsgefahr heraufbeschworen. Und jetzt ist alles wieder friedlich gesinnt. Was bedeutet dieser Ausgang? Es handelt sich um einen Länderschacher, den Kiderlen-Wächter und Cambon hinter verschlossenen Türen abmachen. Das Ende dieses Hokuspokus wird die Auslieferung Marokkos an Frankreich sein, Deutschland wird ein Stück Land am Kongo erhalten.² Jeder neue Kolonialraub bedeutet aber eine neue Militärvorlage. Wir haben allen Grund, den Marokkonflikt als einen Ausfluß des Imperialismus anzusehen, genau wie den Krieg in Tripolis. Es sei hier an die schönen Worte August Bebels in Jena³ erinnert. Erstens: Die Frage der Rüstungen wird uns von nun an nicht mehr entweichen. Es dürfte keinen Optimisten mehr unter uns geben, der glaubt, daß die Staaten anfangen abzurüsten. Zweitens: Die Teuerung in den meisten Ländern ist keine vorübergehende Erscheinung, sie wird zur ständigen Einrichtung werden. – Die Entwicklung der kapitalistischen Staaten kann krasser nicht gedacht werden: Hunger und Kriegsfeuer in Permanenz.

Daneben geht die demokratische Entwicklung zurück, ein immer größerer Verfall des Parlamentarismus ist die weitere Folge. Die Vorstöße des deutschen Imperialismus fallen in die Ferienzeit des Reichstags; beim Beginn des Chinafeldzugs⁴, bei den Algecirasverhandlungen⁵ und beim „Panthersprung“ nach Agadir war der Reichstag vertagt; es fiel der Regierung gar nicht ein, vor diesen Aktionen das Parlament zu befragen. Im Zusammenhang damit steht die Stärkung des persönlichen Regiments. Es gibt zur Zeit freilich auch „patriotische“ Kreise, die mit dem Instrument des Himmels nicht zufrieden sind. So hat z. B. die freikonservative „Post“ den Kaiser einen poltron valeureux, auf deutsch: tapferen Hasenfuß, genannt. Wilhelm II. ist aber alles eher als ein Friedensfaktor.

Das Anwachsen des Imperialismus läßt keine Milderung der Klassen-gegensätze erhoffen. Das bedingt, daß auch unsere Kampftaktik eine entsprechende Verschiebung und eine nachhaltigere Wirkung erfahren muß.

1 Siehe S. 5, Fußnote 1.

2 Siehe S. 10, Fußnote 1.

3 In seiner Begrüßungsansprache an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der vom 10. bis 16. September 1911 in Jena durchgeführt wurde, hatte August Bebel die Politik des deutschen Imperialismus angeprangert und auf die sich daraus ergebende Verschärfung der Klassengegensätze aufmerksam gemacht.

4 Siehe S. 23, Fußnote 1.

5 Siehe S. 7, Fußnote 3.

Wir sind die einzige Klasse, die ernsthaft für den Frieden kämpft. Wir hätten von einem Kriege als politische Partei am wenigsten zu befürchten. Er würde nur zeigen, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung so nicht weitergetrieben werden kann. Wenn wir trotzdem für den Frieden kämpfen, kämpfen wir damit gegen die kapitalistische Klasse und für das soziale Endziel.

Es kommt ja bald die Zeit, wo das deutsche Volk seiner Meinung Ausdruck geben kann: die Reichstagswahlen¹. Wir lassen uns durch die Parole „Gegen den Schwarz-Blauen Block!“² von der bürgerlichen Linken nicht aufs Eis locken. Die Wahlen müssen sich zu einer Generalschlacht gestalten zwischen dem revolutionären Sozialismus und dem reaktionären Kapitalismus, mag dieser stehen, wo er will. (Zustimmung.) Das Wort Lassalles von der einen reaktionären Masse hat seine Geltung nicht verloren. Es wird eine Wahlschlacht sein wie noch nie. Es gilt die Rechnung zu präsentieren für Marokko, für die Finanzreform, für den Umfall des Liberalismus gegenüber den reaktionären Mächten. Mit dem Blick auf das sozialistische Endziel muß der Kampf geführt werden. Nicht nur um Mandate – die uns natürlich lieb sind – ziehen wir ins Feld, die Haupt-sache sind uns die Stimmen; und zwar auf die Gesinnung der Wähler in erster Linie legen wir Wert; keine Mitläufer, sondern bewußte Klassen-kämpfer müssen es sein, die uns auch in schweren Zeiten treu bleiben. (Zustimmung.) Wir gehen schweren Zeiten entgegen, darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Aber wir fürchten uns nicht. Mit zielklarem Programm stehen wir bereit. Angesichts der heutigen Situation, die auf der einen Seite eine geringe Schicht von Ausbeutern, auf der anderen die große Masse des ausgebeuteten und darbenden Volkes zeigt, schließe ich mit den Worten Bebels auf dem Dresdner Parteitag: Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft!³ (Stürmisches, lang anhaltender Beifall.)

Schwäbische Tagwacht (Stuttgart),

Nr. 235 vom 9. Oktober 1911.

1 Siehe S. 6, Fußnote 3.

2 Der Schwarz-Blau Block oder Schnapsblock war eine Gruppierung im Reichstag, die sich im Sommer 1909 aus Vertretern der Deutschkonservativen Partei des ostelbischen Junkertums und der klerikalen Zentrumspartei gebildet hatte.

3 „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 313.)

Das Marokkoabkommen¹ im Reichstag

Leipzig, 13. November

Wenn man einen Teil der Presse – auch unsrer Parteipresse – liest, so möchte man beinahe glauben, daß mit der zweiten Rede des Herrn Bethmann Hollweg² eine neue Ära im politischen Leben Deutschlands herangetrieben wäre. Die paar Sätze des dürren Reichskanzlers gegen den Führer der Konservativen, diese „mutige und ehrliche Tat“, sollen eine Absage des herrschenden Systems an die nationalistische Kriegspolitik, an das Junkerregiment und Gott weiß, was noch alles, bedeuten. Leider mischt sich in diesen freudigen Triumphgesang mißtönend eine betrübende Erkenntnis. Wenn der Kanzler des Deutschen Reiches plötzlich einige abweisende Worte gegen den säbelrasselnden Ton der Junkerpartei gefunden hat, so ist es für keinen Sterblichen innerhalb und außerhalb Deutschlands ein Geheimnis, aus welcher Quelle ihm der „Mut“ zu dieser Kundgebung zugeflossen ist: Sprach man doch ganz ungeniert im Reichstag und in der Presse davon, daß diese Frontwendung am vorhergegangenen Abend zwischen dem Herrn Bethmann und seinem kaiserlichen Herrn bei einem Hofsooper verabredet und beschlossen wurde. Es war in der Tat nichts anderes als die Ausführung eines kaiserlichen Auftrags, was durch den Mund des Reichskanzlers sprach, und sein „Mut“ gegen den Führer der Konservativen war der Mut eines Hoflakaien, der sich der Gunst seines Herrn vergewissert und dem sein Herr Schutz und Gnade gegen die ganze Welt zugesichert hatte. Braucht man sich doch nur der Sachlage im Reichstag am ersten Verhandlungstage zu erinnern. Da trat der Reichskanzler zur Verteidigung eines hochwichtigen Aktes der auswärtigen Politik auf, ohne daß eine einzige Partei der Volksvertretung

1 Siehe S. 10, Fußnote 1.

2 Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg wandte sich am 10. November 1911 im Reichstag, nachdem er am 9. November die Debatte über das Marokkoabkommen mit Frankreich eröffnet hatte, gegen die scharfmächerische, gegen Frankreich und England gerichtete Rede des Führers der Konservativen Wilhelm von Heydebrand.

ihm Beifall und Zustimmung gespendet hätte. Der Reichskanzler mit seiner Politik schwieb völlig in der Luft, wie sich unser Zentralorgan richtig ausdrückte. Trotz dieser absoluten Isolierung hatte aber Herr Bethmann „den Mut“, auf seinem Posten zu verbleiben, seine Politik weiter zu verteidigen und am zweiten Tag wieder vor demselben Reichstag zu erscheinen, der von seiner Politik nichts wissen wollte. Haben wir da eigentlich so großen Anlaß, über „den Mut“ des Reichskanzlers zu jubeln, der ihn befähigt hat, gegen die junkerliche Kritik der Regierungspolitik zu fauchen, da es nur ein Teil jenes „Mutes“ war, der Herrn Bethmann in die Lage versetzte, auf jegliche Kritik der Parteien, auf die Meinung des Reichstags überhaupt zu niesen? Sagen wir es nur mit dünnen Worten heraus: Was in der Absage des Reichskanzlers an das Säbelrasseln des Herrn Heydebrand zum Ausdruck kam, war nichts andres als die Herrschaft des persönlichen Regiments. Eine reaktionäre Macht gegen die andre und nicht irgendwelche demokratische oder fortschrittliche Strömung in der Reichspolitik, eine gelegentliche Katzbalgerei im Hause der Reaktion und nicht eine neue Ära der politischen Entwicklung, das ist es, was die Verhandlungen im Reichstag über das Marokkoabkommen zutage gefördert haben. Im Triumphe Bethmanns über Heydebrand triumphiert die außerparlamentarische Reaktion des persönlichen Regiments über die parlamentarische Reaktion des Junkertums.

Daß es gelegentlich zu einer Katzbalgerei zwischen den beiden kommen muß, bringt die Natur der Dinge mit sich. Während die Richtung der junkerlichen Reaktion brutal-gradlinig und zynisch-konsequent ist, ist die Politik des persönlichen Regiments von Haus aus eine Zickzackpolitik, voller Sprunghaftigkeit, Widersprüche und Unberechenbarkeiten. So kann und muß sie sich gelegentlich auch mit der junkerlichen Reaktion unter einem schroffen Winkel schneiden. Trotzdem bleiben jedoch beide in ihrem innersten Wesen einander vollkommen gleich. Dies beweist nicht bloß die allgemeine reaktionäre Tendenz des persönlichen Regiments in Preußen-Deutschland. Dies beweist auch noch im besonderen seine ganze Politik im gegebenen Fall. Dasselbe persönliche Regiment, das die Kriegshetzerei des junkerlichen Nationalismus durch den Reichskanzler abkanzeln ließ, hat im Jahre 1900 die internationale Kriegshetze gegen China¹ geschürt und geleitet, hat im Jahre 1905² durch die Tangerreise den Marokkonflikt³ mit Frankreich geschaffen, hat im Jahre 1907 bei

1 Siehe S. 23, Fußnote 1.

2 In der Quelle: 1904.

3 Am 31. März 1905 war Wilhelm II. in Tanger gelandet und hatte für den deutschen Imperialis-

den Hottentottenwahlen¹ die wüteste nationalistische Hetze entfesselt, hat durch den „Panthersprung“ nach Agadir² die Kriegsgefahr für Deutschland akut gemacht und durch sein ganzes tolpatschiges Benehmen den Ausbruch des italienischen Krieges³ begünstigt und beschleunigt. Wenn die chauvinistische Reaktion in Deutschland den Zickzack von diesen kriegsschürenden *Handlungen* von gestern zu friedentriefenden *Phrasen* von heute im Reichstag nicht rasch genug mitzumachen versteht, so ist das der plumpen Grazie der junkerlichen Demagogie nicht weiter zu verübeln. Jedenfalls aber bilden die sittlichen Verweise im Munde des seinem Kaiser verantwortlichen Machers dieser Politik an die ungebärdigen Kriegshetzer nicht minder eine skrupellose Demagogie, die an Ungeniertheit nichts zu wünschen übrigläßt. Man braucht nämlich gar nicht einmal an die gestrigen Taten der vom persönlichen Regiment geleiteten auswärtigen und inneren Politik des Deutschen Reiches zu denken. Was ist dieses Abkommen mit Frankreich selbst, zu dessen Verteidigung die Regierung wider die Säbelrassler plötzlich eine moralische Pauke hielt? Es ist ein Länderschacher ordinärster Art, der Deutschland wie Frankreich durch neue Kolonialerwerbungen in neue internationale Situationen, in neue Nachbarschaften bringt, neue Konfliktstoffe schafft und so für den Weltkrieg, den man heute angeblich aus Friedensliebe und Klugheit vermieden hat, morgen neuen Zündstoff bergeshoch sammelt. Der Marokko-Kongo-Vertrag ist seinem Inhalt nach ein neuer Schritt in der Aufteilung der außereuropäischen Länder durch den Kapitalismus, zugleich ein weiterer Schritt im imperialistischen Wettlauf der kapitalistischen Militärstaaten, der den Knoten ihrer Widersprüche noch enger schürzt, der die Frist bis zur unvermeidlichen Explosion der Gegensätze um ein weiteres verkürzt. Von diesem Standpunkt aus gesehen, nehmen sich die Versicherungen der Friedensliebe im Munde des Reichskanzlers im Reichstag als hohle Phrasen aus, die momentan aus der Not eine Tugend machen, um bei der ersten Gelegenheit wieder als Evangelium der gepanzerten Faust die Begleitmusik zu neuen Tollheiten und Provokationen abzugeben. Wenn die Reichspolitik unter solcher Leitung soeben an der Klippe des Krieges haarscharf vorbeigesegelt ist, so hat sie sicherlich mehr Glück als Verstand

mus Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze Marokkos gefordert. Diese Provokation, gegen den französischen Imperialismus gerichtet, der diese Rechte für sich beanspruchte, beschwore eine Krise in den internationalen Beziehungen herauf, die 1906 mit einer Niederlage für den deutschen Imperialismus endete.

1 Siehe S. 7, Fußnote 2.

2 Siehe S. 5, Fußnote 1.

3 Siehe S. 58, Fußnote 1.

bewiesen, und bei ihren Friedenstiraden wider die Junker gebührte ihr von sozialdemokratischer Seite eine Beifallskundgebung höchstens aufs holde Antlitz. Und wenn der billige „Triumph“ des Herrn Bethmann Hollweg im Reichstag ein Beweis mehr ist, daß die imperialistische Politik unteren anderen reaktionären Folgen auch die Stärkung des persönlichen Regiments zeitigt, so darf die Sozialdemokratie jedenfalls keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie mit den Friedensgarantien der monarchischen Reaktion genausowenig zu tun hat wie mit den Kriegshetzereien der junkerlichen Reaktion. Am wenigsten kann sie Hoffnungen einer fortschrittlichen Entwicklung an die Bekehrung und Einsicht des persönlichen Regiments und seiner Diener knüpfen.

Die spezielle deutsche Misere hat es mit sich gebracht, daß ein Kapitel welthistorischer Götterdämmerung der bestehenden Gesellschaftsordnung, als welche der gegenwärtige Abschnitt der imperialistischen Entwicklung betrachtet werden muß, zunächst zur trivialen Posse eines Geplänkels zwischen dem persönlichen Regiment und seinen natürlichen Alliierten, den agrarischen Krippenreitern vor den Kulissen, zwischen Reichskanzler und Kronprinz, Sohn und Vater hinter den Kulissen geworden ist. Dieselbe Misere hat das Grotesk-Lächerliche mit sich gebracht, daß sich das gespannte Interesse der deutschen Öffentlichkeit auf dieses Geplänkel mit allem Ernst konzentriert hat, daß sich ernste Blätter darüber echauffieren zu müssen glaubten, daß der jugendliche Thronerbe und Erfinder der patentierten Manschettenknöpfe in einer Zuhörerloge an Reden im Reichstag Beifall oder Mißfallen kundzugeben beliebte. Der Sozialdemokratie liegt es ob, diesem possenhaften Schattenspiel der deutschen Kinderstube gegenüber die großen geschichtlichen Zusammenhänge der imperialistischen Entwicklung, die objektiven Konsequenzen des deutsch-französischen Abkommens in ihrem Lichte aufzuzeigen, die Frage des Friedens wie des Krieges auf jenes Niveau der historischen Betrachtung zu heben, von dem aus der dürre Reichskanzler mit „seiner“ Politik, das persönliche Regiment mit Vater und Sohn und die bürgerlichen Beutepolitiker verschiedener Couleur als das erscheinen, was sie sind: blinde und kleine Würfel in der Hand einer großen Zeit. Wir hätten gewünscht, daß unsre Fraktion für die Hervorhebung dieser großen Gesichtspunkte einen Teil der Energie erübrigt hätte, die sie darauf verwendet hat, die Sozialdemokratie von dem schrecklichen Verdacht zu reinigen, als ob sie zur Verhinderung eines verbrecherischen Kolonalkrieges die Waffe der „verschränkten Arme“ der arbeitenden Volksmassen je gebrauchen wollte.

• Die politische Lage und die Sozialdemokratie

Rede am 1. Dezember 1911 in Leipzig
Nach einem Zeitungsbericht

Die bevorstehende Reichstagswahl¹ erreicht uns in einer so stürmisch bewegten Zeit, wie [wir sie] noch nie [hatten] seit dem Bestehen des neuen Deutschen Reichs. Wir haben noch nie, seit wir das Deutsche Reich und den Reichstag haben, eine Reichstagswahl erlebt, die während eines blutigen Kriegszustands kam. Zwar 1907 hatten wir schon die entfernten Nachklänge eines Kolonialkriegs.² Allein, man konnte wenigstens damals die Illusion aufrechterhalten, daß es ein von Europa ferner Krieg war, der nicht mitzählte in der allgemeinen politischen Situation. Erinnern Sie sich, wie es noch vor wenigen Jahren in politischen Kreisen und selbst in unsern eigenen Reihen so viele Optimisten gab, die nicht müde wurden, die Tatsache hervorzuheben, daß wir trotz allen Rüstens und aller Kriegshetzereien ganze 40 Jahre der friedlichen Entwicklung gehabt hätten. Diese Theorie über das Hineinwachsen in den Frieden und die friedliche demokratische Entwicklung knüpft sich an den Namen eines französischen Parteiführers, der wohlverdienten Ruf in der internationalen Sozialdemokratie genießt, Jean Jaurès. Sie wissen wahrscheinlich, daß Genosse Jaurès noch vor kurzer Zeit nicht müde wurde, die sehr wichtige Tatsache hervorzuheben, daß wir seit dem Deutsch-Französischen Kriege keine Kriege mehr auf dem Kontinent gehabt hätten und daß diese Tatsache eine angenehme Perspektive eröffne. Es hieß: Wir gehen einer Zeit entgegen, in

1 Siehe S. 6, Fußnote 3.

2 Im Jahre 1904 hatten sich in Südwestafrika die Völker der Hereros und der Hottentotten gegen die Kolonialherrschaft des deutschen Imperialismus erhoben. Der Aufstand, der den Charakter eines Freiheitskrieges trug, endete mit einer verlustreichen Niederlage dieser Völker, nachdem die deutschen Kolonialtruppen drei Jahre lang mit äußerster Grausamkeit gegen sie vorgegangen waren. Siehe auch S. 7, Fußnote 2.

der der Gedanke der Humanität, der Menschlichkeit über die Bestrebungen der Reaktion triumphiert.

Diese Gedankengänge, die auch bei uns und in allen andern Ländern sehr viel Anhänger zählten, knüpften sich an bestimmte Vorstellungen darüber, was eigentlich die Garantien der friedlichen Entwicklung in Europa seien. Man nannte den Dreibund auf der einen Seite, den Zweibund auf der andern Seite. In letzter Zeit, als sich der russisch-französische Zweibund an England annäherte, begrüßte Jaurès das auch mit Freuden. Das wären die zwei Pfeiler, die den Frieden stützen, und damit bekämen wir ein großes Blachfeld für eine friedliche Kulturentwicklung in unserm Sinne.

Das Echo dieser schönen Träume ist noch nicht verklungen, und wie sieht es heute aus? Heute haben wir mitten in Europa einen blutigen Krieg, und die Frage des Zweibunds, des Dreibunds und des Haager Tribunals des Friedens¹ sind lauter Hirngespinsten. Es hat sich mit brutaler Nacktheit gezeigt, daß die friedliche Entwicklung ein für allemal dahin ist. Wir haben heute Sturm von allen Seiten, und mitten im Sturm müssen wir unsern Kampf führen. Und wir haben keinen Grund, zu bedauern, daß wir auf stürmischem Boden stehen. Je stürmischer es zugeht, desto lustiger flattert die Fahne auf unserm Schiff.

Nicht nur die Kriegsfurie ist heute entfesselt. Wir haben in diesem Jahre noch einen andern Sturm erlebt, die Welle der Hungertrevolten, die mitten in den höchstentwickelten Kulturstaaten zum Durchbruch kam. Diese Hungerrevolten verdienen eine ganz besondere Beachtung. Wir sind an das Hungern gewöhnt. Wir wissen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft mit periodischer Regelmäßigkeit und unabwendbar nach einer glänzenden Geschäftszeit eine Krise sich einstellt und daß, nachdem eine Handvoll Kapitalisten den Rahm abgeschöpft haben, die Opfer der Krise auf die große Masse erdrückend herabfallen. Dann kommt die Arbeitslosigkeit, der Hunger. Aber in diesem Jahre haben wir den Hungerschrei nicht mehr in einer Krisenperiode, sondern mitten in der Prosperität gehört. Jetzt bedarf es nicht einmal des Niedergangs der Konjunktur, die Arbeiter brauchen nicht erst aufs Pflaster geworfen zu werden. Mitten im glänzendsten Geschäftsgang für die Kapitalisten treibt der Hunger schon jetzt die Massen auf die Straße. Das ist eine neue Erscheinung, die wohl zu merken und zu untersuchen ist.

Und der Sturm kommt noch von einer andern Seite. Das erleben wir in diesem Augenblick. Die Metallindustrie in Berlin hat seit gestern

1 Siehe S. 58, Fußnote 2.

50 000 bis 60 000 Arbeiter ausgesperrt¹, und es ist nicht das erste Mal, daß wir in diesem Jahre einen so gewaltigen Kampf in der Metallindustrie erleben. Erst kam der Kampf in Hamburg, dann im sächsisch-thüringischen Bezirk, und jetzt mitten in Berlin eine Kraftprobe. Die Eisenindustrie ist die grundlegende Industrie in Deutschland, in der die Arbeiterschaft eine mächtige Schutzorganisation errichtet hat, und da entfesselt eine solche Machtprobe kolossale Massenkämpfe. Und auch von dieser Seite zeigt sich: Was wir bis heute erlebt haben, ist nur Kinderspiel gegenüber dem, was wir noch zu erwarten haben.

So gibt es noch genug, um jedem Denkenden zu zeigen, daß Ruhe und Frieden ein für allemal vorbei sind. Die Zeit rückt näher, wo eines Tages die Entscheidung fallen muß, wo die Arbeiterklasse für den Ausgang verantwortlich ist.

So stehen wir vor den Wahlen. Nicht jede Reichstagswahl hat dieselbe Bedeutung wie die andre, und alle haben für uns eine grundsätzlich andre Bedeutung als für alle bürgerlichen Parteien. Für die bürgerlichen Parteien haben die Reichstagswahlen nur und ausschließlich die Bedeutung einer Jagd nach Mandaten. Für uns stehen die Mandate an allerletzter Stelle. Wir gehen in den Kampf, nicht um möglichst viel Mandate zu erhaschen, sondern weil uns der Wahlkampf Gelegenheit bietet, die Massen aufzuklären und ein gewaltiges Stück vorwärtszutreiben auf der Bahn zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. Die Wahl ist nicht vom engparlamentarischen Standpunkte, sondern vom Standpunkte der großen internationalen Schicksale und Aufgaben zu betreiben. Wenn der Kampf auch schwer ist, wenn uns auch Arbeit in Hülle und Fülle erwartet, so können wir mit einem Blick auf das Leben, den Boden, auf dem wir stehen, erklären: Wir gehen in diesen Kampf mit Freuden, und es ist eine Freude zu leben.

Werfen wir einen Blick auf die politischen und ökonomischen Fragen, die der Beurteilung der großen Massen und dem Urteilsspruch am 12. Januar unterliegen. Man muß mit dem allernächsten anfangen, mit dem ökonomischen Dasein der Masse, mit dem täglichen Brot.

In Deutschland haben wir keine Hungerrevolten gehabt. Allein, ich möchte sehen, wer es wagen würde zu behaupten, daß in Deutschland keine Not existiere. Nun, wir wissen alle, daß die Not hier kein Jota

¹ Die Metallindustriellen Berlins hatten am 30. November 1911 zur Unterdrückung eines Streiks der Former und Gießer 60 Prozent der Berliner Metallarbeiter ausgesperrt. Nach einer Einigung zwischen Gießereiarbeitern und Unternehmern, die zu Zugeständnissen gezwungen waren, wurde am 6. Dezember die Aussperrung aufgehoben.

geringer ist als überall. Und wenn es nicht zu Krawallen gekommen ist, ist das niemand anderem zu danken als uns und der jahrzehntelangen Aufklärung und Erziehung der Arbeiter. Niemand anders kann es auf sein Konto schreiben, daß die Masse gelernt hat, daß Verbesserungen nicht durch stürmische, planlose Protestbewegungen auf der Straße, sondern nur durch ein planmäßiges, geschlossenes Vorgehen zu erreichen sind.

In Deutschland gibt es Not in Hülle und Fülle. Und deshalb ist es äußerst wichtig, sich Rechenschaft darüber abzulegen, wo die Quelle der heute herrschenden Not liegt. Namentlich liegt es im Interesse der proletarischen Frauen, sich darüber Aufschluß zu verschaffen. Wenn wir politische Gleichberechtigung für die Frauen fordern, wird von bürgerlicher Seite geantwortet, die Frau sei zu dumm für Politik, ihre Aufgabe sei der Kochtopf und die Kinderwiege. Allein, ich glaube, daß die Frauen, die es bei dieser Not fertigbringen, mit dem kargen Verdienst ihrer Männer die Familien durchzubringen und die Kinder zu ehrlichen Menschen zu erziehen, daß diese Frauen ihr Reifezeugnis abgelegt haben und jeden deutschen Minister in die Tasche stecken.

Eine Teuerung herrscht heute, wie wir sie seit langem nicht gehabt haben. Das ist an und für sich keine neue Erscheinung. Wir haben in früheren Jahrhunderten schon Teuerungen gehabt. Allein, das ist bezeichnend, daß in allen den Fällen früher natürliche Ursachen vorhanden waren, mochte es eine Mißernte, die Pest, Krieg usw. sein. Heute haben wir eine beispiellose Hungersnot ohne besondere Mißernte und ohne daß in Europa die Pest gewütet hat. Diese Teuerung kommt daher, daß wir heute unter einem Übel zu leiden haben, unter einer Plage, die viel schlimmer ist als Mißernten, die Pest und der Krieg zusammen, und das sind die Klassenherrschaft und das konservative Junkertum in Deutschland. Das ist bezeichnend, daß wir eine künstlich fabrizierte, planmäßig herbeigeführte Hungersnot haben, und das sind Dinge, die wir erst in der höchsten Blüte der kapitalistischen Kultur fertiggebracht haben. Das wichtigste und probateste Mittel dazu sind die indirekten Steuern und Zölle, und in dieser Beziehung schreitet Deutschland in der Welt voran.

Nach der Gründung des Reichs, 1873, betrugen die indirekten Steuern und Zölle 400 Millionen Mark, 1910 aber 1980 Millionen Mark. Das ist eine ungeheure Steigerung. Fast 2 Milliarden muß die Bevölkerung vom täglichen Verbrauch entrichten. Man würde sich aber irren, wenn man glauben würde, diese Summe bedeute den gesamten Tribut der deutschen Bevölkerung für Lebensmittel. Das ist nur der Teil, der in die

Staatskasse fließt. Daneben bieten die Zölle und indirekten Steuern für die Agrarier und Industriebarone ein probates Mittel, sich auf Kosten der Bevölkerung einen Extraprofit in die Tasche zu stecken. Im ganzen Deutschen Reich zusammen mit den einzelnen Bundesstaaten beträgt die Gesamtbelaufung fast 4 Milliarden Mark. Als im Jahre 1871 der „Erbfeind“ niedergeworfen war, mußte er 4 Milliarden Mark Entschädigung zahlen, so viel, wie die deutsche Bevölkerung an indirekten Steuern und Zöllen zahlten muß. Aber der Erbfeind ist besser weggekommen als das deutsche Volk, das diese ungeheure Summe jahrein, jahraus zahlen muß.

Man hat berechnet, daß bei dieser Belastung auf den Kopf der Bevölkerung $64\frac{1}{2}$ Mark und auf die Familie 290 Mark im Jahre kommen. Man muß sich fragen, wie eine Familie mit einem Einkommen von 900 bis 1000 Mark – und es gibt nicht wenig Familien in Deutschland (Landarbeiter, Arbeiter in der Heimindustrie), die ein viel geringeres Einkommen haben – eine solche Last tragen kann. Ich kenne eine Familie mit zahlreichen Kindern, die es im letzten Jahre verstanden hat, ihr Einkommen um rund 3 Millionen Mark zu erhöhen: die Familie Hohenzollern. Aber so schön und leicht haben es nicht viele Familien, einfach aus der Tasche anderer durch Beschuß einer gefügigen Mehrheit 3 Millionen in ihre Tasche fließen zu lassen¹ unter dem Vorwand, daß man zu viel Kinder in die Welt gesetzt habe und schlechte Zeiten seien. Der Arbeiter hat es nicht so leicht, und deshalb löst sich die mathematische Aufgabe auf in den krassen Ziffern der Sterblichkeit, im Rückgang des Fleisch- und Milchkonsums usw., im langsamem Verhungern der Masse der Bevölkerung.

Wir wollen gemäß und getreu den Grundsätzen der Sozialdemokratie an den Verstand appellieren. Wir wollen die Frage dieser unerhörten Besteuerung auch noch von der Seite betrachten, von der sie uns von unsren Gegnern gewöhnlich mundgerecht gemacht wird. Sie sagen: Ihr habt gut euch entrüsten. Allein, wie wollt ihr so große Staatswesen regieren und verwalten? Der Staat hat heute enorme öffentliche Aufgaben zu lösen. Dazu gehören enorme Mittel, woher wollt ihr die nehmen, wenn nicht durch Besteuerung der Bevölkerung? Wir Sozialdemokraten, die wir nüchterne Politiker sind, antworten darauf: Jawohl, es soll gar nicht bestritten werden. Wir haben Aufgaben, die wir gar nicht lösen, wir

¹ Am 9. Juni 1910 war im preußischen Abgeordnetenhaus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Krondotation angenommen worden. Die Vorlage brachte für den preußischen Hof eine zusätzliche Bewilligung von 3,5 Millionen Mark, so daß ihm jährlich insgesamt 19,2 Millionen Mark aus staatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden mußten.

müssen viel mehr tun und mehr Mittel haben. Allein die elementarste Gerechtigkeit und die Kulturanforderungen der heutigen Staaten sagen, daß die Mittel nicht aus den Taschen der Ärmsten, sondern aus den Taschen der Reichen geholt werden müssen. Wir stehen noch auf demselben Standpunkt wie Ferdinand Lassalle: Es gibt keine niederträchtigere und kulturfeindlichere Steuermethode als die, die jeden Bissen Brot verteuert. Der heutige Staat brauchte nur progressive Steuern auf Einkommen und Erbschaften einzuführen, und er hätte genug Mittel, um alle Aufgaben zu lösen.

Wir sehen aber, daß die Art und Weise, wie diese Mittel verausgabt werden, nicht im Interesse des Kulturfortschritts liegt. Das Kapital, das die Kräfte des deutschen Volkes verschlingt, ist nicht Aufklärung, Sorge für die Gesundheit und Hebung der Lage der Arbeiter, sondern der nimmersatte Militarismus. Die Friedenspräsenzstärke der deutschen Armee stieg von 359 000 Mann im Jahre 1872 auf 700 000 Mann, also um 100 Prozent, während die Bevölkerung nur von 41 auf 65 Millionen (50 Prozent) gewachsen ist. Die Friedenspräsenzstärke ist zweimal so schnell gewachsen, während die Ausgaben für das Landheer von 337 Millionen auf 925 Millionen Mark gewachsen sind, sich also fast verdreifacht haben. Dazu kommen noch die Ausgaben für die Flotte, die vor allem seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. eine kolossale Steigerung erfahren haben und gegenwärtig 460 Millionen betragen. Und wenn man jetzt zusammenlegt, was Deutschland seit der Gründung des Reichs für Militär und Marine ausgegeben hat, so kommt man auf die Summe von 28 Milliarden Mark. Und das während 40 Jahren tiefsten Friedens in Europa!

Man brüstet sich immer damit, daß die Lage des Reichs vollständig gesichert sei dank der hohen Weisheit der Staatsdiplomatie und der Freundschaftsreisen des Kaisers, und sagt, daß wir in den besten Beziehungen zu den Staaten der Welt leben. Und bei all dieser Freundschaft 28 Milliarden für Rüstungen! Das wäre ein Grund zu der Frage, welche eigentlichen Zwecke in Wirklichkeit der Militarismus verfolgt. Man sagt uns ja, daß die menschliche Natur es mit sich bringe, daß die Völker untereinander wie Bestien leben. Wir erlauben uns, einer anderen Meinung über die menschliche Natur zu sein. Der menschlichen Natur entspricht, daß sämtliche Völker und Rassen in Frieden, Freundschaft und Kultursolidarität leben sollen. Solange die kapitalistische Gesellschaft herrscht, ist das allerdings nicht möglich. Das kann erst dann zur Wirklichkeit werden, wenn die Arbeiterklasse in allen Ländern das Heft in ihre Hände genommen und den Kapitalismus zum Teufel gejagt hat. Des-

halb sind wir Umstürzler geworden, weil wir fest überzeugt sind, daß erst durch den Umsturz der heutigen Ordnung eine Grundlage geschaffen werden kann. Deshalb sind wir praktische Realpolitiker. Wir wissen, so lange der Kapitalismus existiert, solange wir das Heft nicht in unsren Händen haben, kann von Abrüstung keine Rede sein.

Heute sagt jeder Staat, daß er vor dem Nachbar gerüstet sein müßte. Dazu, wenn nicht andre Zwecke vorlägen, brauchte es nicht des verbrecherischen Systems der stehenden Heere. Wenn es sich bei den herrschenden Klassen allein darum handeln würde, den Frieden innerhalb des Staates zu schützen, dazu gibt es viel einfachere Mittel. Dazu wäre nur nötig, daß die waffenfähige Bevölkerung während einiger Wochen in die Führung der Waffen eingeführt würde. Und dann wäre es notwendig, daß die Waffe in die eigne Hand der Bevölkerung ausgeliefert wird, damit die Masse selbst entscheidet, wann und gegen wen die Waffe losgeht. Erst dann könnte man sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein.

Aber gerade davor scheuen sich die herrschenden Klassen, dem deutschen Arbeiter die Waffe in die Hand zu geben, damit sie nicht losgeht in einer Richtung, die durchaus nicht im Interesse der herrschenden Klassen liegt. Die Waffe soll gerade dazu dienen, auf die Brust der Sozialdemokratie gerichtet zu werden. Und haben wir nicht Beweise in Hülle und Fülle in diesem Jahre, wozu der Militarismus in erster Linie berechnet ist? Bei den friedlichen Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen am 6. März¹ und in Moabit², da haben wir erfahren, wozu die Säbel von den deutschen Steuerzahlern bezahlt werden.

Aber es gibt noch eine ganze Reihe Interessenten, die bei dieser Verschwendug auf ihre Rechnung kommen. Da sind die nicht zahlreichen, aber mächtigen Gruppen der Lieferanten für Heer und Flotte, die wohl wissen, was sie tun, wenn sie mit beiden Händen für Flottenvorlagen stimmen. Und dann kommt auch noch eine Zahl reicher und einflußreicher Söhnchen aus Kreisen, die nie ihre Hände mit ehrlicher Arbeit beschmutzt haben, die aber in den Kolonien den deutschen Namen mit Schmach bedecken. Solche Elemente finden sich heute in allen Kolonien. Das liegt im Wesen der kapitalistischen Kolonialpolitik.

Man hält uns entgegen, Militarismus, Flotte und Kolonien seien doch

¹ Siehe S. 63, Fußnote 1.

² In Berlin-Moabit war es im Herbst 1910 in Verbindung mit einem Streik bei der Firma Kupfer & Co. und den Provokationen der von der Polizei unterstützten bewaffneten Streikbrecher zu schweren Unruhen gekommen, an denen 20 000 bis 30 000 Menschen beteiligt waren. Bei den Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Staatsgewalt gab es zahlreiche Verwundete und zwei Tote, darunter den Arbeiter Robert Hermann.

am letzten Ende nur für die Arbeiterschaft da, denn was wäre unser Handel und unsre Industrie ohne den Bezug billiger Rohstoffe aus den Kolonien.

Und als die letzten Tage im Reichstage der neue Vertrag mit Frankreich¹ untersucht wurde, da erhob sich unter anderen auch Pfarrer Naumann², um sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die deutsche Regierung auf Erwerbungen verzichtet habe und nicht der Ansiedlung deutscher Arbeiter nähergetreten sei. Für hungernde deutsche Proletarier sollte in Afrika etwas gefunden werden. Wie reimt sich das mit der Tatsache, daß in Deutschland selbst der Kapitalismus über 1½ Millionen ausländische Arbeiter als Schmutzkonkurrenten ins Land schleppt?

Man sagt weiter, wir brauchten die Kolonien wegen einiger Rohstoffe, die wir billiger kriegen können, und wer profitiere mehr an einem Aufschwung der Industrie als der begehrliche deutsche Arbeiter. Würden wir wirklich einen Nutzen haben, wenn die Herren Mannesmann, Krupp usw. billiges Eisen beziehen würden? Nun, wir haben mitten in Deutschland reiche Kohle- und Erzlager, und all dieser Reichtum ist in der Hand dieser Herren. Haben wir vielleicht billige Kohle in Deutschland? Diesen Reichtum brauchen die Herren, um durch ihre Kartellpolitik eine unverschämte Teuerung hervorzurufen. Und endlich heißt es, für unsre große industrielle Entwicklung sei nicht mehr Platz im Vaterlande; sie brauche Absatzgebiete in allen Weltteilen, und dazu brauchen wir die zahllosen Soldaten und Schiffe. Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die sich einer Entwicklung des deutschen Handels entgegenstemmen würden. Im Gegenteil. Wir haben allen Grund, mit ungetrübter Freude dem Aufschwung der deutschen Industrie und des Welthandels zuzusehen, und zwar aus zwei Gründen. Einmal bietet ein Blühen der Industrie der Arbeiterschaft Aussicht, wenn sie harte und kampftüchtige Organisationen hat, ihre Lage etwas zu bessern, und als Umstürzler sagen wir uns: Je rascher sich der Kapitalismus entwickelt, desto besser ist für uns die Aussicht auf das Endziel. Aber gerade als vernünftige Menschen fragen wir uns: Was hat die Entwicklung des Handels mit dem Militarismus zu tun? Nicht der Militarismus hat der deutschen Industrie Absatzgebiete geschaffen, sondern die Tüchtigkeit und Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft. Wenn es den herrschenden Klassen nur um den Fortschritt zu

¹ Siehe S. 10, Fußnote 1.

² Der evangelische Theologe Friedrich Naumann vertrat die imperialistische Expansionspolitik und versuchte, mit demagogischen Forderungen nach einem christlich-nationalen Sozialismus die Arbeiterklasse vom politischen und sozialen Kampf abzuhalten. Er arbeitete eng sowohl mit dem Finanzkapital wie auch mit führenden Revisionisten in der Arbeiterbewegung zusammen.

tun wäre, brauchten sie nicht den Militarismus. Sie brauchten nur die Lage der Arbeiterschaft ökonomisch und politisch zu verbessern. Dann könnte Deutschland in Ruhe dem Wettkampfe auf dem Weltmarkte zusiehen. Anstatt dessen sehen wir das Umgekehrte, daß man dem deutschen Arbeiter nach und nach die Rechte nimmt, um ihn auf das Niveau von Plantagenarbeitern herabzudrücken. Also trifft dieser Grund für die Kolonialpolitik nicht zu. In diesem Streben nach Ausdehnung, in diesen Kolonalkriegen handelt es sich um die letzten Versuche des Kapitalismus, seine Lebensfrist zu verlängern.

Es ist die Frage aufzuwerfen, können wir etwas gegen den Krieg tun? Wir sind uns darüber klar, daß, solange der Kapitalismus existiert, wir den Krieg nicht abschaffen können. Aber wir werden den Kapitalismus besiegen, wenn wir mit aller Macht gegen den Imperialismus, gegen den Krieg den Kampf führen. Und da gilt es, die äußerste Kraft aufzubieten, um auch dem letzten klarzumachen, daß es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dahin zu streben, daß wir einmal über kurz oder lang den Moment erleben, wenn von den herrschenden Klassen an die Massen der Appell ergeht, wo es heißt, daß sich eine Masse auf die andre stürzen soll, daß dann einmal der Moment kommt, wo von den Massen erklärt wird: Das tun wir nicht! (Stürmischer Beifall.)

Man hat im Zusammenhang mit dieser Frage den Massenstreik erörtert, und auch von unsrer Seite hat man geglaubt, die Versicherung geben zu müssen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht daran denke, im Falle eines Krieges den Massenstreik zu inszenieren. Ich weiß nicht, und kein Sterblicher kann erklären, was die Sozialdemokratie bei einem nächsten Kriege tun wird. Allein, das eine können wir sagen, soweit ein Mensch sagen kann, daß wir im Falle eines Krieges einen Massenstreik machen werden, soweit kann er erklären, die Sozialdemokratie wird keinen Massenstreik machen. Im Gegenteil. Unsre Aufgabe ist, dahin zu streben, die Massen aufzurütteln, ihnen die Wahrheit der Situation [zu zeigen], das Vertrauen in die eigne Kraft einzuflößen, damit wir so schnell wie möglich den Moment erleben, wo sich die Soldaten weigern, einen schmachvollen Dienst zu leisten, und auch die Massen der Arbeiter durch die Waffe der gekreuzten Arme ihr Veto gegen die Verbrechen des Kriegs einsetzen. (Beifall.)

Wir sollen in wenigen Wochen an die Urne gehen, um durch den Stimmzettel, durch die Wahl der Abgeordneten das entscheidende Wort über die politische Entwicklung zu sprechen, und da sage ich: Es gilt, das auszunutzen, um durch Aufrüttelung der großen Masse den Sieg an

die sozialistische Fahne zu heften. Wir gehen nicht auf den Mandatefang. Wir zählen nicht bloß die Stimmen, wir wiegen sie nach dem geistigen Gehalt. Wir wollen nicht eine große Masse urteilsloser Mitläufer; uns liegt daran, in jedem Wähler einen wetterfesten Streiter im Klassenkampfe zu gewinnen, solche Anhänger zu haben, die uns in guten und bösen Zeiten nicht verlassen.

Darüber müssen wir uns klar sein, daß ein scharfer Wind weht gegen die Sozialdemokratie. Nicht, daß wir Angst hätten. Wir fürchten keine Verfolgungen. Im Gegenteil. Wir sagen klar und offen den Massen: Macht euch darauf gefaßt, nicht bloß eure Stimme für uns zu geben, sondern auch euer Leben, wenn es nötig wird. (Beifall.) Deshalb brauchen wir diesen Wahlkampf, um unsre ganze Aufgabe vor die Augen der Massen zu stellen.

Wir leben in einer Zeit, wo der letzte Rest des Liberalismus unter dem Stampfen des Imperialismus zusammenbricht. Es gibt nicht eine bürgerliche Partei, die den Mut hätte, sich für die Ehre des Parlamentarismus einzusetzen. Wenn wir in Deutschland noch einen Parlamentarismus hätten oder eine Bürgerschaft, die einigermaßen auf ihre Tradition hält, sie würde solche Leute wie einen Bethmann, einen Kiderlen zum Teufel jagen mit einem Denkzettel, daß sie nicht wagten, wieder vor die Augen des Volkes zu treten. Aber heute ist die Arbeiterschaft in Deutschland die einzige Macht, die gegenüber dem Treiben des persönlichen Regiments das Prinzip der Demokratie vertritt und sagt: Wir brauchen kein Instrument des Himmels, her mit der Republik!

So müssen wir für die kommende Reichstagswahl kämpfen. Und jeder Wähler, der mit dem Zettel an die Urne geht, muß es aus der Gesinnung heraus tun, wie Bebel in Dresden gesagt hat: Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft.¹ (Stürmisches Beifall.)

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 280 vom 4. Dezember 1911.

¹ Siehe S. 65, Fußnote 3.

Rede am 19. Dezember 1911 im I. Berliner Reichstagswahlkreis¹

Nach einem Zeitungsbericht

Rednerin zeichnet ein knapp umrissenes Bild von der augenblicklichen internationalen politischen Situation. Die Kanonenschüsse seien die Begleitmusik auf unserem Marsche in den Volkskampf. Rednerin geht ein auf die Hungerkrawalle in England, Österreich und anderen Ländern, die Zeichen seien, die wir ihrer ganzen Bedeutung nach würdigen müßten, womit sie allerdings nicht sagen wolle, daß der Hunger im Volke eine neue Erscheinung sei, vielmehr sei er nur die Folge unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise, in der naturnotwendig Krise mit Aufschwung wechselte. Neu sei aber, was wir in diesem Jahre erlebt hätten, wo keine Krise zu verzeichnen wäre, im Gegenteil, das Unternehmertum glänzende Geschäfte gemacht habe. Es zeige sich, daß heute noch nicht einmal mehr eine Krise notwendig sei zur Herbeiführung einer Hungersnot. Es zeige sich aber weiter daraus, wohin der Kapitalismus mit unerbittlicher Logik führe. Rednerin weist auf den Kampf in der Metallindustrie² hin, wo zirka 70 000 Menschen nur aus einem Racheakt heraus brotlos gemacht werden sollten. Auf den ersten Blick handle es sich hierbei ja wohl nur um eine Gruppe, aber das letzte Jahr habe schon drei solcher Erschütterungen in der Metallindustrie gebracht. Wenn es auch zum Frieden gekommen sei, so wäre es Torheit, zu glauben, wir blieben in Zukunft davon verschont: Nein, wie ein Damoklesschwert hänge die Aussperrung über der Arbeiterschaft. Hier handle es sich nicht mehr um wenige Pfennig Lohnherhöhung oder eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung, hier gehe es ums Prinzip. Die Scharfmacher glaubten, durch solche Aussperrung die Gewerkschaftskassen leeren und die Gewerkschaften selbst erdrosseln zu

können. Sie täuschten sich aber: Die Kraft und die Macht der Gewerkschaften lägen nicht in deren Kassen, sondern in der Opferfreudigkeit und Solidarität ihrer Mitglieder. (Tosende Zustimmung.) Alle Machinationen der Herren würden darum an der Arbeiterbewegung zerschellen wie Glas am Granit. Aber mit der Tatsache selbst müsse gerechnet werden, daß das, was heute hier geschehe, morgen dort geschehen kann, wenn nicht die Angriffe mit voller Wucht und breiter Brust abgewiesen würden. Die Zeit des Friedens und der partiellen Kämpfe sei vorbei, sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Und nun noch etwas, was scheinbar ein entlegenes Gebiet streife, aber durchaus verwandt sei mit den gestreiften Punkten: Die Nachrichten aus China von dem siegreichen Vordringen der Revolution.¹ China und Revolution! Es genüge, um von einer Weltwende zu sprechen! In China proklamiere man die Republik; wir aber leben in Deutschland unter einem chinesischen Mandarinentum. Wenn das viertausendjährige chinesische Reich den modernen Stürmen nicht mehr standhalten könne, dann sollte das kleine Misthäuflein der deutschen Reaktion dem Fortschritt trotzen können? (Minutenlanger, tosender Beifall.) Wohlstellten auf den ersten Blick die aufgeföhrten Erscheinungen verschiedene Gebiete dar, wer aber tiefer blicke, sehe, daß sie sich alle vereinigten zu einem geschlossenen Ringe fortschreitender sozialer Gesinnung und Entwicklung. Wir sähen das Hungergespenst über die Erde schreiten und vernähmen aus anderen Ländern die Kunde von Hungerrevolten. Bei uns seien ja nun keine zu verzeichnen, der aber würde sich irren, der meinte, daß, weil wir keine Revolten haben, bei uns auch keine Not vorhanden wäre. Ebensowenig käme der Polizei das Verdienst für die Ordnung zu. Wenn alles geordnet gehe, so sei es nur der Aufklärung und der Erziehung der Sozialdemokratie zu verdanken, die nicht durch chaotische Aufstände, sondern durch bewußten, planmäßigen Kampf die Not des Volkes bessern wolle.

Mit beredten Worten wendet sich die Rednerin an die Frauen, schildert ihre Lage, ihre Rechtlosigkeit sowie auch ihre Pflichten und Aufgaben. Jede Frau aus dem Volke heute, die es fertigbringe, die Familie über Wasser zu halten und ihre Kinder anständig zu erziehen, könne jeden Finanzminister in die Tasche stecken und erbringe schon hiermit das Reifezeugnis für die Wahl- und Stimmberechtigung. Mit vernichtender

1. Im Oktober 1911 hatte mit dem Aufstand in Wutschang die bürgerliche Revolution in China begonnen. Die Führer des Aufstandes beschlossen, die Republik auszurufen, und forderten alle Provinzen auf, sich dem Aufstand anzuschließen. Bis Ende November 1911 hatten sich 15 Provinzen für unabhängig von der Mandschu-Regierung erklärt. Am 1. Januar 1912 wurde die Chinesische Republik proklamiert und Sun Yat-sen zum Provisorischen Präsidenten gewählt.

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Siehe S. 72, Fußnote 1.

Schärfe geht Rednerin mit dem Imperialismus ins Gericht, dessen Folgen sie sowohl von der rein politischen als auch von der handels- und wirtschaftspolitischen Seite beleuchtet. Sie zeigt, daß die Sozialdemokratie einzig und allein konsequent und unverrückbar und ihren Grundsätzen getreu gegen diese Art der Raubpolitik den Kampf geführt habe und auch weiter führen werde. Solange unsere Patrioten noch 1½ Millionen fremde ausländische Arbeiter planmäßig nach Deutschland einführten, hätten die deutschen Arbeiter keine Ursache, nach Afrika auszuwandern. Das überließen sie ihren Ratgebern mit Naumann¹ an der Spitze, der als Seelsorger mitgehen könne, und auch dem Fräulein Lischnewska, damit auch das schöne Geschlecht vertreten sei. (Stürmische Heiterkeit.) Zum Schlusse erklärt die Rednerin: Was der Imperialismus tue, sei nichts anderes als Vorarbeit für uns. In diesem Bewußtsein gingen wir dem 12. Januar² entgegen. Nicht, wie bei dem Bürgertum, sei bei uns die Jagd nach Mandaten die Hauptsache, sondern viel wichtiger seien die Stimmen, und auch diese hätten wir zu wägen nicht nach Zahl, sondern nach geistigem Gehalt. Nicht Mitläufer, sondern entschlossene, überzeugte und opferbereite Männer und Frauen, die in guten und bösen Zeiten zu uns hielten, brauchten wir. Wir gingen schlimmen Zeiten, vielleicht sogar Ausnahmegesetzen entgegen. Trotzdem keine Furcht: Je schärfer die Brise, um so lustiger wehe die rote Flagge! Wir, die zwölf Jahre unter einem Ausnahmegesetz geblutet hätten, brauchten uns nicht zu fürchten! Aber die zu uns kämen, müßten gefaßt sein, daß vielleicht mehr Opfer von ihnen verlangt würden als die Abgabe eines Stimmzettels. Wenn wir in diesem Geist hinausziehen in den Kampf, dann könnten wir ausrufen, wie es so schön im Liede heißt: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Brausender, minutenlanger Beifall.)

Vorwärts (Berlin),
Nr. 297 vom 20. Dezember 1911.

¹ Siehe S. 77, Fußnote 2.
² Siehe S. 6, Fußnote 3.

Bemerkung zum „Vorwärts“-Bericht über die Rede am 19. Dezember 1911 im I. Berliner Reichstagswahlkreis¹

Genossin Rosa Luxemburg ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

Zu dem Bericht über meine Versammlung im ersten Wahlkreis² möchte ich die folgende kurze Bemerkung nachtragen: Völlig unerwähnt ist in dem sonst so sorgfältigen Bericht ein Passus meiner Rede geblieben, wo ich, auf die Frage unseres Verhaltens im Kriegsfalle eingehend, entgegen den Äußerungen unserer Fraktion im Reichstag erklärte, kein ernster Politiker könne zwar im voraus versichern, die Sozialdemokratie würde im Kriegsfall einen Massenstreik machen, genausowenig könne aber erklärt werden, wir würden in diesem Falle *keinen* Massenstreik machen. Im Gegenteil sei es zu hoffen und zu wünschen, daß früher oder später Kriegsgelüste sowohl in Deutschland wie in Frankreich einem entschlossenen *Nein* der Volksmassen begegnen. Ich weiß wohl, daß nicht jede Rede im Zeitungsbericht berücksichtigt werden kann, und kümmere mich sonst wenig um Berichte. Ich glaube jedoch, daß eine Erwähnung in diesem Falle notwendig ist, 1. weil gegenwärtig die imperialistische Gefahr, also auch alles, was sich auf die Friedensaktion des Proletariats bezieht, im Vordergrund der Agitation steht und 2. weil der betreffende Passus meiner Rede von einer so demonstrativen, minutenlangen Beifallskundgebung der großen Versammlung begleitet war, daß es klar war: Auch die Versammlung hielt die Betonung der unerschütterlichen Friedensabsichten der Sozialdemokratie für den wichtigsten Teil des Referats.

R. Luxemburg

Vorwärts (Berlin),
Nr. 299 vom 22. Dezember 1911.

¹ Redaktionelle Überschrift.
² Siehe S. 80-82.

Im Asyl

Unsere Reichshauptstadt ist in ihrer Feiertagsstimmung grausam gestört worden. Gerade hatten fromme Gemüter das schöne alte Lied angestimmt: O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit! als sich die Nachricht verbreitete, daß im städtischen Asyl für Obdachlose eine Massenvergiftung vorgekommen war. Alte und Junge fielen ihr zum Opfer: Handlungshelfe Joseph Geihe, 21 Jahre alt, Arbeiter Karl Melchior, 47 Jahre alt, Lucian Szczyp tierowski, 65 Jahre alt – jeden Tag kamen neue Listen der vergifteten Obdachlosen. Der Tod fand sie überall: im Asyl, im Gefängnis, in der Wärmehalle oder einfach auf der Straße, in einer Scheune verkrochen. Bevor das neue Jahr mit Glockengläüte eingezogen war, wandten sich anderthalbhundert Obdachlose in Todesschmerzen, hatten siezig das Zeitliche gesegnet.

Mehrere Tage lang stand das schlichte Gebäude in der Fröbelstraße, das sonst jeder gerne meidet, im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Woher kamen die Massenerkrankungen? War es eine Epidemie, war es eine Vergiftung durch den Genuß fauler Speise? Die Polizeibehörden beeilten sich, die gute Bürgerschaft zu beruhigen: Es war keine ansteckende Krankheit, das heißt, es lag keine Gefahr vor für die anständige Einwohnerschaft, für die besseren Leute in der Stadt. Der Massentod blieb nur auf die „Asylistenkreise“ beschränkt, auf die Leute, die sich den Genuß „sehr billiger“, stinkender Bücklinge oder giftigen Fusels zu Weihnachten geleistet hatten. Woher hatten die Leute aber jene stinkenden Bücklinge genommen? Hatten sie sie von einem „fliegenden Fischhändler“ gekauft oder aus dem Kehricht in der Markthalle aufgelesen? Letztere Mutmaßung wurde abgelehnt aus einem gewichtigen Grunde: Der Abfall in den städtischen Markthallen ist nicht, wie sich oberflächliche und natio-

nalökonomisch ungebildete Leute vorstellen, herrenloses Gut, das sich der erste beste Obdachlose aneignen dürfte. Dieser Abfall wird gesammelt und an große Schweinemästereien verkauft, wo er, erst sorgfältig desinfiziert und vermahlen, als Futter für die Schweine dient. Wachsame Organe der Markthallenpolizei sorgen dafür, daß menschliches Gesindel hier nicht den Schweinen ihr Futter unbefugterweise weg schnappt, um es undesinfiziert und unvermahlen zu verschlingen. Die Obdachlosen konnten also unmöglich, wie sich mancher das so leicht denkt, ihren Weihnachtsschmaus aus dem Kehricht der Markthalle aufgelesen haben. Die Polizei fahndet demnach nach dem „fliegenden Fischhändler“ oder dem Budiker, der den Obdachlosen den Giftfusel verkauft hat.

Ihr ganzes Leben lang hatten Joseph Geihe, Karl Melchior, Lucian Szczyp tierowski nicht so viel Aufmerksamkeit mit ihrem bescheidenen Dasein erregt. Jetzt – welche Ehre! Wirkliche Geheime Medizinalräte wühlen eigenhändig in ihren Gedärmen. Der Inhalt ihres Magens, der der Welt so durchaus gleichgültig gewesen war, wird jetzt peinlich geprüft und in der ganzen Presse besprochen. Zehn Herren – hieß es in den Zeitungen – sind mit der Züchtung von Reinkulturen des Bazillus beschäftigt, an dem die Asylisten gestorben sind. Die Welt will auch genau wissen, wo jeder Obdachlose erkrankte: ob in der Scheune, wo er tot von der Polizei aufgefunden wurde, oder schon im Asyl, wo er vorher übernachtet hatte. Lucian Szczyp tierowski ist plötzlich zu einer gewichtigen Persönlichkeit geworden, und er würde sich sicher vor Eitelkeit blähen, läge er nicht als überliechende Leiche auf dem Seziertisch.

Ja selbst der Kaiser – der gottlob durch die jüngste Teuerungszulage von drei Millionen Mark zu seiner Ziviliste¹ als preußischer König wenigstens vor dem Ärgsten bewahrt ist – erkundigte sich angelegerlich nach dem Befinden der Vergifteten im städtischen Obdach. Und seine hohe Gattin ließ in echter Weiblichkeit durch den Kammerherrn von Winterfeldt dem Oberbürgermeister Kirschner ihr Beileid ausdrücken. Der Oberbürgermeister Kirschner hat zwar von dem faulen Bückling trotz dessen Billigkeit nichts genossen und befindet sich nebst Familie in ausgezeichneter Gesundheit. Auch ist er unseres Wissens mit Joseph Geihe und Lucian Szczyp tierowski weder verwandt noch verschwägert. Aber schließlich – wem sollte der Kammerherr von Winterfeldt das Beileid der Kaiserin ausdrücken? Vor den Leichenteilen auf dem Seziertisch konnte er nicht gut die Grüße der Majestät ausrichten. Und die „trauernden Hinterbliebenen“? Wer kennt sie, wer findet sie in den Spelunken, Fin-

¹ Siehe S. 74, Fußnote 1.

delhäusern, den Prostituiertenvierteln oder auch in den Fabriken und Gruben heraus? So nahm der Oberbürgermeister Kirschner in ihrem Namen das Beileid der Kaiserin entgegen, und es gab ihm Kraft, den Schmerz der Szczyptierowskis mit Fassung zu ertragen. Auch im Rathaus bewies man bei der Katastrophe im Asyl mannhaft die Kaltblütigkeit. Man rekognoszierte, kontrollierte, protokollierte, beschrieb lange Bogen Papier, behielt aber bei alledem den Kopf oben und blieb bei den Todeswindungen anderer so mutig und standhaft wie antike Helden im Angesicht des eigenen Todes.

Und doch hat der ganze Vorfall einen schrillen Mißton in das öffentliche Leben hineingebracht. Für gewöhnlich sieht unsere Gesellschaft im ganzen ziemlich wohlstandig aus; sie hält auf Ehrbarkeit, auf Ordnung und gute Sitten. Freilich gibt es Mängel und Unvollkommenheiten im Bau und Leben des Staates. Aber hat denn die Sonne nicht auch ihre Flecken? Und gibt es denn überhaupt etwas Vollkommenes hienieden? Die Arbeiter selbst, namentlich die bessergestellten, die organisierten, glauben gern, daß, alles in allem, Dasein und Kampf des Proletariats in den Grenzen der Ehrbarkeit und Wohlstandigkeit abläuft. Ist denn die „Vereindung“ nicht als graue Theorie längst widerlegt? Jedermann weiß, daß es Asyle, daß es Bettler, Prostituierte, Geheimpolizisten, Verbrecher und „lichtscheue Elemente“ gibt. Aber das alles wird gewöhnlich als etwas Fernes und Fremdes empfunden, als etwas, das irgendwo außerhalb der eigentlichen Gesellschaft liegt. Zwischen der rechtschaffenen Arbeiterschaft und jenen Ausgestoßenen steht eine Mauer, und man denkt selten an den Jammer, der jenseits der Mauer im Kot kriecht. Plötzlich passiert etwas, das so wirkt, wie wenn inmitten eines Kreises wohlerzogener, feiner und freundlicher Menschen jemand zufällig unter kostbaren Möbeln Spuren scheußlicher Verbrechen, schamloser Ausschweifungen aufdecken würde. Plötzlich wird unserer Gesellschaft durch ein grauenhaftes Gespenst des Eleands die Maske der Wohlstandigkeit abgerissen, ihre Ehrbarkeit als die Schminke einer Dirne erwiesen. Plötzlich zeigt sich, daß unter dem äußeren Rausch und Tand der Zivilisation ein Abgrund der Barbarei, der Vertierung gähnt; Bilder der Hölle steigen auf, wo menschliche Geschöpfe im Kehricht nach Abfällen wühlen, in Todeszuckungen sich winden und verreckend ihren Pesthauch nach oben senden.

Und die Mauer, die uns von diesem düsteren Reich der Schatten trennt, erweist sich plötzlich als eine bloß bemalte papierene Kulisse.

Wer sind die Bewohner des Asyls, die dem faulen Bückling oder dem giftigen Fusel zum Opfer fielen? Ein Handlungsgehilfe, ein Bautechniker,

ein Dreher, ein Schlosser – Arbeiter, Arbeiter, lauter Arbeiter. Und wer sind die Namenlosen, die von der Polizei nicht rekognosziert werden konnten? Arbeiter, lauter Arbeiter oder solche, die es noch gestern waren.

Und kein Arbeiter ist vor dem Asyl, vor dem vergifteten Bückling und Fusel gesichert. Heute noch rüstig, ehrbar, fleißig – was wird aus ihm, wenn er morgen entlassen ist, weil er die fatale Grenze der vierzig Jahre erreicht hat, bei der ihn der Unternehmer für „unbrauchbar“ erklärt? Was, wenn er morgen einen Unfall erleidet, der ihn zum Krüppel, zum Rentenbettler macht?

Man sagt: Zum großen Teil verfallen dem Armenhaus und dem Gefängnis nur schwache und schlechte Elemente: schwachsinnige Greise, jugendliche Verbrecher, abnorm veranlagte Menschen mit verminderter Zurechnungsfähigkeit. Mag stimmen. Aber schwache und schlechte Naturen aus höheren Klassen kommen nicht ins Asyl, sondern in Sanatorien oder in den Kolonialdienst, wo sie an den Negern und Negerweibern ihre Instinkte ausleben können. Idiotisch gewordene ehemalige Königinnen und Herzoginnen verleben den Rest ihrer Tage in abgeschlossenen Palästen, umgeben von Luxus und ehrerbietiger Dienerschaft. Für das alte irrsinnige Scheusal, das Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat und dessen Sinne durch Mord und geschlechtliche Ausschweifung stumpf geworden sind, für den Sultan Abdul Hamid hat die Gesellschaft als letzten Ruhewinkel eine prunkvolle Villa mit Lustgärten, perfekten Köchen und einen Harem aus blühenden Mädchen vom zwölften Jahre aufwärts; für den jugendlichen Verbrecher Prosper Arenberg – ein Zuchthaus mit Champagner, Austern und lustiger Herrengesellschaft; für abnorm veranlagte Fürsten – die Schonung der Gerichte, die Pflege heroischer Gattinnen und den stillen Trost eines guten alten Weinkellers; für die sinneskranke, unzurechnungsfähige Offiziersfrau aus Allenstein, die einen Mord und einen Selbstmord verschuldet hat – ein behagliches bürgerliches Dasein, Seidentoiletten und diskrete Sympathie der Gesellschaft.

Aber die alten, schwachen, unzurechnungsfähigen Proletarier verrecken wie die Hunde in Konstantinopel auf den Straßen, an Zäunen, in Asylen, in Gossen, und neben ihnen findet man als einzige Hinterlassenschaft – den Schwanz eines fauligen Bücklings. Die Klassenspaltung zieht sich schroff und grausam bis in den Irrsinn, bis ins Verbrechen, bis in den Tod hinein. Für das besitzende Gesindel – Schonung und Lebensgenuss bis zum letzten Atemzug, für den proletarischen Lazarus – Skorpione des Hungers und der Giftbazillus des Todes auf dem Kehrichthaufen.

Hier schließt sich der Ring des proletarischen Daseins in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Proletarier beginnt als tüchtiger und ehrbarer Arbeiter, von Kindesbeinen auf in der Tretmühle der geduldigen täglichen Fron für das Kapital. Zu Millionen und aber Millionen sammelt sich die goldene Ernte in den Scheunen der Kapitalisten, ein immer mächtigerer Strom der Reichtümer wälzt sich durch die Banken, durch die Börsen, indes die Arbeiter in grauer unscheinbarer schweigender Masse tagtäglich die Tore der Fabriken und Werke verlassen, wie sie sie am Morgen betreten – als Habenichtse, als ewige Händler, die das einzige zu Markte tragen, was sie besitzen – die eigene Haut.

Von Zeit zu Zeit fegt sie ein Unfall, ein schlagendes Wetter zu Dutzenden und Hunderten unter die Erde – ein kurzer Zeitungsbericht, eine runde Zahl meldet das Unglück, nach einigen Tagen sind sie vergessen, ihr letzter Seufzer wird von dem Keuchen und Stampfen der geschäftigen Profitmacherei erstickt. Nach einigen Tagen stehen neue Dutzende und Hunderte an ihrer Stelle im Joch des Kapitals.

Von Zeit zu Zeit kommt eine Krise, kommen Wochen und Monate der Arbeitslosigkeit, des verzweifelten Ringens mit dem Hunger. Immer wieder gelingt es dem Arbeiter, sich auf eine Stufe der Tretmühle zu schwingen, glücklich, daß er wieder für das Kapital Muskeln und Nerven anspannen darf.

Doch die Kraft versagt allmählich. Eine längere Arbeitslosigkeit, ein Unfall, das nahende Alter – und dieser und jener muß zur ersten besten Beschäftigung greifen, gleitet aus dem Beruf und sinkt unaufhaltsam hinab. Die Arbeitslosigkeit wird immer länger, die Beschäftigung immer unregelmäßiger. Der Zufall beherrscht bald das Dasein des Proletariers, das Unglück verfolgt ihn, die Teuerung trifft ihn am härtesten. Die ewig gestraffte Energie im Ringen um das Stück Brot lockert sich endlich, die Selbstachtung läßt nach – er steht vor den Toren des Asyls für Obdachlose oder, je nachdem, vor den Toren des Gefängnisses.

Jedes Jahr sinken so Tausende von proletarischen Existzenzen aus den normalen Klassenbedingungen der Arbeiterschaft in das Dunkel der Verelendung. Sie sinken unhörbar wie der Bodensatz auf den Grund der Gesellschaft als verbrauchte, nutzlose Elemente, aus denen das Kapital keine Säfte mehr auspressen kann, als menschlicher Kehricht, der mit eisernem Besen weggefegt wird: Der Arm des Gesetzes, Hunger und Kälte wirken hier um die Wette. Und zum Schluß reicht die bürgerliche Gesellschaft ihren Ausgestoßenen den Giftbecher.

Das öffentliche Armenwesen, sagt Karl Marx im „Kapital“, bildet das

Invalidenhaus der beschäftigten Arbeiter und das tote Gewicht der Arbeitslosen. Die Entstehung der öffentlichen Armut ist unzertrennlich verbunden mit der Entstehung der vorrätigen unbeschäftigte Arbeiter-Schicht, beide sind gleich notwendig, beide sind Lebensbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums. Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das ausbeutende Kapital, der Umfang und die Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Ergiebigkeit seiner Arbeit, desto größer die Schicht der Arbeitslosen. Je größer aber diese Schicht im Verhältnis zur beschäftigten Arbeitermasse, desto massenhafter die überzähligen Verarmten. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Produktion.¹

Lucian Szczępierowski, der auf der Straße endet, vergiftet vom faulen Bückling, gehört ebenso zum Dasein des Proletariats wie jeder qualifizierte, bestbezahlte Arbeiter, der sich gedruckte Neujahrskarten und eine vergoldete Uhrkette leistet. Das Asyl für Obdachlose und der Polizeigewahrsam sind ebenso Säulen der heutigen Gesellschaft wie das Reichskanzlerpalais und die Deutsche Bank. Und der vergiftete Bücklingschmaus mit Fusel im städtischen Obdach ist die unsichtbare Unterlage für den Kaviar und den Champagner auf dem Tische der Millionäre. Die Herren Geheimen Medizinalräte können lange den Todeskeim in den Gedärmen der Vergifteten durch das Mikroskop suchen und „Reinkulturen“ züchten: Der wirkliche Giftbazillus, an dem die Berliner Asylisten gestorben sind, heißt – kapitalistische Gesellschaftsordnung in Reinkultur.

Jeden Tag sterben einzelne Obdachlose, brechen vor Hunger und Kälte zusammen – kein Mensch nimmt von ihnen Notiz, bloß der Polizeibericht. Nur die Massenhaftigkeit der Erscheinung erregte diesmal in Berlin das große Aufsehen. Nur als Masse, das Elend zuhauft getragen, vermag der Proletarier die Gesellschaft zur Aufmerksamkeit für sich zu zwingen. Selbst der Letzte, der Obdachlose wird als Masse, und sei es bloß als Haufe von Leichen, zu einer öffentlichen Größe!

Gewöhnlich ist ein Leichnam ein stummes, unansehnliches Ding. Es gibt aber Leichen, die lauter reden als Posaunen und heller leuchten als Fackeln. Nach dem Barrikadenkampf am 18. März 1848 hoben die Berliner Arbeiter die Leichen der Gefallenen in die Höhe, trugen sie vor das Königsschloß und zwangen den Despotismus, vor den Opfern das Haupt zu entblößen. Jetzt gilt es, die Leichen der vergifteten Obdachlosen in

¹ Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1970, S. 673/674.

Berlin, die Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut sind, auf Millionen Proletarierhänden emporzuheben und ins neue Jahr des Kampfes zu tragen mit dem Rufe: Nieder mit der infamen Gesellschaftsordnung, die solche Greuel gebiert!

Die Gleichheit (Stuttgart),
22. Jg. 1912, Nr. 8, S. 113–115.

Was nun?

1. Die neue Situation

Seit beinahe zwei Jahren war das Leben der Sozialdemokratie in der Hauptsache auf die Reichstagswahlen gestimmt. Das große Ereignis ist nun vorüber¹, und wir können eine Umschau über die allgemeine Lage halten. Ist durch die Reichstagswahlen eine ganz neue Situation geschaffen, die neue politische Aussichten verspricht und vielleicht eine Änderung der bisherigen Taktik unserer Partei gebietet? Wenn man die liberalen Blätter liest, so möchte man das beinahe glauben. Ein Siegesjubel und ein Freudenrausch geht namentlich durch die freisinnige Presse: Der Schwarz-Blaue Block² ist geschlagen, eine oppositionelle Mehrheit der Linken im Reichstag gegen die junkerlich-klerikale Reaktion geschaffen, und dies alles – ein Ergebnis der entschiedenen Frontstellung des liberalen Bürgertums gegen rechts! Die gegenseitige Wahlhilfe des Liberalismus und der Sozialdemokratie in den Stichwahlen³, so heißt es, habe diesen grundlegenden Umschwung in der politischen Situation herbeigeführt. Nun hänge der Himmel Deutschlands voller liberaler Geigen, sofern die Bundesbrüderschaft zwischen Arbeiterpartei und Bürgertum im Reichstag zu einer dauernden werde. Diese Melodien mögen nicht

1 Siehe S. 6, Fußnote 3.

2 Siehe S. 65, Fußnote 2.

3 Zu den Stichwahlen im Januar 1912 hatte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Fortschrittlichen Volkspartei ein geheimes Abkommen über gegenseitige Wahlhilfe abgeschlossen. Demzufolge sollte die Fortschrittliche Volkspartei in 31 Reichstagswahlkreisen die sozialdemokratischen Kandidaten unterstützen, während der sozialdemokratische Parteivorstand sich verpflichtete, in 16 Reichstagswahlkreisen „bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten“. (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 395.) Dieser Verzicht auf den Wahlkampf zeigte den starken Einfluß des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie.

übel klingen, namentlich im Ohr jener Handvoll sonderbarer Schwärmer in unseren eigenen Reihen, die schon seit geraumer Zeit eine entscheidende Wendung in der Politik Deutschlands von einem „Großblock von Bassermann bis Bebel“ erhofften und eine fröhliche Urständ des allgemein totgeglaubten Liberalismus prophezeiten. Leider ist auch diesmal die von ihm selbst geräuschvoll verkündete Auferstehung des bürgerlichen Liberalismus nichts als ein großer Humbug. Der freudige Glaube, den er mit seinen Renommistereien auch bei manchen Sozialdemokraten gefunden hat, konnte nur im ersten Rausche des Sieges aufkommen.

„Zahlen und Tatsachen, Tatsachen und Zahlen!“ wie Mister Bounderby in Dickens „Harten Zeiten“ zu sagen pflegt. Wie sieht die Legende von der manhaften Tugend des Liberalismus im Lichte der Zahlen und Tatsachen aus? In der Hauptwahl errang sein linker Flügel 0, sein rechter 4 Mandate. Damit kehrte die Lage von 1903 als die normale wieder zurück, und die erste feststehende Tatsache ist die: Der Liberalismus existiert als selbständige politische Partei aus eigener Kraft überhaupt nicht mehr. Der stolze Kämpe, mit dem Arm in Arm die Sozialdemokratie ihr Jahrhundert in die Schranken fordern soll, kann selbst nur noch von Gnaden der Sozialdemokratie oder der Reaktion leben.

Es folgten die Stichwahlen, und nun begannen die eigentlichen Helden-taten des Liberalismus. Nur in Bayern und in den Reichslanden folgten die liberalen Wählermassen im allgemeinen an den ersten beiden Stich-wahltagen der Losung: Die Front gegen rechts. Wie aber war ihre Stellung im übrigen Reiche? Am ersten Stichwahltag lieferte die Volkspartei 16 Wahlkreise an die Reaktion aus, die Nationalliberalen taten in zwei Kreisen desgleichen. Am zweiten Stichwahltag spielte die Volkspartei zwei Wahlkreise glatt den Antisemiten in die Hände; ausgenommen Köln und Heilbronn, zerstoben in fast allen anderen Kreisen die liberalen Wähler in der Weise, daß eine *kleine Zahl* für die Sozialdemokratie stimmte, die *größere Zahl* aber zur Reaktion überließ und der Sozialdemokratie in den Rücken fiel. Wenn wir dennoch im zweiten Stichwahl-gang eine so große Anzahl Mandate eroberten, so war dies letzten Endes deshalb möglich, weil wir noch Reserven an die Urne brachten und namentlich weil wir bereits in der Hauptwahl einen Vorsprung gewonnen hatten, der groß genug war, daß uns auch die liberalen Verräter nicht zu Fall zu bringen vermochten. Und genau dasselbe, ja noch Schlimme-res ereignete sich am dritten Stichwahltag: In sämtlichen Wahlkreisen, wo wir siegten, liefen Fortschrittler wie Nationalliberale in ihrer Mehrzahl ins Lager der Reaktion über. Fielen doch zum Beispiel in Potsdam-Ost-

havelland von 11000 fortschrittlichen Stimmen ganze 1200 der Sozial-demokratie und 6200 dem Reichsparteiler zu! Auch an diesem Wahltag wären unsere Siege unmöglich gewesen ohne das starke Übergewicht unserer Wähler schon im ersten Wahlgang. Die liberalen Stimmen, die wir an den letzten beiden Stichwahltagen erhielten, wogen in den aller-wenigsten Wahlkreisen die liberalen Stimmen auf, die *gegen uns* die Reaktion stärkten.

Das so verschiedene Resultat der beiden letzten Stichwahltagen im Vergleich zum ersten wurzelt also nicht etwa darin, daß die liberalen Mannschaften nach einigem Straucheln auf dem rauen Wege der Tugend fest entschlossen vorwärtmarschiert wären. Es erklärt sich aus dem viel einfacheren Umstand, daß die weise Strategie der Regierung just alle die Wahlkreise zuerst ins Feuer schickte, in denen sich die Sozialdemokratie in der schwächeren Position befand, während sie bei den Stichwahlen der beiden letzten Tage von vornherein als die stärkere Partei an der Spitze stand. Die Legende von der großen rettenden liberalen Wahlhilfe für die Sozialdemokratie kann somit nur von Fortschritttern kolportiert werden, die allen Grund haben, sich und der Welt blauen Dunst vorzumachen. Nicht dank der liberalen Hilfe, sondern trotz des Verrats der liberalen Wählermassen sind uns so zahlreiche Mandate zugefallen. Aus eigener Kraft siegten wir, wo uns Fortschrittler wie Nationalliberale entgegenstanden, und aus eigener Kraft letzten Endes siegten wir im allgemeinen, wo uns die Reaktion gegenübertrat. Die $4\frac{1}{4}$ Millionen eigene Wähler, die sozialdemokratischen Massen in ihrem ersten machtvollen Anlauf trugen unsere Fahnen bis in die letzten Stichwahlen siegreich über reak-tionären Widerstand und liberalen Verrat hinweg.

Diese Tatsachen zu verschleiern mag im wohlverstandenen Interesse der liberalen Politiker liegen. Die Sozialdemokratie dagegen würde sich des größten Fehlers für den politischen Kämpfer schuldig machen – der Unterschätzung der eigenen Macht –, würde sie diese liberale Legenden-bildung unterstützen. Aus eigener Macht, selbständiger als je, aus der historischen Urkraft des proletarischen Klassenkampfes schöpfend, von ihrem Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien getragen, hat die Sozialdemokratie ihren großen Sieg erfocht. Und es wäre ein Unrecht an den begeisterten Massen des Proletariats, die uns in Millionen zugeströmt sind, wollten wir diesen Sieg, *ihren* Sieg durch eine irrite Ausdeutung im Sinne der Liberalen verkleinern. Freilich hat man auch von unserer Seite die klaren Linien des Hauptkampfes äußerlich für einen Moment ver-wischt und die Legende von der liberalen Waffengemeinschaft und den

liberalen Heldenaten mit aufbauschen helfen. Das aber einmal durch das etwas zu geschäftige Werben um liberale Unterstützung seitens unserer Zentralorgane, dann in der ganzen Stichwahlkampagne durch die Parole „Gegen den Schwarz-Blauen Block!“, die im Gleichklang mit den Liberalen von unseren führenden Instanzen etwas zu laut vorgetragen wurde. Nun aber zeigt eine kühle Prüfung der Ergebnisse, daß wir von Anfang an bis zu Ende aus eigener Kraft kämpften und siegten und daß die liberale Hilfe im großen und ganzen ein Trugbild war. Sie entpuppt sich am Ende als eine bloß negative Tugend, die darin bestand, daß nicht auch der letzte liberale Wähler gegen uns für rechtsreaktionäre Kandidaten stimmte. Allerdings würde in manchem der umstrittenen Wahlkreise unser Sieg verhindert worden sein, wenn die Liberalen in ihrer Gesamtheit zur Reaktion übergegangen wären. Aber ist das ein Verdienst, das als die Grundlage einer zuverlässigen Waffenbrüderschaft in Anrechnung gestellt und gepriesen werden kann, wenn man von Partei zu Partei die Kräfteverhältnisse prüft? Die zusammenhanglosen, undisziplinierten liberalen Wählerhaufen, die sich in ihrer Mehrzahl jederzeit zur Reaktion schlagen, sind keine Armee, mit der die Reaktion geschlagen werden kann. „Aus Bappe schmied‘ ich kein Schwert“, singt Siegfried. Und wie die Liberalen – die Fortschrittler eingeschlossen – durchweg in ihrer Mehrzahl trotz der offiziellen Wahlparolen ihrer Parteien der Reaktion Vorspanndienste leisteten, so wurden sie auch von der Reaktion kräftig unterstützt. Die Tatsache steht fest, was immer die Barden des jüngsten liberalen Heldenepos darüber fabeln. Konservative und Antisemiten haben in einem Dutzend Wahlkreisen den Fortschrittler, in einem anderen Dutzend den Nationalliberalen gegen uns zum Siege verholfen. In anderen noch ist ihr helfendes Aufgebot von der überlegenen Macht der Sozialdemokratie zurückgeschlagen worden.

So hat sich die innere Jämmerlichkeit des bürgerlichen Liberalismus wie seine Zusammenghörigkeit mit der Reaktion auch in diesen Wahlen trefflich bewährt wie je. Und so ziemlich als das einzige wirkliche Ergebnis der glorreichen liberalen Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie bleibt die allerdings unzweifelhafte Tatsache, daß die sozialdemokratischen Wählermassen einige Dutzend Abgeordnete dieser liberalen Sorte für den Reichstag aus der Flut gerettet haben.

Es wäre auch ein Wunder, wenn all dies anders sein würde. Parlamentarische Schachzüge und Wahlstrategien vermögen nicht, geschichtliche Tatsachen zu ändern, Klasseninteressen zu bannen und Klassengegensätze zu überbrücken. Die großkapitalistische Entwicklung Deutschlands, die

in den letzten Jahren machtvoll und mit so schwindelnder Schnelle fortschreitet, das imperialistische Zeitalter der Weltpolitik, das mit Pauken und Trompeten eben eingesetzt hat, werden durch keine parlamentarischen Kunststückchen aus der Welt geschafft. Ihre eherne Logik führt aber zu einer immer tieferen Zerklüftung der bürgerlichen Gesellschaft, und ihr ehrner Schritt zerstampft erbarmungslos die letzten Reste dessen, was sich bürgerlicher Liberalismus und bürgerlicher Fortschritt nennt. Eine Auferstehung des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland zur gemeinsamen Aktion mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion – ausgerechnet jetzt, in der Zeit des wachsenden Imperialismus – kann denn auch nichts anderes als ein narrender Traum, nichts als eine Spielmarke sein. Für bare Münze können dieses Blechplättchen nur diejenigen ausgeben, die ein Interesse an der Verwirrung des Klassenbewußtseins im Proletariat haben.

Mögen deshalb freisinnige Organe vom Schläge des „Berliner Tageblatts“ oder Politiker von der Art des Herrn Haußmann freudige Purzelbäume schlagen und auf den Trümmern des Schwarz-Blauen Blocks triumphierend die Fahne der vereinigten Linken hissen – jener „Linken“, deren Mehrheit dieselbe Nationalliberale Partei umschließen soll, die das „Berliner Tageblatt“ selbst erst gestern in einem lichten Augenblick „ein gefallenes Mädchen“ genannt hat. Die Sozialdemokratie kann ihre Hoffnungen und ihre Kampfstellung nicht auf die „gefallenen Mädchen“ des bürgerlichen Liberalismus stützen. Sie muß sich vielmehr in nüchterner Erkenntnis sagen: *Die schwarz-blauen Parteien sind geschlagen, aber die schwarz-blauen Politik bleibt die herrschende.* Die nächste Militärvorlage wird zeigen, daß die Sozialdemokratie im neuen Reichstag gegen die Reaktion so einsam dasteht wie je. Wer aber für den Militarismus und Imperialismus ist, der muß auch für die indirekten Steuern und Zölle sein, die zu jenen gehören, wie das B dem A folgt. Die geschlossene Mehrheit der bürgerlichen Parteien bei Militär- und Kolonialfragen wird bei Steuer- und Zollfragen höchstens durch einen häuslichen Streit etwas erschüttert werden, um das größere oder kleinere Feigenblatt einer Erbschaftssteuer, das den Raub an der arbeitenden Volksmasse verdecken soll. Die Fragen des Militarismus und Imperialismus stellen heute die Zentralachse des politischen Lebens dar, in ihnen und nicht etwa in der Frage der Ministerverantwortlichkeit und anderen rein parlamentarischen Forderungen liegt der Schlüssel zur politischen Lage. Und von hier aus gesehen, zeigt sich als Ergebnis des großen Wahlkampfes für uns die Erkenntnis: Die politische Situation ist dieselbe geblieben, sie ist nur

reifer geworden. Wir haben nicht einen Rückgang, sondern einen gewaltigen Aufschwung des Imperialismus und damit eine immer größere Zusitzung der Klassengegensätze zu gewärtigen. Und dementsprechend haben wir auch als Signatur der Lage im neuen Reichstag nicht einen Gegensatz von „rechts“ und „links“, sondern nach wie vor den alten Gegensatz der gesamten bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie. Dies so scharf wie nur möglich den Volksmassen zum Bewußtsein zu bringen entgegen allen Faselen der liberalen Geschichtsfälschung, das ist die erste dringende Aufgabe unserer Partei.

Ein neuer wichtiger Tatbestand und in diesem Sinne eine neue Situation ist allerdings durch die letzten Wahlen geschaffen worden. Es ist der beispiellose Machtzuwachs der Sozialdemokratie als der Frucht der scharfen Klassenentwicklung und der Trägerin des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Ein solcher Machtzuwachs legt unserer Partei Verpflichtungen auf. Die gewaltige Stärkung unserer Anhängermassen nicht zu nützen, um für das klassenbewußte Proletariat neue Eroberungen zu machen, um die Sache des Sozialismus vorwärtszubringen, würde beweisen, daß wir den Sieg nicht verdient haben.

2. Unsere Aufgaben

Für liberale Politiker ist natürlich die erste Sorge nach dem großen Wahlkampf die weltbewegende Frage: Wer wird der Präsident des Reichstags sein? Eine herzlich gleichgültige Sache aber ist der Präsidentenposten im bürgerlichen Parlament bei einer Dreiviertelmehrheit, zu der wir uns in allen Lebensfragen des Volkes im denkbar schärfsten Gegensatz befinden, für eine Partei wie die Sozialdemokratie, deren Macht nicht im Parlament, nicht in parlamentarischen Schachzügen und Kulissenschiebereien liegt, sondern draußen in den 4½ Millionen Volksmassen. Bringt dieser Posten uns gar in Widerspruch mit unseren republikanischen Grundsätzen, so kann er uns ruhig durch irgendeinen liberalen Spezialisten parlamentarischer Wichtigtuerei gestohlen werden. Die hungrigen und geknechteten Millionen, die ihr Hoffen auf uns gesetzt, ihr Vertrauen uns geschenkt haben, brauchen unsererseits *wirkliche* Machtstellung, nicht dekorative Scheinposten in einem Parlament, in dem wir keine Mehrheit haben. Und eine wirkliche Machtstellung im Parlament kann sich unsere Partei nur schaffen durch die Gründlichkeit, Schärfe und Entschlossenheit ihrer Kampftaktik. Als die weitaus stärkste Partei des

Reiches sind wir verpflichtet, auf der ganzen Linie *in die Offensive* überzugehen und so zum Mittelpunkt des politischen Lebens die Interessen, die Forderungen der Millionen zu machen, die hinter uns stehen.

Als erste dringende Aufgabe ergibt sich da für uns die energischste Weiterführung des preußischen *Wahlrechtskampfes*. Seit bald zwei Jahren haben wir die großartigen Massenaktionen für die Eroberung des demokratischen Wahlrechts in Preußen¹ eingestellt, um alle Kräfte auf die Reichstagswahlen zu konzentrieren. Nun sind die Wahlen vorbei, der Sieg ist unser, und gerade dieser Sieg verpflichtet uns, die Massenaktion zur Erstürmung des Dreiklassenparlaments mit verdoppelter Wucht wieder aufzunehmen. Vor dem sozialdemokratischen Siegeszug des allgemeinen Wahlrechts im Reiche muß das preußische Klassenwahlrecht wie ein morsches Wrack zusammenbrechen. An uns liegt es jetzt, die Macht der proletarischen Massen auf den Plan zu rufen, die das Werk vollbringen werden, die politische Klassenfeste zu schleifen.

Offensive ist uns aber auch geboten im Reichstag selbst gegenüber dem Hauptfeind: dem *Imperialismus*. Die erste große Auseinandersetzung unserer Fraktion mit dem deutschen Imperialismus aus Anlaß der Marokkoaffäre² hat gezeigt, daß unsere parlamentarische Taktik gegen diesen Feind noch nicht die nötige Schlagfertigkeit besitzt. Nachdem der Kampf gegen den Imperialismus bei den Wahlen eine so überragende Rolle gespielt und bei den Volksmassen im ganzen Reiche eine so rückhaltlose Zustimmung gefunden hat, sind wir verpflichtet, gegen ihn im Reichstag mit höchster Gründlichkeit und prinzipieller Schärfe aufzutreten. Der nationalen Phrase, die uns im Wahlkampf auf Schritt und Tritt entgegentrat und hinter der Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Kriegsschrecken und persönliches Regiment lauern, müssen wir jetzt im Reichstag eine Generalschlacht liefern. Dazu ist die beste Gelegenheit geboten, wenn wir die harrenden neuen Militär- und Marinevorlagen mit einem *Gesetzentwurf zur Abschaffung des stehenden Heeres und zur Einführung des Militärsystems* parieren. Die Vertretung unserer alten Programmforderungen in ihrem ganzen Umfang und allen ihren Konsequenzen würde uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in all seinen Teilerscheinungen ermöglichen. Sie ver-

1 Im Frühjahr 1910 hatte sich in ganz Deutschland eine Massenbewegung für die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zum preußischen Landtag entwickelt. Rosa Luxemburg verteidigte die Anwendung des politischen Massenstreiks als objektiv notwendiges Kampfmittel gegenüber der Absicht der rechten Parteiführer, die Wahlrechtsbewegung in den alten Bahnen des Parlamentarismus zu belassen, um angeblich die Reichstagswahlen 1912 nicht zu gefährden.

2 Siehe S. 5, Fußnote 1.

liehe im Parlament der Stimmung und Auffassung jener Millionen ein kräftiges Echo, die soeben durch ihre Wahlzettel gesprochen haben.

Die Sicherung des bedrohten Reichstagswahlrechts fordert einen kraftvollen Vorstoß heraus. Die beste Verteidigung ist der Hieb. Die Sozialdemokratie wird ihn wirksam in Gestalt eines Antrags auf die *volle Demokratisierung des Reichstagswahlrechts* führen. Sie kann sich nicht damit begnügen, mit den Liberalen zusammen die Neueinteilung der Wahlkreise zu heischen, sie muß die Gesamtheit unserer Programmforderungen zum Wahlrecht erheben. Darin ist die Forderung des *Frauenwahlrechts*, das Bürgerrecht aller *Großjäbrigen* inbegriffen. Unsere Frauen, unsere jungen Männer unter 25 Jahren haben so viel zum glänzenden Siege der Sozialdemokratie beigetragen, daß ihre politische Reife nachgewiesen, ihre politische Mündigkeitserklärung verdient ist.

Aber auch die Frage des täglichen Brots der Massen, die im Wahlkampf im Mittelpunkt stand, muß zu einem kräftigen Vorstoß veranlassen. Die $4\frac{1}{4}$ Millionen sozialdemokratischer Stimmen sind ein Millionenschrei: Fort mit den Lebensmittelzöllen, fort mit den indirekten Steuern! Diesem Schrei der darbenden Massen muß unsere Fraktion im Reichstag Gehör verschaffen. Ein schleuniger Antrag auf *Aufhebung aller Lebensmittelzölle und Lebensmittelsteuern* ist zwingendes Gebot unserer parlamentarischen Pflicht.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik endlich harren unserer große Aufgaben. Die gewaltige Wählermasse und die dreifach so zahlreiche Volksmasse, die hinter uns steht, erwartet jetzt von uns positive Arbeit. Positive Arbeit nicht bloß in dem Sinne, der unsere gesamte Aufklärungstätigkeit durchdringt, sondern auch in dem engeren Sinne eines energischen Kampfes um sozialpolitische Reformen. Die stärkste Fraktion des deutschen Reichstags ist geradezu verpflichtet, aus der langen Defensive herauszutreten, in der wir uns gegen die unaufhörlichen Vorstöße der scharfmacherischen Reaktion wehren. Die Zettelungen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter können am erfolgreichsten durch eine kräftige Offensive der Sozialdemokratie zurückgewiesen werden. Und da bietet sich von selbst diejenige Forderung unseres Programms, die den Grundstein der gesamten modernen Sozialpolitik darstellt: *der gesetzliche Achtstundentag*.

Seit Jahren hat die sozialdemokratische Fraktion keinen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht; zuletzt ist die Regierung von uns aufgefordert worden, einen Gesetzentwurf vorzulegen auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstags mit einer stufenweisen Herabsetzung bis zum

Achtstundentag. Es ist klar, daß die heutige Machtstellung der Sozialdemokratie ein viel energischeres Vorgehen erheischt: das Einbringen eines eigenen Gesetzentwurfs auf Einführung des achtständigen Arbeitstags. Durch einen solchen Entwurf werden wir am meisten den frisch zu uns gestoßenen proletarischen Scharen aus dem Herzen sprechen, die früher dem Zentrum anhingen; durch ihn werden wir am besten unsere Gewerkschaften fördern, die ihren vollen Anteil an unserem Wahlsieg haben und jetzt auch die Früchte dieses Sieges zu ernten berechtigt sind. Es könnte auch keine günstigere wirtschaftliche Situation für eine umfassende Achtstundenagitation von der Parlamentstribüne und im Lande geben als gerade die jetzige. Wir leben in einer Periode glänzenden industriellen Aufschwungs. Die starke Anspannung der Produktion in den beiden führenden Industriezweigen: der Kohlen- und Eisenindustrie; die höchsten Ein- und Ausfuhrziffern, die Deutschland im letzten Jahre erreicht hat; die Kapitalserhöhungen der Banken und der großen Aktiengesellschaften; die hohen Dividendenziffern – alles zeigt, daß das Kapital wieder einmal goldene Ernten einheimst. Diese Gunst der wirtschaftlichen Lage zusammen mit dem gewaltigen Machtwuchs der Sozialdemokratie muß in eine energische Aktion für den Achtstundentag umgesetzt werden. Sie bedarf des parlamentarischen Vorstoßes, unsere Fraktion im Parlament muß die Wortführerin, das Sprachrohr einer großen Massenagituation im ganzen Reiche sein.

Offensive auf der ganzen Linie: im preußischen Wahlrechtskampf, im Kampfe gegen Imperialismus, im Kampfe um billiges Brot und in der positiven Arbeit der Sozialpolitik! Beispiellos wie unser Wahlsieg muß die Entschlossenheit und Schärfe unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion sein. Nicht in grotesken Blockspekulationen mit den jämmerlichen liberalen Mandatsjägern, sondern in einer selbständigen, kühnen und grundsätzlichen Klassenkampftaktik müssen wir der Internationale vordemonstrieren, wie die Partei des Proletariats parlamentarische Mittel für das revolutionäre Endziel der Sozialdemokratie auszunutzen vermag.

Die Gleichheit (Stuttgart),
22. Jg. 1912, Nr. 10, S. 145–147.

Unsere Stichwahlaktik

I

Lcipzig, 29. Februar

Anderthalb Monate sind seit der Hauptwahl¹, ein Monat seit dem letzten Stichwahltage verflossen, und noch hat unser Parteivorstand leider nicht für angezeigt gehalten, das von ihm für die Stichwahlen mit der Fortschrittspartei geschlossene Abkommen² zu veröffentlichen und vor der Öffentlichkeit zu begründen. Freilich ist es der Parteipresse und den betroffenen Wahlkreisorganisationen vertraulich mitgeteilt worden, was ja zur Ausführung des Abkommens selbst unerlässlich war, ebenso ist der Presse nachträglich eine Begründung zugegangen. Allein die breiten Parteikreise, die Masse der Parteigenossen sind bis jetzt in Unkenntnis über diese wichtige politische Aktion der Partei, deren Erörterung offenbar am geeignetsten dann einsetzen könnte, wenn der Parteivorstand die von ihm im Namen der Partei betriebene Taktik sowie seine Gründe und Erwägungen der Gesamtpartei selbst zur Prüfung unterbreitet hätte. Daß dies bis jetzt nicht geschehen, ist um so befremdender, als ja dem Parteivorstand nichts ferner liegt als die Absicht, eine öffentliche Erörterung der Angelegenheit verhindern zu wollen. Das wäre bei dem ganzen Charakter unserer Partei ja auch völlig ausgeschlossen.

Im Grunde genommen gehörte die Abmachung gleich während der Stichwahlen vor die Öffentlichkeit, und selbst Genossen, die mit der Taktik des Parteivorstands einverstanden sein dürften, werden ihre Heimlichkeit bedauern. Bei bürgerlichen Parteien, die in solchen Gelegenheiten gewohnheitsmäßig Verrat an den eignen Prinzipien verüben, liegt aller Grund vor, das abgeschlossene Schachergeschäft vor dem Tageslicht zu verbergen. Bei der Sozialdemokratie hingegen widerspricht es dem Wesen

¹ Siehe S. 6, Fußnote 3.

² Siehe S. 91, Fußnote 3.

der Partei, mit andern Parteien geheime Wahlgeschäfte zu betreiben. Niemand verlangt, daß im Laufe der gepflognen Verhandlungen die vorbereitete Aktion, die sich möglicherweise noch zerschlagen wird, in jedem Stadium an die große Glocke gehängt wird. Ist aber die Abmachung perfekt geworden, so darf sie nicht mehr Sache von Konventikeln bleiben, und es ist kein ersichtlicher Grund vorhanden, daß sie's bleibt. Die Sozialdemokratie schließt nie politische Geschäfte ab, deren sie sich zu schämen brauchte oder die auf eine Übertölpelung und Hintergehung anderer Parteien hinausgingen, die sozialdemokratische Politik hat es nicht nötig, auf Schleichwegen zu gehen. Vor allem aber schließt der demokratische Charakter unsrer Bewegung geheime Wahlgeschäfte mit fremden Parteien aus. Für uns sind die Wählermassen kein Stimmvieh, wie für die bürgerlichen Parteien, über das man ohne ihr Vorwissen verfügen dürfte, sie sind kein Objekt unsrer Politik, sondern deren bewußte, überzeugte Träger. Da jede Wahlabmachung das Tun oder Lassen der Wähler zum Gegenstand hat, so muß sie der Öffentlichkeit sofort bekanntgemacht werden, damit die Wählermassen die Parole mit allen ihren Bedingungen, ihrem Zweck und Hintergrund beurteilen und aus freier Überzeugung befolgen können.

Wir haben auch nicht den geringsten Zweifel, daß nicht unser Parteivorstand der Urheber der Heimlichkeit in dem gegebenen Falle war. Wenn die offizielle Veröffentlichung der Abmachung mit der Fortschrittlichen Volkspartei in ihrem ganzen Umfang unterblieben ist, so geschah es wohl ausschließlich aus zarter Rücksicht auf die Wünsche der Fortschrittler, die sich durch das formelle Geschäft mit der Sozialdemokratie vor den reaktionären Wählern nicht kompromittieren wollten und es vorzogen, nicht Unter den Linden von den Roten begrüßt zu werden, um sich dafür deren Unterstützung im stillen desto sicherer zugute kommen zu lassen. Die Heimlichkeit der Wahlabmachung im scharfen Widerspruch mit dem Charakter und den Gepflogenheiten der Sozialdemokratie war das erste – leider nicht das letzte – Opfer, das wir der Bundesgenossenschaft mit dem Freisinn gebracht haben.

Bevor man jedoch die Abmachung selbst näher betrachtet, ist es gut, eine allgemeine Frage aus dem Wege zu räumen. Es finden sich sicher Genossen, die als das Ausschlaggebende an der Sache die Frage betrachten, ob grundsätzlich ein Abkommen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien zulässig oder verwerflich sei. Wir bekennen, daß wir an dergleichen harmlosen Meditationen in der jetzigen Lage wenig Geschmack finden. Ob ein abstraktes, in der blauen Luft der Möglich-

keiten denkbares Abkommen von nicht näher zu bestimmendem Inhalt lobenswert oder tadelnswert sei, das zu untersuchen hätte allenfalls einen Reiz gehabt, bevor ein konkretes Abkommen abgeschlossen war. Jetzt aber, wo eine faustdicke Tatsache des gegebenen Stichwahlabkommens mit seinem Drum und Dran und seinen handgreiflichen Ergebnissen vorliegt, scheint es uns eine ziemlich müßige Beschäftigung, die „Idee“ des Abkommens etwa zu loben oder zu tadeln, die harte Wirklichkeit hin gegen für ein nebенägliches Detail zu erklären. Dasjenige Abkommen, das vom Parteivorstand mit den Fortschritttern abgeschlossen worden ist, fordert die schärfste Kritik heraus, wie man auch grundsätzlich zu Stichwahlabkommen stehen mag.

Wir haben am 12. Januar einen beispiellosen Sieg errungen. Die ganze Welt stand im Banne unsrer Machtentfaltung. Wozu brauchte es überhaupt eine Abmachung mit bürgerlichen Parteien? Die Motive des Parteivorstands, wie er sie der Parteipresse mitgeteilt hat, sind klar: Es galt, unsre Machtstellung auszunutzen, um sowohl uns selbst eine möglichst große Zahl von Mandaten zu sichern wie den Schwarz-Blauen Block¹ zu zertrümmern. Dazu sollte eine geschickte Stichwahlaktik dienen. Unsre Marschroute für die Stichwahlen war zwar durch den Jenaer Beschuß² im voraus gegeben. Aber so hätten wir ohne jede Gegenleistung unsre Wahlhilfe gewähren müssen. Damit war der Parteivorstand offenbar nicht zufrieden. Es galt, die Macht, die wir nun hatten, nicht ohne Entgelt hinzuwerfen, es galt, sie zu politischen Vorteilen für uns wie für die allgemeine Entwicklung auszunutzen. Und dazu bot sich eben die Gelegenheit. Die Liberalen waren vernichtet, die Fortschrittpartei war wieder wie

1 Siehe S. 65, Fußnote 2.

2 In der Resolution des Parteivorstandes zur Reichstagswahl auf dem Jenaer Parteitag heißt es unter anderem: „Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben. Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen. In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenenthaltung zu proklamieren.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 159/160.)

1903 auf Null reduziert, sie war also auf unsre Wahlhilfe angewiesen. Aber diese sollte sie nicht umsonst kriegen. Wir waren diesmal in der Lage, ihr Bedingungen zu diktieren, ihr den Anschluß an die Reaktion abzuschneiden, die Wiederholung von 1907¹ zu verhindern. Sehen wir zu, wie dies bewerkstelligt wurde. Ein praktisches Geschäft will zunächst rein praktisch beurteilt werden.

Auf Grund des Abkommens mit unserm Parteivorstand haben sich die Fortschrittler verpflichtet, uns in 31 genau aufgezählten Wahlkreisen gegen die Reaktion zu unterstützen. Jeder Mensch wird nun erwarten, daß diese Unterstützung in einer klipp und klaren Parole zugunsten der Sozialdemokratie Ausdruck gefunden hätte. Dies war wohl doch das selbstverständliche Minimum, bei dem von Gegenseitigkeit die Rede erst beginnen konnte. Angesichts der notorischen Unzuverlässigkeit der fortschrittlichen Wähler, die bis jetzt, wie alle jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, unbekümmert sogar um die offizielle Parole der eignen Kreisvorstände, fatal nach rechts abschwenken – man braucht da nur an die Nachwahl des vorigen Jahres in Gießen-Nidda² zu denken –, mußte eine klare und deutliche Verpflichtung des Zentralvorstands der Fortschrittlichen Volkspartei zu einer offiziellen Lösung für die Sozialdemokratie wohl das geringste sein, was man verlangen durfte. Es ist auch selbstverständlich, daß unser Parteivorstand eine solche Parole forderte. Doch die Fortschrittler gingen auf diese elementare Bedingung nicht ein. Weshalb? Nun, die Erklärung liegt auf der Hand. Eine offizielle Parole zugunsten der Sozialdemokratie würde die Fortschrittler in den Augen der reaktionären Parteien bloßgestellt haben. Die Fortschrittler *wollten* eben nicht öffentlich alle Brücken nach rechts abbrechen, ihre Spekulation ging dahin, sich wohl die sozialdemokratische Wahlhilfe schmecken zu lassen, sich aber dadurch die Hilfe der reaktionären Wähler beileibe nicht ganz zu verscherzen. Es lag also hier, in der Verweigerung der offiziellen Parole zugunsten der Sozialdemokratie, dieselbe unehrliche Spekulation der Fortschrittler auf die Gunst der reaktionären Wähler, dasselbe Doppelspiel vor, dem zuliebe auch die Veröffentlichung des ganzen Abkommens unterbleiben mußte. Unser Parteivorstand trug seltsamerweise dieser Spekulation Rechnung und verzichtete auf eine offizielle Parole zugunsten unsrer Kandidaten. Letztere sollte lediglich in vertraulichen Zirkularen den Kreis-

1 Siehe S. 7, Fußnote 2 u. S. 110, Fußnote 2.

2 Bei den Nachwahlen zum Reichstag in Gießen-Nidda im März 1911 hatte die Mehrheit der liberalen Wähler z. T. im Gegensatz zur Wahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei den Antisemiten die Stimme gegeben.

vorständen der Fortschrittspartei mitgeteilt werden, woraus sich ja von selbst ergab, daß die Kreisvorstände meist die empfangene Parole ebenso „vertraulich“ weiterbehandeln und im eignen verschwiegenen Busen bewahren würden. Als Äquivalent für die von den Fortschritttern abgelehnte klipp und klare Parole wurde die Lösung erfunden: Es darf die alte blau-schwarze Mehrheit nicht wiedergewählt werden. Diese Zauberformel, die sogar der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 22. Januar eine „ziemlich unzweideutige“ nennt, sollte die politische Tugend der fortschrittlichen Wähler ausreichend garantieren. Und damit ist auch buchstäblich alles erschöpft, was uns die Fortschrittler boten.

Dagegen hat sich der Parteivorstand im Namen der Sozialdemokratie verpflichtet, gemäß dem Jenaer Parteitagsbeschuß die Fortschrittler in allen Wahlkreisen, wo sie mit der Reaktion in Stichwahl standen, zu unterstützen. Auch dabei ist den fortschrittlichen Kandidaten sogar der Zwang erspart worden, sich auf die Bedingungen unsrer Partei ausdrücklich zu verpflichten. Es sollte als ausreichend die Erklärung betrachtet werden, daß die Bedingungen des Jenaer Beschlusses dem Programm der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechen und daß der Kandidat das Programm seiner Partei anerkenne. Daß das offizielle Programm der Fortschrittspartei die in Jena formulierten Bedingungen umfaßt, ja in manchem bedeutend weitergeht, das war eigentlich für unsre Partei keine ganz neue Entdeckung, und würde es nur auf den Wortlaut von liberalen Parteidokumenten ankommen, dann könnten wir uns in Jena die Mühe sparen, unsre Stichwahlbedingungen zu formulieren. Wenn wir das taten, so war es aus dem wohlerwogenen Grunde, daß für die liberalen Politiker ihr eigenes Programm eben nichts andres als ein unverbindlicher Wisch Papier geworden ist. Deshalb wollten wir, ohne uns auf die magische Wirkung der liberalen Programme zu verlassen, bindende Erklärungen, persönliche Verpflichtungen *uns* gegenüber erreichen, und deshalb sind auch die Bedingungen so unendlich bescheiden ausgefallen, daß sie sogar bedeutend hinter dem fortschrittlichen Programm zurückblieben. Das war der klare Sinn und Zweck des Jenaer Beschlusses. Aber seine Einhaltung hätte womöglich die Fortschrittler wieder vor ihrer reaktionären Kundschafft in ein schiefes Licht bringen können. Wie dem auch sei, die persönliche Verpflichtung jedes Kandidaten uns gegenüber ist ihnen erlassen und in die nichtssagende Phrase vom fortschrittlichen Programm verwandelt worden.

Allerdings, einen großen Triumph hat unsre Partei bei alledem erlebt: Zum ersten Mal war es gelungen, die Fortschrittspartei, deren Statut aus-

drücklich erklärt, daß Stichwahlabmachungen Sache der einzelnen Kreise sind, zum Abschluß eines generellen Abkommens, sozusagen zu einem „Zentraltarif“ für das ganze Reich zu bringen. Zwar pflegten bis jetzt selbst die Abmachungen und Lösungen der Kreisvorstände der Fortschrittspartei für ihre Wähler häufig so gut Luft zu bleiben wie die Mahnungen des Zentralvorstands oder des Provinzialvorstands für die Kreisvorstände; zwar fehlt der Fortschrittspartei jede stramme Parteidokumentation und jede Parteidisziplin, um solche generellen Abmachungen zu etwas mehr als einem Messer ohne Heft und Klinge zu machen; zwar wurde der Abmachung durch ihre Heimlichkeit und ihre verschleierte Parole auch noch die Hälfte der Wirksamkeit genommen, die sie etwa hätte haben können, gleichwohl scheint die Idee der Generalabmachung unserm Parteivorstand in allem Ernst als höchst wertvolle Errungenschaft erschienen zu sein, und es blieb nur übrig, die Probe aufs Exempel wieder einmal zu erleben.

II

Leipzig, 1. März

Wäre die Abmachung mit dem bisherigen erschöpft gewesen, man muß gestehen, daß auch so der Löwenanteil der Vorteile den Fortschritttern zugesichert war. Aber dabei ist es nicht geblieben. Die Fortschrittler forderten noch mehr. Sie forderten, daß wir ihnen nicht bloß gegen die Reaktion aus der Patsche helfen, sondern daß wir ihnen auch Wahlkreise, in denen wir selbst in Stichwahl mit ihnen standen, freiwillig auslieferten. Dadurch, daß die Fortschrittler keinen Block mit der Reaktion abschlossen und sich die reaktionäre Wahlhilfe womöglich verscherzten, kamen sie in die Gefahr, von uns in einer Reihe von Kreisen geschlagen zu werden. Und von dieser Gefahr sollten wir sie selbst retten, indem wir freiwillig auf den Kampf verzichteten. Die Abmachung mit uns sollte für die Fortschrittler eine Versicherung gegen die Reaktion und eine Rückversicherung gegen uns selbst zugleich sein!

Man könnte über die Dreistigkeit dieser fortschrittlichen Zumutung erstaunt sein, wenn nicht die viel verwunderlichere Tatsache eingetreten wäre: nämlich die Zustimmung unseres Parteivorstandes. Der Parteivorstand hat tatsächlich die folgende Forderung den Fortschritttern zugebilligt:

In 16 Wahlkreisen (Oberbarnim, Liegnitz, Schöna-Hirschberg, Flensburg-Apenrade, Lauenburg, Merseburg-Querfurt, Hagen, Dithmarschen, Calw, Balingen, Meiningen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Oldenburg I und II, Nordhausen), in denen unsre eigenen Kandidaten in Stich-

wahl mit Fortschritttern standen, sollte unsre Partei „den Wahlkampf dämpfen“, um den eventuellen Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten zu verhindern und den Kreis dem fortschrittlichen Gegner auszuliefern.

Was hier frappiert, ist vor allem die völlig unbegreifliche politische Unterlage. Die leitenden Gesichtspunkte des ganzen Abkommens waren ja: 1. der Zweck, den Schwarz-Blauen Block zu zerschmettern, 2., uns selbst eine möglichst große Zahl von Mandaten zu sichern. Hier handelte es sich aber um Wahlkreise, die nur entweder dem Fortschritt oder uns zufallen konnten, die also auf jeden Fall der Linken sicher waren. Und gerade diese Wahlkreise sollten wir von vornherein den Fortschritttern ausliefern. Dabei kamen also nicht mehr politische Gesichtspunkte von allgemeinem Interesse, die fortschrittliche Entwicklung, in Betracht – diese wären ja umgekehrt besser gesichert, wenn die Wahlkreise Besitz der Sozialdemokratie geworden wären –, sondern es kam einfacher Mandats-schach der fortschrittlichen Partei in Frage. Und dieser Schach sollte gerade auf unsre Kosten gemacht werden!

Doch nicht bloß der politische Ausgangspunkt des Abkommens kam dabei in Wegfall, sondern es wurden viel wichtigere Grundsätze des sozialdemokratischen Kampfes geopfert. Was hatte nämlich das verschämte Wörtlein „den Wahlkampf dämpfen“, das im Sprachlexikon der Sozialdemokratie bisher unbekannt war, zu bedeuten? Weit entfernt von der schönen Vertrauensseligkeit des sozialdemokratischen Parteivorstandes in die „vertraulichen“ Zirkulare der fortschrittlichen Parteileitung an ihre Kreisleitungen und in die Verehrung fortschrittlicher Kandidaten für ihr Programmpapier, haben die Herren Fortschrittler unserm Parteivorstand die „Dämpfung“ mit der Geschäftsroutine geriebener Kuhhändler haarklein in die Feder diktiert und spezifiziert: Der Vorstand hat sich für unsre Partei verpflichtet, in den genannten 16 Wahlkreisen „bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten“ [Hervorhebung – R. L.], wogegen es uns „freistand“ – die Fortschrittler waren so gnädig, es zu erlauben –, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten. Letzteres ist uns auch wohl deshalb „freigestellt“ worden, weil sonst, bei gänzlichem und unerklärlichem Fehlen sozialdemokratischer Wahlzettel, unsre Parteigenossen einen öffentlichen Skandal gemacht und so die Heimlichkeit der ganzen Abmachung gefährdet hätten.

Es ist schwer, diese Zeilen des Abkommens zu lesen, ohne daß einem die Röte der Scham und des Zornes über die fortschrittliche Zumutung ins

Gesicht steigt; jedenfalls ist, seit die deutsche Sozialdemokratie besteht, ein ähnliches Wahlabkommen von ihr nicht getroffen worden.

Bisher galt es in der Sozialdemokratie als Grundsatz, daß der Wahlkampf in erster Linie und in der Hauptsache der Agitation, der Aufklärung über die Ziele der Sozialdemokratie dient, und in diesem Sinne galt es als heilige Pflicht und als Ehrensache, jeden Tag, jede Stunde des Wahlkampfes zu nutzen, um das Maximum an Agitationsarbeit zu leisten. Hier verbot der Parteivorstand den Fortschritttern zuliebe unsren Genossen, die Agitation für die eigene Partei zu treiben! Keine Versammlungen, keine Flugblätter, keine Schlepperdienste – Sozialdemokraten durften keinen Finger rühren, um in der Stichwahl für die Sozialdemokratie Wähler, Anhänger zu werben. Sie sollten ruhig zusehen, wie die fortschrittlichen Gegner eine eifrige Tätigkeit entfalteten, wie sie die Sozialdemokratie herunterriß, verleumdeten, von ihren Bestrebungen ein Zerrbild machten, ohne antworten zu dürfen. Und welche Wahlkreise sollten da unter anderm geopfert werden! Es genügt, nur *Hagen* zu nennen, den ehemaligen Stammsitz Eugen Richters, des gehässigsten Feindes und Verleumders der Sozialdemokratie.

Gewiß, Fragen der allgemeinen Taktik dürfen nicht vom Standpunkt der Kirchturmsinteressen einzelner Wahlkreise beurteilt werden. Kein Opfer darf zu groß sein, wo es sich um die allgemeinen Interessen der Partei handelt. Aber in der Sozialdemokratie gibt es keinen Gegensatz zwischen Wahlkreisinteressen und Parteiinteressen. Dieser Begriff selbst ist aus der liberalen Parteipraxis geschöpft, wo jeder Wahlkreis auf eigene Faust Politik treibt, mit andern Parteien techtelmechelt und das eigene Parteiprogramm mit Füßen tritt. Bei uns sind Wahlkreis und Gesamtpartei eins in dem obersten Interesse der Erweiterung des Klassenbewußtseins und Stärkung der Macht des Proletariats. Gerade von diesem Standpunkt war aber die Auslieferung von 16 Wahlkreisen an die Fortschrittler ohne Kampf ein Schlag nicht gegen die Interessen der Wahlkreise, sondern gegen die Gesamtpartei. Der Schaden wäre vielleicht geringer gewesen, wenn wir den Mut der Konsequenz und der Aufrichtigkeit gehabt hätten, um die Kandidaturen in den betreffenden Kreisen offen zurückzuziehen. Damit wäre wenigstens eine klare Lage geschaffen. Die Kandidaturen aber aufrechterhalten und zugleich den Genossen verbieten, zu ihren Gunsten irgend etwas zu tun, diese unbegreifliche Taktik mußte auf die Parteigenossen erbitternd, auf die Wählermassen aber höchst verwirrend und demoralisierend wirken, in deren Augen es so aussehen mußte, als wenn wir eine Art unwürdige Komödie vollführten. Auch

diese unsrer Partei wesensfremde Zweideutigkeit der Haltung, die nur einer bürgerlich-liberalen Partei anstehen mag, war ein intellektuelles Opfer, das wir der fortschrittlichen Kumpanei gebracht haben.

Es entbehrt nicht eines bitteren Humors, wenn der Parteivorstand sich dabei das Verdienst zuschreibt, durch seine Strategie in den nach seiner Ansicht aussichtslosen 16 Wahlkreisen der Partei Geld und Zeit erspart zu haben. Die Ersparnis bestand nebenbei darin, daß in den betreffenden Kreisen Hunderttausende von Flugblättern bereits fertig gedruckt vorlagen, die nun zu Makulatur wurden, und eine Masse von Versammlungen festgemacht waren, die unter Verlusten wieder abgesagt werden mußten. Doch das Wichtigste scheint vergessen zu sein: Nicht Geld und Zeit, sondern Agitation, Werbearbeit, Aufklärung durch Flugblätter und Versammlungen kam hier in Frage, und diese der Partei „erspart“ zu haben, dürfte eins von den bescheideneren Verdiensten des Parteivorstands sein.

Freilich, die Mandate mochten meist aussichtslos gewesen sein. Seit wann ist aber für uns die Frage der Mandate das Ausschlaggebende, und wurde es bis jetzt nicht stets als die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Genossen betrachtet, auch dort, wo vorläufig nicht die geringste Aussicht auf das Mandat besteht, volle und ganze Arbeit zu tun und genauso eifrig zu agitieren, wie wenn der Sieg gesichert wäre? Für die bürgerlich-liberalen Politiker sind Wahlkreise nur dann der Rücksicht wert und die Agitation lohnend, wenn ein Mandat winkt; für die Sozialdemokratie kommt die Agitation an erster und das Mandat an letzter Stelle in Betracht.

Man kann einwenden: Es handelt sich ja bloß um die Stichwahlen, und die Partei hat seit jeher zwischen Hauptwahlen und Stichwahlen einen Unterschied gemacht. Nachdem in der Hauptwahl die Agitation ohne Zweifel in vollster prinzipieller Schärfe geführt worden war, kamen in den Stichwahlen andre Gesichtspunkte in Betracht. Gewiß, ein Unterschied ist von der Partei zwischen Hauptwahl und Stichwahl stets gemacht worden, doch niemals in dem Sinne etwa, daß die Hauptwahl dem prinzipiellen Kampf gehöre, während die Stichwahl einen Freibrief für beliebige Experimente der sogenannten „praktischen Politik“ bedeute. Eine besondere Stichwahlaktik bezog sich überhaupt nur auf die besondere Situation, in die wir kamen, wenn uns die Entscheidung zwischen zwei bürgerlichen Gegnern zufiel. Nachdem wir selbst aus dem Kampffeld ausschieden, war es selbstverständlich, daß wir ernstlich die Frage erwägen mußten, ob und nach welcher Richtung wir unsre Wählerstimmen in die Waagschale werfen sollten. War die sozialdemokratische Vertretung

des Kreises unmöglich geworden, dann geboten doch die Klasseninteressen des Proletariats, daß eine möglichst wenig reaktionäre Vertretung gesichert war. So ergab sich für die Stichwahlen die Lösung des „geringeren Übels“, der die Sozialdemokratie stets treu geblieben ist und gegen die sich bis jetzt nie eine Stimme aus den Reihen der Partei erhoben hat. Damit war aber eine Preisgabe der Prinzipien, ein Mandatsschacher oder eine besondere, im Gegensatz zur Hauptwahl hervorgehobene „praktische Politik“ durchaus nicht verbunden. Die Unterstützung des „geringeren Übels“ liegt ganz auf der Linie unsrer allgemeinen Taktik, wir brauchten nicht ein Jota von unsren Grundsätzen preiszugeben, um diese Taktik zu befolgen – vorausgesetzt allerdings, daß das „Übel“ auch wirklich „geringer“ war. Das bezog sich aber stets nur auf Fälle, wo wir zwischen zwei Bürgerlichen entschieden. Niemals bestand eine besondere Stichwahlaktik für Wahlkreise, wo wir selbst gegen einen bürgerlichen Gegner kämpften, niemals fiel der Partei ein, freiwillig den Kampfplatz zu räumen, niemals fiel es ihr ein, die eigene Agitation lahmzulegen, um dem bürgerlichen Gegner den Sieg zu erleichtern.

Für diese Bestimmung des Abkommens kann nur eine Erklärung angeführt werden: Die Fortschrittl erstellten sie als eine Bedingung sine qua non (unerlässliche Bedingung). Wäre sie nicht bewilligt worden, dann hätte sich das ganze Geschäft zerschlagen und die Fortschrittl gingen „Anschluß nach rechts“ zu suchen. Der Parteivorstand stand also in der ganzen Abmachung unter der Drohung des Fortschritts: Sonst gehen wir zu der Konkurrenz gegenüber! Und das waren wohlgerne dieselben Leute, die bei der Beratung der Finanzreform¹ erklärten, den von der Sozialdemokratie geforderten Ausbau der Verfassung müsse man mit Entrüstung zurückweisen, denn die Verkoppelung dieser Forderung mit der Finanzreform wäre gegenüber der Regierung „Erpressungspolitik und Kubbandel“. Gegenüber der Regierung wollen also die Müller-Meiningen und Kopsch keine Erpressung treiben, bewahre! Aber gegenüber der Sozialdemokratie im stillen Kämmerlein scheint ihnen jede Zumutung erlaubt.

Statt nun auf das fortschrittliche Ansinnen die einzige gebührende Antwort zu geben, nämlich die Kuhhändler mitsamt ihrer „Conditio sine qua non“ in beschleunigtem Tempo die Treppe herunter zu befördern, hat ihnen der Parteivorstand alles bewilligt. Und wir müssen vielleicht am Ende noch froh sein, daß nicht statt 16 ganze 20 Kreise, etwa noch Plauen, Lennep-Mettmann, Altena-Iserlohn, freiwillig ausgeliefert worden sind.

¹ Siehe S. 60, Fußnote 2.

Das war also die Abmachung „auf Gegenseitigkeit“! Die Situation entbehrt nicht einer grotesken Komik. Dazu brauchten wir also den gewaltigsten Wahlsieg, wie ihn die Welt nicht geschenkt hat, und das stolze Heer von 4½ Millionen, um uns am andern Tag von einer Partei, die am Boden lag, von einer Handvoll Mandatsjäger und Kuhhändler die Wahlaktik oktroyieren zu lassen. Der ganze ursprüngliche Zweck und Sinn dieser Abmachung ist dabei so ziemlich auf den Kopf gestellt worden: Sie sollte den Anschluß der Fortschrittler an die Reaktion verhindern, und sie war selbst beherrscht von der Rücksicht auf diesen Anschluß, sie sollte uns für die Wahlhilfe auf Grund des Jenaer Beschlusses Gegenleistungen sichern, und sie hat uns statt dessen weitere Zugeständnisse aufgenötigt, an die der Jenaer Parteitag im Traume nicht gedacht hat. Wir sollten, gestützt auf unsre Macht, Bedingungen diktieren, und wir mußten uns solche diktieren lassen. Soll man sich da wundern, daß sich die jungen Leute von Mosse¹ in ihrer brillanten Laune als Börsenmakler, die ohne einen Heller eigenes Geld ein „goldenes Geschäft“ gemacht haben, seit den Stichwahlen gebärdeten, daß es einem förmlich schlecht dabei werden konnte?

Doch suchen wir Trost in größeren Gesichtspunkten und weiteren Perspektiven. Der oberste politische Zweck der Abmachung war ja trotz allem erreicht. Es war gelungen, die Liberalen von einem formellen Block mit der Reaktion loszureißen, die Wiederkehr von 1907² zu verhüten, und die Gefahr, fürwahr, ist nicht gering gewesen. Schon blies Herr Bethmann Hollweg als Rattenfänger von Hameln die Flöte zur Sammlung.³ Gleichzeitig seit dem Handel zwischen uns und den Fortschrittler spannen sich Verhandlungen zwischen Liberalen und der „schwarz-blauen“ Rechten. Die Telephonglocke ging hin und her, und die Geschicke Deutschlands hingen an einem Haar. Da haben wir mit entschlossener Hand, wie es in großen Augenblicken der Geschichte geziemt, die 16 Wahlkreise als Speck hingeworfen, und die fortschrittlichen Ratten kamen alle zu uns gelaufen. Nicht genug! Indem wir die Fortschrittler an uns banden, zogen wir indirekt auch die Nationalliberalen von den Schwarzblauen weg. Herr

¹ Gemeint sind die Journalisten des Presse- und Anzeigenkonzerns Rudolf Mosse, dessen Blätter eine liberal verbährte imperialistische Politik vertraten.

² Nach den Reichstagswahlen von 1907 hatten sich die Konservativen, die Nationalliberalen und die Linksliberale zum Bülow-Block, auch Hottentottenblock genannt, zusammengeschlossen. Gestützt auf diesen Block, war es Reichskanzler Bernhard von Bülow möglich, im Reichstag eine Reihe reaktionärer Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen.

³ Am 14. Januar 1912 hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine offizielle Kundgebung veröffentlicht, in der unter nationalistischen und chauvinistischen Parolen die bürgerlichen Parteien zum Zusammengehen gegen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen aufgefordert wurden. Der Versuch, eine Konferenz von Vertretern der bürgerlichen Parteien durchzuführen, scheiterte jedoch.

Bethmann blieb mit seiner Flöte allein und zog betrübt von dannen, wir aber zogen mit unserm heimlichen Stichwahlabkommen in der Tasche in den Kampf.

Und dieser brachte erst die grausamste Kritik des Abkommens.

III

Leipzig, 2. März

Der erste Stichwahltag brachte schon Resultate, die wie eine Bombe in die Taktik des Parteivorstands einschlugen, und die beiden andern Tage haben diese Wirkung vollendet. In 31 Wahlkreisen sollte uns die Abmachung mit den Fortschrittlern ihre Hilfe gegen die Reaktion sichern. Was erfolgte nun? 20 Kreise haben die Fortschrittler an die Reaktion ausgeliefert: 16 am ersten Stichwahltag und je 2 am zweiten und dritten Tage. Wenn wir in den übrigen 15 Wahlkreisen nicht gleichfalls der Reaktion unterlegen sind, so war es nicht etwa, weil die Fortschrittler sich in jenen Kreisen auf ihre Tugend und ihr bindendes Abkommen mit uns endlich besannen. Es war deshalb, weil unser Vorsprung und unsre Reserven in jenen Kreisen stark genug waren, um uns trotz des fortschrittlichen Verrats den Sieg zu sichern. Das Verhalten der Fortschrittler war – und es ist wichtig, sich das zu merken – genau das gleiche am ersten wie am letzten Stichwahltag. Sie zerstoben überall nach zwei Richtungen: Ein Teil blieb entweder zu Hause und verriet die Sozialdemokratie passiv oder lief aktiv zur Reaktion über und fiel uns in den Rücken, ein anderer, kleinerer Teil unterstützte unsern Kandidaten.

Nur einige Beispiele aus Kreisen, in denen wir den Sieg errungen haben.

	Fortschritt. Stimmen in der Hauptwahl	Stimmenzuwachs in der Stichwahl
Potsdam-Osthavelland	11 063	{ Soz. 2 794 Kons. 8 331
Eschwege-Schmalkalden	5 801	{ Soz. 1 561 Zentr. 4 306
Jena	{ Fortschr. 5 406 Nat.-Lib. 4 523	{ Soz. 2 783 Kons. 7 100
Altenburg	9 273	{ Soz. 3 050 Reichsp. 5 995
Jerichow	8 291	{ Soz. 3 271 Kons. 5 386

	Fortschrittl. Stimmen in der Hauptwahl	Stimmenzuwachs in der Stichwahl
Bitterfeld	6 670	{ Soz. 3 283 Reichsp. 3 591
Elberfeld-Barmen*	{ Nat.-Lib. 11 543 Zentr. 6 046	{ Soz. 2 579 Reichsp. 16 625

So übte allenthalben die Mehrheit der Fortschrittler an der Sozialdemokratie und dem abgeschlossenen Abkommen formellen Verrat. Nur in Köln, Heilbronn, Straßburg-Land und etwa Düsseldorf und Calau-Luckau ist die Tugend der Fortschrittler so weit gegangen, daß einige mehr von ihnen für uns als für den reaktionären Gegner stimmten. Das Stichwahlabkommen ist also nicht in einem einzigen Kreise von den Fortschritttern voll eingehalten und in *allen* Kreisen außer etwa vier direkt schmählich verraten worden.

Wie das kam, darüber belehren uns zur Genüge zwei Proben.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat am 23. Januar mitgeteilt[†], daß die Fortschrittler in Ueckermünde-Wollin trotz der allgemeinen fortschrittlichen Wahlparole die Stimmabgabe freigaben und daß eine Aufforderung des Vorsitzenden des preußischen Provinzialverbands der Fortschrittspartei, Herrn Dohrn, dafür zu sorgen, daß der konservative Kandidat nicht gewählt werde, von der fortschrittlichen Wahlkreisleitung und von den liberalen Blättern des Kreises *einfach unterschlagen wurde*.

Zweites Beispiel: Im Kreise Mansfeld hatten die Parteigenossen, da die fortschrittliche Kreisleitung für uns nicht einen Finger rührte, selbst den Wahlauftruf des Hauptausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei als Flugblatt zu verbreiten gesucht. Darauf erschien prompt am Stichwahltage, am 20. Januar, in dem schmutzigen Amtsblättchen von Eisleben, der geistigen Waffe Arendts, die folgende in auffälliger Schrift gesetzte Anzeige:

„Im Anschluß an unser gestriges Inserat bemerken wir, daß wir für keinen der beiden Kandidaten Parole zur Stichwahl ausgeben, und erklären noch *ausdrücklich*, um Irrtümern vorzubeugen, daß von unsrer Seite nach der Hauptwahl keine Flugblätter verteilt worden sind.“

Der Vorstand des Liberalen Vereins
für den Stadtkreis Eisleben
und die beiden Mansfelder Kreise“

* Auch Elberfeld wie Calau-Luckau wurden in die Abmachung einbezogen, wobei man auf die fortschrittlichen Wähler der nationalliberalen Kandidaten zählte.

† Ein fortschrittliches Heldenstück. In: Leipziger Volkszeitung, Nr. 18 vom 23. Januar 1912.

Und im Anschluß daran mußten sich unsre Genossen von dem Amtswisch den folgenden Faustschlag ins Gesicht gefallen lassen: „*Die Genossen bedienen sich also eines ebenso frechen wie plumpen Schwindelmanövers*, was hierdurch festgestellt sei.“

So ist die famose Stichwahlabmachung von den Fortschritttern eingehalten worden. Nicht bloß sind die „vertraulichen“ Zirkulare zugunsten der Sozialdemokratie von den fortschrittlichen Kreisleitungen meist zu einem sehr vertraulichen Hausgebrauch benutzt worden, sondern auch die offizielle negative Parole: „Keine Stimme dem Kandidaten des Schwarz-Blauen Blocks!“ ist von den Kreisvorständen entweder glatt unterschlagen, wie in Ueckermünde, oder gar öffentlich desavouiert worden, wie in Mansfeld.

Diese Vorgänge konnten, so beschämend und empörend sie waren, eigentlich für niemanden eine Überraschung sein. Um sie Punkt für Punkt vorauszusagen, dazu gehörte nur jene bescheidene Prophetengabe, die erforderlich ist, um aus allgemein bekannten Tatsachen folgerichtige Schlüsse zu ziehen. Es gehörte umgekehrt ein wahrhaft erschütternd kindlicher Glaube dazu, zu hoffen, durch die wundertätige Wirkung einer – noch dazu streng vertraulichen – „Zentralabmachung“ mit ein paar nichtkommandierenden Generälen in die durch Jahrzehntelange Praxis demoralisierten, disziplinlosen Haufen der fortschrittlichen Wähler plötzlich Zucht und Sitte hineinzubringen.

Eine Frage drängt sich bei alledem auf. Nachdem der Telegraph am Abend der ersten Stichwahl die Kunde vom Verrat der Fortschrittler in 16 Kreisen gebracht hatte, war die Abmachung mit den Fortschritttern bereits gerichtet; sie war null und nichtig geworden. Warum hat der Parteivorstand nicht sofort wenigstens den begangenen schweren Fehler dadurch gutgemacht, daß er die Abmachung als auch für uns nicht mehr bindend öffentlich aufhob und unsren Genossen in den 16 preisgegebenen Kreisen ebenso wie der Presse ihre Bewegungsfreiheit wiedergab? Es scheint uns, daß dies das mindeste war, was die Pflicht erheischte. Leider trat das Gegenteil ein. Der Parteivorstand hat sich vielmehr bewogen gefühlt, den Verrat der Fortschrittler in einer Information an die Partepresse mit allerlei Umständen zu entschuldigen und so den Ingrimm der Genossen über diesen Verrat zu beschwichtigen, wobei er den Fortschritttern – in seltsamem Widerspruch mit den Tatsachen – auch noch ein glänzendes Zeugnis für ihr angeblich pflichttreues Verhalten am zweiten und dritten Stichwahltage ausstellte.

Doch die Abmachung des Parteivorstands sollte auch noch eine andre Korrektur erhalten. Nach der Nachricht von dem Versagen der Fort-

schrittler haben sich unsre Genossen wenigstens in einem der 16 freigegebenen Wahlkreise nicht mehr an die Abmachung gekehrt und eine energische Agitation entfaltet. Dabei haben wir von den durch den Parteivorstand für aussichtslos erklärten Kreisen zwei gewonnen: Nordhausen sowie den hochwichtigen Kreis Hagen, wo uns christlich-soziale Arbeiter zum Siege verholfen haben. Und wir hätten sicher noch mehr Wahlkreise erobern können – waren wir doch in mehreren im Vorsprung –, wenn uns die Abmachung mit den Fortschritttern nicht lähmend und hindernd im Wege gestanden hätte. So hat sie uns höchstwahrscheinlich die beiden württembergischen Wahlkreise Göppingen und Balingen gekostet. Wir konnten in beiden durch energische Agitation die katholischen Arbeiterwähler gewinnen, die uns sozial unendlich näherstehen als die fortschrittlichen Bourgeois. Statt dessen haben wir sie durch die freiwillige Auslieferung des Balinger Kreises an den unter den katholischen Proletariern wegen seines kulturkämpferischen Bramarbasierens verhaßten Haßmann erbittert und uns mit unserm öffentlich vertretenen Grundsatz „Religion ist Privatsache“ in ihren Augen in Widerspruch gesetzt. Die Quittung dafür haben wir in Gmünd-Göppingen erhalten.

Die Abmachung des Parteivorstands mit den Fortschritttern hat also in allen Teilen ein vollständiges Fiasko erlitten. Aber betrachten wir ihre allgemeine Wirkung auf die Parteikonstellation, namentlich auf das Verhältnis zum Schwarz-Blauen Block. Zu diesem Zweck ist es wohl am richtigsten, die Ergebnisse der diesjährigen Wahl mit denen der Hottentottenwahl 1907 zu vergleichen. Zwischen beiden besteht ein direkter Gegensatz. Damals gingen die Liberalen im engen Bündnis mit der Reaktion gegen uns vor, diesmal waren die Fortschrittler an uns durch eine Abmachung direkt gebunden, die Nationalliberalen dadurch indirekt mit der Reaktion entzweit. Was ergab sich aber? Als einziger Unterschied die Tatsache, daß die Fortschrittler 1907 in allen Kreisen wie ein Mann für die Reaktion stimmten, während diesmal eine Minderheit von ihnen für uns und die Mehrheit für die Reaktion stimmte. Im schließlichen Ergebnis bekommen wir jedoch die folgende merkwürdige Tatsache. Bei der Hottentottenwahl haben die Freisinnigen nicht weniger als 32 Wahlkreise an die Reaktion ausgeliefert. So wird bei uns gewöhnlich behauptet, und mit Recht behauptet. Aber damals zählten wir zur „Reaktion“ eben – die Nationalliberalen. So zu lesen in der im Selbstverlag des Parteivorstands 1911 erschienenen trefflichen Broschüre „Sünden des Freisinns. Material zur Bekämpfung der Fortschrittlichen Volkspartei“, Seite 29:

„Von den trotzdem noch erforderlichen Stichwahlen aber entschied er

(der Freisinns – R. L.) wiederum nicht weniger als zweieunddreißig zugunsten der Junker und Junkergenossen! Von den nationalliberalen Mandataten (die hier natürlich mitgezählt sind [Hervorhebung – R. L.]) einmal ganz abgesehen“ usw. Die Nationalliberalen, die damals (und noch im Dezember 1911, als die Broschüre erschien) „natürlich“ zu den „Junker- genossen“ zählten, werden jetzt, durch eine plötzliche Änderung – nicht in der Natur der Nationalliberalen, sondern in unserem politischen Wörterbuch – nicht mehr zur Reaktion, sondern zur „Linken“ gezählt. Rechnen wir sie auch bei den Wahlen 1907 ab und fragen, wieviel Kreise damals die Freisinnigen in der Stichwahl an die Konservativen, Reichspartei und Antisemiten ausgeliefert haben, so bekommen wir – die Sache ist auf derselben Seite 29 der Broschüre des Parteivorstands zu finden – sage und schreibe 20! Ein neckischer Zufall hat es gefügt, daß die Zahl der an die Reaktion durch die Fortschrittler 1907 ausgelieferten Wahlkreise aufs Haar mit der von 1912 übereinstimmt. Die Sache ist einigermaßen auffällig. Also 1907 beim Block mit den Konservativen und Antisemiten gegen die Sozialdemokraten und 1912 beim Abkommen mit den Sozialdemokraten gegen die Konservativen und Antisemiten führte die Stichwahltaktik der fortschrittlichen Wähler zu genau derselben Auslieferung von 20 Wahlkreisen an die Konservativen und Antisemiten!

Doch nicht genug. Die andre Seite der Medaille ist das Verhalten der Reaktion zu den Liberalen. 1907 war die Hilfe selbstverständlich gegenseitig, „eine Laus und eine Seele, kratzten sie sich um die Wette“. Diesmal entstand ob der durch das Abkommen mit uns bewirkten Parole der Fortschrittspartei im reaktionären Lager Wutgeheul und Zähnekklappern. Der Parteivorstand schöpft gerade aus dieser Tatsache die beruhigende Sicherheit, „daß von uns der richtige Weg eingeschlagen war“.

Wollen wir auch hier Worte der Parteien durch ihre Taten kontrollieren, so ergibt sich folgendes: *Die Konservativen, Antisemiten und Reichspartei stimmten in allen Wahlkreisen in überwiegender Mehrheit, in mehreren fast wie ein Mann für die Fortschrittler und gegen uns.* Hier einige Beispiele:

	Hauptwahl	Stichwahl
Göppingen	Soz.	11 933
	Fortschr.	9 445
	Kons.	7 777
Rostock	Soz.	14 345
	Fortschr.	10 823
	Kons.	4 937

	Hauptwahl	Stichwahl
Weimar	{ Soz. 14 250 Fortschr. 7 664 Antis. 7 503	15 756 13 572

Aber besonders interessant ist es, daß auch in jenen 16 Wahlkreisen, die wir den Fortschrittler freiwillig räumen mußten, um sie für den verlorenen Anschluß nach rechts zu entschädigen, daß gerade dort die reaktionären Wähler treu und tapfer den Fortschrittler gegen uns beisprangen. Hier die Beispiele:

	Hauptwahl	Stichwahl
Schaumburg	{ Soz. 3 413 Fortschr. 2 707 Reichsp. 2 583 Antis. 766	3 987 5 044
Lauenburg	{ Soz. 3 808 Fortschr. 3 344 Kons. 1 879 Antis. 1 969 Nat.-Lib. 562	3 721 6 807
Querfurt-Merseburg	{ Soz. 11 128 Fortschr. 10 776 Kons. 8 653	12 433 16 599
Calw	{ Soz. 6 254 Fortschr. 7 626 Kons. 6 165	6 862 11 280

So sah das „Wüten und Toben“ der Schwarzblauen gegen die Fortschrittler in der Praxis aus. Freilich verzichteten die Konservativen diesmal nicht schon in der Hauptwahl auf einige Kandidaten zugunsten des Freisinns, aber in der Stichwahl gegen uns halfen sie den Fischbeck, Brandt, Heckscher, Payer, Koch, und wie all die Helden heißen, kräftig zum Siege. Leisten wir uns noch den Scherz, zu vergleichen, wieviel Wahlkreise die Reaktion bei den Stichwahlen 1907 den Fortschrittler gegen uns in die Hände gespielt hatte, so lautet die Antwort (auf Seite 30 der Schrift des Parteivorstands): 15. Und wieviel im Jahre 1912? Um einen weniger, nämlich 14! Die abermalige Übereinstimmung klingt in der Tat wie ein schlechter Witz – auf die Abmachung unsres Parteivorstands. Ziehen wir etwa noch die nationalliberalen Gegenkandidaturen in Betracht, so sind es wohlgezählte 24 Kreise, in denen Junck und seinesgleichen, trotzdem sie in unserm Lexikon nicht mehr zu „Junkergenossen“ zählen,

von den Junkern und Antisemiten Mann für Mann oder nahezu so unterstützt wurden. Es gelang uns denn auch nur, 6 Kreise gegen diese reaktionäre Hilfe zu erobern. Ziehen wir das allgemeine Fazit, dann ergibt sich folgende erheiternde oder richtiger betrübende Tatsache:

Mit der Reaktion haben die Liberalen diesmal *kein* Abkommen getroffen, und sie standen füreinander treu ein.

Mit uns haben die Fortschrittler ein Abkommen geschlossen und vertreten uns nahezu wie 1907.

Was folgt daraus?

Es folgt etwas höchst Einfaches. Es folgt die alte Lehre des historischen Materialismus von Marx, daß reale Klasseninteressen stärker sind als „Abmachungen“, wie materielle Kräfteverhältnisse der Gesellschaft stärker sind als geschriebene Gesetze; daß man mit Kulissenschiebereien und diplomatischen Kabinettsstücken nicht scheiden kann, was zusammengehört, und nicht verbinden kann, was sich wie Feuer und Wasser verträgt; daß man auf Verstimmungen zwischen bürgerlichen Parteien nicht eine ernste Politik bauen kann. Und kurz und gut: daß die Abmachung des Parteivorstands mit den Fortschrittler – in der Sprache Lassalles – ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt mit untauglichen Mitteln war. Es bleibt nur noch, den politischen Grundgedanken dieses Versuchs zu prüfen.

IV

Leipzig, 4. März

Als ein Mittel, uns einen großen Mandatszuwachs zu sichern, hat das Abkommen mit den Fortschrittler, wie wir geschen, fast gänzlich versagt. Wo wir der Reaktion mehrere Posten entrissen haben, da brachten wir's aus eigener Kraft fertig, entgegen dem Verrat des größeren Teils unsrer Bundesgenossen. Wo unsre eigene Kraft dazu nicht ausreichte, da lieferten uns die Fortschrittler richtig der Reaktion ans Messer. Und endlich, wo sie uns unzweideutig und energisch beistanden, wie in den paar bayrischen Kreisen, da geschah es nicht auf Grund des Abkommens mit dem Parteivorstand. Vom rein praktischen Standpunkt also hat sich die eingeschlagene Taktik als eine hohle Nuß erwiesen, wie es ja stets der „praktischen Politik“ zu ergehen pflegt, wenn sie prinzipielle Standpunkte preisgibt. Wir sind überzeugt, daß ohne das Stichwahlabkommen der Ausfall der Wahlen ein nur wenig verändertes Bild geboten hätte. Haben doch die fortschrittlichen Wähler, die für uns stimmten, allem Anschein nach nicht auf Grund der in ihren Reihen höchst lockeren Disziplin und

aus Gehorsam gegen die vielfach gar nicht verbreitete Parole von oben es getan, sondern aus Abneigung gegen die reaktionäre Wirtschaft der Schwarzbürgel. Ohne das Abkommen hätten sie wahrscheinlich ebenso gehandelt, denn eine allgemeine Hetze gegen die Sozialdemokratie, eine patriotische Hurrastimmung wie im Jahre 1907 war diesmal durch die Situation von vornherein ausgeschlossen. Dieselbe widerspruchsvolle Zusammensetzung der liberalen Wählermassen, die das Abkommen zwischen unserm Parteivorstand und der Fortschrittspartei durchbrochen hat, hätte auch ohne dasselbe die Zersplitterung der fortschrittlichen Wähler bewirkt.

Allein, nehmen wir für einen Augenblick an, wir hätten tatsächlich ohne das Abkommen mit den Fortschrittspartei etwa 15–20 Mandate weniger erhalten. Jeder von uns freute sich aufrichtig in dem Augenblick, wo die stolze Zahl von 110 Abgeordneten in den Reichstag Einzug hielte, wo die Verfeindeten und „Niedergerittenen“ von 1907 als die stärkste Fraktion aufmarschierten. Doch von solchen augenblicklichen Empfindungen der Genugtuung dürfen wir uns nicht den Blick für reale Machtverhältnisse trüben lassen. Unser wirklicher Sieg und unsre wirkliche Macht liegen in den $4\frac{1}{4}$ Millionen Wählern, die uns die Hauptwahl gebracht hatte, und es ist lediglich der Druck dieser Massen von draußen, der unsrer Fraktion im Reichstag ihr Gewicht verleiht, ob die Fraktion um 20 Mann größer oder kleiner ist. Wollte der Parteivorstand den großartigen Sieg des 12. Januar sofort zu einer gebührenden Machtentfaltung ausnutzen – und man hätte allen Grund, sich über eine solche Tatkraft der Führung zu freuen –, so war die gebotene Taktik naheliegend genug! Nicht in einer geschäftigen Jagd nach Mandaten durch ein Techtelmechtel mit dem Liberalismus, sondern durch einen sofortigen Appell zu Massenaktionen größten Stils im ganzen Lande für die Eroberung des preußischen Wahlrechts, für den Achtstundentag, für die Einführung des Milizsystems – so wäre der Wahlsieg zur Machtstärkung des Proletariats und zugleich unsrer Position im Reichstag in der einzigen richtigen und wirksamen Weise erzielt worden.

Der Grundgedanke der Taktik unseres Parteivorstandes richtete sich leider nicht auf die eigene Massenaktion des Proletariats draußen, sondern auf parlamentarische Konstellationen im Reichstag, und damit war ihre Aussichtslosigkeit von vornherein gegeben. Was war der leitende Gesichtspunkt dieser Taktik? Die Zerschmetterung des Schwarz-Blauen Blocks durch die Bildung einer „linken Mehrheit“ im Reichstage. Alle Hochachtung vor der kühnen Entschlossenheit, aber der Zweck war so

phantastisch wie das Mittel. Der Schwarz-Blau Block, das ist nicht eine gewisse Anzahl von Reichstagsabgeordneten, das ist ein gewisses politisches System, das ist die herrschende Reaktion in Preußen-Deutschland, deren Grundpfeiler die volksfeindliche Steuer- und Zollpolitik, die scharfmacherische Sozialpolitik und der Militarismus in seiner neuesten imperialistischen Ausgabe sind. Wir haben in zahllosen Artikeln unserer Presse, in zahllosen Reden in und außer dem Reichstag selbst dargelegt, daß diese Erscheinungen keine Zufälligkeiten, sondern in den wirtschaftlichen Verhältnissen, in der bestimmten Entwicklung der deutschen Bourgeoisie, in der Übermacht des Junkertums, in der Zusammenballung des Großkapitals der schweren Industrie, in dem Haß und der Angst vor der wachsenden Macht des Proletariats, endlich in gewissen Zügen der internationalen Entwicklung des Kapitalismus fest verankert sind. Wir haben selbst hundertmal dargelegt, daß der Knotenpunkt dieser schwarz-blauen Politik Deutschlands in Preußen liegt, wir wissen, daß das stärkste Bollwerk der deutschen Reaktion, der preußische Landtag, noch in den Händen des Junkertums ist.

Und nun sollte all dies plötzlich durch die Zauberwirkung einer schlauen Stichwahlpolitik null und nichtig gemacht werden! Die Reaktion sollte in drei Tagen „zerschmettert“ werden, und zwar wodurch? – durch eine Verschiebung der Sitze im Reichstage!

Wenn wir sagen, daß die schwarz-blaue Reaktion in den Klassenverhältnissen und der objektiven Entwicklung des deutschen und internationalen Kapitalismus fest verankert ist, so wollen wir beileibe nicht damit behaupten, daß der Kampf und der Sieg über die Reaktion aussichtslos wären. Nichts läge der sozialdemokratischen Politik ferner als ein solcher Fatalismus! Wir sollten nur aus der Einsicht in die festen Fundamente der Reaktion den richtigen Schluß ziehen, daß sie niemals durch parlamentarische Mittel, durch Wahlschiebereien und Fraktionsabmachungen, niedergurten ist, sondern daß nur große Massenaktionen der Arbeiterschaft draußen im Lande, nur gewaltige Machtentfaltung des Klassenkampfes mit allen seinen Konsequenzen die Reaktion in Deutschland wie in Preußen wirklich zu zerschmettern imstande sind. Wir sollten uns darüber klar sein, daß die Dauer, der Anlauf und die historische Tragkraft dieser Kämpfe so gewaltig sein dürfen, daß sie womöglich aus der Frage um die Herrschaft von „Junkern und Junkerinnen“ in die Frage von der Existenz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinauspielen werden – alles Umstände, die geeignet sind, nicht etwa, uns den Mut und die Zuversicht zu rauben, sondern umgekehrt, sie erst recht zu stählen.

Um jedoch solche Aktionen zu ermöglichen, um die nötige Spannkraft der revolutionären Energie in den Massen zu erzeugen und wachzuhalten, dazu ist vor allem nötig *Klarheit*, dazu ist es nötig, keine Illusionen im Volke zu nähren, als ob sich die herrschende Reaktion im Handumdrehen, durch eine „geschickte“ parlamentarische Taktik „zterschmettern“ ließe, und vor allem keine Illusionen darüber, als ob die Volksmasse sich bei dieser großen historischen Aufgabe auf die parlamentarische Mitwirkung des bürgerlichen Liberalismus verlassen könnte.

Die Schaffung der „linken Mehrheit“, das war die Kehrseite der phantastischen Hoffnungen auf die Zerschmetterung der Reaktion. Die Fortschrittler sollten plötzlich im Ernst, wie die Franzosen sagen, als ami et cochon, als dicke Freunde, mit uns den Schwarz-Blauen Block in den Grund bohren! Mußten sich da nicht die Wählermassen bei diesen in höchsten Fisteltönen von uns wie von dem Mosse-Blatt vorgetragenen Melodien verwundert fragen: Ja, trauen wir denn unsern Ohren recht? Hat man uns nicht erst gestern in den Wahlversammlungen und Flugblättern klar bewiesen, daß der Schwarz-Blaue Block nur eine Konsequenz des Bülow-Blocks war, daß die Fortschrittler in der Finanzreform sich nur durch ein Feigenblättchen von den Schwarzblauen unterschieden, daß sie bei der Reichsversicherungsordnung¹ in ihrer Mehrheit zu den Schwarzblauen abschwenkten, daß sie den ganzen verbrecherischen Wahnwitz der Militär-, Marine und Kolonialpolitik mitmachen? Und diese Leute sollten plötzlich in einer Woche aus verschämten Handlangern der Reaktion zu ihren Zerschmetterern werden? So mußten sich die Wählermassen fragen, und die von uns eingeschlagene Taktik konnte nur die größte Verwirrung anrichten.

Aber die Rechnung der „linken Mehrheit“ hatte noch ein größeres Loch. Sie war nicht bloß auf die Fortschrittler, sondern auch auf die Nationalliberalen gebaut, denn nur mit Einrechnung dieser bis auf den letzten Mann konnte sich eine geringe zahlenmäßige Mehrheit ergeben. Und hier schlägt das Phantastische der Rechnung direkt ins Possenhafte um. Wie man in aller Welt auf die Idee verfallen konnte, die schwankenden Gestalten der Fraktion Drehscheibe², diese Partei, die die ärgsten Scharfmacher, die schlimmsten direkten Feinde der Arbeiterklasse umfaßt, zu den „Zerschmetterern“ der Reaktion zu zählen, das wird für

¹ Am 30. Mai 1911 war im Reichstag die Vorlage zur Reichsversicherungsordnung angenommen worden, ohne die von der Sozialdemokratie gestellten Forderungen nach höheren sozialen Leistungen und deren Ausdehnung auch auf Landarbeiter sowie nach einer Herabsetzung des Rentenalters zu berücksichtigen.

² Gemeint ist die Reichstagsfraktion der Nationalliberalen Partei.

immer ein holdes Geheimnis der parlamentarischen Selbstdäuschungen bleiben. Es ist klar, daß hier die politischen Folgen des Kompaniegeschäfts mit dem Freisinn auf uns abfärbten, denn es ist ja seine Spezialität, auf den Nationalliberalismus immer zu hoffen, sich immer wieder zu enttäuschen und doch immer wieder zu hoffen und so in unendlichem Reigen von Wehklagen und ermunterndem Auf-die-Schulter-Klopfen fort, während der nationalliberale Held standhaft und unerschüttert bei jeder Probe auf sein Heldenamt immer wieder ins Gras beißt. „Und wär‘ es nur im Grase – in jedem Quark begräbt er seine Nase.“ Der Bülow-Block war auf eine politische Zusammenarbeit von Liberalen und Konservativen aufgebaut. Wenn man aber diese Kombination eine Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen genannt hat, so war die Kombination der „linken Mehrheit“ in einem noch viel höheren Grade auf einer Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen basiert, denn das, was *uns* von den Liberalen trennt, ist viel grundlegender Natur als das, was den Gegensatz der Liberalen und der Konservativen ausmacht.

Gewiß, es ist nicht Aufgabe der Klassenpartei des Proletariats, die verschiedenen Schichten und Parteien der bürgerlichen Gesellschaft künstlich zusammenzuschweißen, sie zu einer reaktionären Masse selbst zu peitschen. Aber es ist noch weniger Aufgabe der Sozialdemokratie, die bereits vollzogene, durch die objektive Entwicklung verursachte und durch tausend Erfahrungen bestätigte Zusammenschweißung der Bourgeoisie zu einer reaktionären Masse zu verschleiern, sie durch kleine Mittelchen des Parlamentarismus, durch ein freundliches Wort hier, einen kleinen Puff dort wieder zu sprengen hoffen und nebensächliche Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien zu tiefgehenden Gegensätzen aufzubauschen.

Eine Politik, die auf solchen Fundamenten errichtet war, mußte sich als ein Kartenhaus erweisen, das der erste Wind umschmeißt. Und sie hat sich als solche erwiesen. Was wir gegenwärtig im Reichstage erleben¹,

¹ Bei der Wahl des Reichstagspräsidiums zu Beginn der neuen Legislaturperiode am 9. Februar 1912 wurden Peter Spaeth (Zentrum) zum Präsidenten, Philipp Scheidemann (Sozialdemokratische Partei) zum ersten und Hermann Paasche (Nationalliberale Partei) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Über die Zusammensetzung des Präsidiums waren auf Initiative des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion Besprechungen mit Vertretern der Nationalliberalen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei und auch des Zentrums geführt worden, die innerhalb der bürgerlichen Parteien heftige Meinungsverschiedenheiten hervorriefen und zum Rücktritt des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten sowie zur Neuwahl dieser Ämter am 14. Februar 1912 führten. Da laut Geschäftsordnung des Reichstags das erste Präsidium nur für vier Wochen gewählt wurde, erfolgte am 8. März 1912 die Neuwahl für die Dauer der gesamten Session. In diesem Präsidium war kein sozialdemokratischer Abgeordneter vertreten.

ist der Zusammenbruch – nicht des Schwarz-Blauen Blocks, sondern der „linken Mehrheit“. Und sie findet ein entsprechendes klägliches und possenhafte Ende. Wäre die Taktik nur auf die Fortschrittler gestützt, so hätte sie bei der ersten Militärvorlage Schiffbruch erlitten. Da sie auch auf den Nationalliberalen als ihren Pfeilern ruhte, so hat es nicht einmal einer wichtigen politischen Entscheidung, eines großen Gegenstandes bedurft. Formalien und Lappalien des chinesischen Zeremoniells der Monarchie haben ausgereicht, um die „linke Mehrheit“ in Dunst aufzulösen. Das Bild, das der Reichstag seit seinem Zusammentritt und bis zur Auseinandersetzung zwischen uns und den Nationalliberalen über die Couloirgespräche und -verhandlungen bot, hat wahrlich alles andre denn einen erhebenden Eindruck gemacht. Von der Größe unseres Wahlsieges ist im Reichstag noch herzlich wenig zu spüren gewesen; darüber können auch nicht so krass Übertreibungen hinweghelfen wie die Versicherung unseres Zentralorgans, die bürgerlichen Parteien hätten so etwas wie das Totenglöcklein der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gehört, als Genosse Scheidemann die Reichstagsglocke mit meisterlicher Hand schwang. Auf einen großen historischen Augenblick, auf die Feuerzeichen des Klassenkampfes am 12. Januar folgte ein verwirrendes und verunglücktes Experiment mit der „Linken“, das in einer jämmerlichen Katzenbalgerei derselben nationalliberalen Helden endete, auf die unsre Taktik am andern Tage nach dem Wahlsiege gebaut war. Die Politik der „linken Mehrheit“ endet, bevor sie angefangen hat. Ihr Gedanke selbst ist unverzüglich für ernste Führer der größten politischen Partei der Welt. Wir Sozialdemokraten sind ja freilich nicht umzubringen – nicht durch Nücken und Tücken der Feinde und nicht einmal durch eigene Dummheiten. Trotz der momentan angerichteten Verwirrung stehen wir im Lande und im Reichstag so kräftig und glänzend da wie je. Es ist die große Tat der proletarischen Masse am 12. Januar, deren strahlender Glanz schließlich doch über die kleinen Taten unsrer Führer hinweg das blendende Licht verbreitet, und es ist die große Wahrheit unsrer Grundsätze, die gegen unsre eigenen Zweifel triumphiert. Wohlgemerkt, wir tadeln unsren Parteivorstand nicht etwa, weil er sich in der ganzen Taktik mit den Liberalen wenig schlau erwiesen hat. Wir bedauern nur, daß er überhaupt hat schlau sein wollen. Denn wie Lassalle im „Sickingen“ sagt: Denn manchem hat's den Hals gekostet, in großen Dingen schlau zu sein. Etwas weniger Geschäftigkeit in der parlamentarischen Kulissenschieberei, weniger sprunghaften Glauben an eine „neue Ära“ bei jedem wichtigen Windstoß, der die Spreu der Tagespolitik nach rechts oder nach links wirbelt, dafür mehr ruhige

Stetigkeit und Großzügigkeit in der Politik, mehr Berechnung auf weitere Distanz, auf große, ausschlaggebende Faktoren des Klassenkampfes – das ist es, was uns not tut in der großen Zeit, in der wir leben.

Leipziger Volkszeitung,

I: Nr. 50 vom 29. Februar 1912,

II: Nr. 51 vom 1. März 1912,

III: Nr. 52 vom 2. März 1912,

IV: Nr. 53 vom 4. März 1912.

Unser Wahlsieg und seine Lehren

*Rede am 1. März 1912 in Bremen
Nach einem Zeitungsbericht*

Parteigenossen und -genossinnen! Mit einem herrlichen Gefühl des Triumphes und der Freude kommen wir heute zusammen. Auch der Bremer Wahlkreis gehört zu denjenigen, die im vergangenen Wahlkampf von der Sozialdemokratie erobert wurden. Wir haben allen Anlaß, auf die gelieferte Schlacht des 12. Januar¹ mit Stolz zurückzublicken. Allein, Parteigenossen, die Sozialdemokratie ist eine Partei des Kampfes, der es nicht vergönnt ist, die Freude eines ausgefochtenen Sieges lange zu genießen. Der Sozialdemokratie ist die Zeit nicht gegeben, auch nur wenige Stunden auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Je größer der errungene Sieg, um so größer sind auch die Aufgaben und die Pflicht, die vor uns erstehen. Wir sind eine Partei der Selbstkritik. Wir schöpfen die Richtlinien für unseren Kampf aus unserem Kampfe selbst und aus den täglichen Erfahrungen. Für uns gibt es nirgends eine im voraus gegebene, in irgendeinem Buche festgelegte Marschroute, an die wir uns, wie der fromme Christ an die Bibel, halten könnten. Wir haben uns nicht etwa an dem herrlichen Sieg des 12. Januar blindlings zu berauschen, sondern wir haben nüchtern, ernst und unerbittlich an uns selbst und an der uns umgebenden Welt Kritik zu üben und uns zu fragen: Welchen Umständen haben wir den Sieg zu verdanken? Was folgt aus diesem Siege, und welche weiteren Aufgaben ergeben sich aus der gewonnenen Schlacht?

Ich habe gesagt, der 12. Januar war ein Tag des herrlichen Sieges für die deutsche Sozialdemokratie. Man kann mehr sagen, er war es für die ganze internationale Arbeiterklasse. Das hat jeder von uns mitgeföhlt, als er die Kunde von dem großartigen Siege empfangen hat. Damit will ich nicht den Gedanken ausdrücken, daß wir von dem parlamentarischen

¹ Siehe S. 6, Fußnote 3.

Wahlsieg eine neue Epoche der Weltgeschichte erwarten. Wir stehen in der Einschätzung der parlamentarischen Siege auf grundsätzlich anderem Boden als die gesamte bürgerliche Welt. Erinnern Sie sich der Wahlen des Jahres 1907¹. Sie wurden in der ganzen Welt ausgesetzt als eine eklatante Niederlage der Sozialdemokratie. Wir hatten etwa die Hälfte unserer Mandate verloren. Das war vom Standpunkt des bürgerlichen Parlamentarismus eine regelrechte Niederlage. Es ist richtig, für die bürgerlichen Parteien bedeuten Mandatsverluste eine politische Niederlage für die Partei. Und bei uns? Was hat sich herausgestellt nach der „Niederlage“ von 1907? Ihnen, da Sie selbst im Feuer gestanden haben, brauche ich nicht zu sagen, daß wir niemals so mächtig geworden sind wie nach der sogenannten Niederlage von 1907. („Sehr richtig!“) Da hat sich herausgestellt, daß Mandatsverluste für uns etwas ganz anderes bedeuten als für die bürgerlichen Parteien. Niemals ist unsere Organisation so in die Breite und Tiefe gegangen wie nach 1907, niemals wurde unsere Presse so ausgebaut und verbreitet, und man kann sagen, ohne die Niederlage des Jahres 1907 wäre nicht der herrliche Sieg des Jahres 1912 gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Und so können wir denn den Schluß ziehen: Die Wurzeln unserer Macht liegen nicht allein in den parlamentarischen Kämpfen, sie kommen nicht allein dadurch unverfälscht zum Ausdruck. Es stellt sich vielmehr heraus, daß die Wurzeln unserer Macht tiefer stecken als in den parlamentarischen Errungenschaften. Was sind die allgemeinen Wurzeln unserer Kraft? Es sind immer dieselben Grundlagen der Klassengesellschaft mit ihrer Ausbeutung und Unterdrückung und ihren sich verschärfenden Klassengegensätzen. Es bleibt immer wahr, was Marx und Engels vor mehr als 60 Jahren formuliert haben als das Grundgesetz der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft: Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht imstande, einen Schritt vorwärts zu tun, ohne daß gleichzeitig ihre Totengräber vorwärtschreiten in der Erkenntnis ihrer Macht. So schreiten wir als die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft dank den Siegen im Parlament von einer Etappe zur anderen bis zum endgültigen Siege des Sozialismus.

Was waren nun die näheren Umstände, denen wir den Sieg des 12. Januar verdanken? Es ist außerordentlich wichtig, sich immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, woher wir die Kraft schöpfen, damit wir uns keinen Illusionen hingeben. Die Verschärfung der Klassengegensätze und der Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft, haben wir sie nicht schärfer zu spüren bekommen in den fünf Jahren von 1907 bis 1912?

¹ Siehe S. 7, Fußnote 2.

Jeden Tag bringt die Zeitung neue Meldungen über das gewaltige Zusammenballen des industriellen Finanzkapitals in Deutschland. Deutschland marschiert jetzt förmlich an der Spitze des gewaltsamen Zusammenraffens der Kräfte des Kapitals. Die Macht des Bankkapitals tritt in keinem Lande so deutlich zutage wie in Deutschland in den letzten Jahren. Auch die Macht der Kartelle ist in Deutschland in der klarsten und schärfsten Weise zum Ausdruck gekommen. Den kolossalen Machtzuwachs des herrschenden Kapitals beweist schon die Tatsache, daß die preußische Regierung in das mächtige Kartell der rheinisch-westfälischen Kohlensyndikate als Mitglied eingetreten ist. Um die Bedeutung dieser einfachen Zeitungsmeldung einzusehen, muß man sich erinnern, daß die preußische Regierung noch vor wenigen Jahren den Versuch gemacht hat, mit demselben Kartell einen Kampf auszufechten. Wer ist nun zu Kreuze gekrochen? Das war nicht das Kapital, sondern die Regierung. So zeigt sich, daß das Kapital über alle Schranken, auch über die Regierungspolitik, hinwegschreitet.

Noch eine andere Erscheinung. Sie werden alle mit großer Aufmerksamkeit den Kampf verfolgt haben, der kurz vor der Reichstagswahl im Berliner Metallgewerbe ausgebrochen war.¹ Es kam damals um ein Haar zu einer Aussperrung von 50 000 bis 60 000 Metallarbeitern in Berlin und Umgegend. Es ist im letzten Moment dazu gekommen, daß sich die Arbeiter, wenn auch zähneknirschend, gefügt haben. Ist das das erste Mal? Gerade im letzten Jahre haben wir nicht weniger als drei gewaltige Kraftproben im deutschen Metallgewerbe erlebt, die erste in Hamburg. Schon damals hat das Kapital gedroht, an den gesamten deutschen Metallarbeitern Rache zu nehmen dafür, daß eine kleine Gruppe von Arbeitern es gewagt hat, an den Ketten des Kapitals zu rütteln. Ist es nicht für jedermann klar, daß das nicht alles Zufälligkeiten, sondern Symptome einer allgemeinen Verschiebung der Kräfte sind, die jedem klar zeigen, daß wir nicht herumkommen um eine gewaltige Auseinandersetzung mit dem Kapital? Die ewigen Drohungen mit den Aussperrungen zeigen, daß das Kapital begriffen hat, was das gewaltige Aufstreben und die Organisation der Arbeiterschaft bedeuten. Worum handelt es sich bei den Kämpfen im Metallgewerbe? Beileibe nicht um ein paar Pfennig Lohnzulage. Es handelt sich um ein Prinzip, um Tod und Leben der Gewerkschaft, es handelt sich darum, der Arbeiterschaft die Waffe aus der Hand zu schlagen.

Wir haben noch andere Symptome erlebt, die uns zeigen, bis zu welchem

¹ Siehe S. 72, Fußnote 1.

Reifegrad die kapitalistische Entwicklung in Deutschland gekommen ist. Erinnern Sie sich der eigentümlichen Nachrichten, die Sie im vergangenen Sommer von den verschiedensten Seiten zu lesen bekamen. Da kamen Nachrichten aus Frankreich, daß in den großen Städten die Arbeiterschaft, voran die Frauen mit den Kindern auf den Armen, auf die Straße gingen und vor Hunger Krawalle gemacht haben. Solche Nachrichten kamen auch aus Belgien und England, sie kamen auch schließlich aus Wien, aus dem gemütlichen Wien, wo die liebenswürdigsten Verhältnisse zwischen Polizei und Einwohnerschaft bestehen. Dort wurden auf die hungernden Massen die ersten Schüsse abgegeben.¹ (Pfuirufe.) Wenn ich sage, es seien merkwürdige Symptome, so ist damit nicht ausgesprochen, daß der Hunger eine Ausnahmeerscheinung der kapitalistischen Gesellschaft ist. Was wir im vergangenen Jahre erlebten, war keine Krise, für die die arbeitenden Massen immer die Kosten zu tragen haben, sondern wir erleben seit ein paar Jahren eine zunehmende Hochkonjunktur des Kapitalismus, das heißt, wir leben in einer Zeit, wo der Kapitalist die glänzendsten Geschäfte macht. Und während dieser Zeit mußten die Massen der Arbeiterschaft auf die Straße steigen und gegen den Hunger demonstrieren. Das sind Erscheinungen, die wir früher nicht erlebt haben. Das ist ein Beweis, daß die kapitalistische Ausbeutung eine noch nie dagewesene Höhe erreicht hat.

Es gibt noch eine Erscheinung, die nur genannt zu werden braucht, um uns zugleich eine Menge von Zusammenhängen politischer und internationaler Natur vor die Augen zu rufen, um uns zu zeigen, wohin der Kurs der bürgerlichen Gesellschaft geht. Ich meine das Überhandnehmen des Imperialismus. Die Marokkoaffäre² hat gezeigt, daß Deutschland sich mit einem Panthersprung in die uferlosen Gefahren des Imperialismus gestürzt hat. Man hat uns verlacht und verhöhnt, weil wir der sogenannten Katastrophentheorie huldigen. Erleben wir nicht jetzt eine kapitalistische Katastrophenpraxis? Leben wir nicht in einer Zeit, wo der Weltkrieg zu einer zunehmenden Gefahr geworden ist? In Deutschland selbst hat die kleine Marokkoaffäre wie ein Erdbeben gewirkt. Wenn sich die Bethmann Hollweg, Kiderlen-Wächter hinstellten und sagten, daß sie und der deutsche Kaiser diejenigen gewesen seien, die im letzten Moment den Frieden erhalten hätten, so wissen wir, was von diesem Gerede zu halten ist. Wir kennen die Friedensengel auf den Thronen. Wenn die Gefahren des Krieges noch im letzten Moment beseitigt wur-

¹ Siehe S. 59, Fußnote 1.

² Siehe S. 5, Fußnote 1.

den, so ist das dem machtvollen Protest der Sozialdemokratie zu danken. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein Beispiel, daß die Katastrophenpraxis des Kapitalismus kein Land verschont und wie ein heftiges Gewitter herniedergeht. Blicken Sie auf das unglückliche Persien. Dort spielt sich wieder ein weltgeschichtliches Drama vor unseren Augen ab.¹ Unter der Deckung des Lärms, der im Westen entstanden ist, haben Rußland und England die Zeit für gekommen erachtet, sich auf eine neue Beute zu stürzen. Die Aufteilung Persiens schafft wieder neue Gegensätze auf dem asiatischen Kontinent. Auf diese Weise kommen wir um die Gefahr eines Weltkrieges früher oder später nicht herum. Es gibt Zeichen und Wunder der Weltgeschichte, die jedem zeigen müssen, mit welchen Riesenschritten die kapitalistische Entwicklung ihrer eigenen Katastrophe entgegengesetzt. Denken Sie an die Nachrichten, die Sie Tag für Tag aus einem fernen Lande lesen, ich meine China. In China siegt die Revolution.² Sind Sie nicht auch aufgewachsen in der Vorstellung, daß das große chinesische Reich, jener bezopfte Koloß im Osten, eine Ausnahme macht unter allen geschichtlichen Gesetzen, daß es ein Land ist, an dessen Grenzen sich alle Stürme der Geschichte ohnmächtig brechen? Und nun auf einmal, während wir uns in Deutschland um den revolutionären Gang der Geschichte herumzanken, hat er in China mutter gearbeitet und den Vorhang heruntergerissen und es als ein Land gezeigt, in dem die heftigsten Klassenkämpfe tobten. In China hat die Republik gesiegt, und wir in Deutschland, die wir in der Welt voranmarschieren, leben jetzt unter einem chinesischen Mandarinentum. (Große Heiterkeit.)

Unter solchen Zeichen der Weltgeschichte hat die Reichstagswahl vom 12. Januar in Deutschland stattgefunden. Ist es da ein Wunder, daß wir aus dem Mutterboden der revolutionären Entwicklung der Klassengegensätze als die Sieger hervorgegangen sind? Die Geschichte hat für uns gearbeitet, und es ist nur unser Verdienst, die Gesetze der Geschichte zum Ausdruck gebracht zu haben. Aber daraus haben wir auch entsprechende Lehren zu ziehen. Wir haben uns nach dem gewaltigen Siege wieder zu besinnen, wo der Mutterboden unserer Kraft liegt. Ich habe zuvor davon

1 Unter dem Einfluß der Revolution in Rußland von 1905 bis 1907 hatte sich in Persien eine bürgerlich-demokratische Massenbewegung entwickelt, die zur Einschränkung des Absolutismus und zur Einführung der konstitutionellen Regierungsform geführt hatte. Mit aktiver Unterstützung Großbritanniens und des zaristischen Rußlands, die im Süden bzw. Norden Persiens die revolutionären Kräfte mit Waffengewalt unterdrückten, gelang es den reaktionären Kräften in Persien, Ende 1911 die Revolution niederzuschlagen.

2 Siehe S. 81, Fußnote 1.

gesprochen, daß uns die sogenannte Niederlage von 1907 so überaus gut bekommen ist. Wir wachsen aus jeder Niederlage zehnmal stärker heraus. Heute stehen wir vor einer gefährlichen Probe. Nun haben wir zu zeigen, daß wir auch Siege zu ertragen wissen. Am 12. Januar haben $4\frac{1}{4}$ Millionen deutscher Proletarier der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgedrückt. Die deutsche Sozialdemokratie hat damit ein sehr wichtiges Mandat bekommen, sie hat sich jetzt würdig zu zeigen des Vertrauens der Massen. Wir haben die Pflicht, nach diesem gewaltigen Siege zu zeigen, wie man handelt, um parlamentarische Siege richtig auszunutzen. Wir haben vor allem zu zeigen, wie man die Waffe des Parlamentarismus mit den Grundsätzen des revolutionären Klassenkampfes vereinigen kann. Von diesem Standpunkte aus haben wir die Pflicht, mit unerbittlicher Schärfe unsre eigene Taktik seit den Tagen des 12. Januar nachzuprüfen. Das erste, was einer Prüfung unterliegen soll: die Stichwahlaktik des Parteivorstandes.

Zwischen unserem Parteivorstand und der Fortschrittlichen Volkspartei ist es gleich nach dem großartigen Siege des 12. Januar zu einem bestimmten formellen Abkommen in bezug auf die Stichwahlen¹ gekommen. Ich werde nur die Punkte dieses Abkommens herausgreifen, die besonders unsre Kritik herausfordern. Ich werde mich dabei nicht einlassen auf die Untersuchung der Frage, ob ein Abkommen in bezug auf Stichwahlen zwischen der Sozialdemokratie und den Liberalen stattzufinden hatte oder nicht. Solche allgemeinen theoretischen Untersuchungen sind wichtig und nützlich, solange sie noch im Bereich der Theorie bleiben. Jetzt haben wir zunächst ein konkretes Abkommen zu prüfen. Der Parteivorstand hat sich gesagt, er dürfe die große Macht, die uns mit den $4\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen zugestellt war, nicht ungenutzt lassen, um weitere Erfolge praktischer Natur zu erringen. Es war sein Bestreben, soviel wie möglich Mandate für uns bei den Stichwahlen zu retten. Er hat sich auch vorgenommen, die Politik so zu leiten, um womöglich den Schwarz-Blauen Block² in die Minderheit zu bringen. Das waren seine Gründe, die der Parteivorstand in vertraulicher Weise der Parteipresse mitgeteilt hat. Jawohl, in vertraulicher Weise. Sie wußten nichts von dem Abkommen. Es war nur ein kleines Häuflein von Genossen, die von dem Abkommen wußten. Die große Masse hat nichts davon erfahren. Das ist der erste Punkt, den ich in schärfster Weise kritisieren möchte. Es ist unerlaubt in der sozialdemokratischen Partei, hinter dem Rücken der großen Masse irgendeine Politik zu treiben. („Sehr richtig!“) Die Stichwahlen werden

1 Siehe S. 91, Fußnote 3.

2 Siehe S. 65, Fußnote 2.

von den bürgerlichen Parteien freilich gewöhnlich im geheimen gemacht. Warum? Weil die Herrschaften ihre guten Gründe haben, Heimlichkeiten zu treiben, denn ihre Wahlgeschäfte sind Schwindelgeschäfte. Das ist gewöhnlich Prinzipienverrat, der hinter dem Rücken der Wähler getrieben wird. Wir Sozialdemokraten kennen solche Geschäfte nicht, die das Licht der Welt zu scheuen hätten. Fehler werden allerdings überall gemacht, das schlimmste aber ist, wenn ein Fehler verborgen bleibt. Wir Sozialdemokraten, die wir eine Partei der Massen sind, dürfen nicht über die Köpfe der Wähler hinweg ein Wahlabkommen mit anderen Parteien treffen. Es ist unsere Pflicht als Partei, den Wählern unsere Gründe vorzutragen, damit sie mit vollem Bewußtsein unsere Politik mitmachen. Für die bürgerlichen Parteien sind die Wähler das Mittel zur Eroberung von Mandaten. Für uns ist die Wählermasse der „große Mann“, der Geschichte macht. Es ist auch sicher nicht der Wille und die Absicht unseres Parteivorstandes gewesen, geheime Wahlabmachungen zu treffen. Ich war nicht dabei, aber ich möchte meine Hand dafür ins Feuer legen, daß der Vorstand willens war, offen und ehrlich die Sache vor der Welt zu machen. Aber da zeigt sich die erste Folge des Zusammengehens mit der liberalen Partei. Die Fortschrittler haben es machen müssen, weil sie sich vor der Reaktion nicht öffentlich blamieren wollten. (Heiterkeit.) Sie haben gesagt, wie es bei Heine heißt:

Blamier mich nicht, mein schönes Kind,
und grüß mich nicht Unter den Linden;
wenn wir nachher zu Hause sind,
wird sich schon alles finden.

(Heiterkeit.) Die Fortschrittler wollten sich die reaktionäre Kundschaft nicht verderben. Es war nicht das letzte Opfer, das uns das Geschäft gekostet hat. Die Fortschrittler haben sich verpflichtet, uns in 31 Wahlkreisen, wo wir mit Kandidaten des Schwarz-Blauen Blocks im Kampf standen, zu unterstützen. Dafür haben wir uns verpflichtet, sie in sämtlichen Wahlkreisen zum Siege zu führen, wo sie mit reaktionären Kandidaten in der Stichwahl standen. Glauben Sie nun etwa, daß sich die Fortschrittler bei diesem Abkommen verpflichtet haben, die Parole an die Wähler herauszugeben: Stimmt für die Sozialdemokratie und gegen den Reaktionär? Beileibe nicht. Sie haben sich gesagt, wir können euch da nicht öffentlich unterstützen, das könnt ihr nicht verlangen. Sie begnügten sich mit der Parole, die schwarz-blau Mehrheit darf nicht wieder in den Reichstag hinein. Man braucht sich nur an die Vorgänge der letzten Jahre

zu erinnern, ich erinnere an die Wahl in Gießen-Nidda¹, um zu wissen, wieviel Disziplin von den fortschrittlichen Wählern zu erwarten ist. Der Parteivorstand hat aber die schönen Versprechungen der Fortschrittler für bare Münze genommen und darauf verzichtet, daß öffentlich eine Parole zugunsten der Sozialdemokratie herausgegeben wurde. Der Parteivorstand hat bei dem Abkommen auch zugestanden, daß in 16 Wahlkreisen, in denen wir im Kampfe gegen die Fortschrittler standen, der Kampf eingestellt wurde, damit unser Kandidat unterlegen, der fortschrittliche dagegen den Sieg davontragen sollte. („Hört! Hört!“ Pfui-rufe.) Die Rednerin verliest diese Stelle des Abkommens, in der es heißt:

„Wir verpflichten uns dafür, in 16 Wahlkreisen, wo wir gegen die Fortschrittliche Volkspartei in Stichwahl stehen, den Wahlkampf zu dämpfen.“

Das ist ein Ausdruck, der zum ersten Mal in die sozialdemokratische Kampfpraxis aufgenommen worden ist; bis jetzt haben wir nichts gedämpft. („Sehr richtig!“) Dann heißt es in den Mitteilungen des Vorstandes über dieses Abkommen an die Presse: „Wir haben uns dagegen verpflichtet, in den vorher bezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten, wogegen es uns freisteht, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten.“²

Seit die deutsche Sozialdemokratie besteht, haben wir eine solche Politik noch nicht betrieben, und ich will hoffen, daß die Massen auf dem Posten sind, um zu verhüten, daß ein solches Beispiel Schule macht. („Sehr richtig!“) Wir sollen den Wahlkampf dämpfen! Stellen Sie sich vor einen Wahlkreis, in dem ein Genosse als Kandidat figuriert, für den die eigenen Parteigenossen nichts tun dürfen. Der Parteivorstand sagt freilich, wir haben den Fortschritttern lauter Wahlkreise zugestanden, in denen sowieso für uns keine Aussicht bestand, es waren aber Wahlkreise darunter, in denen wir vor den Fortschritttern einen Stimmenvorsprung hatten. Bis jetzt war für uns das Mandat nicht das erste, sondern das letzte im Wahlkampf, als das erste gilt immer die Agitation als das Mittel zur Aufklärung und Aufrüstung der Massen. Was von den fortschrittlichen Versprechungen zu halten ist, zeigt die Tatsache, daß die Fortschrittler am ersten Stichwahltage 16 Wahlkreise an die Reaktion ausge-

1 Siehe S. 103, Fußnote 2.

2 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 395.

liefert haben. („Hört! Hört!“) Die ganze Rechnung des Parteivorstandes ist also auf Sand gebaut, denn man mußte sich von vornherein sagen, an diesen Liberalen ist Hopfen und Malz verloren.

Noch eins sei hervorgehoben. Von jenen 16 Wahlkreisen, die wir selbst den Fortschrittler preisgegeben haben, haben wir zur Überraschung der Welt zwei gewonnen. (Heiterkeit.) Es hieß, es seien aussichtslose Kreise. Wie ist das gekommen? Als am ersten Stichwahltag die erschütternde Kunde von dem Verrat der Fortschrittler in die Welt telegrafiert wurde, haben sich unsere Genossen gesagt, hol der Teufel diese Abmachungen, und sie haben gesiegt. (Lebhafte „Bravo!“)

Was war der allgemeine Zweck des Abkommens? Der Parteivorstand hat die allgemeinen politischen Kombinationen damit verbunden. Es sollte die herrschende Reaktion, der Schwarz-Blaue Block, zerschmettern werden. Ich frage, wer sollte diesen Block zerschmettern? Es erschienen die Herren Kopsch, Wiener und die schwankenden Gestalten der Fraktion Drehscheibe¹ auf der Weltbühne, um mit der Sozialdemokratie die Reaktion zu zerschmettern. Haben wir nicht im ganzen Wahlkampfe den Wählern bewiesen, daß zwischen den Herren Liberalen, den Helden des Bülow-Blocks, und den rechtsstehenden reaktionären Parteien nur ein feiner Unterschied zu finden ist? Und diese traurigen Helden sollten plötzlich als die Zerschmetterer der Reaktion auftreten? Liegen die Wurzeln der Herrschaft der Reaktion nicht in den Erscheinungen, die ich eingangs geschildert habe? Was kann daraus anderes entstehen als die große Reaktion, die sich auf allen Gebieten zeigt. Und gegen derartige Erscheinungen will man mit solchen falschen Papieren, wie dem Stichwahlabkommen, aufkommen.

Wir haben uns aus tausendfältigen Erfahrungen überzeugen können, daß es nur ein Mittel gibt, die deutsche Reaktion zu zerschmettern, das ist die große Massenbewegung. („Sehr richtig!“) Wir haben ein lebendiges Beispiel vor Augen. Denken Sie an das preußische Wahlrecht. Es hat sich gezeigt, daß auf dem Wege der parlamentarischen Reform die preußische Zwingburg nicht heruntergerissen werden kann, es hat sich herausgestellt, daß nur ein frischfröhlicher revolutionärer Sturm der Arbeiterklasse zum Siege führen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die erste Aufgabe und Pflicht, die sich für uns aus dem Wahlsieg ergab, war, den $4\frac{1}{4}$ Millionen Wählern zu sagen, ihr habt jetzt eure Macht gezeigt, ihr müßt sie auch zu gebrauchen lernen. Ihr müßt jetzt als Masse auf den Kampfplatz und müßt für das preußische Wahlrecht und für den Acht-

¹ Siehe S. 120, Fußnote 2.

stantag auf der Straße kämpfen. Allerdings soll die Masse nicht jeden Freitag und Sonnabend eine Revolution machen. (Heiterkeit.)

Ich habe diese Ausführungen nicht gemacht aus Freude darüber, in der Führung unserer Partei Fehler und Mängel entdeckt zu haben. Wie gesagt, Fehler können nicht ausbleiben, aber die Hauptsache ist, daß sie rechtzeitig erkannt werden. Die Fehler der Führer gutzumachen, dazu ist die Masse der Parteigenossen berufen. Bebel hat auf einem der letzten Parteitage die denkwürdigen Worte gesprochen: „Mißtraut euren Führern, auch mir!“¹ Ich mache jetzt Gebrauch von dieser Auffassung. Es ist damit nicht gesagt, daß wir unsre Führer verdammten und verurteilen wollen. Wer würde einen Moment einen Zweifel daran haben, daß unser Parteivorstand von den besten Absichten geleitet war. Leider ist die gute Absicht in verkehrter Weise zum Ausdruck gekommen. Jetzt hat sich die große Masse der Parteigenossen mit der Aufgabe zu beschäftigen, die richtige Taktik zu finden. Wenn sie dann mit verzehnfachter Kraft dem Ziele der Sozialdemokratie zulenkten, so können wir sagen, daß auch die Fehler nicht umsonst gemacht sind. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Bremer Bürger-Zeitung,
Nr. 53 vom 2. März 1912.

¹ „Demokratisches Mißtrauen und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 253.)

Eine Verteidigung oder eine Anklage?

I

Leipzig, 15. März

In einer Zeit, die uns Erscheinungen von dem Maßstab des internationalen Bergarbeiterstreiks¹ bringt, fällt es eigentlich etwas schwer, sich auf Auseinandersetzungen über eine Materie einzulassen, die mit der Größe der Zeit recht wenig in Einklang steht. Doch müssen gerade aus Rücksicht auf die großen Anforderungen, die der Gang der Entwicklung mit jedem Tage mehr an die Auffassung und die geistigen Horizonte der Partei stellt, auch die taktischen Differenzen in unsren Reihen ausgefochten und zur Klärung gebracht werden. So soll wenigstens in den wichtigsten Punkten die Verteidigung unsres Stichwahlabkommens mit dem Fortschritt², die im „Vorwärts“ vom 5., 6. und 7. März in einer langen Artikelserie veröffentlicht worden ist³, einer Prüfung unterzogen werden.

Die Verteidigung legt ihr Hauptgewicht auf die allgemeine Situation, aus der das Abkommen entstanden ist. Der Vorstand trieb – wie wir auch annahmen – nicht etwa simple Mandatsgeschäfte, er verfolgte vielmehr gewisse politische Zwecke von allgemeiner Bedeutung, er handelte aus einer gewissen Auffassung der politischen Konstellation in Deutschland heraus, und mit dieser Auffassung steht und fällt das Stichwahl-

1 Im Frühjahr 1912 standen in mehreren europäischen Ländern Millionen Bergarbeiter im Streik für höhere Löhne sowie die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Größeren Umfang nahm der Kampf in England und Deutschland an, wo eine Million bzw. 250 000 Arbeiter beteiligt waren und teilweise Polizei und Militär gegen die Streikenden eingesetzt wurde, ohne daß es gelang, die Kampffronte zu brechen. In England wurde die Regierung zu einem Kompromiß gezwungen und beschloß innerhalb ungewöhnlich kurzer Zeit ein Gesetz über Mindestlöhne für Bergarbeiter; im Ruhrrevier in Deutschland endete der Streik dagegen mit einer Niederlage der Arbeiter, da die reformistischen Gewerkschaftsführer gegen den Willen der Bergarbeiter den Streik abbrachen.

2 Siehe S. 91, Fußnote 3.

3 Unser Stichwahlabkommen. In: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 54, 55 und 56 vom 5., 6. und 7. März 1912.

abkommen selbst. Sehen wir zu, wie der offizielle Verteidiger des Vorstands dessen allgemeine Erwägungen schildert:

„Welche Möglichkeiten bot uns das Abkommen? Es winkte uns die Aussicht, den Schwarz-Blauen Block¹ in die Minderheit zu drängen, eine entschieden liberale Mehrheit auch ohne den rechten Flügel der National-liberalen zu schaffen und eine Regierung gegen die Linke unmöglich zu machen. Innerhalb dieser Linken mußte aber unser Einfluß dominieren. Wir mußten die weitaus stärkste Partei werden, konnten 120 und mehr Mandate gewinnen, und der Liberalismus war ohne uns ohnmächtig, die Fortschrittler durch ihr Stichwahlabkommen mit dem Schwarz-Blauen Block aufs tiefste verfeindet, so daß ihnen nichts übrigblieb, als im Reichstag mit uns einen energischen Kampf gegen die Rechte und jedes junkerliche Regime zu führen. Jeder Versuch, zur bürgerlichen Sammelpolitik zurückzukehren, mußte ihnen mit einem Schlag ihre besten Elemente abwendig, mußte ihre Partei selbst unmöglich machen.“

Das war die Situation, deren Möglichkeit erstand, wenn es zu einem Stichwahlabkommen zwischen uns und den Fortschrittler kam.“²

Hier haben wir den Schlüssel zum Verständnis der Taktik des Parteivorstands, auf diese allgemeine Auffassung muß sich deshalb die größte Aufmerksamkeit der Partei konzentrieren. Demnach hat der Vorstand gleich nach der Hauptwahl folgende politische Aussichten verfolgt:

Nr. 1. Es bildet sich in Deutschland eine bürgerliche Linke, unter Ausschluß der rechtsstehenden Elemente des Nationalliberalismus, also von entschiedener liberaler Couleur.

Nr. 2. Diese bürgerliche Linke verfeindet sich aufs tiefste mit der Reaktion.

Nr. 3. Dieselbe bürgerliche radikale Linke bildet mit uns zusammen eine entschiedene Mehrheit des deutschen Reichstags.

Nr. 4. Innerhalb dieser entschiedenen linken Mehrheit des Reichstags bilden wir Sozialdemokraten unsrerseits die entschiedene, tonangebende Mehrheit und lenken so, wie Apoll, stehend den Wagen der deutschen Politik der rosenfingrigen Morgenröte entgegen, während die Kopsch und Wiemer als schnaubende Rosse den Wagen ziehen, die Bassermann aber und Schönaich-Carolath ihn als holde Musen umflattern. Dies waren, nach dem Verteidiger des Stichwahlabkommens, die Perspektiven, die der Vorstand im Geiste sich öffnen sah.

Das Bild ist von beklemmender Schönheit, und es ist schon begreiflich,

1 Siehe S. 65, Fußnote 2.

2 Unser Stichwahlabkommen. In: *Vorwärts*, Nr. 55 vom 6. März 1912.

dass es auch wetterharte Gemüter verlocken konnte. Es fragt sich bloß, welche Circe hat unsren Parteivorstand mitsamt seinem Verteidiger behext, daß sie mitten am helllichten Tage so seltsame Bilder erblicken konnten? Wiemer und Kopsch – „aufs tiefste verfeindet“ mit der Reaktion! Fischbeck und Müller-Meiningen, ja, die Hälfte der Fraktion Dreh-scheibe¹ Arm in Arm mit uns im Kampfe gegen die Reaktion! Und das alles nach dem Hungerzolltarif², nach den Hottentottenwahlen³, nach dem Bülow-Block⁴, nach der Nachwahl in Gießen-Nidda⁵, nach der Reichs-versicherungsordnung⁶! Vergessen mit einem Schlag der Militarismus, die Monarchie, die Kolonialpolitik, indirekte Steuern, Sozialpolitik, Imperialismus – die ganze reichsdeutsche Politik mit ihren heiligsten Traditionen steht auf dem Kopf, denn plötzlich hat sich zwischen dem Liberalismus und der Reaktion ein Abgrund aufgetan, „jedes junkerliche Regime“ ist unmöglich geworden, und die Sozialdemokratie bildet die Mehrheit in der Mehrheit des Reichstags, beherrscht also die herrschende Politik!

Und was ist die Zauberrute, durch die plötzlich, in 24 Stunden, diese völlige Umwälzung der deutschen Politik vollzogen werden sollte? Eine geheime Abmachung mit einer Handvoll fortschrittlicher Führer, ein Wahltrick, eine parlamentarische Kulissenschieberei! Man muß gestehen, daß Genosse Kolb in Baden es nie so herrlich weit gebracht hat in der schöpferischen Phantasie der Großblockpolitik⁷ noch im kindlichen Glauen an die magische Wirkung parlamentarischer Kunststücke.

Jede noch so phantastische politische Spekulation muß irgendeinen Anhaltspunkt in wirklichen Vorgängen, in Tatsachen des realen Lebens haben. Der Tatbestand, der der obigen Spekulation des Parteivorstands zugrunde lag, war nach der Erklärung seines offiziellen Verteidigers im „Vorwärts“ bescheiden genug: Es war dies eben *das Angebot des Stichwahlabkommens, das uns von fortschrittlicher Seite gemacht wurde!* Vorher, bis zum Tage der Hauptwahlen⁸, lag nicht der geringste Anlaß zum

1 Siehe S. 120, Fußnote 2.

2 Siehe S. 60, Fußnote 1.

3 Siehe S. 7, Fußnote 2.

4 Siehe S. 110, Fußnote 2.

5 Siehe S. 103, Fußnote 2.

6 Siehe S. 120, Fußnote 1.

7 Unter dem Vorwand, den reaktionärsten Parteien, den Konservativen und dem Zentrum, eine „aktionsfähige Mehrheit“ entgegenzustellen, hatten die Opportunisten im badischen Landtag 1910 mit den Liberalen einen Block gebildet. Mit diesem „Großblock“, der anlässlich der Landtagswahlen 1913 erneuert wurde, setzten sich die Opportunisten in Widerspruch zu den Grundsätzen und Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei und unterstützten die Politik der bürgerlichen Regierung.

8 Siehe S. 6, Fußnote 3.

Glauben an einen „neuen Liberalismus“, an eine „entschieden liberale Linke“, an die Zerschmetterung des Schwarz-Blauen Blocks vor. Der Verteidiger sagt selbst wörtlich:

„Bis zum 12. Januar hatte wohl der größte Teil von uns, sicher alle jetzigen Kritiker des Abkommens – was kein Vorwurf sein soll, *wir waren der gleichen Ansicht* –, erwartet, eine starke Zunahme unserer Stimmenzahlen und unserer Mandate werde die gesamten bürgerlichen Elemente in einer Phalanx gegen uns vereinigen. *Das entsprach dem Gang der ökonomischen Entwicklung*, die den Gegensatz zwischen der bürgerlichen und proletarischen Welt zusehends verschärft, *es entsprach auch den bisherigen Erfahrungen* bei den Stichwahlen.“¹ [Hervorhebungen – R. L.]

Also wohlgernekt: Punkt bis zum 12. Januar glaubten auch „wir“, d. h. der Verteidiger des Parteivorstands, an die eine reaktionäre Masse, und dies entsprach „dem Gang der ökonomischen Entwicklung“ und den „bisherigen Erfahrungen“. Bis zum 12. Januar war also von „neuem Liberalismus“ weit und breit nicht eine Spur zu entdecken. Erst *nach* dem 12. Januar geschah etwas „Erstaunliches“:

„Wie groß unser Erstaunen, als die Fortschrittler diesmal entgegen allen Erwartungen durch unseren überwältigenden Wahlsieg nicht ins Bockshorn gejagt wurden, nicht in den Ruf nach Sammlung aller bürgerlichen Elemente zur Eindämmung der roten Sintflut einstimmten, sondern *uns ein Wahlabkommen anboten!*“² [Hervorhebung – R. L.]

Diese Tatsache, daß die Fortschrittler ohne Veranlassung von unsrer Seite uns das Wahlabkommen antrugen, wiederholt der Verteidiger noch mehrere Male, denn hier liegt der Schwerpunkt der Sachlage. Diese bloße Tatsache änderte mit einem Schlag die Situation, sie verriet das Keimen des „neuen Liberalismus“ im Busen der Fortschrittler und enthüllte sie als wahre Helden:

„Aus bloßem Mandatshunger läßt sich das Stichwahlabkommen der Fortschrittlichen Volkspartei nicht erklären. Im Gegenteil, sie gefährdete dadurch jene Mandate, zu deren Gewinnung sie der konservativen Hilfe bedurfte. Es war nur erklärlich dann, wenn den Fortschritttern der Kampf gegen den Schwarz-Blauen Block mehr am Herzen lag als die Eroberung von Mandaten.“³

Der Verteidiger des Parteivorstands will geflissentlich von der schlich-

1 Unser Stichwahlabkommen. In: *Vorwärts*, Nr. 55 vom 6. März 1912.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

ten Tatsache absehen, daß sich die Fortschrittler gegen die Gefährdung ihrer Mandate von reaktionärer Seite durch einfache Mittelchen, wie die Geheimhaltung des Abkommens mit uns, die verschleierte Parole und die gesunden reaktionären Instinkte ihrer eignen Wählermassen, hinlänglich gesichert fühlten; daß ferner das Abkommen ihrem „Mandatshunger“ ein Erkleckliches mehr bot als unsre Jenaer Stichwahlparole¹, nämlich die freiwillige Preisgabe unsererseits von 16 Wahlkreisen. Doch gegen gewollte Weltfremdheit gibt es keine Mittel, und wir bleiben bei dem „erstaunlichen“ Angebot der Fortschrittler.*

Es geschah also nach dem 12. Januar eine „erstaunliche“ Tatsache. Eines schönen Morgens erschien, sagen wir, Herr Fischbeck auf dem Parteibüro in der Lindenstraße und sagte: Meine Herren, wollen wir nicht ein Geschäft machen? Wir werden Sie „vertraulich“ unterstützen gegen die Konservativen. Sie aber unterstützen uns öffentlich gegen die Konservativen und räumen uns außerdem noch freiwillig 16 Ihrer eignen Stichwahlkreise. Und da Herr Fischbeck mit einem solchen Angebot erschien, so „erstaunte“ der Parteivorstand, blickte seinen ebenfalls erstaunten Verteidiger an, und beide begriffen sofort: Aha! da kommt „der neue Liberalismus“. Und weil, sagen wir, Herr Fischbeck kam, so verlor plötzlich „der Gang der ökonomischen Entwicklung“, der noch bis zum 12. Januar Geltung hatte, jede Bedeutung, und „die bisherigen Erfahrungen bei den Stichwahlen“ wurden null und nichtig. Das geheime Angebot eines geheimen Mandatsgeschäfts durch irgendeinen Fischbeck im stillen Kämmerlein eröffnete plötzlich neue Perspektiven für die politische Entwicklung Deutschlands, die „entschiedene linke Mehrheit“, unsre Herrschaft in dieser Mehrheit, die Zertrümmerung „jedes Junkerregiments“ und ähnliche schöne Gegenden. Man muß wiederum gestehen, daß die Großblockphantasien der Genossen Frank und Kolb, die bekanntlich vor zwei Jahren auf der Rede des Ministers Bodman in der badischen Kammer und dessen öffentlichen Elogen auf die Sozialdemokratie fußten, denn doch eine Art solide Basis hatten im Vergleich mit dem „erstaunlichen“ Fundament der Taktik unsres Parteivorstands.

Man sieht, diese Taktik gleicht einer Pyramide, aber einer Pyramide, die auf dem Kopf steht: Sie stützt sich mit ihrer Spitze auf einen winzigen

* Da der Verteidiger des Parteivorstands den Nachdruck gerade auf den Umstand legt, daß die Fortschrittler den ersten Schritt zu uns getan haben, so darf es nebenbei einigermaßen befremden, daß der „Vorwärts“ auf die zweimalige dreiste Erklärung des „Berliner Tageblatts“, worin jene Behauptung im „Vorwärts“ Lügen gestraft und der Welt angedeutet wird, daß umgekehrt unser Parteivorstand den Fortschritttern nachgelaufen wäre, nicht mit einem Sterbenswort geantwortet hat.

¹ Siehe S. 102, Fußnote 2.

Punkt der Erde und baut ihre breite Basis in die Lüfte. Auf eine solche Lage pflegt aber jach der Sturz zu folgen. Das Stichwahlabkommen, das die Umwälzung der deutschen Verhältnisse herbeiführen sollte, hat versagt. Die herrlichen Perspektiven sind im Reich der Träume geblieben. Das gibt der Verteidiger des Parteivorstands mit dünnen Worten zu:

„Das Stichwahlabkommen bot freilich nur die *Möglichkeit*, daß es so kam, nicht die *Gewißheit*. Und diese Möglichkeit ist nicht zur Wirklichkeit geworden.“¹

Der „neue Liberalismus“ hat also ausgelitten. Nach dem 12. Januar geboren, hat er den Anfang des Monats März nicht mehr erlebt. Was die Zukunft betrifft, so gibt der Verteidiger zum Schluß selbst zu, daß sie eine Wiederholung der „erstaunlichen“ Situation wohl nie mehr bringen wird. Also war die ganze himmelstürmende politische Spekulation, auf der das Stichwahlabkommen beruhte, nach eigenem Geständnis seines offiziellen Verteidigers eine Eintagsfliege, ein Kartenhaus, eine Luftspiegelung. Und mit solchen windigen Spekulationen, die nicht zwei Monate lang dem tatsächlichen Gang der Dinge standhalten können, vermeinte man, eine historische Erscheinung von dem Maßstab und der Tragweite der deutschen Reaktion zu „zertrümmern“! Solchen Seifenblasen, die beim ersten Hauch zerplatzen, jagen nach den Darlegungen des Zentralorgans Politiker nach, die berufen sind, in einer ernsten geschichtlichen Situation Führer einer Viermillionenpartei zu sein! Wahrhaftig, selten ist ein Verteidiger so zum Ankläger der Sache geworden, deren Verteidigung er übernommen hat.

II

So originell wie in der Begründung des Stichwahlabkommens durch die allgemeine Situation ist die Verteidigung in der Analyse des Inhalts dieses Abkommens. Der Verteidiger im „Vorwärts“ zählt drei Punkte auf, die der Kritik unterzogen worden sind: 1. die Befreiung der fortschrittlichen Kandidaten von der formellen Verpflichtung auf die Bedingungen des Jenaer Beschlusses; 2. die verschleierte Parole der Fortschrittler zu unsren Gunsten; 3. die „Dämpfung“ des Wahlkampfes in 16 Wahlkreisen. Die ersten zwei Punkte erklärt der Verteidiger für belanglos, den dritten aber – wichtigsten und am meisten beanstandeten – gibt er selbst preis. Freilich tut er das erst nach mühevollen Versuchen, den Vorstand auch hier herauszuhauen. Zu diesem Zwecke konstruiert er an Stelle der kon-

¹ Unser Stichwahlabkommen, In: Vorwärts, Nr. 55 vom 6. März 1912.

kreten „Dämpfung“, wie sie tatsächlich im Abkommen des Parteivorstands festgelegt war, aus freien Stücken eine ganz anders gedachte „Dämpfung“. Diese sollte lediglich darin bestehen, daß wir uns verpflichteten, nicht die konservativen Wähler durch die Lockungen der Agitation auf unsre Seite gegen die Fortschrittler zu bringen:

„Faßt man die ‚Dämpfung‘ der Agitation in diesem Sinne auf, dann verliert sie allen Anstrich eines Verbots der Aufklärung der Massen über unsere Ziele“¹, nämlich deshalb, weil wir – nach der Meinung des Verteidigers des Vorstands – bei den Stichwahlen sowieso keine Aufklärung treiben, sondern nur auf bürgerliche, so auch auf konservative Stimmen spekulieren. Wir glauben, daß diese Auffassung unsrer landläufigen Stichwahlagitation eine ganz unverdiente Kränkung der Masse unsrer Agitatoren im Lande darstellt. Nirgends wird und war unsres Wissens je die Stichwahlagitation von der Sozialdemokratie als ein Stimmenfang gegenüber reaktionären Wählern getrieben. Der einzige Unterschied zwischen Hauptwahlen und Stichwahlen ist naturgemäß der, daß man in der Hauptwahl die Kritik gegen alle gegnerischen Parteien richtet, während sie sich bei der Stichwahl auf den einzigen übriggebliebenen Gegner konzentriert. Daraus folgt aber nicht im geringsten, daß die Agitation nicht mehr der Aufklärung der Massen über unsre Ziele dient oder daß wir sie gar den konservativen Wählern – falls diese entscheiden – mundgerecht zu machen suchen. Es wird schon vorkommen, daß unsre Genossen bei der Stichwahl in der Hitze des Gefechts da und dort vergessen, vom Sozialismus, von den Endzielen der Sozialdemokratie mit nötigem Nachdruck zu reden, daß sie sich zu sehr auf die negative Kritik der Gegenwartspolitik und der parlamentarischen Tätigkeit des Gegners beschränken. Daß sie aber je bei der Agitation den konservativen Wählern um den Bart gingen, um sie für uns zu gewinnen, eine solche Annahme wäre auch gegenüber jenen Wahlkreisen eine Ungerechtigkeit, die sonst von rein sozialistischer Aufklärung bei der Wahlagitation soweit wie möglich Wesens machen. Außerdem gehört eine seltsame Abstraktion von aller Praxis und Erfahrung in der Wahlagitation dazu, um annehmen zu können, unsre Agitatoren wären überhaupt imstande, bei der Bekämpfung der Liberalen die Konservativen durch unsre Agitation zu gewinnen. Fällt doch jeder Hieb dieser Agitation gegen die Fortschrittler von selbst mit verzehnfachter Kraft auf die Konservativen zurück, und es ist unmöglich, irgendeine politische Sünde des Liberalismus zu kennzeichnen, ohne damit die Konservativen mit zu brandmarken.

1 Unser Stichwahlabkommen. In: Vorwärts, Nr. 56 vom 7. März 1912.

Vor allem aber ist entscheidend nicht die „Dämpfung“, die man sich jetzt etwa zur Gewissensberuhigung zurechtlegen kann, sondern diejenige, die in Wirklichkeit, schwarz auf weiß, mit den Fortschrittlern verabredet und unsren Genossen vom Vorstand anempfohlen wurde. Und nachdem der Gewährsmann des Parteivorstands endlich ganz zum Schluß seiner Artikelserie die fatale Klausel der „Dämpfung“ in ihrem wirklichen Inhalt zu erwähnen gezwungen ist, verurteilt er sie unumwunden:

„Wenn aber das Abkommen zu dieser Dämpfung unter anderm [Hervorhebung – R. L.] auch die Verpflichtung rechnete, den Wählern keine Stimmzettel zuzustellen und am Wahltag keine Schlepperdienste zu verrichten, so überschritt es damit die Grenzen des der Situation Entsprechenden, ja des Erreichbaren. Denn den Parteigenossen in den erregten Zeiten einer Wahl unmittelbar vor der Entscheidung jede Betätigung nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Art versagen wollen heißt Unmögliches von ihnen verlangen.“¹

Das sind Worte von einer Schärfe, der wir nichts hinzuzufügen haben. Freilich, der Verteidiger sucht den Parteivorstand selbst in dieser „unmöglichen“ Situation zu rechtfertigen, und zwar durch den Hinweis darauf, daß ja diese unmögliche Zumutung gerade durch ihre Unmöglichkeit unwirksam geblieben ist. Die Genossen haben sich in keinem der 16 Wahlkreise – ausgenommen einen: Dithmarschen – an die Weisung des Parteivorstands gehalten, und so haben wir überall statt Stimmrückgang einen bedeutenden Stimmenzuwachs erhalten. Hier schlägt aber die offizielle Verteidigung in die schwerste öffentliche Anklage gegen den Parteivorstand um. Schlimm steht es um die Generäle, wenn die Ehre der Armee durch die Gehorsamsverweigerung der Soldaten gerettet wird! In einer großen Massenpartei wie der unsren, wo die freiwillige Unterordnung unter den Willen der Mehrheit und ihre frei gewählten Ausführungsorgane das Fundament des ganzen Organisationslebens, die Bedingung jeder geschlossenen Aktion ist, in einer solchen Partei ist strenge Einhaltung der Disziplin die unbedingte Pflicht und Ehrensache für jedermann. Und nun bedenke man: Der Parteivorstand gibt ganz bestimmte strikte Anweisungen an die Genossen in 16 Wahlkreisen, wie sie sich bei der Stichwahl verhalten sollen; er fügt hinzu in seinem Rundschreiben vom 17. Januar:

„Wir sind überzeugt, daß dieses Abkommen im Parteiinteresse und im allgemeinpolitischen Interesse gelegen ist, und bitten deshalb, die in Frage

1 Ebenda.

kommenden Kreise Ihres Bezirks sofort zu informieren und für dessen entschiedene Durchführung unter allen Umständen einzutreten.“¹

Und in 15 von 16 Wahlkreisen wird diese dringende Anweisung der obersten Behörde von den Genossen gleich nach dem ersten Stichwahltag ignoriert, entgegen aller Disziplin mißachtet. Nun aber kommt der offizielle Verteidiger des Vorstands und führt gerade jenen Disziplinbruch als den einzigen mildernden Umstand für die vom Vorstand eingeschlagene Taktik ins Feld! Ist das nicht die gefährlichste Predigt des Disziplinbruchs, ist das nicht die Übertragung der Sitten unsrer „Geschäftsfreunde“, der Fortschrittler, auf unser Parteileben? Und wie steht die Partei heute, angesichts solcher Vorgänge, den badischen und bayrischen Genossen gegenüber da, die sie in der Frage der Budgetbewilligung² mit dem Appell an die heilige Pflicht der Disziplin, auch wo sie noch so schwer gegen die eigne Überzeugung der einzelnen drängt, als mit der schwersten Waffe bekämpft hat? Es genügt, sich diese Fragen zu stellen, um klar einzusehen, wie sehr eine derartige Taktik in ihren weiteren Konsequenzen gegen die Lebensinteressen der Partei verstößt.

Aber der Gewährsmann des Vorstands geht noch weiter in seiner Verurteilung. Neben der „Dämpfung“ in 16 Wahlkreisen war es die Heimlichkeit des Abkommens, was wir am schärfsten kritisierten. Und auch diesen Punkt gibt der anonyme Artikel im „Vorwärts“ ohne weiteres preis:

„Und ebensowenig am Platze war die Heimlichkeit, mit der das Abkommen eine Zeitlang behandelt wurde. Gewiß sind vertrauliche Besprechungen in solcher Situation nicht zu umgehen, und es geht nicht an, Mitteilungen oder Verhandlungen, die ein Dritter im Vertrauen mit uns gepflogen, ohne seine Zustimmung aller Welt mitzuteilen.“

Aber die *Ergebnisse* solcher Abmachungen, sobald sie Aktionen unsrer Parteipresse bedingen, müssen ihr mitgeteilt werden. Unsre Partei kann und darf keine Verpflichtungen eingehen, die sie nicht selbst nachzuprüfen vermag. Sollten die Fortschrittler Grund gehabt haben, zu wünschen, daß das ganze Abkommen ein Geheimnis bleibe, dann durfte es überhaupt nicht abgeschlossen werden. So nützlich uns das Abkommen

1 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 395.

2 Unter Mißachtung der Grundsätze und Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei hatten die Opportunisten der sozialdemokratischen Fraktion des bayrischen Landtags am 13. August 1908 und die des badischen Landtags am 12. August 1908 wie auch am 14. Juli 1910 dem Landesbudget zugestimmt.

auch erscheint, um den Preis der Umwälzung unserer demokratischen Grundsätze durfte es nicht erkauft werden.“¹

Doch genug! Wir überlassen es dem Verteidiger des Vorstands, selbst festzustellen, wieviel von dem Stichwahlabkommen nach seiner Verteidigung übriggeblieben ist. Nur eine bescheidene Frage sei noch gestattet: Muß man denn wirklich, um sich gegen eine derartige Taktik zu wenden, ein „Antiparlamentarier“, Anarchosyndikalist, Anarchist sein? Der Gewährsmann des Vorstands macht nämlich den Versuch, indem er auf den bekannten Saiten des Antiparlamentarismus und den Schlagworten aus dem Jargon der Syndikalisten leise klimpert, uns in die „antiparlamentarische“ Position zu drängen. Die Bewertung des Abkommens des Vorstands, sagt er, hängt in hohem Maße von der Bedeutung ab, „die man der Stellung und Tätigkeit unsrer Partei im Reichstag und den Parlamenten überhaupt für die Klassenkämpfe des Proletariats, dessen Aufrüstung und Organisierung als Klassenpartei beimitzt. Wer darüber geringschätzigt denkt, wird natürlich das Stichwahlabkommen verwerfen müssen. Aber mit den Argumenten der direkten Massenaktion, die man dagegen ins Feld führt, könnte man jede Beteiligung an den Stichwahlen, ja schließlich die Wahlbeteiligung selbst für unnütz erklären.“² [Hervorhebung – R. L.]

Da wir also von der Stichwahltaktik des Vorstands nicht entzückt sind – derselben Taktik, die nach dem Feldzug ihres offiziellen Verteidigers im „Vorwärts“ ungefähr aussieht wie ein Porzellanladen, in dem ein Faustkampf stattgefunden hat –, so denken wir „geringschätzig“ über die Tätigkeit im Reichstag überhaupt, so erklären wir „für unnütz“ die Wahlbeteiligung selbst. Solche polemischen Wendungen verraten immer nur die Verlegenheit. In Wirklichkeit ist es klar, daß nichts imstande ist, den parlamentarischen Kampf der Sozialdemokratie in den Augen der Massen so zu kompromittieren, für den rohen antiparlamentarischen Aberglauben in der Art des französischen Syndikalismus so sehr den Boden zu bereiten wie gerade parlamentarische Illusionen und parlamentarische Kulissenschiebereien in der Art unsrer jüngsten Taktik bei den Stichwahlen.

Dafür zum Schluß nur noch ein Beispiel. Der Verteidiger im „Vorwärts“ findet, in seinem verzweifelten Suchen nach vorteilhaften Seiten des Stichwahlabkommens, wenigstens *eine* gute Seite. Nachdem er zugegeben, daß die schönen Perspektiven, die sich der Vorstand von der

1 Unser Stichwahlabkommen. In: Vorwärts, Nr. 56 vom 7. März 1912.

2 Ebenda.



„entschiedenen linken Mehrheit“ ausgemalt hatte, nicht zur Wirklichkeit geworden sind, sagt er:

„Aber nicht nur Mandate haben wir durch das Stichwahlabkommen gewonnen, wenn auch nicht so viele, als möglich gewesen wäre, wir haben dadurch auch verhindert, daß die Regierung eine feste Mehrheit erhielt. *Haben wir nicht jene überragende Position erobert, die uns in Aussicht stand* [Hervorhebung – R. L.], so ist es uns doch gelungen, Reaktion und Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen.“¹

So steht zu lesen im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie vom 6. März 1912. Reaktion und Regierung sind jetzt in Deutschland „zur Ohnmacht verurteilt“! Als uns vor zwei Jahren die Genossen Kolb und Frank ähnliche Wunder über das Großherzogtum Baden erzählten, um damit ihre Haltung bei der Budgetabstimmung zu rechtfertigen, da beriefen sie sich wenigstens auf die „besonderen süddeutschen Verhältnisse“ des Musterländes und auf die unzweifelhafte Tatsache, daß ja die schlimmsten Träger und Äußerungen der deutschen Reaktion: Militarismus, Kolonialpolitik, auswärtige Politik, Zollpolitik, indirekte Steuern, aus dem Gebiet des badischen Landesparlaments ausgeschlossen sind. Jetzt erzählt man uns, im deutschen Reichstag, im ganzen Deutschen Reich sei es uns gelungen, „Regierung und Reaktion zur Ohnmacht zu verurteilen“! Die nächste Militärvorlage und Marinevorlage werden also wohl „ohnmächtig“ in den Papierkorb sinken? Der Kolonialetat wird abgelehnt werden, das nächste Steuerbukett wandert dem „ohnmächtigen“ Herrn Wermuth wieder an die Brust, und Bethmann Hollweg, Kiderlen nebst ihren unverantwortlichen Auftraggebern lassen die Zügel der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches aus der „ohnmächtigen“ Hand entgleiten, worauf der Imperialismus seinerseits in Ohnmacht fällt. Wir wissen nicht, was man sich eigentlich in den Kreisen unsres Parteivorstands und Zentralorgans bei solchen Äußerungen denkt, jedenfalls aber möchte man unwillkürlich dabei den Seufzer ausstoßen: Behüte uns das gütige Schicksal davor, daß solche gefährlichen und verwirrenden Illusionen in den Parteikreisen Glauben und in den Massen Eingang finden sollten! Und in diesen phantastischen Vorstellungen, die dem Abkommen des Parteivorstands zugrunde lagen, die sich an dasselbe jetzt noch, nach seiner Niederlage, knüpfen, sehen wir die fatalste Seite des Vorkommnisses. Ein vereinzelter taktischer Mißgriff kann, wenn er rechtzeitig erkannt wird, für die Zukunft vermieden werden. Aber solche allgemeinen politischen Illusionen über die Wunderwirkungen der parlamentarischen

1 Unser Stichwahlabkommen. In: Vorwärts, Nr. 55 vom 6. März 1912.

Schiebungen, solche völlige Verkehrung der nächsten Perspektiven der politischen Entwicklung sind von dauernd schädlicher Wirkung. Denn sie verschütten die eigentlichen Quellen unsrer Kraft: klares Bewußtsein, kritische Einsicht in die Bedingungen unsres Kampfes und unsres Sieges.

Leipziger Volkszeitung,

I: Nr. 62 vom 15. März 1912,

II: Nr. 63 vom 16. März 1912.

Märzenstürme

Wenn die Proletarier je im Wust der Tagespolitik den Maßstab für große und kleine Dinge verlieren, wenn sie je im Staube der öden Lebensstraße ermatten und für einen Augenblick an ihrer Kraft verzweifeln sollten, so gibt es ein sicheres Mittel, diese Stimmung zu überwinden: Es ist das ein Blick auf die zurückgelegte Strecke ihres geschichtlichen Weges, auf der wie große Marksteine die wichtigsten revolutionären Waffengänge des Proletariats stehen. Die Arbeiterklasse hat auch allen Anlaß, ihren geschichtlichen Erinnerungstagen immer wieder ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Sind sie doch für uns das große Lehrbuch, das uns Wegweiser für den weiteren Vormarsch gibt, aus dem wir lernen, alte Fehler zu vermeiden und neue Illusionen zu zerstören. Denn nur durch beständige Selbstkritik, durch das Besinnen auf sich selbst vermag die proletarische Masse ihren großen Klassenkampf und ihre großen Ziele zum Siege zu führen. „Bürgerliche Revolutionen“, schrieb Karl Marx vor 65 Jahren, „wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbhheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge“

und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic Salta!
Hier ist die Rose, hier tanze!“¹

Der 18. März ruft zwei historische Ereignisse in Erinnerung, die für die internationale Arbeiterklasse wie zwei lodernde Fackeln die Strecke des letzten halben Jahrhunderts beleuchten: die Revolution von 1848 und die Pariser Kommune von 1871. Die deutsche Revolution, die mit dem 18. März ihre siegreiche Schlacht auf den Straßen Berlins geschlagen hatte, ist eine einzige große Lehre vom Bankrott des bürgerlichen Liberalismus. Am 18. März hatte die Arbeiterschaft mit Heldenmut auf den Barrikaden die alte feudale Monarchie geschlagen, hatte sie die Bahn gebrochen für eine fortschrittliche demokratische Entwicklung Deutschlands, für die deutsche Einheit, für die deutsche Republik, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen. Was ist von alledem zur Wirklichkeit geworden? Nichts! Die Bajonette Wrangels, die Rückkehr der geschlagenen Junkerherrschaft, die Konterrevolution und die bleierne Kirchhofsrufe der fünfziger Jahre in Deutschland und dann in den siebziger Jahren die Karikatur der deutschen Einheit in Gestalt der neuen deutschen Reichsherrlichkeit mit einer Karikatur der Volksvertretung in Gestalt des heutigen Reichstags – als Geschenk aus den blutigen Händen Bismarcks, geboren unter dem Fluche des modernen Militarismus –, das waren die Ergebnisse niederträchtigen Verrats der liberalen Bourgeoisie, die schon am Tage nach dem Siege der Berliner Arbeiter hinter deren Rücken ein Techtelmechtel mit der Reaktion begann. Schon damals war den Vätern der heutigen Fortschrittler und Nationalliberalen das schimpflische Joch des Junkerregimentes auf eigenem Nacken lieber als der Anblick des steifnackigen revolutionären Ungetüms der Proletariermassen; schon damals hatten sie ihren historischen Beruf darin gefunden, sich von Proletarierhänden Kastanien aus dem Feuer der Reaktion holen zu lassen und im gleichen Augenblick die Helfer in der Not an dieselbe Reaktion für einen Judaslohn zu verkaufen. Und doch waren damals die liberalen Bourgeois in Deutschland die Herren der Situation, die berufenen Führer der Volksmasse, denn noch war der Riese Proletariat ein

¹ Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin 1969, S. 118.

Knabe, unbewußt seiner Kraft und seiner Ziele, und noch standen an der Spitze des Liberalismus Männer, die sich bei all ihrer Feigheit und Jämmerlichkeit selbst als Schatten noch neben dem heutigen Geschlecht wie Riesen ausnehmen. Und von diesen zwerghaften Enkeln ihrer verräterschen Großväter, von diesen Deserteuren des Kampfes, die im Verlauf der ganzen späteren Geschichte von Stufe zu Stufe der Schmach und der Erniedrigung gesunken und bis aufs Mark der Knochen korrumpt sind: von ihnen ausgerechnet sollte heute das deutsche Proletariat eine Waffenbrüderschaft im Kampfe mit der Reaktion erwarten? Heute, wo die Macht und das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeiter die bürgerliche Welt mit Schrecken erfüllen, wo der Liberalismus von der Höhe seiner historischen Führerrolle ins Jammertal des engen Daseins zwischen die zwei großen Mühlsteine der modernen Geschichte geraten ist: zwischen die Mühlsteine der Arbeit und des Kapitals? Ehe der deutsche Liberalismus von den Toten aufersteht, um die Welt mit dem Waffengeklirr seiner Ruhmestaten zu erfüllen, würden die Märzgefallenen auf dem Friedrichshain in Berlin aus ihren Gräften steigen, um uns das schlimmste Wort ins Gesicht zu schleudern: Ihr habt nichts gelernt und nichts vergessen!

Eine andere wichtige Lehre brachte die Geschichte im Monat März den kämpfenden Proletariern. Am 18. März 1871 ergriff das Pariser Proletariat die Macht in der Hauptstadt Frankreichs, die von der Bourgeoisie verlassen, von den Preußen bedroht war; es errichtete die Herrschaft der glorreichen Kommune. Zwei Monate bloß dauerte das friedliche, segensreiche Walten der Arbeiter am Ruder des Staates, der durch seine herrschenden Klassen in den Strudel verbrecherischer Kriegswirren und vernichtender Niederlagen gestürzt war. Die feige französische Bourgeoisie, die vor dem fremden Feind ausgerissen war, raffte sich schon im Mai auf, um im Bunde mit dem Feind den Kampf auf Tod und Leben gegen den „inneren Feind“ durchzufechten, gegen die Pariser Arbeiterschaft. In der „blutigen Maiwoche“ ging die proletarische Kommune zugrunde in furchtbarem Gemetzel, unter tauchenden Trümmern, unter Bergen von Leichen, unter Ächzen Lebender, die mit Toten begraben wurden, unter trunkenen Orgien der rachedurstigen Bourgeoisie. Ein schmuckloser Rasen an der äußeren Mauer des marmorprunkenden Pariser Friedhofs Père-Lachaise war alles, was in den ersten Jahren von der Kommune geblieben zu sein schien. Aber von diesem stillen Rasen erhob sich bald für die Proletarier beider Welten die große heilige Tradition und die mit dem Blute von Zehntausenden erkaufte Doppellehre: Es gibt keinen Platz für die poli-

tische Herrschaft des Proletariats innerhalb der Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung; es gibt aber auch keine Möglichkeit, diese Bedingungen abzuschaffen, bis sie nicht ihre Reife erreicht haben: Nicht in luftigen Träumen von einer politisch ausschlaggebenden Stellung im heutigen Staate dank irgendeiner plötzlichen Wendung der Umstände kann die Arbeiterklasse ihre Sache verteidigen, sondern lediglich in ständiger revolutionärer Opposition gegen diesen Staat. Und wenn die Pariser Kommune durch die leuchtende Spur ihres kurzen Daseins wie ihres heldenhaften Untergangs für immer ein Beispiel geblieben ist, wie eine revolutionäre Volksmasse nicht vor der Ergreifung der Macht zurückschrecken darf, auch wenn die Stunde der Geschichte ihrer Macht weder Dauer noch Sieg beschieden hat, so ist sie zugleich ein überragendes Denkmal der unversöhnlichen Todfeindschaft zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Proletariat, das nur ständig eingedenkt seines tiefen Gegensatzes zur gesamten Bourgeoisie, nur im entschlossenen Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie seine geschichtliche Mission zu erfüllen vermag.

Seitdem hat die kapitalistische Entwicklung im Sturmschritt die Welt erobert. Auf dem Grabe der Kommune hat sich in Frankreich endgültig die Dritte Republik befestigt als unumschränkte Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die in der Kolonialpolitik, im Militarismus, im Bündnis mit dem russischen Zarentum die ehemaligen Illusionen über den sozialistischen Charakter der bloßen republikanischen Staatsform begraben hat. Seit 1871 erst hat in Deutschland der Großkapitalismus in der Gründer- und Schwindelperiode seinen Einzug gehalten. Seitdem erst ist Russland, das damals kaum die Leibeigenschaft abgestreift hatte, in seiner kapitalistischen Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln bis an den Ausbruch der großen Revolution geeilt. Seitdem erst sind die Vereinigten Staaten aus einem Agrarstaat zum Industriestaat ersten Ranges geworden. Seitdem erst hat England seine industrielle Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt verloren. Seitdem erst hat die Kolonialpolitik und Weltpolitik die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch die Rebellion in alle Winkel der Erde getragen und das revolutionäre Erwachen des Orients heraufbeschworen.

Die Arbeiterklasse hat seitdem in allen modernen Staaten gelernt; die Waffe des Parlamentarismus zum täglichen Kampfe, zur eigenen Schulung, Aufklärung und Sammlung zu gebrauchen. Das Kommunistische Manifest, das während der Märzrevolution erst geboren, während der Pariser Kommune selbst in Deutschland nur einer Handvoll proletarischer

Kämpfer ein Wegweiser war, ist seitdem zum Banner ungezählter Millionen in allen Ländern geworden.

Und heute, im März, treten wieder die Elementargeister des Klassenkampfes in seiner ganzen Größe auf die Bühne. Nicht mehr in Barrikadenkämpfen allein offenbaren sich Blitze und Donnerrollen der Weltgeschichte wie 1848 und noch 1871. Ein Streik der Bergarbeiter Deutschlands und Englands¹ ist es, der heute die Welt in seinem Banne hält. Ein einfacher Gewerkschaftskampf, aber einer von jenen, die schon durch ihren riesenhaften Umfang wie durch ihre grundlegende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben der Gesellschaft die schlichte „Messer- und-Gabel-Frage“ zu einer sozialen und politischen Katastrophe im Staate gestalten. Hier, bei den Millionen Bergsklaven, die der kapitalistische Profitunger zum unterirdischen Leben unter Qualen der Danteschen Hölle verurteilt hat, hier brodeln die vulkanischen Kräfte des Klassenkampfes in ihrer ungehemmten Grundgewalt. Jedesmal, wenn die Bergsklaven ihre Glieder recken, erzittert der Boden des kapitalistischen Staates. Und heute sind sie – Millionen an der Zahl – in den zwei höchstentwickelten kapitalistischen Staaten gleichzeitig an die Oberfläche gestiegen, um eine Abrechnung mit dem herrschenden Kapital zu halten. Es sind dieselben englischen Proletarier, die in den siebziger Jahren auf der Höhe der industriellen Weltherrschaft Englands noch den Himmel voller Geigen sahen und mit der ausbeutenden Bourgeoisie schiedlich-friedlich auszukommen hofften. Es sind dieselben deutschen Bergarbeiter des Ruhrreviers, die noch 1889 in einer Abordnung an den deutschen Kaiser den Vater Staat um gütige Hilfe anflehten.² Heute stehen sie – Engländer wie Deutsche – nicht als Hoffende und Bittende, nein, als trotzige, wetterharte Kämpfer da, die nur auf sich selbst, auf die Solidarität und die Macht des Proletariats bauen.

Und der erste Eindruck ihres Kampfes gibt ihnen recht. Kaum haben sich die Arbeiterbataillone in Bewegung gesetzt, so richteten sich die erstarrten Blicke der bürgerlichen Welt auf ihren Kampf als auf das wichtigste Ereignis der Zeitgeschichte. Vor den verschränkten Armen der Millionen Bergarbeiter verstummte in England das tägliche Geplätscher

¹ Siehe S. 134, Fußnote 1.

² Während des Streiks der Bergarbeiter 1889, der u. a. für die Achtstundenschicht, für Lohnerhöhung und Anerkennung der im Ausstand entstandenen Streikleitungen geführt wurde, war am 14. Mai eine Abordnung streikender Ruhrbergarbeiter von Wilhelm II. empfangen worden und hatte ihn um Vermittlung bei der Unterhandlung mit den Zechenherren gebeten. Die berechtigten Forderungen der Bergleute wies Wilhelm II. als ungesetzlich zurück; jedoch trug die Verhandlung dazu bei, die Grubenherren des Ruhrreviers zu Zugeständnissen zu zwingen, die sie nach Wiederaufnahme der Arbeit allerdings nicht einhielten.

der politischen Nichtigkeiten, verstummte in Deutschland das parlamentarische Gezänk um die welterschütternde Frage, wer in den gepolsterten Präsidentenstuhl im Reichstag seinen Hintern drücken soll.

Ob der Streik diesmal gelingen wird? Eine müßige Frage! Der Kampf selbst ist ein Sieg der Arbeitersache, weil er eine Offenbatung des Klassenbewußtseins, der Solidarität und der Macht der Arbeiter ist, eine Mahnung zum Kampfe und eine Verheißung künftigen endgültigen Sieges für das gesamte internationale Proletariat.

Die Gleichheit (Stuttgart),
22. Jg. 1912, Nr. 13, S. 1/2.

Rede am 31. März 1912
in der Generalversammlung des
Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine
Berlins und Umgegend¹

Nach einem Zeitungsbericht

Ich bin den Mariendorfer Genossen sehr dankbar dafür, daß sie mir durch ihr Mandat ermöglicht haben, hier zu sprechen. Als ich den Bericht von der vorigen Sitzung der Generalversammlung² las, war ich äußerst peinlich berührt durch die Art und Weise, wie der Vertreter des Parteivorstandes die Frage des Stichwahlabkommens hier vor Ihnen behandelt hat. („Sehr wahr!“) Nicht deshalb, weil ich persönlich bei dieser Verteidigung sehr schlecht weggekommen bin, ich bin persönliche Angriffe gewöhnt und nehme sie sehr kühl. Aber es hat mich peinlich berührt, daß der Vertreter der obersten Parteibehörde in eine so hochwichtige und ernste politische Frage einen Ton der persönlichen Gehässigkeit hineingetragen hat („Sehr richtig!“), statt mit gebührendem Ernst und mit Sachlichkeit eine so hochwichtige Frage zu behandeln. („Sehr richtig!“ und Widerspruch.) Man kann über das Stichwahlabkommen dieser oder anderer Meinung sein; aber die oberste Behörde einer politischen Partei von unserer Größe und unseren Aufgaben muß sich von vornherein sagen: Auch ich kann einmal fehlen! Einen Anspruch auf Unfehlbarkeit und deshalb auf eine solche Reizbarkeit gegenüber der öffentlichen Kritik darf ein sozialdemokratischer Parteivorstand nicht haben. Wo kommen wir sonst hin? („Sehr richtig!“) Wer meine Artikel³ gelesen hat, wird von ihrer strengen Sachlichkeit überzeugt sein. Genosse Braun behauptet, daß nur kapriziöse

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend war am 17. März 1912 begonnen worden. In dieser Sitzung hatte Otto Braun versucht, das Stichwahlabkommen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit der Fortschrittlichen Volkspartei (siehe S. 91, Fußnote 3) zu rechtfertigen. Die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung wurde in der Versammlung am 31. März weitergeführt.

3 Siehe S. 100-123 u. 134-145.

Rede im Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins

Primadonnen sagen könnten: Wenn die Fortschrittler die Klausel der Dämpfung unserer Agitation in 16 Kreisen zu einer unerlässlichen Bedingung des Abkommens gemacht haben, hätte man die Herren Fortschrittler in beschleunigtem Tempo die Treppe hinunterbefördern sollen. Ich glaube, wenn unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, nicht so sehr seine Pflicht als Informationsorgan vernachlässigen würde, dann würden Sie alle wissen, daß nicht bloß ich diese Ansicht vertreten habe, sondern daß von den verschiedensten Seiten in der Partei genau dieselbe Auffassung vertreten wurde. („Hört! Hört!“)

Schon am 17. Februar, also lange vor mir, schrieb unser Elberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, über das Stichwahlabkommen: „Wir bemerkten schon, es nicht billigen zu können, daß sich unsere Parteileitung auf die Dämpfklausel eingelassen hat. Wir kämpfen nicht nur bei Wahlen, sondern fortgesetzt. Und wenn dann die Genossen eines Wahlkreises jahrelang fleißig gearbeitet und besonders den herangekommenen Wahlkampf mit großer Bravour geführt, Erfolge errungen haben und in die Stichwahl gekommen sind, so kann man ihnen auch dort, wo wenig Aussicht auf einen Sieg ist, nicht kurz vor der Stichwahl zumuten: Jetzt müßt ihr euch bis nach der Stichwahl politisch tot erklären.“ Das geht nicht, gerade auch wegen der Disziplin. Man darf nicht Unmögliches von den Genossen verlangen, wenn die von den Gegnern so oft bewunderte Disziplin in der Partei hochgehalten werden soll. Nun kann man geltend machen, daß von der Annahme der Dämpfklausel es abhängig war, ob das Stichwahlabkommen zur Tatsache werden sollte oder nicht. Da sind wir nun der Meinung, daß man bei einem so hohen Preis lieber auf das Abkommen verzichtet hätte.“

Auch eine kapriziöse Primadonna in Elberfeld! (Lebhafte Heiterkeit.) Das Organ der Parteimitgliedschaft von Rüstringen, die nicht gerade im Geruch des äußersten Radikalismus steht, das „Norddeutsche Volksblatt“, schrieb: „Die Sozialdemokratie ist keine Partei, in der nach einem siegreichen Wahlkampfe Ruhe als die bekannte erste Bürgerpflicht betrachtet wird. Im Gegenteil, in ihren Reihen ist es von jeher Sitte gewesen, sich ständig selbst zu prüfen, mögen auch Wochen und Monate nach den jeweilig in Frage kommenden ‚Fällen‘ vergangen sein. Die Stichwahlaktik des Parteivorstandes haben auch wir nicht gebilligt, und nur aus Disziplinogründen haben wir uns gefügt. Auch die kürzlich den Redaktionen übermittelte Begründung durch denselben fand nicht unseren Beifall. Aus diesem Grunde geben wir eine Rede wieder, die Genossin Luxemburg am 1. März vor der Bremer Arbeiterschaft hielt.“

Die Redaktion.“

Die Genossen in Solingen haben sich in ihrer Kreisgeneralversammlung am 10. März mit dem Abkommen beschäftigt. Der Referent, Genosse Wendemuth, verteidigte das Stichwahlabkommen und den Parteivorstand. Als er aber zur Dämpferklausel kam, hat er gesagt: „Da wurde nämlich ausgemacht, daß wir in 16 Wahlkreisen bis zum Stichwahltag keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten“ hätten, „wogegen es uns freisteht, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten“. Das muß verurteilt werden, denn eine solche Abmachung ist unserer Partei unwürdig. Entweder soll man kämpfen oder soll es nicht. Auf keinen Fall aber soll man den Schein erwecken, als ob man kämpft und tut es doch nicht.“

Die „Schwäbische Tagwacht“, ein Organ nicht des äußersten Radikalismus (Heitere Zustimmung), schreibt: „Der ‚gedämpfte‘ Wahlkampf ist überhaupt eine ganz neue Erfindung. Wir hätten gewünscht, er wäre nicht erfunden worden ... Wenn die Volkspartei als Bedingung für das Zustandekommen eines Stichwahlabkommens eine derartige Forderung stellte, mußte sie trotzdem und unter allen Umständen vom Parteivorstand abgelehnt werden ... Die Kritik, die sich an das Abkommen knüpfte, wird sicherlich auch dazu führen, daß die Partei für die Zukunft von ähnlichen Vereinbarungen verschont bleibt. Welche Situationen die Zukunft bringen wird, läßt sich heute nicht sagen. Aber das muß mit allem Nachdruck ausgesprochen werden: Zumutungen, wie sie in dem diesjährigen Stichwahlabkommen an die Parteigenossen gestellt wurden, dürfen sich unter keinen Umständen wiederholen; der Vorstand einer demokratischen Partei, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, muß sich von solchen Abmachungen fernhalten, die zu verteidigen ihm selber sehr schwerfallen muß.“

So geht es auch weiter. Die Parteiblätter in Erfurt, Halle, Göppingen haben das Abkommen, namentlich die Dämpferklausel, auf das schärfste verurteilt. Sie aber sind leider darüber nicht informiert, weil Ihr Organ die Pflicht versäumt hat, Sie auf dem laufenden zu halten über das geistige Leben in der Partei. („Hört! Hört!“) Deshalb konnte man es Ihnen so darstellen, als ob das Karnickel, das die ganze Sache angefangen, hier oben auf der Tribüne vor Ihnen stände. (Heiterkeit.) Das ist aber gar nicht wahr. In unserem wissenschaftlichen Organ, der „Neuen Zeit“, hat im Leitartikel vom 15. März Genosse Mehring das Abkommen genauso scharf verurteilt wie ich und andere. Er schreibt: „Allein es ging über die erlaubte Grenze hinaus, als dem Ansinnen der Fortschrittler nachgegeben

wurde, ihnen 16 Wahlkreise zu überlassen, in denen sie mit unseren Leuten stachen ... Daß der Parteivorstand die 16 Kreise nicht einfach, sondern durch die ‚Dämpfung‘ der Agitation preisgegeben hat, macht die Sache eher noch schlimmer als besser. Wäre es in weiten Parteikreisen unseres Erachtens nicht verstanden worden, wenn der Parteivorstand das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei von der Schwelle abgewiesen hätte, so würde es gerade auch in diesen Parteikreisen freudig begrüßt worden sein, wenn der Parteivorstand auf die Erpresserbedingung hin die Fortschrittler hätte zu ihren Freunden vom Bülow-Block¹ abfahren lassen.“²

Der „Vorwärts“ hat die offizielle Verteidigung des Parteivorstandes übernommen, wenn auch nicht im Namen des Parteivorstandes. Hören wir: „Wenn aber das Abkommen zu dieser Dämpfung unter anderem auch die Verpflichtung rechnete, den Wählern keine Stimmzettel zuzustellen und am Wahltage keine Schlepperdienste zu verrichten, so überschritt es damit die Grenzen des der Situation Entsprechenden, ja des Erreichbaren. Denn den Parteigenossen in den erregten Zeiten einer Wahl unmittelbar vor der Entscheidung jede Betätigung nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Art versagen wollen heißt Unmögliches von ihnen verlangen.“

Und ebensowenig am Platze war die Heimlichkeit, mit der das Abkommen eine Zeitlang behandelt wurde ... Sollten die Fortschrittler Grund gehabt haben, zu wünschen, daß das ganze Abkommen ein Geheimnis bleibe, dann durfte es überhaupt nicht abgeschlossen werden. So nützlich uns das Abkommen auch erscheint, um den Preis der Umwälzung unserer demokratischen Grundsätze durfte es nicht erkauft werden.“³

In diesem Sinne haben sich auch die Genossen in Hamburg, Merseburg und anderen Kreisen ausgesprochen gegen das Abkommen, und bis jetzt kenne ich nicht eine Stimme in der Partei, die diesen Punkt des Abkommens des Parteivorstandes verteidigen würde. Vielleicht tut es Genosse Kolb jetzt in seinem Blatt. (Lebhafte Heiterkeit. – Ledebour ruft: „Das ist auch noch nicht mal sicher!“)

Es kommt ja nicht darauf an, ob ein einzelner Fehler in der Taktik, der praktischen Politik vom Parteivorstand gemacht wurde oder nicht. Niemand von uns verlangt vielleicht von ihm Fehlerlosigkeit und die Un-

1 Siehe S. 110, Fußnote 2.

2 Franz Mehring: Präsidial- und andere Fragen. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 15, Berlin 1966, S. 582, 583.

3 Unser Stichwahlabkommen. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 56 vom 7. März 1912.

möglichkeit, irgendeinen Fehler zu machen. Aber was das Wichtigste ist, das sind die allgemeinen politischen Gesichtspunkte, welche dieser Politik zugrunde liegen und die in der Verteidigung des Parteivorstandes auch zum Vorschein kommen. Es wird durchaus behauptet, daß sich das Stichwahlabkommen in politischer Hinsicht mit einem glänzenden Erfolg gekrönt habe. Wenn man die Sache ruhig und objektiv betrachtet, die Abstimmungszahlen der Stichwahlkreise, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in keinem einzigen das Wahlabkommen von den Fortschrittlern wirklich eingehalten wurde. Sie finden nur 4 oder 5 Kreise, in denen die Tugend der Fortschrittler so weit gegangen ist, daß mehr von ihnen für uns als für die Reaktion gestimmt haben. In der überwiegenden Zahl der Wahlkreise haben mehr von ihnen für die Reaktion gestimmt als für uns. („Sehr richtig!“) So ist das Abkommen eingehalten worden!

Die Hauptsache ist doch, daß man erklärt, man habe den Zweck verfolgt, die schwarzblaue Reaktion zu zerschmettern, und daß man jetzt versucht, uns glauben zu machen, daß wir die Reaktion tatsächlich zerschmettert haben. Das Traurigste bei der Sache ist, daß man solche unerhörten Illusionen den Massen beizubringen sucht. („Sehr richtig!“) Der „Vorwärts“ hat behauptet, wir hätten es fertiggebracht, durch unser Abkommen mit den Fortschrittlern die Reaktion und die Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen. (Heiterkeit.) Solche Ansichten dürfen doch nicht ungestraft in unseren Reihen verbreitet werden! Denn es ist eine unverzeihliche Illusion, wenn man heute, bei all dem, was wir an Schlägen der Reaktion erleben, den Massen vorspiegeln will, wir seien in der Lage, Reaktion und Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen. Und dabei bringt der „Vorwärts“ selbst jeden Tag neue Beweise, daß die Schwarzblauen und die Regierung uns Schritt für Schritt Niederlagen bereiten.

Genosse Braun und der „Vorwärts“ haben versucht, die Kritik an dem Stichwahlabkommen damit abzutun, daß sie die Kritiker des Antiparlamentarismus verdächtigten. Jetzt genügt es, an solchen Illusionen Kritik zu üben, um beinahe zu den Anarchisten geworfen zu werden. Da hat es mich gefreut, in diesen Tagen gerade in einem Leitartikel des „Vorwärts“ sehr gefährliche Seitensprünge in „antiparlamentarischem“ Sinne konstatieren zu können. (Heiterkeit.) Und zwar heißt es in dem heutigen Leitartikel: „Für heute sei nur die Notwendigkeit betont, daß wir Sozialdemokraten gerade in diesen Tagen unsere Forderung eines Volksheeres lauter und nachdrücklicher erheben müssen denn je zuvor. Wir müssen den Massen klarmachen, daß beim heutigen stehenden Heere das Wort vom ‚Volk in Waffen‘ zu einer heuchlerischen und gefährlichen Farce ge-

worden ist. Wir haben darauf hinzuweisen, daß wir bei der Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer kaum auf die Hilfe des Parlaments rechnen können.“¹

Braun hat auf der vorigen Versammlung gegenüber meiner Forderung, man hätte die Forderung der Miliz zum Gegenstand einer großartigen Massenbewegung machen sollen, gesagt: Ja, wenn wir auf die Straße gelaufen wären und losgekreischt hätten: Miliz! so hätten wir den Rat bekommen, in eine Kaltwasserheilanstalt zu gehen. Ich empfehle also, die Redaktion des „Vorwärts“ in diese Kaltwasserheilanstalt zu schicken (Heiterkeit.), um so mehr, als sie noch am verflossenen Freitag schrieb: „Wo stehen wir also? Vor dem Feind, der uns rings umgibt! Und wie stehen wir da? In der Hauptsache auf unsere eigene Kraft angewiesen, wie nur je zuvor. Und worin besteht unsere Kraft? Nicht in unserer parlamentarischen Position – sowein wir auch die parlamentarische Tätigkeit, namentlich deren agitatorische Seite, unterschätzen wollen –, sondern in unserer Verankerung mit dem Volke, in den Wurzeln unserer Kraft, in den Volksmassen selbst, in der Organisation, in dem Klassenbewußtsein und der politischen Regsamkeit und Energie dieser Volksmassen!“

Die Massen müssen sich rühren und regen, wenn unseren Aktionen im Parlament Mark und Nachdruck verliehen werden soll. Die Fraktionen können höchstens den Dirigentenstab schwingen, die Musik muß das kraftvoll einfallende Orchester der Volksmassen machen!“²

Das hat der „Vorwärts“ über die Ergebnisse der herrlichen Illusionen in bezug auf die Zerschmetterung der Reaktion geschrieben. Ich habe mich sehr gefreut, als ich diesen Artikel las, und mich gefragt: Was hat wohl plötzlich diese Wandlung zum „Antiparlamentarismus“ im „Vorwärts“ hervorgerufen? Vielleicht die vorige Sitzung dieser Versammlung? So oder anders stellt sich heraus, daß der „Vorwärts“, wenn er gezwungen ist, die bestehende politische Lage in ihren wirklichen Konsequenzen zu schildern, genau zu denselben Schlüssen kommt wie wir in unserer Kritik.

Das Gefährlichste an diesem Abkommen sind überhaupt die überschwenglichen Hoffnungen in bezug auf den Parlamentarismus und die Wirkungen der parlamentarischen Schiebungen. Man wollte plötzlich mit Hilfe der Liberalen die deutsche Reaktion zerschmettern, mit denselben Liberalen, die bei jedem Schritt vor der Reaktion zusammenknicken in der elendsten Weise und die jeden Tag von neuem beweisen, daß diese ganze Spekulation nur ein Kartenhaus ist: Die Haltung der Liberalen,

1 Herunter mit dem Panzer! In: Vorwärts, Nr. 77 vom 31. März 1912.

2 Gesetzgebung durch das Volk. In: Vorwärts, Nr. 75 vom 29. März 1912.

namentlich auch der Fortschrittler in der Geschäftsordnungskommission und in den anderen Kommissionen des Reichstags, sogar dort, wo es sich um reine Rechtsfragen des Reichstags gegenüber der Regierung handelt, sogar da knickt der Liberalismus elend zusammen. Und braucht man erst auf die kommende Wehrvorlage hinzuweisen? Niemals ward ein schädlicheres Wort ausgesprochen als das des „Vorwärts“, als hätten wir die Regierung jetzt zur Ohnmacht verurteilt. Im Gegenteil, unser ganzes Interesse und unsere Pflicht besteht darin, den Massen klaren Wein einzuschenken und alle Illusionen beiseite zu schieben, die sich etwa an unseren Wahlsieg unmittelbar knüpfen könnten. Man hat uns Antiparlamentarismus in die Schuhe zu schieben versucht. Nichts ist so gefährlich in dem Sinne, daß es wirklich antiparlamentarische Anwandlungen in den Massen nähren kann, als solche übertriebenen parlamentarischen Illusionen. („Sehr wahr!“) Wenn wir solch übertriebene Hoffnung in den Massen nähren, so wird sich das in wenigen Jahren bitter rächen. Die Massen werden kommen und fragen: Wo sind denn die Wunderwirkungen eures parlamentarischen Sieges? Solche allgemeinen, falschen theoretischen Perspektiven müssen mit allem Nachdruck bekämpft werden. Mein Vorredner hat ja gezeigt, wohin die Konsequenzen dieser Stellungnahme führen. Er hat ja nichts anderes befürwortet als die famose süddeutsche Großblockpolitik und alle Kompromisse¹, die dort seit Jahr und Tag Wirklichkeit geworden sind. Der Artikel des Genossen Puchta in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ über das Landtagswahlkompromiß in Bayern zeigt, welcher Katzenjammer jetzt schon dort eingezogen ist nach dem angeblich herrlichen Siege in einem Wahlkampf, in dem wir Sozialdemokraten zu einem Brei mit den Bürgerlichen geworden sind und gemeinsame Kandidaten aufgestellt haben.² Das aber ist die logische Konsequenz beim Fortschreiten auf dem Wege, auf den sich der Parteivorstand begeben hat mit dem Stichwahlabkommen. Es ist deshalb außerordentlich wichtig, im Interesse der Gesamtpartei und der politischen Entwicklung zu sagen: Diese Praxis mit dem Stichwahlabkommen -- bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorwärts (Berlin), Nr. 78 vom 2. April 1912.

1 Siehe S. 136, Fußnote 7 u. S. 142, Fußnote 2.

2 Fritz Puchta: Die Landtagswahlen in Bayern. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 30. Jg. 1911/12, Erster Band, S. 924-934. - Im Dezember 1911 hatte der Landesvorstand der bayrischen Sozialdemokratie ohne Rücksprache mit den unteren Instanzen und gegen den Willen großer Teile der Mitgliedschaft mit den Liberalen, dem bayrischen und dem deutschen Bauernbund ein Kompromiß für die Landtagswahlen in Bayern abgeschlossen. Trotz dieses Wahlbündnisses konnte das Zentrum bei den Wahlen am 5. Februar 1912 die absolute Mehrheit der Landtagsmandate erobern.

Frauenwahlrecht und Klassenkampf

„Warum gibt es in Deutschland keine Arbeiterinnen-Vereine? Warum hört man so wenig von der Arbeiterinnenbewegung?“¹ Mit diesen Worten leitete eine der Gründerinnen der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland, Emma Ihrer, im Jahre 1898 ihre Schrift ein „Die Arbeiterinnen im Klassenkampf“. Kaum vierzehn Jahre sind seitdem verflossen, und heute ist die proletarische Frauenbewegung in Deutschland mächtig entfaltet. Mehr als hundertfünftausend gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen bilden mit die Kerentruppen des wirtschaftlich kämpfenden Proletariats. Viele Zehntausende politisch organisierter Frauen sind um das Banner der Sozialdemokratie geschart; das sozialdemokratische Frauenorgan zählt über hunderttausend Abonnenten; die Forderung des Frauenwahlrechts steht auf der Tagesordnung des politischen Lebens der Sozialdemokratie.

Manch einer könnte gerade aus diesen Tatsachen heraus die Bedeutung des Kampfes um das Frauenwahlrecht unterschätzen. Er könnte denken: Auch ohne die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts haben wir glänzende Fortschritte in der Aufklärung und Organisierung der Frauen erzielt, das Frauenwahlrecht ist wohl auch weiterhin keine dringende Notwendigkeit. Doch wer so denkt, unterliegt einer Täuschung. Die großartige politische und gewerkschaftliche Aufrüstung der Massen des weiblichen Proletariats in den letzten anderthalb Jahrzehnten ist nur deshalb möglich geworden, weil die Frauen des arbeitenden Volkes trotz ihrer Entziehung am politischen Leben und an den parlamentarischen Kämpfen ihrer Klasse den regsten Anteil nehmen. Die Proletarierinnen ziehen bis jetzt vom Wahlrecht der Männer, an dem sie tatsächlich teil-

1 Emma Ihrer: Die Arbeiterinnen im Klassenkampf, Hamburg 1898, S. 3.

nehmen, wenn auch nur indirekt. Der Wahlkampf ist jetzt schon für große Massen der Frauen wie der Männer der Arbeiterklasse ein gemeinsamer. In allen sozialdemokratischen Wählerversammlungen bilden die Frauen ein zahlreiches, manchmal das überwiegende, stets ein reges und leidenschaftlich beteiligtes Publikum. In allen Wahlkreisen, wo eine gefestigte sozialdemokratische Organisation besteht, verrichten die Frauen mit die Wahlarbeit. Sie sind es auch, denen ein großes Verdienst an der Verbreitung von Flugblättern, an dem Werben von Abonnenten für die sozialdemokratische Presse zufällt, diese wichtigste Waffe des Wahlkampfes.

Der kapitalistische Staat hat den Frauen des Volkes nicht verwehren können, daß sie alle diese Mühen und Pflichten im politischen Leben auf sich nahmen. Er selbst hat ihnen die Möglichkeit dazu Schritt für Schritt durch die Gewährung des Vereins- und Versammlungsrechts erleichtern und sichern müssen. Nur das letzte politische Recht, das Recht, den Wahlzettel abzugeben, unmittelbar über die Volksvertretung in den gesetzgebenden und verwaltenden Körpern zu entscheiden und diesen Körperschaften als Erwählte anzugehören, nur dieses Recht will der Staat den Frauen nicht zugestehen. Allein hier wie auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens heißt es: „Wehre den Anfängen!“ Der heutige Staat ist vor den proletarischen Frauen schon zurückgewichen, als er sie in öffentlichen Versammlungen, in politische Vereine zuließ. Allerdings hat er das nicht aus freiem Willen getan, sondern der bitteren Not gehorchend, unter dem unüberstehlichen Druck der aufstrebenden Arbeiterklasse. Nicht zuletzt war es das stürmische Vorwärtsdrängen der Proletarierinnen selbst, das den preußisch-deutschen Polizeistaat gezwungen hat, das famose „Frauensegment“ in den politischen Vereinsversammlungen¹ preiszugeben und den Frauen die Tore der politischen Organisationen sperrangelweit zu öffnen. Damit ist der Stein noch schneller ins Rollen gekommen. Der unaufhaltsame Fortschritt des proletarischen Klassenkampfes hat die arbeitenden Frauen mitten in den Strudel des politischen Lebens gerissen. Dank der Ausnutzung des Vereins- und Versammlungsrechts haben sich die Proletarierinnen den regsten Anteil an dem parlamentarischen Leben, an den Wahlkämpfen errungen. Und nun ist es nur eine unabweisbare Folge, nur das logische Ergebnis der Bewegung, daß heute Millionen proletarischer Frauen selbstbewußt und trotzig rufen: *Her mit dem Frauenwahlrecht!*

¹ Im Jahre 1902 hatte der preußische Innenminister eine Verfügung erlassen, der zufolge sich Frauen bei politischen Versammlungen nur in einem besonderen Teil des Versammlungsraumes, dem „Frauensegment“, aufhalten durften.

Ehemals, in den schönen Zeiten des vormärzlichen Absolutismus, hieß es gewöhnlich von dem ganzen arbeitenden Volke, es sei „noch nicht reif“ zur Ausübung politischer Rechte. Heute kann das nicht von den proletarischen Frauen gesagt werden, denn sie haben ihre Reife für die Ausübung politischer Rechte erwiesen. Weiß doch jeder, daß ohne sie, ohne die begeisterte Mithilfe der Proletarierinnen, die deutsche Sozialdemokratie am 12. Januar¹ nimmermehr den glänzenden Sieg errungen, die $4\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen erhalten hätte. Aber gleichwohl, das arbeitende Volk hat jedesmal seine Reife zur politischen Freiheit durch eine siegreiche revolutionäre Massenbewegung erweisen müssen. Erst wenn das Gottesgnadentum auf dem Thron und die Edelsten und Besten der Nation die schwielige Faust des Proletariats fest auf dem Auge und sein Knie auf ihrer Brust fühlten, erst dann kam ihnen auch blitzartig der Glaube an die politische „Reife“ des Volkes. Heute sind die Frauen des Proletariats an der Reihe, ihre Reife dem kapitalistischen Staat zum Bewußtsein zu bringen. Das geschieht durch eine andauernde, machtvolle Massenbewegung, in der alle Mittel des proletarischen Kampfes und Druckes in Anwendung gebracht werden müssen.

Um das Frauenwahlrecht handelt es sich als Ziel, aber die Massenbewegung dafür ist nicht Frauensache allein, sondern gemeinsame Klassenangelegenheit der Frauen und Männer des Proletariats. Denn die Rechtlosigkeit der Frau ist heute in Deutschland nur ein Glied in der Kette der Reaktion, die das Leben des Volkes fesselt, und sie steht im engsten Zusammenhang mit der anderen Säule dieser Reaktion: mit der Monarchie. In dem heutigen großkapitalistischen, hochindustriellen Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts, im Zeitalter der Elektrizität und der Luftschiffahrt ist die politische Rechtlosigkeit der Frau genau ein so reaktionäres Überbleibsel alter, abgelebter Zustände wie die Herrschaft des Gottesgnadentums auf dem Throne. Beide Erscheinungen: das Instrument des Himmels als tonangebende Macht des politischen Lebens und die Frau, die züchtig am häuslichen Herde saß, unbekümmert um die Stürme des öffentlichen Lebens, um Politik und Klassenkampf, sie beide wurzeln in den vermorschten Verhältnissen der Vergangenheit, in den Zeiten der Leibeigenschaft auf dem Lande und der Zünfte in der Stadt. In diesen Zeiten waren sie begreiflich und notwendig. Beide, Monarchie wie Rechtlosigkeit der Frau, sind heute durch die moderne kapitalistische Entwicklung entwurzelt, zur lächerlichen Karikatur auf die Menschheit geworden. Sie bestehen jedoch in der heutigen modernen Gesellschaft

¹ Siehe S. 6, Fußnote 3.

weiter, nicht etwa deshalb, weil man vergessen hätte, sie wegzuräumen, nicht aus bloßer Beharrlichkeit und Trägheit der Zustände. Nein, sie sind noch da, weil beide – Monarchie wie Rechtlosigkeit der Frau – zu mächtigen Werkzeugen volksfeindlicher Interessen geworden sind. Hinter dem Thron und Altar wie hinter der politischen Versklavung des weiblichen Geschlechts verschanzen sich heute die schlimmsten und brutalsten Vertreter der Ausbeutung und der Knechtschaft des Proletariats. Monarchie und Rechtlosigkeit der Frau sind zu den wichtigsten Werkzeugen der kapitalistischen Klassenherrschaft geworden.

Für den heutigen Staat handelt es sich in Wirklichkeit darum, den arbeitenden Frauen und ihnen allein das Wahlrecht vorzuenthalten. Von ihnen befürchtet er mit Recht die Gefährdung aller althergebrachten Einrichtungen der Klassenherrschaft, so des Militarismus, dessen Todfeindin jede denkende Proletarierin sein muß; der Monarchie; des Raubsystems der Zölle und Steuern auf Lebensmittel usw. Das Frauenwahlrecht ist für den heutigen kapitalistischen Staat ein Greuel und Schrecken, weil hinter ihm die Millionen Frauen stehen, die den inneren Feind, die revolutionäre Sozialdemokratie, stärken würden. Käme es auf die Damen der Bourgeoisie an, so hätte der kapitalistische Staat von ihnen nur eine wirksame Unterstützung der Reaktion zu erwarten. Die meisten bürgerlichen Frauen, die sich im Kampfe gegen „die Vorrechte der Männer“ wie Löwinnen gebärden, würden im Besitz des Wahlrechts wie fromme Lämmlein mit dem Troß der konservativen und klerikalen Reaktion gehen. Ja, sie wären sicher noch um ein Beträchtliches reaktionärer als der männliche Teil ihrer Klasse. Von der kleinen Zahl Berufstätiger unter ihnen abgesehen, nehmen die Frauen der Bourgeoisie an der gesellschaftlichen Produktion keinen Anteil, sie sind bloße Mitverzehrerinnen des Mehrwerts, den ihre Männer aus dem Proletariat herauspressen, sie sind Parasiten der Parasiten am Volkskörper. Und Mitverzehrer sind gewöhnlich noch rabiater und grausamer in der Verteidigung ihres „Rechts“ auf Parasitendasein als die unmittelbaren Träger der Klassenherrschaft und der Ausbeutung. Die Geschichte aller großen Revolutionskämpfe hat dies grauenvoll bestätigt. Als nach dem Fall der Jakobinerherrschaft in der Großen Französischen Revolution der gefesselte Robespierre auf dem Wagen zum Richtplatz gefahren wurde, da führten die nackten Lustweiber der siegestrunkenen Bourgeoisie auf den Straßen einen schamlosen Freudentanz um den gefallenen Revolutionshelden auf. Und als im Jahre 1871 in Paris die heldenmütige Arbeiterkommune mit Mitrailleurten besiegt wurde, da übertrafen die rasenden Weiber der Bourgeoisie in ihrer blutigen

gen Rache an dem niedergeworfenen Proletariat noch ihre bestialischen Männer. Die Frauen der besitzenden Klassen werden stets fanatische Verteidigerinnen der Ausbeutung und Knechtung des arbeitenden Volkes bleiben, von der sie aus zweiter Hand die Mittel für ihr gesellschaftlich unnützes Dasein empfangen.

Wirtschaftlich und sozial stellen die Frauen der ausbeutenden Klassen keine selbständige Schicht der Bevölkerung dar. Sie üben bloß die soziale Funktion als Werkzeuge der natürlichen Fortpflanzung für die herrschenden Klassen aus. Hingegen sind die Frauen des Proletariats wirtschaftlich selbständig, sie sind für die Gesellschaft *produktiv* tätig so gut wie die Männer. Nicht in dem Sinne, daß sie dem Manne durch häusliche Arbeit helfen, mit dem kargen Lohn das tägliche Dasein der Familie zu fristen und Kinder zu erziehen. Diese Arbeit ist nicht produktiv im Sinne der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und mag sie in tausendfältigen kleinen Mühen eine Riesenleistung an Selbstaufopferung und Kraftaufwand ergeben. Sie ist nur eine private Angelegenheit des Proletariers, sein Glück und Segen, und gerade deshalb bloße Luft für die heutige Gesellschaft. Als produktiv gilt – solange Kapitalherrschaft und Lohnsystem dauern werden – nur diejenige Arbeit, die Mehrwert schafft, die kapitalistischen Profit erzeugt. Von diesem Standpunkt ist die Tänzerin im Tingeltangel, die ihrem Unternehmer mit ihren Beinen Profit in die Tasche fegt, eine produktive Arbeiterin, während die ganze Mühsal der Frauen und Mütter des Proletariats in den vier Wänden ihres Heimes als unproduktive Tätigkeit betrachtet wird. Das klingt roh und wahnwitzig, entspricht aber genau der Roheit und dem Wahnwitz der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und diese rohe Wirklichkeit klar und scharf zu erfassen ist die erste Notwendigkeit für die proletarischen Frauen.

Denn gerade von diesem Standpunkte aus ist jetzt der Anspruch der Proletarierinnen auf politische Gleichberechtigung in fester wirtschaftlicher Grundlage verankert. Millionen von proletarischen Frauen schaffen heute kapitalistischen Profit gleich Männern – in Fabriken, Werkstätten, in der Landwirtschaft, in der Hausindustrie, in Büros, in Läden. Sie sind also produktiv im strengsten wissenschaftlichen Sinne der heutigen Gesellschaft. Jeder Tag vergrößert die Scharen der kapitalistisch ausgebauten Frauen, jeder neue Fortschritt in der Industrie, in der Technik schafft neuen Platz für Frauen im Getriebe der kapitalistischen Profitmacherei. Und damit fügt jeder Tag und jeder industrielle Fortschritt einen neuen Stein zur festen Grundlage der politischen Gleichberechtigung der Frauen.

Für den wirtschaftlichen Mechanismus selbst ist jetzt Schulbildung und geistige Intelligenz der Frauen notwendig geworden. Die beschränkte, weltfremde Frau des altväterischen „häuslichen Herdes“ taugt heute so wenig für die Ansprüche der Großindustrie und des Handels wie für die Anforderungen des politischen Lebens. Freilich, auch in dieser Beziehung hat der kapitalistische Staat seine Pflichten vernachlässigt. Bis jetzt haben die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen das meiste und Beste für die geistige und moralische Erweckung und Schilbung der Frauen getan. Wie schon vor Jahrzehnten in Deutschland die Sozialdemokraten als die tüchtigsten, intelligentesten Arbeiter bekannt waren, so sind heute die Frauen des Proletariats durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus der Stickluft ihres engen Daseins, aus der kümmerlichen Geistlosigkeit und Kleinlichkeit des häuslichen Waltens emporgehoben worden. Der proletarische Klassenkampf hat ihren Gesichtskreis erweitert, ihren Geist elastisch gemacht, ihr Denkvermögen entwickelt, hat ihrem Streben große Ziele gewiesen. Der Sozialismus hat die geistige Wiedergeburt der Masse der proletarischen Frauen bewirkt und sie dadurch zweifellos auch zu tüchtigen produktiven Arbeiterinnen für das Kapital gemacht.

Nach alledem ist die politische Rechtlosigkeit der proletarischen Frauen eine um so niederträchtigere Ungerechtigkeit, als sie bereits eine halbe Lüge geworden ist. Beteiligen sich doch die Frauen in Massen und aktiv am politischen Leben. Jedennoch die Sozialdemokratie kämpft nicht mit dem Argument der „Ungerechtigkeit“. Der grundlegende Unterschied zwischen uns und dem früheren sentimental utopischen Sozialismus beruht gerade darauf, daß wir nicht auf die Gerechtigkeit der herrschenden Klassen, sondern einzig und allein auf die revolutionäre Macht der Arbeitersassen bauen und auf den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, der jener Macht den Boden schafft. So ist die Ungerechtigkeit an sich gewiß kein Argument, um reaktionäre Einrichtungen zu stürzen. Wenn sich jedoch das Empfinden der Ungerechtigkeit weiter Kreise der Gesellschaft bemächtigt – sagt Friedrich Engels, der Mitschöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus –, so ist das immer ein sicheres Zeichen, daß in den wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft weitgehende Verschiebungen Platz gegriffen haben, daß bestehende Zustände bereits mit dem Fortschritt der Entwicklung in Widerspruch geraten sind. Die jetzige kraftvolle Bewegung der Millionen proletarischer Frauen, die ihre politische Rechtlosigkeit als ein schreiendes Unrecht empfinden, ist ein solches untrügliches Zeichen, daß die gesellschaftlichen Grundlagen

der bestehenden Staatsordnung bereits morsch und ihre Tage gezählt sind.

Einer der ersten großen Verkünder der sozialistischen Ideale, der Franzose Charles Fourier, hat vor hundert Jahren die denkwürdigen Worte geschrieben: In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation (Freiheit) das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation. Das stimmt vollkommen für die heutige Gesellschaft. Der jetzige Massenkampf um die politische Gleichberechtigung der Frau ist nur eine Äußerung und ein Teil des allgemeinen Befreiungskampfes des Proletariats, und darin liegt gerade seine Kraft und seine Zukunft. Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht der Frauen würde – dank dem weiblichen Proletariat – den proletarischen Klassenkampf ungeheuer vorwärtsstreiben und verschärfen. Deshalb verabscheut und fürchtet die bürgerliche Gesellschaft das Frauenwahlrecht, und deshalb wollen und werden wir es erringen. Auch durch den Kampf um das Frauenwahlrecht wollen wir die Stunde beschleunigen, wo die heutige Gesellschaft unter den Hammerschlägen des revolutionären Proletariats in Trümmer stürzt.

Frauenwahlrecht. Hrsg. zum Zweiten Sozialdemokratischen Frauentag von Clara Zetkin, Stuttgart, 12. Mai 1912,
o. O. u. J., S. 8–10.

Schlag auf Schlag

In der letzten Zeit überstürzen sich Ereignisse, die geeignet sind, dem sozialistischen Proletariat ernste und eindringliche Lehren über seine Klassenpolitik zu erteilen. Seit einer Reihe von Jahren hat sich in der Arbeiterbewegung verschiedener Länder eine Strömung durchzusetzen versucht, die die Notwendigkeit des Zusammengehens der proletarischen Partei mit dem bürgerlichen Liberalismus predigt. Die Beweisführung für die empfohlene Taktik ist äußerst einfach und ansprechend. Zwar sind Sozialismus und Liberalismus unversöhnliche Gegensätze, zwar sind Proletariat und Bourgeoisie geborene Todfeinde, und die Endziele beider laufen einander schnurstracks zuwider. Das Proletariat muß die Abschaffung der heutigen Gesellschaftsordnung als seine geschichtliche Aufgabe betrachten, während das liberale Bürgertum umgekehrt die Verewigung der Ausbeutung und der kapitalistischen Klassenherrschaft anstrebt. Aber gibt es denn nicht trotz alledem eine ganze Reihe von näherliegenden Interessen und Aufgaben, die der kämpfenden Arbeiterklasse und der liberalen Bourgeoisie gemeinsam sind? Da ist vor allem das große Gebiet des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, die offene politische Reaktion. In jedem modernen kapitalistischen Staate gibt es noch mächtige soziale Schichten als Überbleibsel der vergangenen feudalen Periode der Geschichte. So das konservative Junkertum, das am liebsten das gesamte moderne Verfassungsleben, Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Freizügigkeit abschaffen möchte. So der Klerikalismus, der danach trachtet, das ganze geistige Leben des Volkes im Banne zu halten, die Schule zu verpfaffen, Kunst und wissenschaftliche Forschung zu hemmen. Gegen diese konservativ-klerikalen Mächte der Finsternis müßten Sozialdemokratie und Liberalismus gemeinsame Sache machen. Erst müßten diese ärgsten

Feinde jeden Fortschritts aus dem Wege geräumt, erst müßte ihre politische Herrschaft gebrochen werden, dann könnte die Arbeiterklasse gegen die liberale Bourgeoisie mit ganzer Rücksichtlosigkeit Front machen. Namentlich aber sei die Sicherung der modernen Verfassungsrechte, die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts überall, wo dieses noch fehlt, das nächste Ziel, auf das sich die verbündeten Kräfte der Sozialdemokratie und des Liberalismus zu richten hätten. Dem vereinten Ansturm der Oppositionsparteien könnte die Reaktion nicht lange standhalten. Und dann! – dann wird erst Zeit sein, an das sozialistische Endziel zu denken. Aber erst die „praktische Politik“, das heißt das sozialistisch-liberale Bündnis.

Seit einem Dutzend von Jahren wird diese Taktik den Arbeitern in allen Ländern in allen Tonarten angepriesen, und sie ist in einer Reihe von Staaten von den Führern der Sozialdemokratie in die Tat umgesetzt worden. Mit welchem Ergebnis? In den jüngsten Tagen geben darauf die Ereignisse in Belgien und in Ungarn Antwort.

In Belgien dauert seit fünfundzwanzig Jahren der Kampf der Arbeiterchaft um das allgemeine, gleiche Wahlrecht. In der ersten Phase dieses Kampfes war die Arbeiterpartei ganz auf sich allein gestellt und erwartete alles nur von der Masse des Proletariats. Sie entfaltete in raschem Tempo eine immer größere Macht. Ihre Aktion beruhte ganz auf der Masse, sie lag draußen, auf der Straße. Gewaltige Straßendemonstrationen, Versammlungen, Massenstreiks – das waren damals die Waffen des belgischen Proletariats. Und sie verfehlten nicht ihre Wirkung. Die Flinte schoß, und der Säbel haute, Blut floß in den Straßen von Lüttich, Charleroi, Antwerpen. Aber die Reaktion mußte doch vor der Entschlossenheit der Massen kapitulieren. Unter dem Drucke des gewaltigen und ausdauernden Massenstreiks wurde in Belgien das allgemeine Wahlrecht eingeführt.¹ Damals gaben die belgischen Arbeiter das erste Beispiel, eine wie mächtige Waffe das Proletariat im politischen Massenstreik im Kampfe um politische Rechte besitzt. Nun begann in Belgien der zweite Abschnitt des Kampfes. Das errungene allgemeine Wahlrecht ist nicht gleich, sondern auf die schreiendste Bevorrechtung der „Bildung“ und des Besitzes geprägt, das heißt der Bourgeoisie, die doppelte und dreifache Stimmen hat. Es galt, das infame Pluralwahlrecht zu beseitigen. Jetzt aber trat in der Taktik der belgischen Arbeiterpartei ein Frontwechsel ein. Schon dank dem Pluralwahlrecht zog eine beträchtliche Fraktion von sozialdemokra-

¹ Im April 1893 war die belgische Regierung durch einen Massenstreik von 250 000 Arbeitern gezwungen worden, das allgemeine Wahlrecht mit Pluralvotum einzuführen.

tischen Abgeordneten ins Parlament ein. Auf die sozialistischen Abgeordneten hat die Luft des bürgerlichen Parlaments die bekannte Wirkung ausgeübt. Es kam bei ihnen die Idee auf, daß die Sozialisten nunmehr gemeinsam mit den belgischen Liberalen gegen die herrschende klerikale Reaktion um das gleiche Wahlrecht zu kämpfen hätten. Die erste Feuerprobe hatte die neue Taktik im Jahre 1902 zu bestehen.¹ Was zeigte sich aber da? Die Arbeiterklasse war durch das Bündnis mit den liberalen Bourgeois gelähmt. An einen ernsten Massenstreik, wie zehn Jahre zuvor, durfte jetzt nicht mehr gedacht werden, denn die liberalen Blockbrüder sind ja als Fabrikanten, Grubenbesitzer und Kaufleute die geschworenen Feinde dieses Kampfmittels. Jetzt mußte der Schwerpunkt des Kampfes um das gleiche Wahlrecht ins Parlament selbst verlegt werden. Dort sollte die Redekunst der liberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten die herrschende klerikale Partei erschüttern und zum Nachgeben zwingen. Den Arbeitermassen aber wurde dabei nur die Rolle des Chores zugewiesen, der zu der Musik im Parlament auf der Straße eine bescheidene und maßvolle Begleitung machte. Die Arbeiterdemonstrationen sollten nur als Schreckmittel auf die Regierung wirken, sollten Theaterdonner sein, aber beileibe nicht zu einer ernsten Aktion werden, denn sonst wäre ja der Schreck den liberalen Helden selbst ins Gebein gefahren. So kam eine Aktion zustande, die von vornherein eine Halbheit war und den kläglichsten Zusammenbruch erlebte, den man sich vorstellen kann. Die Arbeiter begannen zu demonstrieren, traten in einen Massenstreik ein, die Führer der Sozialdemokratie beeilten sich aber, die Massen sofort nach Hause zu schicken. Kaum war dies geschehen, so verlor jedoch selbstverständlich auch die Aktion im Parlament jede Kraft. Die Reaktion lachte sich ins Fäustchen, und die Wahlreform scheiterte jämmerlich.

Doch damit waren die fatalen Folgen des Bündnisses noch lange nicht erschöpft. Da die Führer der belgischen Sozialdemokratie trotz der bitteren Lektion von ihrer Taktik des Blocks mit den Liberalen nicht zurücktraten, so wirkte diese Lektion nur entmutigend und demoralisierend. Nun, nach dem Zusammenbruch der Bewegung im Jahre 1902, wagte man überhaupt kein energischeres Vorgehen mehr. Die Hoffnungen auf eine Wahlreform wurden nur noch ausschließlich ins Parlament verlegt. Es kam eine neue, verbesserte Auflage der Blocktaktik zur Anwendung. Mit der

1 Am 14. April 1902 hatte in Belgien ein Massenstreik von etwa 300 000 Arbeitern zur Verbesserung des Wahlrechts begonnen. Er war am 20. April vom Generalrat der belgischen Arbeiterpartei, die mit den Liberalen eine Allianz eingegangen war, abgebrochen worden, obwohl die Forderungen nach Änderung des Wahlrechts und der damit verbundenen Verfassungsänderung am 18. April von der belgischen Kammer abgelehnt worden waren.

klerikalen Reaktion, die am Ruder war, hoffte man in der Weise fertig zu werden, daß die sozialistisch-liberalen Verbündeten allmählich sogar auf Grund des geltenden Schandwahlrechts die Majorität im Parlament erringen sollten. In der Tat schmolz die klerikale Mehrheit von Wahl zu Wahl zusammen: 1902 betrug sie 24 Stimmen, 1910 nur noch 6. Was schien einfacher, als den vorgezeichneten Weg weiter zu verfolgen! Die diesjährigen Wahlen abwarten, gemeinsam mit den Liberalen in den Wahlkampf eintreten, in diesem Wahlkampf die gemeinsame Front gegen die Klerikalen richten, und dann – die Mehrheit im Parlament einmal erreicht, die klerikale Herrschaft gestürzt – wird das gleiche Wahlrecht – das Ziel so heißer und so langer Kämpfe – glatt auf parlamentarischem Wege, durch Beschuß der liberal-sozialistischen Mehrheit, eingeführt.

Eine hübsche Aufmachung das, klar, einfach und übersichtlich wie eine Schneiderrechnung und „praktisch“ in höchstem Maße. Schade nur, daß auf diese schlaue Taktik, wie auf alle Stücke solcher „praktischen“ Staatsmannskunst, die die Massenaktion ausschaltet, die Worte passen, die der Dichter von Roland's Stute sagt: „Wunderschön war die Stute, sie war aber leider tot.“ Die belgischen Wahlen kamen, und ihr Ergebnis war – ein krachender Bankrott der ganzen Blocktaktik.¹ Die klerikale Reaktion wurde nicht bloß nicht zerschmettert, sondern – o Graus! – sie ist erstarkt und auf 16 bis 20 Stimmen Mehrheit gewachsen ins Parlament zurückgekehrt. Die Liberalen sind zusammengeschmolzen, und – das schlimmste – überall sind auch die Stimmen des sozialistisch-liberalen Blocks zurückgegangen, der meist gemeinsame Kandidaten aufgestellt hatte. Stimmen und Mandate hat die Sozialdemokratie nur in den paar Wahlkreisen gewonnen, wo sie selbständig aufgetreten ist. Der Eindruck war niederschmetternd. Kein Wunder, daß die erbitterten belgischen Arbeiter vor Schmerz und Wut weinten, auf die Straße stürzten, demonstrierten und spontan in einen Massenstreik eintraten, ohne auf ihre Führer mehr hören zu wollen.

Wie ist die verblüffende Niederlage der liberal-sozialistischen Taktik in Belgien zu erklären? Höchst einfach. Dadurch, daß die schöne Rechnung, wie immer die Rechnungen der sogenannten „praktischen“ Politik, ein Loch hatte: Sie rechnete nicht mit dem wichtigsten Faktor – mit dem unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

1 Bei den Neuwahlen zum belgischen Parlament am 2. Juni 1912 hatten die Klerikalen einen Sieg über die zu einem Block zusammengeschlossenen Sozialisten und Liberalen errungen. Dieses unerwartete Resultat, hervorgerufen durch den Übergang eines Teiles der Liberalen, besonders der Großindustriellen, ins klerikale Lager, rief eine gewaltige Empörung unter der Bevölkerung hervor und führte in verschiedenen Städten zu Unruhen und Streiks.

Der Masse der belgischen Bourgeoisie graute vor der gemeinsamen Herrschaft im Parlament mit dem sozialistischen Proletariat so sehr, daß sie bei den Wahlen in hellen Scharen ins Lager der Reaktion, des Klerikalismus überlief! Das ist die schöne Frucht der zehnjährigen Bündnispolitik zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus. Während die Arbeiterpartei aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Freunde die Entfaltung der selbständigen Aktion der Arbeitermassen erstickte und die scharfe, prinzipielle Klassenaufklärung dämpfte, stürzte sich die Bourgeoisie aus Angst vor ihren proletarischen Freunden der Reaktion in die Arme. Als Mittel, die klerikale Herrschaft zu überwinden, wie als Mittel, die Wahlreform zu erringen, hat sich die Blockpolitik als ein Messer ohne Heft und Klinge erwiesen. Im gegenwärtigen Augenblick steht die Arbeiterpartei in beiden Fragen so weit vom Ziele wie vor zehn Jahren, und nun muß sie wieder auf den Boden zurückkehren, den sie nie hätte verlassen sollen: auf den Boden der selbständigen revolutionären Massenaktion des Proletariats, die allein die Reaktion zu schlagen imstande ist, wenn sie alle ihre innere Energie und alle proletarischen Machtmittel ohne Scheu und ohne Rücksichtnahme in Anwendung bringt.

Die belgischen Wahlen sind eine harte Lehre. Aber was in Belgien passiert, ist eine Erscheinung von allgemeinem, internationalem, typischem Charakter. Allüberall zeigt sich immer mehr, daß der bürgerliche Liberalismus nur noch das verwaschene Aushängeschild einer morschen Ruine ist, in der die nackte Reaktion wohnt. Indem das Proletariat auf diesen Liberalismus baut, auf die eigene Machtentfaltung verzichtet und all sein Hoffen ausschließlich aufs Parlament setzt, begibt es sich selbst seines Einflusses und raubt auch seiner parlamentarischen Aktion die Kraft. Es ist eine Lebensfrage für die Arbeitermassen, sich darüber vollständig klarzuwerden, daß heutzutage keine ernste, fortschrittliche Reform mehr auf rein parlamentarischem Wege erreicht werden kann. Welche Gestalt und welche Bedeutung heute eine ausschließlich parlamentarische Opposition selbst bei äußerster Zuspitzung des Kampfes gewinnt, das zeigen die jüngsten Vorgänge in Ungarn.¹ Hier erleben wir gleichfalls eine Bündnispolitik und einen gemeinsamen Feldzug der Sozialdemokratie mit der Opposition. Was ist aus dem Feldzug im Parlament geworden? Eine Hanswurstiade mit wüstem Geschrei, Tollhäuslerszenen und einem blöd-

¹ Anfang Juni 1912 hatte die Annahme einer Wehrvorlage gegen die Stimmen der oppositionellen Parteien und ein unzureichender Entwurf einer Wahlrechtsreform im ungarischen Abgeordnetenhaus schwere Tumulte verursacht. Polizei hatte wiederholt oppositionelle Abgeordnete gewaltsam aus dem Saal geschleppt. Um dem Widerstand der Opposition zu begegnen, wurden die Beratungen des Abgeordnetenhauses bis September 1912 vertagt.

sinnigen Revolverattentat als Höhepunkt. Die Kindertrompete ist Waffe und Symbol zugleich dieses parlamentarischen Froschmäusekriegs. Und schließlich genügte die Handbewegung eines brutalen Kerls auf der Präsidenttribüne, um die ganze Opposition durch den „Leutnant mit zehn Mann“ aus dem Tempel der bürgerlichen Gesetzgebung wie Betrunkene aus der Schenke auf die Straße zu werfen. In diesen traurigen und abstoßenden Hanswurstiaden offenbart sich eine sehr ernste Lehre der Zeitgeschichte: die Ohnmacht der rein parlamentarischen Aktion gegen die herrschende Reaktion.

Die Vorgänge in Ungarn sind in doppelter Hinsicht bezeichnend für das heutige Stadium der Klassenkämpfe. Das Eingreifen der „bewaffneten Macht“ in die parlamentarischen Kämpfe wie der Gegenstand dieser Kämpfe, die Wehrvorlage, zeigen deutlich, wo die Schwäche, die Achillesferse der heutigen parlamentarischen Opposition liegt. Es ist der Militarismus, vor dem das Bürgertum in allen Ländern zusammenknickt und die Waffen streckt. Die ungarische „Opposition“ ist grundsätzlich ebenso Anhängerin des Militarismus wie die herrschende Regierungspartei. Und weil heute in keinem Staate eine bürgerliche Partei mehr wagt, gegen den Militarismus aufzutreten, weil in diesem entscheidenden Punkte sich der innere Verfall des Liberalismus bekundet, so ist damit auch der parlamentarischen Opposition auf allen Gebieten von vornherein das Rückgrat gebrochen. Die liberale Bourgeoisie hat in allen modernen Ländern endgültig vor dem Militarismus kapituliert. Damit aber bestätigt sie, daß ihr heute die Blut-und-Eisen-Politik gegen die aufstrebende Arbeiterklasse sowie Kolonialeroberungen und Profite bei den Armee- und Flottenlieferungen wichtiger sind als alle schönen Freiheitslösungen. Die Bourgeoisie hat sich dadurch mitsamt ihrem Parlamentarismus der Reaktion auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und diese Tatsache allein genügt, um alle Träume von einem Zusammensehen der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus gegen die Reaktion wie Seifenblasen zerstieben zu lassen. Ein Bündnis zwischen beiden kann nur das eine Ergebnis haben: die Macht der Arbeiterklasse zu lähmen, das proletarische Klassenbewußtsein zu verwirren und die Bourgeoisie noch schneller der Reaktion in die Arme zu treiben. Statt der erhofften Zerschmetterung der Reaktion tritt ihre Stärkung ein. Die Bündnistaktik erweist sich als prinzipieller Verrat an der proletarischen Klassenaufklärung und als praktisches Pfuschwerk obendrein.

Das letzte Jahrzehnt bringt Schlag auf Schlag die Beweise. Hageldicht regnen die Streiche auf die unverbesserlichen Schwärmer für ein soziali-

stisch-liberales Bündnis hernieder. Vor zehn Jahren der Bankrott der Blockpolitik in Frankreich in der Schmach des Millerand-Experiments¹; vor zwei Jahren das offizielle Eingeständnis des Bankrotts der parlamentarischen Illusionen der Parteführer in Italien und der völligen Zerrütung der Partei unter ihrem Einfluß²; in diesem Jahre im Januar das Fiasko des Stichwahlbündnisses zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus in Deutschland³; im Februar der Mißerfolg des sozialdemokratisch-liberalen Wahlblocks gegen das Zentrum in Bayern⁴; eben der Zusammenbruch der zehnjährigen Blockpolitik in Belgien und die groteske Niederlage der vereinigten Opposition im ungarischen Parlament.

Sind der Lehren nicht endlich genug? Die Zukunft der freiheitlichen Entwicklung in allen modernen Staaten beruht einzig und allein auf der Macht des Proletariats. Die Macht des Proletariats aber gründet sich auf sein Klassenbewußtsein, auf die revolutionäre Energie der Massen, die aus jenem Bewußtsein geboren wird, und auf die selbständige, rücksichtslose und konsequente Politik der Sozialdemokratie, die allein jene Energie der Massen entfesseln und zum entscheidenden Faktor des politischen Lebens gestalten kann.

Die Gleichheit (Stuttgart),
22. Jg. 1912, Nr. 20, S. 305–307.

1 Alexandre-Étienne Millerand, der in der französischen sozialistischen Bewegung eine opportunistische Richtung vertrat, war vom 22. Juni 1899 bis 28. Mai 1902 im reaktionären bürgerlichen Kabinett Waldeck-Rousseau Handelsminister gewesen. Dieser erste praktische Schritt des Opportunismus zur Einordnung der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Kräften und den Opportunisten.

2 Die reformistischen Führer der Italienischen Sozialistischen Partei, besonders Leonido Bissolati und Filippo Turati, hatten die Politik der liberalen italienischen Regierung unterstützt und waren für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie eingetreten. In den Jahren 1911 und 1912 hatte ein Teil dieser führenden Vertreter unter Bissolati offen den Kolonialkrieg gegen die Türkei unterstützt, woraufhin sie im Sommer 1912 aus der Partei ausgeschlossen wurden. Eine weitere Gruppe, die unter Führung Turatis stand und eine Zwischenposition bezogen hatte, wurde aus der Leitung der Partei entfernt. Sekretär der Partei wurde der Führer der Linken, Constantino Lazzari.

3 Siehe S. 91, Fußnote 3.

4 Siehe S. 158, Fußnote 2.

Blinder Eifer

Am Montag sandte uns Genossin Rosa Luxemburg eine Zuschrift zum Fall Radek¹. Da wir der Ansicht sind, daß diese Affäre sich sehr wenig zur Diskussion vor der deutschen Parteiöffentlichkeit eignet, ersuchten wir Genossin Luxemburg, ihre Abwehr in der „Bremer Bürger-Zeitung“ zu veröffentlichen, die mit großem Eifer eine Kampagne für Karl Radek führt. Genossin Luxemburg sandte darauf ihre Einsendung an unser Bremer Parteiblatt. Dieses sah sich jedoch nicht veranlaßt, der Zuschrift der Genossin Luxemburg Raum zu geben. Wir fühlen uns deshalb nunmehr, wo Genossin Luxemburg ihren Wunsch wiederholt, [verpflichtet,] ihr als der in Deutschland bekanntesten Vertreterin der Sozialdemokratie Polens und Litauens die Möglichkeit zu verschaffen, zur Abwehr gegen sehr heftige Anklagen zu Worte zu kommen. Genossin Luxemburg schreibt:

Die „Bremer Bürger-Zeitung“ beobachtet im Fall Radek eine Haltung, der gegenüber man gerade dann nicht schweigen kann, wenn einem die Interessen und das Ansehen der radikalen Richtung in der Partei am Herzen liegen. Nummer für Nummer betreiben unsere Bremer Freunde eine larmoyante Agitation, die den Zweck hat, die polnischen Parteiinstanzen, die Radek verurteilt haben, in jeder Weise herunterzureißen, sie der gewissenlosesten Tendenzgerichtsbarkeit zu beschuldigen, um Radek in geschmackvoller Parallelle mit Pfarrer Traub², den Märtyrer

1 Ein vom Hauptvorstand der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens einberufenes Parteigericht hatte gegen Karl Radek Anklage wegen unmoralischen Verhaltens in länger zurückliegender Zeit erhoben und ihn Ende August 1912 aus der SDKPiL ausgeschlossen. Anfang September 1913 überprüfte eine auf Initiative des Büros der Auslandssktionen der SDKPiL gebildete Kommission diesen Beschuß und kam zu dem Ergebnis, daß kein Grund vorgelegen habe, Radek aus der Partei auszuschließen. Sie beantragte die Aufhebung des Urteils.

2 Am 5. Juli 1912 war der Pfarrer G. Traub aus Dortmund vom Evangelischen Oberkirchenrat aus seinem Amt entlassen worden, weil er in mehreren Schriften und in Vorträgen das Verhalten der Kirchenbehörden kritisiert hatte. Das Verfahren, das sich über viele Monate hinzog, hatte in weiten Kreisen allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen.

seiner Ansichten, hinzustellen. Daß Radek seinerseits Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um sich als das Opfer eines versuchten Justizmordes auszugeben, ist menschlich verständlich. Daß allerlei gekränkte Leberwürste unter den polnischen Studenten und Emigranten im Auslande sowie alle Elemente, denen der polnische Parteivorstand je auf die Hühneraugen getreten ist, ihrerseits, von Radek bestürmt, gern die Gelegenheit ergreifen, um mal in der Öffentlichkeit ihrer „tiefsten Überzeugung“ von der Grundschlechtigkeit der Führer der polnischen Sozialdemokratie Ausdruck zu geben, das ist wiederum nichts Überraschendes und kann jemandem, der die Verhältnisse kennt, je nach dem nur widerlich oder lächerlich vorkommen. Besonders rührend wirkt z. B. der feierliche Schwur des russischen Kronzeugen Radeks, „des greisen Gründers der Sozialdemokratie Rußlands“, Axelrods, und seiner Freunde, die uns da erzählen, daß in der russischen „Parteigerichtsverfahrungspraxis“ keine außerordentlichen Gerichte bekannt seien und daß dort alles so schön „mit weitesten Rechtsgarantien für den Angeklagten“ und allen Formalitäten ablaufe, beinahe wie vor dem englischen Hause der Lords. Dabei weiß jedermann, der in den Dingen nicht ganz unbewandert ist, daß gerade in der Emigrantenwelt der russischen Partei infolge der Fraktionskämpfe leider das wildeste Faustrecht tobt, wovon die bekannte Broschüre Martows¹, eines der Freunde „des greisen Gründers“ (auch ins Deutsche übersetzt), ein ausreichendes Beispiel bildet. Jedermann weiß, daß in jenen Kreisen nicht bloß einzelne, sondern ganze „angeklagte“ Gruppen und Richtungen ohne ordentliches und ohne außerordentliches Gerichtsverfahren einfach von einer gegnerischen Gruppe oder Fraktion in der Hitze des Gefechts für ausgeschlossen aus der Partei und aller Ehre verlustig erklärt werden. Hat es doch diese schöne „Parteigerichtsverfahrungspraxis“, gegen die sich gerade die polnische Sozialdemokratie seit jeher in schärfster Weise wendet, zu guter Letzt dahin gebracht, daß man den „greisen Gründer“ und seine Freunde heute fragen muß, wo denn jene russische Gesamtpartei eigentlich existiere, von der sie reden, und was von ihr außer Trümmern noch übriggeblieben ist?

Ferner weiß jedermann, der die Verhältnisse kennt, daß die jetzigen sechs Kronzeugen Radeks ausgerechnet jene Richtung der russischen Bewegung vertreten, die Radek vor zwei Jahren in der deutschen Parteipresse selbst als die „Liquidatorenrichtung“, d. h. den äußersten opportunistischen Flügel, gekennzeichnet hat. Wer wird sich wundern, daß diese

1 L. Martoff: *Retter oder Zerstörer? (Wie und wer zerstörte die Russische Sozial-Demokratische Arbeiter-Partei)*, Paris 1911.

russischen Genossen gegen die polnische Parteileitung den größten Haß empfinden und ihm gern bei dieser Gelegenheit Ausdruck verleihen, wenn man weiß, daß die polnischen Parteiführer nicht bloß aus der polnischen Bewegung einen starken Damm gegen die opportunistische Richtung errichtet haben, sondern daß sie auch als Mitglieder des russischen Zentralkomitees geholfen haben, jene Richtung in Rußland selbst mit starker Faust jahrelang niederzuhalten, und dadurch in schärfsten Gegensatz zu Axelrod und seinen Freunden geraten sind.

Dies alles gehört zu den wenig erquicklichen Interna der russischen Bewegung, die in die deutsche Presse hineinzuerzen sicher weder klug noch notwendig war. Daß aber ein ernstes deutsches Parteiblatt auf diese ganze Mache so blindlings hereinfällt und noch ohne jegliche nähere Kenntnis der Sache und der Verhältnisse, einzig und allein auf die Sachdarstellung Radeks hin, sich herausnimmt, die Führer und Instanzen einer Bruderpartei öffentlich in schwerster Weise zu verdächtigen – der redaktionelle Leitartikel vom 9. d. M. leistet sich in dieser Hinsicht so ziemlich das Unerhörteste, was man sich vorstellen kann –, das finde ich einfach unverzeihlich. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ wendet sich mit Recht gegen das Treiben der opportunistischen Blätter, welche die Person Radeks partout mit der Göppinger Sache¹ und überhaupt mit der radikalen Richtung verkoppeln möchten. Es ist aber dieselbe widersinnige Taktik von umgekehrter Seite, wenn unsere Bremer Freunde gewaltsam die Radeksche Person zur Fahne des Radikalismus machen wollen. Dabei erledigt sich die Legende von dem politischen Märtyrerthum Radeks durch zwei ganz einfache Tatsachen. Erstens sind die polnischen Wurführer ohne Ausnahme selbst Vertreter der radikalen Richtung und haben – jeder einzelne von ihnen – in ihrer 20jährigen Arbeit in der russisch-polnischen Bewegung mehr für die Sache des revolutionären Marxismus geleistet als zwei Dutzend Radeks. Zweitens hat Radek nie in der polnischen Bewegung die geringste Rolle als Vertreter irgendeiner besonderen Richtung gespielt, nie an der Bestimmung der Haltung dieser Partei in prinzipieller und taktischer Hinsicht im geringsten teilgenommen, überhaupt ist nie in den brennenden Fragen der Theorie und der Taktik meines Wissens auch nur ein polnischer Artikel von ihm veröffentlicht worden. Mir ist nur ein nichtveröffentlichter Artikel Radeks in einer taktischen Streit-

1 Im Januar 1912 war der Parteistreit um die in Göppingen von August Thalheimer herausgegebene „Freie Volkszeitung“, an der auch Karl Radek zeitweilig mitarbeitete, offen ausgebrochen. Die revisionistischen Vertreter des württembergischen Landesvorstandes und der sozialdemokratische Parteivorstand inszenierten eine rein formalistische Kampagne gegen die Zeitung, um sie wegen ihrer prinzipiellen Kritik an der Politik der Parteiführung mundtot zu machen.

frage nachträglich bekannt geworden: Es war dies eine Befürwortung der „neutralen“ Gewerkschaften, wie sie in Polen von der opportunistischen PPS¹ im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften praktiziert wurden. (Der Artikel befindet sich in der Abschrift noch im Besitz der Redaktion.) Die „taktischen“ Ideen der jüngsten Opposition Radeks gegen den polnischen Parteivorstand sind für mich bis jetzt ein Geheimnis.

Und schließlich ist der „Bremer Bürger-Zeitung“ bekannt, daß der polnische Parteivorstand das zweifelhafte Vergnügen, sich mit der Radekschen Angelegenheit zu befassen, wiederholt und dringend der deutschen Partei abzutreten wünschte und nur nach formeller Ablehnung von dieser Seite in den sauren Apfel beißen mußte.

Die Bremer Freunde werden also wohl gut tun, die Sache etwas ruhiger und vorsichtiger anzufassen. Durch derartig blinden Eifer nützt man der Sache des Radikalismus nicht, man kann ihr eher schaden.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 215 vom 14. September 1912.

¹ Gemeint ist die im November 1892 in Paris von polnischen Emigranten gegründete Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei), die eine reformistisch-nationalistische Politik betrieb.

Diskussionsbeitrag in der Sitzung
des Internationalen Sozialistischen Büros
am 28. Oktober 1912¹

Nach einem Zeitungsbericht

Das Manifest des Büros sollte Erwägungen über die eventuelle Haltung der Diplomatie, wie sie Jaurès angestellt hat und die immer auf sehr schwer berechenbaren Momenten und Mutmaßungen beruhen, nicht in den Vordergrund stellen. Dagegen sollte das Manifest in erster Linie die taktischen Notwendigkeiten beleuchten, die aus der jetzigen Lage für das Proletariat aller Länder hervorgehen. Das Manifest soll aussprechen, daß das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung des Weltkrieges die proletarische Massenaktion ist. Diese Aktion soll in ihren Formen und in ihrer Intensität in demselben Maße gesteigert werden, wie die Kriegsgefahr selber akuter sein wird, um im Falle der höchsten Gefahr in eine entscheidende revolutionäre Massenaktion auszumünden. Der Text des Manifestes sollte die Einsicht deutlich durchblicken lassen, daß der jetzige Balkankrieg² nur ein Glied in einer Kette von Tatsachen ist, die mit dem Wachstum des Imperialismus und der Tendenz zur kapitalistischen Expansion zusammenhängt und die eine neue Periode des Klassenkampfes eröffnet mit unübersehbaren Erfolgsmöglichkeiten, neuen Kampfesmitteln und neuen Pflichten für das Proletariat.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 253 vom 30. Oktober 1912.

¹ Redaktionelle Überschrift.

² Von Oktober 1912 bis Mai 1913 führten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro Krieg gegen das türkische Reich, der mit einer Niederlage der Türkei endete. Dieser Krieg war in seiner Haupttendenz ein nationaler Befreiungskrieg gegen die türkische Fremdherrschaft auf dem Balkan. Infolge der Einmischung der imperialistischen Großmächte gefährdete er den Frieden in Europa.

Karl Marx

Dreißig Jahre sind es her, daß der Mann seine Augen für immer geschlossen hat, dem die moderne Arbeiterklasse mehr verdankt als irgendinem Sterblichen. Das Werk, dem Marx sein Leben gewidmet hat, kann nur aus der geschichtlichen Perspektive richtig gewürdigt werden.

Als das Ideal einer Gesellschaft, die auf der Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen beruht, ist der Sozialismus Jahrhunderte alt. In allen größeren sozialen Krisen und revolutionären Bewegungen des Mittelalters und der Neuzeit leuchtete er im Feuerschein als Ausdruck des äußersten Radikalismus auf, um zugleich die unüberwindliche geschichtliche Schranke und den Punkt jeder dieser Bewegungen anzudeuten, von dem die rückläufige Welle, die Reaktion und der Zusammenbruch unvermeidlich erfolgen mußten.

Doch gerade als ein Ideal, das zu jeder Zeit, in jeder geschichtlichen Entwicklungsphase empfohlen werden konnte, war der Sozialismus nichts als ein schöner Traum vereinzelter Menschenfreunde, unerreichbar wie der luftige Schein des Regenbogens an der Wolkenwand.

Am Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts tritt die sozialistische Idee zuerst mit Kraft und Nachdruck auf, diesmal schon als eine Antwort auf die Schrecken und Verwüstungen, die der aufkommende industrielle Kapitalismus in der Gesellschaft anrichtete. Aber auch jetzt ist der Sozialismus im Grunde genommen nichts andres als das leuchtende Ideal einer Gesellschaftsordnung, die einzelne kühne Geister ersannen und dem grauenhaften Bilde der kapitalistischen Gesellschaft entgeggestellt. Hören wir den ersten Vorkämpfer des modernen revolutionären Proletariats, Babeuf, der während des Niedergangs der Großen Französischen Revolution einen Handstreich zur gewaltsamen Einführung der

komunistischen Ordnung vorbereiten wollte, so ist die einzige Tatsache, auf die er sich zu stützen weiß, die schreiende Ungerechtigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung. Diese in den düstersten Farben auszumalen und mit den bittersten Worten zu geißeln, wird er nicht müde in seinen leidenschaftlichen Artikeln, Pamphleten wie in seiner Verteidigungsrede vor dem Tribunal der Revolution. Nach Babeuf genügte die Tatsache, daß die bestehende Gesellschaft ungerecht und wert sei, daß sie zugrunde geht, damit sie auch durch die Machtergreifung einer entschlossenen Handvoll Menschen gestürzt und abgeschafft werden konnte. Es genügte aber leider auch nur ein Zufall, der Verrat eines Mitverschworenen, um Babeuf aufs Schafott und seinen ganzen Plan zum Scheitern zu bringen. Babeuf ging in der reaktionären Sturzwelle unter wie ein schwaches Schifflein, ohne zunächst eine andre Spur zu hinterlassen als eine leuchtende Zeile in den Annalen der Zeitgeschichte.

Wesentlich auf derselben Grundlage beruhen die sozialistischen Ideen, die von Saint-Simon, Fourier und Owen in den 20er und 30er Jahren mit viel mehr Genie und Glanz vertreten wurden. Freilich, an eine revolutionäre Machtergreifung zur Verwirklichung des Sozialismus dachte auch nicht entfernt einer von den drei großen Denkern mehr. Im Gegenteil waren sie ausgesprochene Anhänger friedlicher Propagandamittel. Wie sehr sie jedoch von dem Revolutionär Babeuf in ihrer politischen Stellung und wie sehr sie voneinander in der Richtung und den Einzelheiten ihrer Ideen abweichen mochten, das Entscheidende für die Schicksale der sozialistischen Idee war bei allem ihnen dasselbe: der Sozialismus der St-Simonisten, Fouriers und Owens wie der von Babeuf war in seinem Wesen nur *Projekt*, Erfindung eines genialen Kopfes, der ihn der geplagten Menschheit zur Verwirklichung empfahl, um sie aus der Hölle der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu retten. Die Kritik, die von den drei großen Utopisten an den bestehenden Verhältnissen geübt wurde, war unendlich schärfster, gründlicher, reicher an Ideen und Beobachtungen, fruchtbarer und tödlicher als bei Babeuf. Ein Vierteljahrhundert der ersten ungezügelten Entwicklung der kapitalistischen Industrie hatte der sozialen Kritik ein ganz andres reiches Material geboten, als es mitten in den heftigen Geburtswehen der modernen Gesellschaft, während der großen Revolution, deren geistiges Kind Babeuf war, erst sichtbar werden konnte. Allein auch diese Kritik war im wesentlichen eine Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, ihre Beurteilung und Verurteilung vom Standpunkte der Moral und der Vernunft. Und gerade deshalb schwieben alle diese sozialistischen Lehren in der Luft. Denn gegen die

abstrakte Idee der Gleichheit, der Menschenliebe versündigten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse seit Jahrtausenden, seit das Privateigentum und die Klassenherrschaft bestanden. Die Ausbeutung und die Knechtung behaupteten sich, gediehen, wuchsen und wechselten anscheinend bloß mit dem Fortschritt der Zeiten ihre besonderen Formen, ohne sich im geringsten um die Gerechtigkeit, Vernunft und dergleichen schöne Dinge zu kümmern. Und je gründlicher, je eingehender die großen Apostel des Sozialismus die Grundlagen und die Einzelheiten der geplanten neuen Gesellschaftsordnung ausbauten, je tiefer sie an die Wurzeln der bestehenden Ordnung in ihren Plänen griffen, um so drohender erhob sich die Frage: Wer und wie soll denn diese gewaltige Umwälzung vollbringen, die ganze Welt umstülpen? An die Masse des Proletariats dachten und wendeten sich weder Fourier noch St-Simon, die es auch nur zu kleinen Sektionen gebracht hatten. Und auch der Einfluß Owens, der an einer Wiedergeburt der proletarischen Masse arbeitete, ging bald spurlos verloren. Zwischen den elementaren revolutionären Erhebungen des Proletariats in den 30er und 40er Jahren und zwischen der sozialistischen Propaganda bestand kein wesentlicher Zusammenhang.

Nicht viel anders wurde es im Wesen der Sache, als in den 40er Jahren eine neue Generation sozialistischer Theoretiker auftrat, als in Deutschland Weitling, in Frankreich Proudhon, Louis Blanc, Blanqui sich diesmal an die Arbeiterklasse wendeten, um ihr das sozialistische Evangelium zu predigen. Der Sozialismus blieb bei allen ihnen ein Zukunftsplan, dessen Hauptstütze die Nichtswürdigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung und der jederzeit realisierbar war, sei es durch gewisse schlau ersonnene wirtschaftliche Einrichtungen mit Staatshilfe, sei es durch eine geheim vorbereitete politische Machtergreifung durch eine entschlossene revolutionäre Minderheit.

Das Jahr 1848 sollte der Gipfelpunkt der spontanen revolutionären Erhebungen der proletarischen Massen und zugleich die Kraftprobe des älteren Sozialismus in all seinen Spielarten werden. Als das Pariser Proletariat, aufgewühlt in seinen breiten Schichten durch die Idee einer gerechten Gesellschaftsordnung, durch Traditionen der früheren Revolutionskämpfe und durch die verschiedenen sozialistischen Systeme, seine Machtstellung in der Februarrevolution benutzte, um die Realisierung einer neuen „Organisation der Arbeit“, einer „sozialen Republik“ zu fordern, als es zur Durchführung dieser unklaren Zukunftsprojekte der provisorischen Regierung die berühmte Frist von „drei Monaten Hunger“ zugestand, da endete der Versuch nach Monaten geduldigen Harrens mit

einer furchtbaren Niederlage des Proletariats. In der unvergeßlichen Junischlächterei wurde die Idee einer jederzeit realisierbaren „sozialen Republik“ im Blute des Pariser Proletariats ertränkt, um einem ungeahnten Aufschwung der Kapitalherrschaft unter dem zweiten Kaiserreich Platz zu machen. Auf den zerschmetterten Barrikaden des Juni 1848, unter den Leichenhügeln der hingemordeten Pariser Proletarier schien das Ideal der sozialistischen Gesellschaftsordnung endgültig erdrückt und niedergestampft, die Aussichtslosigkeit des Sozialismus vor aller Welt erwiesen zu sein.

Allein um dieselbe Zeit, wo der Sozialismus alter Schulen eine endgültige Niederlage erlitten hatte, wurde die sozialistische Idee von Marx und Engels bereits auf eine ganz neue Basis gestellt: Das Kommunistische Manifest brachte der Welt der Ausgebeuteten eine neue Kunde. Marx und Engels suchten Stützpunkte für das sozialistische Ideal weder in der moralischen Verwerflichkeit der heutigen Gesellschaft noch im Ausklingen eines möglichst verlockenden Zukunftsprojekts. Sie wendeten sich an die Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft. Hier entdeckten sie den Punkt, an dem der Hebel der sozialistischen Umwälzung angesetzt werden kann. In den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft deckte Marx die wirkliche Quelle der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats auf, denen es nimmermehr entrinnen kann, solange kapitalistisches Privateigentum und Lohnsystem bestehen werden. Hier deckte er aber auch die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktion auf, die durch ihre eigne eherne Logik dazu führen, bei einem gewissen Reifegrad den Untergang der Kapitalherrschaft und die Verwirklichung des Sozialismus unvermeidlich zu machen, wenn anders die ganze Kulturgesellschaft nicht ihrer Vernichtung entgegengehen soll. Damit wurde das sozialistische Ideal zum erstenmal auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt und als *geschichtliche Notwendigkeit* aufgezeigt. Zugleich wiesen Marx und Engels als ein Ergebnis derselben ökonomischen Untersuchung nach, daß das moderne Lohnproletariat aller Länder, die internationale Arbeiterklasse, geschichtlich dazu berufen ist, diese große soziale Umwälzung als ihre eigne revolutionäre Tat durchzuführen, wenn die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus die erforderliche Reife erreicht haben wird.

Doch mit diesen epochemachenden Gedanken, die er im „Manifest“, im „Kapital“, in den zahlreichen andern Schriften niedergelegt hat, ist das Werk Marxens wie seines Freundes und Mitkämpfers nicht erschöpft. In der materialistischen Geschichtsauffassung und ihrem fruchtbarsten Stück,

der Lehre vom Klassenkampf, hat Marx dem Proletariat einen untrüglichen Wegweiser für seine Tageskämpfe mitten durch die Wirrnis der Politik und durch den trügerischen Mummerschanz der Parteien gegeben. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken. Mit diesen Worten verwies Marx die revolutionäre Arbeiterklasse auf die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ihres Tuns, auf das geschichtlich Mögliche, an das ihr Streben jederzeit gebunden ist. Mit dieser Lehre hat er ihr auch die Orientierung über die wirklichen Interessen, Bestrebungen, Wege und Ziele ihrer Gegner, der bürgerlichen Klassen und Parteien, ermöglicht. Endziel wie Tageskampf des Proletariats, Programm wie Taktik des Sozialismus sind durch Marx zum erstenmal auf die eherne Basis des Prinzips der wissenschaftlichen Erkenntnis gestellt, der Gesamtbewegung der internationalen Arbeiterklasse dadurch die Festigkeit, Wucht und Stetigkeit verliehen worden, die sie zur gewaltigsten, beispiellosen Massenbewegung der Weltgeschichte machen.

Aber auch die erste tapfere Vorhut dieser weltgeschichtlichen Massenbewegung selbst organisiert zu haben ist das unsterbliche Verdienst von Marx und Engels. Durch die Gründung der Internationale haben sie zu der Fülle ihrer theoretischen Lehren an das Proletariat auch noch ein glänzendes praktisches Muster gefügt, an dem die Ausgebeuteten lernen konnten, sich gegen eine Welt zu schlagen, den Blick stets auf das unverrückbare Endziel gerichtet und aus jeder äußeren Niederlage nur Kräfte sammelnd zu weiteren Schlachten – bis zum endgültigen, entscheidenden Siege.

Wenn Marx und Engels die Proletarier aller Länder unter der Fahne des wissenschaftlichen Sozialismus vereinigt haben, so hat für die deutsche Arbeiterklasse Lassalle diese Fahne als Sammelzeichen zu einer entschlossenen politischen Tat vorausgetragen. Hat Marx dem internationalen Proletariat die Grundsätze des Klassenkampfes als wissenschaftliches Vermächtnis hinterlassen, so hat Lassalle das deutsche Proletariat als Klasse zuerst politisch von der bürgerlichen Gesellschaft geschieden und für den revolutionären Kampf organisiert. Und hatte Marx der Revolutionsmacherei alten Stils den Riegel vorgeschoben mit den Worten, die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, so legte Lassalle mit umgekehrter Betonung, aber mit gleichem Recht den Nachdruck auf die befruchtende Initiative, auf die revolutionäre Energie und Entschlossenheit, indem er den deutschen Arbeitern mit flammenden Worten predigte: Die Menschen

machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst!

In diesem Jahre, wo zum dreißigsten Male der Todestag Marxens und zum fünfzigsten Male die Geburtsstunde der Lassalleschen Agitation wiederkehrt, hat die deutsche Arbeiterklasse allen Grund, ihrer drei großen Meister, deren historisches Werk nicht voneinander zu trennen ist, in Dankbarkeit zu gedenken. Die verflossenen Jahrzehnte haben unser Kampffeld unendlich erweitert, unsre Reihen hundertfach vermehrt, aber auch unsre Aufgaben ins riesenhafte gesteigert. Die kapitalistische Reife, die Marx in den 60er Jahren an der Hand der englischen Verhältnisse studierte und beschrieb, erscheint als unbeholfene, lallende Kindheit, gemessen an der heutigen weltumspannenden Herrschaft des Kapitals und an der verzweifelten Waghalsigkeit seiner jetzigen imperialistischen Schlußphase. Und der letzte Lebensodem der kapitalistischen Welt, der bürgerliche Liberalismus, dessen greisenhaften Händen Lassalle vor 50 Jahren das Zepter in der Führung der Arbeiterklasse entriß, erscheint als eine Art kraftstrotzender Titan, verglichen mit seinem heutigen verwesenden Kadaver. Den theoretischen und politischen Lehren der Meister des wissenschaftlichen Sozialismus hat der Gang der geschichtlichen Entwicklung in allen Stücken ein glänzendes Zeugnis gegeben. Und heute, mitten in den blutigen Delirien und Konvulsionen des waffenstarrenden und völkermordenden Imperialismus naht immer sichtbarer die Stunde, wo die Schlußworte des Marxschen „Kapitals“ in die Erfüllung gehen müssen:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpiieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“¹

Mehr als je tut uns deshalb heute not, in der Praxis miteinander zu

1 Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 23, Berlin 1970, S. 790/791.

verbinden, was jene Meister uns als teuerste Hinterlassenschaft vermacht haben: theoretische Vertiefung, um unsern Tageskampf nach dem festen Steuer des Prinzips zu lenken, und entschlossene revolutionäre Tatkraft, damit die große Zeit, der wir entgegengehen, nicht ein kleines Geschlecht finde.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 60 vom 14. März 1913.

Tolstois Nachlaß

Der literarische Nachlaß Tolstois, der in deutscher Sprache bei Ladyschnikow in Berlin erschienen ist, umfaßt in den drei Bänden neben mehreren kleineren Skizzen und Fragmenten in der Hauptsache die große historische Erzählung „Hadshi Murat“, die uns die Unterwerfung des Kaukasus durch Rußland um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts schildert; drei Tendenzerzählungen, „Der Teufel“, „Der gefälschte Coupon“ und „Vater Sergius“; zwei Dramen, „Das Licht, das im Dunkel leuchtet“ sowie „Der lebende Leichnam“, endlich zwei Schilderungen des russischen Dorflebens aus der Zeit der Leibeigenschaft, „Ein Idyll“ und „Tichon und Malanja“. Außer den beiden letzten Novellen, die schon zu Beginn der sechziger Jahre entstanden sind, stammen alle aufgezählten größeren Werke aus den letzten zwei Jahrzehnten des Lebens Tolstois, und man könnte über die Frische, den Glanz und den Reichtum dieser Geistesprodukte eines mehr als Sechzig- und Siebzigjährigen staunen, wenn die Werke selbst nicht zugleich die beste Erklärung für die unerschöpfliche Fruchtbarkeit des Tolstoischen Genies böten.

Die landläufige bürgerliche Auffassung pflegt zwischen dem Künstler Tolstoi und dem Moralisten Tolstoi scharf zu unterscheiden; dem ersten wird jetzt unstreitig ein Platz unter den größten Schöpfern der Weltliteratur zugebilligt, der zweite wird als unheimlicher und abgeschmackter Geselle in die russische Wildnis verbannt, aus dem „slawischen“ Hange zum Tiefsinn und ähnlichem Unsinn erklärt und als halber Schwärmer und halber Anarchist, auf jeden Fall als Feind der Kunst im allgemeinen und seiner eigenen Kunst insbesondere beklagt. Aus dieser Auffassung heraus richtete auch seinerzeit Iwan Turgenjew seine bekannte Beschwörung an Tolstoi, sich um Himmels willen von der moralisch-philosophi-

schen Grübelei ab- und der herrlichen reinen Kunst wieder zuzuwenden, die an den prophetischen Marotten Tolstois zugrunde ginge. Eine solche Auffassung zeugt auf jeden Fall von völliger Verständnislosigkeit Tolstoi gegenüber, denn wer sein Ideenleben nicht versteht, dem ist auch seine Kunst oder wenigstens die wirkliche Quelle seiner Kunst verschlossen.

Tolstoi ist gerade darin vielleicht ein einziger in der Weltliteratur, daß bei ihm zwischen dem eigenen inneren Leben und der Kunst völlige Identität besteht, die Literatur ist ihm nur ein Mittel, seine Gedankenarbeit und seinen inneren Kampf auszudrücken. Und weil diese unermüdliche Arbeit und dieser qualvolle Kampf den Menschen ganz erfüllten und bis zu seinem letzten Atemzug nicht aufhörten, deshalb ist Tolstoi der gewaltige Künstler geworden und hat der Quell seiner Kunst bis an sein Lebensende in unerschöpflichem Reichtum und immer größerer Klarheit und Schönheit gesprudelt. Ohne große Persönlichkeit und große Weltanschauung keine große Kunst. Tolstoi suchte seit dem ersten Erwachen seines bewußten Geisteslebens nach Wahrheit. Aber dieses Suchen ist ihm nicht literarische Beschäftigung, die mit seinem Privatleben nichts zu tun hat wie bei den sonstigen „Wahrheitssuchern“ der modernen Literatur, es ist für ihn ein persönliches Lebensproblem, das all sein Tun und Empfinden erfüllt, das seine Lebensweise, sein Familienleben, seine Freundschafts- und Liebesbeziehungen, seine Arbeitsweise und auch seine Kunst vollkommen beherrscht. Dieses Suchen bewegt sich auch nicht in den zwerghaften Weltschmerzen eines „Individuums“, das sein liebes männliches oder weibliches Ich in dem Käfig der kleinbürgerlichen Existenz nicht ausleben kann wie bei Ibsen oder Björnson. Tolstois ewiges Suchen ist auf solche Lebens- und Daseinsformen gerichtet, die mit dem Ideal der Sittlichkeit im Einklang stehen würden. Sein sittliches Ideal ist aber rein sozialer Natur: Gleichheit und Solidarität aller Gesellschaftsmitglieder, basiert auf allgemeiner Arbeitspflicht, das ist es, nach dessen Verwirklichung die Helden seiner Werke unermüdlich tasten und streben: Pierre Besuchow in „Krieg und Frieden“, Lewin in der „Anna Karenina“, Fürst Nechjudow in der „Auferstehung“ sowie im Nachlaß der „Vater Sergius“ und endlich Sarynzew im „Licht, das im Dunkel leuchtet“. Die Geschichte der Tolstoischen Kunst ist Suchen nach der Lösung des Widerspruches zwischen diesem Ideal und den bestehenden Gesellschaftsverhältnissen. Da er von seinem Ideal in dem ganzen langen Leben und bis zu seiner Todesstunde um keinen Preis ablassen, mit dem Bestehenden nicht um eines Haares Breite Kompromisse schließen will, zugleich aber den einzigen gangbaren Weg zur Verwirklichung des Ideals, die Welt-

anschauung des revolutionären proletarischen Klassenkampfes, nicht annimmt und als ein echter Sohn des vorkapitalistischen Russlands auch nicht annehmen kann, so ergibt sich daraus die besondere Tragik seines Lebens und seines Todes. Sein vom historischen Boden losgelöstes Gesellschaftsideal schwiebt in der Luft der individuellen moralischen „Auferstehung“ urchristlicher Färbung oder im besten Falle eines konfusen Agrarkommunismus. In der Lösung seines Problems ist Tolstoi sein Lebtag Utopist und Moralist geblieben. Aber für die Kunst und ihre Wirkungskraft ist nicht die Lösung, nicht das soziale Rezept, sondern das Problem selbst, die Tiefe, die Kühnheit und Aufrichtigkeit in seiner Erfassung entscheidend. Hier hat Tolstoi das Höchste an Gedankenarbeit und an innerem Kampf geleistet, und das hat ihm ermöglicht, das Höchste in der Kunst zu erreichen. Dieselbe unerbittliche Ehrlichkeit und Gründlichkeit, die ihn dazu führte, das gesamte Gesellschaftsleben in all seinen Bedingungen an dem Ideal kritisch zu prüfen, hat ihn auch befähigt, dieses Leben in seinem großen Bau und seinen Zusammenhängen als Ganzes künstlerisch zu erschauen und so zu dem unerreichbaren Epiker zu werden, als welcher er sich in seiner Mannesreife in „Krieg und Frieden“ und als Greis im „Hadshi Murat“ und im „Gefälschten Coupon“ zeigt.

Freilich ist Tolstois Genie von der ursprünglichen, natürlichen Art einer unerschöpflichen Goldader. Wie wenig aber die stärkste künstlerische Begabung ohne den sicheren Kompaß einer großen, ernsten Weltanschauung schöpferisch zu wirken vermag, das zeigte jüngst wieder das Beispiel des Dänen Jensen. Sein feines, farbiges und geistreiches Erfassen der Handlung und seine souveräne Beherrschung der technischen Mittel der Erzählung machen ihn zu einem geborenen Epiker großen Stils. Und doch, was hat er in seiner „Madame d’Ora“, in seinem „Rad“ anderes geliefert als ein gequältes, gigantisches Zerrbild der modernen Gesellschaft, eine grell angestrichene Jahrmarktsbude mit Abnormitäten, die halb wie dreiste Kolportage wirkt und halb wie boshafte Verhöhnung der Leser selbst. Das macht, ihm fehlt eine innere einheitliche Weltanschauung, um die sich die Einzelheiten gruppieren könnten, ihm fehlen der heilige Ernst, die Ehrlichkeit und die Wahrhaftigkeit, mit denen Tolstoi an seine Sachen hrantritt.

Alle diese Eigenschaften Tolstois kommen in seinem Nachlaß zur höchsten Entfaltung. Hier macht er nicht die leisensten Kompromisse mehr an die Formschönheit, an das Sensations- oder Beruhigungsbedürfnis der Leser. Hier legt er jedes Beiwerk, alles Literarische beiseite und gelangt

zu strengster Selbstzucht, höchster Ehrlichkeit und knappsten Ausdrucksmittern. Hier ist seine Kunst mit der Sache so sehr identisch, daß sie kaum noch überhaupt zu merken ist. Und deshalb ist Tolstoi gerade im Nachlaß, in seinen letzten Lebenswerken zu jener höchsten Kunst aufgestiegen, daß sie ihm zur Selbstverständlichkeit wird, daß ihm alles, was er in die Hand nimmt, gedeicht, sich sofort gestaltet und lebt. Er wählt hier – im „Vater Sergius“ zum Beispiel, dem Lebensgang eines büßenden Weltmannes, im „Gefälschten Coupon“, der Wanderungsgeschichte einer falschen Banknote durch verschiedene Schichten des russischen Volkes – Themen und Ideen, die als reine Tendenzprosa jede schwächere Kunst und jede nicht so vollkommene Ehrlichkeit unrettbar ertöten würden. Bei Tolstoi entsteht mit den einfachsten Mitteln einer ungekünstelten Erzählung ein grandioses Gemälde menschlicher Schicksale von höchster künstlerischer Wirkung.

Dieselbe tiefe, man möchte sagen, beispiellose Ehrlichkeit verwandelt die beiden Dramen des Nachlasses, trotzdem ihnen so ziemlich alles abgeht, was als „dramatische Handlung“ und „Lösung“ zu den landläufigen Erfordernissen eines bühnenfähigen Stükkes gehört, in Erlebnisse von tiefer, erschütternder Wirkung. Es ist besonders interessant und lehrreich, in einer Theatervorstellung die geistige Kluft zu beobachten, die zwischen diesen beiden genialen Schöpfungen eines großen Dichters und dem bürgerlichen Publikum gähnt. „Das Licht, das im Dunkel leuchtet“ ist nichts anderes als das eigene Lebensdrama Tolstois. In diesem Kampfe eines einsamen Titanen gegen die täglichen Umklammerungen des Kompromisses, denen er sich zu entreißen sucht und in denen er verblutet, sieht das Bourgeoispublikum natürlich nur ein rührendes „Ehedrama“, einen Konflikt zwischen „Mutterpflichten“, „Gattengpflichten“ und was dergleichen holde Drangsalen des deutschen Philisterschlafzimmers mehr sind. Die erschütterndsten Szenen wie die vor dem Militärkommando, wo ein Jüngling seinen Abscheu vor dem Militarismus in einer entschiedenen Dienstverweigerung zum Ausdruck bringt und dafür einer endlosen geistigen Folter ausgesetzt wird, wie der vergebliche letzte Fluchtvorschuss des Kämpfers für soziale Gleichheit aus seiner Familie und die tragische Auseinandersetzung zwischen ihm und seiner Frau – alle diese tiefernsten, ehrlichen Worte wirken in dem Milieu des deutschen Bourgeoispublikums, das durch die landläufige Verlogenheit des heutigen Theaters korrumptiert ist, wie etwas durchaus Unpassendes, Befremdendes, Peinliches, beinahe wie eine Unanständigkeit. Ebensowenig geistiges Band knüpft sich zwischen dem Zuschauerraum und dem anderen Drama Tolstois, dem

„Lebenden Leichnam“. Das geputzte Publikum des deutschen Theaters, das sich wohl hauptsächlich wegen der Sensation eines Zigeunerchors und der gruseligen Pikanterien der „Eheirrung“ zu den Vorstellungen drängt, ahnt offenbar gar nicht, daß es auf es unausgesetzt Ohrfeigen von der Bühne regnet, wo die wohlanständige, honette Gesellschaft in ihrer ganzen inneren Erbärmlichkeit, Beschränktheit und kalten Selbstsucht geschildert wird, während die einzigen Wesen mit fühlender menschlicher Brust und mit großmütigen Regungen unter den sogenannten „Lumpen“, unter Verstoßenen und Verkommenen zu finden sind. Das korrumptierte, durch den Panzer der Trivialität seines Daseins unempfindlich gemachte Bourgeoispublikum, das ins Theater geht, nur um sich zu zerstreuen, merkt gar nicht, daß von ihm selbst „die Fabel erzählt“, wenn der verlumpte Held des Dramas in seiner letzten Zufluchtsstätte, einer schmutzigen Schenke, seine Lebensgeschichte mit den schlichten Sätzen erklärt: „Wer in den Kreisen, denen ich entstamme, geboren ist, der hat nur drei Möglichkeiten zur Auswahl. Entweder kann er ein Amt bekleiden, kann Geld verdienen und den Schmutz, in dem wir leben, vermehren – das war mir zuwider, oder vielleicht verstand ich es auch nicht, vor allem aber war es mir zuwider. Oder er kann diesen Schmutz bekämpfen, doch dazu muß er ein Held sein, und der bin ich nie gewesen. Oder endlich drittens: Er sucht zu vergessen, wird liederlich, trinkt und singt – das habe ich getan, und so weit hab' ich's damit gebracht.“¹ Die „ein Amt bekleiden, Geld verdienen und den Schmutz vermehren“ klatschen begießt Beifall dem mimenden Schauspieler, aber das geistige Reich des Dichters blieb ihnen ein böhmisches Dorf, wie ihnen das Geistesleben der modernen Arbeiterbewegung, des Massenhelden, der „den Schmutz bekämpft“, auf ewig ein Buch mit sieben Siegeln bleibt.

Deshalb gehört der Nachlaß Tolstois, sowohl die Erzählungen wie die Dramen, noch mehr als seine früheren Werke vor das Arbeiterpublikum. Tolstoi hatte freilich kein Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung, aber es wäre ein schlimmes Zeichen für die geistige Reife der aufgeklärten Arbeiterschaft, wenn sie ihrerseits kein Verständnis dafür hätte, daß die geniale Kunst Tolstois trotzdem den reinsten und echtesten Geist des Sozialismus atmet. Als Todfeind der bestehenden Gesellschaft, als unerschrockener Kämpfer für Gleichheit, Solidarität unter den Menschen und für Rechte der Besitzlosen, als unbestechlicher Entlarver aller Heuchelei und Verlogenheit der heutigen Zustände in Staat, Kirche, Ehe ist Tolstoi trotz aller utopisch-moralisierenden Form in seinem Wesen durch

¹ Leo Nikolajewitsch Tolstoi: Der lebende Leichnam, Leipzig (1948), S. 59/60.

und durch geistesverwandt mit dem revolutionären Proletariat. Seine Kunst gehört vor das Arbeiterpublikum, aber allerdings vor ein revolutionär aufgeklärtes, von den Schlacken des deutschen Philistertums gereinigtes Arbeiterpublikum; das imstande ist, sich selbst über alle Vorurteile und jeden Autoritätsglauben zu erheben, und das den Mut hat, auch innerlich alle feigen Kompromisse von sich zu werfen. Namentlich kann es keine erzieherisch bessere Lektüre für die Arbeiterjugend geben als die Werke von Tolstoi.

Die Neue Zeit (Stuttgart),
31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 97–100.

Der Maigedanke auf dem Vormarsch

Mitten unter den wildesten Orgien des Imperialismus wiederholt sich zum vierundzwanzigsten Male der Weltfeiertag des Proletariats. Es ist ein gewaltiges Stück geschichtlichen Weges, was in diesem Vierteljahrhundert seit dem epochemachenden Beschuß der Maifeier zurückgelegt worden ist. Als zum erstenmal die Maidemonstration ihren Einzug hielt, war die Vorhut der Internationale, die deutsche Arbeiterschaft, gerade daran, die Ketten eines schmachvollen Ausnahmegesetzes zu brechen und die Bahn einer freien gesetzlichen Entwicklung zu betreten. Die Periode der langen Depression auf dem Weltmarkt seit dem Krach der siebziger Jahre war überwunden, und die kapitalistische Wirtschaft trat just in eine Phase glänzenden Aufschwunges, der fast ein Jahrzehnt dauern sollte. Zugleich atmete die Welt nach zwanzig Jahren ununterbrochenen Friedens von den Erinnerungen der Kriegsperiode auf, in der das moderne europäische Staatensystem seine blutige Taufe empfangen hatte. Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine schließlich-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. Vorschläge, „dem guten Willen die offene Hand“ entgegenzuhalten, bezeichneten den Beginn der neunziger Jahre, Verheißen auf ein unmerkliches „allmähliches Hineinwachsen“ in den Sozialismus bezeichneten ihr Ende. Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforten zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen.

Der Gang der Dinge hat unter allen diesen Illusionen fürchterliche Musterung gehalten. An Stelle der verheißenen sanften sozialreformeri-

schen Kulturentwicklung setzte seit Ende der neunziger Jahre eine Periode der gewalttätigsten, schärfsten Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze ein, ein Stürmen und Drängen, ein Krachen und Aufeinanderprallen, ein Wanken und Beben in den Grundfesten der Gesellschaft. Über die zehnjährige Periode wirtschaftlichen Aufschwungs quittierten in dem folgenden Jahrzehnt zwei erschütternde Weltkrisen. Auf zwei Jahrzehnte des Weltfriedens folgten in dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sechs blutige Kriege und im ersten des neuen vier blutige Revolutionen. Statt der Sozialreformen – Umsturzvorlagen¹, Zuchthausvorlagen² und Zuchthauspraxis, statt der industriellen Demokratie – der gewaltige Zusammenschluß des Kapitals in Kartellen und Arbeitgeberverbänden und die internationale Praxis der Riesenaussperrungen. Und statt des neuen Aufschwungs der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie. In Deutschland allein haben die Schicksale der bürgerlichen Parteien seit den neunziger Jahren gebracht das Aufkommen und alsbaldige hoffnungslose Zerrinnen der Nationalsozialen³, die Zersplitterung der freisinnigen Opposition und die Wiedervereinigung ihrer Splitter im Morast der Reaktion⁴, endlich die Umwandlung des Zentrums aus einer radikalen Volkspartei in eine konservative Regierungspartei. Und ähnlich waren die Verschiebungen in der Parteientwicklung anderer kapitalistischer Länder. Überall sieht sich die revolutionäre Arbeiterschaft heute allein einer geschlossenen feindseligen Reaktion der herrschenden Klassen und ihren tückischen Streichen gegenüber, auf sich allein gestellt.

1 Am 6. Dezember 1894 hatte die Regierung im Reichstag den „Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse“ eingebracht. Diese sogenannte Umsturzvorlage sollte die Unterdrückungspolitik gegen die Sozialdemokratie gesetzlich sanktionieren. Angesichts der Massenproteste, besonders des energischen Kampfes der Sozialdemokratie, wurde die Vorlage in zweiter Lesung am 11. Mai 1895 im Reichstag abgelehnt.

2 Am 20. Juni 1899 hatte die Regierung im Reichstag einen Gesetzentwurf „zum Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse“, die sogenannte Zuchthausvorlage, eingebracht, die sich gegen die zunehmende Streikbewegung richtete und die Beseitigung des Koalitions- und des Streikrechts der Arbeiter beweckte. Auf Grund gewaltiger Massenaktionen konnte diese Vorlage am 20. November 1899 im Reichstag gegen die Stimmen der Konservativen zu Fall gebracht werden.

3 Der 1896 von Friedrich Naumann gegründete Nationalsoziale Verein löste sich im August 1903 auf, nachdem das Ergebnis der Reichstagswahl im Juni 1903 gezeigt hatte, daß er seine Aufgabe, die Arbeiterklasse durch soziale Versprechungen und chauvinistische Lösungen zu gewinnen, nicht erfüllt hatte. Der größte Teil der Nationalsozialen ging zur Freisinnigen Vereinigung über.

4 Im Zusammenhang mit der Zustimmung einiger einflußreicher Mitglieder der Deutschen Freisinnigen Partei zur Militärvorlage am 6. Juni 1893 hatte sich diese Partei in die Freisinnige Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei gespalten. Beide Parteien vereinigten sich mit der Deutschen Volkspartei am 6. März 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei, einer liberalen Partei mit ausgeprägt imperialistischen Zügen.

Das Zeichen, unter dem sich diese ganze Entwicklung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete vollzogen hat, die Formel, auf die sich ihre Ergebnisse zurückführen lassen, heißt *Imperialismus*. Kein neues Element, keine unerwartete Wendung ist es in der allgemeinen historischen Bahn der kapitalistischen Gesellschaft. Rüstungen und Kriege, internationale Gegensätze und Kolonialpolitik begleiten die Kapitalgeschichte von ihrer Wiege an. Es ist die äußerste Steigerung dieser Elemente, ein Zusammenrücken, ein gigantisches Auftürmen dieser Gegensätze, was eine neue Epoche im Werdegang der heutigen Gesellschaft ergeben hat. In dialektischer Wechselwirkung, zugleich Folge und Ursache der gewaltigen Kapitalakkumulation und der mit ihr gegebenen Verschärfung und Zuspitzung des Gegensatzes im Innern zwischen dem Kapital und der Arbeit, auswärts zwischen den kapitalistischen Staaten, hat der Imperialismus die Schlußphase, die gewaltsame Weltaufteilung durch das stürmende Kapital eröffnet. Eine Kette unaufhörlicher, unerhörter Rüstungen zu Lande und zu Wasser in allen kapitalistischen Staaten um die Wette, eine Kette blutiger Kriege, die von Afrika auf Europa übergriffen haben und jeden Augenblick den zündenden Funken zu einem Weltbrand abgeben können, dazu seit Jahren das nicht mehr zu bannende Gespenst der Teuerung, des Massenhungers in der ganzen kapitalistischen Welt – das sind die Zeichen, unter denen der Weltfeiertag der Arbeit nach bald einem Vierteljahrhundert seines Bestehens heraufzieht. Und jedes dieser Zeichen ist ein flammendes Zeugnis für die lebendige Wahrheit und Macht der Ideen der Maifeier.

Der geniale Hauptgedanke des Maifestes, das ist das eigene unmittelbare Auftreten der proletarischen Massen, das ist die politische Massenaktion der Millionen Arbeitenden, die sonst im parlamentarischen Alltag, getrennt durch staatliche Schranken, meist nur durch den Stimmzettel, durch Wahlen ihrer Vertreter dem eigenen Willen Ausdruck verleihen können. Der ausgezeichnete Vorschlag des Franzosen Lavigne auf dem Internationalen Kongreß in Paris¹ fügte diesen parlamentarischen, indirekten Willenskundgebungen des Proletariats eine direkte internationale Massenkundgebung, die Arbeitsniederlegung als Demonstration und Kampfmittel für den Achtstundentag, den Weltfrieden und den Sozialismus, hinzu.

Und in der Tat: Welchen Aufschwung hat dieser Gedanke, hat diese neue Kampfform in dem letzten Jahrzehnt genommen! Der Massenstreik ist zur international anerkannten, unentbehrlichen Waffe des politischen

1 Der Internationale Arbeiterkongreß in Paris fand vom 14. bis 20. Juli 1889 statt.

Kampfes geworden. Als Demonstration, als Kampfwaffe kehrt er in unzähligen Formen und Schattierungen in allen Ländern seit bald fünfzehn Jahren wieder. Als Zeichen der revolutionären Wiederbelebung des Proletariats in Rußland¹, als zähes Kampfmittel in der Hand des belgischen Proletariats² hat er soeben erst seine lebendige Macht bewährt. Und die nächste brennendste politische Frage Deutschlands, das preußische Wahlrecht, weist von selbst durch seine bisherige Versumpfung auf eine steigende Massenaktion des preußischen Proletariats bis zum Massenstreik als die einzige mögliche Lösung hin.

Kein Wunder! Die ganze Entwicklung, die Gesamttendenz des Imperialismus im letzten Jahrzehnt führte dahin, der internationalen Arbeiterklasse immer deutlicher und greifbarer vor die Augen zu führen, daß nur das eigene Auftreten der breitesten Massen, ihre eigenen politischen Aktionen, Massendemonstrationen, Massenstreiks, die früher oder später in eine Periode revolutionärer Kämpfe um die Macht im Staate ausmünden müssen, die richtige Antwort des Proletariats auf den unerhörten Druck der imperialistischen Politik abgeben können. In diesem Augenblick des Rüstungswahnsinns und der Kriegsorgien ist es nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu machtvollen Massenaktionen, was den Weltfrieden noch erhalten, drohenden Weltbrand noch hinausschieben kann. Und je mehr der Maigedanke, der Gedanke der entschlossenen Massenaktionen als Kundgebung des internationalen Zusammenschlusses und als Kampfmittel für den Frieden und für den Sozialismus auch in dem stärksten Trupp der Internationale, in der deutschen Arbeiterschaft, Wurzel schlagen wird, um so größere Gewähr haben wir, daß aus dem früher oder später unvermeidlichen Weltkrieg eine endgültige und siegreiche Auseinandersetzung zwischen der Welt der Arbeit und der des Kapitals sich ergeben wird.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 98 vom 30. April 1913.

1 Seit Ende 1910 zeigte sich in Rußland eine Belebung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiter gingen von defensiven zu offensiven Streiks und von Aktionen in einzelnen Betrieben zu Massenstreiks über. Erstmals fanden auch wieder politische Demonstrationen statt. Die Zahl der Arbeiter, die sich an politischen Streiks beteiligten, nahm merklich zu. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Streikenden stieg sie von 8,1 Prozent im Jahre 1910 auf 75,8 Prozent im Jahre 1912.

2 Am 14. April 1913 begann in Belgien ein politischer Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht, der seit Juni 1912 durch ein spezielles Komitee organisatorisch, finanziell und ideologisch im ganzen Lande sorgfältig vorbereitet worden war. An dem Streik beteiligten sich etwa 450 000 Arbeiter. Am 24. April 1913 beschloß der Parteitag der belgischen Arbeiterpartei den Abbruch des Streiks, nachdem sich das belgische Parlament dafür ausgesprochen hatte, die Reform des Wahlrechts in einer Kommission erörtern zu lassen.

Das belgische Experiment

1

Leipzig, 15. Mai

Der belgische Generalstreik¹ verdient nicht bloß als eine hervorragende Kraftanstrengung und Kampfleistung der proletarischen Masse Sympathie und Bewunderung der internationalen Sozialdemokratie, sondern ist ebenso sehr geeignet, Gegenstand ernster kritischer Prüfung und dadurch Quelle der Belehrung für sie zu werden. Der zehntägige Streik im April ist nur eine Episode, ein neuer Abschnitt in der langen Reihe von Kämpfen des belgischen Proletariats um das allgemeine, gleiche Wahlrecht gewesen, die seit Beginn der 90er Jahre dauern und allem Anschein nach von ihrem Abschluß noch weit entfernt sind. Wollen wir also nicht im Tone des Offiziösentums stets und lediglich Beifall klatschen zu allem, was die sozialdemokratische Partei tut und läßt, so haben wir uns angesichts des neuen hervorragenden Anlaufs der belgischen Arbeiterpartei im Wahlrechtskampf zu fragen: Bedeutet dieser Generalstreik einen Schritt vorwärts auf der allgemeinen Kampflinie? Bedeutet er insbesondere eine neue Kampfform, neue taktische Wendung, die von nun an die Kampfmethoden des belgischen und vielleicht des internationalen Proletariats zu bereichern berufen wäre?

Die letzte Frage ist um so berechtigter, als die belgischen Parteiführer – und zwar ohne Unterschied der taktischen Stellung – den Aprilstreik mit viel Nachdruck den früheren belgischen Wahlrechtsstreiks wie den bekannten Massenstreiks, die wir in andern Ländern erlebt haben, entgegenstellen und als eine neue Waffe im Arsenal des kämpfenden Proletariats preisen. In der kleinen Herstaler Monatsschrift „La lutte de classe“ (Klassenkampf) schrieb de Brouckère im März:

„Es ist das drittemal, daß wir für das gleiche Wahlrecht streiken wer-

1 Siehe S. 194, Fußnote 2.

den, und man hat schon um seinetwillen in andern Ländern gestreikt. Der Streik vom 19. April wird nichtsdestoweniger ein neues Ereignis darstellen, durch seine wahrscheinliche Dauer wie durch die Auffassung, aus der heraus er vorbereitet wurde. Dieser Streik soll nicht ähneln weder den stürmischen Bewegungen von 1893¹ und 1902² noch den kurzen politischen Streiks in Schweden³ und Österreich⁴, noch auch den revolutionären Streiks in Rußland. Es wird der erste Versuch sein, einen politischen Streik nach denselben Grundsätzen zu leiten, welche die gewerkschaftlichen Bewegungen so wirksam gestaltet haben, oder, wenn man will, ein Versuch, die gewerkschaftliche Aktion auf die Eroberung der politischen Gleichheit auszudehnen.“

Ebenso hoben die Parteiführer auf dem Kongreß vom 24. April, der die Aufhebung des Generalstreiks beschloß, dessen besonderen Charakter wiederholt hervor. Auch Vandervelde schreibt in seinem Artikel im „Vorwärts“ vom 28. April:

„Aber im Gegensatz zu ähnlichen früheren Bewegungen in Belgien oder anderswo handelte es sich diesmal nicht mehr um einen improvisierten und stürmischen, sondern um einen langen, geduldig und methodisch vorbereiteten Streik.“⁵

So liegt es denn nahe, vor allem die Wirksamkeit dieses neuen eigenartigen Versuchs mit den früheren Versuchen des belgischen Proletariats zu vergleichen. Faßt man lediglich das unmittelbare, greifbare Resultat ins Auge, dann ist allerdings der Schluß nicht abzuweisen, daß das neue Experiment der belgischen Partei unvergleichlich weniger eingebbracht hat als ihr erster Anlauf vor zwanzig Jahren. Im Jahre 1891 genügte der erste kurze Massenstreik von 125 000 Arbeitern, um die Einsetzung der Kommission für die Reform des Wahlrechts zu erzwingen. Im April des Jahres

1 Durch den Massenstreik von 250 000 Arbeitern in Belgien im April 1893 war die Regierung gezwungen worden, das Zensuswahlrecht (siehe S. 199, Fußnote 1) abzuschaffen und das allgemeine Wahlrecht mit Pluralvotum (siehe S. 199, Fußnote 2) einzuführen.

2 Siehe S. 168, Fußnote 1.

3 In Schweden war auf Beschuß der Sozialdemokratie vom 15. bis 17. Mai 1902 ein politischer Massenstreik durchgeführt worden, um der Forderung nach einer Wahlrechtsreform Nachdruck zu verleihen. Der Streik, an dem sich etwa 116 000 Arbeiter beteiligten, wurde ohne Ergebnis abgebrochen, nachdem beide Kammern des Reichstags in einer Resolution die Regierung aufgefordert hatten, bis 1904 eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen.

4 Im September 1905 war es in Österreich-Ungarn zum ersten politischen Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht gekommen. Die fortgesetzten Protestbewegungen zwangen die österreichische Regierung, im Januar 1907 dem Parlament ein Gesetz über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorzulegen.

5 Émile Vandervelde: Der Generalstreik in Belgien. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 102 vom 28. April 1913.

1893 genügte ein spontaner Streik von 250 000 Arbeitern, damit die Kammer die seit zwei Jahren in der Kommission versumpfte Wahlrechtsreform binnen 24 Stunden, in einer einzigen langen Sitzung, zur Entscheidung brachte. Jetzt wurde der Streik der 400 000, nach neun Monaten Vorbereitung, nach äußersten materiellen Opfern und Anstrengungen der Arbeiterklasse, nach Verlaufe von zehn Tagen abgebrochen, ohne etwas andres erreicht zu haben als eine unverbindliche Zusage einer unverbindlichen Kommission ohne gesetzgebende Kraft, die nach einer „einheitlichen Formel“ für das Wahlrecht suchen darf.

Daß dies so vage und gewundene Ergebnis keinen glänzenden Sieg bedeutet und jedenfalls zu der Unsumme von Anstrengungen, Opfern und Vorbereitungen in keinem Verhältnis steht, darüber täuschen sich auch unsre belgischen Genossen gar nicht. Kein einziger von den Parteiführern machte auf dem Parteitag vom 24. April den Versuch, die Resolution des Parlaments über die besagte Kommission als einen namhaften politischen Sieg hinzustellen. Im Gegenteil, sie alle waren bemüht, das Schwergewicht der Bilanz über den zehntägigen Kampf nicht auf das parlamentarische Resultat, sondern auf den Verlauf des Generalstreiks selbst und seine moralische Bedeutung zu legen. „Drei Gesichtspunkte“, sagte Vandervelde (nach dem Bericht des „Vorwärts“), „kommen bei der Beurteilung des Generalstreiks in Frage. Der erste, *der parlamentarische, ist am wenigsten wichtig.*¹ Die beiden andern aber seien: das politische Resultat, das in der Gewinnung der öffentlichen Meinung bestehe, und der soziale Gesichtspunkt, der in der Machtentfaltung des Proletariats und in dem friedlichen Charakter des Generalstreiks liege. „Wir kennen jetzt das Mittel“, rief Vandervelde, „das das Proletariat anwenden kann, wenn ihm sein Recht von der herrschenden Gewalt vorerhalten wird.“² Und Jules Destrée ging sogar so weit, die ganze Frage nach dem direkten Resultat des Streiks als „parlamentarische Kleinlichkeit“ abzutun:

„Warum übersehen Sie über den parlamentarischen Kleinlichkeiten und den Nuancen ministerieller Erklärungen die Hauptsache? Beachten Sie doch die Hauptsache, die jedermann sehen kann! Die prachtvolle Begeisterung, den Mut, die Disziplin unserer Bewegung.“³

Nun ist die ausgezeichnete Haltung der belgischen Arbeitermasse in dem letzten Generalstreik nichts weniger als eine Überraschung gewesen.

1 Der belgische Parteitag. In: Vorwärts, Nr. 100 vom 26. April 1913.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

Die Begeisterung, die Geschlossenheit, die Zähigkeit dieses Proletariats hat sich seit über zwanzig Jahren, namentlich auch im Gebrauch der Waffe des Massenstreiks, so häufig erprobt und bewährt, daß das Zustandekommen und der Verlauf des Aprilstreiks nur eine neue Bestätigung dieser alten Kampftüchtigkeit, keine neue Errungenschaft war. Freilich liegt ein großer Teil der Bedeutung jedes Massenstreiks in seinem Zustandekommen selbst, in dem Akt der politischen Massenaktion, der sich darin äußert – soweit es sich um spontane oder auf Geheiß der Partei in kurzer Zeit in der Kampfstimme zustande kommende Kundgebungen handelt. Wo hingegen der Streik von sehr langer Hand ganz methodisch und systematisch vorbereitet wurde, und zwar ausdrücklich zu dem bestimmten politischen Zwecke, die seit zwanzig Jahren festgefaßte Frage der Wahlrechtsreform vorwärtszustoßen, da erscheint es etwas seltsam, den Streik gewissermaßen als Selbstzweck zu feiern, den eigentlichen Zweck aber, das parlamentarische Resultat, das erzwungen werden sollte, als nebенästliche Lappalie zu behandeln.

Diese Verschiebung in der Beurteilung der Situation ergab sich denn auch aus der Zwangslage, in der sich die belgische Bruderpartei nach anderthalb Wochen des Generalstreiks befand. Aus der ganzen Situation wie aus allen Reden auf dem Brüsseler Parteitag ergibt sich klar: Der Generalstreik wurde am 24. April nicht abgebrochen, weil man irgend einen namhaften Sieg errungen zu haben wünschte, vielmehr nahm man den ersten Schein einer Konzession auf seiten des Parlaments eilends wahr, um seinerseits den Generalstreik abzurüsten, da man in den Führerkreisen das deutliche Gefühl hatte, daß die längere Dauer des Generalstreiks leicht ins uferlose gehen könnte, ohne doch ein namhafteres Resultat zu erzielen.

Soll man es den belgischen Parteiführern übelnehmen, daß sie für den Abbruch des Generalstreiks die erste Gelegenheit ergriffen, da ihnen seine Fortdauer aussichtslos und ungewiß erschien? Oder soll man ihnen verargen, daß sie nicht an die siegreiche Macht des unbestimmt und „bis zum Siege“ fortgesetzten methodischen Streiks glaubten? Das gerade Gegenteil muß ausgesprochen werden: Schon lange vor Beginn des Aprilstreiks, schon nach der ganzen Art und Weise, wie dieser Streik vorbereitet wurde, im Zusammenhang mit den Schicksalen des Wahlrechtskampfes in Belgien und seiner Taktik in den letzten zehn Jahren mußte jeder aufmerksame Beobachter die stärksten Zweifel an der Wirksamkeit des neuesten Experiments hegen. Heute, wo die Probe aufs Exempel stattgefunden hat und wo die belgischen Genossen meinen, auf jeden Fall

eine neue Waffe ihrem Arsenal auf die Dauer einverleibt zu haben, ist es an der Zeit, diese Waffe selbst zu prüfen. Es ist nötig, die Frage zu stellen, ob die Art und Weise, wie der Aprilstreik inszeniert worden ist, nicht selbst schon Keime seiner Unfruchtbarkeit in sich getragen hat und ob das einmalige Experiment nicht eher geeignet ist, zur Revision dieser Taktik als zu ihrer Nachahmung zu ermuntern.

II

Leipzig, 16. Mai

Der Massenstreik als Waffe des politischen Kampfes ist in Belgien bereits eine festgewurzelte Tradition. Dem Gebrauch dieser Waffe verdankt das belgische Proletariat die erste Bresche, die es in das Zensuswahlrecht¹ geschlagen hat. Die beiden großen Streiks von 1891 und 1893, die erst die Einsetzung der Wahlrechtskammern und dann die Einführung des Pluralwahlrechts² erzwungen hatten, waren aber auch spontane Äußerungen der Kampfstimme der Partei, sie waren von jenem „stürmischen“ Charakter, dessen Gegenteil der jetzige Aprilstreik mit Vorbedacht werden sollte. Der stürmische Charakter bestand übrigens durchaus nicht darin, daß die streikenden Massen etwa sinnlose Gewalttätigkeiten verübten oder zu solchen auch nur neigten, wie dies indirekt aus der starken Hervorhebung des durchaus friedlichen und gesetzlichen Charakters des jüngsten Generalstreiks durch die belgischen Parteiführer geschlossen werden könnte. Genauso vernünftig und „gesetzlich“ wie im April dieses Jahres benahmen sich die streikenden Wahlrechtskämpfer im Jahre 1891 und 1893 auch. Wenn es in beiden letzteren Fällen dennoch an einigen Orten zu Straßentumulten und Blutvergießen gekommen war, so lag das ausschließlich an dem brutalen und provokatorischen Verhalten des Militärs und der sonstigen Regierungsorgane, die den Streikenden und Demonstranten mit schlotterndem Schrecken im Gebein und mit grimmigem Haß im Herzen entgegengtraten. Der „stürmische“ Charakter jener beiden kurzen und siegreichen Streiks lag denn auch nicht etwa in sinnlosen, von Arbeitern verübten „Ungesetzlichkeiten“, sondern darin, daß diese Massenstreiks Äußerungen einer entschlossenen, frischen und freudigen

¹ Das Zensuswahlrecht ist ein beschränktes Wahlrecht, bei dem nur Bürger, die bestimmte Wahlzenseen erfüllen, wie z. B. Mindesteinkommen, Geschlechtszugehörigkeit, das aktive Wahlrecht besitzen.

² Das Pluralwahlrecht ist ein undemokratisches Wahlrecht, bei dem Wähler mit besonderen Voraussetzungen, wie hohes Einkommen, höhere Schulbildung usw., mehr als eine Stimme abgeben können. Gegenüber dem Zensuswahlrecht war es ein Fortschritt.

Kampfstimung der Partei waren, die keine Schwankungen, kein Zagen, keine Rück- und Vorsichten kannte, die ins Feld rückte, ohne auf andres als auf die eigene Kraft des Proletariats und dessen Druck zu rechnen, und die allerdings bereit war, diesen Druck bis zu den äußersten Konsequenzen zu steigern, die revolutionäre Energie der Massen nötigenfalls zu ihrer vollen Wucht und Wirkung zu entfesseln. Es waren Massenstreiks, bei denen die Partei vom obersten Führer bis zum schlichten Soldat in Reih und Glied marschierte, von derselben freien und kühnen Kampfbegeisterung durchdrungen, völlig eins im festen Glauben an die Notwendigkeit und Wirksamkeit des eigenen Unternehmens.

Eine neue Wendung nahm jedoch die ganze Taktik der belgischen Partei in dem folgenden Jahrzehnt. Nachdem das Pluralwahlrecht der Arbeiterklasse die Tore des Parlaments eröffnet und eine stetig wachsende Zahl von Abgeordneten eingebracht hat, wurde der Schwerpunkt der politischen Aktion – auch des Kampfes um das gleiche Wahlrecht – ins Parlament verlegt. Gleichzeitig – was jedoch nur die andre Seite dieser Erscheinung – tritt ein ganz neuer Faktor, die Allianz mit der liberalen Bourgeoisie, als wichtiges Moment der sozialistischen Taktik auf den Plan. Es ist klar, daß dadurch in der Parteipolitik zwei widersprechende Elemente miteinander verkoppelt wurden: die außerparlamentarische Aktion der Masse und die parlamentarische Allianz mit dem Liberalismus. War der Massenstreik ein bewährtes, populäres, von dem Proletariat hochgeschätztes Kampfmittel, an dem es mit zäher Energie festhielt, so stand ihm von nun an die Rücksicht auf die parlamentarischen Bundesgenossen, die Liberalen, direkt entgegen, sowohl angesichts der allgemeinen, tiefgewurzelten Klassenabneigung der Besitzenden gegen proletarische Massenaktionen wie insbesondere, weil der Massenstreik in erster Linie naturgemäß die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie, also gerade der liberalen Alliierten, empfindlich traf.

Dadurch kam in die Politik der sozialistischen Partei eine gewisse Zwitterhaftigkeit, Unsicherheit und Halbheit. Den deutlichen Ausdruck bekam dieser Zustand in der verunglückten Kampagne des Jahres 1902, wo die Verkoppelung der Streikaktion der Masse mit der liberalen Allianz im Parlament erst die Parteführer bewogen hatte, die Aktion der Masse nur als Schreckschuß zuzulassen, um sie dann so rasch als möglich nach Hause zu schicken, worauf dann naturgemäß auch die parlamentarische Aktion in sich zusammenbrechen mußte.

Das klägliche Fiasko des Experiments vom Jahre 1902 hat jedoch nicht dazu geführt, die belgische Partei von der verhängnisvollen Bundes-

genossenschaft mit den Liberalen loszulösen und wieder ganz auf die proletarische Aktion zu konzentrieren. Umgekehrt, enttäuscht durch den verunglückten Massenstreik, dessen Unfruchtbareit jedoch diesmal in der eigenen Taktik der Partei wohl begründet war, beschlossen die Parteführer, sich nunmehr ausschließlich auf die parlamentarische Bühne zu beschränken. Da die Parlamentswahlen auch unter dem Pluralsystem die Vertretung der klerikalen Reaktion immer mehr zusammenschrumpfen ließen, so schien es ein einfaches Rechenexempel, in Geduld und bei ruhiger Agitation den Zeitpunkt abzuwarten, wo die klerikale Mehrheit in Minderheit umschlagen und der sozialistisch-liberale Block auf dem Wege einer schlichten Parlamentsmehrheit die Wahlreform durchführen würde. Die Waffe des Massenstreiks schien nunmehr eine ganz überflüssige und störende, veraltete Methode, die parlamentarische Reform und der „linke Block“ die alleinseligmachende Kirche der Zukunft zu sein.

Diese einfache Rechnung hatte unglücklicherweise, wie alle so einfach scheinenden Spekulationen des Opportunismus, ein großes Loch: Sie rechnete nur mit Zahlen, nicht mit lebendigen Klassenverhältnissen. Und diese letzteren brachten es mit sich, daß der allgemeine Zug der Reaktion, der in Deutschland und überall die jüngste Entwicklung der Bourgeoisie bezeichnet, auch in Belgien sein stilles Werk vollbracht hat. Während die liberale Fraktion im Parlament Arm in Arm mit der sozialistischen um die Wahlreform stritt, kehrte ihr die Bourgeoisie im Lande den Rücken und ergriff in Massen die Flucht – ins klerikale Lager. Das Jahr 1912 wurde in den Blockspekulationen als das Jahr der wunderbaren „Erfüllung“ bezeichnet. Nun, die Parlamentswahlen des Jahres 1912 brachten an Stelle des fest erwarteten Zusammenbruchs der Klerikalen – den Zusammenbruch des Liberalismus und sogar Verluste für die sozialistische Partei, während die klerikale Reaktion mit einer gestärkten Majorität im Triumphe wieder ins Parlament einzog.¹

Die abermalig zehnjährige Periode der neuen Taktik schloß für die belgische Partei mit einer noch größeren Niederlage als schon im Jahre 1902. Kein Wunder, daß die Wut und der Schmerz der Enttäuschung die Masse der sozialistischen Arbeiter wie mit einem elektrischen Schlag wieder zu ihrer alten bewährten Waffe, zum Massenstreik, greifen ließen. Spontan, wie ein Sturm, erhob sich das belgische Proletariat nach den Wahlen im Juni 1912, um wieder durch eigene Kraft zu erringen, wozu sich die nurparlamentarische Taktik in zwanzig Jahren als völlig unfähig erwies. Doch da trat die sozialistische Fraktion, traten die Führer

¹ Siehe S. 169, Fußnote 1.

der Partei mit aller Energie dazwischen, um vom Streik abzumahnen. Da sich der Sturm des Volkswillens nicht anders bannen ließ, schlug man den Arbeitern vor, den bereits begonnenen Massenstreik abzurüsten, um einen Massenstreik ganz systematisch vorzubereiten. Der vorbereitete, methodische Massenstreik erschien so von vornherein als ein Kompromiß zwischen der stürmenden Kampfenergie der Massen und der Streikabneigung der Parteiführer, die trotz aller bitteren Erfahrungen an der Allianz mit dem Liberalismus und an parlamentarischen Hoffnungen festhielten. Es war also wohlgemerkt nicht eine freie taktische Erfindung, die hier eine neue Streikmethode als die wirksamste ersonnen hatte. Die Vorbereitung zum Massenstreik von langer Hand erschien diesmal als ein Mittel, die Arbeitermassen zu beschwichtigen, ihre Kampfbegeisterung zu zähmen, sie von der Bühne vorläufig abtreten zu lassen. Und nun, nachdem alle Energie der Arbeiterschaft während sieben Monaten ausschließlich auf die Vorbereitung des Generalstreiks gerichtet wurde, war es die Parteiführerschaft, die sich bis zuletzt dem Beginn des Streiks mit aller Energie widersetzte, ihn möglichst hinauszuschieben suchte. Nachdem im Februar die strikte Ablehnung der Wahlreform im Parlament die Festsetzung des Generalstreiks auf den 14. April erzwungen hatte, suchten die Parteiführer noch im letzten Augenblick, im März, sich auf ein vermittelndes Dazwischenreten liberaler Bürgermeister stützend, den Streikbeschuß wieder aufzuheben. Im letzten Moment, als auch diese Hoffnung auf die liberale Mitwirkung wie eine Seifenblase zerplatzte, wurde der Streik nur unter dem unbeherrschbaren Drang der ungeduldigen Masse und gegen die Abmachungen eines Teils der Führer beschlossen.

So kam der Aprilstreik schließlich nach neun Monaten Vorbereitung und nach wiederholten Versuchen, ihn zu verhindern und hinauszuschieben, mit Hängen und Würgen zustande. Materiell war er freilich so wohlvorbereitet wie noch kein Massenstreik der Welt. Wenn gefüllte Hilfskassen und gutorganisierter Nahrungsmittelvertrieb über den Ausgang einer Massenbewegung entscheiden würden, dann müßte der belgische Generalstreik im April Wunder wirken können. Die revolutionäre Massenbewegung ist aber leider kein Rechenexempel, das man mit den Kasenbüchern der Gewerkschaften oder in den Vorratsläden der Konsumgenossenschaften lösen kann. Das Entscheidende in jeder Massenbewegung ist die revolutionäre Energie der Massen und die entsprechende Entschlossenheit und Zielklarheit ihrer Führer. Diese beiden Momente zusammen können unter Umständen die größten materiellen Entbehrungen

der Arbeiterschaft unfühlbar machen, über sie hinweg die größten Taten vollbringen. Sie können hingegen nicht umgekehrt durch gefüllte Hilfskassen ersetzt werden.

III

Der Hauptgedanke der belgischen Genossen bei der Vorbereitung des Aprilstreiks war, ihm jeden „stürmischen“ Charakter zu nehmen, ihn von der revolutionären Situation gänzlich zu trennen, ihm den methodischen und streng umzirkelten Charakter eines gewöhnlichen Gewerkschaftsstreiks zu geben. Nicht darin, daß keine „Ungesetzlichkeiten“ verübt worden sind, liegt das besondere Merkmal dieser Bewegung – auch in den 90er Jahren haben die streikenden Arbeiter, wie gesagt, genausowenig „Ungesetzlichkeiten“ verübt wie diesmal; es waren in Belgien wie anderwärts stets nur „Hüter der Ordnung“, die Exzesse verübt und Exzesse provozierten. Der Unterschied liegt darin, daß die Massenstreiks der 90er Jahre spontane Bewegungen waren, geboren aus einer revolutionären Situation, aus der Zuspitzung des Kampfes und aus der aufs höchste gespannten Energie der Arbeitermassen. Spontan nicht in dem Sinne etwa, daß sie chaotisch, planlos, zügellos und führerlos waren. Im Gegenteil war gerade in jenen beiden Streiks die Parteiführerschaft mit der Masse völlig eins, sie marschierte an der Spitze, leitete und beherrschte vollkommen die Bewegung, gerade weil sie völlig mit dem Pulschlag der Masse in Kontakt war, sich ihm anpaßte, nichts als Mundstück, als bewußter Ausdruck für die Gefühle und die Bestrebungen der Masse war. Spontan waren jene Streiks darin, daß sie unmittelbar auf eine politische Situation reagierten, Schlag auf Schlag den Kampf beantworteten und daß sie mit frei entfesselter Energie, auf alle Konsequenzen und Eventualitäten des Kampfes gefaßt, die ganze Wucht der Massenaktion in die Waagschale warfen.

Daß in so gearteten Massenstreiks ein starker revolutionärer Funke zittert, daß sie bei entsprechender leicht entzündbarer Situation, auf einer gewissen Höhe der Spannung der Gegensätze, unter Umständen zu offenen Zusammenstößen mit der herrschenden Gewalt führen können, ist außer Zweifel. Aber nicht minder sicher ist es, daß gerade der Druck so gearteter Streiks am *raschesten* seine Wirkung ausübt und die herrschenden Klassen in der Regel zum Zurückweichen zwingt, bevor sich noch die äußersten Konsequenzen, bevor ein allgemeiner Zusammenstoß mit der Staatsmacht sich aus der Situation ergibt. Der Verlauf der belgischen

Streiks von 1891 und 1893 bestätigt dies vollkommen. Genauso genügte im Jahre 1905 die spontane Bewegung des österreichischen Proletariats unter dem ansteckenden Beispiel der russischen Revolutionskämpfer, um die Machthaber zum Zurückweichen zu zwingen, bevor noch eine gewaltsame Auseinandersetzung mit ihnen nötig wurde. Dasselbe beweisen zahlreiche andre Fälle aus der Praxis des internationalen Proletariats in den letzten fünfzehn Jahren: Nicht die Anwendung der physischen Gewalt, wohl aber die revolutionäre Entschlossenheit der Massen, in ihrer Streikaktion nötigenfalls vor den äußersten Konsequenzen der Kampfsituation nicht zurückzuschrecken und alle Opfer zu bringen, verleiht dieser Aktion an sich eine so unwiderstehliche Gewalt, daß sie häufig den Kampf in kurzer Frist zu namhaften Siegen zu führen vermag.

Dem Aprilstreik in Belgien lag gerade umgekehrt der Gedanke zu grunde, jede revolutionäre Situation zu vermeiden, jede Unberechenbarkeit, jede unvorhergesehene Wendung des Kampfes auszuschalten, mit einem Wort, jedes Risiko und jede Gefahr von vornherein auszuschließen und den ganzen Feldzug fast ein Jahr vorher in allen Einzelheiten festzulegen. Aber gerade damit haben die belgischen Genossen ihrem Generalstreik die eigentliche Stoßkraft genommen. Die revolutionäre Energie der Massen läßt sich nicht auf Flaschen ziehen, und ein großer Volkskampf läßt sich nicht wie eine Militärparade führen. Hier heißt es: entweder – oder. Entweder führt man einen politischen Sturm der Massen herbei, richtiger – da ein solcher sich nicht künstlich herbeiführen läßt – entweder läßt man die erregten Massen im Sturm ausziehen, dann muß alles getan werden, was diesen Sturm unwiderstehlicher, gewaltiger, konzentrierter macht, dann darf man den Sturm nicht, just wenn er losbricht, auf neun Monate vertagen, um ihm inzwischen eine Marschroute vorzubereiten. Oder man will keinen Massensturm – dann ist ein Massenstreik aber im voraus ein verlorenes Spiel. Sollten im April, wie die Führer auf dem Parteitag versicherten, nur die Disziplin und der einige Wille der Arbeiterklasse demonstriert werden, dann war für eine Demonstration die zehntägige Dauer jedenfalls überflüssig und die neunmonatige Vorbereitung ein viel zu hoher Preis. Die belgischen Proletarier waren zu einer solchen Demonstration schon viel früher und mehrmals bereit. Sollte es aber ein Kampfstreik sein, dann war die Art und Weise seiner Ausführung wenig geeignet, ihn siegreich zu machen.

Es ist vor allem klar und durch die Geschichte der bisherigen Massenstreiks in verschiedenen Ländern bestätigt, daß, je rascher, je unvorbereiter ein politischer Streik den herrschenden Klassen über den Kopf

kommt, desto stärker die Wirkung und die Aussichten auf den Sieg. Kündigt die Arbeiterpartei drei Viertel Jahre im voraus die Absicht an, einen politischen Streik zu inszenieren, so gewinnt nicht nur sie, sondern doch auch die Bourgeoisie und der Staat vollauf Zeit, sich materiell und psychologisch auf das Ereignis vorzubereiten. Übrigens hatte die lange, emsige Spartätigkeit der belgischen Proletarier, die an sich so bewundernswert in ihrem Idealismus war, die unbedeutende materielle Seite, daß sie die ökonomischen Interessen des Kleinbürgertums, der Krämer und Händler, die ganze Zeit über schwer traf, der Schicht, deren Sympathien der Arbeiterschaft am ehesten gehören, während die Großbourgeoisie bei der langen Vorbereitung gerade in hohem Maße dem Schlag entgehen konnte, mit dem sie jeder spontane Massenstreik in erster Linie trifft.

Sodann gehört zur Wirksamkeit jedes politischen Kampfstreiks die Mitwirkung der Beschäftigten in öffentlichen Diensten. Wollten die belgischen Genossen – was sich aus ihrer Absicht eines langen, friedlichen Streiks ergibt – auf das Stilllegen der öffentlichen Dienste verzichten, dann nahmen sie ihrem Streik freilich jeden „ungesetzlichen Charakter“, aber auch im voraus die rasche zwingende Gewalt und den Schrecken für die Öffentlichkeit und den Staat.

Mit einem Wort, gerade alle die Eigenschaften des Aprilstreiks, die ihm nach der Absicht der belgischen Partei den methodischen Charakter einer Gewerkschaftsaktion verleihen sollten, haben ihm die Wirksamkeit als politischer Streik in hohem Grade benommen.

Aber noch mehr: Wir haben aus der Geschichte des Wahlrechtskampfes in Belgien gesehen, daß die Parteführer den Massenstreik eigentlich seit etwa fünfzehn Jahren verpönen, ihn stets abzuschieben, zu verhindern suchen. Im Schlußresultat hat jedoch diese Taktik merkwürdigerweise das gerade Gegenteil bewirkt: Der im Moment des stürmischen Losbrechens immer wieder gebannte Massenstreik ist nun zum ständigen Damokles-schwert – nicht bloß der Reaktion, sondern auch der Partei geworden. Schon seit neun Monaten war das Leben der belgischen Partei durch die Vorbereitungen zum Massenstreik völlig im Bann gehalten. Nachdem im April der Streik auf einen ersten Schatten einer Konzession hin abgebrochen wurde, hat die Partei ihn schon auf dem Parteitag vom 24. April selbstverständlich für die weiteren Schritte in Aussicht stellen müssen. Dieselbe Taktik, die jedes stürmische Treffen der Masse mit der Reaktion verpönte, hat die Massenstreikdrohung zum chronischen Zustand gemacht.

Daß damit in der Masse übertriebene Illusionen in bezug auf die Wirksamkeit des politischen Massenstreiks unwillkürlich genährt werden,

scheint unvermeidlich zu sein. Auf diese Illusionen kann aber unter den gegebenen Umständen sehr leicht Enttäuschung folgen. Der politische Massenstreik ist eben nicht an sich, abstrakt genommen, ein wundertägliches Mittel. Er ist wirksam nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation, als Äußerung einer hohen, konzentrierten revolutionären Energie der Massen und einer hohen Zuspitzung der Gegensätze. Losgeschält von dieser Energie, getrennt von dieser Situation, verwandelt in ein von langer Hand beschlossenes, pedantisch nach dem Taktstock ausgeführtes strategisches Manöver, muß der Massenstreik in neun Fällen gegen zehn versagen.

Niemand wird in diesem Augenblick mit Sicherheit voraussagen können, welches die nächsten Schicksale der Wahlreform in Belgien sein werden. Vielleicht werden die belgischen Klerikalen, wie die Tories in England, klug genug sein, sich den erregten Zustand der Volksmassen zur Lehre zu nehmen, und sich auf den weiten Weg des Kompromisses begeben. Freilich verrät ihre bisherige Haltung wenig Zugänglichkeit für diese großzügige Politik. Sollten sie aber bei ihrer reaktionären Brutalität nach dem Muster der ostelbischen Junker verharren, dann dürfte nur ein Massensturm des Proletariats diese Halsstarrigkeit zu brechen geeignet sein, wie er sie schon 1891 und 1893 gebrochen hat. Dann aber dürfte es sich unsres Erachtens auch für unsre belgische Bruderpartei als eine Lehre aus ihrem jüngsten Experiment ergeben: Nur die Rückkehr zur Taktik der stürmischen, von jeder Rücksicht auf die liberale Bundesgenossenschaft freien Massenbewegung, nur die Entfesselung der vollen revolutionären Energie des Proletariats kann diese Zwingburg in Trümmer legen. Auf keinen Fall läßt sich das Aprilexperiment für die belgische Partei oder für die Internationale als eine empfehlenswerte Neuerung in der Handhabung des politischen Massenstreiks empfehlen.

Doch mag man das Vorgehen der belgischen Genossen kritisieren und beurteilen, wie man will, eine beschämende Lehre und ein Beispiel haben sie vor allem uns in Deutschland gegeben. Die belgische Partei experimentiert mit dem Massenstreik, aber sie versucht unter Aufbietung aller Kraft alle Mittel der Massenaktion. In Preußen hingegen ist auf die aufrüttelnden Worte des preußischen Parteitags Januar 1910¹, auf die denkwürdigen anfeuernden Worte Singers erst im Frühjahr 1910 eine kurze Demonstrationskampagne gefolgt, die jedoch, nachdem sie den schönsten Anlauf genommen hatte, von der Partei einfach an den Nagel gehängt wurde. Seitdem werden wir von Landtagswahlen auf Reichstagswahlen

¹ In der Quelle: Weihnachten 1909.

und von Reichstagswahlen auf neue Landtagswahlen vertröstet. Das belgische Beispiel sollte jedoch für unsre Partei weniger ein Anlaß zu einer kritiklosen „Bewunderung“ und mehr ein praktischer Anstoß sein, auch der ostelbischen Reaktion gegenüber einmal das Wort zu beherzigen: Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfiffen werden!

Leipziger Volkszeitung,

I: Nr. 109 vom 15. Mai 1913,

II: Nr. 110 vom 16. Mai 1913,

III: Nr. 112 vom 19. Mai 1913.

Nach 50 Jahren

„Es handelte sich darum, während die deutschen Möpse à la Schulze-Delitzsch ... jeden sozialen Gedanken längst ausgestorben und begraben glaubten – den Sozialismus plötzlich wie durch einen Zauberschlag als politische Partei auftreten zu lassen.“¹

Lassalle an Moses Heß

„Ohne den Verdiensten von Marx und der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ zu nahe zu treten, glaube ich doch sagen zu können, daß jetzt zum ersten Male eine soziale Partei in Deutschland besteht, die eine politische Bedeutung hat und eine Masse repräsentiert.“²

Lassalle

Für die herrschenden Klassen, die das Größte an Leistung, Kampf und Ideal hinter sich haben, sind historische Jubiläen nur ein Mittel, in Selbstzufriedenheit das Vergangene zu preisen und das Bestehende mit einem von der Vergangenheit erborgten Nimbus zu erklären. Für eine revolutionäre Klasse wie das moderne Proletariat, die das Größte noch vor sich hat, sind geschichtliche Erinnerungstage nicht eine Gelegenheit, mit einem Blick auf die eigene Vergangenheit triumphierend zu konstatieren, „wie herrlich weit wir's schon gebracht“ haben, sondern vor allem ein Anlaß zur Selbstkritik, zur Prüfung des Geleisteten und Verständigung über das zu Leistende.

Als am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, da wurde damit die Klassenpartei des deutschen Proletariats in der Tat „plötzlich wie durch einen Zauberschlag“, aus der

¹ Brief Ferdinand Lassalles vom 27. August 1863 an Moses Heß. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. von Carl Grünberg, Dritter Band, Leipzig 1913, S. 131/132.

² Ebenda, S. 132.

Taufe gehoben. Es war ein kühner Entschluß, eine rasche Tat Lassalles, die jenen welthistorischen Moment gezeugt haben, und die Arbeiterklasse Deutschlands ist ihm ewigen Dank schuldig, daß er zu jener unsterblichen Tat ganz allein, ja gegen Marxens Abmahnung die eiserne Energie fand.

Die Entstehung und das Wachstum der Sozialdemokratie als der aufgeklärten, zielbewußten Vorhut des kämpfenden Proletariats ist freilich nicht ein Zufallsprodukt, nicht eine willkürliche Schöpfung genialer Individuen. Sie ist in den kapitalistischen Verhältnissen selbst begründet. Als Lassalle seine feurige Agitation begann, da kamen ihm auch schon die besten Elemente der Arbeiterschaft entgegen. Es war die Leipziger Elite des deutschen Proletariats, die sich von selbst bereits aus der geistigen Vormundschaft der liberalen Bourgeoisie zu befreien suchte und nach dem richtigen Wege tastete. Ihr Ruf an Lassalle bleibt ein unvergänglicher Ruhmestitel der Leipziger Arbeiterschaft.

Wie wenig aber die kapitalistischen Verhältnisse allein zur Entstehung einer lebensfähigen sozialistischen Arbeiterpartei genügen, ist England der beste Beweis. Dort hat die kapitalistische Entwicklung zuerst und in klassischer Weise ihren Triumphzug gefeiert. In England lebte und wirkte Marx Jahrzehntelang, und den englischen Verhältnissen war sein wissenschaftliches Hauptwerk viel mehr als den deutschen auf den Leib geschnitten. Trotzdem steckt die englische Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag ohnmächtig in dem Gegensatz zwischen sozialistischer Sekte, die keiner fruchtbaren aktiven Politik fähig, und reformerischer Arbeiterpolitik, die keines befriedenden leitenden Gedankens fähig ist. In Deutschland hat Lassalle durch seinen Kaiserschnitt die Arbeiterschaft von der Bourgeoisie ein für allemal losgetrennt und ihr das gegeben, was ihr von nun an als Panzer in allen späteren Kämpfen dienen sollte: eine selbständige politische Parteiorganisation mit einem fruchtbaren, lebendigen politischen Aktionsprogramm. Mochte man in dem leidenschaftlichen Kampf Lassalles gegen die Fortschrittspartei manche Übertreibung peinlich empfinden, mag man heute noch manche überflüssige Annäherung an die feudale Reaktion bedauern, zu der er sich im Kampfe mit der liberalen Bourgeoisie hat hinreißen lassen: Trotz jener Fehler und durch jene Fehler mit hat Lassalle in zwei Jahren verstanden, zwischen der deutschen Arbeiterklasse und der Bourgeoisie einen solchen Abgrund zu graben, daß nichts in der Welt ihn mehr zu überbrücken, nichts mehr die Arbeiter ins politische und geistige Joch des Liberalismus zurückzuführen imstande war.

Erst eine so kräftig auf die eigenen Füße gestellte Klassenpartei des

Proletariats konnte nach und nach zur lebendigen Verwirklichung der Marxschen theoretischen Erkenntnis, zu dem werden, was die deutsche Sozialdemokratie heute ist.

Seit fünfzig Jahren dreht sich die Politik und das ganze öffentliche Leben Deutschlands um die Sozialdemokratie. Sie ist das starke Triebad des sozialen Fortschritts im Reiche, sie ist der Hort der freien wissenschaftlichen Forschung und der Kunst, sie ist der einzige Anwalt der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sie ist die Beschützerin und Weckerin der Volksjugend, sie ist das Bollwerk des Völkerfriedens, sie ist die Verkünderin der Auferstehung von Millionen aus dem tiefen Schacht des materiellen und geistigen Elends, worin sie die kapitalistische Ausbeutung verbannt hat.

All dies ist sie aber nur, weil und solange sie das bleibt, was sie als ihren historischen Geburtsschein mitgebracht hat: eine rücksichtslose Partei des revolutionären Klassenkampfes um die Verwirklichung der Endziele des Sozialismus. „Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren“¹, schrieb Lassalle im „Offenen Antwortschreiben“ an das Leipziger Zentralkomitee.

Groß und mächtig ist in den fünfzig Jahren, die seitdem verflossen, die Organisation der Sozialdemokratie gewachsen. Aus den paar Tausenden, die dem Banner Lassalles folgten, ist ein Heer von einer Million geworden. „Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpers Deutschlands – dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann“², schrieb weiter Lassalle im „Offenen Antwortschreiben“. Heute zählen die Vertreter des Arbeiterstandes in den deutschen Parlamenten nach Hunderten und ihre Wähler nach Millionen. Das Aktionsprogramm Lassalles ist in dem halben Jahrhundert schwerer Mühen und Opfer glänzend ausgeführt worden und hat sich in der heutigen Größe der Partei glänzend bewährt.

Aber das Aktionsprogramm Lassalles war das Produkt einer bestimmten politischen und historischen Situation. Darin lag seine Größe und seine zündende Kraft, darin ist auch seine Vergänglichkeit, seine geschichtliche Schranke gegeben. Zur Zeit Lassalles, vor fünfzig Jahren, in der Kindheitsphase des deutschen Parlamentarismus, in den Flegeljahren des deutschen Kapitalismus waren die Schöpfung und der Ausbau der

1 Ferdinand Lassalle: Offenes Antwort-Schreiben an das Central-Komitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig. In: Ferd. Lassalle's Reden und Schriften. Neue Gesamt-Ausgabe. Mit einer biographischen Einleitung herausgegeben von Ed. Bernstein. Zweiter Band, Berlin 1893. S. 413.

2 Ebenda.

sozialdemokratischen Parteiorganisation an sich, war der Eintritt der Arbeiterklasse in die gesetzgebenden Vertretungen allein schon ein mächtiger Fortschritt, ein befruchtendes Aktionsprogramm, eine politische Offensive.

Heute, in der imperialistischen Schlußphase der internationalen Kapitalsherrschaft, heute, in der tiefsten Verfallsperiode des bürgerlichen Parlamentarismus, würde das Verharren bei dem Ausbau der Parteiorganisation und bei parlamentarischer Betätigung allein nicht ein Aktionsprogramm der Arbeiterklasse, sondern ein Programm der Passivität, der Indolenz, trotz äußerer, ziffernmäßigen Wachstums ein politisches Trippeln auf demselben Fleck sein. Die mächtigste Parteiorganisation kann heute nicht Selbstzweck sein, sie muß sich als Hilfsmittel zur revolutionären Mobilmachung der großen Volksmasse bewähren. Die glänzendsten parlamentarischen Wahlsiege können heute nur als Pfand und als Verpflichtung für die Arbeiterklasse gelten, aus der Jahrzehntelangen Defensive herauszutreten und allmählich zu einer kraftvollen Offensive gegen die herrschende Reaktion überzugehen.

Heute gibt es keinen Lassalle, der mit einer Stimme, die wie Erz tönt, und mit kühnem Arm die deutsche Arbeiterklasse zum Sturmlauf auf die Bollwerke der Klassenherrschaft mitreißen würde. Die Zeit der überragenden Individuen, der kühn vorauseilenden Führer ist vorbei, denn heute ist die Masse selbst berufen, ihr eigener Führer, Bannerträger und Stürmer, ihr eigener Lassalle zu sein. „Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens. – Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenauftgangs.“ Lassalle und Marx haben die Arbeiterklasse auf die hohen Bergspitzen der Wissenschaft geführt.

Und jetzt, wo schon der beginnende Untergang der kapitalistischen Sonne auf einem blutroten Flammenmeer den Himmel färbt, wo schon im Tale selbst das erste Nahen eines neuen Tages immer vernehmbare wird, da ist es für die Masse der aufgeklärten Arbeiterschaft an der Zeit, sich dessen bewußt zu werden, daß sie in den fünf Jahrzehnten mündig, stark, und reif geworden ist. Kraft und Mündigkeit verpflichtet aber zu einer Politik, die an Kühnheit, Weitblick und Größe jener würdig wäre, aus der vor einem halben Jahrhundert der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hervorgegangen ist.

Die weltpolitische Lage

Rede am 27. Mai 1913 in Leipzig-Plagwitz

Nach einem Zeitungsbericht

Wir leben in einer merkwürdigen Zeit, in der die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse durch ein ganz spezielles Gebiet des öffentlichen Lebens in steigendem Maße in Anspruch genommen wird; dies Gebiet ist die auswärtige Politik. Für den Begriff und geistigen Horizont des Durchschnittsspielers gehört die auswärtige Politik zu jenem Abteil der Morgenzeitung, das er beim Morgenkaffee liest zur Zerstreuung seiner Sorgen oder von dem Gekeife seiner besseren Hälfte. Für die Arbeiterklasse dagegen ist die auswärtige Politik tief ernst und äußerst wichtig. Es ist nicht immer so gewesen. Wenn man das geistige Leben der Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten verfolgt, so kann man förmlich den Puls dieses geistigen Lebens fühlen und beobachten, wie von Jahr zu Jahr bei der Arbeiterschaft die Aufmerksamkeit für die auswärtige Politik wächst. Trotzdem ist es noch immer nicht genug, es muß dabin gebracht werden, daß jede Arbeiterin und jeder Arbeiter verstehen lernt, daß es gilt, mit derselben Energie, Aufmerksamkeit und Leidenschaft wie die Fragen der inneren Politik auch alle Geschehnisse der Weltpolitik zu verfolgen. Jede Proletarierfrau und jeder Proletarier müssen sich heute sagen, es geschieht nichts in der auswärtigen Politik, was nicht die eigensten Interessen des Proletariats berührt. Wenn in Afrika von den deutschen Militärs die Neger unterdrückt werden¹, wenn auf dem Balkan die Serben und Bulgaren die türkischen Soldaten und Bauern niedermorden², wenn in Kanada bei den Wahlen die konservative Partei plötzlich die Oberhand gewinnt und die liberale Herrschaft zertrümmert³, in allen Fällen müssen sich die

¹ Siehe S. 70, Fußnote 2.

² Siehe S. 177, Fußnote 2.

³ Mit dem Sieg der konservativen Partei bei den Wahlen zum Unterhaus in Kanada im September 1911 war eine fünfzehnjährige Herrschaft der liberalen Majorität beseitigt worden.

Arbeiterinnen und die Arbeiter sagen, um eure Sache handelt es sich, eure Interessen stehen dort auf dem Spiel. Es ist Karl Marx gewesen, der uns schon viele Jahrzehnte, bevor diese Entwicklung so ausgeprägt zu erkennen war, Fingerzeige für die Erkenntnis dieser Erscheinung gegeben hat. In seiner berühmten Inauguraladresse sagte er unter anderm: Kämpfe um die auswärtige Politik bilden einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation des Proletariats, sie sind also ein Teil des Klassenkampfes.¹

Gerade wenn wir die jetzige weltpolitische Lage vergleichen mit der Zeit, in der die Inauguraladresse erschien, können wir den Wandel der Zeiten ermessen. In den 60er Jahren noch waren der Drehzapf der weltpolitischen Lage die Nachwehen und Folgen der Teilung Polens durch Preußen, Österreich und Rußland². Die gegenseitige Reibungsfläche der Mitschuldigen an dem Raube war es, um die sich die weltpolitische Lage drehte. Wenn heute jemand fragt, was der Mittelpunkt der weltpolitischen Ereignisse ist, so würde selbst ein ernsthafter Politiker über diese Frage in große Verlegenheit kommen. Heute haben wir in der Nordsee einen solchen Punkt, in der Rivalität zwischen England und Deutschland. Im Mittelmeer besteht ein ganzer Knäuel von Gegensätzen und Widersprüchen. Der Frieden am Balkan³ bedeutet die Zerreißung der europäischen Türkei und gleichzeitig die sichere Gewähr für den nächsten Krieg um die asiatische Türkei. Aber darin erschöpfen sich die internationalen Gegensätze nicht. Auf dem Leibe des unglücklichen Persiens wird der Kampf zwischen Rußland und England ausgefochten.⁴ Im vollen Frieden wird ein Land und ein Volk zerstückelt. Ein Stück weiter nach Osten liegt der gewaltige Herd der Revolution in China. Von Asien führt der Weg über den Stillen Ozean nach Amerika. Hier erleben wir in den letzten Jahrzehnten immer neue Überraschungen. Seit die Vereinigten Staaten 1898 ihren ersten Kolonialkrieg mit Spanien um die Philippinen ausfochten, sehen die amerikanischen Kapitalisten begehrlich nach Asien. Daraus ist der Gegensatz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und England entstanden.

¹ Siehe Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1971, S. 13.

² Im Ergebnis der drei Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795 wurden die Westgebiete von Preußen, Galizien von Österreich und die Ostgebiete von Rußland annexiert. 1815 wurde vom Wiener Kongress das Königreich Polen (Kongreßpolen) geschaffen, das in Personalunion mit Rußland verbunden wurde.

³ Im Friedensvertrag von London, der am 30. Mai 1913 zwischen den Balkanstaaten und der Türkei abgeschlossen wurde, mußte die Türkei fast alle Gebiete auf der Balkanhalbinsel an die Balkanstaaten abtreten.

⁴ Siehe S. 128, Fußnote 1.

Auch wenn wir die Kriege der letzten 10 bis 15 Jahre betrachten, erkennen wir, wie sich der politische Horizont nach und nach erweitert hat. Man kann, grob gehauen, den Beginn dieser Umwälzung mit dem japanisch-chinesischen Krieg im Jahre 1895 beginnen. Der Krieg zeigte ein Land, das zum erstenmal zur Selbständigkeit erwachte. 1898 folgte der Krieg zwischen Amerika und Spanien, bei dem die Vereinigten Staaten zum erstenmal außerhalb ihres Landes kämpften. Der Burenkrieg von 1899 krönte eine Anzahl stiller Eroberungen, die England dort unten gemacht hatte. Dann kam der Hunnenfeldzug nach China, bei dem Wilhelm II. den Soldaten die Parole mit auf den Weg gab: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Die Soldaten sollten hausen wie die Hunnen, so daß nach tausend Jahren kein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.¹ 1904 brach der Krieg zwischen Rußland und Japan aus, dem die russische Revolution folgte, an die sich die Revolution in Persien, in der Türkei und zum Teil in Indien anschloß. Wir haben dann in den letzten paar Jahren eine Reihe zuckender Blitze und Gewitter in China gehabt. Der Streit zwischen Frankreich und Deutschland um Marokko hat den Raubzug Italiens nach Tripolis und dieser wieder den Balkankrieg zur Folge gehabt. Die Triebkraft dieser Kriege ist das Bestreben, die noch nicht vom Kapitalismus erreichten Gebiete aufzuteilen.

Bis vor kurzer Zeit gab es in der Sozialdemokratie ein ganz einfaches Mittel, um zu entscheiden, wie wir uns zu einem Kriege zu stellen haben. Der Angriffskrieg wurde abgelehnt und verdammt, dagegen müsse auch die Sozialdemokratie für den Verteidigungskrieg eintreten. Genosse Bebel, der so viel Ausgezeichnetes, manchmal aber auch, wie jeder Mensch, weniger Ausgezeichnetes gesagt hat, hat ja einmal im Reichstage erklärt, er wolle bei einem Verteidigungskriege trotz seiner alten Tage noch die Flinte auf den Buckel nehmen.² Diese Weisung ist schon deshalb nicht brauchbar, weil die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg unter den Händen zerrinnt oder wie eine Seifenblase zerplatzt. In

1 Am 27. Juli 1900 hatte Wilhelm II. in Bremerhaven die Truppen der Chinareise (siehe S. 23, Fußnote 1) mit einer chauvinistischen Hetzrede, berüchtigt geworden als Hunnenrede, verabschiedet und zu äußerster Brutalität gegenüber den chinesischen Freiheitskämpfern aufgefordert.

2 August Bebel hatte am 7. März 1904 im Reichstag zur Haltung der Sozialdemokratie im Falle eines Angriffskrieges ausländischer Mächte gegen Deutschland gesprochen: Dabei war er von der von Karl Marx und Friedrich Engels wie auch von ihm selbst oft betonten, für das 19. Jahrhundert richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß ein nationaler Verteidigungskrieg gegen den Zarismus und mit ihm verbündete Mächte im Interesse der Entwicklung der Arbeiterbewegung möglich und notwendig hätte sein können. Bebel hatte nicht geschenkt, daß diese Auffassung durch die Veränderung des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses im Imperialismus überholt war.

den Kriegen der französischen Revolution gab die französische Regierung die Kriegserklärungen ab, und doch waren es Verteidigungskriege, die das Werk der Revolution gegen die Reaktion schützten. Der Krieg auf dem Balkan ist formal genommen ein Angriffskrieg gegen die Türkei. Aber die Machthaber der angreifenden Nationen zerfließen in Beteuerungen über die Verteidigung der heiligsten nationalen Rechte und des christlichen Glaubens gegen die Türken, und auch sie haben recht. Daraus haben wir den Schluß zu ziehen, wir als Proletarier haben uns gegen jeden Krieg zu wenden, gleichviel ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg. Wir erkennen in ihm eine Folge des Imperialismus, und wie den Imperialismus als Ganzes, so bekämpfen wir auch jede seiner Teilerscheinungen.

Ein Notbehelf in unserer Taktik ist, daß sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Boden des Dreibunds stellt, das heißt, daß sie die Vereinigung der deutschen, österreichischen und italienischen Diplomatie unterstützt. Es ist tief bedauerlich, daß erst vor einigen Wochen, als die neue Militärvorlage im Reichstag verhandelt wurde¹, Genosse David der Regierung im Auftrage der Fraktion öffentlich erklärte, wir Sozialdemokraten stehen auf dem Boden des Dreibunds, wobei nur der Vorbehalt gemacht wurde, der Dreibund müsse ein braver Knabe sein und für den Frieden wirken². Leider sind wir nicht allein damit geblieben, denn fast am gleichen Tage hat im Wiener Parlament Genosse Renner eine ähnliche Erklärung für die österreichische Sozialdemokratie abgegeben. Vom Dreibund, von einer kapitalistischen Bündnispolitik, die den Krieg vorbereiten soll, erwarten, sie solle für den Frieden wirken, das ist das Beginnen eines Menschen, der vom Distelstrauch Feigen pflücken will. Man muß nur einmal die Resultate des Dreibunds betrachten. Seine

1 Ende März 1913 war im Reichstag eine Militär- und Deckungsvorlage eingebracht worden, die die größte Heeresverstärkung seit Bestehen des Deutschen Reiches vorsah. Ein Teil der zusätzlichen finanziellen Mittel sollte durch einen außerordentlichen Wehrbeitrag und durch Besteuerung aller Vermögen über 10 000 Mark aufgebracht, der übrige Teil auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abgewälzt werden. Am 30. Juni wurde die Militär- und Deckungsvorlage im Reichstag angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Militärvorlage ab, stimmte aber einer einmaligen Vermögensabgabe (dem sogenannten Wehrbeitrag) und einer Vermögenszuwachssteuer zur Finanzierung der Heeresvorlage zu. Der Abstimmung waren scharfe Auseinandersetzungen in der Fraktion vorausgegangen, die damit endeten, daß die Revisionisten unter Mißbrauch der Fraktionsdisziplin den Widerstand von 37 Abgeordneten unterdrückten. Diese Zustimmung zu den Gesetzen bedeutete das Aufgeben des Grundsatzes „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“.

2 Diese Erklärung hatte der Opportunist Eduard David bereits am 3. Dezember 1912 im Namen der sozialdemokratischen Fraktion abgegeben. Er befürwortete die imperialistische Außenpolitik und erklärte die deutsche Sozialdemokratie zu einer Stütze des Dreibundes, sofern dieser ein „Defensivbündnis“ darstelle.

erste Folge war, daß Frankreich zu der schmachvollen Allianz mit Rußland förmlich getrieben wurde und daß England mit Frankreich und Rußland zu jenem dreieckigen Verhältnis gebracht wurde.¹ Eine andre Folge des Dreibunds sind die ungeheueren Rüstungen Deutschlands gegen Frankreich und Rußland und ebenso die Rüstungen Österreichs. Wo war denn auch der Dreibund, als es galt, den Frieden zu erhalten, als eine Dreibundsmacht Tripolis überfiel oder als Österreich Bosnien und die Herzegowina annexierte? Es ist eine alte Binsenwahrheit, daß, wo zwei oder drei kapitalistische Staaten die Köpfe zusammenstecken, es sich immer um die Haut eines vierten kapitalistischen Staates handelt. Welche Naivität gehört dazu, von diesem Bündnis zu erwarten, es sollte eine Gewähr sein für den Frieden. Es gibt ein internationales Bündnis, das sich als einzige Gewähr für den Frieden herausgestellt hat. Das einzige Bündnis, auf das zu rechnen ist, das ist das Bündnis aller revolutionären Proletarier der Welt!

Wir haben auch noch mit einer andern Illusion, die Verwirrung anrichten kann, reinen Tisch zu machen, nämlich mit der Illusion von der Abrüstung. Vor einigen Jahren gefiel es dem englischen Minister Grey, eine schöne Rede zu halten, in der er für eine Verständigung über die Rüstungen eintrat.² Kaum hatte man dies bei uns gehört, so sagten einige Genossen unserer Reichstagsfraktion: Bravo, der Mann spricht wie ein Buch. Sie glaubten, auf diese Weise könnten wir von dem Krieg nach rückwärts zu dem Frieden kommen. Als aber Grey so sprach, hatte er schon eine neue Flottenvorlage in der Tasche, und statt der Abrüstungen kamen ungeheuerne neue Rüstungen. Auch in Deutschland war es ja ähnlich. In der Budgetkommission redete der Kriegsminister einer Verständigung mit England das Wort.³ Das gab ein großes Hallo! Ein deutscher Kriegsminister, der wie eine Taube den Ölzweig des Friedens im Schnabel hielt; das war in Wirklichkeit das Vorspiel zu der ungeheueren Militärvorlage. Man muß doch geradezu die Augen schließen, um nicht zu

1 Nachdem Frankreich und Rußland sowie England und Frankreich bereits verbündet waren, hatten sich England und Rußland im August 1907 über die Abgrenzung ihrer Interessensphären geeinigt. Damit war die Triple-Entente als imperialistischer Machtblock entstanden.

2 Am 13. März 1911 hatte der Außenminister Sir Edward Grey anlässlich der Vorlage des neuen Marineetats im englischen Unterhaus über Möglichkeiten der Rüstungs einschränkung, speziell eines Vertrages mit Deutschland gesprochen, da die Rüstungsausgaben ein „Verbluten in Friedenszeiten“ bedeuten würden. Der Marineetat wurde angenommen und brachte gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Ausgaben um vier Millionen Pfund Sterling.

3 Nicht der Kriegsminister, sondern der Staatssekretär im Reichsmarineamt Alfred von Tirpitz hatte am 6. Februar 1913 in der Budgetkommission des Reichstags ausgeführt, daß er eine Verständigung mit England begrüßen würde und daß Verhandlungen möglich seien, sobald England damit beginnen wolle und Vorschläge unterbreite.

sehen, daß die Rüstungen eine naturnotwendige Konsequenz der ganzen ökonomischen Entwicklung sind. Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören. Alle großen und kleinen kapitalistischen Staaten sind jetzt in den Strudel der Wettrüstungen gerissen. Es war immer das Vorrecht der Sozialdemokratie, daß sie mit ihren Bestrebungen nicht im Wolkenkuckucksheim wurzelte, sondern mit festen Füßen auf dem realen Boden stand. Wir haben bei allen Erscheinungen in der Politik immer gefragt, wie sich diese Erscheinungen mit der kapitalistischen Entwicklung vereinbaren. Wie haben wir doch über die bürgerlichen Friedenspolitiker gelacht, diese guten Leute und schlechten Musikanten. Es ist eine hoffnungslose Utopie, zu erwarten, daß durch unsre Propaganda für die Abrüstung die kapitalistischen Staaten aufhören werden zu rüsten. Die Rüstungen sind eine fatale Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung, und dieser Weg führt in den Abgrund.

Wir haben ein ganz anderes Ziel zu verfolgen, das uns klar und deutlich unsre historische Aufgabe stellt, das Milizsystem, die Bewaffnung des Volkes, wie sie unser Programm verlangt. Wir haben die Pflicht, dem Volke zu sagen, daß es aufhören muß, Kadavergehorsam zu zeigen, daß es seine eignen Interessen wahrnehmen muß. Allerdings, die Forderung der Miliz ist etwas ganz anderes als die Abrüstung der herrschenden Klasse; das Milizsystem kann einzige und allein nur aus der Tatkräft des Proletariats hervorgehen. Wir täuschen uns nicht, wir glauben nicht, daß wir von heute auf morgen die Miliz einführen können. Eine Heeresorganisation, bei der das Volk in Waffen entscheidet, ob es in den Krieg ziehen will oder nicht, läßt sich nicht vereinbaren mit der Herrschaft der Krupps und der Rüstungskartelle. Um die Miliz einzuführen, müssen wir die herrschenden Klassen stürzen, das bedeutet eine Revolution, ein gewaltiges Stück historischer Arbeit. Aber soll das ein Anlaß sein, unsre Forderung wie ein Familienheiligtum sorgfältig im Schrank aufzubewahren, um es immer bei besonderen feierlichen Gelegenheiten hervorzuholen? Nein! Wir müssen die Miliz fordern im täglichen Aktionsprogramme; das Volk muß wissen, daß die Durchführung der Forderung den Sturz der Junkerherrschaft voraussetzt. In Frankreich erleben wir jetzt den stürmischen Protest gegen die dreijährige Dienstzeit, dort beginnt schon die Opposition gegen den militärischen Kadavergehorsam. Sollte der deutsche Arbeiter dümmer und schlechter und feiger sein? Ich glaube, daß wir nicht umsonst vier Millionen sozialdemokratische Stimmen zählen und nicht umsonst 50 Jahre sozialistischer Geschichte hinter uns haben. Auch die Zeit wird kommen, wo die deutsche Arbeiterschaft sich nicht

mehr kommandieren läßt, wo sie sich wie ein Mann erhebt und sagt: Ich will es nicht, ich tue es nicht! (Lebhafter Beifall.)

Eine Folge der Rüstungsdelirien ist der schmachvolle Niedergang des Parlamentarismus. In Deutschland ist jede bürgerliche Opposition aus dem Parlament verschwunden, es gibt keine Rüstungsvorlage, die nicht von den getreuen Regierungsmamelucken bewilligt würde. Die Regierung braucht nur zu pfeifen, und die Parlamente springen wie die Pudel. Wir arbeiten bei Reichstagswahlen im Schweiße unseres Angesichts, um soviel Vertreter als möglich in den Reichstag zu schicken, wenn es aber einen Arbeiter gibt, der da meint, es genüge, einen Stimmzettel abzugeben, so kann er mir nur leid tun. Im gleichen Maße, in dem mehr Sozialdemokraten in die Parlamente geschickt werden, sinken diese Parlamente immer mehr zu einem Feigenblatt des Absolutismus herab. Als die Chinaexpedition¹ ausgerüstet wurde, waren die Abgeordneten bei Muttern, nachher gewährten die Vertreter des Bürgertums für die schon verausgabten Mittel mit hündischer Beflissenheit Indemnität. In England, wo das Zeremoniell des parlamentarischen Hokuspokus besonders ausgebildet ist, liegen die Verhältnisse genauso, schrieb doch ein englisches Blatt, der dreimal heilige Parlamentarismus ist auf dem besten Wege, den Laden zu schließen. Wie in Deutschland und England ist es auch in Österreich und in andern Staaten: Der Parlamentarismus gerät immer tiefer in den Sumpf. Was wären wir Sozialdemokraten wert, wenn wir unsre Hoffnungen auf den Parlamentarismus setzen wollten? Die Schwerkraft der sozialdemokratischen Politik muß in die Massen verlegt werden, das Parlament bleibt nur noch eine – allerdings bedeutende – Rednertribüne, von der aus die sozialistische Aufklärung erfolgen und die Masse aufgepeitscht werden soll. Daß die Masse handeln kann, wenn es nötig ist, dafür haben wir in der letzten Zeit genug Beweise gehabt. Man sagt uns oft mit den Kassen- und Mitgliedsbüchern in der Hand, wir haben noch nicht genug Mitglieder, die Kassen sind noch zu schwach, um große Aktionen durchführen zu können. O über diese kleinen Rechenmeister! Ich unterschätze nicht den Wert der Organisationen, man kann sie nicht hoch genug schätzen. Aber es wäre höchst falsch, wenn man annehmen wollte, erst müßte der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin eingeschriebenes Mitglied der Partei sein, ehe der große Marsch gegen den Kapitalismus angetreten werden könnte. In Belgien haben erst jetzt 400 000 Mann 10 Tage lang mit verschränkten Armen dagestanden, um politische Rechte zu erobern, wenn ich auch der Meinung bin, daß man sie

¹ Siehe S. 23, Fußnote 1.

nicht zur rechten Zeit ins Feuer geführt hat.¹ Dabei hat die belgische Arbeiterschaft bei weitem nicht so gute Organisationen wie die deutsche. Auch das Beispiel der russischen Revolution hat ja bewiesen, was die Masse kann. 1906 hatte das russische Proletariat keine gewerkschaftlichen und keine politischen Organisationen, und wenige Jahre darauf waren im Feuer der Revolution feste proletarische Organisationen geschmiedet.

Es ist nötig, daß wir unsre Kraft, die elementare Kraft der großen Masse, nicht unterschätzen, denn die Gefahr, daß wir unsre Kräfte unterschätzen, ist größer als etwa eine Überschätzung unsrer Kräfte. Wir müssen den Proletariermassen sagen, wenn wir jetzt, nach 50 Jahren der Entwicklung, in unsren Reihen Millionen zählen, daß dies nicht bloß zum Stolz berechtigt, sondern auch zu Taten verpflichtet. Je mehr wir wachsen, um so mehr sind wir verpflichtet, die ganze Wucht unsrer Masse in die Waagschale zu werfen. Wir müssen die Massen aufklären und ihnen sagen, wenn die Kapitalisten die Welt verteilen, so sind wir die Erben dieser halsbrecherischen Unternehmungen. Wir müssen jenen Mut, jene Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung unsrer Aufgaben zeigen, die von den bürgerlichen Revolutionären aufgebracht wurde, die Danton zusammenfaßte, als er sagte, in bestimmten Situationen brauche man als Parole nur drei Worte: Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit! (Stürmischer Beifall.)

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 121 vom 29. Mai 1913.

¹ Siehe S. 194, Fußnote 2.

Lassalles Erbschaft

„Huttens Irrtum ist nur der aller prophetischen NATUREN gewesen, zugleich und in einem als glänzendes Ideal zu schauen und zu begehrn, was die Menschheit nur Schritt um Schritt und Stück für Stück in jahrhunderte-langem Ringen erreichen kann.“ Mit diesen Worten schließt David Friedrich Strauß seinen „Hutten“. Und was von diesem, gilt in gleichem Maße von Lassalle. Jahrhunderte kommen freilich bei dem rasenden Tempo der heutigen kapitalistischen Entwicklung nicht mehr in Betracht. Aber was Lassalle in zwei Jahren flammender Agitation der Geschichte abtrotzen wollte, das hat zu seinem Werden vieler Jahrzehnte bedurft. Doch gerade jener optischen Täuschung, der prophetische NATUREN unterliegen, daß sie wie Riesen von ihren Berggipfeln die fernen Horizonte zum Greifen nahe wähnen, verdanken wir die kühne Tat, aus der die deutsche Sozialdemokratie hervorgegangen ist. Die Entstehung einer eigenen Klassenpartei des Proletariats war geschichtliche Notwendigkeit, sie war in dem kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe wie in dem politischen Wesen des bürgerlichen Klassenstaats gegeben. Mit oder ohne Lassalle wäre die deutsche Sozialdemokratie entstanden, wie mit oder ohne Marx und Engels der Klassenkampf des internationalen Proletariats der herrschende Faktor der neuzeitlichen Geschichte geworden wäre. Daß aber die proletarische Klassenpartei in Deutschland schon vor fünfzig Jahren, reichlich zwei Jahrzehnte früher als in allen anderen Ländern und vorbildlich für alle anderen, daß sie mit solchem Glanze und Adel in die Schranken getreten ist, das verdankt sie dem Lebenswerk Lassalles und seinem „Ich hab's gewagt!“.

Klassenkämpfe sind die treibende Kraft und der Kern der Weltgeschichte, seit das Privateigentum die Scheidung der menschlichen Ge-

sellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete vollzogen hat. Der Kampf des modernen Proletariats ist nur der letzte in der Reihe der Klassenkämpfe, die sich wie ein roter Faden durch die geschriebene Geschichte ziehen. Und doch bieten die letzten fünfzig Jahre ein Schauspiel, für das die Weltgeschichte keine Beispiele sonst kennt: Zum erstenmal tritt die große Masse der Ausgebeuteten im organisierten und zielbewußten Kampfe um ihre Klassenbefreiung auf. Alle bisherigen Revolutionen waren Revolutionen von Minderheiten im Interesse der Minderheiten. Und als die ersten Regungen des Proletariats in England, in Frankreich den modernen Klassenkampf eröffneten, da trat jedesmal die Masse nur für Augenblicke auf die Bühne, um nach einer revolutionären Sturzwelle immer wieder zu zerrinnen, in der bürgerlichen Gesellschaft aufzugehen.

Die von Lassalle ins Leben gerufene deutsche Sozialdemokratie war der erste welthistorische Versuch, eine dauernde Organisation der Masse, der Mehrheit des Volkes für den Klassenkampf zu schaffen. Dank der politischen Tat Lassalles wie dank der Theorie von Marx hat die deutsche Sozialdemokratie die neue Aufgabe glänzend gelöst. Die fünfzig Jahre ihrer Geschichte haben den Beweis erbracht, daß auf dem Boden der proletarischen Klasseninteressen sich wohl ein revolutionäres Endziel mit geduldigem Tageskampf, eine wissenschaftliche Theorie mit nüchternster Praxis, stramme und disziplinierte Organisation mit dem Massencharakter der Bewegung, Einsicht in die historische Notwendigkeit mit bewußtem, tatkräftigem Willen vereinigen lasse. Die heutige Größe und Macht der Sozialdemokratie ist die Frucht dieser Vereinigung.

Die bisherige Geschichte der Sozialdemokratie läßt sich kurz zusammenfassen als die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus zur Aufklärung und Zusammenfassung des Proletariats in seiner Klassenpartei. Auf dieser Bahn, von der sie sich weder durch brutale Ausnahmengesetze noch durch demagogische List weglocken ließ, ist unsere Partei Jahrzehnt für Jahrzehnt vorwärtsgeschritten, bis sie die weitaus stärkste politische Partei des Deutschen Reiches, die stärkste Arbeiterpartei der Welt geworden ist. In diesem Sinne sind die letzten fünfzig Jahre bis zum heutigen Tage aber auch nur eine Ausführung des Aktionsprogramms Lassalles gewesen, das auf zwei nächste Ziele konzentriert war: die Schaffung einer von der liberalen Bourgeoisie unabhängigen Klassenorganisation der Arbeiter und die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, um es in den Dienst der Arbeitersache zu stellen.

Der Aufbau der Organisation und die systematische Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechts – dies war in der Tat im großen und ganzen der

Lebensinhalt der Sozialdemokratie während des verflossenen halben Jahrhunderts.

Dieses Programm ist aber auch so ziemlich bis zu jener äußersten Grenze verwirklicht worden, wo nach dem Gesetz der geschichtlichen Dialektik die Quantität in die Qualität umschlagen, wo das bloße unaufhaltsame Wachstum der Sozialdemokratie auf dem Boden und im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus allgemach von selbst über diesen hinausführen muß.

Die kapitalistische Entwicklung Deutschlands wie der gesamten Weltwirtschaft hat heute einen Grad erreicht, demgegenüber die Verhältnisse, in denen Lassalle sein unsterbliches Werk vollbrachte, wie unbeholfene Kindheit erscheinen. Während damals in Europa erst der Rahmen der bürgerlichen Nationalstaaten für die ungehemmte Herrschaft des Kapitals zurechtgezimmert wurde, werden heute die letzten Fetzen nichtkapitalistisch beherrschter Erdstriche von dem imperialistischen Ungestüm zerissen, das Kapital ist im Zuge, seine Weltherrschaft durch eine Kette blutiger Expansionskriege zu krönen. Der bürgerliche Parlamentarismus war auf dem europäischen Festland schon von der Geburt an aus Furcht vor dem roten Gespenst des revolutionären Proletariats mit Ohnmacht geschlagen. Nunmehr wird er von den eisernen Hufen des zügellos dahinsprengenden Imperialismus zermalmt; er wird zur leeren Schale, wird zum ohnmächtigen Anhängsel des Militarismus degradiert.

Die Sozialdemokratie hat in fünfzig Jahren vorbildlicher Arbeit aus dem nunmehr steinigen Boden so ziemlich herausgeholt, was an greifbarem materiellem Gewinn für die Arbeiterklasse wie an Klassenaufklärung für sie herauszuholen war. Der jüngste, größte Wahlsieg unserer Partei¹ hat jetzt für aller Augen klargemacht, daß eine sozialdemokratische Fraktion von 110 Männern in der Ära der imperialistischen Delirien und der parlamentarischen Impotenz sozialreformerisch wie agitatorisch nicht mehr, sondern weniger herauszuholen imstande ist als früher eine Fraktion von einem Viertel dieser Stärke. Und der heutige Knotenpunkt der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands, das preußische Wahlrecht, hat durch seine hoffnungslose Versumpfung alle Aussichten auf eine durch bloßen Druck der Wahlaktionen erzwungene parlamentarische Reform vernichtet. In Preußen wie im Reiche stößt die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Macht ohnmächtig an die Schranke, die Lassalle schon im Jahre 1851 in den Worten formulierte: „Nie hat, nie wird eine (gesetzgebende) Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles, was

¹ Siehe S. 6, Fußnote 3.

eine solche Versammlung je getan und gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand proklamieren, den draußen *schon vollzogenen* Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Aber ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen, die sie vertritt.“¹ Wir sind aber an einer Entwicklungsstufe angelangt, wo die dringendsten und unabweisbarsten Abwehrforderungen des Proletariats – das allgemeine Wahlrecht in Preußen, die allgemeine Volkswehr im Reich – einen tatsächlichen Umsturz der bestehenden preußisch-deutschen Klassenverhältnisse bedeuten. Will die Arbeiterklasse heute im Parlament ihre Lebensinteressen durchsetzen, dann muß sie erst „draußen“ den tatsächlichen Umsturz vollziehen. Will sie dem Parlamentarismus wieder politische Fruchtbarkeit verleihen, dann muß sie durch außerparlamentarische Aktionen die Masse selbst auf die politische Bühne führen.

Das letzte Jahrzehnt – mit der Massenstreikresolution in Jena² unter dem Eindruck der russischen Revolution, der Straßendemonstrationskampagne im Kampfe um das preußische Wahlrecht vor drei Jahren³ – zeigt deutlich, daß sich der Übergang von der rein parlamentarischen zur Massenaktion allmählich unbezwingbar Bahn bricht, wenn auch das Bewußtsein der Partei in Deutschland wie anderwärts nur im Zickzack und mit wankelmütigen Rückfällen dieser Bahn folgt.

Das fünfzigjährige Jubiläum des Bestehens der deutschen Sozialdemokratie ist eine stolze, siegreiche Vollendung in der Ausführung des politischen Testamento Lassalles. Es ist aber zugleich eine Mahnung an das sozialistische Proletariat, sich dessen voll bewußt zu werden, daß nichts dem Geiste Lassalles mehr widerspräche, als in verrosteter Routine und in gewohntem Trott an einem taktischen Programm zäh festzuhalten, das bereits vom Laufe der Geschichte überholt worden ist. Lassalles großes schöpferisches Werk bestand darin, daß er zur rechten geschichtlichen Stunde die richtige Aufgabe des Proletariats erkannt und sie mit kühner Tat zu erfüllen gewagt hat. Was ist heute die rechte Fortsetzung des Lassalleschen Werkes? Nicht, daß das deutsche Proletariat an Lassalles poli-

¹ Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Hrsg. von Franz Mehring. IV: Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Marx und Friedrich Engels, Stuttgart 1902, S. 38.

² Die auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie vom 17. bis 23. September 1905 in Jena beschlossene Resolution bezeichnete die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung als eines der wirksamsten Kampfmittel der Arbeiterklasse, beschränkte allerdings die Anwendung des politischen Massenstreiks im wesentlichen auf die Verteidigung des Reichstagswahlrechts und des Koalitionsrechts.

³ Siehe S. 97, Fußnote 1.

tischem Programm festhält, vielmehr, daß es die neuen großen Aufgaben der *heutigen* Situation erkennt und an sie zur rechten Stunde mit kühner Tat herantritt. Dann kann es auch von sich im Geiste Lassalles sagen: Ich hab's gewagt!

Die Gleichheit (Stuttgart),
23. Jg. 1913, Nr. 18, S. 275–277.

Unsere Aktion gegen die Militärvorlage

I

Leipzig, 6. Juni

Die Resolution der Generalversammlung des 1. Stuttgarter Wahlkreises¹ hat das große Verdienst, einer Stimmung öffentlichen Ausdruck verliehen zu haben, die sicher in weiten Kreisen der Partei heute herrscht. Man kann sich freilich, wie unser Zentralorgan, die Antwort leicht machen, wenn man sich trocken-formalistisch an die in der Resolution erwähnten Mittel einer eventuellen energischen Aktion gegen die Militärvorlage hält.² Die parlamentarische Obstruktion ist durch die Geschäftsordnung des Reichstags ausgeschlossen, ein Massenstreik läßt sich nicht künstlich herbeiführen – damit soll die Kritik der Stuttgarter Genossen abgetan, ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der Partei als ungerechtfertigt hingestellt werden. Der Kern der Resolution liegt, wie in diesem Blatte schon hervorgehoben, nicht in den erwähnten konkreten Vorschlägen, sondern in dem Geist, aus dem heraus die Resolution gefaßt wurde. Ist man aber gewillt, diesem Geist ein wenig ehrliches Verständnis entgegenzubringen, dann muß man offen gestehen, daß die Aktion unserer Partei gegenüber den neuesten unerhörten Provokationen des Militarismus im ganzen und seit längerer Zeit an Großzügigkeit, Wucht und Schärfe manches vermissen läßt. Wenn heute der „Vorwärts“ ruhig konstatieren kann, daß sich stürmischere Massenkundgebungen in diesem Moment kaum herbeiführen ließen, wenn Dr. Breitscheid zur Rechtfertigung der

1 Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den ersten württembergischen Wahlkreis Stuttgart-Stadt und -Land verlangte in einer einstimmig angenommenen Resolution von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein schärferes Vorgehen gegen die Rüstungs- und Deckungsvorlage (siehe S. 215, Fußnote 1) und empfahl das Mittel der Obstruktion. Der Parteivorstand wurde aufgefordert, über eine Versammlungskampagne hinaus eventuell den Massenstreik einzuleiten.

2 Siehe Aus der Partei. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 130 vom 28. Mai 1913.

Taktik der Fraktion in der Budgetkommission sich in der Chemnitzer „Volksstimme“ darauf beruft, daß der bisherige Verlauf und die Stimmung unsrer Protestversammlungen gegen die Militärvorlage keine Hoffnung rechtfertigen, als ließe sich jetzt im Sommer noch so etwas wie ein Sturm im Lande entfachen, so ist wohl die ernste Frage am Platze, ob eben die Partei nicht selbst ein gut Teil Schuld daran trägt, ob der ganze Zuschnitt unsrer Aktion seit Monaten auch dazu angetan war, das Maximum an Energie und Widerstand in den Massen auszulösen und mobil zu machen.

Der Baseler Kongreß im November¹ bildete zweifellos den Höhepunkt der internationalen sozialistischen Aktion gegen den Militarismus. Der Eindruck des Kongresses auf die gesamte Öffentlichkeit war ein gewaltiger. Es versteht sich von selbst, daß ein solches Ereignis mit aller Kraft ausgenutzt werden mußte, um eine Massenagitation zu entfachen, um die Flamme von Basel in die weitesten Schichten der Arbeiterschaft zu tragen. Der Kongreß sollte dem ausdrücklichen Sinne und Wortlaut seines Manifests² nach nicht der Abschluß, sondern der Anfang einer umfassenden antimilitaristischen Agitation, ein Signal zur Entfaltung der äußersten Energie nach dieser Richtung sein. Die französischen Genossen, deren Drängen wir auch das Zustandekommen des Baseler Kongresses verdanken, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit auch nach dem Kongreß vollauf getan. Sie haben das Baseler Manifest zur Tagesordnung zahlreicher Versammlungen im ganzen Lande gemacht, sie ließen jede einzelne Organisation ihren Beitritt zu den Baseler Beschlüssen erklären und veröffentlichten fortlaufend die lange Liste dieser Beiträge, sie veranstalteten in Paris wahre Massendemonstrationen. Es war eine Freude, zu sehen, wie systematisch, zähe und begeistert die französische Bruderpartei das Werk von Basel ausnutzte und fortsetzte. Wenn später die Regierungsvorlage mit der dreijährigen Dienstzeit einen so stürmischen Widerstand in Frankreich bis in die Kasernen fand³, so hat darin sicher die kräftige Auf-

¹ Der Außerordentliche Internationale Sozialistenkongreß in Basel fand vom 24. bis 25. November 1912 statt.

² Das „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage“ wurde am 25. November 1912 einstimmig angenommen. Es bekräftigte die Beschlüsse der Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910 und forderte das Proletariat auf, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen und, falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ihn durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beenden. Die Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands wurde aufgefordert, von ihren Regierungen zu verlangen, weder Österreich-Ungarn noch Rußland zu unterstützen, sich jeder Einmischung in den Balkankonflikt (siehe S. 177, Fußnote 2) zu enthalten und unabdingte Neutralität zu wahren.

³ Die französische Regierung unterbreitete am 6. März 1913 eine Gesetzesvorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, wodurch die zahlenmäßige Stärke der Armee in Friedenszeiten um 50 Prozent erhöht wurde. Das Gesetz wurde am 7. Juli 1913 vom Parlament angenommen.

rüttelung der Massen vor und nach dem Baseler Kongreß mit ihre Früchte getragen.

Bei uns in Deutschland ist nach Basel zur Ausnutzung des internationalen Kongresses leider so gut wie nichts getan worden: keine Demonstrationen, keine Versammlungen, mit dem Baseler Kongreß fand bei uns die besondere Aktion gegen den Krieg ein Ende. Für die Massenagitierung ist die ausgezeichnete Gelegenheit eigentlich ungenutzt geblieben.

Dafür erfolgte bald eine parlamentarische Aktion unsererseits, die zum Geiste des Baseler Kongresses im schroffen Widerspruch stand und nur geeignet war, verwirrend zu wirken. Wir meinen die Fraktionsrede des Genossen David vom 3. Dezember¹, worin er öffentlich die deutsche Sozialdemokratie für eine Stütze des Dreibunds erklärte und, mit dem abgebrauchten armseligen Schema vom Angriffskrieg und Verteidigungskrieg arbeitend, die Stellung unsrer Partei in der auswärtigen Politik in dem Wunsche kulminieren ließ, der Dreibund solle, nicht seinen realen Macht- und Interessenverhältnissen, sondern seinem papiernen diplomatischen Wortlaut von ehemals getreu, nur ein „Defensivbündnis“ sein. Daß eine Stellungnahme für den Dreibund – gemildert nur durch den utopistisch kleinbürgerlichen Versuch, dem Distelstrauch einzureden, daß er eigentlich Feigen tragen sollte –, daß eine solche Kundgebung der Sozialdemokratie, noch dazu im Moment der Erneuerung des Dreibunds, zu der Stellung des Baseler Kongresses wie die Faust aufs Auge paßte, läßt sich bei ruhiger Überlegung gar nicht bestreiten.

Zeigte sich schon in diesem Mißklang eine gewisse Unklarheit und Unsicherheit unsrer Aktion, so sollte diese Unsicherheit angesichts der Militärvorlage leider noch deutlicher zum Vorschein kommen. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß die Partei des Proletariats der ungeheuerlichen Militärvorlage nicht allgemeine Redensarten, sondern² Welcher Art diese Forderungen waren, das mußte sich nicht etwa aus neuen schlauen Erfindungen, Kombinationen und Improvisationen ergeben, sondern – aus unserm alten, bewährten, offiziellen Parteidrogramm. Die Milizforderung gehört wohlgemerkt zu unsrern *Minimalforderungen*, d. h. zu dem geringsten, was wir im Rahmen des kapitalistischen Staates auf militärischem Gebiet zu fordern haben. Was selbstverständlicher, als daß die Militärvorlage sofort ausgenutzt werden mußte, um unsre Programmlosung der Volkswehr mit dem größten Nachdruck in den Mittelpunkt der Kämpfe und der Agitation zu stellen.

¹ Siehe S. 215, Fußnote 2.

² Unvollständiger Satz in der Quelle.

Anstatt dessen verfiel unser Zentralorgan auf die unglückliche Idee, neue Lösungen auf eigne Faust zu improvisieren. Dabei erwies es sich von einer Bescheidenheit, die selbst das berühmte Vollmarsche „Mindestprogramm“ der Eldorado-Reden¹ in den Schatten stellte. Der „Vorwärts“ machte sich am 12. März plötzlich ein Minimalprogramm eines Minimalprogramms, ein kleines Bröckelchen der Mindestforderungen zurecht, das auf die Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit und des Einjährigenprivilegs hinauslief.² Der ungeheuerlichsten Militärvorlage des Imperialismus gegenüber konzentrierte sich unser Zentralorgan unbegreiflicherweise rückwärts – auf das selige Militärprogramm der Fortschrittspartei aus der preußischen Konfliktzeit vor 50 Jahren!³ Während unsre Fraktion durch den Mund ihres Berichterstatters schon auf dem Stuttgarter Parteitag im Jahre 1898 die Forderung der einjährigen Dienstzeit als das Mindestmaß an militärischem Fortschritt vertrat⁴, verfiel das Zentralorgan just angesichts der neuesten Militärvorlage auf die zweijährige Dienstzeit für die berittenen Truppen.

Es konnte denn auch nicht ausbleiben, daß unsre Fraktion diese Anregungen auf sich beruhen ließ. Sie vertrat bei den Debatten im Reichstag am 7. und 8. April die Milizforderung und die einjährige Dienstzeit. Wurde zwar die Lösung der Volkswehr, die in unserm Programm und in unsrer Auffassung durch vielfache Zusammenhänge bestimmt ist, diesmal etwas einseitig auf eine kurze Dienstzeit reduziert, so wurde sie immerhin vertreten, und hebt die einjährige Dienstzeit das System der stehenden Heere durchaus nicht auf, so liegt sie jedenfalls auf der Linie der Entwicklung zur Miliz.

Indem aber die Fraktion so der Forderung des Parteiprogramms in einem so wichtigen Moment zum Ausdruck verhalf und dadurch die „Mindestforderungen“ des „Vorwärts“ desavouierte, ließ sie zugleich ihre eigne früher wiederholt vertretene Lösung fallen: die famose „Ausrüstung“. Auch diese Improvisation, die ein Jahr lang im Reichstag die

1 Georg von Vollmar hatte in zwei Reden, am 1. Juni und am 6. Juli 1891, im „Eldorado“-Palast in München von der Sozialdemokratie die Aufgabe ihrer revolutionären Taktik und die Orientierung auf eine reformistische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft gefordert.

2 Siehe Eine Mindestforderung. In: Vorwärts, Nr. 60 vom 12. März 1913.

3 Die Deutsche Fortschrittspartei hatte in ihrem Gründungsdokument vom 6. Juni 1861 die größte Sparsamkeit für den Militäretat im Frieden, die Aufrechterhaltung der Landwehr, die allgemein einzuführende körperliche Ausbildung der Jugend und die erhöhte Aushebung der waffenfähigen Mannschaft bei zweijähriger Dienstzeit gefordert.

4 Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898 hatte Emanuel Wurm als Berichterstatter der Reichstagsfraktion in Auseinandersetzung mit dem Opportunismus die Demokratisierung des Heerwesens und die Einführung des Milizsystems gefordert.

Stellung unsrer Partei bestimmte, ist im entscheidenden Moment, im Kampfe gegen die größte Militärvorlage, stillschweigend in der Versenkung verschwunden. Haben wir hier nur eine erfreuliche Tatsache zu konstatieren, so kann anderseits nicht verschwiegen werden, daß damit nur noch ein Beweis mehr geliefert ist, wie in unsrer Haltung dem Militarismus gegenüber zu viel kurzlebiges Improvisieren und zu wenig wuchtige Sicherheit und Klarheit herrscht. Das Baseler Manifest, das nur in der internationalen Massenaktion des Proletariats, und die Dreibundanhängerschaft, die in der kapitalistischen Diplomatie die Gewähr des Friedens erblickt, das Zentralorgan für die zweijährige Dienstzeit der berittenen Truppen und die Abschaffung des Einjährigenprivilegs und die Fraktion für einjährige Dienstzeit, vor wenigen Monaten Forderung der Abrüstung, heute wieder die alte Forderung der Miliz – man muß gestehen, daß solches Durcheinander nicht geeignet ist, eine kräftige, scharfe und begeisterte Agitation auszulösen, daß es vielmehr eine gewisse Unsicherheit und Schwankung auch in die Massen tragen, zum Teil auf unsre eignen Agitatoren verwirrend und lähmend wirken muß.

II

Leipzig, 7. Juni

Noch in einer Beziehung dürften unsre jüngsten Erfahrungen im Kampfe gegen die Militärvorlage für uns eine heilsame Lehre enthalten. Wenn man sich jetzt vielfach in unsren Reihen darauf beruft, daß „ein Sturm im Lande“ gegen die Militärvorlage sich kaum hervorrufen ließe – wir haben ja die Äußerung des Stampferschen Büros zitiert¹ –, so dürfte dieser Umstand zu einem bedeutenden Teil an der Vorstellung breiter Volkskreise liegen, als sollten die Kosten der neuen Heeresvermehrung nicht von den Arbeitenden, sondern von den Besitzenden getragen werden. Ist dem aber so, dann rächt sich in dieser irrgen Vorstellung der Massen und den irrgen Schlüssen aus ihr unser eigner Fehler, der in der zu einseitigen Betonung des Kostenstandpunkts bei der bisherigen Bekämpfung des Militarismus lag. Wenn man Jahrzehntelang in den Vordergrund der Kritik im Reichstag wie auch in Wählerversammlungen die durch den Militarismus verursachten finanziellen Opfer des Volkes stellt, wodurch die politischen Zusammenhänge des deutschen Militarismus

1 Seit September 1903 gab Friedrich Stampfer eine politische Korrespondenz für die sozialdemokratische Presse heraus, die der Verbreitung opportunistischer Ideen diente. In den letzten Vorkriegsjahren druckten etwa vier Fünftel aller sozialdemokratischen Presseorgane deren Artikel ab.

– seine Verknüpfung mit dem monarchischen Halbabsolutismus, mit dem Verfall des Parlamentarismus, mit der Weltpolitik und den imperialistischen Tendenzen – notgedrungen in den Hintergrund geschoben werden, dann kann sich leicht der bedauerliche Fall ergeben, daß der gewaltigste Vorstoß des Militarismus nicht den genügenden Widerstand in den Massen erweckt, weil sie in dem irrgreichen Glauben leben, sie hätten gegebenenfalls nicht die materiellen Kosten zu tragen. Auch hier zeigt sich die mangelnde systematische Massenagitation für unsre Programmforderung der Volkswehr, die man den breitesten Volksschichten längst hätte beibringen müssen, daß wir den heutigen Militarismus nicht deshalb bekämpfen, weil er uns viel kostet, sondern weil er das Werkzeug der politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, was er auch bei den höchsten Besitzsteuern bleibt.

Allein, es wäre unsres Erachtens überhaupt verfehlt, unsre Aktion gegen die Militärvorlage für sich allein und getrennt von dem allgemeinen Pulsschlag des Parteilebens zu betrachten. Im politischen Leben und namentlich im Leben der Massen läßt sich keine künstliche Trennung der einzelnen wichtigen Vorgänge und Gebiete durchführen, auf die sich ihr Interesse konzentriert. In einer Periode der politischen Hochflut, des energischen Kampfes reagiert die Masse auf alles mit verdoppelter Intensität. Hat die führende Partei des Proletariats verstanden, durch aufrüttelnde, zielklare Agitation die revolutionäre Energie, den Kampfgeist in der Masse zu wecken, ihr Vertrauen in die eigne Kraft zu steigern, dann entzündet sich eine Flamme an der andern, dann ergibt sich mübelos und wie selbstverständlich eine Steigerung der Kundgebungen und der Kampfformen. Eine solche Hochflut, eine solche aggressive Kampfperiode, läßt sich freilich nicht künstlich schaffen, nicht beliebig von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Es muß eine günstige politische Situation, eine genügende elektrische Ladung der Atmosphäre gegeben sein, an der sich der bewußte Kampf der Partei entzünden kann. Wenn wir aber von der Situation sprechen, so dürfen wir nicht vergessen, daß eine Partei von 4 Millionen Wählern und mindestens 10 Millionen Anhängern beider Geschlechter doch auch selbst ein wichtiger Faktor der politischen Situation ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine so mächtige Partei zwar auch nicht künstlich die verschärfte Kampfperiode schaffen kann, wenn dafür objektive Handhaben und Gelegenheiten fehlen, daß sie aber wohl solche Handhaben und Gelegenheiten ungenutzt verpassen, der Verschärfung des Kampfes geflissentlich aus dem Wege gehen und so die Masse selbst für längere Zeit apathisch machen kann.

An Zündstoff fehlt es heute in Deutschland wahrhaftig nicht. Man braucht nur zwei Momente aus ganz verschiedenen Gebieten herauszuholen. Zunächst das preußische Wahlrecht. Als im Frühjahr 1910 der Wahlrechtskampf endlich die Gestalt einer großartigen Massenaktion angenommen hatte, als es uns gelungen war, den Acheron in Bewegung zu setzen¹, da wurde die Aktion bewußt von den leitenden Instanzen auf einmal abgebrochen². Die Straßendemonstrationen wurden, kaum daß sie als neues Kampfmittel in Preußen errungen waren, entgegen den elementarsten Anforderungen jeder Kampfstrategie, an den Nagel gehängt, der Acheron wurde nach Hause geschickt mit der Weisung, sich bis zu den Reichstagswahlen hübsch still zu verhalten. Auf die Reichstagswahlen wurden alle Blicke, alle Hoffnungen, alles Interesse zwei Jahre im voraus konzentriert. Nach den Reichstagswahlen wurde „eine ganz neue Situation“ verheißen und für den preußischen Wahlrechtskampf in ähnlichen geheimnisvollen-vagen Phrasen ein neues glänzendes Kapitel in Aussicht gestellt.

Nun, die Reichstagswahlen sind längst vorbei³, die „ganz neue Situation“ hat sich ebenso wie die schnellgebackene Theorie vom „neuen Liberalismus“ als ein Windei erwiesen, und der preußische Wahlrechtskampf ist seit 1910, also seit drei vollen Jahren, in Stillstand geraten. In letzter Stunde sollten alle Erwartungen wieder auf die preußischen Landtagswahlen konzentriert werden. Das Ergebnis der Landtagswahlen mit seinen 10 Mandaten⁴ hat indes an seinem Teil soweit die allgemeine Situation und die Aussichten des preußischen Wahlrechts erschüttert wie die Reichstagswahlen mit den 110 Mandaten. Es hat sich noch einmal erwiesen, daß auf dem Wege der parlamentarischen Aktion allein die Hochburg der Reaktion nicht erschüttert werden kann. Und wenn unser Zentralorgan die Wähler zur Pflichterfüllung in Ausdrücken rief, die besser auf den letzten Barrikadenkampf in der Pariser Junischlächterei des Jahres 1848 gepaßt hätten als auf den Gang zum preußischen Wahllokal,

1 Siehe S. 97, Fußnote 1.

2 Nachdem der sozialdemokratische Parteivorstand, der Geschäftsführende Ausschuß der preußischen Landeskommision und die Redaktion des „Vorwärts“ im März 1910 beschlossen hatten, den Massenstreik nicht im „Vorwärts“ zu erörtern, um angeblich den Elan der Massen nicht zu hemmen, wurde die Wahlrechtsbewegung nach den Demonstrationen im April 1910 abgebrochen, und die Massen wurden auf die nächsten Reichstagswahlen und den parlamentarischen Kampf vertröstet.

3 Siehe S. 6, Fußnote 3.

4 Bei der Wahl der Abgeordneten zum preußischen Abgeordnetenhaus am 3. Juni 1913 hatte die Sozialdemokratische Partei auf Grund des reaktionären Dreiklassenwahlrechts trotz der hohen Stimmenzahl von 775 171 (28,38 Prozent) nur 10 Mandate erhalten, während dagegen beispielsweise die Deutschkonservative Partei bei nur 402 988 (14,75 Prozent) Stimmen 147 Mandate erhielt.

so vermag dieses Aufgebot von abgeschmackter revolutionärer Phraseologie, von „Schlachten“, „Losbrechen des Sturmes“, „Aufstehen des Volkes“ usw., einen wirklichen Sturm leider nicht zu ersetzen. Nur eins kann diese Vergeudung von Kraftworten bewirken: daß sich die Massen an den Glauben gewöhnen, hinter unsren kräftigsten Worten stehe überhaupt nichts, sie seien nicht ernst zu nehmen. Übrigens gab der „Vorwärts“ selbst zu, daß ein preußischer Wahlkampf nicht ein Wahlrechtskampf ist, als er am andern Tage nach der Wahl schrieb: „Der Wahlkampf kann nur die Einleitung und das Vorspiel des Wahlrechtskampfes sein, der alsbald einzusetzen hat!“¹ Leider deuten alle Zeichen darauf hin, daß der 1910 abgebrochene Wahlrechtskampf soweinig „alsbald“ nach den preußischen Wahlen einsetzen wird wie der „alsbald“ nach den Reichstagswahlen verhissene eingesetzt hat.

Ein andres Beispiel, das zu denken gibt, hat ein politisches Ereignis jüngsten Datums geliefert: Es ist der Besuch des russischen Zaren in Berlin.² Es ist das erstemal seit der Erdrosselung der Revolution im Zarenreich, daß sich der blutige Henker der russischen Freiheit nach der deutschen Hauptstadt als Gast gewagt hat, nach der Stadt, in der über fünf Wahlkreisen von sechsen die Fahne der Sozialdemokratie weht. Und angesichts einer solchen Provokation hat unsre Partei nicht einen Finger gerührt, nicht den leisesten Protest erhoben. Keine Demonstrationen, keine Volksversammlungen, ja nicht einmal ein würdiger Artikel im Zentralorgan hat die Schmach dieses Besuchs von der deutschen Arbeiterschaft abgewehrt! Ein schüchternes, höchst diplomatisch eingewickeltes Gestammel in einem kleinen Entrefilet des „Vorwärts“ – das war alles, was die Viermillionenpartei gegenüber dem Besuch des Zaren aller Reußen in ihrer Hauptstadt geleistet hat!³ Dabei hat der „Vorwärts“ selbst in seiner Notiz erklärt, der Besuch des Zaren sei nicht eine bloße Familienangelegenheit der Hohenzollernschen Braut, sondern eine politische Angelegenheit, bei der die auswärtige Politik sicher mit im Spiel sei. Und darauf schwieg unsre Partei. Es ist dies eine Unterlassung im Kampfe gegen den Militarismus und die Reaktion, eine Unterlassung gegenüber den Pflichten internationaler Solidarität mit den russischen Arbeitern, für die jede Entschuldigung, ja jede halbwegs annehmbare Erklärung fehlt. Wenn unsre Parteiführer im Reichstag versprechen, im Kriegsfall gegen

1 Unter der Dreiklassenschmach. In: Vorwärts, Nr. 119 vom 17. Mai 1913.

2 Im Mai 1913 war Wilhelm II. anlässlich einer Hochzeitsfeier mit dem Zaren Nikolaus II. und dem englischen König Georg V. in Berlin zusammengetroffen.

3 Siehe Der Zar in Berlin. In: Vorwärts, Nr. 124 vom 22. Mai 1913.

das zarische Rußland unter den Fahnens des Dreibunds die Flinten auf den Buckel zu nehmen, und zugleich unterlassen, gegen den Zaren, wo sie ihn bei sich zu Hause zu „Gast“ haben, wenigstens Protestversammlungen einzuberufen, so ist das eine Taktik, die alles andre, nur nicht aufrüttelnd und belebend auf die Massen wirken kann.

So fügt sich eins zum andern, eins greift ins andre über. Es läßt sich sicher kein einzelnes konkretes Mittel nennen, das heute dem Kampfe gegen die Militärvorlage die nötige Schärfe und Wucht verleihen könnte, durch kein spezifisches aus der Tasche gezogenes Rezept kann plötzlich eine Atmosphäre der Leidenschaftlichkeit und Widerstandskraft der Massen aus der Pistole geschossen kommen. Aber wenn die Partei seit Jahr und Tag im preußischen Wahlrechtskampf, in der internationalen Aktion im Anschluß an den Baseler Kongreß, in der konsequenten und festen Agitation für die Miliz, in der Wahrnehmung ihrer Pflichten bei solchen Gelegenheiten wie der Zarenbesuch statt des notdürftigsten Minimums das Maximum an aufrüttelnder Arbeit und kühnem Auftreten geleistet hätte, dann würden auch die Massen in diesem Moment auf der Höhe ihrer Aufgaben sein.

Leipziger Volkszeitung,
I: Nr. 128 vom 6. Juni 1913,
II: Nr. 129 vom 7. Juni 1913.

Die zweite Lesung der Wehrvorlage

Leipzig, 11. Juni

Die von unsrer Fraktion gegenüber der Wehrvorlage eingeschlagene Taktik¹ hat mit gutem Fug und Recht eine lebhafte Erörterung in der Parteipresse und den Parteiversammlungen hervorgerufen. Unsre Abgeordneten können sich wohl selbst nur aufrichtig freuen, wenn ihr Tun und Lassen so aufmerksame Teilnahme und eingehende Kritik in breiten Parteikreisen erweckt: Anders ist ja jene normale Fühlung zwischen den Massen und ihren gewählten Vertretern nicht herzustellen, ohne die die Vertreter auch in ihrer parlamentarischen Aktion in der Luft schweben würden. Anderseits handelt es sich diesmal um eine eigentümliche Situation, in der die Fraktion auf eigene Verantwortung eine Entscheidung zu treffen hatte, ohne im ausgefahrenen Geleise bequem „nach Brauch und Sitte“ fahren zu können.

Die Fraktion hatte Ende Mai zu entscheiden, ob der ersten Lesung der Wehrvorlage gleich die zweite folgen oder ob sich an die erste Lesung der Wehrvorlage nun die Verhandlungen über den Wehrbeitrag und die Deckungsvorlage anschließen sollten. Unsre Fraktion entschied sich für den ersteren Weg und entschied damit vorerst den Gang der Dinge. Hat sie damit richtig gehandelt? Hat sie die Interessen der Partei am besten wahrgenommen? Die Antwort hängt unseres Erachtens ganz von der Begründung und den weiter verfolgten taktischen Absichten der Fraktion ab.

Wenn sich unsre Abgeordneten auf den vom Stampferschen Büro² und vom „Vorwärts“ vertretenen Standpunkt stellen sollten, wonach alles darauf ankäme, da die Annahme der Wehrvorlage ja schließlich sowieso gesichert sei, mit ihr reinen Tisch zu machen, damit den Nationalliberalen in

den Deckungsfragen der Widerstand gegen die Lockungen und Pressionen der Schwarzbauen¹ erleichtert werde, so wird, wie sicher anzunehmen ist, eine solche Position bei der großen Mehrheit der Partei durchaus kein Verständnis und keine Gegenliebe finden. Für die schwankende Tugend des Liberalismus ist uns durch zahllose Erfahrungen nachgerade eine zu gesunde Skepsis anerzogen worden, als daß irgendwelche schlauen und feinen Kombinationen zur künstlichen Unterstützung dieser zarten Blume für die sozialdemokratische Taktik ernsthaft in Betracht kommen dürften. Dergleichen spinnwebartige Netze der Politik, die der leiseste Windhauch in Fetzen reißt, überlassen wir am liebsten dem ewig hoffnungsfrohen Freisinn. Die Politik der Partei des Proletariats muß auch im Parlament in jedem Stück – zumal in einer so wichtigen Frage – von großen, klaren und einfachen Linien vorgezeichnet sein.

Es liegt zweifellos im Interesse der Partei, ihren ganzen Einfluß in die Waagschale zu werfen, um die Kosten des Militarismus möglichst von den Schultern des arbeitenden Volkes auf die Besitzenden abzuwälzen. Ebenso zweifellos ist es aber, daß der Schwerpunkt, das Hauptaugenmerk und der eigentliche Zielpunkt unsrer Aktion nimmermehr in die Deckungsfragen, sondern in die Wehrvorlage selbst gelegt werden muß. Nicht die Frage der Kosten, sondern die politische Seite des Militarismus muß immer die Achse unsrer Agitation, also auch unsrer parlamentarischen Aktion bleiben. Ja, es ergibt sich vielmehr angesichts der eventuell angenommenen Besitzsteuern für uns die dringende Pflicht, mit allem Nachdruck die Massen im voraus darauf hinzuweisen, daß auch alle sogenannten Besitzsteuern in letzter Linie aus dem arbeitenden Volke herausgeschunden werden und daß der heutige Militarismus, mit wie ohne die Besitzsteuern, der mächtigste Pfeiler der politischen Knechtung des Proletariats ist.

Um in diesem Sinne die jetzige Militärvorlage zur Aufrüttelung der Massen auszunützen, dazu war und ist es notwendig, die endgültige Erledigung sowohl des Wehrgesetzes wie des Deckungsgesetzes möglichst hinauszuschieben. Sollte die Taktik der Fraktion dahin gezielt haben, die Erledigung der Wehrvorlage umgekehrt auf schleunigstem Wege zu ermöglichen, die Frist ihrer Annahme abzukürzen, dann würden unsre Abgeordneten unter keinen Umständen die Zustimmung der Partei erwarten dürfen, und keine Kombinationen im Zusammenhang mit den Aussichten der Deckungsvorlage wären imstande, diese Taktik zu rechtfertigen.

Allein, die Annahme selbst erscheint kaum glaublich.

1 Siehe S. 215, Fußnote 1.

2 Siehe S. 229, Fußnote 1.

Die Absicht, die Annahme des Wehrgesetzes zu beschleunigen, lag unserer Fraktion sicher so fern, wie sie für die gesamte Partei undenkbar ist. Die Nationalliberalen und der Freisinn haben freilich ein wohlverstandenes Interesse daran, die Wehrvorlage nicht nur von der Deckungsfrage zu trennen, sondern sie auch schleunigst der Regierung zu apporieren. Hierin liegt aber trotz des beabsichtigten teilweisen Zusammenwirkens bei der Deckungsvorlage der prinzipielle Gegensatz zwischen unsrer Partei einer- und den Liberalen anderseits. Diesen grundsätzlichen Standpunkt hat nun die Fraktion volle Möglichkeit, jetzt im Plenum mit der nötigen Deutlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Ist auf die erste Lesung der Wehrvorlage sogleich die zweite gefolgt, so ergibt sich daraus mitnichten, daß sich an die zweite Lesung nun auch die dritte prompt anschließen müßte. Weder die Geschäftsordnung des Reichstags – die nur eine *Minimalfrist* zwischen der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes vorsieht – noch die Sachlage selbst bedingen dies im geringsten. Im Gegenteil, das Zentrum und die konservativen Fraktionen haben bereits im Plenum ihre Verwahrungen gegen die endgültige Erledigung der Wehrvorlage vor der Deckungsvorlage ausgesprochen. In bezug auf die zweite Lesung hatten diese Verwahrungen nur den Wert eines Stoßseufzers, weil unsre Partei die Waagschale gegen die Schwarzblauen herabzog. Aus demselben Grunde jedoch hat unsre Fraktion die volle Möglichkeit, nunmehr im Plenum – nach Erledigung der zweiten Lesung – mit dem Zentrum und den Konservativen eine Mehrheit gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung und für ihre Hinausschiebung bis nach der Deckungsvorlage herzustellen. Nur in einem Falle konnte sie es nicht: wenn sie sich nämlich bereits in der Budgetkommission irgend jemandem gegenüber endgültig festgelegt, sich von den Liberalen die Hände binden lassen. Doch dies ist völlig ausgeschlossen. Frei, wie sie war, in ihren Entschlüssen, bleibt unsre Fraktion einzig an Rücksichten auf die Interessen der Partei, auf die großen Gesichtspunkte der Agitation gebunden. Und da diese eine Hinausschiebung der endgültigen Annahme des Wehrgesetzes jedenfalls erheischen, so hat unsre Fraktion gerade hier eine gute Gelegenheit, die Gegensätze der bürgerlichen Parteien zum Nutzen der Arbeitersache auszuspielen.

Würden unsre Genossen im Reichstag diesen Weg einschlagen, dann sehen wir in der jetzt eingetretenen Plenarverhandlung durchaus keinen Schaden. Im Gegenteil. Nach wochenlangen stillen Verhandlungen im Kämmerlein der Budgetkommission wäre die Wehrvorlage nun wieder für eine Zeitlang vor das breite Licht der Öffentlichkeit gezogen. Die

Plenarverhandlungen der zweiten Lesung bieten eine günstige Gelegenheit, die Massenagitation von neuem zu entfachen, den neuen Stoff, den der Reichstag bietet, wieder in großen Versammlungen und Demonstrationen zu verwerten, den Kampfgeist wieder zu beleben.

Dies zu besorgen ist aber Sache nicht der Fraktion vor allem, sondern der Partei, der Organisationen selbst. Es will uns nicht als das beste Mittel zur Aufrüttelung der Massen heute erscheinen, ihre ganze Aufmerksamkeit und ihre Erwartungen auf den Hokuspokus der technisch-parlamentarischen Schachzüge zu lenken. Psychologisch unvermeidlich ergibt sich dann in den weiten Volkskreisen die Vorstellung, daß die eigentlichen Handelnden, die Helden des Dramas – die Parlamentarier seien, während die Masse nur die Zuschauer bilde. In der Massenaktion liegt auf jeden Fall, im ersten und im letzten Grunde der Schwerpunkt. Sie zu entfachen, mit großen Massenversammlungen und Demonstrationen die zweite Lesung der Wehrvorlage im Reichstag zu begleiten, das ist jetzt Pflicht und Aufgabe der Genossen im Lande. Daß die Wehrvorlage schon nach der zweiten Lesung der Budgetkommission „so gut wie angenommen ist“, kann nur jemanden beirren, der, wie die Chemnitzer „Volksstimme“ scheint's, der trügerischen Hoffnung lebte, die Fortschritte des Imperialismus im heutigen bürgerlichen Parlament faktisch verhindern zu können. Wem es auf die Ausnützung der Militärvorlage zur Mobilmachung der Volksmassen ankommt, der kann die zweite Lesung im Plenum als neue Gelegenheit ergreifen. Und wenn sich die Masse der Partei selbst tüchtig führt, dann wird auch die Fraktion naturgemäß dafür sorgen müssen, daß ihr der Anlaß und die Möglichkeit dazu solange wie möglich erhalten bleibt.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 132 vom 11. Juni 1913.

Der „Vorwärts“ und die Milizforderung

In Beantwortung unsrer beiden Leitartikel¹, die in rein sachlicher Weise unter Anführung einer Reihe von Tatsachen die Mängel der Parteiaktion gegen die Militärvorlage zu beleuchten suchten, weiß das Zentralorgan nichts andres ins Feld zu führen als das billige und verschlissene Argument, die kritischen Artikel lieferten den französischen Chauvinisten den erwünschten Beweis, daß die deutsche Sozialdemokratie „imperialistisch“ sei.² Der „Vorwärts“ ist nicht einmal in diesem Falle originell, er wiederholt bloß wörtlich, was Genosse Grädnauer im Dresdner Blatte³ vor einigen Tagen gegen die Resolution der Stuttgarter Genossen⁴ als einziges Argument vorzubringen wußte: Es ist dies eben das bequemste Mittel, der lästigen Kritik in der Partei den Mund zu verschließen, wenn es um die sachliche Antwort windig steht. In seiner eigenen Sache beruft sich der „Vorwärts“ darauf, daß er nicht „auf die Milizforderung überhaupt verzichtet hätte“, sondern bloß nach Erscheinen der französischen Heeresvorlage⁵ – um den Kampf der französischen Genossen gegen die dreijährige Dienstzeit „nicht unwe sentlich zu fördern“ – „eine Teilstellung“, nämlich die zweijährige Dienstzeit für die berittenen Truppen, vertreten hätte. Es fiel uns nicht ein, dem Zentralorgan einen „Verzicht auf die Milizforderung überhaupt“ vorzuwerfen: Hätte es sich diesen zuschulden kommen lassen, dann müßte es als Organ der sozialdemokratischen Partei abdanken. Was ihm in der „Leipziger Volkszeitung“ vorgeworfen wurde, war gerade, daß es die Programmforderung der Miliz, die eine

¹ Siehe S. 225–233.

² Siehe *Wir und die Milizforderung*. In: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 143 vom 10. Juni 1913.

³ Siehe *Ein Stuttgarter Fehlschluß*. In: *Dresdner Volkszeitung*, Nr. 120 vom 28. Mai 1913.

⁴ Siehe S. 225, Fußnote 1.

⁵ Siehe S. 226, Fußnote 3.

Minimalforderung ist, mit jener fortschrittlichen „Teilstellung“ ver tauschte, just als der Kampf gegen die Militärvorlage aktuell wurde. In welcher Weise diese unangebrachte Bescheidenheit unserseits den französischen Genossen „zugute kommen“ sollte, bleibt ein Geheimnis der Redaktion des „Vorwärts“. Wer eine möglichst scharfe und konsequente Bekämpfung des deutschen Militarismus fordert, der besorgt die Interessen der französischen Chauvinisten; wer aber die sozialdemokratische Aktion in Deutschland im entscheidenden Moment auf liberale „Teilstellungen“ reduziert will, der fördert die Interessen der französischen Sozialisten! Zu solchen logischen Bocksprüngen kann man wirklich nur in großer Verlegenheit gelangen. Nicht ein Sterbenswort weiß der „Vorwärts“ hingegen sachlich zu erwideren auf die Fragen, weshalb er während der preußischen Wahlen mit höchst revolutionären Phrasen den Mund vollnahm, hingegen die Einschläferung des preußischen Wahlrechtskampfes seit 1910 durch die leitenden Instanzen der Partei¹ eifrig unterstützte; weshalb er die Vernachlässigung der Massenaktionen in Anknüpfung an den Baseler Kongreß², die den französischen Genossen schon ganz sicher „zugute gekommen“ wären, stillschweigend mitmachte; weshalb er die Schmach des Zarenbesuches in Berlin³ nicht einmal durch einen Leitartikel, der Hand und Fuß hätte, von der Partei abgewehrt hat, vielmehr die Passivität der Partei in offiziösen Redensarten zu „begründen“ suchte. Statt dessen produziert der „Vorwärts“ zum Schluß einen Sermon über die Notwendigkeit „einer zähen, unablässigen Aufklärungsarbeit in kleinerem Kreise, in unsren Organisationen, um von hier aus weitere Volksmassen zu ergreifen und mitzureißen“⁴. Soviel weiß jeder sozialdemokratische Versammlungsleiter im kleinsten Dorfe auch schon. Für das leitende Organ der stärksten Partei des Deutschen Reiches finden wir diese Weisheit in der heutigen politischen Situation etwas dürftig.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 132 vom 11. Juni 1913.

¹ Siehe S. 231, Fußnote 2.

² Der Außerordentliche Internationale Sozialistenkongreß in Basel fand vom 24. bis 26. November 1912 statt.

³ Siehe S. 232, Fußnote 2.

⁴ Der Zar in Berlin. In: *Vorwärts*, Nr. 124 vom 22. Mai 1913.

Diskussionsrede zum Massenstreik
am 10. Juni 1913
in einer Parteiversammlung in Wilmersdorf¹

Nach einem Zeitungsbericht

aus der Tasche ziehen kann, er hängt zusammen mit der gesamten Politik und ist von der allgemeinen Taktik der Partei nicht zu trennen. Er ist unvereinbar mit einem Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien, aber ich habe nun wenigstens die Hoffnung, daß wir in Zukunft von Badener Seitensprüngen verschont bleiben werden. (Beifall und Heiterkeit.)

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 141 vom 21. Juni 1913.

Gestatten Sie mir, den Eindruck zu schildern, den ich heute als schlichte Frau aus dem Volke gewann. Ich habe herzliche Freude über die Zustimmung der Versammlung zu den stärksten Stellen des Referats, herzliche Freude aber auch über den Redner selbst empfunden.² Durch ein freisinniges Blatt auf diese Versammlung aufmerksam gemacht, das wohl eine Sensation erwartete, erlebte ich in der Tat eine Sensation. Frank lehrt uns heute, daß die Massen das Wunderwerk der politischen Befreiung vollbringen können, das im Parlament nicht zu erreichen ist. Wer den Massenstreik will, bekundet, daß er jede Hoffnung auf die Unterstützung durch die liberalen Parteien als auf Sand gebaut erkennt. Aber ich frage: Ist es möglich und wahr, daß man in Baden auf einen Großblock hinarbeitet³, in Preußen aber den Massenstreik propagiert? Ich frage nicht aus kleinlicher Ranküne (Heiterkeit.), aber mir beweist die Rede Franks, daß auch die badischen Parteiführer durch die Verschärfung der politischen Gegensätze zu dem Bekenntnis getrieben werden, daß die Massen des Volkes handeln müssen. Ich hätte den Badener Parteigenossen gewünscht, die heutige Rede Dr. Franks zu hören! Als ich in Mannheim vor einiger Zeit über den Generalstreik sprechen wollte, wurde es mir verboten. („Hört! Hört!“ Dr. Frank widerspricht.) Ich darf sagen, daß ich mit zu den ersten Vertretern des Massenstreiks in Deutschland gehört habe, daß der Massenstreik nicht auf eine falsche Bahn gebracht werden darf. Er ist kein Wundermittel, das man jederzeit

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Da die Arbeitermassen nach neuen Kampfmitteln drängten, sah sich der Referent der Versammlung, der badische Opportunist Ludwig Frank, gezwungen, den Massenstreik als Kampfmittel für die preußische Wahlrechtsreform anzuerkennen.

3 Siehe S. 136, Fußnote 7.

Zur Tagesordnung des Parteitags

Leipzig, 21. Juni

Die vom Parteivorstand veröffentlichte Tagesordnung des diesjährigen Parteitags¹ weist eine kaum begreifliche Lücke auf: die Frage des preußischen Wahlrechtskampfes. Nur eine Erklärung könnte dafür herangezogen werden, nämlich der Hinweis darauf, daß der Kampf um das preußische Wahlrecht zur Kompetenz des preußischen Parteitags gehöre. Doch dieser formalistische Standpunkt hätte, abgesehen davon, daß er ja schon durch die Verhandlungen des Magdeburger Parteitags² desavouiert worden ist, auch noch die Unzuträglichkeit, daß er unsrer eignen, wiederholt in der Öffentlichkeit vertretenen Auffassung direkt zuwiderlaufen würde. Es waren immer Regierungsvertreter und reaktionäre Parteien, die dem Reichstag die Kompetenz in der Frage des preußischen Wahlrechts bestritten und es als „preußische Angelegenheit“ behandelt wissen wollten. Unsre Vertreter hingegen verfochten immer und mit Glück den entgegen gesetzten Standpunkt. Erst jüngst haben wiederholte Vorstöße unsrer Fraktionsredner im Reichstag nach dieser Richtung das freudigste Echo in den Parteikreisen geweckt. Es ist gegenwärtig eine unbestrittene und von allen empfundene Tatsache, daß der Kampf um das preußische Wahlrecht zum Drehzapfen unsres gesamten politischen Lebens geworden ist, zu einem Zentralpunkt, in dem alle Fäden des Klassenkampfes in Deutschland zusammenlaufen. Es müßte demnach eigentlich als selbstverständlich erscheinen, daß unsre leitenden Instanzen der allgemeinen Stimmung und der Situation Rechnung tragen und von vornherein den preußischen Wahlrechtskampf zum Gegenstand der Verhandlungen des Jenaer Parteitags machen.

Dies aber noch aus besonderen Gründen. Es hat sich gegenwärtig der

1 Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand vom 14. bis 20. September 1913 in Jena statt.

2 Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand vom 18. bis 24. September 1910 in Magdeburg statt.

weitesten Kreise der Partei das Gefühl bemächtigt, daß die Wucht und die Schärfe unsrer Aktion im ganzen nicht völlig auf der Höhe der Aufgabe stehen, daß die Art und Weise, wie die Viermillionenpartei den Provokationen der herrschenden Reaktion auf verschiedenen Gebieten begegnet, nicht ganz dem großen Sieg bei den Reichstagswahlen¹ und den an ihn geknüpften Erwartungen entspricht. Der diesjährige Parteitag wird allem Anscheine nach nicht bloß die laufenden Geschäfte des Jahres in üblicher Weise zu erledigen haben, er wird auch nicht umhin können, gewissermaßen eine Bilanz der von der Partei in den letzten Jahren angewandten Taktik und eine kritische Sichtung der in ihr geäußerten Theorien und Ansichten vorzunehmen. Das Schlagwort von der geduldigen und stillen „Ermattungsstrategie“², mit dem man die absichtliche Liquidierung der 1910 begonnenen Massenaktion für das preußische Wahlrecht³ zu beschönigen suchte, das Schlagwort von dem „neuen Liberalismus“, mit dem man nach der Reichstagswahl trügerische Illusionen in bezug auf die Entwicklung der bürgerlichen Parteien weckte, müssen jetzt alle an der Hand des reichen Erfahrungsmaterials der letzten Jahre auf ihren Wert hin geprüft werden. Die Erfahrungen im preußischen Wahlrechtskampf sind aber die wichtigste und reichste Schatzkammer politischer Belehrung für unsre Partei wie für die Masse des Proletariats im ganzen. Die Schicksale dieses Kampfes stellen geradezu einen Prüfstein für unsre bisherige wie für unsre künftige Taktik dar. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist es für alle Welt klar, daß die deutsche Sozialdemokratie nun an dem preußischen Wahlrechtskampf die Tüchtigkeit ihrer Waffen, die Brauchbarkeit ihres Organisationsapparats für große politische Aktionen, den Wert ihrer vielgerühmten Disziplin für die Mobilisierung der Massen, mit einem Wort, ihre Fähigkeit zur politischen Offensive erweisen muß.

Daß eine ernste Prüfung der im preußischen Wahlrechtskampf anzuwendenden Taktik dringend notwendig geworden ist, beweisen neuerdings auch taktische Feuerwerke in der Art der Frankschen „revolutionären“ Weckrufe⁴, die – unter begeisterter Zustimmung des „Vorwärts“ – offenbar den Großblock in Baden⁵ mit dem Massenstreik in Preußen

1 Siehe S. 6, Fußnote 3.

2 Diese von Karl Kautsky propagierte opportunistische Theorie besagte, den Kampf des Proletariats nur auf parlamentarischer Ebene zu führen, damit die politischen Machtpositionen der herrschenden Klasse zu untergraben, den Klassengegner zu „ermatten“ und auf friedlichem Wege in den Sozialismus hineinzuwachsen.

3 Siehe S. 231, Fußnote 2.

4 Siehe S. 240, Fußnote 2.

5 Siehe S. 136, Fußnote 7.



harmonisch verbinden wollen. In diese Begriffsverwirrung des süddeutschen Exportradikalismus wie des Zentralorgans hineinzuleuchten und die tieferen vielseitigen Zusammenhänge des revolutionären Massenkampfes klar herauszuheben ist die unabweisbare Aufgabe des kommenden Parteitags.

Endlich aber spricht noch eine praktische Rücksicht gewichtig für die gründliche Behandlung der preußischen Wahlrechtsfrage. Der Parteitag wird sich unter vielem Ernst auch mit den wenig erfreulichen Symptomen unsres Parteilebens zu befassen haben, die in der jüngsten Zeit zutage getreten sind. Das ungenügende Wachstum der Mitgliederzahl unsrer Organisationen im Reich wie namentlich der unbefriedigende Stand der Organisation im Zentrum des politischen Lebens, in Berlin – also just dort, wo man seit einem Jahrzehnt so ziemlich die ganze Energie und das ganze geistige Leben auf den Ausbau der Organisation gerichtet hat –, ferner der schmerzliche Rückgang der Abonnentenzahl mancher Blätter, wie des „Vorwärts“ und der „Dresdner Volkszeitung“, alles das sind Zeichen, die zu denken geben und an denen auch der Parteitag nicht ohne ernste Prüfung wird vorbeigehen können.

Freilich pflegen derartige Erscheinungen in der Regel Ergebnisse komplizierter und verschiedenartiger Ursachen zu sein, die auseinanderzuhalten und bloßzulegen Aufgabe eingehender Erörterungen sein müßte. Allein unter anderm gehört unsres Erachtens für eine Kampfpartei wie die unsre mit an erste Stelle die Frage: Haben wir nicht zu einem bedeutenden Teil selbst die Lauheit der Massen verschuldet? Haben wir nicht deshalb viele im Wahlkampf neugewonnene Elemente des Proletariats nicht zu halten vermocht, weil in unsren Organisationen das Leben zu schwach pulsiert, weil der Mechanismus, die bürokratische Seite des Organisationsapparats, sich zu sehr ausgewuchert hat und die ideelle Seite, das Gedankenleben, die geistige Regsamkeit der Mitglieder erdrückt? Oder anders gefaßt: Haben wir nicht vielleicht deshalb Tausende von Neugewonnenen nicht dauernd an uns zu fesseln, weitere aber Tausende, die uns noch fernstehen, nicht für uns zu gewinnen vermocht, weil wir keine großen Massenaktionen vornehmen, weil wir die Massen nicht genügend hinzuweisen verstehen, weil wir trotz starker Worte in den Wahlkämpfen oder auf dem preußischen Parteitag mit unsrer Taktik im großen und ganzen nicht vorwärtsgelangen? Es ist zu bezweifeln, daß sich viele Ge- nossen fänden, die mit gutem Gewissen alle diese Fragen ohne weiteres mit einem glatten Nein zu beantworten wagten. Ist es aber notwendig, unsren Organisationen wieder frisches Leben einzuflößen, die Massen zu

begeistern, sie mit Mut, Zuversicht und Idealismus zu erfüllen, dann wäre es unsres Erachtens geboten, nicht in künstlichen Mitteln oder in rein technischen Griffen, wie z. B. in der Umgestaltung der Berliner Zahlabende, allein das Heilmittel zu suchen. In erster Linie wäre es notwendig, in der wichtigsten politischen Aufgabe, die vor uns steht und uns den weiteren Weg versperrt, eine kräftige und entschlossene Initiative zu ergreifen. Wenn wir den preußischen Wahlrechtskampf aus der Versumpfung, in der er steckt, durch eine frisch-fröhliche Parole zu Massenaktionen bis zur letzten Konsequenz herausreißen, dann wird neues Leben rasch genug in unsre ganze Organisationsarbeit fließen. Nichts ist so geeignet, unsre Werbekraft wirksam, die Kleinarbeit des großen Heeres unsrer Agitatoren frisch und freudig zu machen, wie ein allgemeiner Ruck, den die Partei ihrem Kampfe gibt, wenn sie in offener Front mit Entschlossenheit zu einer großen Aktion auszieht. In einer solchen Kampfperiode wird auch die Haltung unsrer Presse notwendigerweise etwas von dem zündenden Feuer und dem kühnen Flug verspüren lassen, die allein neue Anhänger scharenweise zu gewinnen und zu fesseln imstande sind.

Eine solche aufrüttelnde und belebende Parole im preußischen Wahlrechtskampf auszugeben, dazu ist der nächste Parteitag berufen. Er würde sich eines unverzeihlichen Versäumnisses schuldig machen, wenn er dieser Aufgabe aus dem Wege ginge.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 141 vom 21. Juni 1913.

Taktische Fragen

I

Leipzig, 26. Juni

Wollte man zusammenstellen, was in den jüngsten Tagen an taktischen Anregungen und Betrachtungen in unsrer Partei geäußert worden ist, so käme ein gar unstimmiges Konzert zustande. Auf der einen Seite rufen Vertreter und Befürworter der Kompromißtaktik, wie Frank¹ und Breitscheid unter Zustimmung des Bochumer „Volksblattes“, dringend zum Massenstreik auf, anderseits erklärt ein Parteiblatt, das auf radikalem Standpunkt steht, wie die Essener „Arbeiterzeitung“, der politische Massenstreik sei in Deutschland für absehbare Zeit undurchführbar, wir wären noch nicht entfernt reif und gewappnet für derartige Unternehmungen. Während mehrere Organisationen wiederum fordern, daß der nächste Parteitag „die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik“ in die Wege leite, ja daß allmählich mit der vorbereitenden Sparaktion nach belgischem Muster² begonnen werde, erklären andre, wie Genosse Meerfeld in der „Neuen Zeit“³, die Phase des politischen Massenstreiks sei für unsre Bewegung längst vorbei, der Deutsche tauge überhaupt zum Massenstreik so ungefähr wie der Bär zum Seiltanzen.

Zwei Tatsachen treten aus diesem Durcheinander hervor. Erstens, daß die Idee des Massenstreiks jedesmal von selbst auftaucht und instinktiv in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt wird, sobald die Partei das Bedürfnis empfindet, ihre Aktion vorwärtszubringen, der Stagnation zu wehren, Macht zu entfalten. Zweitens ist ebenso unzweideutig sichtbar,

1 Siehe S. 240, Fußnote 2.

2 Siehe S. 194, Fußnote 2.

3 J. Meerfeld: Nachdenkliche Betrachtungen. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 398-401.

daß in bezug auf die Anwendung des Massenstreiks, seine Bedingungen und Zwecke bei Anhängern wie bei Gegnern in unsren Reihen noch eine heillose Unklarheit herrscht.

Die Vorstellung zum Beispiel, daß sich der Massenstreik in Preußen mit dem Großblock in Baden¹ verbinden lasse, zeugt von einer rein mechanischen und oberflächlichen Auffassung des Massenstreiks, die von tieferen geschichtlichen Zusammenhängen der Massenaktionen, von der Massenpsychologie des proletarischen Klassenkampfes völlig absieht. Nach dieser Vorstellung werden die Massen dort, wo die Staatsmannskunst und Diplomatie der Parlamentarier versagt, wie Schachfiguren vorgeschoben, um auf Kommando der Führer dem Feinde Schreck einzujagen, und, sobald das Paktieren und Handeln mit dem mürbe gemachten Feinde beginnt, schleunigst wieder vom Schauplatz abzutreten und sich bis zum nächsten Kommando fein still zu verhalten.

Wenn nichts mehr hilft, dann „machen wir“ einen Generalstreik – das ist so recht die rohe Auffassung des Anarchismus. In Wirklichkeit ist der Massenstreik nicht ein schlau ersonnenes „äußerstes Mittel“, zu dem man mal in Ausnahmefällen greift, eine Art schwere Vorratskanone, die aus dem entlegensten Winkel hervorgesleppt wird, wenn alle andern Waffen versagt haben. Der Massenstreik als Praxis des Proletariats ist eine geschichtliche Entwicklungsphase des allgemeinen Klassenkampfes, nämlich die Phase der selbständigen Aktion der proletarischen Masse, der äußersten Verschärfung des Klassenkampfes im ganzen.

Speziell in Preußen greift man jetzt von allen Seiten zur Idee des Massenstreiks deshalb, weil jede Hoffnung auf die Ergiebigkeit der parlamentarischen Aktion, auf die Unterstützung der Liberalen geschwunden ist, weil die jämmerliche Haltung und der reaktionäre Charakter des Liberalismus im ganzen Reich, namentlich auch wieder in den Kämpfen um die Militärvorlage² zeigt, daß die Arbeiterklasse ganz allein auf sich angewiesen ist, der vereinigten bürgerlichen Reaktion gegenüber isoliert dasteht. In dem gleichen Moment aber, wo in der Budgetkommission die Liberalen, statt gemeinsam mit der Sozialdemokratie fortschrittliche Besitzsteuern dem Zentrum und den Konservativen aufzuzwingen, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie mit dem Zentrum ein Steuerkompromiß zur Schonung der jungerlichen Interessen schließen, in diesem Moment in Baden mit denselben Liberalen einen Wahlblock zur Zertrümmerung der „Herrschaft des Zentrums“ abschließen, in Süddeutschland

1 Siehe S. 136, Fußnote 7.

2 Siehe S. 215, Fußnote 1.

sich an monarchischen Kundgebungen beteiligen¹ und in Preußen den Massenstreik proklamieren, vor wenigen Monaten dem Bethmann Hollweg im Reichstag das Vertrauen der Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik aussprechen² und ein halbes Jahr darauf die Massen auf die Straße rufen – das ist politische Seiltänzerlei, das ist Gelegenheitspolitik, die nur geeignet ist, der Sozialdemokratie sowohl im Parlament wie auf der Straße ein Fiasko zu bereiten.

Der Massenstreik ist an sich genausowenig ein wundertägliches Mittel, um die Sozialdemokratie aus einer politischen Sackgasse zu retten oder eine hältlose Politik zum Siege zu führen, wie der Wahlkampf und jede andre Kampfform. Er ist eben an sich auch nur eine Kampfform. Es ist aber nicht die technische Form, die den Ausgang des Kampfes, den Sieg oder die Niederlage entscheidet, sondern der politische Inhalt, die angewandte Taktik im ganzen.

Wir leben in einer Phase, wo die wichtigsten politischen Fragen nur noch durch das eigene Eingreifen breiter Massen beeinflußt werden können: Die plötzlichen Wendungen der internationalen Lage, Kriegsgefahr, Wahlrechtsfragen, Ehrenfragen der Arbeiterklasse, erfordern gebieterisch die Aktion der Massen. Treten diese in entscheidenden Momenten nicht auf, dann wird die Aktion der Partei flügellahm, es fehlt ihr der Stachel, und die Partei empfindet schmerzlich selbst ihre Unzulänglichkeit. Aber umgekehrt garantiert die Anwendung des Massenstreiks durchaus noch nicht den Elan und die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Aktion im ganzen. Wird der Massenstreik zum Beispiel verkoppelt mit einer Taktik, die allgemeine Unentschlossenheit mit vereinzelten energischen Vorstößen, gelegentliche Massenaktionen mit parlamentarischen Illusionen in bezug auf die Mitwirkung des Liberalismus paart, die Massen nach Belieben hin und her schieben will, sie bald ins Feuer schickt, bald wieder mitten in der Schlacht abwinkt, dann kommen die Massenstreiks auf ohnmächtiges Experimentieren hinaus, das trotz des größten Opfermutts kläglich scheitern muß. Die Schicksale des belgischen Wahlrechtskampfes seit zehn Jahren sollten in dieser Hinsicht ein warnendes Exempel für die internationale Sozialdemokratie sein.

Nicht der Massenstreik in irgendeinem bestimmten Fall an sich ist das Entscheidende, sondern die politische Offensive in der Gesamthaltung

1 Die Opportunisten, vorwiegend der badischen und württembergischen Landtagsfraktion, beteiligten sich im Widerspruch zu den Grundsätzen und Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei bei verschiedenen Anlässen an Huldigungen für die Monarchie.

2 Siehe S. 215, Fußnote 2.

der Partei, eine Taktik, die in der Kampfperiode auf allen Gebieten die äußerste Tatkraft entwickelt, auf alle Provokationen der Gegner scharf antwortet, in jedem Moment die Energie und den Kampfmut des Proletariats aufs höchste steigert. Mit einer kräftigen offensiven Politik ist auch schon dafür gesorgt, sowohl daß die Massen handeln, als daß ihr Auftreten Früchte trägt. Eine konsequente, entschlossene, vorwärtsstrebende Taktik der Sozialdemokratie ruft in der Masse das Gefühl der Sicherheit, des Selbstvertrauens und der Kampflust hervor; eine schwankende, schwächliche, auf der Unterschätzung des Proletariats basierte Taktik wirkt auf die Masse lähmend und verwirrend. Im ersten Falle brechen Massenstreiks „von selbst“ und immer „rechtzeitig“ aus, im zweiten bleiben mitunter direkte Aufforderungen der Leitung zum Massenstreik erfolglos.

Hätten wir bis jetzt eine kräftige offensive Taktik befolgt, hätte man beispielsweise zum Zarenbesuch in Berlin¹ einen eintägigen Protestmassenstreik veranstaltet, wie solche Dutzende von Malen in andern Ländern vorgekommen sind, hätte man zum Kaiserjubiläum², statt sich – wie das Zentralorgan – beinahe zu entschuldigen, daß sich das Proletariat an der Farce nicht beteiligt, im ganzen Reich republikanische Massendemonstrationen gemacht, so würde das, obwohl nicht direkt mit der preußischen Wahlrechtssache verbunden, die Position unsrer Partei und die Chancen unseres Kampfes sowohl um das preußische Wahlrecht wie auch im Kampfe gegen die Militärvorlage bedeutend gestärkt haben. Läßt man sich aber alle Infamien ruhig gefallen, so demoralisiert man die Massen und festigt die Gegner in ihrem Übermut. Wird unter solchen Umständen plötzlich ein Appell an die Massen ergehen, einen Massenstreik zu „machen“, dann kommt entweder nichts oder ein zaghafter Anlauf zu stande, der die Partei blamiert und die Massen noch mehr entmutigt.

Die Massenstreiks lassen sich also nicht beliebig inszenieren als taktischer Kunstgriff, der zu jeder Art Politik paßt. Sie können nur machtvoll und wirksam auftreten als Steigerung einer bereits im Gange befindlichen Aktion, als Ausdruck einer hohen Spannung der revolutionären Energie der Massen. Will man eine solche in günstiger Situation auslösen, dann muß die Partei vor allem selbst in ihrer Haltung auf der ganzen Linie in die politische Offensive treten. Alsdann fort mit allen parlamentarischen Selbsttäuschungen, mit aller partikularistischen Winkelpolitik, mit allen

1 Siehe S. 232, Fußnote 2.

2 Im Juni 1913 wurde das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. mit großen Feiern monarchisch-militaristischen Charakters begangen.

Illusionen in bezug auf den alten und „neuen“ Liberalismus, mit allen Experimenten, um heute das Zentrum mit Hilfe der Nationalliberalen und morgen die Nationalliberalen mit Hilfe des Zentrums als die „wahre Reaktion“ zu stürzen. Ist der preußische Wahlrechtskampf ein reichsdeutsches Lebensinteresse, dann ist auch die Taktik der reichsdeutschen Sozialdemokratie eine preußische Angelegenheit. Nicht die Parole zum Massenstreik ins Blaue hinein, sondern die allgemeine Gestaltung der Taktik im Geiste des konsequenten revolutionären Klassenkampfes und in der Richtung auf eine energische Offensive im ganzen, im Norden wie im Süden – das ist die dringendste Aufgabe der Partei.

II

Leipzig, 27. Juni

Es entsteht nunmehr die Frage, die viele sonst kampffrohe Genossen ernstlich beunruhigt: ob wir denn überhaupt zu erfolgreichen Massenaktionen reif seien, ob der Stand unsrer Organisationen, die ja erst einen geringen Teil der Arbeiterschaft umfassen, an Massenstreiks in Deutschland zu denken gestatte. Die neulich vom Genossen Meerfeld geäußerte Meinung, wonach den Deutschen kraft ihrer besonderen nationalen Eigenarten die Fähigkeit zu stürmischen Massenaktionen abgehe, bedarf freilich kaum einer ernsthaften Widerlegung. Der Klassenkampf des Proletariats ist eine so tiefgewurzelte Erscheinung der modernen Geschichtsentwicklung, daß er in seinen Hauptäußerungen von allgemeinen sozialen und internationalen Verhältnissen, nicht von so nebensächlichen Momenten wie nationales Temperament bestimmt wird. Eher sind schon die besondere politische Geschichte jedes Landes und die mit ihr verbundenen Traditionen von Einfluß. Der Mangel an jeder großen revolutionären Tradition im deutschen Bürgertum und daher auch im deutschen Proletariat hat sicher bis in die Reihen der Sozialdemokratie einen gewissen Mangel an Selbstvertrauen, ein Übermaß an eingefleischtem Respekt vor der „Gesetzlichkeit“ des absolutistisch-bürokratischen Polizeistaates und vor der Autorität des Schutzmannssäbels erzeugt. Aber auch diese Psychologie wandelt sich schließlich rasch in großen Momenten, in revolutionären Situationen, die uns in naher Zukunft nicht erspart bleiben. Überhaupt ist eine so allgemeine und hoffnungslose Heulmeierei über unsre „Verbürgerlichung“, wie sie Genosse Meerfeld in der „Neuen Zeit“ angestimmt hat, völlig unfruchtbar. Sie dient auch manchem „radikalen“ Genossen als bequeme innere Entschuldigung, um in der Praxis alle fünf

gerade sein zu lassen, ist aber nur ein Gegenstück zu dem gedankenlosen Offiziösentum in unsren Reihen, das alles, was in der Partei geschieht, stets herrlich findet. Die geschichtliche Entwicklung, die so manchen schweren Block aus ihrem Wege zu räumen weiß, wird auch noch mit unsrer Schwerfälligkeit fertig. Wie sehr sie versteht, auch den bedächtigsten und friedfertigsten Leuten unter Umständen Dialektik einzupauken, zeigt wieder der Verlauf der soeben beendeten achten Generalversammlung der deutschen Buchdrucker¹. Der Ton der allgemeinen Unzufriedenheit und tiefen Beunruhigung, der in dieser Versammlung als Echo der technischen Umwälzungen der Produktion vorherrschte, zeigt, daß auch der deutsche Bär, dem man so wenig zutraut, auf der heißen Platte der historischen Entwicklung allmählich tanzen lernt.

Sachlich von Wichtigkeit und einer ernsten Untersuchung wert ist die Frage von der Rolle sozialdemokratischer Organisationen in den proletarischen Massenkämpfen im allgemeinen. Merkwürdig genug ist freilich, daß die stärksten Zweifel an der Reife der Arbeiterschaft zu Massenaktionen gerade in dem Lande auftauchen, wo die Sozialdemokratie wie die Gewerkschaften die größte Macht erreicht haben. In Schweden und Holland, in Belgien und Italien, in Spanien und in Rußland, in Frankreich und in Österreich, in der Schweiz und in Ungarn haben wir seit einem Dutzend von Jahren zahlreiche Massenstreiks verschiedener Art erlebt, nur in Deutschland, dem Musterland der Organisation, der Disziplin und der Wahlsiege, soll das Proletariat zum Massenstreik noch nicht reif sein! Solche Ansichten gäben ein trauriges Zeugnis für den Wert unsrer Organisationen ab, wären sie nicht selbst bloß der Ausfluß eines auffallenden Mangels an historischer Perspektive.

Wir sollen offenbar erst dann zu Massenstreiks „reif“ sein, wenn der letzte Mann und die letzte Frau aus der Arbeiterklasse eingeschriebene Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins geworden sind. Bei allem läblichen Eifer für die Organisationsarbeit spricht aus solchen Ansichten eine gefährliche Unterschätzung der geschichtlichen Rolle und der Aktionsfähigkeit der unorganisierten Masse. Man muß sich schließlich an den Kopf fassen und fragen: Wie ist denn die Weltgeschichte bisher ohne uns, ohne Wahlvereine, ohne den sozialdemokratischen Parteivorstand und die Fraktion, ausgekommen? Der Klassenkampf ist – was man in unsren Reihen nur zu oft vergißt – nicht ein Produkt der Sozialdemokratie, umgekehrt: Die Sozialdemokratie ist selbst nur ein Produkt des Klassen-

1 Die achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker fand am 16. Juni 1913 in Danzig statt.

kampfes, sein jüngstes Produkt. Der Klassenkampf ist so alt wie die Klassengesellschaft, und es waren stets und überall die arbeitenden Massen, die handelten, wenn die Zeit reif war, die Schlachten lieferten, die den Kampf entschieden. Da ging auch noch alles ohne Wahlvereine und ohne Parteipresse. Wie waren Bauernkriege möglich? Wie kamen die großzügigen Aktionen der Masse in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts zustande, wie die Chartistenbewegung, wie die wunderbare Kampagne des Pariser Proletariats im Jahre 1848 und 1871, wo die sozialistische Organisation nur winzige Geheimzirkel umfaßte? Und in diesen Fällen handelte es sich nicht mehr um chaotische Ausbrüche verzweifelter Haufen, wie man – völlig zu Unrecht – die Bauernkriege auffassen mag, sondern um großartige Aktionen mit politischem Gedanken, Ausdauer, Zähigkeit, Opfermut, mit Disziplin und Zucht, Ernst und Würde. Und wenn auch in der Revolution von 1848, wenn in der Pariser Kommune Fehler und Dummheiten gemacht wurden – werden denn von unsrern Führern nicht häufig genug Dummheiten gemacht? Das Aufkommen der Sozialdemokratie bietet sowenig Garantie vor politischen und historischen Fehlern, wie es den Erfolg und Sieg der Arbeitersache in jeder einzelnen Kampfphase verbürgt. Wir müssen eben genauso jeden Tag von neuem aus der Geschichte lernen, wie alle aufstrebenden und kämpfenden Schichten es seit jeher mußten.

Die Sozialdemokratie hat allerdings dank der theoretischen Einsicht in die sozialen Bedingungen ihres Kampfes in einem nie gekannten Maße Bewußtsein in den proletarischen Klassenkampf hineingetragen, ihm Zielklarheit und Tragkraft verliehen. Sie hat zum erstenmal eine dauernde Massenorganisation der Arbeiter geschaffen und dadurch dem Klassenkampfe ein festes Rückgrat gegeben. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, sich nun einzubilden, daß seitdem auch alle geschichtliche Aktionsfähigkeit des Volkes auf die sozialdemokratische Organisation allein übergegangen, daß die unorganisierte Masse des Proletariats zum formlosen Brei, zum toten Ballast der Geschichte geworden ist. Ganz umgekehrt. Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.

Mit dem Hirngespinst, das gesamte arbeitende Volk erst in die Parteidächer einzustellen, ehe man Geschichte macht, drehen wir uns übrigens im fehlerhaften Zirkel. Je mehr unsre Organisationen wachsen, Hundert-

tausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze: auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier, über. Was für die große Masse der Mitglieder übrigbleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlungen, zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement und dergleichen. Das Musterbeispiel in dieser Hinsicht ist die Berliner Organisation, in der so ziemlich alles Wichtige an Leitung und Entschluß von dem Zentralvorstand erledigt wird, und wo die Initiative von unten sich gewöhnlich an dem Gitterwerk der zahllosen Instanzen wie an einem Stacheldrahtzaun ohnmächtig bricht.

Es ist aber eine wunderliche Idee, dauernd Millionen von Menschen nur mit Erfüllung laufender Pflichten, mit Erörterungen über eine Erhöhung der Beiträge, über die Anstellung neuer Zeitungsausträgerinnen, mit Wahlen des ersten und zweiten Vorsitzenden und des Kassierers oder zur Abwechslung mit allerlei örtlichen kleinen Reibereien unter den Funktionären zu beschäftigen, wie sie nun einmal nicht zu vermeiden sind, wo viele Menschen zusammenarbeiten. Es ist eine wunderliche Vorstellung, man brauche diesen bürokratischen Kleinkram nur mechanisch ins riesenhafte zu steigern, um mit der Zeit zwei Millionen, drei Millionen, vier Millionen Mitglieder und so weiter in die Parteidächer hineinzukriegen und sie dort halten zu können.

Für die großen Massen muß viel mehr die Quantität in eine ganz andre Qualität umschlagen. Die großen Massen müssen sich in einer ihnen eignen Weise betätigen, ihre Massenenergie, ihre Tatkraft entfalten können, sie müssen sich selbst als Masse führen, handeln, Leidenschaft, Mut und Entschlossenheit entwickeln. Da aber unser alltäglicher Organisationsapparat unmöglich ein solches Leben bieten kann – gehören doch auch geschichtliche Situationen dazu, die sich nicht künstlich schaffen lassen –, da in unsrer Organisation umgekehrt selbst das mögliche Minimum an geistigem Leben der Masse durch den Zentralismus erstickt wird, so muß man sich ein für allemal von dem Wahn frei machen, als ob uns je gelingen würde, die ganze gewaltige Masse des arbeitenden Volkes in beitragzahlende Mitglieder der Wahlvereine zu verwandeln.

Dies ist als Vorbedingung für große Massenaktionen weder möglich noch auch notwendig. Was notwendig, ist nur eine kühne Initiative und Aktion der Partei, mit der sie sich an die Spitze der Massen stellt, jedes-

mal, wo die politische Situation dies erfordert. Die unorganisierten Massen, ja die gegnerisch organisierten Schichten werden ihr dann begeistert Heerbann leisten. Als Beweis diene dasselbe belgische Beispiel, das vielfach von verkehrter Seite auf unsre Genossen so faszinierend wirkt. Das Wichtigste, was sich als positive Lehre aus dem belgischen Experiment ergibt, ist gerade die Tatsache, daß die unorganisierten Massen in wichtigen Momenten nie versagen und daß jede ernste Aktion der Sozialdemokratie ohne diese Massen ganz undenkbar wäre. In Belgien lassen die gewerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den deutschen nicht entfernt messen. Und doch kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande.

Allerdings können die Massen nur dann Erfolge erzielen, wenn die Führung der Partei konsequent, entschlossen und durchsichtig klar ist. Wird auf zwei Schritte vorwärts stets ein Schritt zurück gemacht, dann werden schließlich auch die Massenaktionen verpuffen. In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung.

Die Sozialdemokratie ist historisch dazu berufen, die Vorhut des Proletariats zu sein, sie soll als Partei der Arbeiterklasse führend voranstürmen. Bildet sie sich aber ein, sie allein, die Sozialdemokratie, sei berufen, die Geschichte zu machen, die Klasse sei selbst nichts, sie müsse erst ganz in Partei verwandelt werden, ehe sie handeln darf, dann kann sich leicht ergeben, daß die Sozialdemokratie zum hemmenden Moment im Klassenkampf wird und daß sie, wenn die Zeit reif ist, der Arbeiterklasse nachlaufen muß, von ihr wider Willen zu Entscheidungsschlachten geschleift.

III

Leipzig, 28. Juni

Jedencnoch wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, sich einzubilden, die preußische Wahlrechtsfrage könnte durch irgendeinen etwa vom Parteitag oder in dessen Auftrag beschlossenen Massenstreik wie der Gordische Knoten durch einen Schwerthieb durchhauen werden. Schon die Vorstellung von irgendeinem einzelnen Massenstreik, der womöglich nach gründlichster Vorbereitung von langer Hand, in schönstem Schick zur festgesetzten Stunde „losbricht“, ist eine ganz verfehlte Spekulation: Auf diese Weise, nach strengem Plan und auf Kommando, lassen sich allenfalls kurze Demonstrationsstreiks aus besonderen momentanen Anlässen ver-

anstalten. Auch solche Streiks haben freilich ihre große Bedeutung und hätten sie namentlich in Deutschland als eine völlig neue Aktionsform. Es wäre aber ein leerer Wahn, etwa in der Frage des preußischen Wahlrechts durch einen in derselben Weise nach belgischem Muster vorbereiteten, pedantisch durchgeführten Massenstreik etwas ausrichten zu wollen. Auf diesen feierlich angesagten und klug vorbereiteten Massenstreik würden sich die Gegner noch besser vorbereiten als wir, und sie würden uns höchstwahrscheinlich ruhig streiken lassen, solange als es uns gefällt. Es bliebe dann übrig, genau wie in Belgien, den ersten Vorwand zu erhaschen, um den Streik abzubrechen und noch die großartige Disziplin bewundern zu lassen, mit der wir vom Kampfplatz abziehen, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Sollte bei uns auf einen derartigen Massenstreik abgezielt werden, dann wäre es entschieden viel besser, gar nichts zu unternehmen, denn auf diese Weise weckt man in den Massen lediglich eitle Hoffnungen und arbeitet einer unvermeidlichen Enttäuschung und Mutlosigkeit vor. Im Kampf um das preußische Wahlrecht kann nicht irgendein Massenstreik in Frage kommen, der uns nach 10 oder 20 Tagen geduldigen Streikens den Sieg bescheren soll, sondern eine lange Periode erbitterter und scharfer Kämpfe, mit mehreren Massenstreiks von verschiedener Dauer und verschiedenem Charakter, je nach der einzelnen Wendung des Kampfes und der allgemeinen Situation: Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, politische und wirtschaftliche Streiks. In einer solchen Periode gälte es, alle Momente auszunützen, die zur Aufpeitschung der Masse beitragen, alle größeren gewerkschaftlichen Konflikte, Arbeitslosenbewegungen und dergleichen sich zunutze kommen zu lassen, namentlich aber die stummen Sklaven des Staates, die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Dienste, aufzurütteln, um alle Energie der Masse wachzurufen, allen Zorn, der in ihr bebt, in dasselbe Bett des politischen Kampfes zu leiten und den Ungestüm des Druckes aufs höchste zu steigern. Eine derartige Aktion muß von Hause aus sturmischen Charakter haben, soll sie etwas ausrichten, soll sie die ganze wirkliche Macht der Volksmasse in die Waagschale werfen. Und damit ist schon gegeben, daß man zu einer solchen Kampfperiode nicht mit einem fertigen, bis ins kleinste und kleinlichste ausgearbeiteten Feldzugsplan und mit einer fertigen Kostenrechnung in der Tasche ausrücken, daß man dabei nicht die „Gesetzlichkeit“ zur wichtigsten Sorge der Leitung und die Disziplin zur Kampfparole des Kampfes machen kann. Zu einem großen politischen Kampfe, der ein Stück Geschichte machen soll, darf man nicht die Arbeitermassen führen, wie der Tierbändiger wilde Bestien vor-

führt, hinter eisernem Gitter und mit Pistolen und Schutzstangen in jeder Hand. Das Ungestüm der unorganisierten Massen ist uns in großen Kämpfen überhaupt viel weniger gefährlich als die Haltlosigkeit der Führer.

Bei näherer Betrachtung sieht also die Anwendung des Massenstreiks, wie sie allein in der Praxis in Betracht kommen kann, viel weniger gemütlich aus, als sich mancher Genosse vorstellt. Mit kleinlichen Mitteln und zaghafte Politik läßt sich ein Kampf auf diesem Maßstab nicht meistern, und *nicht die „Vorbereitung“ zu irgend „einem“ Massenstreik liegt uns gegenwärtig ob, sondern die Vorbereitung unsrer Organisation zur Tauglichkeit für große politische Kämpfe*, nicht die „Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik“, sondern die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive.

Der Zustand der allgemeinen Unbefriedigung, der sich unsrer Partei in diesem Augenblick bemächtigt hat, ist auch keine neue Erscheinung. Er ist bloß die Fortsetzung der Schwierigkeiten, die uns bereits die auswärtige Politik: die Marokkoaffäre¹, die internationale Aktion gegen den Krieg, bereitet haben. Zieht man das Fazit aus den Erfahrungen der letzten Jahre bis zu der jetzigen Militärvorlage, so kann man sie dahin verallgemeinern: Die Periode der imperialistischen Entwicklung versetzt der Arbeiterklasse immer heftigere Nackenschläge, unsre Aktion ist aber vielfach nicht auf der Höhe, um diese Schläge entsprechend zu parieren.

Das ist auch gar nicht verwunderlich, und es wäre verfehlt, den eigentlichen „Schuldigen“ dieses Zustandes zu suchen. Unser Organisationsapparat wie unsre Parteitaktik sind seit 20 Jahren, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, im Grunde genommen auf die eine Hauptaufgabe zugeschnitten gewesen: auf Parlamentswahlen und parlamentarischen Kampf. Darin haben wir das Äußerste geleistet, und darin sind wir groß geworden. Aber die neue Zeit des Imperialismus stellt uns immer mehr vor neue Aufgaben, denen mit dem Parlamentarismus allein, mit dem alten Apparat und der alten Routine nicht beizukommen ist. Unsre Partei muß lernen, Massenaktionen in entsprechenden Situationen in Fluß zu bringen und sie zu leiten. Daß sie dies bislang noch nicht versteht, daß ihr bisheriger Maßstab an Leitung in wichtigen Momenten versagt, zeigt mustergültig die in der Mitte abgebrochene Aktion im preußischen Wahlrechtskampf², dank der wir uns heute trotz aller Vertröstungen genauso weit befinden wie vor drei Jahren um diese Zeit. Dieselbe Unfähigkeit zeigen auch gegenwärtig Äußerungen in unsren Reihen, die zu „dem Mas-

¹ Siehe S. 5, Fußnote 1.

² Siehe S. 231, Fußnote 2.

senstreik“ wie zu einer Militärparade ausrücken möchten, die auf große geschichtliche Massenkämpfe denselben Hausrat an Disziplin, Leitung, Umsicht, Vorsicht und Rücksicht anwenden wollen, der sich bei Gewerberichtswahlen, Gemeinderatswahlen und Reichstagswahlen so trefflich bewährt hat.

Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn uns erklärt wird: Wir dürfen nicht die Verantwortung für so schwerwiegende Schritte wie einen politischen Massenstreik in Deutschland auf uns laden, als bis wir mit voller Sicherheit darauf rechnen können, einen Sieg zu erringen. Die Ansicht klingt äußerst altklug, ist aber in Wirklichkeit das gerade Gegenteil politischer Weisheit. Wir sehen davon ab, daß im allgemeinen der ein trauriger Feldherr ist, der nur zur Schlacht ausrückt, wenn er den Sieg in der Tasche hat. Hätten sich Revolutionskämpfer seit jeher durch solche Maximen leiten lassen, dann gäbe es keine Revolutionen und keine Siege in der Geschichte. Aber besonders sündigt eine solche Strategie gegen die geschichtlichen Grundgesetze des proletarischen Klassenkampfes. Das Proletariat kann seine Kräfte nicht sammeln und seine Macht für den endgültigen Sieg nicht anders steigern, als indem es sich im Kampf erprobt, mitten durch Niederlagen und alle Wechselfälle, die ein Kampf mit sich bringt. Ein ausgefochtener großer Kampf, ganz gleich ob er mit Sieg oder Niederlage endet, leistet in kurzer Zeit an Klassenaufklärung und geschichtlicher Erfahrung mehr als Tausende von Propagandaschriften und Versammlungen in windstiller Zeit. Und diejenigen, die nur mit allen Garantien des Sieges zum Kampf ausrücken wollen, sollten sich die bekannten Worte Marxens im „Achtzehnten Brumaire“ einprägen:

„Proletarische Revolutionen . . . , wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!

Hier ist die Rose, hier tanze!“¹

¹ Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin 1969, S. 118.

Dies ist Gesetz des proletarischen Klassenkampfes geblieben, auch nachdem die Sozialdemokratie dessen Führung übernommen hat. Für sie als die berufene Führerin der Massen gilt deshalb nicht die Sorge, sichere Siege zu erspähen, sondern das elementare Gebot einer revolutionären Partei: tausendmal schlimmer als jede Niederlage ist ein längeres Ausweichen dem Kampfe dort, wo er unvermeidlich geworden ist.

Leipziger Volkszeitung,
I: Nr. 145 vom 26. Juni 1913,
II: Nr. 146 vom 27. Juni 1913,
III: Nr. 147 vom 28. Juni 1913.

Der politische Massenstreik

*Rede und Schlußwort am 22. Juli 1913
im IV. Berliner Reichstagswahlkreis*

Nach einem Zeitungsbericht

Unter dem gewaltigen Eindruck der großen russischen Revolution im Jahre 1905, wo die Anwendung des Massenstreiks dem russischen Proletariat neben Niederlagen auch Siege brachte, ist in Deutschland das Problem des politischen Massenstreiks diskutiert worden. Die Resolution des Jenaer Parteitages¹ ist ein Niederschlag dieser Diskussion. Die Resolution erklärt den politischen Massenstreik als eine auch in Deutschland anwendbare Waffe des Proletariats. Dann kam eine Zeit, wo die Erörterung dieses Problems zurücktrat. 1910 wurde dann der politische Massenstreik im Zusammenhang mit unseren Aktionen für die Erringung des Wahlrechts in Preußen wieder lebhaft diskutiert. Die Wahlrechtsbewegung von 1910 kam zum Stillstand. Pianmäßig sind die Massenaktionen unterbrochen worden.² Man hat die Aufmerksamkeit auf die Reichstagswahl des Jahres 1912³ gerichtet. Die Frage des Massenstreiks verschwand wieder aus der öffentlichen Diskussion. Jetzt erleben wir, daß das Problem des politischen Massenstreiks wieder in Versammlungen, in Kreis- und Bezirkskonferenzen behandelt wird. Auch der Parteitag⁴ wird nicht umhin können, ernste Stellung zu dem Problem zu nehmen. Wenn man sieht, welch reges Interesse das Problem des Massenstreiks bei den Parteigenossen findet, wird man nicht annehmen können, daß die ganze Diskussion von einigen Anhängern der Massenstreikidee aufgebracht worden ist. Einer so allgemeinen Diskussion müssen doch Ursachen zugrunde liegen, die in den Verhältnissen wurzeln. Solche Diskussionen entstehen

¹ Siehe S. 223, Fußnote 2.

² Siehe S. 231, Fußnote 2.

³ Siehe S. 6, Fußnote 3.

⁴ Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand vom 14. bis 20. September 1913 in Jena statt.

immer, wenn die Partei das Bedürfnis empfindet, die Bewegung einen bedeutenden Schritt vorwärtszutreiben, und wenn den Parteigenossen zum Bewußtsein kommt, daß wir mit den bisherigen Methoden des Klassenkampfes nicht weiterkommen. („Sehr richtig!“) Das ist gegenüber den Kritikern zu sagen, die diese ganze Diskussion als die Mache einiger Querköpfe hinstellen wollen.

Wie und wann hat diese Diskussion begonnen? In der Wilmersdorfer Versammlung?¹ Das ist ein Irrtum. Er ist aber entschuldbar bei denen, die nur den „Vorwärts“ lesen. Der hat es allerdings so hingestellt, als habe Genosse Frank in der Wilmersdorfer Versammlung den Anlaß zur Diskussion des politischen Massenstreiks gegeben. Das ist nicht richtig. Schon lange, ehe in Berlin über den Massenstreik gesprochen wurde, haben sich die Parteigenossen in verschiedenen Orten damit beschäftigt. – Wenn nun also feststeht, daß die Frage des politischen Massenstreiks jetzt zum drittenmal mit elementarer Macht von den Massen auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, so müssen wir darin ein Symptom erkennen und es mit Freuden begrüßen, denn wir sehen, daß wir nicht umhin können, das wertvollste Mittel im proletarischen Klassenkampf früher oder später anzuwenden. Deshalb ist es notwendig, die Frage des Massenstreiks nach jeder Richtung zu prüfen. Die Frage ist noch lange nicht geklärt. Sie muß noch viel besprochen werden, damit die Massen mit der Anwendung dieser neuen Kampfesform vertraut werden.

Wenn wir die gegenwärtige Diskussion betrachten, so sehen wir auf der einen Seite sehr warme Befürworter des Massenstreiks in dem Sinne, daß sie die Forderung vertreten, der Parteitag solle den Parteivorstand beauftragen, nach Rücksprache mit der Generalkommission den Massenstreik in die Wege zu leiten. Ja, es wird auch gefordert, man soll mit der Erziehung der Arbeiter für den Massenstreik beginnen. Es wird auch geraten, den Massenstreik nach belgischem Muster vorzubereiten.² Das sind die Forderungen der einen Richtung. Die andere Richtung äußerte sofort die stärksten Bedenken gegen jedes „Spiel mit der Idee des Massenstreiks“. Man sagte, das wäre höchst gefährlich für unser Parteileben, denn wir seien in Deutschland noch lange nicht reif für die Betätigung des Massenstreiks. Die Partei würde eine Niederlage erleiden, von der sie sich in Jahrzehnten nicht wieder erholen könne.

Die Vertreter der ersten Richtung, die für die möglichst baldige Anwendung des Massenstreiks eintreten, gehören verschiedenen politischen

Strömungen an. Genosse Frank, der ja auch für den Massenstreik eingetreten ist, verttritt in der Politik eine opportunistische Richtung. Er setzt sich in Baden für die Großblockpolitik mit den Nationalliberalen ein.¹ Seine Politik ist sehr einfach. Man macht im Parlament die große Politik mit allen Mitteln staatsmännischer Taktik, man paktiert mit den bürgerlichen Parteien, man macht einen großen Block der gesamten Linken; wenn aber, wie nicht anders zu erwarten, die Sache des Proletariats dadurch nicht einen Schritt vorwärtskommt, ei dann, Arbeiter, kommt auf die Straße und macht einen Massenstreik. – Die Kundgebung Franks ist ein Schulbeispiel dafür, wie man sich nicht zum Massenstreik stellen soll. Der Massenstreik ist keine Sache, die man machen kann, wenn die Politik der parlamentarischen Künstler versagt hat.

Ein Massenstreik, unter solchen Umständen ins Werk gesetzt, ist von vornherein eine verlorene Sache. Im Irrtum sind die politischen Künstler, welche glauben, sie könnten den Massenstreik heraufbeschwören und ihn mit einem Wink der Hand wieder beenden. Das kann man nicht; Massenstreiks können erst eintreten, wenn die historischen Vorbedingungen dafür gegeben sind. Sie lassen sich aber nicht auf Kommando machen. Massenstreiks sind keine künstlichen Mittel, die angewandt werden können, wenn die Partei ihre Politik verfahren hat, um uns dann von heut auf morgen aus dem Sumpf zu ziehen. – Wenn sich die Klassengegensätze so verschärft haben und die politische Situation sich so zugespitzt hat, daß die parlamentarischen Mittel nicht mehr ausreichen, um die Sache des Proletariats vorwärtszubringen, dann erscheint der Massenstreik mit zwingender Notwendigkeit, und dann hat er, auch wenn er keinen unbedingten Sieg bringt, einen großen Nutzen für die Sache des Proletariats. Nur wenn die Situation so zugespitzt ist, daß sich jede Hoffnung auf Mitwirkung der bürgerlichen Parteien, namentlich der Liberalen, zerschlagen hat, bekommt das Proletariat die Wucht im Auftreten, die für den Erfolg des Massenstreiks notwendig ist. Demgemäß läßt sich der Massenstreik nicht vereinbaren mit einer Politik, die den Schwerpunkt ins Parlament legt.

Die belgische Bewegung ist eine Fundgrube der Belehrung über das Problem des Massenstreiks. Nachdem seinerzeit das Zensuswahlrecht² durch den Massenstreik beseitigt war, legten unsere belgischen Genossen den Schwerpunkt ins Parlament. Der Massenstreik wurde damit in den Schrank gehängt. Das Absehen von allen Aktionen des Proletariats war

¹ Siehe S. 240/241.

² Siehe S. 194, Fußnote 2.

¹ Siehe S. 136, Fußnote 7.

² In der Quelle: Pluralwahlrecht. – Siehe S. 199, Fußnote 1.

verbunden mit dem Plan, gemeinsam mit der bürgerlichen Linken das allgemeine Wahlrecht zu erringen. Aber die Wahl von 1912 brachte einen völligen Zusammenbruch des Liberalismus¹, und was von ihm noch übrig geblieben war, ging ins Lager der Reaktion über. Da brach ein Sturm der Entrüstung los. Sofort nach den Wahlen tauchte die Frage des Massenstreiks wieder auf. Aber die Leitung der belgischen Sozialdemokratie, die ihre Politik auf das Zusammenarbeiten mit den Liberalen eingerichtet hatte, suchte die Massen zu beruhigen durch das Versprechen, den Massenstreik für später vorzubereiten. Dann begann die systematische Verzögerung des Massenstreiks. An Stelle eines elementaren Ausbruches fing man eine neue Taktik an, man bereitete einen Massenstreik vor, der auf Monate im voraus festgelegt war. Nach einer Vorbereitung von neun Monaten ist endlich, da sich die Massen nicht länger zurückhalten ließen, der Streik zustande gekommen und zehn Tage mit bewundernswerter Disziplin geführt worden. Das Resultat war: Der Streik mußte abgebrochen werden bei der ersten Scheinkonkession, die fast nichts darstellt. Die belgischen Genossen hatten nicht das Gefühl, einen Sieg errungen zu haben. – Wir schen also, daß der Massenstreik in Verbindung mit der Großblockpolitik nichts als Niederlagen gebracht hat. Angesichts dessen werden wir es ablehnen, wenn man uns die Großblockpolitik im Süden und den Massenstreik in Preußen empfiehlt.

Auf der anderen Seite sagt man, es sei verfrüht, in Deutschland den Massenstreik zu propagieren, denn wir seien dazu weniger reif als das Proletariat anderer Länder. Parteigenossen, wir haben in Deutschland die stärksten Organisationen, die am besten gefüllten Kassen, die zahlreichste Reichstagsfraktion, und wir sollten allein im ganzen internationalen Proletariat nicht reif sein? Man sagt, unsere Organisation sei trotz ihrer Stärke doch nur eine Minderheit des Proletariats. Hiernach würden wir erst dann reif sein, wenn der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag im Wahlverein bezahlt haben. Auf diesen schönen Augenblick brauchen wir nicht zu warten. Bei allen wichtigen Aktionen rechnen wir nicht nur auf die Organisierten, sondern darauf, daß diese die unorganisierten Massen mit fortreißen. Wie wäre es denn mit dem proletarischen Kampf, wenn wir bloß auf die Organisierten zählen wollten. – Bei dem 10tägigen Generalstreik in Belgien waren mindestens zwei Drittel der Streikenden nicht organisiert. Daraus ist natürlich nicht der Schluß zu ziehen, daß die Organisation keine Bedeutung hat. Darin liegt ja die Macht der Organisation, daß sie versteht, zur rechten Zeit die Unorgani-

¹ Siehe S. 169, Fußnote 1.

sierten mit in die Aktion zu ziehen. Die Ausnutzung solcher Situationen ist ein Mittel, die Organisationen der Partei und der Gewerkschaften gewaltig wachsen zu lassen. Die Ergänzung der starken Organisationen muß eine großzügige, vorwärtsblickende Politik sein, sonst werden die Organisationen im stillen verfaulen. („Sehr richtig!“) Die Geschichte der Partei und Gewerkschaften zeigt uns, daß unsere Organisationen nur im Sturm gedeihen. Dann sammeln sich auch die Unorganisierten unter unseren Fahnen. Solche Organisationen, die für den Fall einer Aktion die Unterstützung im voraus auf den Pfennig berechnen, taugen nichts. Sie können den Sturm nicht aushalten. (Beifall.) Das alles muß man sich klarmachen und nicht so ängstlich die Scheidewand zwischen Organisierten und Unorganisierten ziehen.

Wenn verlangt wird, daß der Parteivorstand in Verbindung mit der Generalkommission den Massenstreik vorbereiten soll, so ist zu sagen: Massenstreiks lassen sich nicht machen. Aber das ist notwendig: Wir müssen uns klar sein, daß wir einer Situation entgegengehen, wo Massenstreiks in Deutschland unvermeidlich sind. – Wir haben erst jetzt wieder durch die Annahme der ungeheuren Militärvorlage einen Sieg des Imperialismus erlebt.¹ Nach manchen Hoffnungen, die man in unseren Reihen auf ein Zusammengehen mit den Liberalen setzte, sehen wir, daß diese dem Imperialismus den Steigbügel halten. Wenn unsere Fraktion bei der Deckungsvorlage bedauerlicherweise für die Besitzsteuern eintrat, so war das nichts anderes als die Absicht, zusammen mit den Fortschrittler und Nationalliberalen den Block der Blauschwarzen² auszuschalten. Aber die Liberalen haben uns ausgeschaltet und sich mit den Blauschwarzen verbunden und hinter dem Rücken der Sozialdemokraten ein elendes Pfuschwerk von Besitzsteuer gemacht. Die Schlußabstimmung unserer Fraktion bei der Deckungsvorlage hat eine mächtige Gärung in der auswärtigen Parteipresse und in Versammlungen hervorgerufen. Darüber werden wir auch auf dem Parteitag lebhafte Debatten haben. – Der Triumph des Imperialismus bei der Militärvorlage hat uns die neue schmerzhafte Lehre gebracht, daß auf die Liberalen nicht mehr zu rechnen ist. Deshalb ist es notwendig, den Massen die Augen zu öffnen. – Es ist Tatsache, daß unsere Parlamentarier der Illusion lebten, sie könnten mit den Liberalen einen Block gegen die Schwarzblauen bilden, und daß sie damit elend Fiasko gemacht haben. Dieser Sieg des Imperialismus war ein neuer Schritt zur Zuspitzung der Klassengegensätze. – Wir leben in einer Zeit,

¹ Siehe S. 215, Fußnote 1.

² Siehe S. 65, Fußnote 2.

wo auf dem Boden des Parlaments keine Vorteile für das Proletariat mehr errungen werden können. Deshalb muß die Masse selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Die Entwicklung geht dahin, daß der Massenstreik auch in Deutschland nicht von der Tagesordnung verschwinden wird. – Es gilt nicht, den Massenstreik vorzubereiten, sondern wir müssen darauf sehen, daß unsere Politik das Äußerste an Kraft ausdrückt, was in der gegenwärtigen Situation notwendig ist.

Der jüngste Abschnitt unserer Parteipolitik datiert von unserem Wahlsieg im Jahre 1912. Die größten Hoffnungen wurden auf diesen Sieg gesetzt. Ein im „Vorwärts“ abgedruckter Artikel Kautskys sprach davon, daß sich ein neuer Liberalismus bemerkbar mache.¹ – Das war eine sehr verhängnisvolle Illusion, die sich aber aus der für die Stichwahl gegebenen Dämpfungsparole² erklärt.

Die Dämpfung ist eine Politik, wie sie nicht sein soll.

Nach der Dämpfung kam die vage Hoffnung auf den neuen Liberalismus, dann die überschwenglichen Erwartungen, die sich an den Sitz eines Sozialdemokraten im Reichstagspräsidium knüpften. Alle diese Hoffnungen sind zu Boden gefallen³; aber sie zeigen, daß unsere Politik und Taktik nicht auf der Höhe steht. – Wir haben jetzt den Jubiläumsrummel⁴ erlebt und den Besuch des Blutzaren am Berliner Hofe⁵. Diese Gelegenheit hätte benutzt werden müssen zu irgendeiner republikanischen Aktion. Haben wir dazu 4 Millionen Sozialdemokraten, daß wir ins Mauseloch kriechen, wenn der Blutzar kommt? Wie viele Anhänger hätten wir gewinnen können, wenn wir eine Demonstration veranstaltet hätten!

Wenn wir uns den kommenden großen Ereignissen würdig zeigen wollen, dann dürfen wir nicht am verkehrten Ende anfangen und den Massenstreik technisch vorbereiten wollen. Wenn die Verhältnisse reif sind, dann wird sich auch die Taktik des Massenstreiks ergeben. Zerbrechen wir uns nicht die Köpfe mit der rechtzeitigen Unterstützung. – Was notwendig ist, Parteigenossen, das ist, daß Sie aufpassen auf die Parteipresse, damit sie Ihr Werkzeug ist und Ihre Meinung und Stimmung zum Ausdruck bringt. Auch darauf müssen Sie achten, daß unsere Parlamentarier hinter sich eine drängende Masse spüren, damit sie nicht so verhängnisvolle Bahnen betreten wie bei der Militärvorlage. Gestal-

¹ Siehe Karl Kautsky: Der neue Liberalismus und der neue Mittelstand. In: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 47 vom 25. Februar 1912.

² Siehe S. 91, Fußnote 3.

³ Siehe S. 121, Fußnote 1.

⁴ Siehe S. 249, Fußnote 2.

⁵ Siehe S. 232, Fußnote 2.

ten Sie die Organisation so, daß Sie nicht warten brauchen, bis mit dem Kommandostock von oben gewinkt wird, sondern daß der Kommandostock in Ihrer Hand ist. Nicht in technischen Einzelfragen dürfen Sie sich verlieren, wie Umgestaltung der Zahlabende und des Delegiertensystems. Alles das ist ja wichtig, aber vor allem muß sich das Auge den allgemeinen Richtlinien unserer Politik im Parlament und im ganzen Lande zuwenden. Die Politik darf nicht so gemacht werden, daß die Massen immer vor vollendeten Tatsachen stehen. Vor allem müssen Sie darauf sehen, daß die Presse eine scharfgeschliffene Waffe im Kampfe ist und daß sie die Dunkelheit in den Köpfen zerstreut. Die Massen müssen zur Geltung kommen, um das Schiff der Partei vorwärtszustoßen, dann können wir getrost in die Zukunft blicken. Die Geschichte wird ihre Sache schon machen. Schauen Sie, daß auch Sie Ihre Sache gut machen. (Starker Beifall.)

Rosa Luxemburg sagte in ihrem Schlußwort, sie sei von der Diskussion sehr enttäuscht.¹ Es sei beschämend, daß nicht andere Gegner aufgetreten seien. Was hier gegen sie gesagt worden sei, das sei an ihren Ausführungen vorbeigesprochen. Weiter betonte die Rednerin, sie habe nicht, wie in der Diskussion gesagt wurde, unsere Organisation herabgesetzt. Sie habe doch anerkannt, die Macht der Organisation sei so groß, daß, wenn sie rufe, die Massen sich unter ihre Fahne stellen. Die Organisation der Sozialdemokratie sei die Seele der Volksbewegung, des Klassenkampfes. Die große Masse sei der Leib. Man setze doch nicht die Seele herab, wenn man sage, sie sei imstande, den Leib mitzureißen. Die Geldfrage sei hier berührt worden. Zum Kriegsführen im Sinne des Militarismus sei Geld allerdings die Hauptsache. Im proletarischen Klassenkampf komme es aber auf die Kraft des Geistes an. Wer für gefüllte Kassen und große Mitgliederzahlen sorgen wolle, der müsse zeigen, daß er den Herzen der Masse die Nahrung geben könne, nach der sie lechzen. Wann und bei welcher Gelegenheit der Massenstreik kommt, könne die Rednerin nicht sagen. Aber sie wolle, daß, wenn er kommt, die Massen reif dafür seien. – Wenn wir auch an die Gesetze der Entwicklung gebunden seien, so sei es am letzten Ende doch unsere Aktion, die berufen sei, Werkzeug und Vollstrecker der Entwicklung zu sein. – Die Debatte über den Massenstreik solle nicht beeinträchtigt werden durch billige Begeisterung, auch

¹ Die Diskussionsredner hatten das Problem des Massenstreiks als politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse nicht erkannt und bei ihren Stellungnahmen für oder wider die Ausführungen Rosa Luxemburgs oberflächlich nur Teilstreiken behandelt.

nicht durch den Pessimismus, der nur mit eingeschriebenen Mitgliedern rechnet. Sie solle vielmehr Anstoß geben zu einer gründlichen Prüfung der Parteitaktik, nicht um kleinlich an den Führern zu nörgeln, sondern um große und starke Entschlüsse zu fassen. Dann werden Führer und Massen, wenn die Stunde ruft, auf dem Posten sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorwärts (Berlin),
Nr. 187 vom 24. Juli 1913.

Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage

I

Leipzig, 23. Juli

Das neueste Militärgesetz¹ spielt in jeder Hinsicht, sowohl durch seinen Umfang wie durch alle Begleitmomente, eine so epochemachende Rolle in der inneren Entwicklung Deutschlands, daß das Verhalten unsrer Partei diesem Gesetz gegenüber noch für eine geraume Zeit zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung werden dürfte. Namentlich kann über das Verhalten unsrer Fraktion im ganzen, nachdem die verschiedenen Ansichten und Argumente aus ihrer Mitte allmählich alle an die Öffentlichkeit gelangt sind, nunmehr ein abschließendes Urteil gefaßt werden.

Dieses Verhalten ist, was von vornherein bemerkt werden muß und was seine Beurteilung bedeutend erschwert, durchaus kein einheitliches gewesen. Vielmehr lassen sich im Verlaufe der drei Monate und der verschiedenen Stadien, in denen das Militärgesetz Gegenstand der Verhandlungen war, in der Haltung der Fraktion mehrere Schwankungen bemerken.

Daß schon die erste Lesung im April, bei aller Wahrung des prinzipiellen Standpunkts der Milizforderung durch unsre Redner, im ganzen die Partei nicht auf der erforderlichen Höhe zeigte, darf allerdings nicht auf das Schuldkonto der Fraktion in erster Linie oder wenigstens nicht allein auf ihr Konto gesetzt werden. Daß wir im ganzen gegen die ungeheure Vorlage gleich bei ihrem Auftauchen nicht das erforderliche Höchstmaß an Protest in allen unter den Umständen möglichen Formen wachzurufen verstanden haben, wird heute von der Mehrheit der Partei ebenso zweifellos wie schmerzlich empfunden. Gibt man darauf die Erklärung, daß die breiten Massen diesmal durch die angesagte Deckung aus den Mitteln der Besitzenden für unsre Agitation etwas stumpf und gleich-

¹ Siehe S. 215, Fußnote 1.

gültig gemacht worden sind, so ist damit für uns nicht eine Entschuldigung, sondern nur eine neue Anklage formuliert. Denn alsdann hatten wir erst recht die Pflicht, unser ganzes Verhalten darauf einzurichten, um bei den Massen die gefährliche Illusion zu zerstören, als würden die Kosten des Militarismus nunmehr auf die Schultern der Herrschenden abgewälzt. Alsdann war es Gebot der Selbsterhaltung für uns, sofort mit allem Nachdruck das Interesse der Öffentlichkeit von der Deckungsfrage ab- und der Wehrvorlage zuzuwenden, die finanzielle Seite der Vorlage hinter der politischen verschwinden zu lassen. Nur so konnte das Spiel der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit durchkreuzt werden, nicht in dem Sinne, daß wir die Annahme der Militärvorlage hätten verhindern können, wohl aber in dem schwerwiegenderen Sinne, daß wir moralisch, politisch den Sieg des Militarismus sofort in einen Pyrrhussieg verwandelt, ihn zur Revolutionierung der Geister vollauf ausgenutzt hätten. Ist dem aber so, dann verwandelte sich der Hinweis auf die Gleichgültigkeit der Massen infolge der eigenartigen Deckungsart der Militärvorlage in die schärfste Anklage gegen die Fraktion, denn sie hat im weiteren Verlauf der Verhandlungen und namentlich durch ihre Schlußabstimmung so ziemlich alles getan, um die gefährliche Illusion der Massen zu befestigen und dauernd zu erhalten.

Es unterliegt jetzt keinem Zweifel und wird durch Äußerungen aus der Mitte der Fraktion bestätigt, daß ein großer Teil, wohl die Mehrheit unserer Abgeordneten, gleich nach der ersten Lesung das Schwergewicht ihrer Aktion in die Deckungsfrage verlegen, die Wehrvorlage aber als eine im voraus entschiedene Sache, an der nicht viel mehr zu machen sei, hinnehmen zu müssen glaubte. Damit verband sich bei jenem Teil der Fraktion auch ein bestimmter politischer Plan, der dahin ging, die Verhandlung der Deckungsvorlage von der der Wehrvorlage zu trennen, um im Bunde mit den Liberalen eine Mehrheit gegen den Schwarz-Blauen Block¹ zu bilden und diesem eine Erbschaftssteuer und eine Reichsvermögenssteuer aufzuzwingen.

Daß die Trennung der beiden Vorlagen trotzdem keinen Nachteil von unserem Standpunkt aus zur Folge hatte, uns vielmehr ermöglicht hat, die Wehrvorlage im Plenum vor die breite Öffentlichkeit zu ziehen und agitatorisch auszunützen, ändert nichts an der Verfehltheit der obigen Taktik in ihren Grundlinien und in ihrer Begründung. Die zweite Lesung der Wehrvorlage ist von unsrer Fraktion – das steht außer Zweifel – in glänzender Weise für die Zwecke der Agitation ausgenützt worden.

¹ Siehe S. 65, Fußnote 2.

Durch die zum Teil vortrefflich formulierten und ebenso verteidigten Reformanträge in der zweiten Lesung hat uns die Fraktion Agitationsmaterial in Hülle und Fülle geliefert, und es bleibt nur zu wünschen, daß dieses wertvolle Material für die Massenaufklärung auch vollauf verwertet wird. Die zweite Lesung der Wehrvorlage bildete auch den Glanzpunkt und den Höhepunkt des ganzen drei Monate langen Kampfes. Berücksichtigt muß freilich werden, daß uns dabei Umstände zu Hilfe gekommen waren, die weder im Machtbereich der Fraktion noch in ihrer Berechnung lagen. Die zehn Tage der zweiten Lesung sind uns einzig und allein deshalb zugute gekommen, weil inzwischen der neue Deckungskompromiß¹ zwischen den Liberalen und dem Zentrum perfekt werden mußte. Man ließ uns im Plenum reden, weil und genau so lange, wie die Kuhhändler Zeit brauchten, um hinter unserm Rücken mit ihrem Geschäft fertig zu werden. Hätten unsre Vertreter in der Budgetkommission gegen die Trennung der Wehrvorlage von der Deckungsvorlage gestimmt, dann wäre der Kuhhandel der bürgerlichen Parteien nicht während der Plenarverhandlungen, sondern während einer parlamentarischen Pause abgeschlossen worden. Ob aber dieser Kuhhandel hinter den Kulissen einen Tag oder zehn Tage beanspruchen würde, das konnte kein Mensch im voraus wissen. Am allerwenigsten konnte die Fraktion im voraus auf eine solche Gnadenfrist mit Bestimmtheit rechnen, da sie vielmehr in ihrer Mehrheit umgekehrt darauf rechnete, selbst mit den Liberalen gegen das Zentrum wie gegen die Konservativen die Deckungsfrage zu erledigen. Was uns also bei der zweiten Lesung der Wehrvorlage als Frist für die Agitation im Plenum zugute gekommen ist, war nicht etwa die Frucht der geschickten Taktik der Fraktion, sondern in gewisser Hinsicht ein mehr oder weniger zufälliges Ergebnis des Umstandes, daß sich der taktische Plan der Fraktionsmehrheit zerschlagen hatte. Dies mindert nicht das Verdienst der Fraktion, die jene zufälligen Umstände zum Nutzen der Partei und für ihr Ansehen mit Kraft und Geschick gewendet hat. Es ist aber zur objektiven Einschätzung ihrer Taktik im ganzen durchaus nötig, sich darüber klarzuwerden, daß es nicht diese Taktik war, der wir die ausgiebigen Verhandlungen der zweiten Lesung verdanken. Es kam dies auch alsbald drastisch zum Ausdruck. Die Fraktion nahm es, wie man in den Parteiblättern sagen konnte und wie man jetzt hört, als selbstverständlich an, daß sie nunmehr ebenso für die Hinausschiebung der dritten

¹ Während der Reichstag in die zweite Lesung der Militärvorlage eintrat, einigten sich die National-liberale Partei, das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei hinter den Kulissen über ein von ihnen annehmbares Besitzsturzgesetz.

Lesung mit den Blauschwarzten stimmen würde, wie sie für die Beschleunigung der zweiten Lesung gegen diese Parteien gestimmt hatte. Leider sollte diese Entschließung nicht mehr praktische Bedeutung erlangen: Sobald das Zentrum mit den Liberalen hinter den Kulissen einig war, brauchte man uns nicht; die zweite Lesung wurde geschlossen, und das weitere spielte sich im Schnellzugtempo ab, ohne daß unsre Fraktion einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschäftsordnung mehr erlangen konnte.

Kurzum, wenn nach der bekannten Abstimmung in der Budgetkommission über die Trennung der beiden Vorlagen in unsrer Parteipresse und in Versammlungen Vorwürfe gegen unsre Fraktion laut wurden, als hätte sie die Beschleunigung der ganzen Verhandlungen verschuldet, so war dieser Vorwurf unseres Erachtens unberechtigt. Unsre Fraktion hatte in Wirklichkeit, wie das jetzt klar für jedermann zutage liegt, gar keinen Einfluß auf die Frist, in der die Militärvorlage im ganzen erledigt würde: Es waren bürgerliche Parteien, deren Kuhhandel schließlich über den Gang und den Ausgang der Dinge entschied. Daß sich unsre Fraktion eine Zeitlang einbildete, einen solchen entscheidenden Einfluß ausüben zu können, hängt mit jenen Illusionen in bezug auf den „linken Block“ zusammen, auf den wenigstens ein großer Teil unsrer Fraktion baute. Diese Illusionen lagen aber schon zertrümmert am Boden in dem Moment selbst, als die zweite Lesung der Wehrvorlage begann und als unsre Fraktion den Triumph über die „platonischen“ Geschäftsordnungsproteste der Konservativen und des Zentrums so voreilig genoß.

II

Leipzig, 24. Juli

Auf die zweite Lesung der Wehrvorlage folgte die zweite Lesung der Deckungsvorlage, und damit kam in die Haltung unsrer Fraktion eine merkliche Schwankung nach rechts, die unsre Position wieder verwirrte und schwächte. Was jetzt zur Verhandlung vor das Plenum gelangte, paßte so auf die beabsichtigte und erhoffte Gestaltung der Deckung, wie sie unsre Fraktion mit den Liberalen gegen die Schwarzblauen zustande zu bringen gedachte, wie die Faust aufs Auge. Die Absichten und Hoffnungen der Fraktionsmehrheit in dieser Hinsicht finden wir klipp und klar formuliert im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 29. Mai, wo es heißt:

„Für uns handelt es sich viel weniger um das Wann als um das Wie der neuen Steuern. Wenn je, so ist jetzt die Gelegenheit zu einer gründlichen

Finanzreform gegeben. [Hervorhebung – R. L.] Das Reich muß endlich zu einer wirklichen Besitzbesteuerung gelangen. In erster Linie steht nach wie vor die *Erbschaftssteuer*. Wenn es in England möglich ist, aus der Erbschaftssteuer jährlich 500 Millionen Mark aufzubringen, dann ist es in Deutschland erst recht möglich, 150 bis 200 Millionen Mark aus dieser Steuer zu gewinnen. *Als zweite Besitzsteuer ist eine Vermögenssteuer unbedingt erforderlich* [Hervorhebung – R. L.]... Nur dadurch bekommt der Reichstag wieder sein Recht der Einnahmebewilligung, nur dadurch kann sein Budgetrecht zu einem wirksamen Mittel wieder ausgestaltet werden.“¹

Mit dem Hinblick auf eine so aufgefaßte „gründliche Finanzreform“ war auch die Entscheidung unsrer Fraktion für die getrennte Behandlung der beiden Vorlagen begründet und erklärt:

„Die Einführung der Erbschafts- und Vermögenssteuer“, hieß es weiter im „Vorwärts“, „würde zugleich die Grundlage schaffen für die Durchführung einer wirklichen Finanzreform [Hervorhebung – R. L.], die die unsinnigsten und drückendsten indirekten Steuern beseitigen könnte. Gründliche Arbeit ist also notwendig, die um so eher geleistet werden kann, je freier der Reichstag in seinen Entschließungen ist. Die Lösung der Deckungs- von den Heeresvorlagen ist also in diesem Falle durchaus rationell.“²

Die schleierhafte Wendung von der gründlichen Arbeit, die um so eher geleistet werde, „je freier der Reichstag in seinen Entschließungen“ sei, bedeutet auf gut deutsch: Die Liberalen sollten durch die Sicherstellung der Wehrvorlage von dem Drucke der Rechtsparteien befreit werden, erst dann konnten sie mit der Sozialdemokratie in der Deckungsfrage „gründliche Arbeit“ leisten.

Was ist aus diesem Plan geworden? Die Rechnungen auf die Liberalen erwiesen sich wieder einmal als hoffnungslose Luftschlösser, als unverzeihliche Verblendung. Die Liberalen drehten uns eine Nase, ließen, nachdem die sozialdemokratische Fraktion ihnen zuliebe die getrennte Verhandlung der beiden Vorlagen mitbeschlossen hatte, zu dem Zentrum über und brauten mit diesem ein Deckungskompromiß zusammen. An Stelle der großen Erbanfallsteuer und der Reichsvermögenssteuer ist eine Spottgeburt getreten, die eine boshaft Karikatur auf jene beiden Steuern zusammen darstellt. An Stelle der „wirklichen Finanzreform“ ein Gelegenheitspfuschwerk, das selbst nach dem Bekenntnis aus freisinnigem Lager „den Weg zu einer wahrhaften Finanzreform verrammelte“ – siehe

1 Der Kampf um die Deckung. In: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 131 vom 29. Mai 1913.

2 Ebenda.

die Äußerung Gotheins im „Berliner Tageblatt“ vom 7. Juli. An Stelle einer „gründlichen Arbeit“ der linken Mehrheit im Sinne der fortschrittlichen Umgestaltung der Finanzverhältnisse des Reichs zur Schonung der arbeitenden Masse ist hinter dem Rücken der Sozialdemokratie eine Flickarbeit der Liberalen mit der klerikalen Hälfte der reaktionären Mehrheit zur möglichsten Schonung der agrarischen Hälfte dieser Mehrheit zustande gekommen.

Die politische Konstellation wie das praktische Resultat hatten sich also vom Standpunkte der Erwartungen unsrer Fraktion während der zweiten Lesung der Wehrvorlage in ihr direktes Gegenteil verkehrt. Es ist klar, daß die Fraktion, wenn sie sich freie Hand und freie Entschließung gewahrt hätte, demgemäß ihre Front ändern und nunmehr mit aller Kraft gegen das Deckungskompromiß und seine Väter zum Angriff übergehen mußte. Das allein hätte bei der zweiten Lesung der Deckungsvorlage im Plenum die glänzende Position gewahrt, die wir bei der zweiten Lesung der Wehrvorlage eingenommen hatten.

Es kam leider anders. Unsre Fraktionsredner Südekum und David zogen merkwürdigerweise die gänzliche Zertrümmerung ihrer ursprünglichen Pläne gar nicht in Rechnung, sondern behandelten das liberal-klerikale Steuerkompromiß nach wie vor als einen Triumph der Sozialdemokratie! Statt die Nichtwürdigkeit dieser Flickarbeit gegen eine wirkliche Finanzreform unbarmherzig zu zerplücken, bemühten sie sich umgekehrt, die epochemachende Bedeutung des Wehrbeitrags herauszu streichen und für die Zukunft den deutschen Finanzhimmel voller Geigen zu malen. Anstatt den elenden Verrat der Liberalen und ihren schmachvollen Umfall vor dem Lande, vor den Wählern rücksichtslos zu enthüllen und zu brandmarken, redeten sie den reaktionären Kuhhändlern mit Gewalt ein, daß sie unsre Fraktion *nicht* ausgeschaltet hätten, daß ihr Pfuschwerk „ein erster großer Erfolg“ der Sozialdemokratie, „eine Abkehr von der früheren Finanzpolitik Deutschlands“, eine erste Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms darstelle.

Mit einem Wort: Anstatt die Volksmassen zu warnen, zu ernüchtern, ihre Kritik gegenüber diesen „Besitzsteuern“ und „Opfern“ wachzurufen, sie für die Zukunft mißtrauisch zu machen, haben unsre Redner alles getan, um die Illusionen dieser Massen zu stärken, als erlebten wir den Anfang einer Weltwende, eine neue Ära, in der die Lasten des Militarismus immer mehr auf die Schultern der Besitzenden fallen würden. Der Gesamteindruck der zweiten Lesung der Deckungsvorlage war denn auch in der Tat in hohem Maße verwirrend und deprimierend.

Die dritte Lesung der Wehrvorlage brachte unsre Position wieder für einen Augenblick in die Höhe. Der Elan und die geistige Überlegenheit im Auftreten unsrer Redner, die Wucht, mit der das Erfurter Schreckensurteil¹ dem Reichstag aufs Haupt geschleudert wurde, verschafften unsrer Fraktion momentan wieder die ihr gebührende Offensive und damit volle Sicherheit und Klarheit des Standpunkts. Doch der nächste Moment – die Schlußabstimmung über die Deckungsvorlage – sollte leider die Gesamtaktion unsrer Abgeordneten mit einer Handlung krönen, die den Schwerpunkt der Taktik endgültig nach rechts verlegte: Es folgte die Annahme sowohl des Wehrbeitrags wie der Reichsvermögenszuwachssteuer durch unsre Fraktion.

Der Vorgang ist ganz neu in unsrer Parteigeschichte. Es ist *formell* ein Bruch mit unserm bisherigen Prinzip: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Es müßten demnach ganz klare und unzweifelhafte, äußerst wichtige und zwingende Gründe dafür sprechen, wenn sich die parlamentarische Vertretung der deutschen Sozialdemokratie entschließt, für die Hergabe von öffentlichen Mitteln zu Rüstungszwecken ihre Stimmen abzugeben. Welche Gründe kann die Fraktion in diesem Fall zur Rechtfertigung ihrer Handlungsweise anführen?

Ein äußerer Umstand beweist schon auf den ersten Blick, daß in diesem Fall keine klare, keine unzweifelhafte und keine unbedingt zwingende Notwendigkeit einer solchen Abstimmung vorlag: Innerhalb unsrer Fraktion selbst war ein ganzes Drittel zum mindesten fest überzeugt, daß die Ablehnung des Wehrbeitrags geboten war. Ein zweiter Umstand, der dies bestätigt, war die offizielle Erklärung selbst, die vom Genossen Haase als Kommentar zu unsrer Abstimmung im Reichstag verlesen worden ist.² Dieses in der Praxis unsrer Reichstagsfraktion ungewohnte Verfahren hatte den deutlichen Zweck, den prinzipiellen Standpunkt der Partei zu wahren, unterstrich jedoch damit nur um so mehr, daß die Abstimmung selbst kommentarbedürftig, vom prinzipiellen Standpunkt nicht einwandfrei, nicht unzweideutig war. Unsre Reichstagsabgeordneten grif

1 Am 27. Juni 1913 hatte das Erfurter Militärgericht sieben Reservisten zu mehrjährigen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie am 16. April 1913 nach einer sogenannten Kontrollversammlung der Reservisten unter Alkoholeinfluß randaliert hatten. Unter dem Eindruck dieses skandalösen Urteils nahm der Reichstag am 30. Juni 1913 auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ein Notgesetz an, wodurch einige Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs gemildert wurden.

2 Im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab Hugo Haase vor der Abstimmung über die einzelnen Gesetze der Deckungsvorlage eine Erklärung ab, in der dem außerordentlichen Wehrbeitrag und der Besitzsteuer zugestimmt und dies als Anfang der von der Sozialdemokratie geforderten Steuerpolitik bezeichnet wurde.

fen hier zu demselben Auskunftsmittel, das von den süddeutschen Genossen angewendet worden ist, als sie das Bedürfnis empfanden, ihre Abstimmung für das Budget¹ mit dem grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen. Damals wurde den badischen Genossen von der Gesamtpartei mit Entschiedenheit entgegengehalten, daß durch Worte, durch Erklärungen der politische Charakter einer Handlung wie der Budgetabstimmung nicht geändert werden könne, daß durch ein formales Bekenntnis zum Prinzip des Klassenkampfes der Widerspruch zwischen diesem Prinzip und der Zustimmung zu dem Budget des Klassenstaates nicht aufgehoben werde. Was für die süddeutschen Parlamentarier richtig, dürfte auch auf die Reichstagsfraktion zutreffen: War ihre Abstimmung durch unzweifelhafte, zwingende Gründe mit dem prinzipiellen Standpunkt der Partei zu vereinbaren, dann war die feierliche Erklärung überflüssig oder zum mindesten gleichgültig. Läßt sich aber die Abstimmung nicht aus dem Zwang der Lage und aus parteipolitischem Interesse rechtfertigen, dann hilft die Erklärung nicht im geringsten, den Verstoß gegen die Grundsätze gutzumachen. So oder so kommt es auf den Charakter der Vorlage, für die unsre Fraktion gestimmt hat, und auf die gesamte politische Situation an, es kommt auf den Wert der Handlung an, nicht auf die dabei zu Protokoll gegebenen Erklärungen.

III

Leipzig, 25. Juli

Die Vertreter der Fraktionsmehrheit rechtfertigen ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Deckungsvorlage mit der Notwendigkeit, die Kosten der militärischen Rüstungen, wenn man sie nicht verhindern kann, auf die herrschenden Klassen abzuwälzen, und mit unsrer Programmforderung der direkten Steuern. Vor allem: Wenn die Fraktionsmehrheit aus unserm Programm die Berechtigung, ja die Verpflichtung ableiten will, für jede wie immer geartete direkte Steuer unter allen Umständen stimmen zu müssen, so ist das eine ganz willkürliche Verkehrung des Sinns und Wortlauts unseres Parteiprogramms. Der entsprechende Passus im Erfurter Programm lautet:

„Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Besteitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend

¹ Siehe S. 142, Fußnote 2.

nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“¹

Das ist unsre Programmforderung. Was hier formuliert ist, ist entsprechend dem Sinne und Geiste des Programms und aller seiner Teile eine großzügige, umfassende, durchgreifende Reform des Finanzsystems in seinem Wesen, seinen Grundlagen und seinem ganzen Geiste. Hier ist gar keine Rede von direkten Steuern an sich, losgelöst vom ganzen Finanzsystem, als wären sie ein sozialdemokratisches Ideal. Die direkten Steuern erscheinen hier unter doppeltem Gesichtspunkt: erstens in der Gestalt einer gründlichen, allgemeinen, progressiven Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, die als solche zur mächtigen und reichfließenden Quelle der öffentlichen Mittel wird, zweitens als *einzigste* steuerliche Grundlage des Staatshaushalts. Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle: Dieser letzte Satz des Programmpassus ist die natürliche Ergänzung seines ersten Satzes. Die direkten Steuern sind hier nicht an und für sich, sondern *an Stelle* der indirekten gedacht.

Es ist also klar, daß unsre finanzpolitische Forderung eine so gründliche Reform des gesamten Charakters der heutigen Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches im Auge hat und auf diese Finanzwirtschaft genauso paßt wie unsre Forderung der Miliz auf das heutige Militärsystem oder unsre Forderung der Republik auf das Hohenzollernsche Gottesgnadentum. Das beweist aber nicht, daß unsre finanzpolitischen Forderungen utopisch und ungeeignet sind, unsrer täglichen Praxis im Parlament zur Richtschnur zu dienen; das beweist nur, daß es eben Forderungen des sozialdemokratischen und nicht des freisinnigen Programms sind. Die Verwirklichung dieses Steuerprogramms wird gerade infolge seines durchgreifenden radikalen Charakters – genauso wie die Verwirklichung der Milizforderung, mit der es auch in innigster Verknüpfung steht, aussichtslos unter den heutigen Machtverhältnissen – erst dann zur Tat werden können, wenn das klassenbewußte Proletariat die entscheidende politische Macht im Staate in die Hand genommen hat.

Die Programmforderungen sollen uns aber als Wegweiser und Richtschnur in unserm Tageskampfe dienen. Wir müssen heute schon alles bekämpfen, was ihre Verwirklichung erschwert und verzögert, und alles unterstützen, was sie beschleunigt und anbahnt.

¹ Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Dichtl, Berlin 1967, S. 85/86.

Ist nun die Deckungsvorlage, die in dem Hexenkessel des klerikal-nationalliberalen Kompromisses zusammengebraut worden ist, als eine solche Anbahnung anzusehen? Sind der Wehrbeitrag und die Reichsvermögenszuwachssteuer, die bloß eine Karikatur jeder rationellen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer sind und auf Jahre hinaus den Weg zu jeder rationellen Finanzreform in dieser Richtung versperren, ein wenn auch noch so bescheidener Anfang der Ersatzung der indirekten Steuern durch direkte, der Befreiung der arbeitenden Massen von der Finanzlast des Militarismus? Die Mehrheit unsrer Fraktion, deren Wortführer in diesem Falle Südekum und David waren, bringt es fertig, dies zu bejahren, und zwar mit dem Hinweis auf die folgende einfache Tatsache: Hätte die sozialdemokratische Fraktion am 30. Juni nicht zur Annahme der beiden Steuern mitgeholfen, dann würden wir im Herbst tod sicher eine viel ungünstigere Konstellation im Reichstag und damit anstatt der Besitzsteuer neue indirekte Steuern bekommen. Der „Vorwärts“ schrieb am 1. Juli über die Abstimmung unsrer Fraktion: „Sie hat sich zur Zustimmung (zu den neuen Steuern – R. L.) entschlossen und dadurch verhindert, daß wiederum, wie bisher, die Lasten der neuen Rüstungen auf die Schultern der breiten Massen abgewälzt werden sind.“¹

Hier verfallen die Verteidiger der Fraktionsmehrheit in einen merkwürdigen Widerspruch mit ihren eigenen Worten und Erklärungen. Auf der einen Seite hören wir, daß die neuen Besitzsteuern unter dem Druck der 4½ Millionen sozialdemokratischer Wähler zustande gekommen sind, daß wir in diesen Steuern „Anzeichen für den Lauf, den die militaristische Entwicklung nehmen wird“, zu sehen haben: „Die Kräfte, die für die Volkswehr und die progressiv steigenden direkten Steuern wirken, werden von Tag zu Tag stärker. Ob sie wollen oder nicht – die bürgerlichen Parteien mitsamt ihrem regierenden Ausschuß werden gezwungen, die Richtung auf dieses Ziel einzuschlagen.“² [Hervorhebung – R. L.] So schrieb der „Vorwärts“ am 28. Juni, zwei Tage vor der definitiven Abstimmung. Und im Reichstag zerschmetterten gleichzeitig Südekum wie David die bürgerlichen Parteien mit düsteren Prophezeiungen, daß nunmehr keine Rettung für sie übrig sei, daß der eherne Zwang der Entwicklung den einmaligen Wehrbeitrag und das Pfuschwerk der Deckungssteuer von Jahr zu Jahr würde unerbittlich wiederkehren und wachsen lassen.

1 Ein Ende und ein Anfang. In: Vorwärts, Nr. 164 vom 1. Juli 1913.

2 Der Kampf um die Deckung. In: Vorwärts, Nr. 161 vom 28. Juni 1913.

Als es aber zur Abstimmung kam, da verwandelten sich der Druck der 4½ Millionen Wähler, „die Kräfte“, die für die steigenden direkten Steuern von Tag zu Tag stärker wirken, und der eherne Zwang der Verhältnisse offenbar in blauen Dunst. Denn schon bis zum Herbst sollte ihre Wirkung versagen, und die neuen Besitzsteuern sollten als ein pures Zufallsprodukt einer momentanen parlamentarischen Konstellation betrachtet werden, als ein Glücksfall der Lotterie, der schnell am Schopfe gefaßt werden müßte, damit er ja nicht wieder auf lange Zeit entschlüpfe.

Eins von beiden. Waren die neuen Deckungsmittel der Militärvorlage wirklich nur der erste Anfang einer ganzen im Gang der Dinge liegenden Entwicklung, die uns dahin bringen soll, die Lasten des Militarismus immer mehr auf die besitzenden Klassen abzuwälzen, wie uns das Zentralorgan und die Fraktionsmehrheit versichern, dann ist es lächerlich, davon zu sprechen, daß im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage durch die sozialdemokratische Fraktion am 30. Juni die schöne Gelegenheit nicht mehr wiederkehren würde, daß wir im Herbst unweigerlich anstatt der direkten Steuern zur Strafe neue indirekte Lasten bekommen würden und daß deshalb eine Notwendigkeit vorlag, für das Zustandekommen der neuen Besitzsteuern ein Opfer des sozialdemokratischen Prinzips zu bringen, für die ungeheuerlichste aller Militärvorlagen mit sozialdemokratischen Stimmen Mittel zu bewilligen.

Oder aber hing die Annahme der Besitzsteuern diesmal wirklich nur an einem Haar und würde im Falle der Ablehnung im Herbst keine ernsten Aussichten mehr haben, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, dann ist die ganze glorreiche finanzpolitische Perspektive des unvermeidlichen Hineinwachsens Deutschlands in das System der direkten Besteuerung, die uns vorgemalt wird, nichts als ein Humbug.

Der klaffende Widerspruch, der hier zwischen den Worten der Fraktionsmehrheit und ihrer Abstimmung liegt, ist nur eine Probe der allgemeinen Unklarheit ihrer Taktik in diesem Falle.

Doch die Hauptsache: Durch den Hinweis auf die eventuell im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage drohenden neuen indirekten Steuern soll das klerikal-nationalliberale Steuerkommiß im Geiste unseres Programms als ein Ersatz für indirekte Steuern, als eine wenigstens teilweise Abwälzung der Lasten von den Besitzlosen auf Besitzende erscheinen.

Nun, wir sind in der glücklichen Lage, die Probe aufs Exempel gleich machen zu können. Wir haben es gar nicht nötig, erst durch hypothetische

Kombinationen über das, was uns eventuell im Herbst an neuen Steuern beschert werden würde, die Frage zu prüfen. Unsre Fraktion konnte sich sehr leicht überzeugen, ob die neuen Besitzsteuern als ein *Ersatz* für indirekte Volksbelastung im Sinne unseres Programms aufzufassen waren: Das wurde ihr wenige Stunden vor der Schlußabstimmung an den Schicksalen der *Zuckersteuer*¹ faustdick gezeigt. Hier war der Fall gegeben, hier war der Rhodus, wo gesprungen werden mußte. Wäre auch nur diese einzige von den zahllosen bestehenden Lasten auf dem Verbrauch der Massen abgeschafft oder auch nur ermäßigt worden, so konnte die Behauptung der Fraktion, daß sie durch die neuen Besitzsteuern die Bürde der arbeitenden Masse erleichtert habe, wenigstens eine gewisse Berechtigung beanspruchen. Doch gerade hier war alle Mühe und aller Kampf unsrer Fraktion vergeblich. Hier stand sie fast ganz allein gegen die geschlossene Mauer der bürgerlichen Parteien. An den Schicksalen der Zuckersteuer hatte es sich also, wie kaum drastischer möglich, geoffenbart, daß durch die „Opfer“ der Besitzenden für den Militarismus auch nicht eine einzige von den *bestehenden* indirekten Steuern beseitigt werden sollte. Es zeigte sich, daß die neuen Militärlasten nicht eine *Entlastung* des Volkes und anstatt dessen eine Belastung der Herrschenden bedeuten, sondern daß sie die hartnäckigste *Beibehaltung* des ganzen bestehenden Systems der indirekten Steuern bloß durch eine minimale Heranziehung der unteren Schichten der Besitzenden ergänzen wollen. Dies kam an der Hand einer der volksfeindlichsten und verhaßtesten indirekten Steuern wie der Zuckersteuer so populär, so lapidar zum Ausdruck, daß man staunen muß, wie ruhig sich unsre Parlamentarier über diese Belehrung haben hinwegsetzen können. Es ist also feststehende Tatsache: Die *bestehenden* Lasten des Volkes sind durch die neuen direkten Steuern auch nicht um ein Jota verminder worden. Mit dem Sinn unsrer Programmforderung hat das angenommene Steuerkompromiß also nichts zu tun, denn unser Programm spricht ausdrücklich von einem *Ersatz* *bestehender* indirekter Steuern durch direkte. Es bleibt von den Erklärungen der Fraktionsmehrheit demnach nur eine Deutung, die eine neue, freie Auslegung des Parteiprogramms darstellt: Wir hätten einfach jede direkte Steuer an und für sich schon als einen „*Ersatz*“ für indirekte Steuern und somit unter allen Umständen als eine „*Verhütung*“ neuer Volksbelastung zu betrachten, denn kommt die direkte Steuer nicht zustande, dann droht

¹ Um die zur Deckung der Militärvorlage benötigten Summen aufzubringen, wurden die indirekten Steuern wie die Zuckersteuer aufrechterhalten, obwohl bereits 1909 gesetzlich eine Ermäßigung der Zuckersteuer beschlossen worden war.

unweigerlich an ihrer Stelle jederzeit eine neue volksfeindliche Verbrauchssteuer.

Dieser finanzpolitischen Weisheit verlohnt es sich in jeder Hinsicht, genaue Aufmerksamkeit zu schenken.

IV

Die Auffassung unsrer Fraktionsmehrheit, die darauf hinausläuft, daß man eigentlich jede direkte Steuer als eine „*Verhütung*“ indirekter Steuern zu betrachten habe, beruht auf der Annahme, daß die Einführung indirekter Steuern an sich überhaupt jederzeit und in jedem Umfang möglich ist, wenn sich nur der gute Wille der Parlamentsmehrheit dazu bereit findet. Demnach würde an Stelle jeder abgelehnten direkten Steuer unweigerlich eine oder mehrere indirekte, volksbelastende treten.

Diese Auffassung ist finanzpolitisch und ökonomisch total verfehlt. Die Einführung von steuerlichen Belastungen des Massenverbrauchs als nackte parlamentarische Machtfragen betrachten hieße für jeden ernsteren Politiker, auch aus dem bürgerlichen Lager, sich ein Armutsszeugnis ausstellen. Der unfähigste preußische Finanzminister wird nicht eine solche steuerpolitische Maxime zu vertreten wagen, und wagte er es, so würde er verdienen, wegen Mangel an elementarer ökonomischer Vorbildung vom Amte weggejagt zu werden. Auch hier haben es die herrschenden Klassen denn doch nicht gar so bequem mit dem Herrschen, sie sind vielmehr in ihrer Ausplünderungspolitik im Staate wie auch in dem industriellen Privatbetriebe an gewisse objektive Schranken gebunden: an die jeweilige wirtschaftliche Konjunktur und an die Leistungsfähigkeit des Ausbeutungsobjekts, der arbeitenden Massen. Es ist schon eine elementare Erkenntnis der Finanzpolitik, daß jedes neue Steuerbündel, das dem Verkehr und den Konsumenten aufgebürdet wird, eine gewisse Zeit erfordert, in der sich die Gewohnheiten, Beziehungen und das Lebensniveau der Masse an die neuen Anforderungen anpassen. Soweit die Rücksichtslosigkeit und der Appetit der bürgerlichen Mehrheit und der Regierung gehen mögen, sie müssen auch im Einführen von indirekten Steuern und Zöllen gewisse Pausen und ein gewisses Maß beobachten, denn wird dieses überspannt, so versiegts einfach die Quelle, und die Einnahmen gehen zurück, statt zu wachsen. Wenn wir jetzt in Deutschland den einmaligen Wehrbeitrag und die Reichsvermögenszuwachssteuer gekriegt haben, so vor allem deshalb, weil sowohl die Reichsregierung wie die

ausschlaggebenden Parteien – das Zentrum und die Liberalen – die feste Überzeugung hatten, daß eine weitere indirekte Belastung der Massen vorerst einfach undenkbar war. Nach dem großen Raubzug der letzten Zolltarifrevision¹ und der letzten „Finanzreform“² mußte eine gewisse Pause eintreten. Das sagten auch Freisinige im „Berliner Tageblatt“:

„Die indirekten Steuern und Zölle erneut heranzuziehen erweist sich deshalb als undurchführbar, weil die Belastung des Volkes damit bereits das zulässige Maß überschritten hat... Darüber bestand bei der erdrückenden Mehrheit des Reichstages keine Meinungsverschiedenheit, daß neue Lasten im wesentlichen nur auf den Besitz gelegt werden konnten.“

Dazu kam noch die Angst vor den Wählern, unser Sieg im letzten Jahre, der Druck der 4½ Millionen sozialdemokratischer Stimmen. Daß sich aber angesichts der Unmöglichkeit, diesmal neue Lasten dem Volke aufzubürden, die herrschenden Klassen entschlossen haben, in den eigenen Beutel zu greifen, darin kam ein anderer Druck, ein anderer übermächtiger Faktor zum Vorschein: der Riesenschritt des deutschen Imperialismus. In der ersten militärischen Deckungsvorlage aus Besitzsteuern liegt in der Tat ein höchst bedeutsames Symptom, in gewisser Hinsicht ein Wendepunkt und ein Markstein in der politischen Entwicklung Deutschlands, nur in ganz anderm Sinne, als unsre Fraktionsmehrheit es herausgelesen hat. Es zeigte sich hier, daß das Wachstum des deutschen Militarismus nunmehr in ein so rasendes Tempo verfallen ist, daß selbst die unermüdliche indirekte Steuerschraube des Deutschen Reichs mit ihm nicht gleichen Schritt zu halten vermag. Es zeigte sich, daß die Anforderungen der imperialistischen Entwicklung nicht mehr auf die unvermeidlichen ökonomischen und steuertechnischen Pausen und Schranken der indirekten Besteuerung zugeschnitten werden können und daß wir in Deutschland bereits in die Periode eingetreten sind, wo neben der äußersten Anspannung der Verbrauchssteuern, die auf der breiten Volksmasse lasten, eine teilweise Inanspruchnahme der Schichten der Bourgeoisie notwendig geworden ist. Daß in diesem Zusammenhang das Novum der teilweisen Ausdehnung des direkten Steuersystems von den Einzelstaaten auf das Reich, den Hort des deutschen Militarismus, stattgefunden hat, ist gerade der handgreifliche Ausdruck für die Tatsache, daß der finanzpolitische Umschwung, der Beginn der „neuen Ära“ unter den Auspizien des Militarismus, unter seinem Druck und in seinem Sinne stattgefunden hat. Bisher kam das Reich, d. h. der Militarismus, mit Zöllen und Ver-

1 Siehe S. 60, Fußnote 1.

2 Siehe S. 60, Fußnote 2.

brauchssteuern aus, nunmehr kann er nicht mit diesen Mitteln allein auskommen. Und waren die direkten Steuern bisher den Einzelstaaten, d. h. der übrigen Domäne des kapitalistischen Staates außerhalb des Militarismus vorbehalten, so wird nunmehr auch diese Quelle der öffentlichen Mittel in den Machtbereich des Militarismus gezogen, von ihm teilweise aufgesogen werden.

Was folgt daraus? Es folgt erstens, daß die herrschenden Klassen nunmehr auch selbst gewisse Kosten für die Erhaltung ihres „geschäftsführenden Ausschusses“, des militaristischen Klassenstaats, beitragen müssen – Kosten, die jedoch durch den Bedarf des Militarismus zum größten Teil wieder in die Taschen der schweren Industrie und der Finanz wandern, dadurch aber durch tausend Kanäle den Blutkreislauf der ganzen kapitalistischen Wirtschaft beleben, den Puls der Ausbeutung anspannen, die Profitmacher stärken und ausdehnen. Es folgt zweitens, daß die unter solchen Umständen, in solchem ökonomischen und politischem Zusammenhang eingeführten direkten Steuern nicht ein Mittel sind, bestehende indirekte Steuern zu ersetzen oder auch nur neue zu „verhüten“, sondern daß sie, indem sie dem Wachstum des Molochs Militarismus neue Nahrung zuführen, die sicherste Gewähr für neue indirekte Steuern in nicht ferner Zukunft in ihrem Schoße tragen. Lassen sich auch die Belastungen der Volksmasse nicht schrankenlos und nicht in jedem Augenblick, wie es nunmehr das Kommando des Militarismus erheischt, durchsetzen, so bildet dafür jede Besitzsteuer einen neuen kräftigen Stachel, um bei der nächsten Möglichkeit, bei der nächsten besseren Konjunktur Kompen-sationen in Gestalt von neuen indirekten Steuern zu fordern. Die Finanzgeschichte der modernen großkapitalistischen Staaten bietet Beispiele genug dafür, und schon an ihrer Schwelle leuchtet ein Beispiel klassischer Art. Während des Bürgerkrieges der amerikanischen Union ist ein „patriotischer Wehrbeitrag“ in Gestalt von unerhörten Kriegssteuern eingeführt worden, die jedes Vermögen, jedes Einkommen, jedes Gewerbe rücksichtslos anpackten. Hätten unsre Südkum und David damals im Washingtoner Kongreß gesessen, sie würden diesen rücksichtslosen Angriff auf die Taschen der Besitzenden wahrscheinlich nicht mehr für den Anfang einer neuen finanzpolitischen Weltwende im Sinne des sozialdemokratischen Programms, sondern schon direkt für den leibhaftigen sozialistischen Staat erklärt haben und natürlich, „da der Krieg nun einmal trotz unseres Protestes Tatsache war“ und es sich nur noch darum handelte, „seine Kosten den Besitzenden aufzubürden“, für diese blutigen Besitzsteuern samt und sonders gestimmt haben. Die Folge der Kriegs-

steuern war aber, daß gleich nach der Beendigung des Krieges eine „Ver-gütung“ der „schwer belasteten Industrie“ durch Zölle begann, die in eine beispiellose schutzzöllnerische Orgie ausartete. Und – das ist der besondere Witz der Geschichte – dieser Schrei nach der „Kompensation“ für die Besitzsteuern diente fortgesetzt zum Ausbau jenes ungeheuerlichen Schutzzollsystems der Vereinigten Staaten, das in seinen Grundlagen bis zu der ersten Reform in diesem Jahre¹, also sechzig Jahre lang, angehalten hat, nachdem jene einstigen Besitzsteuern, die ihm zum Vorwand gedient hatten, längst wieder aufgehoben worden waren.

Zeigt so das amerikanische Beispiel, wie schon die Opfer der Besitzenden auf dem Altar des Militarismus die indirekte Volksbelastung „verhüten“, so haben wir nach einem Gegenstück dazu nicht weit zu suchen: Es ist in der eigenen Finanzgeschichte des Deutschen Reichs enthalten, und zwar in der Finanzreform des Jahres 1909. Dort war die Erbschaftssteuer schon von vornherein mit einem Pack neuer indirekter Steuern verbunden. Die Besitzsteuer kam hier gleich mit ihrer natürlichen Ergänzung, mit Verbrauchssteuern, auf die Welt, und zwar in typischem, symptomatischem Verhältnis. 90 bis 100 Millionen an direkter Steuer, gepaart mit 400 Millionen neuer indirekter Lasten, das war das „normale“ Verhältnis, in dem Besitzsteuern im heutigen kapitalistischen Staate zu den Verbrauchssteuern stehen. Nicht als Ersatz für bestehende Lasten des Volkes, nicht als Verhütung neuer Lasten, sondern umgekehrt als Deckung, als Flagge, unter der neue indirekte Steuern, und zwar im dreifachen, vierfachen Verhältnis, einherziehen – so trat die Erbschaftssteuer in der Finanzreform des Jahres 1909 auf. Ob dabei die Paarung zwischen neuen direkten und neuen indirekten Steuern gleich in einer gemeinsamen Vorlage klipp und klar zutage tritt, wie 1909, oder erst nach Verlauf von einigen Jahren durch getrennte Gesetze bewerkstelligt wird, dürfte für etwas weiterblickende Politiker keinen wesentlichen Unterschied ausmachen. Nur im Zusammenhang mit jener lehrreichen Episode der deutschen Finanzgeschichte kann deshalb die letzte Deckungsvorlage richtig eingeschätzt werden, und man muß staunen über die Blindheit gegenüber diesen Lehren des gestrigen Tages, wenn unsre Fraktionsmehrheit es fertig bringt, sich und der Welt allen Ernstes einzureden, der Wechselbalg der Besitzsteuern, den das Zentrum und die Nationalliberalen zur neuen Stärkung des deutschen Militarismus zusammengebracht haben, „verhüte“ dauernd eine Neubelastung des deutschen Volkes mit indirekten Steuern.

¹ Im Oktober 1913 trat in den USA ein neuer Zolltarif in Kraft, der insbesondere die Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte verringerte.

Schon die Frist von wenigen Jahren dürfte genügen, um jene leichtsinnige Erklärung der Fraktion in alle Winde zu zerstreuen und neue Verbrauchssteuern, die die Masse schwer treffen, auf dem Tische des Hauses erscheinen zu lassen!

So sieht das Hauptargument der Fraktionserklärung in der nüchternen Wirklichkeit aus. Doch sehen wir uns nach andern Momenten um.

V

Das zweite Hauptargument der Fraktionsmehrheit, das ihre Zustimmung zu den direkten Steuern für die Militärausgaben rechtfertigen soll, ist die Hoffnung, „daß die damit eingeleitete schärfere Heranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreibereien abzukühlen [Hervorhebung – R. L.] und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern“¹.

Diese Taktik, die der Bourgeoisie den Militarismus „vereckeln“ zu können glaubt, indem sie ihr die Geldausgaben für den Militarismus zu einem Teil aufbürdet, ist auf den sogenannten gesunden Menschenverstand berechnet oder genauer auf eine rein kleinbürgerliche, platte und mechanische Auffassung, die in dem modernen Militarismus lediglich ein „Geschäft“, lediglich eine Geldfrage erblickt, hingegen von der wirtschaftlichen und politischen Funktion des Militarismus in der kapitalistischen Gesellschaft, von seiner fundamentalen Rolle für den Bestand der Klassenherrschaft, von den Tendenzen der heutigen imperialistischen Geschichtsphase gänzlich absieht.

Auch hier brauchte unsre Fraktion nur nach der historischen Erfahrung, nach einem naheliegenden Beispiel zu greifen: Sie brauchte nur nach Großbritannien zu blicken. Dort haben wir das kapitalistische Musterland der direkten Steuern. Dort ist der Besitz längst und in hohem Maße zu den Kosten des Militarismus herangezogen. Nach der Denkschrift des Reichsschatzamts zur Begründung der Deckungsvorlage betragen die Einnahmen aus direkten Steuern (nach den Voranschlägen 1911) im Deutschen Reich 2 Milliarden Mark, in Großbritannien 2,6 Milliarden Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an direkten Steuern im Deutschen Reich nur 30,89 Mark, in Großbritannien aber 59,27 Mark, d. h.

¹ Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 290. Stenographische Berichte, Berlin 1913, S. 5927.

das Doppelte, außerdem aber an Erbschaftssteuer im Deutschen Reich auf den Kopf 95 Pf, in Großbritannien 11,66 Mark. Gerade in den letzten Jahrzehnten ist die Heranziehung der Besitzenden in England zu den Kosten des Staatshaushalts immer energischer betrieben worden. Die direkten Steuern betrugen hier (nach einer andern Berechnung) auf den Kopf im Jahre 1875 7,64 Mark, hingegen im Jahre 1908 26,55 Mark, d. h., sie sind gewachsen um 250 Prozent! Mußte sich da nicht „die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreibereien abkühlen“, mußte da nicht der britische Militarismus nach und nach zusammenschrumpfen und wie ein welkes Blatt abfallen? Nun, Tatsachen und Zahlen zeigen merkwürdigerweise das umgekehrte Bild. In derselben Zeitspanne von 1875 bis 1908 sind die Ausgaben Englands für Heer und Marine von 16,10 Mark pro Kopf der Bevölkerung auf 26,42 Mark gestiegen. Ja, das Wachstum des Militarismus ging hier wie in den übrigen kapitalistischen Großstaaten in immer rascherem Tempo. Nur in den letzten 25 Jahren, 1883 bis 1908, sind die Ausgaben Englands für Heer und Flotte um 112 Prozent gestiegen. Wir brauchen auch nur einen Blick auf die Kolonialgeschichte Englands zu werfen, um den Zusammenhang dieses Wachstums zu verstehen. Gerade in die Periode des starken Wachstums der direkten Besteuerung seit 1875 fallen ja die gewalttätigsten Vorstöße des britischen Imperialismus: zu Beginn der achtziger Jahre das Verschlucken Ägyptens, das ganze achte Jahrzehnt hindurch das Vorrücken Schlag auf Schlag in Zentral- und Südafrika, in den neunziger Jahren der Burenkrieg¹. Also gerade in den letzten Jahrzehnten reckt sich und streckt sich der britische Imperialismus zu seiner ganzen Größe aus, und die englische Bourgeoisie, die so schwere direkte Steuern bezahlen muß, kühlte in dieser Zeit ihre Begeisterung für den Militarismus nicht ab, sondern kommt merkwürdigerweise in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr in die Begeisterung hinein. Der Geist Cecil Rhodes², der Niedergang des englischen Liberalismus, Chamberlain und der Jingoismus sind alles Erscheinungen jüngsten Datums, und eine ungeheure Flottenvorlage jagt dort die andre – um die Wette mit unsern Militär- und Flottenvorlagen.

1 Nach der Entdeckung von Goldfeldern in Transvaal hatte England im Oktober 1899 einen Krieg gegen die Burenrepublik in Südafrika provoziert. Nach anfänglichen militärischen Schwierigkeiten gelang es dem englischen Imperialismus durch einen brutalen Unterdrückungsfeldzug, die Buren im Mai 1902 der britischen Herrschaft zu unterwerfen.

2 Cecil J. Rhodes, ein Verfechter der englischen Kolonialexpansion, hatte am Ende des 19. Jahrhunderts auf den Zusammenhang zwischen Expansion und Kampf gegen den Sozialismus hingewiesen, indem er erklärte, daß das Empire eine Magenfrage sei, und wer den Bürgerkrieg nicht wolle, müsse Imperialist werden.

Ist nun den Arbeitern, den Sozialdemokraten in England der Kampf gegen den Militarismus durch die britische Steuerpolitik „erleichtert“ worden? Dieser Kampf ist umgekehrt in England viel schwächer, viel ohnmächtiger als in Deutschland. Ja, gerade in England hat sich sogar ein Teil der Arbeiterschaft und der Sozialisten von der imperialistischen Flottenbegeisterung der Bourgeoisie mit ins Schlepptau nehmen lassen. Das beweist natürlich für einen denkenden Politiker nicht, daß wir die indirekten Steuern und die Abwälzung der Militärlasten auf das arbeitende Volk der direkten Besteuerung vorzuziehen hätten. Ein solcher Schluß wäre genauso roh und plump wie die umgekehrte Spekulation: die direkten Steuern seien das einfachste Mittel, dem Militarismus hinterrücks, mit den Händen der Bourgeoisie, nach und nach das Lebenslicht auszublasen, ihn sozusagen am Geiz der Kapitalisten krepieren zu lassen.

An dem Beispiel der britischen Geschichte für die letzten 40 Jahre zeigt sich vielmehr, daß der Militarismus im heutigen kapitalistischen Klassenstaat offenbar tiefere Wurzeln hat, als daß er sich durch eine boshafte Steuerpolitik abwürgen ließe. Es zeigt sich, daß, trotzdem *finanztechnisch* die herrschenden Klassen in England die Kosten „ihres“ Militarismus tragen – die Rechnung für das Jahr 1908 lautet: direkte Steuern 26,55 Mark pro Kopf, Ausgaben für Heer und Marine 26,42 Mark pro Kopf –, der englische Kapitalismus daran weder zugrunde gegangen noch auf den Bettelstab gekommen ist. Umgekehrt, er macht glänzende Geschäfte, was zu beweisen scheint, daß auch dann, wenn die Kosten des Militarismus *äußerlich, finanztechnisch*, auf der Bourgeoisie lasten, sie dabei sowohl ökonomisch ihre Auslagen wieder in ihre Taschen mit Zinseszinsen zurückzubringen versteht wie mit Hilfe des Militarismus ihre Profitmacherei, ihre Klassenherrschaft, ihre Ausbeutung glänzend zu betreiben und fördern vermag.

Es folgt endlich aus alledem, daß zur Erleichterung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Militarismus nicht die finanzpolitischen Illusionen und eitlen Hoffnungen auf eine „Dämpfung“ des Militarismus durch direkte Steuern dienen können. Es folgt umgekehrt gerade aus dem Beispiel der englischen Arbeiter, daß für den Kampf des Proletariats gegen den Militarismus nichts so gefährlich und hinderlich ist wie die Einbildung, als komme es bei dem Militarismus in erster Linie darauf an, wieviel er koste, und – dies die Hauptsache – als trage die Bourgeoisie, wenn sie direkte Steuern zahlte, auch wirklich die Kosten der militärischen Entwicklung. Es folgt, daß „zur Erleichterung unseres Kampfes gegen den Militarismus“ nichts so wichtig ist wie die gründ-

liche Aufklärung der Volksmassen über die wirklichen ökonomischen und politischen Wurzeln des heutigen Militarismus als eines Pfeilers der Ausbeutung und der Klassenherrschaft unter allen Umständen und bei allen finanzpolitischen Deckungsmethoden, über die Tatsache, daß es in letzter Linie auch unter direkten Steuern die Arbeiterklasse ist, die in jeder Hinsicht, wirtschaftlich wie politisch, die Zeche zu zahlen hat, und daß man deshalb diesem System keinen Mann und keinen Groschen bewilligen dürfe.

Allen diesen Standpunkten hat die Fraktionsmehrheit sowohl durch die von unsren Rednern bei der zweiten Lesung der Deckungsvorlage gehaltenen Reden wie durch die Motivierung ihrer Schlußabstimmung direkt zuwidergehandelt.

Es bleibt nur noch, die politische Situation zusammenzufassen, aus der heraus die Taktik der Fraktion erst ihre Gesamtwürdigung erhalten kann.

VI

Leipzig, 29. Juli

Die ganze politische Perspektive, nach der die Fraktionsmehrheit ihre Taktik orientiert hat, war also unseres Erachtens verkehrt. Die Militärvorlage durfte nicht als das Anzeichen einer Entwicklung Deutschlands in der Richtung auf die Volkswehr gedeutet werden, wie der „Vorwärts“ am 28. Juni schrieb, die Deckungsvorlage durfte nicht als ein erster Anfang der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms gedeutet werden, wie die Genossen Südekum und David im Plenum verkündeten, das klerikal-liberale Kompromiß durfte nicht als eine Verhütung neuer Volksbelastung gedeutet werden, wie die Erklärung der Fraktion besagt. Im Gegenteil, es war Pflicht der Fraktion, dem Volke über die epochemachende Bedeutung und ihre weiteren Perspektiven der ungeheuerlichen Militärvorlage die Augen zu öffnen, ihm durch das Auftreten im Reichstag klarzumachen:

daß der Übergang des Reichs zur teilweisen Deckung der Heeresausgaben durch direkte Steuern der handgreiflichste Beweis ist, daß bei dem rasenden Tempo im Wachstum des Militarismus nunmehr die Mittel der Verbrauchssteuern und Zölle für die Deckung allein nicht mehr auszureichen vermögen;

daß es unverzeihliche Kurzsichtigkeit und Verblendung wäre, aus dieser teilweisen Heranziehung der Besitzenden zu den Kosten des Militarismus zu schließen, die Schröpfung des Volkes würde nunmehr aufhören

oder auch nur nachlassen; umgekehrt, jede neue Stärkung des Militarismus führt unvermeidlich zu weiteren Forderungen des gefräßigen Ungetüms, die neue Militärvorlage verschärft enorm die internationalen Gegensätze, steigert das allgemeine Rüstungsfieber, macht also in nächster Zukunft todlicher neue Schröpfungen unvermeidlich;

daß selbst dann, wenn sämtliche Kosten des Militarismus von der Bourgeoisie gedeckt wären, sie es ausgezeichnet versteht, die Kosten in Wirklichkeit auf die arbeitenden Massen abzuwälzen, also jeder dem Militarismus in welcher Gestalt immer bewilligte Pfennig ein Beitrag zur Stärkung der politischen und ökonomischen Klassenherrschaft, zur Stärkung des Todfeindes der Arbeiterklasse ist;

daß obendrein die Deckungsvorlage auch in den bescheidensten Grenzen nicht als eine ernstgemeinte Reform der reichsdeutschen Finanzen im fortschrittlichen und volksfreundlichen Sinne betrachtet werden kann, sondern als ein miserables Pfuschwerk, das den Weg zu einer rationellen Finanzreform versperrt;

daß endlich die schroffe Ablehnung auch der geringsten Militärreformen im fortschrittlichen Sinne sowie die Ablehnung der Anträge auf Herabsetzung der Zuckersteuer den volksfeindlichen Charakter des ganzen Machwerks nur noch mehr unterstrichen hat;

daß die Sozialdemokratie aus allen diesen Gründen jede Verantwortung für dieses Werk der Reaktion von sich weist und sie vollauf dem Zentrum und den Liberalen zuweist, welch letztere namentlich durch ihren Verrat die Hauptschuld an der Verhunzung der Deckungsvorlage tragen.

Und eine solche Taktik, die selbstverständlich zur Ablehnung des Wehrbeitrags wie der Reichsvermögenszuwachssteuer hätte führen müssen, sollten die Volksmassen „absolut nicht verstehen können“? Nun, die Massen der organisierten Genossen haben bereits an mehreren Orten im Lande gezeigt, daß sie eine solche Taktik sehr wohl verstanden hätten und daß sie umgekehrt das Verhalten der Fraktion nicht verstehen könnten. Das Parteidewissen empfand schon während der Verhandlungen in der Budgetkommission und im Reichstag, daß in diesem Falle, auf diesen ungeheuerlichen Vorstoß der imperialistischen Reaktion ein besonders scharfer Kampf, ganz hervorragende Protestmittel gehörten. Es ist verfehlt, sich dabei an die äußereren, technischen Formen des Kampfes zu halten und unsren Abgeordneten etwa vorschreiben zu wollen, daß sie unbedingt Obstruktion hätten treiben sollen. Ob solche Mittel gangbar waren oder nicht, darüber müssen schließlich die Abgeordneten selbst be-

stimmen können. Aber was unendlich wichtiger als diese *Technik* des Kampfes, ist sein politischer *Inhalt*, sind die angewandte Taktik, die historischen Perspektiven des Kampfes, die Standpunkte und die Beleuchtung der Situation und der weiteren Tendenzen der Entwicklung, die von der Fraktion in ihren Reden wie in ihrer Abstimmung vertreten worden sind. Denn hier handelt es sich um die politische Aufklärungsarbeit, also den Hauptteil, den Schwerpunkt unsrer parlamentarischen Tätigkeit. Nicht durch Dauerreden oder durch Schlägen auf die Pultdeckel sollte revolutionäre Arbeit getan werden, sondern durch den Inhalt der Reden und durch die Abstimmung. In dieser Hinsicht aber hat die Fraktion – abgesehen von der zweiten und dritten Lesung der Wehrvorlage – wenig darauf Bedacht genommen, gerade von den aufgeklärtesten, fortgeschrittensten unsrer Truppen verstanden zu werden.

Freilich, wenn sich unsre Abgeordneten darauf berufen, daß man sie im Falle der Ablehnung der Besitzsteuern im Volke „nicht verstanden“ hätte, haben sie nicht geschulte Genossen, sondern die zurückgebliebenen Schichten: das Bauerntum, die Zentrumsarbeiter, die Gefolgschaft der Konservativen in Ostelbien, im Auge. Merkwürdig genug! Wenn es sich um große Massenaktionen handelt, um den politischen Massenstreik zum Beispiel, dann soll der Grundsatz gelten, daß lediglich organisierte Genossen für uns in Betracht kämen, daß alles, was außerhalb unsrer Organisation steht, hoffnungslos geistesträge und indifferent sei und im politischen Kampfe nicht mitzähle. Handelt es sich aber um die parlamentarische Taktik, dann sollen nicht die organisierten Kerntruppen und ihre Empfindung, ihr Denkvermögen maßgebend sein, sondern der sogenannte „dumme Kerl“ und seine politische Unreife soll als Maßstab für unser Verhalten dienen. Man vergißt, daß uns diese unreifen Schichten zum Beispiel auch Anno 1870 sicher „nicht verstehen konnten“, als Bebel und Liebknecht gegen den Krieg protestierten¹, und daß wir – damals ein kleines Häuflein – dennoch in der Schlüsselechnung sehr gut dabei gefahren sind, uns *nicht* nach den Vorurteilen der Unaufgeklärten, sondern nach unsren eigenen Grundsätzen zu richten.

Die „praktische Politik“, die hier auf den Beifall des großen Haufens rechnet, ist nämlich, wie stets, eine sehr kurzsichtige Politik, die weitere Perspektiven ganz außer acht läßt. Nehmen wir an, daß diejenigen halb-aufgeklärten Schichten, die nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht, für die der Militarismus eine Geldfrage ist, einen ausreichenden Vorteil darin erblicken werden, den Reichen in die Tasche gegriffen zu haben, und des-

¹ Siehe S. 9, Fußnote 3.

halb der Sozialdemokratie zu ihrem „ersten Sieg“ zu jubeln werden. Was werden diese selben Schichten morgen sagen, wenn trotz der Versicherungen der Fraktion neue indirekte Steuern kommen – und sie *werden* kommen –, wenn neue Militärvorlagen und Flottenvorlagen im Reichstag folgen – und sie *werden* folgen –, wie wird da die Partei vor jenen Massen bestehen? Wir haben unsre Zustimmung zu den Militärausgaben aus Besitzsteuern damit begründet, daß auf diesem Wege neue Volksbelastung „verhütet“ und das militärische Fieber der Bourgeoisie „abgekühlt“ werde. Wenn beides sich als falsch herausstellt – und es *wird* sich als falsch herausstellen –, wie wird das die Volksmasse verstehen? In letzter Rechnung wäre auch in diesem Fall die grundsätzliche Politik die einzige praktische gewesen.

Unsre Fraktion hat sich unseres Erachtens im ganzen Verlauf des Kampfes viel zu sehr von dem Verhalten der Konservativen impressionieren lassen, sich zu sehr danach gerichtet, was jene tun und sagen, als wenn zur sozialdemokratischen Politik irgendwie die Richtschnur genügte, Antipode des Konservatismus zu sein. Unsren Genossen waren sicherlich die larmoyanten Versicherungen der Oertel und Konsorten zu Kopfe gestiegen, wir seien „die Herren der Situation“. Aus den Fraktionskreisen konnte man auch in der Parteipresse wörtlich die geschmacklosen Bestätigungen lesen, daß solche Äußerungen uns außerordentlich „wohl täten“. Auf eine so massive Demagogie von Leuten hereinzufallen, deren politische Kunst es seit jeher ist, „zu klagen ohne zu leiden“, und die nur auf die Liberalen und auf die Regierung eine wohlberechnete Pression ausüben wollten, hatten wir sicher keinen Anlaß. In Wirklichkeit war auch hier die Perspektive unsrer Abgeordneten stark getrübt, denn die „isolierten“ Konservativen sahen ihre reaktionären Interessen – in den Grenzen der gegebenen Situation, nach der Annahme der Wehrvorlage durch sie selbst – von dem Zentrum und den Nationalliberalen treu wahrgenommen und geschützt. Wir hingegen, die wir tatsächlich durch den Verrat der Nationalliberalen isoliert waren und gar keine Ursache hatten, uns dieser Lage zu schämen, ja, jeden Anlaß hatten, sie ganz offen vor dem Lande zu zeigen, wir triumphierten über die „Niederlage“ der Konservativen und feierten das Werk der reaktionären Kuhhändler als unsren Sieg.

Nimmt man alles in allem, so scheint es uns, daß diese Taktik, die hinausgezogen ist, um Arm in Arm mit den Liberalen den Schwarzen Blauen Block zu zerschmettern und „eine gründliche Finanzreform“ zu machen, sich dann aber mit der bescheidenen Rolle begnügte, den Wechselbalg des klerikal-nationalliberalen Kompromisses als einen ersten An-

fang der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms herauszuholen zu dürfen, nichts als eine Probe jenes Opportunismus ist, der nach Schätzten gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet.

Leipziger Volkszeitung,
I: Nr. 168 vom 23. Juli 1913,
II: Nr. 169 vom 24. Juli 1913,
III: Nr. 170 vom 25. Juli 1913,
IV: Nr. 171 vom 26. Juli 1913,
V: Nr. 172 vom 28. Juli 1913,
VI: Nr. 173 vom 29. Juli 1913.

Zu dem Riesenkampf in Łódź¹

Die Bewegung geht weiter und zieht immer größere Kreise. Schon schließen sich den Textilarbeitern allmählich andere Berufe an. So traten unter dem Anstoß der Textilarbeiter auch die Łódźer Trambahnangestellten in eine Lohnbewegung, nur das gewaltsame Einschreiten der Polizei hat noch im letzten Augenblick den Streik verhindert. Ebenso haben die Arbeiter der Eisenbahnstrecke zum Teil die Arbeit niedergelegt. Andere Arbeitergruppen schließen sich dem Streik an, ohne eigene Lohnforderungen zu stellen, nur um gegen die Haltung der Textilbarone ihren Protest und den Kämpfenden ihre brüderliche Solidarität auszudrücken. Der Kampf der Textilarbeiter ist also wieder zum Mittelpunkt aller Leidenschaften in Łódź geworden, wie schon so vielfach in den letzten Jahren.

Die Textilarbeiter spielen überhaupt in der Arbeiterbewegung des Zarenreichs eine besondere Rolle. An ihre großen spontanen Bewegungen ist die Geschichte des Klassenkampfes des gesamten Proletariats in Rußland als ihre wichtigsten Marksteine geknüpft. Es waren die Textilarbeiter des Moskau-Wladimirschen Zentralbezirks, die durch ihren plötzlichen heftigen Ausbruch zu Beginn der 80er Jahre wie eine jäh aufleuchtende Fackel die erste Massenregung des russischen Proletariats aufzeichneten.

Es war dies erst eine ziemlich chaotische und wirre Bewegung, bei der Maschinen zertrümmert und Fabriken demoliert wurden. Die sozialdemokratische Organisation und Agitation war dazumal im Zarenreich noch nicht klarend und wegweisend ins Werk getreten. Doch auch jener erste instinktive Ausbruch des Klassenkampfes war nicht ohne wichtige Folgen

¹ Dieser Artikel ist nicht gezeichnet. Aus Briefen Rosa Luxemburgs vom Juni/Juli 1913 an Leo Jogiches geht hervor, daß sie die Verfasserin ist. (Siehe Róża Luksemburg: Listy do Leona Jogichesa-Tyszki, Bd. 3, Warschau 1971, S. 336–345.)

für die russische Arbeiterbewegung geblieben: Er gab den Anstoß zur Einführung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Fabrikinspektion in Rußland. Etwa 15 Jahre später, 1896 und 1897, machten die Arbeiter des zweiten wichtigen Bezirks der Textilindustrie, Petersburgs, 40 000 an der Zahl, den ersten Massenstreik zur Erringung besserer Löhne und einer kürzeren Arbeitszeit – eine im damaligen Rußland unerhörte Tatsache von unberechenbaren Folgen. Durch diesen ersten regelrechten gewerkschaftlichen Kampf errangten die Textilarbeiter der Zarenhauptstadt für das ganze Reich einen gesetzlichen $11\frac{1}{2}$ -stündigen Arbeitstag, und – was noch viel wichtiger – sie eröffneten für die russische Arbeiterschaft die Periode des systematischen gewerkschaftlichen Kampfes und eines zähen Ausbaus der Organisation, wenn auch im geheimen. Vom Jahre 1896 datiert auch im eigentlichen Rußland die erste sozialdemokratische Parteiorganisation, die, von dem Petersburger Textilstreik ausgehend, von nun an immer mehr die gewerkschaftliche und politische Bewegung im ganzen Reiche anfachte, leitete und organisierte.

Eine ebenso entscheidende Rolle spielen in der Geschichte der Arbeiterbewegung Russisch-Polens die Kämpfe des dritten großen Zentrums der Textilindustrie des Zarenreichs: des Łódźer Bezirks. Lange Zeit boten hier verschiedene soziale und nationale Momente besondere Schwierigkeiten für eine festgewurzelte gewerkschaftliche und sozialdemokratische Agitation. Da die Spinnereien und Webereien hier hauptsächlich nach der schutzzöllnerischen Tarifreform Rußlands 1877 aus Sachsen (Werdau, Crimmitschau usw.) fertig in das benachbarte russisch-polnische Gebiet als fremde Großindustrie verlegt wurden, so bildete sich in Łódź ein aus Deutschen und Juden, aus allerlei rasch bereicherten Emporkömmlingen und Glücksrittern zusammengewürfeltes skrupelloses und brutales Unternehmertum heraus. Dementsprechend war auch die Arbeiterklasse, halb aus eingewanderten Deutschen, halb aus dem tiefstehenden polnischen Proletariat der umliegenden Dörfer gemischt, sprachlich und sozial zerklüftet. Und doch gelang es einer zähen sozialdemokratischen Agitation, gestützt auf die reißende großkapitalistische Entwicklung und trotz aller Schwierigkeiten des absolutistischen Regimes, aus diesen Elementen mit der Zeit eine festgefügte, disziplinierte Arbeiterschaft zu machen, die, Deutsche wie Polen, in völliger Eintracht und gemeinsam für die Ziele der modernen Arbeiterbewegung in der vordersten Reihe kämpft.

Den ersten elektrischen Funken, der die Łódźer proletarische Masse aus dem dumpfen Schlaf weckte, bildete seinerzeit die Idee der *Maifeier*. Der Weltfeiertag der Arbeit, der im eigentlichen Rußland – zum Teil

infolge der Verschiedenheit des Kalenders – bis zuletzt noch nicht recht Wurzel fassen konnte und erst im vergangenen Jahre durch eine implose Arbeitsruhe seinen Einzug in die russische Massenbewegung gehalten hat, fand umgekehrt in Russisch-Polen von Anfang an begeisterte Aufnahme und wurde in Warschau von Zehntausenden durch Arbeitsruhe gefeiert. 1892 trat plötzlich Łódź in den Vordergrund: Am 1. Mai legten 60 000 Textilarbeiter mit der Forderung des Achtstundentags die Arbeit nieder, und die zum erstenmal in Fluß gekommene Bewegung ergoß sich in einen zehntägigen sturmischen Massenstreik, der schließlich durch die zarische Soldateska im Blute erstickt wurde.

Seitdem beginnt in Łódź eine systematische, stille Kleinarbeit, um dem Proletariat die Ziele und die Bedeutung der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Organisation beizubringen. Die Früchte sollten sich in der Revolutionsperiode 1905/06 zeigen. Łódź gehörte neben Petersburg, Moskau und Warschau zu den wichtigsten Brennpunkten der revolutionären Bewegung im Zarenreich, voranleuchtend sowohl durch den sturmischen Elan in den einzelnen Treffen mit dem Zarismus wie durch die ausdauernde und disziplinierte Gewerkschaftsaktion gegen das Unternehmertum. Im Juni 1905 errichteten die Łódźer Arbeiter die ersten Barrikaden im Zarenreich. Aber mitten unter diesen Revolutionsstürmen hatten sich die Łódźer Textilarbeiter auch eine ganz nach deutschem Muster ausgebaute Gewerkschaft geschaffen, die im Laufe eines Jahres auf 11 000 beitragzahlende Mitglieder gewachsen war. Unter der Leitung dieses Verbandes gelang es den Łódźer Textilarbeitern auch, bis 1907 im zähen Ringen eine allgemeine, sehr bedeutende Lohnaufbesserung und Verkürzung der Arbeitszeit zu erlangen sowie eine ganze Reihe von Mißständen abzuschaffen. Die Lohnhöhe der Łódźer Arbeiter zu Beginn des Jahres 1907 übertraf bei weitem diejenigen der deutschen Textilarbeiter, namentlich der vogtländischen.

Dann kam der Rückschlag. Nach dem Scheitern der revolutionären Aktion im Dezember 1906 in Moskau, als die bis dahin vorwärtsdrängende Schlachtroute der Revolution gebrochen war und die politische Aktion des Proletariats im ganzen Reiche ein Fiasko erlitten hatte, als sich die erschütterte, aber nicht niedergeworfene Macht des Absolutismus wieder erholt, begann auch die Racheaktion des Łódźer Unternehmertums. Die nun einsetzenden furchtbaren Leiden der Łódźer Textilarbeiter unter der Doppelrute der zarischen Strafexpeditionen und der kapitalistischen Hungerkuren spotten jeder Beschreibung. Der künftige Historiker wird, wenn er die Geschichte des Łódźer Proletariats

seit 1907 und bis jetzt in allen ihren grauenhaften Einzelheiten je erfahren sollte, es kaum glaubhaft finden, daß irgendeine Arbeiterschicht solche Höllenqualen jahrelang überhaupt hat ertragen können, ohne den Idealen der Arbeitersache, ohne der Fahne des Sozialismus nur für einen Augenblick untreu zu werden. Zahllose Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Verbannungen, Kriegsgerichte und Galgen, dazwischen eine einfache, als Strafe ins Werk gesetzte Aussperrung, die 40 000 Arbeiter und deren Familien für 6 Wochen brotlos machte, darauf eine allgemeine fortgesetzte Lohnherabsetzung, bis auf ein Drittel der ehemaligen Löhne, bis zum Hungerniveau – dies bei ebenso allgemeiner, dauernder Lebensmittelsteuerung –, zuletzt eine schwere Krise der Łódźer Textilindustrie, die auch den elenden Verdienst für einen Teil nur einige Tage in der Woche ermöglichte, die Mehrzahl aber direkt am Hungertuch nagen ließ: alles dies zieht sich in einer ununterbrochenen Kette seit 1907 bis jetzt. Das gesamte Proletariat im Zarenreich hat unter der Konterrevolution schwer büßen müssen, wohl am schwersten und andauerndsten aber das Łódźer Proletariat. Die Löhne waren im letzten Jahr von der ehemaligen Höhe auf 7,50 bis 11 Mark in der Woche für die bestbezahlten, auf 7 bis 8 Mark pro Woche im Durchschnitt gesunken. In den Monaten Januar bis März dieses Jahres erreichte die Arbeitslosenziffer fünfzigtausend. Nach polizeilichen Feststellungen wurden auf den Straßen von Łódź in jenen Monaten täglich 10 Personen aufgelesen, die vor Hunger tot zusammenbrachen, im März gar 30 Personen täglich!

Und all das grauenhafte Elend vermochte den Kampfgeist der Łódźer Textilarbeiter nicht zu brechen, sie nicht zu willenlosen Sklaven des Kapitals zu degradieren, wie es die Unternehmer gehofft hatten. Kaum war im Mai/Juni auf die Krise endlich eine gute Konjunktur gefolgt und die Beschäftigung eine lebhaftere geworden, als die Arbeiter in einer Fabrik nach der anderen auch schon Lohnforderungen stellten. Diese beliefen sich allgemein in der Baumwollbranche auf 20 bis 30 Prozent, in der Wollindustrie auf 25 bis 40 Prozent. Die gute Konjunktur sollte ausgenutzt werden, um wenigstens zum Teil die Scharte auszuwetzen und die verlorengegangenen Errungenschaften wieder einzuholen. Als die Unternehmer diesen selbstverständlichen Forderungen ohne jede Unterhandlung ein schroffes Nein entgegensezten, traten Tausende sofort in den Streik. Arbeiter, die kaum erst eine jahrelange entsetzliche Hungerkur durchgemacht hatten, traten ohne jede Schwankung wieder in den Kampf, bereit, alle Opfer zu bringen, um nur den brutalen Herrenstandpunkt des Unternehmertums abzuwehren und für eine bessere Zukunft sichere

Grundlagen zu ertingen. Dies gerade brachte aber die Scheibler, Geyer, Poznański, Ender, Krusche, und wie alle die Kapitalmagnaten heißen, zur höchsten Raserei. Der Łódźer Weber und Spinner war also immer noch nicht von seiner „Begehrlichkeit“ auskuriert? Alle unmenschlichen Unterdrückungen des Zarismus und alle Hungerkuren hatten ihn also von den Ideen der „Aufwiebler“ nicht abgebracht? Hat er immer noch den Gedanken an den Kampf um ein menschenwürdiges Dasein nicht aufgegeben? Dieser Frevel mußte exemplarisch bestraft werden! Und nun erfolgte die Aussperrung der größten Fabriken. In anderen verließen die Arbeiter, ohne erst den Ukas abzuwarten, die Fabrik von selbst. Es sind in diesem Moment rund 63 000 Arbeiter, mit Familien zirka 200 000 Menschen, auf dem Pflaster. Wieder handelt es sich in Łódź um Sein oder Nichtsein der gesamten Arbeiterschaft, um ihr Recht auf den Gewerkschaftskampf in der Gewerkschaftsorganisation, um ihre ganze Zukunft. Verschiedene kleinere Fabriken haben bereits Zugeständnisse gemacht. Die großen sind bald ihre Vorräte an fertiger Ware los und werden voraussichtlich nachgeben müssen, wenn die Arbeiter einigermaßen durchhalten.

Jedenfalls verdient aber eine Arbeiterschaft, die auf einem so exponierten Posten, unter so schweren Verhältnissen, mit Heldenmut die Fahne des Arbeiterkampfes hochhält, Sympathie und Achtung des gesamten internationalen Proletariats.

Einsendungen sind per Postanweisung, mit dem Vermerk, daß der Betrag für Łódź bestimmt sei, an den internationalen Vertrauensmann, Kollegen Paul Wagener, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu senden.

Der Textil-Arbeiter (Berlin),
Nr. 31 vom 1. August 1913, S. 243/244.

Resolution zum politischen Massenstreik¹

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise für die Frage des Massenstreiks als ein Zeichen der Kampfesstimmung der Massen und ihres richtigen Gefühls für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer mit den parlamentarischen Mitteln allein nicht auskommen kann.

Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben, als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion.

Eine solche Situation ist in Deutschland in naher Zukunft unvermeidlich. Die Versumpfung der preußischen Wahlrechtssache, die Vorstöße des Imperialismus mit der ständigen Kriegsgefahr, der Stillstand der Sozialreform, die immer dringendere Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu verteidigen und es für den Landproletarier und die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu erobern, endlich das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien machen das kräftige Eingreifen der arbeitenden Massen zur gebieterischen Pflicht, soll die Reaktion nicht auf der ganzen Linie triumphieren.

Als Antwort auf die Übergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist gegenwärtig eine offensive, entschlossene Taktik der Partei auf allen Gebieten unbedingt erforderlich, so auch im Reichstag und namentlich im preußischen Wahlrechtskampf. Nur eine solche scharfe revolutionäre Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt und die vor keiner

Konsequenz zurückschreckt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfesenergie und den Idealismus wachzuhalten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 205 vom 11. August 1913.

¹ Diese Resolution wurde von Rosa Luxemburg in der Generalversammlung des Wahlkreisvereins für Niederbarnim am 10. August 1913 eingebracht. Die Resolution wurde angenommen.

Der Riesenkampf in Łódź¹

Die Mehrzahl der Ausgespererten und Streikenden in Łódź hat bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Immerhin stehen noch in diesem Augenblick über 20 000 Arbeiter im Streik. Von den großen, nach Tausenden Beschäftigten zählenden Fabriken wird nur noch bei der Firma Ender u. Krusche der Kampf fortgesetzt, während bei Scheibler, Poznański und Geyer die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen worden ist. Trotzdem ist der Kampf durchaus nicht ergebnislos gewesen. In einer ganzen Reihe kleinerer Fabriken sind Lohnerhöhungen errungen worden. Und zwar sind die Löhne um 10 bis 15 Prozent erhöht worden bei den folgenden Firmen: Goldberg u. Co., Rothenberg u. Chodoroff, Oskar Preissak, Kroß u. Co., Gebrüder Seibert, B. Etkin, H. Wislizki, Kaiserbrecht, Weidelmann u. Habergrütz, Margulies, Engl und Letny, Kres, Asterblum, Diamant u. Co., J. Rapaport, Moniz, Bermann u. Silber, Tykoziner, Rosenblatt, Bauer, Steigert, Weicht, Leonhardt, Wachs, Weiß, Girbart u. Woelker, Warchinker, Schapiro, Albert, Rousseau u. Co., Martin u. Semek, Lubowski, Jakobowiz, Lebdiner u. Levin, J. Kindermann, Alfred Psich, Michel, Swatek, Winzberg, Selmann, Gofran, Lichtenstein, Wyseranski, Ramisch, Gebrüder Dobranizki, Wiener, Großmann, Chwat, Jarozinski, Muehle, Kanel, Motte u. Co., Finkenkraut und Katz, Heinzel, Eisenbraun, Silberstein, Glaeser, Schochet, Teitelbaum, Danziger, Reichmann und Halpern. Um 18 Prozent sind die Löhne bei Peiß erhöht worden, um 20 Prozent bei Rotschild, um 20 bis 30 Prozent bei A. Prussak. In allen Plüschfabriken hat man Lohnerhöhungen um 20 bis 40 Prozent erreicht. Außerdem sind den Streikenden namhafte Konzessionen gemacht worden in dem Nachbarort Zgierz, wo

¹ Siehe S. 291, Fußnote 1.

gleichfalls die Textilindustrie doch ^{doch} Sitz hat und wo der Kampf mitgemacht wurde, ebenso in Konsztynów und Neurokit. Auch die aus Sympathie mit den Textilarbeitern in die Bewegung getretenen Łódźer Arbeiter der Gasanstalten, die jüdischen und deutschen Zeitungssetzer, die Trambahnangestellten haben teilweise Konzessionen zu verzeichnen.

Im allgemeinen ist die Stimmung unter den Arbeitern sehr frisch und kampflustig. Die meisten sind zur Arbeit zurückgekehrt mit der festen Entschlossenheit, bei der nächsten günstigen Gelegenheit den Kampf wieder aufzunehmen; ihn jetzt gleich fortzusetzen war für die Zehntausende einfach physische Unmöglichkeit angesichts der kargen Unterstützung. Die meisten Streikenden konnten ohnehin nur in der Weise durchhalten, daß sie auf die umliegenden Dörfer gingen und bei Verwandten Unterkunft suchten oder bei der Ernte einigen Verdienst fanden. Wenn man bedenkt, daß unter diesen Umständen, nach Jahren größten Elends, ohne jede Aussicht auf feste Unterstützung, Zehntausende wochenlang im Kampf aushielten – die offiziell registrierte Höchstzahl der Ausgesperrten und Streikenden betrug 69 000, wovon mehrere 7 Wochen in Bewegung stehen – und daß jetzt immer noch 20 000, also mit Familien zirka 80 000 Menschen nackten Hunger leiden, ohne sich dem Machtwort des Unternehmertums zu fügen, so kann man dem Mut und der Zähigkeit der Łódźer Arbeiterschaft die Bewunderung nicht versagen. Wenn selbst die teilweise erteilten Lohnerhöhungen nicht wären, so würde der Riesenkampf doch wieder beweisen, daß man es hier nicht mit einem Strohfeuer, nicht mit einem kopflosen Verzweiflungsausbruch zu tun hat, sondern mit zäher Energie und entschlossenem Kampfesmute, mit einer Opferfreudigkeit, die keine Grenzen kennt und die Freund wie Feind Respekt einflößen muß.

Der Textil-Arbeiter (Berlin),
Nr. 35 vom 29. August 1913, S. 277.

Das Offiziösentum der Theorie¹

I

Genau wie vor drei Jahren, als die Entfaltung der preußischen Wahlrechtsbewegung² die Losung des Massenstreiks in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt hatte, so auch jetzt beeilte sich Kautsky, in die durch den Ausfall der preußischen Landtagswahlen³ und durch den Verlauf der Kampagne gegen die Militärvorlage⁴ angeregte lebhafte Diskussion über den Massenstreik „dämpfend“ dazwischenzutreten.⁵ Kautsky fühlt sich wieder berufen, die Partei vor schweren Gefahren zu retten. Er warnt vor „Abenteuern“, „Handstreichern“ und „Quertreibereien“, er wittert Syndikalismus, Putschismus, Blanquismus, „revolutionäre Gymnastik“, Moste und Hasselmänner, er denunziert „unsere Russen“, die jeglicher Organisation feind seien und die eifrig daran arbeiteten, den Massen den Kampf um parlamentarische Rechte zu verekeln. Schade nur, daß von diesem blühenden Phantasiebild dasselbe gilt, was von der Rolandschen Stute:

Wunderschön war diese Stute,
Leider aber war sie tot.

Sämtliche Gefahren, gegen die Kautsky zu Felde zieht, sind nichts als Windmühlen seiner eigenen Einbildungskraft.

1 Rosa Luxemburg hatte bereits im „Vorwärts“ Nr. 192 vom 29. Juli 1913 diese Auseinandersetzung mit Karl Kautsky angekündigt: „Der neue Liberalismus. Die ‚Bestellung‘ des Genossen Kautsky über seinen ‚neuen Liberalismus‘ werde ich, zusammen mit seinem Angriff gegen mich in der Frage des Massenstreiks, in der ‚Neuen Zeit‘ beantworten – vorausgesetzt natürlich, daß man mich dort zu Wort kommen läßt.“ R. Luxemburg.

2 Siehe S. 97, Fußnote 1.

3 Siehe S. 231, Fußnote 4.

4 Siehe S. 215, Fußnote 1.

5 Siehe Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 532–540, 558–568.

Würde man Kautsky bitten, doch gefälligst Namen und Tatsachen zu nennen, nähere Angaben zu machen, von wem, wo und was für „Abenteuer“ und „Handstreich“ in der Partei geplant werden, dann würde er wohl in nicht geringe Verlegenheit geraten. Wenn es genügt, die Notwendigkeit einer entschlossenen offensiven Politik, einer taktischen Initiative, einer energischen Wiederaufnahme des preußischen Wahlrechtskampfes zu betonen und im Zusammenhang damit das Problem des Massenstreiks zu erörtern, wenn dies genügt, um als Handstreichler, Abenteurer, Syndikalist und „Russe“ zu gelten, dann ist diese Kategorie von Bösewichtern allerdings erschreckend zahlreich in der Partei vertreten. Dann bestehen die Organisationen in Stuttgart, Essen, Solingen, im ganzen niederrheinischen Bezirk, in Berlin, im Herzogtum Gotha, in Sachsen, die Redaktionen der „Gleichheit“, der Braunschweiger, Elberfelder, Erfurter, Nordhäuser, Bochumer, Dortmunder Parteiblätter und vieler anderer aus lauter Abenteuerern und Syndikalisten, dann wimmelt es in der deutschen Sozialdemokratie von „Russen“.

Aber Kautsky führt freilich mit Ingrimm sein Gefecht gegen eine ganz besondere Sorte von „Massenaktionären“. Diese Leute sündigen – nach seiner Darstellung – dadurch, daß sie lebhaftig „die russischen Methoden“ des Massenstreiks nach Deutschland verpflanzen wollen.

Glaubt man Kautsky, dann denken diese Leute Tag und Nacht an nichts anderes als an den Massenstreik, erblicken in ihm ein Allheilmittel und brennen vor Ungeduld, ihn in Deutschland zu entfesseln.

Kautsky berichtet von den „Massenaktionären“ erstens, daß sie „frisch weg erklären, wie immer die ökonomischen und politischen Bedingungen sein mögen, die Massen seien stets bereit, auf die Straße zu gehen, stets bereit, zu streiken“, und wo das ausnahmsweise nicht der Fall, „sei die Schuld bei einzelnen Personen“ zu suchen¹.

Zweitens erzählt uns Kautsky von denselben „Massenaktionären“, daß sie „die spontane Erregung“ der deutschen Massen „möglichst bald verlangen und, da sie nicht kommen will, fordern sie kategorisch von der Partei, sie soll diese Spontaneität durch eine ‚kühne Initiative‘ künstlich schaffen, und zwar sofort“².

Drittens sehen diese Leute „in jeder starken Organisation ein hemmendes Moment der Aktion“, also sei die Konsequenz: „Zum Teufel mit der Organisation, wenn sie uns nur hemmt.“³

1 Ebenda, S. 536.

2 Ebenda, S. 560.

3 Ebenda, S. 538.

Da Kautsky die angebliche „Richtung“, die er bekämpft, hauptsächlich mit Äußerungen aus meinen Artikeln zu belegen sucht, so wird es das einfachste sein, die Behauptungen Kautskys mit meinen authentischen Äußerungen zu konfrontieren. In drei Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“ über „Das belgische Experiment“¹ gab ich mir alle Mühe, nachzuweisen, daß sich Massenstreiks nicht künstlich von oben herab auf Kommando machen ließen, daß ein Massenstreik sich nur dann als wirksam erweisen könne, wenn eine entsprechende Situation, das heißt ökonomische und politische Bedingungen gegeben sind, wenn er elementar aus der Steigerung der revolutionären Energie der Massen wie ein Sturm her vorbricht:

„Hier heißt es: entweder – oder. Entweder führt man einen politischen Sturm der Massen herbei, richtiger – da ein solcher sich nicht künstlich herbeiführen läßt – entweder läßt man die erregten Massen im Sturm ausziehen, dann muß alles getan werden, was diesen Sturm unwiderstehlicher, gewaltiger, konzentrierter macht . . . oder man will keinen Massensturm – dann ist ein Massenstreik aber im voraus ein verlorenes Spiel.“²

Und weiter ausdrücklich:

„Der politische Massenstreik ist eben nicht an sich, abstrakt genommen, ein wundertägliches Mittel. Er ist wirksam nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation, als Äußerung einer hohen, konzentrierten revolutionären Energie der Massen und einer hohen Zuspitzung der Gegen sätze. Losgeschält von dieser Energie, getrennt von dieser Situation, ver wandelt in ein von langer Hand beschlossenes, pedantisch nach dem Takt stock ausgeführtes strategisches Manöver, muß der Massenstreik in neun Fällen gegen zehn versagen.“³ (Leipziger Volkszeitung vom 19. Mai.)

In einem anderen Zusammenhang, bei der Erörterung des Massen streiks als Kampfmittel um das preußische Wahlrecht, sage ich:

„Der Massenstreik ist an sich genausowenig ein wundertägliches Mittel, um die Sozialdemokratie aus einer politischen Sackgasse zu retten oder eine hältlose Politik zum Siege zu führen, wie der Wahlkampf und jede andre Kampfform. Er ist eben an sich auch nur eine Kampfform. Es ist aber nicht die technische Form, die den Ausgang des Kampfes, den Sieg oder die Niederlage entscheidet, sondern der politische Inhalt, die ange wandte Taktik im ganzen.“⁴

1 Siehe S. 195–207.

2 S. 204. – Hervorhebung nur hier.

3 S. 206. – Hervorhebung nur hier.

4 S. 248.

Und weiter:

„Wir leben in einer Phase, wo die wichtigsten politischen Fragen nur noch durch das eigene Eingreifen breiter Massen beeinflußt werden können . . . Aber umgekehrt garantiert die Anwendung des Massenstreiks durchaus noch nicht den Elan und die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Aktion im ganzen . . . Nicht der Massenstreik in irgendeinem bestimmten Fall an sich ist das Entscheidende, sondern die politische Offensive in der Gesamthaltung der Partei.“¹

Und endlich besonders in bezug auf den preußischen Wahlrechtskampf:

„Jedennoch wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, sich einzubilden, die preußische Wahlrechtsfrage könnte durch irgendeinen etwa vom Parteitag oder in dessen Auftrag beschlossenen Massenstreik wie der Gordische Knoten durch einen Schwerthieb durchhauen werden . . . nicht die ‚Vorbereitung‘ zu irgend,einem‘ Massenstreik liegt uns gegenwärtig ob, sondern die Vorbereitung unsrer Organisation zur Tauglichkeit für große politische Kämpfe, nicht die ‚Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik‘, sondern die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive.“²

So sieht die fanatische, putschistische, syndikalistische Propaganda des Massenstreiks aus, so die „kategorische Forderung“, die Partei soll einen spontanen Massenstreik „künstlich schaffen, und zwar sofort“.

Ebenso bringt es Kautsky fertig, meine Äußerungen über das Verhältnis von Organisierten und Unorganisierten bei großen Massenaktionen ungeniert auf den Kopf zu stellen. Was ich in der „Leipziger Volkszeitung“ nachzuweisen suchte, war genau derselbe Gedanke, den ich bereits vor sieben Jahren in meiner Broschüre über den Massenstreik³ – damals unter Kautskys lebhaftem Beifall – ausgeführt hatte: daß die Sozialdemokratie mit großen politischen Massenaktionen weder darauf zu warten brauche noch auch könne, bis die gesamte Arbeiterklasse gewerkschaftlich und politisch organisiert wird, vielmehr daß auch die unorganisierten oder gegnerisch organisierten Massen uns Heerbann leisten werden, wenn die Partei es versteht, sich in entsprechender Situation an die Spitze einer Massenaktion zu stellen.

„Die Sozialdemokratie“, schrieb ich, „hat allerdings dank der theoretischen Einsicht in die sozialen Bedingungen ihres Kampfes in einem nie

1 S. 248/249. – Hervorhebung nur hier.

2 S. 254 u. 256.

3 Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 91–170.

gekannten Maße Bewußtsein in den proletarischen Klassenkampf hineingetragen, ihm Zielklarheit und Tragkraft verliehen. Sie hat zum erstenmal eine dauernde Massenorganisation der Arbeiter geschaffen und dadurch dem Klassenkampf ein festes Rückgrat gegeben. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, sich nun einzubilden, daß seitdem auch alle geschichtliche Aktionsfähigkeit des Volkes auf die sozialdemokratische Organisation allein übergegangen, daß die unorganisierte Masse des Proletariats zum formlosen Brei, zum toten Ballast der Geschichte geworden ist. Ganz umgekehrt. Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.¹ (Leipziger Volkszeitung vom 27. Juni.)

Weil ich also die sozialdemokratische Organisation für das *Rückgrat* des Klassenkampfes erkläre, für das denkende Hirn der Masse, aus dem Bewußtsein und Zielklarheit der Bewegung fließen, so schließt Kautsky, ich erkläre jegliche Organisation für überflüssig, ja hemmend. Weil ich sage, zu jeder großen Klassenaktion gehören *nicht nur* Organisierte als Vorhut, sondern auch Unorganisierte als Nachhut, deduziert Kautsky, ich wolle *nur* mit Unorganisierten Aktionen machen. Weil ich wörtlich sage: „In Belgien lassen die gewerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den deutschen nicht entfernt messen. Und doch (also trotzdem!) kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande“², bringt Kautsky es fertig, mir wörtlich die umgekehrte Behauptung zuzuschreiben, daß in Belgien „die Massenaktionen gerade dadurch aufs kräftigste gedeihen, weil seine Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig ließen“³.

Man sieht, das Original meiner Auffassung gleicht in allen Stücken dem Kautskyschen Konterfei ungefähr so wie die marxistische Theorie und Taktik den üblichen revisionistischen Darstellungen. Wie sich unsere Revisionisten erst einen Popanz der „Verelendungstheorie“, der „reinen Negation“, der Verachtung der „praktischen Arbeit“ zurechtmachen, um an ihm mit Genuß den scharfen Stahl ihrer Kritik zu erproben, ebenso

1 Siehe S. 252. – Hervorhebung nur hier.

2 Siehe S. 254. – Hervorhebung und Bemerkung in der Klammer nur hier.

3 Siehe Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 538.

macht sich Kautsky entgegen den klarsten Worten und der ganzen Tendenz meiner Ausführungen aus freien Stücken ein Zerrbild zurecht, um an ihm seine Dämpfungskunst zu üben und das Vaterland zu retten.

Aber auch in diesem Falle hat der Kampf gegen eingebildete Gefahren die objektive Tendenz, dem aus der Situation geborenen Drang zur wirklichen Fortentwicklung der Parteitaktik in den Weg zu treten. Nichts beweist dies besser als die eigene Theorie Kautskys vom Massenstreik.

II

Kautsky unterscheidet vor allem „verschiedene Typen“ des Massenstreiks, und zwar – nach geographischen Gesichtspunkten. Wie er im Artikel zum dreißigsten Todestag von Marx im „Vorwärts“¹ die originelle Entdeckung gemacht hat, daß es einen deutschen, österreichischen, holländischen, russischen Marxismus gebe, so arbeitet er jetzt mit einem russischen, österreichischen, belgischen Massenstreik – zu dem Zwecke, allen diesen einen ganz neuen Typus des „deutschen Massenstreiks“ entgegenzustellen. Schade, daß diese professorale Schematisierung, die lebendige Zusammenhänge zerfasert, um sie sauber in Schubfächer einer ganz abstrakten Klassifikation einzuordnen, die einfachsten allgemein bekannten Tatsachen ignoriert. Was soll man zum Beispiel für einen „belgischen“ Massenstreik halten, da in Belgien von 1891 bis 1893, 1902 und 1913 total verschiedene „Typen“ des Massenstreiks in Anwendung kamen², die zueinander sogar im bewußten Widerspruch stehen? Was soll man für den „italienischen“ Typus halten, da in Italien sowohl politische Demonstrationsstreiks, so gegen den tripolitanischen Krieg³, wie gewerkschaftlich-politische Kampfstreiks, so der berühmte Eisenbahnerstreik, wie rein gewerkschaftliche Massenstreiks der Landarbeiter wie endlich Sympathie- und Kampfstreiks in einem, wie der siegreiche Mailänder Generalstreik vom Juni dieses Jahres, ausgeführt worden sind?

Vollends unbegreiflich ist, was man unter der „russischen Methode“ verstehen soll, mit der Kautsky heute mit Vorliebe arbeitet. Wer einigermaßen die russische Arbeiterbewegung seit zehn Jahren verfolgt, weiß, daß es keine Art und keinen Typus des Massenstreiks gibt, der dort nicht

1 Karl Kautsky: Zum dreißigsten Todestag von Karl Marx. 1883 – 14. März – 1913. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 62 vom 14. März 1913.

2 Siehe S. 196, Fußnote 1, S. 168, Fußnote 1 u. S. 194, Fußnote 2.

3 Siehe S. 63, Fußnote 2.

mehrfach vorgekommen wäre. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, planmäßig hervorgerufene und in voller Disziplin abgebrochene Massenstreiks und spontane Ausbrüche – alles das lief in Rußland in der Revolutionsperiode durcheinander, nebeneinander, durchkreuzte sich, flutete ineinander über. Von irgendeiner besonderen Art des „russischen Massenstreiks“ kann nur reden, wer die Tatsachen entweder nicht kennt oder – sie ganz vergessen hat.

Vor wenigen Jahren gehörte Kautsky selbst noch zu denjenigen, die man von der rechten Seite als „Revolutionäromantiker“, als „Russenschwärmer“ denunzierte. Heute bekämpft er andere als „Russen“ und gebraucht die Bezeichnung „russische Methode“ als Inbegriff der Unorganisiertheit, der Primitivität, des Chaotischen und Wilden im Vorgehen. In seiner Darstellung erscheint der russische Arbeiter als der tiefststehende, „der bedürfnisloseste der europäischen Arbeiter“, der ohne Erwerb und Unterstützung länger aushalten könne „als irgendeine andere Arbeiterschaft des kapitalistischen Europas“.¹ Ich muß wieder wie in unserer Auseinandersetzung 1910² Kautsky entgegenhalten, daß seine Schilderung der russischen Arbeiterschaft und der russischen Revolution ein Pasquill auf das dortige Proletariat ist. Bis jetzt war es nur den Anarchisten vorbehalten, zu glauben, daß der höchste revolutionäre Idealismus aus der tiefsten materiellen Degradation, aus der Verzweiflung und dem Gefühl, daß „man nichts zu verlieren habe“, emporblüht. Jetzt will Kautsky die ganze revolutionäre Aktion des russischen Proletariats als einen Verzweiflungsakt von Heloteninstellen, die deshalb kämpften, weil sie „nichts zu verlieren hatten“. Er vergißt, daß man mit Kulis, die keine Bedürfnisse haben, die mit einer Brotrinde und mit dem Sonnenschein zufrieden sind, keine Kampagne für den Achtstundentag durchführen kann, wie wir sie 1905 in Petersburg erlebt haben³, keinen Kampf um politische Rechte und um moderne Demokratie, daß man mit einem solchen Proletariat keine regelrechten Gewerkschaftskämpfe auszufechten

¹ Siehe Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 560.

² Während der Wahlrechtskämpfe im Frühjahr 1910 hatte es zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky heftige Auseinandersetzungen über die Frage des Massenstreiks gegeben. Siehe dazu Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 344–377 u. 378–420.

³ Die Arbeiter Petersburg und anderer Städte hatten im November 1905 auf revolutionärem Wege den Achtstundentag in den Betrieben eingeführt.

und moderne Gewerkschaftsorganisationen auszubauen vermag, wie dies 1905 bis 1907 in ganz Rußland getan wurde, daß man ein solches Proletariat nicht für die Ziele des internationalen Sozialismus, für Akte der höchsten Klassensolidarität, für Wunderwerke des proletarischen Idealismus begeistern kann, wie sie in Rußland bis auf den heutigen Tag an der Tagesordnung sind. Andererseits konnte Kautsky schon aus einfachen Zeitungsmeldungen entnehmen, wie falsch seine Behauptung ist, in Rußland sei es „seitdem bis heute mit den chronischen Massenstreiks still geworden“⁴. Gerade die vorjährige Maifeier, die zum ersten Male in Rußland, und zwar von einer halben Million, durch Arbeitsruhe gefeiert worden ist, die „chronischen“ Protestmassenstreiks von Hunderttausenden aus Anlaß der Lena-Metzelei², aus Anlaß der Verurteilung der Matrosen in Kronstadt³, aus Anlaß der Verfolgung der legalen sozialdemokratischen Blätter in Petersburg⁴, die unzähligen wahrhaft „chronisch“ gewordenen ökonomischen Streiks in den letzten zwei Jahren beweisen, daß die proletarische Masse in Rußland, die während der Schrecken der Konterrevolution 1908 bis 1911 an der Oberfläche gänzlich erstarrt erschien, in Wirklichkeit in ihrem Kampfmut und ihrem Idealismus nicht gebrochen worden ist, daß ihre revolutionäre Aktion eben nicht ein Verzweiflungsaustrich tiefstehender Heloten, sondern eine Äußerung revolutionären Klassenbewußtseins und zäher Kampfenergie gewesen ist.

Gegenüber jener Auffassung, die das russische Proletariat als das tiefststehende und seine Kampfmethoden als Produkt der Rückständigkeit über die Achsel betrachtet, halte ich es also immer noch mit dem früheren Kautsky, der in seiner „Sozialen Revolution“, 2. Auflage, 1907, schrieb:

„Gegen diese ‚Revolutionäromantik‘ gibt es nur noch einen Einwand, der freilich um so häufiger vorgebracht wird, nämlich den, daß die Ver-

¹ Siehe Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 560.

² Am 29. Januar 1912 war in einer Grube der Lena Goldfields Co. Limited ein Streik ausgebrochen, der, geführt von den Bolschewiki, in den Generalstreik von 6000 Arbeitern überging. Die Arbeiter forderten u. a. die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und den Achtstundentag. Als am 4. April 1912 die Arbeiter die Freilassung des verhafteten Streikkomitees forderten, eröffnete Militär das Feuer auf die Arbeiter, tötete 250 von ihnen und verletzte 270. Gegen dieses Blutbad wurden im ganzen Lande Proteststreiks durchgeführt.

³ Gegen die Verurteilung von 52 Matrosen der Baltischen Flotte, die der Vorbereitung eines Aufstandes beschuldigt wurden, fand im Juni 1913 ein 24stündiger Proteststreik der Petersburger Arbeiter statt, der auch auf Moskau, Riga und Reval übergriff. Die zaristische Justiz wagte daher nicht, Todesurteile auszusprechen.

⁴ Gegen die Verfolgungen der Arbeiterpresse fanden vom 1. bis 3. Juli 1913 politische Streiks statt, die gleichzeitig in Petersburg, Moskau, Riga und Baku durchgeführt wurden.

hältnisse in Rußland nichts für uns in Westeuropa bewiesen, da sie von diesen grundverschieden seien.

Die Verschiedenheit der Verhältnisse ist mir natürlich nicht unbekannt, wenn man sie auch nicht übertreiben darf. Die jüngste Broschüre unserer Genossin Luxemburg¹ beweist klar, daß die russische Arbeiterklasse nicht so tief steht und so wenig erreicht hat, als man gewöhnlich annimmt. Wie die englischen Arbeiter es sich abgewöhnen müssen, auf das deutsche Proletariat als ein rückständiges Geschlecht herabzusehen, so müssen wir in Deutschland uns das gleiche gegenüber dem russischen abgewöhnen.“ (S. 59.) Und noch weiter (S. 63): „Die englischen Arbeiter stehen als politischer Faktor heute noch tiefer als die Arbeiter des ökonomisch rückständigsten, politisch unfreiesten europäischen Staates: Rußland. Es ist ihr lebendiges revolutionäres Bewußtsein, was diesen ihre große praktische Kraft gibt; es war der Verzicht auf die Revolution, die Beschränkung auf die Interessen des Augenblicks, die sogenannte Realpolitik, was jene zu einer Null in der wirklichen Politik machte.“²

Doch dies nebenbei. Was weiß uns Kautsky im Gegensatz zur „russischen Methode“ über die „deutsche Methode“ des Massenstreiks zu sagen? Hier lehnt er vor allem mit Entrüstung jeden Hinweis auf die ausschlaggebende Mitwirkung der Nichtorganisierten ab. Wer bildet denn diese unorganisierte Masse? ruft er. Sie setzt sich zusammen aus kraftlosen, gedrückten, isolierten, verkommenen Elementen, aus unwissenden, gedankenlosen, in Vorurteilen befangenen oder gesinnungslosen Subjekten. Und solche Elemente sollen die energischste Streitmacht für unsere Kämpfe abgeben? Auf diese Frage der Theorie, die mit der Stange im Nebel herumfährt, antwortet die *Praxis* des politischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes mit einfachen Tatsachen. Jeder größere gewerkschaftliche Kampf ist seit jeher auf die Unterstützung der Unorganisierten angewiesen, und nur aus großen Kämpfen, an denen Unorganisierte mitwirkten, ist seit jeher der Hauptzuwachs der Organisation hervorgegangen. Ohne die Mitwirkung unorganisierter Massen wären die wichtigsten Kämpfe der Gewerkschaften und ohne diese Kämpfe ihr *Wachstum* als Organisation einfach undenkbar. Dafür nur ein Beispiel. Im Frühjahr 1910 ist in Hagen in Westfalen jene erste Kraftprobe des Metallarbeiterverbandes mit den Metallindustriellen ausgefochten worden, deren

1 Siehe Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 91–170.

2 Karl Kautsky: Die Soziale Revolution, I. Sozialreform und soziale Revolution, Berlin 1907, S. 59 und 63.

ausgezeichneter Verlauf von großer Bedeutung war, da er dem Industriellenverband als Vorpostengefecht die Lust zu der geplanten Generalaussperrung in hohem Maße benommen hatte. An der Aussperrung waren zirka 20 000 Arbeiter beteiligt, darunter 2790 Organisierte und 17 000 Unorganisierte. Und diese Masse hielt unter der Leitung der Organisation während 17 Wochen tadellos im Kampfe aus. Als Schlußresultat ergab sich nach der Aussperrung eine Verdoppelung der Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes in Hagen.

Ein anderes Beispiel politischer Natur. Am letzten Massenstreik in Belgien waren nach den Angaben des „Vorwärts“ 400 000 bis 450 000 Arbeiter beteiligt. Die Zahl der Parteimitglieder in Belgien beträgt nach dem offiziellen Bericht an den letzten Internationalen Kongreß in Kopenhagen¹ 184 000; die Zahl der an die Gewerkschaftskommission der Partei angeschlossenen sowie der unabhängigen Gewerkschaften – nach demselben Bericht – 72 000, die Zahl aller auf dem Boden des Klassenkampfes gewerkschaftlich Organisierten 126 000, endlich die Zahl der Genossenschaftsmitglieder 141 000. Wohlgernekt handelt es sich in den drei Kategorien in den allermeisten Fällen um dieselben Personen. Daraus ergibt sich schwarz auf weiß, daß zirka drei Fünftel der Masse im letzten Wahlrechtskampf in Belgien von Unorganisierten gestellt worden sind.

Die Kraftlosen, Gedankenlosen und Verkommenen scheinen entgegen der Kautskyschen Theorie eine ganz tüchtige und unentbehrliche Hilfe bei ökonomischen wie bei politischen Entscheidungsschlachten zu sein! Ja, wo wären wir mit unserer parlamentarischen Aktion, wenn wir bloß auf die Organisierten angewiesen wären! Bei einer Million politisch, bei zweieinhalb Millionen gewerkschaftlich Organisierten, wovon noch ein gut Teil Frauen und junge Leute unter 25 Jahren, haben wir viereinviertel Millionen Wähler. Sind das auch alles „die Schwachen, die Feigen, die Unentschlossenen“, die über die Hälfte unserer Wählermasse bilden? Die Kautskysche Theorie des starren Gegensatzes zwischen der organisierten Vorhut und der übrigen Masse des Proletariats ist ebenso undialektisch, ebenso falsch und unzureichend für die gewöhnliche gewerkschaftliche und parlamentarische Klassenaktion wie für besondere Momente großer Massenschlachten. Mit der Behandlung der Unorganisierten als des feigen Janhagels verschüttet man sich das Verständnis sowohl für die lebendigen historischen Bedingungen der proletarischen Aktion wie für die der Organisation und ihres Wachstums.

1 Der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen fand vom 28. August bis 3. September 1910 statt.

Kautsky beruft sich freilich auf den Bergarbeiterstreik¹. Dieser habe deutlich gezeigt, daß wir uns auf keine andere Macht verlassen dürfen als auf unsere eigenen Organisationen. Nun, es wäre noch zu untersuchen, inwiefern zu dem Mißlingen des Bergarbeiterstreiks nicht gerade die zaghaftie, bremsende Leitung beigetragen hat, die seit Jahren jede große Auseinandersetzung zu lokalisieren und hinauszuschieben, ihr jeden politischen Charakter zu nehmen sucht, auf diese Weise aber den Massen nur den Elan und die Sicherheit nimmt. Ich halte es auch da mit dem früheren Kautsky, der 1905 über „Die Lehren des Bergarbeiterstreiks“ im Ruhrrevier² schrieb:

„Nut auf diesem Wege lassen sich erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiterchaft erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist aussichtslos geworden; der Streik muß von vornherein als *politischer* auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die *Ge-setzgebung* in Bewegung zu setzen ... Diese neue gewerkschaftliche Taktik – die des *politischen Streiks* –, der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben.“³

Schließlich muß Kautsky selbst, wenn er die Bedingungen des Massenstreiks auch in Deutschland näher angeben soll, zum folgenden Resultat kommen:

Im allgemeinen kann man von ihm sagen, die Vorbedingung seines Gelingens ist eine Situation, die die Arbeiterklasse so sehr erregt, daß alle ihre Schichten einmütig nach den schärfsten Mitteln der Aktion verlangen: die Parteigenossen nicht nur, sondern auch die freien Gewerkschaften, ja die Masse in den gegnerischen Organisationen und die unorganisierten Massen selbst.

Hört! Hört! Also die Vorbedingung eines siegreichen Massenstreiks stellt sich auch in Deutschland letzten Endes als ein einmütiges *Zusammenwirken* sowohl der Organisierten wie der „Schwachen, Feigen, Un-

1 Siehe S. 134, Fußnote 1.

2 Vom 7. Januar bis 19. Februar 1905 hatten etwa 215 000 Bergarbeiter im Ruhrrevier für den Achtstundentag, für höhere Löhne und für Sicherheitsvorkehrungen gestreikt. An diesem Ausstand waren gemeinsam die freigewerkschaftlichen, die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Bergarbeiterverbände, die Polnische Berufsvereinigung sowie unorganisierte Arbeiter beteiligt. Die von reformistischen Gewerkschaftsbürgern und den Führern der bürgerlichen Gewerkschaften beherrschte Streikleitung beschloß den Abbruch des Streiks und machte ihn dadurch ergebnislos.

3 Karl Kautsky: Die Lehren des Bergarbeiterstreiks. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 23. Jg. 1904/05, Erster Band, S. 780/781.

entschlossenen, also der Nichtorganisierten“ heraus, als das Resultat einer Erregung, die beide Schichten gleichmäßig ergreift. Oder, wie ich in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“¹

Wenn dem aber so ist, ergibt sich dann nicht für den organisierten, klassenbewußten Teil des Proletariats die klare Pflicht, nicht bloß auf jene „Erregung“ passiv zu warten, sondern sich auch die leitende Rolle der Vorhut zu sichern? Ergibt sich da nicht für die Sozialdemokratie die geschichtliche Aufgabe, sich durch ihre ganze Haltung jetzt schon den größten Einfluß auf die unorganisierte Masse zu verschaffen, durch die Kühnheit ihres Vorgehens, durch entschlossene Offensive das Vertrauen der weitesten Volkskreise zu gewinnen, den eigenen Organisationsapparat für die Anforderungen großer Massenaktionen anzupassen?

Ja, Kautsky, der den Massenstreik in Deutschland nur als einen einmaligen „äußersten Kampf“, als eine Art Jüngstes Gericht schildert, versichert uns gleichwohl wiederholt, daß bei den jetzigen gespannten Verhältnissen *über Nacht* eine Situation eintreten kann, die uns zwingt, zu unseren schärfsten Waffen zu greifen. Man bedenke: Wir können von heute auf morgen, „über Nacht“ zum Massenstreik, das heißt nach Kautskys Schema zur Generalschlacht auf Tod und Leben mit dem herrschenden System, gelangen. Und angesichts solcher Möglichkeiten soll die Partei nicht durch offensive Taktik jetzt schon ihre Waffen schärfen, durch die Vorbereitung der Massen auf ihre großen Aufgaben den kommenden Ereignissen zielbewußt begegnen? Die Verhältnisse seien derart, daß „über Nacht“ eine Katastrophe eintreten kann. Wir leben nach Kautsky gewissermaßen auf dem Vulkan. Und in einer solchen Situation sieht Kautsky für sich nur die eine Aufgabe: diejenigen als „Putschisten“ zu denunzieren, die der Kampftaktik der Sozialdemokratie mehr Wucht und Schärfe verleihen, die sie aus dem Schlendrian herausreißen wollen! Kautsky gebraucht bei seinen taktischen Plänen gern kriegerische Worte. Man hört bei ihm viel von Schlachten, Feldzügen und Feldherren. Nun, ein Feldherr, der „über Nacht“ eine Generalschlacht erwartete und, statt für die äußerste Ausrüstung seines Lagers zu sorgen, etwa die Order ausgeben würde, ruhig weiter die Knöpfe blank zu putzen, verdiente eine Verewigung freilich nicht in der Kriegsgeschichte, sondern im „Wahren Jacob“.

1 S. 252.

III

Nicht durch bewußte Anpassung der Organisation und der Taktik an die Massenkämpfe, die eine kommende Situation erfordern wird, gelangen wir zu dem „deutschen Massenstreik“. Dazu führt nach Kautsky der folgende verschlungene Weg. Ein Massenstreik um das preußische Wahlrecht ist erst dann möglich, wenn die Massen in Preußen den Nutzen des allgemeinen Wahlrechts richtig begriffen haben und das Wahlrecht als Lebensfrage für sich betrachten. Dies werden sie erst lernen, wenn sie einen Anschauungsunterricht haben, der ihnen den Nutzen des allgemeinen Wahlrechts vordemonstriert. „Dieser Anschauungsunterricht fehlt, solange das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Reichstag nicht eine Volksvertretung liefert, die für das Proletariat an ‚positiver Arbeit‘ weit aus mehr leistet als das Dreiklassenhaus.“¹ Das war bisher noch nicht der Fall. Der Reichstag hat beinahe so wenig Positives geleistet wie der preußische Landtag. „Aber das kann sich ändern.“ Wenn wir noch mehr Sozialdemokraten hineinkriegen, können wir vielleicht im Reichstag dahin gelangen, „daß wir ihn zu Sozialreformen drängen. Gelänge es, die Praxis im Reichstag so zu gestalten, daß sie den Massen zeigte, das Reichstagswahlrecht besitze für sie großen praktischen Wert [Hervorhebung – R. L.], dann würden sie auch die Wichtigkeit seiner Erringung für den preußischen Landtag begreifen.“²

Mit dieser Klappe hätten wir aber sogar zwei Fliegen erschlagen: Die „positiven Errungenschaften“ im Reichstag würden nicht bloß den Massen die nötige Begeisterung zum Kampf um das preußische Wahlrecht einflößen. Sie würden zugleich die Reaktion zu einem Staatsstreich, zur Kassierung des Reichstagswahlrechts treiben. Und da hätten wir auf einmal Gelegenheit zu zwei „deutschen“ Massenstreiks: einem zur Verteidigung des Reichstagswahlrechtes und einem zur Erringung des preußischen Wahlrechtes.

„Das“, sagt Kautsky, „erscheint mir zur Zeit als der aussichtsreichste Weg, den Massenstreik für den preußischen Wahlrechtskampf vorzubereiten: Nur durch das Wachstum der Bedeutung des Reichstags im Bewußtsein der Volksmassen [Hervorhebung – R. L.] gewinnen sie die Erkenntnis von der Bedeutung des Reichstagswahlrechtes. Der entgegengesetzte Weg der Massenaktionsschwärmer, die Leistungsfähigkeit des

¹ Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 566/567.

² Ebenda, S. 567.

Reichstags und damit des Reichstagswahlrechtes als recht gering hinzu stellen, ist der verkehrteste Weg dazu.“¹

Man weiß nicht, was man zuerst bewundern soll an diesem verwünscht gescheiten taktischen Feldzugsplan, dem an der Stirn geschrieben steht, daß er in der stillen Denkerstube am Schreibtisch ausgeklügelt worden ist. Wir sollen „dazu gelangen“, den Reichstag zu Sozialreformen, zu großartigen Leistungen, zu „positiver Arbeit“ zu bringen! Es ist jetzt nachgerade Gemeingut auch des bescheidensten Agitators der Sozialdemokratie geworden, daß der Reichstag je weiter, je mehr mit Unfruchtbarkeit geschlagen ist, daß er für die Arbeiterklasse immer mehr nur noch Steine statt Brot übrig hat, daß unsere Sozialreform sich je länger, je mehr aus einem Arbeiterschutz in Arbeitertrutz verwandelt – und da sollen wir erst in Zukunft dazu gelangen, von diesem Distelstrauch der bürgerlichen Reaktion die schönsten sozialreformerischen Feigen zu pflücken! Und zwar wodurch? Lediglich dadurch, daß wir noch mehr Abgeordnete in den Reichstag hineinwählen! Noch zehn, noch zwanzig Sozialdemokraten im Reichstag, und auf dem steinigen Boden der Reaktion beginnt allmählich das goldene Kornfeld „positiver Arbeit“ zu wogen! Daß die sozialreformerische Unfruchtbarkeit des deutschen Reichstags, wie übrigens der meisten kapitalistischen Parlamente heute, kein Zufall ist, daß sie nur ein natürliches Produkt der zunehmenden Verschärfung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, daß im Zeitalter zunehmender Kartellierung der Industrie, der scharfmacherischen Arbeitgeberverbände, der Massenaussperrungen und des Zuchthauskurses unmöglich im Parlament ein neuer sozialreformerischer Frühling erblühen kann, daß jegliche „positive Arbeit“ im Parlament mit jedem Jahre aussichtsloser wird in dem Maße, wie der ehrne Tritt des Imperialismus alle bürgerliche Opposition niederstampft, dem Parlament jede Selbsttätigkeit, Initiative und Unabhängigkeit nimmt, es zur verächtlichen Jasagemaschine für Militärbewilligungen degradiert – all das verschwindet plötzlich vor dem verklärten Blick Kautskys. Die geschichtliche Erfahrung von fünfzig Jahren parlamentarischer Arbeit, die ganze Summe komplizierter ökonomischer und politischer Faktoren der jüngsten internationalen Entwicklungsphase des Kapitalismus, die zunehmende Verschärfung der Gegensätze auf allen Gebieten – alles das wird offenbar bloß zur boshaften Erfindung von „Massenaktionsschwärmern“, die die Verkehrtheit begehen, vom Niedergang des Parlamentarismus zu reden und den Reichstag despektierlich zu behandeln. Nun, dieser „Verkehr-

¹ Ebenda.

heit“ haben sich schon andere Leute schuldig gemacht. Bebel sagte in Dresden 1903:

„Ich kann Ihnen nur sagen, wir können nicht mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag . . . eine soziale Kommission einsetzen, die sich mit den Arbeiterschutzgesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hätte, bilden Sie sich wirklich ein, es sei dann etwas zu machen? . . . Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem andern Beratungstoff . . . – nein, das Entscheidende ist, daß die ganze Gesetzgebungsmacherei im Deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, daß, wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, daß es abermals wieder geändert werden muß . . . Woher kommt das? Weil die Klassengegensätze immer schärfer geworden sind, so daß man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann . . . Ich habe mich oft gefragt: Ist denn bei diesem Zustand der Dinge die parlamentarische Tätigkeit die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert? Wir leisten vielfach Tretmühlendarbeit im Reichstag. Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als daß ich dem lange nachgehängen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden! Man tut, was man kann, aber man täusche sich nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ausführen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, müßten wir parlamentarische Bäume ausreißen.“¹ (Protokoll des Dresdener Parteitags, S. 307.) [Hervorhebungen – R. L.]

So sprach von der parlamentarischen Tätigkeit ein Mann, der auf ihrem Gebiet ein Menschenalter gearbeitet, der die sozialdemokratische Parlamentaristik geschaffen hat. Und jetzt verspricht uns Kautsky, daß, wenn wir nur noch mehr Abgeordnete hineinwählen, sie parlamentarische Bäume ausreißen werden! Bebel rief in Dresden über die Aussichten des Parlamentarismus: „Also keine Illusionen, auf keinem Gebiete! Das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen.“² [Hervorhebungen – R. L.] Heute sucht Kautsky die gefährlichsten Illusionen in bezug auf den Parlamentarismus zu wecken.

Sein schlauer taktischer Plan hat aber noch eine interessante Seite. Wir sollen erst durch „positive Errungenschaften“ im Reichstag das Interesse

1 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 306/307.
2 Ebenda, S. 308.

der Massen für das preußische Wahlrecht wecken. Nur dieser „Anschauungsunterricht“ vermag entschlossene Kämpfer für das preußische Wahlrecht zu schaffen. Also ohne „positive Errungenschaften“ versteht die Masse den Wert der parlamentarischen Tätigkeit nicht? Nun, wie sind wir denn zu unseren $41\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen zum Reichstag gekommen? Wie sind wir seit 40 Jahren von Wahlsieg zu Wahlsieg vorgeschriften, ohne daß wir bis jetzt, wie Kautsky selbst zugibt, im Reichstag irgendwelche namhafte „positive Arbeit“ haben verrichten können? Haben wir vielleicht nach dem Kautskyschen Rezept die Massen durch den Köder „positiver Errungenschaften“ für den Gebrauch ihres Wahlrechtes zu gewinnen gesucht? Hören wir wieder, was Bebel darüber schon in Erfurt 1891 gegen Vollmar ausführte:

„Für uns aber handelt es sich darum, daß wir den Massen zeigen, wie ihnen die Gegner auf ihrem eigenen Boden die elementarsten und gerechtfertigtesten Forderungen verweigern. Diese Aufklärung der Massen über unsere Gegner ist die Hauptaufgabe für unsere parlamentarische Tätigkeit und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir unsere Anträge stets gestellt . . . Und unsere Tätigkeit in diesen Dingen hat in den weitesten Kreisen der Arbeiter, wie zahlreiche Zuschriften beweisen, die allergünstigste Beurteilung gefunden. Wir haben also stets den Standpunkt vertreten, es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies oder jenes erreichen; für uns ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“¹ (Protokoll des Erfurter Parteitags, S. 174.) [Hervorhebungen – R. L.]

Es war also nicht die „positive Arbeit“, sondern die aufklärende Agitation im Reichstag, was uns die wachsenden Scharen der Anhänger bei den Wahlen gewonnen hat. Die Opportunisten in der Partei waren es bis jetzt, die behaupteten, den Massen müsse man unbedingt mit „positiven Errungenschaften“ in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk „nicht verstehen“. Die Partei in ihrer Mehrheit hat es stets verschmäht, die Massen durch Verheißen „positiver Errungenschaften“ zu ködern. Und doch haben wir Millionen Wähler gewonnen, und doch haben wir unter stürmischem Zustimmung der Massen schon 1905 erklärt, zur Verteidigung dieses Reichstagswahlrechtes, das fast noch keinen Deut an „positiven Errungenschaften“ eingebracht hat, müsse das Äußerste getan werden.²

1 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 174.
2 Siehe S. 223, Fußnote 2.

Der ganze taktische Plan Kautskys bewegt sich also in falschem Geleise, er ist opportunistische Spekulation auf einen sozialreformerischen Altweibersommer des Reichstags und auf opportunistische Köderung der Massen durch „positive“ parlamentarische Arbeit.

Doch abgesehen davon, was bleibt denn Greifbares an taktischer Weisung für die Partei übrig, wenn man in diesem Plan das Wenn und Aber der Zukunftsmusik ausscheidet? Was sollen wir schließlich tun, um vorwärtszukommen? Reichstagswahlen, Mandatgewinn – das ist das Allheilmittel, das ist das A und O. *Nicht als Parlamentarismus* – das ist alles, was Kautsky der Partei heute zu empfehlen weiß.

IV

Seit Jahren haben wir in unseren Reihen kein so allgemeines lebhaftes Bedürfnis verspürt, vorwärtszukommen, unserer Taktik eine größere Wucht und Schlagfertigkeit, unserem Organisationsapparat eine größere Beweglichkeit zu verleihen, wie jetzt. Die Kritik an den eigenen Mängeln im Parteileben und in den Kampfmethoden, wie stets die erste Vorbereitung jedes inneren Fortschritts in den Reihen der Sozialdemokratie, ist diesmal aus dem Schoße der Organisationen selbst herausgekommen, sie hat in den weitesten Kreisen der Partei ein kräftiges Echo gefunden. Und es sollte scheinen, daß zu einer solchen Selbstkritik Anlaß genug vorhanden ist. Der preußische Wahlrechtskampf ist nach dem glänzenden Anlauf im Jahre 1910 in völlige Stagnation geraten. Die Aktion der Partei wie der Fraktion im Kampfe gegen die Militärvorlage war nach allgemeinem Empfinden nicht auf der Höhe; speziell die Taktik der Fraktion gegenüber der Deckungsvorlage hat eine tiefe Beunruhigung in den Parteikreisen hervorgerufen. Der Stand der Organisation und der Abonnenten unserer Presse weist den minimalsten Fortschritt, den wir seit dem Bestehen der Partei zu verzeichnen haben, stellenweise sogar einen Rückgang auf. Geben alle diese Erscheinungen auch gar keinen Grund zu Bußtagspredigten über unsere hoffnungslose „Verbürgerlichung“, so sind sie für eine Kampfpartei, namentlich für eine Partei der Selbstkritik wie die unsere, Grund zur ernsten Prüfung der eigenen Kräfte und Kampfmethoden. Wie die Parteipresse und der Verlauf der Parteiversammlungen von allen Seiten dartun, empfinden die weitesten Kreise der Genossen das ernste Bedürfnis, sich mit all den auftauchenden Fragen, Zweifeln und Problemen auseinanderzusetzen.

Nur Kautsky, derselbe Kautsky, der bei mir „mangelhafte Vertrautheit mit dem Fühlen und den Lebensbedingungen des Proletariats“¹ bemängelt, hat von diesem Drängen und dieser Unruhe unserer Massen nicht das geringste verspürt. Er seinerseits findet an unserem Parteileben gar nichts auszusetzen. Ist auch die Fortsetzung der Wahlrechtsdemonstrationen, die Kautsky selbst im Mai 1910 für notwendig erklärte, ausgeblieben und ist der Wahlrechtskampf seit drei Jahren eingeschlafen, Kautsky findet alles in Ordnung und erklärt, daß nur Most und Hasselmann sich nach etwas anderem sehnen könnten. Kritisiert man unser Verhalten bei der Militärvorlage als mangelhaft, dann fordert Kautsky, man solle ihm doch zeigen die Massenaktionen gegen solche Vorlagen in Frankreich, Italien, Österreich, ja er hat sogar den grimmigen Humor, vom heutigen *Rußland* das Vorbild der Aktion gegen den Militarismus für die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Million Organisierter zu fordern.

Wenn die Parteigenossen draußen im Lande die flauie Stimmung der Massen im Kampfe gegen die Militärvorlage als eine bittere und beschämende Enttäuschung empfinden, findet Kautsky diese Flauheit ganz begreiflich und ruft kühn bis ans Herz hinan: Weshalb sollten sich denn die Massen erregen? Handelte es sich doch nach ihm um nichts als um die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf alle wehrhaften Männer, wonach die ungeheuerlichste aller Militärvorlagen beinahe so harmlos aussieht wie die Verleihung eines Ordens vierter Güte an einen fortschrittlichen Führer.

Während Kautsky noch im Jahre 1909 das Verhalten der Fraktion bei der Finanzvorlage² scharf kritisierte, durchaus eine Obstruktion forderte, auf dem Leipziger Parteitag entschieden gegen die Abstimmung für direkte Steuern auftrat, weil sie mit indirekten verkoppelt waren, und erklärte: „Niemals dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu Zwecken, die wir verwerfen“³ (Leipziger Parteitagsprotokoll, S. 349) [Hervorhebung – R. L.], findet er heute kein Wort gegen das Verhalten der Fraktionsmehrheit. Ja, er feiert es als einen herrlichen Sieg und den

¹ Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 536.

² Die sozialdemokratische Fraktion hatte 1909 im Reichstag dem Erbschaftssteuergesetz, einem Bestandteil der Finanzreform (siehe S. 60, Fußnote 2), in zweiter Lesung zugestimmt. Diese Haltung, die die Opportunisten auf dem Leipziger Parteitag 1909 mit demagogischer Berufung auf das sozialdemokratische Partiprogramm zu rechtfertigen suchten, führte in der Sozialdemokratie zu heftigen Auseinandersetzungen über die prinzipielle Haltung der Partei zu direkten Steuern im kapitalistischen Klassenstaat.

³ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909, Berlin 1909, S. 349.

Beginn eines ganzen Frühlings „positiver Arbeit“ im Reichstag. Und selbst der Rückgang der Organisation und der Abonnenten vermag Kautsky nicht aus der beschaulichen Ruhe eines Philosophen herauszu bringen:

„Kein Zweifel“, sagt er, „es ist im Parteileben augenblicklich ein gewisser Stillstand zu verzeichnen, der an manchem Orte sogar zu einem Rückgang der Abonnementzahlen der Parteipresse und der Mitgliederzahlen der Parteiorganisationen geführt hat. Das ist sicher nicht erfreulich, aber noch lange keine bedenkliche Erscheinung.“¹ [Hervorhebung – R. L.]

Man denke: Derselbe Kautsky, der sich überhaupt nur auf Organisierte verlassen, nur mit ihnen alle Schlachten des Klassenkampfes schlagen will, der in der Organisation nicht bloß den bewußten Kern und die leitende Vorhut des Proletariats, sondern überhaupt das all und einzige des Klassenkampfes und der Geschichte sieht, derselbe Kautsky entwickelt plötzlich eine merkwürdige Gelassenheit, wenn man selbst einen Rückgang unserer Organisationen feststellt! Ja, er versteigt sich, um diesen Rückgang „unbedenklich“ erscheinen zu lassen, zu der höchst bedenklichen Theorie, daß man ja „an den Zielen unserer Bewegung dasselbe Interesse nehmen könne, ob man in der Organisation steht oder nicht“². Ein Glück, daß die „Neue Zeit“ keine allzu große Verbreitung in den Massen findet, sonst würden ja die Organisationsfaulen bei unserem Obertheoretiker die schönste Rechtfertigung ihres sträflichen Verhaltens finden. Wenn unsreiner zu behaupten wagt, daß die Unorganisierten in einzelnen stürmischen Momenten, in bestimmten historischen Situationen, beim Kampfe um große volkstümliche Ziele neben den Organisierten und unter ihrer Anführung mitmachen müssen, dann gerät Kautsky in die edelste Entrüstung ob solchem Blanquismus, Putschismus, Syndikalismus. Wenn es aber gilt, das Bestehende mit seinen Mängeln zu beschönigen und die Selbstkritik der Partei einzulullen, dann entdeckt Kautsky plötzlich, was keiner vor ihm wußte: daß man sogar an den Zielen unserer Bewegung „dasselbe Interesse“ nehmen könne, ob man organisiert sei oder nicht!

Das ist ein Offiziösentum, wie es reiner in unserer Partei und jedenfalls im Organ des geistigen und theoretischen Lebens der Sozialdemokratie nie vertreten worden ist. Und jedenfalls ist das ein Gebrauch der Theorie, der mit dem Geiste des Marxismus nichts gemein hat. In Mar-

¹ Karl Kautsky: Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. In: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 533.

² Ebenda, S. 534.

xens Geist ist die theoretische Erkenntnis nicht dazu da, um hinter der Aktion einherzugehen und für alles, was von den „obersten Behörden“ der Sozialdemokratie jeweilig getan oder gelassen wird, einen rechtfertigenden Beruhigungsschleim zu kochen, sondern umgekehrt, um der Aktion der Partei führend vorauszugehen, um die Partei zur ständigen Selbstkritik anzustacheln, um Mängel und Schwächen der Bewegung aufzudecken, um neue Bahnen und weitere Horizonte zu zeigen, die in den Niederungen der Kleinarbeit unsichtbar sind.

Kautsky hingegen bekämpft den Gedanken an eine Offensive in unserer Taktik, er bekämpft die Forderung der Initiative, er bekämpft die Lösung des Massenstreiks. Was er aber zu bieten weiß, sind nur die gefährlichsten Illusionen in bezug auf den Parlamentarismus. Im Frühjahr 1910, als die Partei mitten in den preußischen Wahlrechtsdemonstrationen die Frage der weiteren Kampfmittel erörterte, trat Kautsky dazwischen, um zu der Abrüstung im Wahlrechtskampf die Theorie zu liefern und im Sinne der leitenden Parteikreise die ganze Aufmerksamkeit und Energie auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zu lenken. Reichstagswahlen! Das war Kautskys einzige taktische Lösung. Auf die Reichstagswahlen sollten alle Hoffnungen konzentriert werden. Nach den Reichstagswahlen versprach Kautsky „eine ganz neue Situation“ und stellte einen „neuen Liberalismus“ in Aussicht. Freilich, auch dieser „neue Liberalismus“ war, wie alle politischen Horoskope Kautskys, in lauter Wenn und Aber gewickelt, und jede positive Behauptung wurde nachträglich durch einschränkende Bedingungen wieder aufgehoben. Doch der einzige begreifliche Zweck und der Kern seiner Ausführungen sowie des Schlagwortes vom neuen Liberalismus war doch nur der, Hoffnungen auf den „neuen Mittelstand“ zu wecken und den Schwerpunkt des politischen Kampfes ins Parlament zu verlegen.

„Die Gunst der heutigen Situation“, schrieb Kautsky am 25. Februar 1912 im „Vorwärts“, „liegt nicht darin, daß in den Liberalen plötzlich entschlossene Kämpfer für eine demokratische Revolution auf den Plan getreten sind, sondern darin, daß die Haltung der Liberalen uns gegenüber alle Pläne der Reaktionäre zuschanden macht. Unser Wahlsieg hat diese nicht überrascht, mit dem rechnete alle Welt. Aber sie erwarteten, daß unter dem Eindruck des proletarischen Wahlsiegs die Liberalen, von panischem Schrecken ergriffen, in hellen Haufen ins reaktionäre Lager abschwenken, das Wort von der reaktionären Masse zur Wahrheit machen würden . . .“

Und das wäre sicher auch geschehen ohne den neuen Mittelstand. So

ist aber nicht bloß die starke Sozialdemokratie gekommen, sondern neben ihr auch ein Liberalismus, der zum Kampfe gegen die Rechte bereit ist – ihnen gegenüber diese in der Minderheit.“¹ [Hervorhebungen – R. L.]

Und gegen Schluß:

„Die Machtverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen, wie sie der jüngste Wahlkampf nicht geschaffen, wohl aber enthüllt hat, sie haben eine politische Situation hervorgerufen, die ihresgleichen in der bisherigen Geschichte Deutschlands nicht findet. Man braucht nicht parlamentarischem Kretinismus verfallen zu sein, noch die Macht des Reichstages und die Kraft des Liberalismus zu überschätzen, um zu der Anschauung zu kommen, daß der Schwerpunkt unserer politischen Entwicklung wieder einmal im Reichstag ruht und die parlamentarischen Kämpfe uns in der gegebenen Situation ein erhebliches Stück vorwärts bringen können – natürlich nicht durch sich selbst allein, sondern durch ihre Rückwirkung auf die Massen, die die feste Grundlage unserer Kraft bleiben, wie immer sich die parlamentarischen Konstellationen gestalten mögen.“² [Hervorhebungen – R. L.]

Die Reichstagswahlen sind längst vorüber; die „ganz neue Situation“ ist nicht eingetreten, vielmehr wird der alte reaktionäre Kurs ruhig fortgesetzt. Unsere Fraktion von 110 hat sich gegen diese Reaktion, wie nicht anders zu erwarten war, im großen und ganzen ebenso machtlos erwiesen wie die frühere von 53. Der „neue Liberalismus“ hat sich trotz „neuen Mittelstandes“ als der älteste, greisenhafteste herausgestellt. Der preußische Wahlrechtskampf hat sich von der Erstarrung seit dem Frühjahr 1910 immer noch nicht erholt. Und die neue politische Situation, „die ihresgleichen in der bisherigen Geschichte Deutschlands nicht findet“, kulminierte in einem Stillstand der Sozialreform und in der glatten Annahme einer Militärvorlage, die „ihresgleichen in der bisherigen Geschichte Deutschlands nicht finden“.

Was ist nun *heute* die Lösung Kautskys? Wieder Reichstagswahlen und nichts als Reichstagswahlen! „Das Wachstum der Bedeutung des Reichstags im Bewußtsein der Volksmassen“ – das ist nach Kautsky auch heute noch der einzige Weg, wie wir vorwärtskommen! Wie seine Theorie auf eine offiziöse Beruhigung aller Skrupel und Rechtfertigung alles Bestehenden in der Partei hinausläuft, so seine Taktik auf das Bremsen der Bewegung auf dem alten ausgefahrenen Geleise des reinen Parlamentarismus.

¹ Karl Kautsky: Der neue Liberalismus und der neue Mittelstand. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 47 vom 25. Februar 1912.

² Ebenda.

mus, im übrigen auf die Hoffnung, daß die Geschichte schon die revolutionäre Entwicklung besorgen wird und daß, wenn die Zeit reif ist, die Massen über die bremsenden Führer hinwegstürmen werden. Oder wie Kautskys Gesinnungsgenosse, der „Vorwärts“, so schön formuliert hat: „Wenn die Massen in stürmischer Erregung sind, wenn sie vorwärtsdrängen, wenn sie um bremsende Führer sich nicht mehr bekümmern – dann ist der Augenblick, nicht wo der Massenstreik diskutiert und dann proklamiert ist, sondern wo er da ist, geboren aus der zwingenden unwiderstehlichen Gewalt der Massenbewegung.“

Das ist eine Anweisung für unsere Führer, die an die Regierungsmaximen des seligen Kaisers Ferdinand vor der Märzrevolution erinnert: „Mich und den Metternich hält's noch aus.“ Solange es „aushält“, sollen sich die Führer der Sozialdemokratie an die heilige Routine, an den Nurparlamentarismus halten und den neuen Aufgaben der Zeit mit Gewalt entgegenstemmen. Erst wenn alles Bremsen nichts hilft, soll der Beweis erbracht sein, daß „die Zeit erfüllt sei“.

Sicher werden bremsende Führer schließlich von den stürmenden Massen auf die Seite geschoben werden. Allein, dieses erfreuliche Ergebnis als ein sicheres Symptom der „reifen Zeit“ ruhig erst abzuwarten mag für einen einsamen Philosophen angemessen sein. Für die politische Leitung einer revolutionären Partei wäre es Armutzeugnis, moralischer Bankrott. Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewußt vorauszugehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewußte Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.

Nichts ist auch rascher und gründlicher von der wirklichen Entwicklung begraben worden als die taktischen Weisungen Kautskys in den letzten drei Jahren: wie seine „Ermittlungsstrategie“, die auf den Nurparlamentarismus hinausläuft und von der jetzt die Mehrheit der Partei nichts wissen will, wie seine „Abrüstung“, die im Orkus verschwunden ist, wie sein „neuer Liberalismus“, wie seine „ganz neue Situation“ nach den Reichstagswahlen, wie die unter seinem theoretischen Segen ausgeführte Dämpfungstaktik bei den Wahlen. So wird es auch in Zukunft gehen. Eine Theorie, die nicht dem Vorwärtsstreben der Massen, sondern dem Bremsen dient, kann selbst nur erleben, daß sie von der Praxis überrannt, achtlos auf die Seite geschoben wird.

Die Neue Zeit (Stuttgart),
31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 828–843.

Die Massenstreikresolution des Parteivorstands

Leipzig, 11. September

Der Eindruck, den die vom Parteivorstand veröffentlichte Resolution zur Frage des Massenstreiks¹ in den Parteikreisen wohl allgemein gemacht haben wird, ist ein ziemlich befremdender. Wir sind ja in bezug auf Parteitagsresolutionen überhaupt nicht verwöhnt, und niemand wird in diesem Fall ein Meisterstück in politischer wie in stilistischer Hinsicht erwartet oder verlangt haben. Aber ein so farbloses, gequältes Stück Prosa ohne Hand und Fuß wie das vorliegende, dem bei allgemeiner Verschwommenheit in Form und Inhalt nur das eine sehr deutlich an der Stirn geschrieben steht: der Wunsch der Verfasser, gar nichts Deutliches zu sagen, ein solches Produkt der hohen Staatskunst durfte der Parteivorstand denn doch in dieser Situation nicht vorlegen.

Man muß sich vor allem fragen: Welchen Zweck hat diese Resolution? Wenn der Parteivorstand eine besondere Debatte auf dem Parteitag² über die Frage des Massenstreiks sowie die Annahme einer besonderen Resolution zu dieser Frage für notwendig hält, so hat er sich wohl Rechenschaft darüber abgelegt, daß die Partei in ihrer erdrückenden Mehrheit irgend etwas Bestimmtes aussprechen will, daß bestimmte Vorgänge im politischen und ökonomischen Leben wie im inneren Parteileben es bewirkthaben, daß die Frage des Massenstreiks wieder eine besondere Aktualität erlangt. Das bedeutet freilich nicht, daß der Parteitag die Aufgabe hätte, einen Massenstreik von heute auf morgen zu „beschließen“ – soviel wir übersiehen können, denkt an einen solchen unsinnigen Beschuß kein Mensch in der Partei. Aber was der Parteitag kann und soll, ist, jene Momente in der gegenwärtigen ökonomisch-politischen Situation herausheben und for-

1 Zur Massenstreikfrage. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 232 vom 7. September 1913.

2 Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand vom 14. bis 20. September 1913 in Jena statt.

mulieren, die den Pulsschlag des Kampfes in unsren Reihen beschleunigen und die Kampflust der Massen in der letzten Zeit erregt haben. *Die Verschärfung der Klassengegensätze*, die auf allen Gebieten zutage tritt: in den Gewerkschaftskämpfen, in den Parlamenten, in den Vorstößen des Militarismus, in der steigenden Kriegsgefahr, in der Bedrohung des Koalitionsrechts, im Stillstand der Sozialreform, im reaktionären Verfall der bürgerlichen Oppositionsparteien – dies ist es, was in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft jetzt eine lebhafte Beunruhigung und den Gedanken an schärfere Kampfwaffen rege gemacht hat.

Dieser objektiven Sachlage und diesem Empfinden der Massen Ausdruck zu verleihen ist Aufgabe des Jenaer Parteitags.

Die Vorstandresolution weiß von alledem gar nichts. Sie hat nicht den geringsten Hauch von jenem frischen Kampfgeist der Massen verprüft, aus dem heraus die Massenstreikdebatte entstanden ist. Sie enthält nicht einmal einen Versuch, die besondere Situation, in der wir uns befinden und im Zusammenhang mit der die Lösung vom Massenstreik wieder in das politische Gesichtsfeld der Partei gerückt ist, zu kennzeichnen. Was diese Resolution darstellt, ist ein Bündel ganz abstrakter schematischer Thesen über Massenstreik und allgemeines Wahlrecht, die ebensogut vor fünf Jahren auf irgendeinem Bezirkstag oder Provinzialparteitag hätten formuliert werden können. Diese Resolution bringt uns weder in der Erkenntnis des Massenstreiks als Kampfwaffe noch in der Erkenntnis der aktuellen Situation unsres Kampfes um ein Jota vorwärts. So, wie sie vorliegt, hätte ihre Annahme durch den Parteitag nicht den geringsten Zweck, und dieses In-nichts-Zerrinnen der geführten Debatten über den Massenstreik ist offenbar der eigentliche Zweck dieser vom Vorstand vorgelegten Resolution.

Doch nicht genug. Statt uns vorwärtszubringen, macht die Resolution in einigen entscheidenden Punkten einen deutlichen Schritt hinter die Erkenntnis zurück, zu der sich die Partei bereits durchgerungen hat. Sehen wir uns die Resolution Absatz für Absatz an. Sie lautet:

„Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschuß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.“

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht ent-

rechtfertigt die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entreteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.¹

Der einleitende Passus mag als der annehmbarste hingehen. Was hier als relativer Fortschritt begrüßt werden muß, ist die deutliche Anerkennung dessen, was schon Gemeingut der Massen in der Partei geworden, was jedoch von manchen ihrer Offiziere und Unteroffiziere bis zuletzt bestritten wurde: daß der Massenstreik auch in Deutschland nicht bloß zur Defensive, sondern ebensogut zur Offensive dienen kann. Damit wird die Lösung des Massenstreiks ein für allemal von der traditionell-bürokratischen, „spezifisch deutschen“ Verankerung in einem eventuellen Staatsstreich gegen das Reichstagswahlrecht befreit. Es wird anerkannt, daß der Massenstreik in Deutschland, genau wie in allen andern Ländern, bei der Verteidigung wie bei dem Vorrücken, je nach der Situation, ohne vorher festgesetzte Schablone zur Anwendung kommen wird. Damit ist aber das Brauchbare der Resolution auch schon erschöpft.

Der zweite und dritte Passus, die sich auf das preußische Wahlrecht beziehen, lassen alles zu wünschen übrig. Wir sehen davon ab, daß in bezug auf die Schärfe der Formulierung und den Schwung des Ausdrucks diese zwei Absätze über den Brennpunkt des politischen Lebens Deutschlands in ihrem Niveau sogar für eine gewöhnliche Versammlungsresolution in Buxtehude nicht geradezu glorreich wären. Doch nicht um Großzügigkeit

1 Vorwärts, Nr. 232 vom 7. September 1913. – Der Wortlaut stimmt mit dem Antrag 94 auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena 1913 überein.

und Schwung handelt es sich zunächst, sondern um schlichten politischen Inhalt. Ein Parteitag, der nach allem, was wir erlebt haben an schamloser Wahlreformkomödie in Preußen¹, an Verrat der bürgerlichen Parteien, an frechem Hohn der Regierung, an begeisterten Massenkundgebungen vor drei Jahren, ein Parteitag, der nach alledem und nach einer dreijährigen Pause im Wahlrechtskampf heute zur Frage des preußischen Wahlrechts nichts anderes zustande brächte als diese mattheißen zwei Sätze, würde sich ein Armszeugnis ausstellen. Entweder schweigen wir über den preußischen Wahlrechtskampf ganz, oder der Parteitag in Jena muß wenigstens nicht hinter den preußischen Parteitag vom Jahre 1910 zurücktreten. Dort hieß es in der einstimmig angenommenen Resolution zum Schluß:

„Die Sozialdemokratie Preußens erklärt, daß die Schande und Unge rechtigkeit des Dreiklassenwahl systems nicht länger erträglich ist; sie fordert deshalb die preußische Regierung und die Parteien des preußischen Landtags auf, das Wahlrecht von 1850 durch ein wirkliches Wahlrecht zu ersetzen.“

Die preußische Sozialdemokratie wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einem solchen Wahlrecht die Bahn brechen, eingedenkt der historischen Lehre, daß überlebte Staatseinrichtungen zusammenbrechen müssen, sobald eine entschlossene und opferbereite Volksmehrheit den Kampf gegen das Unrecht aufzunehmen bereit ist.

Um einen solchen Wahlrechtssturm nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland zu entfesseln, beauftragt der Parteitag die preußische Parteileitung, ungesäumt alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, den reaktionären Widerstand zu brechen.²

Das war die Sprache eines Parteitags, der den Kampf um das preußische Wahlrecht wirklich vorwärtsbringen wollte. Auch jener Parteitag hat weder den Massenstreik noch irgendein konkretes Mittel des Vorgehens von heute auf morgen beschlossen, er hat der Parteileitung im Gegenteil völlig freie Hand in der Wahl der Kampfformen gelassen. Aber er hat die Massen zum Kampf, zum „Wahlrechtssturm“ aufgefordert, er hat, wie Singer in seiner Schlußrede sagte, das Signal zum Kampfe gegeben. Und

1 Die preußische Regierung hatte am 5. Februar 1910 auf Druck der Massenbewegung (siehe S. 97, Fußnote 1) eine Vorlage zur Änderung des preußischen Wahlrechts eingebracht, die aber nur eine geringfügige Änderung der Klasseneinteilung und die direkte Wahl unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts vorsah. Die Vorlage wurde durch die Kommissionen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses abgelehnt. Die machtvollen Wahlrechtskämpfe zwangen die Regierung, die Vorlage am 27. Mai 1910 zurückzuziehen.

2 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Preußens, abgehalten in Berlin vom 3. bis 5. Januar 1910, Berlin 1910, S. 127.

das ist es, was auch der Parteitag in Jena allein tun kann, wenn er überhaupt über die preußische Wahlrechtssache eine Resolution annehmen will. Die Kampflinie hingegen hinter den preußischen Parteitag vom Jahre 1910 zurückzuschieben wäre das direkte Gegenteil von dem, was die Partei erwartet und was dem Parteiinteresse entspricht.

Der letzte Passus der Resolution beginnt mit der Ablehnung der anarchistischen Auffassung des Massenstreiks, um mit der Aufforderung zum Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu enden. Mit der Polemik gegen die anarchistischen Hirngespinste vom Generalstreik als einem allzeit anwendbaren Allheilmittel ergibt sich der Parteivorstand dem harmlosen Vergnügen, Tote und Begrabene nochmals totzuschlagen. Den Gespenstern von Domela Nieuwenhuis¹ und Cornelissen², die bereits von den internationalen Kongressen in Brüssel³, in Zürich⁴ und in London⁵ überwunden worden sind, dürfte nach zwanzig Jahren wirklich die wohlverdiente Ruhe im Schattenreich gegönnt werden. Freilich findet man heute noch bei vielen Gegnern des Massenstreiks in Deutschland, bei manchen Gewerkschafts- und Parteiführern Anklänge an die anarchistische Auffassung vom Massenstreik, so namentlich, wenn sie öffentliche Debatten über den Massenstreik als ein gefährliches „Spiel mit dem Feuer“ verfemt oder wenn sie das Zustandekommen des Massenstreiks von der Erlaubnis der „Instanzen“ der Partei und Gewerkschaften abhängig machen wollen. Doch hat man *diese* Auffassung im Auge, dann wäre es treffender und aufrichtiger, sie nicht als anarchistische, sondern als *opportunistische* abzulehnen, und nur in diesem Falle hätte der polemische Satz in der Resolution einen gewissen Sinn und Zweck.

Der Schluß, der die eigentliche politische Weisung der Resolution enthält, ist die würdige Krönung des Gebäudes: Er geht über die übliche Aufforderung des Wahlvereinsvorsitzenden am Schluß jeder Versammlung zum Beitritt in die Organisationen nicht hinaus. Die Hauptsache,

1 Unter Führung des holländischen Sozialdemokraten Domela Nieuwenhuis trat in der internationalen Arbeiterbewegung eine halbanarchistische Gruppe mit der Forderung auf, das Proletariat solle auf jede Kriegserklärung, unabhängig von den konkreten historischen Bedingungen, mit einem Generalstreik antworten und den Wehrdienst verweigern.

2 Christian Cornelissen vertrat die Idee vom Generalstreik als einzigm Mittel zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft. Durch den Sieg des Generalstreiks werde mit einem Schlag das Ende der kapitalistischen Ausbeutung herbeigeführt. Cornelissen verkannte die Notwendigkeit, besonders die Arbeiterklasse ideologisch und organisatorisch auf die Revolution vorzubereiten.

3 Der Internationale Arbeiterkongreß in Brüssel fand vom 16. bis 22. August 1891 statt.

4 Der Internationale sozialistische Arbeiterkongreß in Zürich fand vom 6. bis 12. August 1893 statt.

5 Der Internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in London fand vom 27. Juli bis 1. August 1896 statt.

worauf jetzt die Masse der Parteigenossen wartet und was allein das Wachstum der Organisationen verbürgen kann: der Auftakt zu einer prinzipienfesten, kühnen, offensiven Taktik auf allen Gebieten, fehlt vollständig. Und damit fehlt der Resolution das eigentliche Salz, sie drückt sich einfach um den Kern der Sache herum. Soll die Resolution also ihrem Zweck entsprechen, so muß sie an Kopf und Gliedern geändert werden. So, wie sie vorliegt, ist sie nur ein wenig erfreuliches Zeugnis für die mangelnde Fühlung unsrer obersten Parteibehörde mit den Empfindungen weiter Parteikreise und für ihre Fähigkeit, diesen Empfindungen Rechnung zu tragen.

Leipziger Volkszeitung,
Nr. 211 vom 11. September 1913.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. bis 20. September 1913 in Jena¹

I

Antrag zur Resolution über den politischen Massenstreik²

Im Antrage 94 (Massenstreik)³ die Absätze 2 bis 4 zu ersetzen durch:

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland nötigt das Proletariat zur Entfaltung immer größerer Macht für die Verteidigung gegen heimtückische Anschläge der herrschenden Klassen, für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und die Erweiterung seiner politischen Rechte. Im Kampf gegen die politische Entrechtung ist das Proletariat immer mehr gezwungen, die höchste Energie zu entfalten. Dieser Kampf gipfelt in dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, dessen Erröberung eine Vorbedingung für den Befreiungskampf des Proletariats ist. Der jetzige Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats, insbesondere in Preußen, der seinen deutlichsten Ausdruck im Dreiklassenwahlrecht findet, hemmt das Proletariat in allen seinen Bestrebungen auf Verbesserung seiner Lebenshaltung. Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts zum Beherrscher der Gesetzgebung, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche.

Dieses schändliche Wahlrecht kann nur einem Wahlrechtssturm der großen Massen weichen, wie ihn der preußische Parteitag vom Januar 1910⁴ in Aussicht genommen hat.

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks ist die möglichst

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Redaktionelle Überschrift. – Dieser Antrag, von Rosa Luxemburg und anderen Sozialdemokraten eingebbracht, wurde abgelehnt.

3 Der Antrag 94 war die Resolution des Parteivorstandes. Siehe S. 323/324.

4 Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens fand vom 3. bis 5. Januar 1910 in Berlin statt.

vollkommene Organisation des Proletariats in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Erfüllung dieser Organisationen mit revolutionärer Kampfbegeisterung und Opferbereitschaft. Der Parteitag macht deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und für die Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse zu wirken. Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.

Als Antwort auf die Übergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen und die Parteiinstanzen auf, alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle Fälle gerüstet dasteht.

II

Rede über die Taktik der Sozialdemokratie¹

Als ich gestern die große Rede des Genossen Scheidemann hörte, da beschlich mich ein wehmütiger Gedanke an unsere Eröffnungsfeier am Sonntag und an die dort gehaltenen Begrüßungsreden unserer ausländischen Gäste. Da sind die Vertreter unserer Bruderparteien aus Holland, aus Belgien, aus der Schweiz gekommen, und sie haben uns einer nach dem anderen erklärt: Was uns als das wichtigste in eurer Tagung erscheint, ist die Debatte über den Massenstreik; für uns alle in Holland, Belgien, der Schweiz und anderen Ländern war diese Frage schon brennend. Aber wir sind eingedenkt dessen – obwohl bei uns die Massenstreikfrage schon praktisch geworden ist –: Dort, wo es gilt, eine tiefgründige, ernste theoretische Behandlung dieser Frage zu erreichen, da muß man zur deutschen Sozialdemokratie gehen, die die Vorhut der Internationale

1 Redaktionelle Überschrift.

ist. – Dann kam die Rede Scheidemanns über den Massenstreik. Ich befürchte, wenn unsere auswärtigen Gäste von der obersten Leitung unserer Partei eine großzügige, tiefeindringende sachliche Behandlung dieses hochwichtigen Problems erwartet haben, wenn sie sich der Hoffnung hingaben, von dem Vertreter des Parteivorstandes eine weitblickende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und innerhalb der Partei zu hören, die im Zusammenhang mit dem Massenstreik in Betracht gezogen werden muß, wenn sie erwarteten, feste, klare Richtlinien in bezug auf die nächste Zukunft über unsere taktischen Aufgaben gezogen zu sehen, so fürchte ich, sie sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Denn die Rede Scheidemanns in bezug auf den Massenstreik war alles andere als eine ernste, sachliche Betrachtung dieses Problems. Diese ganze Rede war gestimmt auf zwei Noten, erstens auf den Ton des Faustschen Famulus Wagner: Seht, wie herrlich weit wir es auf allen Gebieten gebracht haben, und zweitens auf einen Kampf gegen die Nörgler, gegen die unzufriedenen Kritiker in der eigenen Partei. Wenn man die Ausführungen Scheidemanns hört, so ist ja der Parteivorstand mit allem in der Partei höchst zufrieden, er findet alles im höchsten Glanze. Ich glaube, die erste Voraussetzung für ernste politische Führer, die dieses Namens wert sind, die Führer einer Millionenpartei, einer Massenpartei wie die unsrige sind, ist ein überaus empfindliches Ohr für alles, was sich regt in der Seele der Massen. („Sehr richtig!“) Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß wir jetzt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den Reihen der organisierten Parteigenossen haben. („Sehr richtig!“) Sie brauchen nur in die Versammlungen zu gehen, um das zu hören. Man braucht auch nur die Berichte von den Parteiversammlungen vor dem Parteitag in allen Gegenden Deutschlands zu verfolgen, um zu sehen, daß Redner aus der Masse hier heraustreten und bekunden, daß die Massen der Organisierten förmlich nach einem frischen Luftzug im Parteileben lechzen, daß sie einen frischen, scharfen Ton in unseren Kampf hineingetragen haben wollen, daß sie es satt haben, den Nichtsalsparlamentarismus als das alleinseligmachende Mittel immer angepriesen zu sehen. Aber der Parteivorstand weiß von alledem nichts, und Scheidemann sagt: Ihr sprecht von Unzufriedenheit? Wo sind die Beweise des fehlenden Vertrauens der Massen zu ihren Führern? Solche Unzufriedenheit können ja nur Schwarzseher erblicken, und Schwarzseher duldet der Parteivorstand nicht. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand war selbst gezwungen, in seinem offiziellen Bericht und in der Rede Scheidemanns eine ganze Reihe von betrübenden Tatsachen festzustellen. Es wird festgestellt, daß unsere

Mitgliederzahl nicht in dem gewünschten Maße wächst, daß wir einen teilweisen Stillstand und sogar stellenweise einen Rückgang der Abonnentenzahl unserer Blätter haben. Scheidemann sagte uns, daß jeder verständige Mensch angesichts der Zustände in Preußen, des preußischen Wahlrechts und des schmählichen Ausfalls der letzten preußischen Landtagswahlen¹ erwarten mußte, die Massen würden nun in gewaltigem Zorne sich aufzäumen und zum Kampfe herausrücken. Und Scheidemann sagte: Man muß sich wundern, daß die Massen das nicht tun. Und schließlich hat Scheidemann selbst feststellen müssen ein bedauerliches Abflauen der Bewegung in unserer Partei gegen die Militärvorlage². Auf alle diese Tatsachen, die jedem ernsten Parteiführer ein Anlaß sein mußten zur ernsten Analyse der Zustände, zur Erörterung, wie und wo man die eigentlichen Wurzeln dieser Erscheinungen suchen muß und wie Remedium zu schaffen ist – auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und bequemste Erklärung: Stillstand der Organisation und der Presse? Ei, die Krise ist es, die schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Krise wieder die Mauern erschüttert, die wir in der Zeit der Prosperität mit solcher Mühe aufgebaut haben. Der preußische Wahrechtskampf ist nicht aufgebraust, wie Scheidemann es für selbstverständlich hiebt nach dem schmählichen Ausfall der Wahlen. Aber das einzige, was der Vorstand, unsere oberste Behörde, zu sagen hat, ist, daß Scheidemann sich wundern muß darüber. Es würde näherliegen, zu fragen, ob denn nicht unsere Taktik selbst ein bißchen dazu beigetragen hat und ob wir keinen Grund hätten, uns nicht zu wundern, sondern uns zu fragen, was zu tun wäre, um solche Erscheinungen abzuwehren. Und endlich das Abflauen der Massenbewegung gegen die Militärvorlage, gegen die unerhörteste Zumutung des Imperialismus, die wir erlebt haben. Auch dafür hat unsere oberste Behörde sehr ausreichende Erklärungsgründe: Erstens war ja die Annahme der Militärvorlage sicher, und zweitens, nachdem die Besitzsteuern schon feststanden, da mußten sich die Massen sagen – so hat Scheidemann wörtlich gesagt –, nun war das Schlimmste überwunden! Ich mußte mich wundern, daß unsere höchste Parteibehörde eine solche Auffassung hier zum Ausdruck bringen konnte. Wenn es zuträfe, wenn die Massen sich sagen könnten, daß nach der Annahme von Besitzsteuern das Schlimmste bei der Militärvorlage überwunden war, so haben wir uns damit ein Armutszeugnis für die Resultate unserer Agitation und unserer Erziehungsarbeit ausgestellt. („Sehr rich-

1 Siehe S. 231, Fußnote 4.

2 Siehe S. 215, Fußnote 1.

tig!“) Wenn das zutrifft, so war der Parteivorstand als erster verpflichtet zu alarmieren, die ganze Partei mit der Frage zu beunruhigen; wenn wir so wenig erreicht haben, dann ist es höchste Zeit, daß wir nach Mitteln und Wegen suchen, um die Massen endlich zur sozialistischen Auffassung zu erziehen. („Sehr richtig!“) Statt dessen haben wir Beruhigungsgründe auf allen Gebieten. Soweit die Zustände innerhalb der Partei. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Momenten in der politischen und wirtschaftlichen Situation, die wirklich dazu angetan sind, Führer einer Viermillionenpartei zum ernsten Nachdenken über die Taktik und zur Nachprüfung unserer bisherigen Taktik zu veranlassen. Da macht der Imperialismus einen gewaltigen Vorstoß mit der letzten Militärvorlage, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht gehabt haben. Da ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien – eine neue Konstellation – gegen uns zu verzeichnen. Denn was haben wir erlebt? Während der Kämpfe gegen die Wehr- und die Deckungsvorlagen haben sich diejenigen Liberalen, auf die viele Hoffnungen während der letzten Reichstagswahlen¹ in unseren Reihen wachgerufen wurden, nicht etwa unserem Kampfe angeschlossen, um eine gründliche Finanzreform durchzusetzen und den Schwarz-Blauen Block² zu bekämpfen, sondern sie haben sich mit dem famosen Schwarz-Blauen Block zusammengefunden. Sie sind uns in den Rücken gefallen und haben sich mit dem Zentrum verbunden. Ernste Politiker mußten diese neue Situation in der Kombination der Parteien verfolgen. Ich weise darauf hin, daß in den letzten Tagen ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ über die preußische Wahlreform gesagt hat: Die einzige Hoffnung auf die Wahlreform – das schreibt ein freisinniges Blatt – liege jetzt beim Zentrum. Mit diesem zusammen sollten die Liberalen jetzt eine Wahlreform machen. Und was für eine Wahlreform? Nicht etwa die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, sondern eine bessere Verteilung der Abteilungen in diesem Dreiklassenwahlrecht. Was bedeutet denn diese neue Kombination? Sie zeigt, daß der Liberalismus, nachdem er sich vor einigen Jahren durch die Paarung mit den Konservativen bis auf die Knochen blamiert hat, jetzt die letzte von der Geschichte gebotene Möglichkeit, noch mehr in der Gesinnung zu verlumpen, ergreifen will, um mit dem Zentrum eine Paarung gegen uns einzugehen. („Sehr richtig!“) Was ist das anderes, Genosse Scheidemann, als der schmähliche Zusammenbruch Eurer ganzen Dämpfungstaktik seit den letzten Reichstagswahlen. (Zuruf vom Parteivorstand: „Ach, Unsinn!“) Parteigenossen, wenn unsere

1 Siehe S. 6, Fußnote 3.

2 Siehe S. 65, Fußnote 2.

oberste Parteibehörde aus solchen Tatsachen nicht Anlaß nimmt, eine ernste Prüfung der bisherigen Richtlinien der Taktik vorzunehmen, dann steht es traurig um die Sicherheit in der Vorzeichnung der Linien, auf denen die Politik geführt werden soll. – Dazu kommen ja noch höchst beunruhigende wirtschaftliche Momente. Wir stehen am Anfang einer Krise, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker uns zu sagen, daß unsere Politik, unsere Taktik so gestaltet werden muß, daß wir die unvermeidliche Entmutigung und Verzweiflung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Platz greift, daß wir diese Gärung, diese Unzufriedenheit in das Bett einer zielklaren Kampfstimme leiten und nicht in eine dumpfe Stagnation ausarten lassen. Parteigenossen, nur durch eine zielklare, scharfe, revolutionäre Taktik kann man den Mut der Massen stählen („Sehr richtig!“), die durch die Krise niedergedrückt werden. Anstatt alles dessen hielt es Genosse Scheidemann für die dringendste Aufgabe auf diesem Parteitag, den Kampf gegen die Nörgler in den eigenen Reihen, gegen die Kritiker, die angeblich künstlich die Unzufriedenheit schüren und an die Wand malen, zu führen. Und diesen Kampf gegen den inneren Feind hat sich Genosse Scheidemann wahrhaftig leicht gemacht. Er hat nicht etwa in Wirklichkeit gegen die vorgebrachten Kritiken und Ansichten gekämpft, er hat es vorgezogen, als ein zweiter Ritter St. Georg den Drachen siegreich zu erlegen, den er selbst erst ausgebrütet hatte. (Große Heiterkeit.) Das, wogegen Genosse Scheidemann hier als gegen die angebliche Auffassung der Verteidiger des Massenstreiks sich gewandt hat, war ein Zerrbild der wirklichen Ansichten, die wir vertreten. („Sehr richtig!“) Speziell was meine Wenigkeit anbetrifft, wenn Genosse Scheidemann auch ohne Namensnennung vielfach mich zu treffen wöhnte mit seiner Kritik, so kann ich ihm mit Goethe zurufen: Du gleichst dem Geist, den Du begreifst, nicht mir. (Große Heiterkeit, Unruhe und teilweise Zustimmung.)

Parteigenossen, einige Beispiele für die Verzerrung der Ansichten, die man bekämpft hat. Wenn wir in der Presse und in Versammlungen auf Unterlassungen in unserer jüngsten Politik hinwiesen, wenn wir betonen, daß zum Beispiel eine Partei von unserer Stärke und unserer oppositionellen, revolutionären Stellung bei solchen erstklassigen politischen Begebenheiten wie dem Kaiser-Regierungsjubiläum¹, wie dem Zarenbesuch in Deutschland² nicht ruhig zusehen durfte, sondern irgendeine Protest-

1 Siehe S. 249, Fußnote 2.

2 Siehe S. 232, Fußnote 2.

aktion ins Leben rufen mußte, da kommt Genosse Scheidemann und sagt: Was, ihr wollt die Leute auf die Straße treiben, ihr wollt Tausende von Menschenleben gefährden? Und man sah förmlich eine rote Blutlache auf den Straßen Berlins entstehen, bei der bloßen Anregung, gegen den Zarenbesuch eine Demonstration zu machen, wie es der Sozialdemokratie gebührt. Als wenn wir nicht schon in Berlin selbst und in Deutschland vor drei Jahren gewaltige Straßendemonstrationen erlebt hätten, bei denen nicht Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen sind, als wenn wir nicht schon in verschiedenen Ländern und zuletzt auch in Belgien, wie das Genosse Scheidemann 10 Minuten später so schön ausmalte, einen völlig friedlichen Massenstreik hätten entstehen sehen!¹ Parteigenossen! Wenn Sie sich auf die Weise die Entschuldigung dafür leicht machen wollen, daß überhaupt nichts getan wurde, nicht einmal gewöhnliche Versammlungen zum Zarenbesuch, nicht einmal ein anständiger Leitartikel im Zentralorgan, dem „Vorwärts“ (Heiterkeit.), so steht es schlimm um Ihre Gründe.

Ein zweites Beispiel: Wenn wir davon sprechen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventuellen Anwendung des Massenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Wahlvereins gezahlt haben, wenn wir darauf hinweisen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben vor uns stehen, die Organisation der Partei wohl die Kraft und den geistigen Einfluß besitzen wird, um auch unorganisierte Massen mitzureißen, wenn wir darauf hinweisen, daß es verkehrt und falsch ist, das Mitgliedsbüchlein als die ausreichende Legitimation für Klassenkämpfer, für eine revolutionäre Aktion des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklären: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angetan sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen auch außerhalb der Organisierten zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen – dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: Das heißt ja die Organisation herunterreißen. („Sehr richtig!“) Das heißt ja die Disziplinlosigkeit, daß heißt das Mißtrauen gegen die Funktionäre hervorufen. Genosse Scheidemann hat in seinen Attacken gegen uns ein paarmal von mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl und von Skrupellosigkeit gesprochen. („Sehr wahr!“) Ich will solche Ausdrücke nicht gebrauchen, aber ich erlaube mir zu sagen, daß eine solche Art und Weise der Be-

¹ Siehe S. 194, Fußnote 2.

kämpfung der Ansichten des Gegners haarscharf an Demagogie grenzt. (Müller (Parteivorstand): „Und das sagen Sie!“) – Ein drittes Beispiel für die völlige Verständnislosigkeit unserer obersten Behörde gegenüber dem, was wir wirklich anstreben und fordern. Man sagt uns: Wenn ihr hier mit Gewalt eine Diskussion über den Massenstreik und die Bedingungen seiner Anwendung in Deutschland heraufbeschwört und durchsetzt, so zwingt ihr ja uns nur, zu sagen, daß wir heutzutage noch nicht imstande dazu sind, so zwingt ihr uns, die Schwäche unserer Position vor den Gegnern preiszugeben („Sehr wahr!“), und wie verkehrt ist die Politik eines Menschen, der da sagt: Ich habe ein mächtiges Schwert gegen dich in der Tasche, aber ich kann es heute noch nicht gebrauchen. Ei, Parteigenossen, das sind Gesichtspunkte, mit denen man die größte Volksbewegung der Weltgeschichte meistern will! Redet ja nicht zu laut, ich bitte Euch, daß wir noch eine gewaltige Schar Unorganisierter haben, sonst könnten es unsere Gegner erfahren, redet ja nicht laut, daß wir gelbe Gewerkschaften¹ haben, denn das ist ja unser Geheimnis. (Heiterkeit und Lachen.) Parteigenossen! Die Schwächen unserer Position sind kein Geheimnis für unsere Gegner („Sehr richtig!“), und es ist lächerlich, sich einzubilden, daß man das Für und Wider, daß man die gesamte Situation, wie sie vom Standpunkt des Massenstreiks besprochen und erwogen werden muß, im geschlossenen Stübchen unter Instanzen geheim behandeln soll. Man wirft uns vor, sowohl in der „Neuen Zeit“ wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja beinahe Putschisten („Sehr richtig!“), wir seien Verschwörer. Das sagen Leute, die die typische Verschwörertaktik auf den modernen Massenstreik anwenden wollen, indem sie sich einbilden, der Ausbruch des Massenstreiks muß eine Überraschung sein, er muß im geheimen, im geschlossenen Stübchen von einer Handvoll Mitglieder der Instanzen ausgeklügelt werden. (Lachen.) Diese Frage ist bereits hier auf derselben Tribüne im Jahre 1905 mit aller erwünschten Klarheit festgelegt worden.² Ich zitiere die entsprechenden Worte des Referenten für den Massenstreik auf dem Parteitag in Jena, des Genossen Bebel. Er sagte: „Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns: Den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon!“ Und darauf antwortet Bebel: „Es ist eine Torheit, (zu glauben,) eine

¹ Die nach 1880 entstandenen „gelben“ Gewerkschaften waren von den Unternehmern ausgehaltene Streikbrecherorganisationen, die gegen die revolutionären Arbeiter kämpften. Die Bezeichnung „Gelbe“ stammt aus Frankreich, wo die Mitglieder der Streikbrecherorganisationen die Ginterblüte als Vereinsabzeichen trugen.

² Siehe S. 232, Fußnote 2.

solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogel-Strauß-Politik. Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muß jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert.“ („Sehr richtig!“) „Lebhafte Zustimmung“ heißt es im Protokoll. (Scheidemann: „Das ist auch damals geschehen!“) „Wenn große Massen in Frage kommen, kann man nicht Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen unbesprochen lassen.“ („Sehr richtig!“) „Soll die Masse mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangt sie, auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu kennen.“ („Sehr richtig!“) „Das ist ihr gutes Recht. Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind gegebenen Befehlen... Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihr Menschen- und Bürgerrecht zu verteidigen.“¹ Natürlich, zu den Worten, die Bebel gesprochen hat, müssen Sie rufen: „Sehr richtig!“ (Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich kann nicht zulassen, daß den Mitgliedern des Parteitages eine solche Unterstellung gemacht wird. (Zuruf: „Es kommt auf eine Handvoll nicht an!“)

Das war gar keine Unterstellung. Wer zu den Worten von Bebel „Sehr richtig!“ ruft, der tut das aus voller Überzeugung. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube ja, daß Sie die Worte von Bebel unterschreiben. Sie vergessen bloß – und hier haben Sie mich unterbrochen –, daß diese Worte auch heute noch genau die Bedeutung haben wie 1905. Denn es ist eine völlig verkehrte Auffassung, zu glauben, nachdem nun einmal auf einem Parteitag prinzipiell der Massenstreik angenommen worden ist, sei es für die Massen draußen auch schon erledigt. Ja, wie stellen Sie sich die Sache vor? Sie rufen „Sehr richtig!“, wenn ich lese, daß Bebel sagte, wenn der Massenstreik zustande kommen soll, müssen sich die Massen damit befassen. Ja, glauben Sie, daß es für die Massen, für die Millionen schon erledigt ist, wenn Sie 1905 auf dem Parteitag mal eine Resolution angenommen haben? („Sehr gut!“) Verstehen Sie denn nicht, daß die Massen sich als solche in Massenversammlungen damit befassen müssen? („Sehr richtig!“) Denn wir sprechen hier nicht zu den Massen, wir formulieren hier nur Dinge, die von den Genossen draußen durchdacht, verdaut und

¹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 299/300.

akzeptiert werden müssen. Also, wenn Sie „Sehr richtig!“ rufen zu dem, was Bebel 1905 gesagt hat, dann ist es eine Inkonsistenz und eine verkehrte Auffassung von der Taktik des Massenstreiks, wenn Sie glauben: Roma locuta, causa finita! Ein Parteitag hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt. Gewiß, der Massenstreik in Deutschland wie überall, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, muß aus den Massen heraus kommen, und deshalb sagen wir in unserer Resolution, der Massenstreik kann nicht, wie es sich manche Instanzen heute einbilden, auf Kommando von den Führern der Gewerkschaften und der Partei von heute auf morgen bestellt werden. („Sehr richtig!“) Er kann aber ebensowenig von den Führern abkommandiert werden, wenn er historisch reif geworden ist. („Sehr richtig!“) Aber mit dieser Erkenntnis ist doch unsere Aufgabe nicht erschöpft, wenn wir wollen, daß der Massenstreik, wenn er zustande kommt, auch erfolgreich verläuft, daß er uns das Maximum an positiven Erfolgen und Vorteilen, an politischer und sozialistischer Erziehung und Aufrüstung der Massen einbringt. Dazu ist es notwendig, daß die Massen auf der Höhe stehen und daß die Partei auf der Höhe steht, wenn die historische Situation kommt; das heißt, daß wir uns auf diese historischen Ereignisse bewußt vorbereiten und die Massen erziehen müssen. Gewiß, die Partei muß an der Spitze der Bewegung stehen, aber damit sie an der Spitze steht, darf sie nicht ruhig abwarten die revolutionäre Situation, um von den Massen geschleift zu werden, sondern sie muß durch die Gestaltung der ganzen Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin in scharfer Offensive die Massen darauf vorbereiten, daß sie uns in vollem Vertrauen folgen. Und wenn Scheidemann seine Resolution mit gehobener Stimme damit empfahl, daß dahinter Instanzen stehen, so glaube ich, der Parteitag ist nicht dazu da, um zu dem Willen und den Ansichten der Instanzen Hurra zu rufen, sondern er ist dazu da, damit die Instanzen lernen, was die Massen wollen. („Sehr richtig!“) Und was diese wollen, läßt sich in das eine Wort zusammenfassen: Wir antworten auf alle Übergriffe der Reaktion damit, daß wir klar und offen auf dem Parteitag sagen: Wir schärfen unsere Waffen, und wir sind bereit! (Stürmischer Beifall.)

III Rede zur Steuerfrage¹

Wir haben den originellen und nach meiner Erfahrung einzig dastehenden Fall erlebt, daß in einer hochwichtigen Frage des Parteilebens, in der sich in der Fraktion zwei ausgesprochene Meinungen gegenüberstanden, wir hier zwei Referenten für eine Meinung und gar keinen Referenten für die entgegengesetzte Meinung haben hören müssen.² („Sehr wahr!“) Dieser Fall birgt noch eine andere Originalität, nämlich daß einer der Referenten, der, der am längsten sprach, gegen die Ansicht sprach, die er vor kurzer Zeit noch selbst vertreten hatte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rede Wurms war nach Ansicht aller seiner jetzigen Gesinnungsgenossen geradezu vernichtend für alle Unterzeichner der Resolution 114³. Es rasselten nur so Worte von politischer Unfruchtbarkeit, widersinnigen Widersprüchen, politischem Bankerott usw. auf uns nieder. Wurm hat

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Es handelt sich um die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Wehrbeitrag und zur Vermögenszuwachssteuer am 30. Juni 1913 im Reichstag.

3 Diese Resolution zur Steuerfrage, eingebracht von Friedrich Geyer und 81 Sozialdemokraten, hatte folgenden Wortlaut: „Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaat, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen.“

Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltssummen decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht.

Die Abwälzung des größten Teiles der öffentlichen Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das System der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eins der wirksamsten Mittel der herrschenden Klassen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Aufstieg zu hemmen.

Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: „Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Besteitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Ferner erklärt der Parteitag:

Der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen.

Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

Für sonstige Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben: bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 197/198.)

bloß nicht bemerkt, daß er uns während 2½ Stunden zu Zeugen einer Hinrichtung gemacht hat, die er an dem Genossen Wurm vom 26. Juni vollzogen hat. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Am 26. Juni hat in der entscheidenden Fraktionssitzung Wurm, wie mir erzählt wurde, geradezu gegen den Beschuß der Mehrheit getobt. Es sind ihm dabei von seinen jetzigen Gesinnungsgenossen Worte und Schmeicheleien an den Kopf geworfen worden, die ich nicht wiederholen will. Seitdem sind kurze 12 Wochen ins Land gegangen, und aus einem tobenden, radikalen Saulus ist ein staatsmännischer Paulus geworden. (Heiterkeit und „Hört! Hört!“) Wir haben an Gesinnungswechsel in unserer Partei schon manches erlebt. In wenigen Jahren ist schon so mancher rabiate Rote in eine ganz anders gefärbte, abgeklärte Meinung hineingeraten. Aber einen so radikalen Gesinnungswechsel in 12 Wochen haben wir noch nicht erlebt. („Sehr richtig!“) Wurm hat hier entschieden den Rekord geschlagen. (Zustimmung.) Wenn wir einen Wettlauf der Wandlungsfähigkeit in unseren Reihen vornehmen würden, so müßten alle umgefallenen Genossen für Wurm eine Musikkapelle bestellen und ihm aufspielen lassen: Heil Dir im Siegerkranz. (Heiterkeit und Zurufe: „Zur Sache.“) Zur Sache gehört es, daß die Vorwürfe Wurms gegen unsere Resolution von A bis Z beweisen, daß er sich in solch kurzer Zeit vollständig entfernt hat von dem Verständnis für die elementarsten Grundlagen unserer bisher gelungenen sozialdemokratischen Taktik. („Sehr richtig!“ und Widerspruch.) Zunächst der Vorwurf gegen die ersten zwei Sätze unserer Resolution, in denen nichts anderes steht als eine Sache, die für jeden Sozialdemokraten eine Binsenwahrheit sein sollte, nämlich die Tatsache, daß auch durch günstig gestaltete Steuern an der Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung auch nicht ein Jota geändert wird. („Sehr richtig!“) Und aus diesen Sätzen glaubt der heutige Genosse Wurm schließen zu müssen: Ja, wenn wir das sagen, dann erklären wir uns für ohnmächtig. Wenn das eine politische Bankerotterklärung der Sozialdemokratie, eine Ohnmachtserklärung ist, so hat sich auch ein Besserer als wir dieses Verbrechens schuldig gemacht. Nämlich vor 50 Jahren Karl Marx. Wurm hat gewußt, daß hier etwas Unbequemes liegt, und ist daher schnell über die Sache hinweggehuscht. Karl Marx sagt über Steuerfragen 1850 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“: „Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformen. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern . . . Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürger-

lichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen.“¹ („Sehr richtig!“)

Das ist alles sehr richtig, warum war es aber notwendig, jetzt zu der aktuellen Steuerfrage diese sehr richtige alte Wahrheit zu sagen? Weil mit den letzten Besitzsteuern in unseren Reihen ein Sums erhoben worden ist über die neue Epoche, die mit der Besteuerung der Besitzenden anheben sollte. („Sehr richtig!“ und Widerspruch.) Die Arbeiter, die schlichten Leute mußten ja dabei denken, es beginne schon die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. („Sehr richtig!“ und Widerspruch.) Haben Sie nicht gehört, daß sich der zweite Referent, Südekum, auf den Sachverständigen Grafen Westarp berief, der ja die Annahme dieser Steuer als die Verwirklichung des sozialistischen Staates hinstellen wollte? Es ist doch die erste Pflicht der Sozialdemokraten, dem entgegenzuwirken, daß bürgerliche Parteien nach Annahme dieser Besitzsteuer bei der nächsten Reichstagswahl uns entgegentreten und sagen: Nun beginnt ja die Entlastung, die Befreiung der Arbeiterklasse von dem Jammertal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es ist unsere elementare Pflicht, vor allem die sozialistische Aufklärung zu fördern und jeder scheinbaren Konzession der bürgerlichen Klassen unseren grundsätzlichen Standpunkt entgegenzustellen. („Sehr richtig!“) An der kapitalistischen Ausbeutung ändert auch die beste Steuer nicht das geringste. Nun arbeitet man ja hier viel mit dem Grundsatz des kleineren Übels. Man sucht die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit damit zu verteidigen, indem man sagt, wir waren nur vor der Wahl, entweder zuzulassen, daß die indirekten Steuern kamen, oder für direkte Steuern zu Militärausgaben zu stimmen. Ich lasse dahingestellt sein, ob dieses Entweder-Oder tatsächlich vorlag. Ich will nur grundsätzlich erklären, daß es allerdings sehr richtig ist, daß man von zwei Übeln das geringere wählt. Was ist aber für Sozialdemokraten das geringere Übel? Der Verzicht auf eine kleine positive Position oder die Preisgabe der grundsätzlichen Stellungnahme? („Sehr gut!“) Ich glaube, das letztere ist unter allen Umständen das größere Übel für Sozialdemo-

¹ Karl Marx/Friedrich Engels: Rezensionen aus der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“. Vierter Heft, April 1850. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 285/286.

kraten. Wir haben ja vor wenigen Tagen ein so lehrreiches Beispiel uns hier erzählen lassen. Der Genosse aus Holland hat Ihnen gezeigt, daß die Sozialdemokratie in jenem Lande vor der Wahl stand, entweder zusammen mit den Liberalen in ein bürgerliches Ministerium einzutreten oder ein klerikales Ministerium über sich ergehen zu lassen. Und die Mehrheit der holländischen Genossen hat gesagt, das größere Übel wäre der Verzicht auf unsere grundsätzliche Ablehnung der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung. Und deswegen haben sie sogar die Gefahr eines klerikal Ministeriums in Kauf genommen. Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. („Sehr richtig!“ und Widerspruch.) Das ist eine schiefen Ebene, wie Wurm in Leipzig gesagt hat, auf der es kein Halt mehr gibt. Deswegen wollen wir mit unserer Resolution einen Riegel vorschieben und diesen Seitensprüngen entgegengrafen: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter Beifall.)

IV

Zusatzantrag zum Fall Radek¹

Vorbehalten bleibt dabei die Untersuchung des Falles Radek² in seinem vollen Umfange durch dazu berufene deutsche Parteiinstanzen unter Wahrung einer ausreichenden Verteidigungsmöglichkeit für Radek.

V

Begründung des Zusatzantrags zum Fall Radek³

Nach meiner Überzeugung können wir die Sache gar nicht anders erledigen, als indem wir beschließen, daß der Fall von deutschen Parteiinstan-

¹ Redaktionelle Überschrift. – Der Antrag 45 zum Fall Radek, eingebracht vom Parteivorstand, lautete: „Personen, die aus einer dem Internationalen Sozialistischen Büro angeschlossenen Bruderpartei aus Gründen, die auch in der deutschen Sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen, ausgeschlossen worden sind, können in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, S. 183.) – Das Amendment Rosa Luxemburgs wurde durch die Annahme des abgeänderten Antrages des Parteivorstandes für erledigt erklärt.

² Siehe S. 173, Fußnote 1.

³ Redaktionelle Überschrift.

zen in vollem Umfange untersucht werden muß. („Sehr richtig!“) Durch rein formelle Erläuterungen kann man die ganze Sache Radek nicht mehr von sich schieben. Wäre vor einem Jahre, als er sich zur Aufnahme in Deutschland gemeldet hatte, gesagt worden, er könne nicht aufgenommen werden, weil eine andere internationale Partei ihn ausgeschlossen hat, dann war das recht und billig gewesen. Nun hat aber Radek schon jahrelang in der deutschen Partei seine Tätigkeit geübt. Jahrein, jahraus hat sich die deutsche Parteipresse mit dem Fall Radek beschäftigt. (Pfannkuch: „Schlimm genug!“) Ich bedauere es auch, aber jetzt können wir die Tatsachen nicht durch eine formale Lösung von uns schieben. Wenn Sie auch die allgemeine Regelung des Parteivorstandes im Prinzip annehmen, so kann unser heutiger Beschuß auf den Fall Radek aber keine rückwirkende Kraft erhalten. Dieser Fall muß in vollem Umfange untersucht werden. Der Antrag Liebknecht, an das Internationale Büro zu gehen, ist ganz unannehmbar. Das Internationale Büro kann überhaupt nur dann einschreiten, wenn zwei internationale Parteien die Berufung an das Büro vornehmen. Das liegt hier nicht vor. Die deutsche Partei muß selbst in der Lage sein, das Verhältnis mit einem Mitglied zu regeln, das sich in die deutsche Organisation hat aufnehmen lassen. Es wäre lächerlich, wenn die deutsche Sozialdemokratie deswegen an das Internationale Büro gehen würde. Wenn Sie aus den Äußerungen des Genossen Müller schließen würden, daß die Wünsche des polnischen Parteivorstandes dahingingen, Sie sollen die Radek-Sache durch eine solche formale Lösung von sich abschieben, so entspricht das nicht den Tatsachen. Ich kann mitteilen, daß der polnische Parteivorstand es mit Freude begrüßen wird, wenn Sie beschließen, den Fall Radek innerhalb der deutschen Instanzen, wie es sich gehört, in vollem Umfange zu untersuchen. Ich bitte Sie, wenigstens diesen Antrag von mir auf diesem Parteitag anzunehmen. (Heiterkeit und Beifall.)

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913,

I: S. 194/195,

II: S. 288–293,

III: S. 485–487,

IV: S. 198,

V: S. 543/544.

Nach dem Jenaer Parteitag¹

I

Was die letzte Jenaer Tagung unserer Partei² von den früheren Parteitagen kennzeichnet, ist, daß im Mittelpunkt ihrer Meinungskämpfe nicht mehr theoretischer oder praktischer Revisionismus standen, sondern zwei neue Probleme, aus neuen Situationen geboren. Solange wir die meiste Zeit und Kraft eines Parteitages auf Auseinandersetzungen mit Bernsteinschen „Mißverständnissen“ über Verelendungstheorie, Katastrophentheorie und Freßlegende oder mit süddeutschen Budgetbewilligern und Teilnehmern an monarchistischen Kundgebungen vergeudeten – und dies war das Kennzeichen so ziemlich aller Parteitage seit 1898 bis 1910 –, da lief das Resultat schließlich nur auf die Verteidigung des alten Besitzstandes der Partei. Gewiß waren auch jene Auseinandersetzungen kein Zufall, vielmehr ein Symptom des mächtigen Wachstums der Bewegung in die Breite, wodurch ein Teil der Parteigenossen zu Zweifeln an den alten revolutionären Grundsätzen verleitet wurde. Gewiß waren auch jene Debatten von hohem Nutzen und noch mehr von unbedingter Notwendigkeit gewesen, wollte die Partei ihren proletarischen Klassenkampfcharakter nicht preisgeben.

Allein gerade die periodische Notwendigkeit, den alten Besitzstand an theoretischer Klarheit und prinzipieller Festigkeit immer wieder verteidigen zu müssen und so scheinbar auf demselben Fleck zu bleiben, wirkte schließlich niederdrückend und ermüdend auf weite Kreise der Partei. Zumal mußte der theoretische Streit häufig der Masse unserer Genossen lediglich als leerer „Akademikerstreit“, als Haarspaltereи erscheinen.

1 Dieser Artikel war unter Brüderung Julian Marchlewskis, des amtierenden Chefredakteurs, Anfang Oktober 1913 von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ abgelehnt worden.

2 Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena fand vom 14. bis 20. September 1913 statt.



Anders auf dem diesjährigen Parteitag. Was an Streitfragen zur Debatte stand, waren zwei rein praktische Probleme, die jeden aufgeklärten Arbeiter, ob gewerkschaftlich oder politisch tätig, unmittelbar angehen und packen müssen, Probleme, die nicht in der Studierstube von einem irre gewordenen Theoretiker ausgeheckt oder durch irgendeinen Seitensprung unserer süddeutschen Parlamentarier zur Überraschung der Gesamtpartei plötzlich aufs Tapet gebracht worden waren. Es waren veränderte allgemeine Bedingungen unseres Kampfes, die uns in Jena die Debatte über den Massenstreik wie diejenige über die Steuerfrage aufgenötigt haben.

In der Frage des Massenstreiks nahm der diesjährige Parteitag freilich nur einen Gegenstand auf, der bereits 1905 und 1906 zur Debatte und zur Entscheidung gestanden hatte. Scheinbar war das Problem durch die prinzipielle Anerkennung des Massenstreiks bereits gelöst, und da praktisch niemand eine sofortige Proklamierung des Massenstreiks in Deutschland ins Auge faßte, so mochte die Erörterung zwecklos erscheinen. So ist die Sache auch von den Vertretern des Parteivorstandes und seinen Theoretikern hingestellt worden. Ein zweckloser Streit um Worte, und sogar ein schädlicher Streit, der unsere gegenwärtige Ohnmacht dem Feinde verrät – so wurde die Debatte über den Massenstreik von den Wortführern der Mehrheit auf dem Parteitag gekennzeichnet. Und doch beweist nichts besser als diese Auffassung selbst, wie sehr der Jenaer Beschuß in Sachen des Massenstreiks 1905¹ für unsere praktischen wie theoretischen „Instanzen“ ein toter Buchstabe geblieben ist, wie sehr eine neue Debatte notwendig war und notwendig bleibt, um diesen Buchstaben des Gesetzes allmählich in den lebendigen Blutkreislauf der Partei zu überführen.

Der Jenaer Beschuß vom Jahre 1905 war unter dem unmittelbaren Einfluß der russischen Revolution und ihres siegreichen Vordringens gefaßt worden. Er fiel in eine Periode großer Kämpfe, revolutionärer Stimmungen und eines allgemeinen Vorrückens der proletarischen Armee in Europa. Im Januar desselben Jahres wurde die deutsche Öffentlichkeit schon durch den Riesenkampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier² aufs tiefste aufgewühlt. In Österreich schlug der Kampf um das allgemeine, gleiche Wahlrecht, gleichfalls unter dem Einfluß der russischen Revolution, die höchsten Wellen³. Revolutionäre Entschlossenheit und Glaube an die eigene Macht der Arbeiterklasse, die als lebendige Stimmung da-

mals die Arbeiterbewegung durchdrangen, standen Pate bei dem Jenaer Massenstreikbeschuß. Man braucht nur die große Rede Bebels auf dem Parteitag nachzulesen, um jetzt noch die stark vibrierende Note der revolutionären Entschlossenheit, der größten revolutionären Tradition zu spüren, die die Erörterungen und die Resolution durchdrangen. „Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen!“¹ Dies war der Feuerschein höchsten Idealismus, in dem die erste Resolution über den Massenstreik gefaßt wurde.

Doch wäre es verhängnisvoller Irrtum, sich einzubilden, jene Stimmung wäre auch später und auch nur damals schon von allen Kreisen der Arbeiterbewegung geteilt worden. Vergessen wir nicht, daß wenige Monate vor dem Jenaer Parteitag, im Mai desselben Jahres 1905, der Gewerkschaftskongreß zu Köln einen direkt entgegengesetzten Beschuß in Sachen des Massenstreiks gefaßt hatte; dort wurde er als unbrauchbare, ja schädliche Waffe verworfen und nicht bloß seine Propagierung, sondern schon seine Erörterung als gefährliches Spielen mit dem Feuer verboten! Sicher war dies Verbot nicht der breiten Masse der Gewerkschaftsgenosßen aus dem Herzen gesprochen – sind sie doch mit der Masse der Parteigenossen identisch, die bald darauf dem Jenaer Beschuß und den Worten Bebels im ganzen Lande zujubelte. Aber der Kölner Gewerkschaftskongreß hatte deutlich gezeigt, wo die schweren Gegensätze für die Idee des Massenstreiks zu suchen sind: in dem bürokratischen Konservatismus der führenden Gewerkschaftskreise. Der Jenaer Parteibeschluß ist damals ausdrücklich *gegen* die Gewerkschaftsführer angenommen worden, die Rede Bebels war zum größten Teil eine ausgesprochene Polemik gegen die Argumentation des Kölner Gewerkschaftskongresses. Aber die dem Massenstreik feindliche Stellung der Gewerkschaftsführer war damit nicht verschwunden. Sie wagte sich angesichts der entschlossenen Stellung der Partei und der revolutionären Stimmung im Lande nicht an die Oberfläche. Daß sie aber als stille passive Resistenz nach wie vor geblieben ist, das hat mit aller wünschenswerten Klarheit das Korreferat des offiziellen Vertreters der Generalkommission, des Genossen Bauer, auf dem diesjährigen Parteitag gezeigt, das hat auch die Andeutung des Genossen Scheidemann gezeigt, aus der Vorstandsresolution über den Massenstreik sei der „Wille zur Tat“ ausgemerzt worden – offenbar durch die andere mitwir-

1 Siehe S. 223, Fußnote 2.

2 Siehe S. 310, Fußnote 2.

3 Siehe S. 196, Fußnote 4.

1 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 305.

kende Instanz, dieselbe Generalkommission der Gewerkschaften. Daselbe beweisen fortlaufend Äußerungen von Gewerkschaftsführern in den Parteiversammlungen, die sich mit der Berichterstattung vom Jenaer Parteitag befassen. Das typische Beispiel lieferte wohl die Mitgliederversammlung in Bochum, in der Leimpeters und andere Glückliche ihre Weisheit auf die alte Formel: Generalstreik gleich Generalunzinn reduziert und damit alles Nötige zum Problem geliefert zu haben glaubten.

Mit der prinzipiellen Anerkennung des Massenstreiks im Jahre 1905 war also so wenig die Frage aus der Welt geschafft worden, daß wir vielmehr heute vor demselben prinzipiellen Widerstand stehen wie vor acht Jahren. Und niemand hätte dies mehr empfinden sollen als unser Parteivorstand, der sich ja bei der gemeinsamen Herstellung der mißglückten Resolution mit den Gewerkschaftsführern aus nächster Nähe überzeugen mußte, wie sehr der Jenaer Beschuß für sie ein toter Buchstabe geblieben ist.

Doch auch in Parteikreisen war der Elan des Jahres 1905 in den nachfolgenden Jahren merklich verflogen. Die Niederlage der russischen Revolution hatte allenthalben für den oberflächlich Blickenden, der nur die sichtbaren Erfolge schätzt, eine tiefe Depression zur Folge. Die Niederlage der großen Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier wirkte gleichfalls entmutigend nach. Und dazu kam 1907 die erste Wahlniederlage seit Jahrzehnten, die unsere Partei erlitt.¹ Alle diese Zustände zusammen brachten eine Ebbe in der allgemeinen Zuversicht und Kampfstimmung, wie sie in dem lebendigen historischen Pulsschlag der Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit unvermeidlich ist.

Erst seit 1910, unter dem Drängen des imperialistischen Kurses, erwacht wieder allmählich die Kampflust und macht sich das Zurückgreifen auf schärfere Mittel bemerkbar. Die Auseinandersetzungen über das Ungeugende unserer Parteiaktion gegen die Vorstöße des Imperialismus gaben dem Parteitag 1911 sein besonderes Gepräge.²

Und es war im Grunde genommen nicht bloß und nicht in erster Linie der Ausfall der preußischen Landtagswahlen³, sondern der Eindruck der ungeheuren Militärvorlage⁴ und das Gefühl der allgemeinen Verschärfung der Situation, was in den letzten Monaten die Frage des Massen-

1 Siehe S. 7, Fußnote 2.

2 Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie vom 10. bis 16. September 1911 in Jena stand die Abwartpolitik des Parteivorstandes im Zusammenhang mit der Marokkokrise (siehe S. 5, Fußnote 1) im Mittelpunkt der Debatten.

3 Siehe S. 231, Fußnote 4.

4 Siehe S. 215, Fußnote 1.

streiks mit elementarer Kraft auf die Tagesordnung des Parteilebens setzte.

Jetzt wirkten objektive Momente dahin, um dem vor acht Jahren prinzipiell angenommenen Beschuß wieder lebendige Kraft und zunehmende Bedeutung zu verleihen. Jetzt waren Bedingungen gegeben, um das, was vor acht Jahren von 400 Vertrauensmännern der Partei beschlossen war, zum Gedanken und Beschuß der Millionenmasse allmählich zu machen.

Der diesjährige Parteitag war berufen, diese Verschiebung der Situation, diese Verschärfung der Gegensätze im Zeichen des Imperialismus zu signalisieren und den Massen zuzurufen: Befaßt euch mit den schärfsten Waffen, denn nur aus eurer inneren geistigen und politischen Reife können – wenn nötig – der Entschluß zur Tat und die Gewähr des Sieges geboren werden.

Aber hier zeigte sich eben der Wandel in unsren eigenen „Instanzen“. Statt wie Bebel und der Jenaer Parteitag 1905 ganz zielbewußt und unbekümmert um den Widerstand der Gewerkschaftsführer den Willen der Partei in wuchtiger Weise wieder zum Ausdruck zu bringen, erblickte der jetzige Parteivorstand seine Mission darin, sich dem Drucke der Gewerkschaftsinstanzen zu fügen, eine gemeinsame Resolution zustande zu bringen, der jeder Stachel der praktischen Entschlossenheit genommen war, und in der Debatte die ganze Front – nicht gegen die renitenten Gewerkschaftsführer, sondern gegen vorwärtsdrängende Parteigenossen zu richten. Genosse Scheidemann nahm in seinem Referat wie in seinem Schlusswort eine gerade entgegengesetzte Position ein als Bebel 1905. Während dieser gegen die Furcht vor der öffentlichen Erörterung des Massenstreiks und gegen die blutigen Schreckgespenster, die uns als Konsequenz des Massenstreiks vorgemahnt wurden, mit schneidender Schärfe und mit bitterem Hohn vorging, bot Scheidemann seine ganze Beredsamkeit auf, um gegen die Erörterung des Massenstreiks zu politisieren und blutige Gespenster an die Wand zu malen!

Mit einem Wort: War das Vorgehen Bebels im Jahre 1905 ein Vorstoß der Partei, um die Gewerkschaften nach links zu drängen, so bestand die Strategie des Parteivorstandes in Jena 1911 darin, sich von den Gewerkschaftsinstanzen nach rechts drängen zu lassen und ihnen als Sturmbock gegen den linken Flügel der Partei zu dienen.

Wenn nun die Debatten des Parteitags erst dem Vertreter der Generalkommission die klipp und klare Absage an den Massenstreik entlockten, wenn sie infolgedessen den Parteivorstand zwangen, in der Schlusrede

Scheidemanns endlich von diesem Standpunkt abzurücken und den Willen zur Tat wieder stärker zu betonen, so liegt in dieser Entschleierung der ganzen Situation vor den Blicken der Partei ein unschätzbarer Gewinn. Daß die Debatte über den Massenstreik trotz allem Widerstand auf dem Parteitag stattgefunden hat, daß sie dadurch wieder in alle Parteiversammlungen hineingetragen wird, daß die Massen sich mit der Frage beschäftigen, daß sie erfuhren, was sie von ihren Führern hüben wie drüben zu erwarten haben, daß sie klar einzusehen Gelegenheit hatten, wie sehr es nötig ist, durch eigenen Druck Feuer dahinter zu machen, wenn die Kampfweise der Partei vorwärtskommen soll – das sind alles unbestrittene Errungenschaften der Minderheit, die hier gerade von ihrem Standpunkt gesiegt hat, obwohl ihre Resolution¹ von der Mehrheit abgelehnt worden ist.

II

Ebenso wie die Massenstreikfrage ist die Steuerfrage durch die jüngste imperialistische Entwicklung für die Partei aktuell geworden. Denn was ist in der „neuen Ära“ der Besitzsteuer in Deutschland zum Ausdruck gekommen? Doch nichts anderes als die Tatsache, daß der deutsche Militarismus in seinem Vorwärtsstürmen auch die krampfhaftesten Windungen der indirekten Steuerschraube überholt und die teilweise Heranziehung der Bourgeoisie zur Besteitung seiner Kosten notwendig macht. Dadurch ist die in England längst verwirklichte Besteuerung des Besitzes als eine ganz neue Tatsache vor unsere Parlamentarier getreten und hat unter ihnen im ersten Moment eine ziemliche Verwirrung angerichtet. Daß der Parteitag diese Verwirrung seinerseits nicht beseitigt, vielmehr durch die Art der Behandlung der Frage wie durch die angenommene Resolution zum Gemeingut der Partei gemacht hatte, dürfte jetzt so ziemlich die Empfindung der meisten Genossen sein.

In der Tat ist kaum eine ernste theoretische und praktische Frage auf einem deutschen Parteitag in so überaus mangelhafter Weise behandelt worden wie die Steuerfrage. Seit vier Jahren steht die Frage auf der Tagesordnung. Es scheint, daß inzwischen Zeit genug vorhanden war, eine gründliche Behandlung der Materie vorzubereiten. Doch gerade hier versagte vor allem die dazu berufene wissenschaftliche Revue der Partei, die „Neue Zeit“, völlig. Statt einzuleiten, hat die „Neue Zeit“ nicht einmal Abhandlungen darüber aus der Feder der Redakteure selbst gebracht,

1 Siehe S. 328/329.

die doch schon auf dem Leipziger Parteitag¹ durch eine sehr prägnante Stellungnahme – allerdings im entgegengesetzten Sinne als jetzt – in die Steuerdebatte eingegriffen hatten. Von dieser Seite im Stich gelassen, war die Partei zu ihrer Orientierung lediglich auf die Tagespresse angewiesen, mit all ihren Unzulänglichkeiten bei großen, komplizierten Problemen. In den Parteiversammlungen war die Steuerfrage so gut wie gar nicht diskutiert. Dazu kam, daß der eine der Referenten seine Leitsätze und seine Resolutionen knapp einen Monat vor dem Parteitag, der andere aber die seinigen gar nicht veröffentlicht hatte. So kam der Parteitag in die Lage, über eine neue, höchst wichtige, komplizierte Frage zu entscheiden und die Taktik der Partei für die nächste Zukunft festzulegen, ohne auch nur entfernt auf diese verantwortungsvolle Rolle sachlich vorbereitet zu sein. Und um das Verfahren der Situation zu vollenden, war alles auf dem Parteitag danach angetan, um in diesem Meinungsstreit nur die eine Seite in ausgiebigstem Maße, die andere fast so gut wie gar nicht zu Worte kommen zu lassen.

Daß eine unter solchen beispiellosen Umständen getroffene Entscheidung alle Merkmale der „Vorläufigkeit“, der „Ramscharbeit“ an sich trägt, ergibt sich von selbst. Durch die Resolution Wurm ist die Steuerfrage für die Partei nicht entschieden, sondern erst angeschnitten. Und es gehört nunmehr eine ausgiebige und systematische Arbeit in der Presse dazu, um all das Schiefe und Krause im einzelnen zu beleuchten und zu entwirren, was von den Vertretern der Mehrheit, namentlich vom Genossen Wurm, auf dem Gebiete unserer Steuertaktik improvisiert worden ist, ohne daß auf dem Parteitag die Antwort gegeben werden konnte. Es gehört ferner jetzt eine systematische Behandlung der Steuerfrage in den Parteiversammlungen dazu, um die Masse der Genossen mit all den komplizierten ökonomischen und politischen Zusammenhängen des Problems vertraut zu machen, um ihnen all die fatalen und unabsehbaren Konsequenzen für unsere Taktik zum Bewußtsein zu bringen, zu denen die im „Ramsch“ angenommene Resolution Wurm führen muß.

Ist in der Massenstreikfrage durch die Annahme der Vorstandsresolution² eine Konzession an den konservativen Widerstand der Gewerkschaftsführer gemacht worden, so durch die Annahme der Wurmschen Resolution und die Gutheißung der Taktik der Fraktionsmehrheit eine noch viel bedeutsamere Konzession an den parlamentarischen Opportu-

1 Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Leipzig fand vom 12. bis 18. September 1909 statt.

2 Siehe S. 323/324.

nismus, an die Südekum, David und Noske. Die zum Prinzip erhobene Lösung vom „geringeren Übel“ – in dem Sinne, daß die Preisgabe der grundsätzlichen Ablehnung des Militarismus das „geringere Übel“ sei –, die grundsätzliche Zulassung von Bewilligungen für Militärzwecke, „wenn die Militärvorlage bereits beschlossene Sache ist“, all das öffnet Tür und Tor derselben revisionistischen Taktik, der die Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit bisher Jahr für Jahr eine schroffe Niederlage bereitete. Die pfiffig ausgeklügelte Wurmsche Formel aber, daß die Bewilligung der Mittel für den Militarismus erlaubt sei, sobald sich die „Verhütung“ einer Volksbelastung durch ungünstigere Steuern „nur noch als ihr Verwendungszweck“ darstellen lasse, bildet eine Generalvollmacht für alle Budgetbewilligungen, da sich selbstverständlich kein Budget denken läßt, das nicht als die „Verhütung“ eines noch ungünstigeren hingestellt werden könnte.

Es genügt, sich diese Konsequenzen vor Augen zu halten, um einzusehen, daß die baldmögliche Revision der Jenaer Gelegenheitsarbeit in Steuersachen von einem der nächsten Parteitage eine dringende Aufgabe ist, der nunmehr eine systematische Vorbereitung in der Presse wie in Versammlungen gewidmet werden muß.

Und doch wäre es unseres Erachtens ein Irrtum, aus den Entscheidungen über den Massenstreik und die Steuerfrage etwa den Schluß zu ziehen, der Jenaer Parteitag habe plötzlich einen heftigen Ruck der Partei nach rechts und eine Zweidrittelmehrheit des revisionistischen Flügels aufgezeigt. Ein so rapides Anwachsen des rechten Flügels, der bis zum letzten Parteitag eine schwache Drittelmehrheit darstellte, wäre ein unbegreifliches Phänomen und ist auch gar nicht eingetreten. Bewußter Revisionismus ist in der Steuerfrage mindestens von der Hälfte der siegreichen Mehrheit ganz gewiß nicht betrieben worden; es war die mangelhafte Orientierung über die wahren Konsequenzen und den wahren Charakter der getroffenen Entscheidung, was für eine große Anzahl der Delegierten mitbestimmend war. In der Massenstreikfrage aber mußte der Parteivorstand sichtbar durch die kräftigere Betonung des Willens zur Tat im letzten Augenblick eine Mehrheit für seine Resolution zusammenwerben.

Demnach haben wir gar keinen Grund anzunehmen, daß das übliche revisionistische Drittel der Parteitage, wie es durch die bewußten und konsequenten Wortführer des Opportunismus vertreten wird, auf diesem Parteitag irgendwie angewachsen wäre. Wer diesmal zusammen mit diesem revisionistischen Drittel die Mehrheit gebildet hat, das war jene unentschlossene und schwankende Schicht der Mitte, die Bebel in Dresden,

nach den bekannten Bezeichnungen des Konvents der Großen Französischen Revolution, den Sumpf genannt hat:

„Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder, besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die ‚Schlaumeier‘, die immer erst horchen: Wie steht's da, wie steht's hier? die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. Diese Sorte haben wir auch in unsrer Partei. Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: ‚Denunzieren!?’), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: Wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten.“¹

Die Rolle dieses „Sumpfes“ ist – trotz der Unentschiedenheit der Ansichten seiner einzelnen Mitglieder – in jeder politischen Körperschaft und auch in unserer Partei eine ganz bestimmte. Während der ganzen letzten Periode der Kämpfe mit dem Revisionismus unterstützte der Sumpf den linken Flügel der Partei und bildete mit ihm die kompakte Mehrheit gegen den Revisionismus, brachte ihm gemeinsam mit der Linken eine eklatante Niederlage nach der anderen bei. Was ihn dazu bewog, war das scheinbar konservative Element, das es zu verteidigen galt. Es mußte doch „die alte bewährte Taktik“ gegen revisionistische Neuerungen geschützt werden. Und was diesem Abwehrkampf die Weihe in den Augen aller mittleren Elemente verliehen mußte: An der Spitze des Kampfes standen oberste Instanzen, anerkannte Autoritäten. Der Parteivorstand, das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, altbewährte Namen, wie Singer, Liebknecht, Bebel, Kautsky, fochten in den ersten Reihen. So war alle beruhigende Gewähr für die Elemente des Sumpfes gegeben, daß sich das Traditionelle und Hergebrachte auf dieser Seite befand.

Die imperialistische Periode, die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. Die Notwendigkeit, der Partei bei all ihrer massiven Breite eine größere Beweglichkeit,

1 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 319.

keit, Schlagfertigkeit und Aggressivkraft zu verleihen, die Massen mobil zu machen und ihren unmittelbaren Druck in die Waagschale der Ereignisse zu werfen, all das erfordert mehr als das krampfante Festhalten an den äußersten Formen der „alten bewährten Taktik“. Nämlich es erfordert die Einsicht darein, daß eben diese alte bewährte revolutionäre Taktik nunmehr neue Formen der Massenaktionen erforderlich macht und daß sie auch in neuen Situationen, wie z. B. der Einführung der Besitzsteuer für den Militarismus in Deutschland, aufrechterhalten werden muß.

Hier versagt zunächst der „Sumpf“. Als konservatives Element wendet er sich jetzt genauso gegen die vorwärtsstrebende Linke, wie er sich bis jetzt gegen die rückwärtsstrebende Rechte wendete. Dadurch aber wird er aus einem Schutzwall der Partei gegen den Opportunismus zu einem gefährlichen Element der Stagnation, in deren lauen Gewässern gerade der bis jetzt niedergehaltene Opportunismus wieder üppig ins Kraut wachsen kann. Nicht bloß zeigt die Entscheidung in Steuersachen bei näherem Besehen, wie der siegreiche Sumpf hier unbewußt für sich demselben parlamentarischen Opportunismus einen Triumph¹ bereitet hat, den er auf einem Dutzend Parteitagen zu Paaren getrieben hatte. Die ganze Kampfweise gegen die Linke, die ganze Argumentation mitsamt der systematischen Verzerrung der Ansichten der Gegenseite und den hartnäckigen „Mißverständnissen“ über angebliche Verachtung der Kleinarbeit, Unterschätzung des Parlamentarismus und der Genossenschaften, putschistische Neigungen und was der schönen Phantasien mehr sind – dieser ganze Apparat ist leibhaftig dem Waffenarsenal des revisionistischen Flügels entnommen. Im Kampfe gegen die Linke bedient sich jetzt der Sumpf wortwörtlich derselben Argumente, die ihm von der Rechten jahrelang entgegengeschleudert wurden.

Und was die Haltung des Sumpfes endgültig bestimmt: Die „Instanzen“ wenden sich gegen die Linke. Der Parteivorstand, der jahrelang unter Bebels Führung gegen die Rechten focht, akzeptiert jetzt die Unterstützung der Rechten, um den Konservatismus gegen die Linke zu verteidigen. Endlich auch die wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit“, hat seit 1910 zusammen mit dem Parteivorstand diese Frontänderung gemacht. In den Kreisen ihrer Freunde ist in der letzten Zeit der beliebte Ausdruck vom „marxistischen Zentrum“ gebraucht worden. Genauer gesprochen besteht dieses angebliche „marxistische Zentrum“ in dem theoretischen Ausdruck für die gegenwärtige politische Funktion des Sumpfes. Auf den Sumpf gestützt und im Bündnis mit der Rechten, haben der Parteivorstand und

1 In der Quelle: Trumpf.

die Fraktionsmehrheit ihre Siege in den entscheidenden Fragen auf dem Jenaer Parteitag erfochten. Und Kautsky, der über den Sieg der „alten bewährten Taktik“ in Jena triumphiert, hat vergessen, sich über den merkwürdigen Umstand zu besinnen, daß diesmal die Kämpfen – die Südekum, David, Noske, Richard Fischer – auftraten, gegen die er, Kautsky, über ein Jahrzehnt jene Taktik verteidigen mußte.

Diese neue Konstellation ist kein Zufall, sie ergibt sich logisch aus den Verschiebungen in den äußersten und inneren Bedingungen unseres Parteilebens, und wir tun gut, das Andauern dieser Konstellation vielleicht für eine Reihe von Jahren in Aussicht zu nehmen, wenn nicht äußere Ereignisse den Gang der Entwicklung plötzlich beschleunigen. So unangenehm die Situation manchem Genossen vorkommen mag, zum Pessimismus und zur Verzagtheit liegt nicht der geringste Grund vor. Auch diese Periode muß, wie jede geschichtlich bedingte Situation, „durchgefressen“ werden. Im Gegenteil, je klarer wir in den Dingen sehen, um so energetischer, zielbewußter und fröhlicher kann weitergekämpft werden. Die nächste Aufgabe, die sich aus dem Jenaer Parteitag ergibt, ist das systematische Vorgehen gegen den „Sumpf“, d. h. gegen den geistigen Konservativismus in der Partei. Auch hier ist das einzige wirksame Mittel: die Mobilmachung der breiten Masse der Genossen, die Aufrüttelung der Geister durch die Hineintragung der Diskussion über den Massenstreik wie über die Steuerfragen (über alle taktilen Differenzen) in die Parteiversammlungen, in die Gewerkschaftsversammlungen, in die Presse. Der Gang der Dinge selbst führt mit historischer Notwendigkeit dahin, den taktilen Bestrebungen der Linken mit jedem Tage mehr Recht zu geben, und wenn die Entwicklung selbst zum Niederkämpfen der Elemente der Stagnation in der Partei führt, dann kann die Minderheit des Jenaer Parteitages guten Mutes in die Zukunft blicken. Daß der Jenaer Parteitag die Klarheit über das gegenseitige Kräfteverhältnis in der Partei gebracht und die Linke zum erstenmal in geschlossener Reihe gegen den Block des Sumpfes mit der Rechten geführt hat, ist als ein erfreulicher Beginn der weiteren Entwicklung nur zu begrüßen.

Die Internationale (Berlin),
Jg. 10, 1927, Heft 5, S. 148–153.

Erklärung¹

Zur „Richtigstellung“, die Genosse Jos. Ernst, Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Hagen i. W., in der Nummer 52 dieser Zeitschrift gegen mich veröffentlichte², habe ich meinerseits nur die Tatsache festzustellen, daß meine Angaben über die Aussperrung der Metallarbeiter in Hagen-Schwelm 1910 aus der besten Quelle stammen, nämlich – vom Genossen Jos. Ernst, Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Hagen i. W., selbst. Von ihm sind sie mir in allen Teilen am 1. Oktober 1910 mitgeteilt worden, anlässlich meines Referats über den politischen Massenstreik in der Metallarbeiterversammlung in Hagen³, zu der mich Genosse Jos. Ernst aufgefordert hatte.

Rosa Luxemburg

Die Neue Zeit (Stuttgart),
32. Jg. 1913/14, Erster Band, S. 94.

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Joseph Ernst hatte die in Rosa Luxemburgs Artikel „Das Offiziösentum der Theorie“ (siehe S. 300–321) enthaltenen Angaben über den Anteil der unorganisierten Arbeiter am Metallarbeiterstreik in Hagen im Juni/Juli 1910 in einer in der „Neuen Zeit“ (Stuttgart), 31. Jg. 1912/13, Zweiter Band, S. 1029/1030, veröffentlichten „Richtigstellung“ bestritten.

3 Rosa Luxemburg: Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 463–483.

Forderungen an die Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung“¹

1. Die Pressekommision der „Leipziger Volkszeitung“ bestätigt, daß die Haltung des Blattes in derselben radikalen Richtung fortgeführt werden soll, die es seit 20 Jahren innegehabt hat. Für die gegenwärtige Situation dienen als Richtschnur die Resolutionen Geyer² und Luxemburg³ auf dem Jenaer Parteitag. – Die Pressekommision fordert die drei Berliner Mitarbeiter⁴ auf, ihre Mitarbeit in diesem Sinne fortzuführen, und fordert die Redaktion auf, die Beiträge dieser Mitarbeiter, die von ihnen gezeichnet werden, ohne redaktionelle Vorbehalte aufzunehmen. Sollten die Redakteure in einem einzelnen Falle eine andere Auffassung zum Ausdruck bringen wollen, so haben sie ihre Artikel ebenfalls zu zeichnen.

2. Eingesandte Polemiken gegen Artikel eines der drei Mitarbeiter sind dem Verfasser des angefochtenen Artikels zur vorherigen Einsicht und eventuellen Beantwortung vorzulegen.

3. Sobald Genosse Karski zur Vertretung des Genossen Block berufen wird, übernimmt er damit die Funktionen des Genossen Block in der Redaktion.

6. November 1913

Die Internationale (Berlin),
Jg. 10, 1927, Heft 5, S. 156.

1 Diese Forderungen wurden von Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Franz Mehring erhoben. Sie wurden von der Preßkommission abgelehnt; daraufhin kam es zum Bruch der drei Mitarbeiter mit der „Leipziger Volkszeitung“.

2 Siehe S. 338, Fußnote 3.

3 Siehe S. 328/329.

4 Gemeint sind Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Franz Mehring.

Zur Spaltung in der sozialdemokratischen Dumafraktion

Wie wir erfahren, hat die Genossin Rosa Luxemburg dem Internationalen Sozialistischen Büro im Auftrage der Sozialdemokratie Polens und Litauens, die sie im Büro vertritt, am 14. d. M. den folgenden Antrag unterbreitet:

„Wir beantragen, auf die Tagesordnung der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 14. Dezember d. J. in London zu setzen: *die Frage der Wiederherstellung der Einigkeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.*“

Die Dringlichkeit dieser Frage erscheint begründet nicht bloß durch das Chaos und den Fraktionskampf, der die seit zwei Jahren kräftig erwachte Massenbewegung in Rußland schwer zu kompromittieren und zu schädigen geeignet ist, sondern auch durch folgende Tatsachen:

a) die soeben in frivoler Weise herbeigeführte Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion, die das letzte Organ der sozialdemokratischen Einigkeit in Rußland war;¹

b) das systematische Schüren der Spaltung seitens der Leninschen Gruppe auch in den Reihen anderer sozialdemokratischer Organisationen, wie in der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens;²

1 Die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma setzte sich aus sieben Menschewiki und sechs Bolschewiki zusammen. Die Menschewiki nutzten die Mehrheit von einer Stimme aus und behinderten in jeder Weise das Auftreten der bolschewistischen Abgeordneten und die Durchsetzung einer revolutionären Parlamentstaktik. Da die wiederholte Forderung der Bolschewiki nach Gleichberechtigung beider Teile der Fraktion abgelehnt worden war, konstituierten sich die sechs bolschewistischen Abgeordneten im Auftrag des ZK der SDAPR im Oktober 1913 als selbständige Fraktion unter dem von W. I. Lenin vorgeschlagenen Namen „Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands“. Diese selbständige Fraktion, die eng mit den Arbeitern verbunden war, bot den Bolschewiki mehr und bessere Möglichkeiten zur Tätigkeit innerhalb und außerhalb des Parlaments.

2 In der Periode der Konterrevolution in Rußland 1908 bis 1911 hatte der SDAPR durch die bürgerliche Strömung der Liquidatoren die Gefahr der Auflösung gedroht. In dieser Zeit löste sich der Hauptvorstand der SDKPiL, der seinen Sitz in Berlin hatte, von der SDAPR, da er die Auf-

c) die Unregelmäßigkeit der russischen Vertretung im Internationalen Büro, die darauf beruht, daß beide sozialdemokratischen Vertreter im Jahre 1910 durch das Zentralkomitee der einzigen Partei gewählt worden waren, um die Einigkeit der Partei zu vertreten, während tatsächlich einer dieser Vertreter seit 1912 bloß eine von ihm ins Leben gerufene Sonderorganisation¹ vertritt.

Wir beantragen, daß das Internationale Büro zu diesen Fragen Stellung nimmt und gleichzeitig Schritte unternimmt, welche die Herbeiführung der Einigkeit beschleunigen könnten. Sollten diese Schritte erfolglos bleiben, so wäre die Frage der sozialdemokratischen Einigkeit in Rußland auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Wien² zu stellen, analog zu der Behandlung der französischen Einigkeit auf dem Amsterdamer Kongreß³.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 306 vom 21. November 1913.

gaben für eine revolutionäre Partei in dieser Situation nicht erkannte. Er zeigte prinzipielle Schwankungen, nahm eine Position zwischen der SDAPR und den Liquidatoren ein und isolierte sich von den Organisationen in Polen. Im Sommer 1912 erklärte er die Warschauer Organisation der SDKPiL, die sich gegen die fehlerhafte Politik des Hauptvorstandes gewandt hatte, für aufgelöst und nicht mehr zur SDAPR gehörig mit der Begründung, in diese Organisation hätten sich Spitzel eingeschlichen und die Spaltung der SDKPiL betrieben. Gegen diese Unterstellung protestierte W. I. Lenin als Vertreter der SDAPR am 31. August 1912 in einem Brief an das Internationale Sozialistische Büro und erklärte u. a., daß der Hauptvorstand der SDKPiL nicht das Recht habe, zu entscheiden, wer zur SDAPR gehöre, da er selbst weder mit dem von Lenin vertretenen, auf der Januarkonferenz 1912 gewählten Zentralkomitee der Partei noch mit dem Zentrum der Liquidatoren in organisatorischer Verbindung stehe.

1 Auf der VI. Gesamt russischen Konferenz der SDAPR in Prag im Januar 1912 waren die liquidatorischen Menschewiki aus der Partei ausgeschlossen, ein Zentralkomitee mit W. I. Lenin an der Spitze gewählt und für die praktische Leitung der Parteiarbeit in Rußland das Russische Büro des Zentralkomitees geschaffen worden. Damit hatte sich endgültig eine selbständige bolschewistische Partei formiert.

2 Der für die Zeit vom 23. bis 29. August 1914 nach Wien einberufene Internationale Sozialistenkongreß wurde durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges verhindert.

3 Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß vom 14. bis 20. August 1904 in Amsterdam war eine Resolution für die Einheit der Partei angenommen worden. In ihr wurde die Einigung der sozialistischen Gruppen eines Landes in einer Partei auf der Grundlage der von den Internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien gefordert. Diese Resolution war besonders im Hinblick auf die Situation in Frankreich gefaßt worden, wo sich dann auch 1905 die einzelnen Gruppen zu einer Partei zusammenschlossen. Siehe S. 16, Fußnote 1.

Ankündigung der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“¹

Berlin, 17. Dezember 1913

Werte Genossen!

Die Unterzeichneten haben sich entschlossen, ihre journalistischen Arbeiten der Parteipresse zur Verfügung zu stellen, indem sie vom 1. Januar 1914 eine Zeitungskorrespondenz herausgeben.²

Die Korrespondenz soll wöchentlich drei Leitartikel von uns bringen, eine Wirtschaftliche Wochenschau und daneben auch Entreflets.

In den Leitartikeln sollen die laufenden Fragen der inneren und auswärtigen Politik behandelt werden, daneben die Fragen der sozialdemokratischen Taktik. Gelegentlich werden sie Buchbesprechungen gewidmet sein, besonders wird F. Mehring Neuerscheinungen aus der Parteigeschichte behandeln.

Die Wirtschaftliche Wochenschau wird J. Karski in der gleichen Weise behandeln, wie er es bisher in der „Leipziger Volkszeitung“ getan. Es soll keine trockene Chronik der wirtschaftlichen Vorgänge sein, sondern es kommt darauf an, den Leser an der Hand einzelner Ereignisse des wirtschaftlichen Lebens auf die Zusammenhänge des kapitalistischen Getriebes hinzuweisen, an aktuellen Beispielen die Marxsche Auffassung zu erläutern. Doch soll der Umfang auf 150 bis 175 Zeilen reduziert werden, um diese Wochenschau auch kleineren Blättern zugänglich zu machen.

Von einem Abonnement auf die Korrespondenz sehen wir vorläufig ab, so daß nur der Abdruck der einzelnen Artikel honoriert zu werden

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Die von Julian Marchlewski, Franz Mehring und Rosa Luxemburg herausgegebene „Sozialdemokratische Korrespondenz“ erschien dreimal wöchentlich. Ab Januar 1915 erschien nur noch einmal wöchentlich die „Wirtschaftliche Rundschau“ Marchlewskis, die mit der Nr. 144 am 13. Mai 1915 ebenfalls eingestellt wurde.

Ankündigung der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“

braucht, und zwar zu folgenden Sätzen: für jeden Leitartikel oder die Wirtschaftliche Wochenschau 5 M, für Entreflets 5 Pf je Zeile.

Die Artikel werden von den Verfassern mit ihren Initialen gezeichnet werden, doch stellen wir es den Redaktionen frei, den vollen Namen der Verfasser zu vermerken oder auch die Artikel redaktionell zu bringen.

Durch diese Korrespondenzartikel hoffen wir der Parteipresse einen Dienst zu leisten und an der Vertiefung der proletarischen Bewegung mitzuwirken.

Wir werden uns erlauben, Ihnen in der letzten Woche des Jahres eine verstärkte Probenummer der Korrespondenz zuzusenden, die drei Artikel (darunter einen Neujahrsartikel) enthalten wird, damit Sie über den Charakter der Korrespondenz informiert sind.

Für Ratschläge, Hinweise, kritische Bemerkungen werden wir Ihnen Dank wissen, und es wäre uns ein möglichst reger Kontakt, der die gemeinsame Arbeit fördert, im höchsten Grade erwünscht.

Wir ersuchen Sie, uns vom 1. Januar ab Ihr Blatt zu überweisen, und werden die Überweisung als Zeichen aufnehmen, daß die regelmäßige Zusage der Korrespondenz Ihnen erwünscht ist.

Zuschriften und Überweisung des Blattes erbitten wir unter der Adresse: Dr. J. Marchlewski, Berlin-Steglitz, Kleiststr. 23. (Es ist dies der bürgerliche Name von J. Karski, und wir ersuchen Sie dringend, nur so zu adressieren.)

Mit Parteigruß

J. Karski Rosa Luxemburg Franz Mehring

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteearchiv, NL 2/20, Bl. 2.

Bemerkung zur Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 13. und 14. Dezember 1913 in London¹

Der Bericht über die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros im „Vorwärts“ vom 18. d. M.² enthält einige Ungenauigkeiten und gibt den Verlauf der Debatte infolge seiner Kürze so unvollständig wieder, daß der Leser nicht klar darüber wird, worum sich die Meinungsverschiedenheit eigentlich drehte.

Die Resolution Kautsky enthielt ursprünglich den Satz, daß sich das Exekutivkomitee mit allen, „die sich als Sozialdemokraten betrachten“, ins Einvernehmen setzen sollte, um eine allgemeine russische Parteikonferenz zustande zu bringen. Gegen diesen Satz richteten sich meine Ausführungen, und der Berichterstatter verkennt durchaus die Situation in der russischen Sozialdemokratie, wenn er von „kleinen Änderungen“ an der Resolution spricht, um die es sich handelte.

Nachdem ich anerkennend hervorgehoben hatte, daß die Resolution der deutschen Vertretung den Antrag der russisch-polnischen Sozialdemokra-

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Das Internationale Büro. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 333 vom 18. Dezember 1913. – In der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 13. und 14. Dezember 1913 in London hatte u. a. die Frage der Wiederherstellung einer einheitlichen SDAPR auf der Tagesordnung gestanden. Es war eine von Karl Kautsky, Friedrich Ebert und Hermann Molkenbuhr eingebrachte Resolution angenommen worden, mit der dem Exekutivkomitee des ISB der Auftrag erteilt wurde, eine Aussprache zwischen allen Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung in Rußland zwecks Wiederherstellung der Einheit der SDAPR zu organisieren. Dieser Beschuß bedeutete eine Unterstützung der opportunistischen Liquidatoren, die im Kampf gegen die Bolschewiki eine Niederlage erlitten hatten. Auf der diesem Beschuß entsprechend vom 16. bis 18. Juli 1914 in Brüssel durchgeföhrten Beratung verlangten die fürrnden Vertreter der II. Internationale, besonders Karl Kautsky und Emile Vandervelde, unter dem Vorwand der „Vereinigung“ mit den opportunistischen Gruppen die Einstellung des Kampfes gegen die Liquidatoren und die Auflösung der bolschewistischen Partei. Diese Forderungen, die im Gegensatz zu den Prinzipien einer revolutionären marxistischen Kampfpartei standen, lehnten die Bolschewiki ab und setzten den Kampf gegen die Feinde der Arbeiterbewegung fort.

tie, betreffend die Wiederherstellung der Einigkeit in der Arbeiterpartei Rußlands¹, unterstützte, sah ich mich jedoch gezwungen, mich gegen den obigen Satz in der Resolution und namentlich gegen die von Kautsky gebene Begründung mit Entschiedenheit zu wenden. Ich führte ungefähr folgendes aus: Es sei durchaus falsch, sich einzubilden, als handle es sich jetzt darum, in Rußland eine ganz neue Partei aus freien Stücken zu improvisieren. Nicht um die Gründung einer *neuen Partei*, sondern um die Wiederherstellung der *alten Partei* handele es sich. Nicht also lose Elemente, die sich selbst „als Sozialdemokraten betrachten wollen“, sondern diejenigen Gruppen und Richtungen, die das Programm, das Statut, also die Beschlüsse der alten Partei für sich als bindend betrachten, müssen wieder vereinigt werden. Die sozialdemokratische Bewegung in Rußland sei keine Tabula rasa, die einige Partei habe bereits seit 1906 bis vor kurzem existiert, sie war das historische Werk der Revolution, und es wäre sowohl verkehrt wie aussichtslos, jetzt mit einem Federstrich die Geschichte der letzten 6 Jahre der russischen Bewegung annullieren zu wollen, man müsse vielmehr an die vorhergehende Entwicklung der Partei anknüpfen. Es ist gerade der Springpunkt der Streitigkeiten in Rußland, ob die Arbeiterbewegung auf der Basis der alten revolutionären Partei aufgebaut oder ob mit der Vergangenheit gebrochen und eine ganz neue Basis geschaffen werden solle. Sollte sich das Büro auf dieses letztere Projekt einlassen, so unterliege es keinem Zweifel, daß es auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen und mit der Ausführung seiner Aufgabe scheitern würde.

Wenn mich ferner der Bericht sagen läßt, „man müsse sich auf den legalen Boden stellen“ – eine Äußerung, die in russischen Verhältnissen durchaus mißverstanden werden könnte –, so habe ich nicht etwa von der Tätigkeit auf dem „legalen Boden“ der sogenannten russischen Verfassung – in legalen Arbeitervereinen u. dgl. – gesprochen, sondern ich verlangte, daß das Büro bei der Einigungsaktion an die *Parteilegalität* anknüpfen soll, d. h., daß die Basis und die Beschlüsse der alten Partei als maßgebend respektiert werden sollen. – Es ist gleichfalls ein Irrtum, wenn der Bericht sagt, die Änderung im Text der Resolution sei auf Antrag Lapinskis vorgenommen worden. Tatsächlich wurden die Worte, daß man sich mit allen verständigen wolle, „die sich als Sozialdemokraten betrachten“, durch die Worte: „sämtliche Fraktionen, die das Programm der Sozialdemokratie Rußlands anerkennen“, von Kautsky selbst ersetzt, was er als eine Konzession an die von mir geäußerten Gesichtspunkte

1 Siehe S. 356/357.

auffaßte. – Endlich, was die angebliche Zurückziehung meines Amendments betrifft, von der der Bericht spricht, so hatte ich keinen Anlaß, es zurückzuziehen, nachdem der Vorsitzende Vandervelde erklärt hatte, das Exekutivkomitee betrachte es als selbstverständlich, daß es sich *vor allem* mit den Vertretern der Sozialdemokratie Rußlands und Russisch-Polens verständigen müsse, wolle sich jedoch die Hände nicht im voraus binden, auch mit anderen Gruppen verhandeln zu dürfen. Dagegen war natürlich nichts einzuwenden, zumal es sich vorerst um eine Besprechung zur Klärung der Streitpunkte handelte.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 338 vom 23. Dezember 1913.

Arbeitslos!

Das zur Rüste gehende Jahr, mit dem für die deutsche Arbeiterklasse eine Periode furchtbarer Arbeitslosigkeit begonnen hat, ist auch in der Leidens- und Kampfgeschichte des europäischen Proletariats ein Jubiläumsjahr. Genau vor einem halben Jahrhundert, im Jahre 1863, erreichte in England jene berühmte Krise, genannt Baumwollhunger, ihren Höhepunkt. Eine Viertelmillion Männer und Frauen völlig arbeitslos, mehr als anderthalb hunderttausend nur ein paar Tage in der Woche um Bettelpfennige beschäftigt, eine halbe Million Menschen auf öffentliche Unterstützung angewiesen – im grellen Schein dieses Massenelends sollte sich zum ersten Mal in klassischer Weise zeigen, was die bestehende Gesellschaft für die hungernden Opfer ihres Systems allenfalls zu tun bereit ist und was ihr entscheidender Gesichtspunkt bei all dem Elend ist. War es doch damals, als sich die Lancashire Proletarier, des müßigen Hungerns satt, zu einer Massenauswanderung nach Australien anschickten, daß jenes Manifest der Fabrikanten erschien, worin die Vertreter des Geldsacks erklärten: unter keinen Umständen könnten die Unternehmer dulden, daß ein Teil ihrer „Maschinerie“ – nämlich die lebendigen Arbeitskräfte – das Land verließe. Brauche man sie doch „in ein, zwei, drei Jahren“ wieder, wenn der Geschäftsgang von neuem flott würde. „Ein, zwei, drei Jahre“ des Massenhungers: das ist das periodische Schicksal der „lebendigen Maschinerie“ unter der Herrschaft des Kapitalismus, ein Schicksal, das dem Kapital als ein ebenso unverbrüchliches Naturgesetz erscheint und es auch in der Tat ist, wie daß das Kapital allein nach seinen Profitrücksichten mit Millionen proletarischer Existzen Fangball spielt, sie bald in das Fegefeuer der rastlosen Überarbeit, bald in die Hölle der völligen Arbeitslosigkeit schleudert. Daß gegen die Arbeits-

losigkeit als periodische Massenerscheinung kein Kräutlein hienieden gewachsen ist, solange menschliche Arbeitskräfte als „lebendige Maschinerie“ Privatbesitz des Kapitals bleiben, dies mit zynischer Offenherzigkeit schon vor einem halben Jahrhundert ausgesprochen zu haben ist das Verdienst der Lancershires Baumwollmagnaten.

Aber sie taten noch mehr für die dauernde Aufklärung der Arbeitersklasse. Sie sträubten sich mit Händen und Füßen gegen jede staatliche Aktion größeren Stils auch nur zur Linderung der Not der Hunderttausende und bestanden darauf, daß die Arbeitslosen statt durch großzügige Maßnahmen unterstützt höchstens durch drückende Almosen mißhandelt wurden. Damit war vor 50 Jahren das Programm geschaffen, nach dem seither das Problem der Arbeitslosigkeit von den kapitalistischen Staaten praktisch behandelt wird.

Heute stehen wir wieder einmal am Anfang einer jener periodischen Krisen, die mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks die Gesellschaft heimsuchen. Erst vor 15 Jahren ward uns verkündet, der Marxsche 10jährige Krisenzyklus sei ein überwundener Standpunkt aus den Flegeljahren des Kapitalismus, die wirtschaftlichen Katastrophen würden immer milder und gehörten bald ins Reich der Ammenmärchen. Auf diese Prophezeiung, welche Antwort Schlag auf Schlag! In den Jahren 1900–1902 die erste Krisentufe des neuen Jahrhunderts, 1907–1909 nach knapp 5 Jahren die zweite Weltkrise, und nun, nach Verlauf von kaum 4 Jahren, sind wir mitten in der ersten Sturzwelle einer dritten Krise.

Die Wirklichkeit hat aber alle Schwarzmalerei Marxens auch noch in anderer Beziehung übertroffen. Im vorigen Jahrhundert pflegte Krise mit Prosperität zu wechseln, nicht bloß für die Kapitalisten, sondern auch für die Arbeiter. Hohe Löhne während der guten Geschäftszeit, niedrige Lebensmittelpreise während der Krise waren die beiden Milderungsmomente des schroffen Wechsels für die proletarische Masse. In seinem Hauptwerk bezeichnet Marx noch die allgemein hohen Löhne als die regelmäßigen „Sturmvögel der Krise“. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts bleiben die „Sturmvögel“ aus, und das Unheil der Krise bricht über die Massen herein, ohne daß sie während der Prosperitätsperiode in der Lage gewesen wären, sich auch nur auf die Staffel eines minimalen Wohlstandes zu schwingen. Umgekehrt wird die andauernde Teuerung, die den materiellen Aufschwung der Arbeiterschaft während guter Geschäftslage herabdrückt, zur besonderen Geißel, die den Notstand der Arbeitslosigkeit bis zum bitteren Massenelend steigert. Heute fangen die Kapitalisten aus jeder Aufschwungsperiode der Industrie immer enormere Goldströme

auf, während die Arbeiter nur zwischen chronischem Hungern bei Überarbeit und akutem Hunger bei Arbeitslosigkeit pendeln. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird damit aufs höchste gesteigert, das Joch des Kapitals wird unerträglich. Entmutigung, Verzweiflung, endlich Verzicht auf Selbstachtung und Würde, wie sie in dem Anschwellen der Gelben-Bewegung¹ genau zum Ausdruck kommt, bemächtigen sich heute weiterer Kreise der Arbeiterschaft.

Gegen diese herabdrückende Tendenz haben wir nur ein wirksames Mittel: die sozialistische Revolutionierung der Geister. Mit revolutionären Idealen kann man freilich keinen Hungernden satt machen. Wir wären aber Scharlatane, nicht wert des Vertrauens der Massen, wollten wir die Hungrigen in die leiseste Hoffnung lullen, als hätten wir ein Wundermittel in der Tasche gegen den chronischen wie gegen den akuten Massenhunger in der gegenwärtigen Periode der kapitalistischen Entwicklung. Wir wären ebenso plump wie grausame Kurpfuscher, wollten wir den hungernden Proletariern im Ernst einreden, daß alle unsere Projekte und Forderungen zur Linderung der Not der Arbeitslosen bei den herrschenden Klassen des imperialistischen Taumels schließlich etwas anderes als höhnisches Achselzucken zur Antwort finden werden. Am unverzeihlichsten wäre dies, ein halbes Jahrhundert nachdem in Lancashire klipp und klar erklärt worden ist, den Opfern der kapitalistischen Krise sei von Gott und Natur nur eines vorbehalten: „ein, zwei, drei Jahre“ hungernd zu warten, bis das Kapital seiner „lebendigen Maschinerie“ wieder bedürfe.

Mit revolutionären Idealen kann man keinen Hungrigen sättigen, aber man kann ihm Glauben an die Zukunft und damit Mut und Selbstachtung geben, man kann in ihm geistige Energie wecken, die ihm innere Überlegenheit geben und ihn gegen die stärksten physischen Leiden unempfindlich machen. Der hungernde Proletarier ist je nachdem des tiefsten geistigen Falles oder auch des höchsten revolutionären Heldentums fähig. In der Februarrevolution 1848 nahm das Pariser Proletariat, das furchtbar unter der Arbeitslosigkeit litt, freiwillig drei Monate Hunger auf sich, um der provisorischen Regierung zur Einführung der „sozialen Republik“ eine Frist zu gewähren. Es war der felsenfeste Glaube an ihr sozialistisches Ideal, das die Pariser Massen lehrte, mit Mut, Geduld und Würde monatelang zu darben und schließlich für dieses Ideal auf den Barrikaden zu kämpfen und zu sterben. In der englischen Baumwollkrise verschmähten die Hunderttausende Hungernder mit Stolz, in

1 Siehe S. 335, Fußnote 1.

Arbeitshäusern die Zwangsarbeite zu verrichten: Sie forderten, daß man ihnen für die Zeit der Krise Schulen und Bibliotheken öffne, damit sie ihre erzwungene Muße zur Bildung ihres Geistes ausnutzen. Sie stellten ihre Bedingungen und setzten sie durch Drohung und Gewalt durch; nicht für einen Moment gaben sie die eigene Klassenwürde preis. Es war der geistige Aufschwung, die Kampfenergie, die am Vorabend der Gründung der Internationale durch die englische Arbeiterklasse zog, was sie dazu stählte, um die äußerste Not mit Mut und Trotz zu ertragen. Und in der russischen Revolution verrichtete der Massenidealismus Wunder der Opferfreudigkeit und des Kampfmuts, die allein das Proletariat durch den Ozean von Leiden der Arbeitslosigkeit, des Hungers und der Verfolgungen vor, während und nach der Revolution hindurchzuführen imstande waren.

Auch in Deutschland kann jetzt den verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit am letzten Ende nur durch die Entfaltung einer Massenagitation begegnet werden, die an das Beste im modernen Proletarier appelliert: an seinen unerschöpflichen revolutionären Idealismus, die in ihm das Stärkste wachrüttelt: den Willen zur Tat und den Glauben an seine eigene Macht. Die Entmutigung der Massen und die Schlammflut der Gelben-Bewegung, diese Selbstpreisgabe des Proletariats, werden nur weichen vor einer feurigen Flut der sozialistischen Agitation, die den darbenden Proletarier über ihn selbst zu erheben vermag, indem sie ihm seine revolutionären Aufgaben in greifbare Nähe rückt, indem sie den Massen klarmacht, daß sie die größten persönlichen Opfer des Kampfes freudig und unbesorgt in Kauf nehmen müssen, um durch kühne Aktionen den Zusammenbruch eines Systems zu beschleunigen, das ihnen um des kapitalistischen Profits willen periodisch die entsetzlichsten Entbehrungen aufzwingt.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 1 vom 27. Dezember 1913 (Probenummer).

Die Bilanz von Zabern

Wie der Reuter-Prozeß in Straßburg auch ausgehen mag, er wird an der Hauptsache nichts ändern, daß nach der Zabernaffäre¹ wie vor ihr alles beim alten bleibt. Wer von der gelinden Bestrafung eines Leutnants und eines Obersten im Elsaß einen grundstürzenden Umschwung der deutschen Verhältnisse datieren möchte, wäre würdig, zum Ehrenmitglied des freisinnigen Parteivorstandes ernannt zu werden. Nachdem sich der Sturm im Glase Wasser gelegt haben wird, dessen letzte Wellen sich eben kräuseln, bleibt unerschüttert die überragende Herrscherstellung des Militarismus im gesamten öffentlichen Leben des Reiches, genauso wie die reale Machtstellung der hinter dem persönlichen Regiment verschanzten Reaktion gegenüber dem deutschen Scheinparlamentarismus unerschüttert bleibt. Höchstens daß sich nach dem famosen Mißtrauensvotum der bürgerlichen Mehrheit an den Reichstag die Jämmerlichkeit dieses Parlaments noch drastischer von dem trotzigen Übermut der junkerlichen Reaktion abhebt. Ist es doch ein Elementarsatz jeder Kampfstrategie, daß nichts so die Schwäche der Position verrät und den Feind ermutigt wie rasselnde Kampfansagen, denen kein Ansturm mit der gesamten Macht auf dem Fuße folgt.

1 Im November 1913 war es in Zabern (Unterelsaß) zu schweren Ausschreitungen des preußischen Militärs gegenüber den Einwohnern gekommen, die gegen die Beschimpfung der Elsässer durch einen Leutnant der Garnison protestiert hatten. Der Regimentskommandeur Oberst von Reuter ließ die Demonstrationen der Bevölkerung mit Waffengewalt auseinanderjagen und Verhaftungen vornehmen. Diese Vorgänge lösten in ganz Deutschland, selbst bei Teilen des Bürgertums, einen Entrüstungssturm gegen die Militärmiliz aus, und der Reichstag mißbilligte nach heftigen Debatten mit 293 gegen 54 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen die Stellung der Regierung, die die Vorgänge zu bagatellisieren versuchte. Oberst von Reuter, gegen den vom 5. bis 8. Januar 1914 vor einem Kriegsgericht in Straßburg verhandelt wurde, wurde von aller Schuld freigesprochen und im Januar 1914 vom deutschen Kaiser demonstrativ mit einem Orden dekoriert.

Dieser operettenhafte Ausgang der ganzen Affäre ist wahrhaftig keine Überraschung. Sicherlich gab es in unserer Presse und auch in der Fraktion kein so kindlich naives Gemüt, das im Ernst von den Pappenheimern des Zentrums oder gar des Liberalismus herkulische Heldenataten im Zweikampf mit dem Militarismus und dem Absolutismus erwartete. Ist doch das niedliche Stück mit dem nämlichen Ausgang nicht zum ersten Mal im deutschen Reichstag aufgeführt worden: Der große Theaterdonner nach der „Daily Telegraph“-Affäre¹ wie der kleine Theaterdonner nach der Marienburger Rede vom Instrument des Himmels² haben auch dem unverbesserlichsten Optimisten eine Ahnung davon geben können, wie der gleichen Zusammenstöße zwischen der „geschriebenen Verfassung“ und der realen, auf Kanonen gestützten „Verfassung“ im Lassalleschen Sinne auszugehen pflegen.

War aber der Ausgang des Sturmes im Reichstag wie im bürgerlichen Blätterwald auch ohne sonderliche Zauberei vorauszusehen, dann fragt es sich, ob das rückhaltlose Miteinstimmen unsererseits in den bürgerlichen Chor der Entrüstung eigentlich am Platze war. Es fragt sich, ob die Rolle vieler Kritiker allen Figuren der traurigen Posse gegenüber von Anfang an uns nicht besser angestanden hätte als diejenige eifriger Paukenschläger im Orchester liberal-ultramontanen Maulheldentums.

Als unsere Presse die plumpen Sprünge des Militarismus in Zabern mit gehöriger Wucht geißelte, als unsere Reichstagsfraktion die bürgerlichen Parteien über die Klinge ihres staatsrechtlichen Antrags³ springen ließ, tat sie sicher nur, was sich für unsere Partei als Pflicht aus der Situation ergab. Aber die Episode des Mißtrauensvotums der „überwältigenden Mehrheit“ mit verhaltenem Atem wie eine Art Rütlischwur oder eine Szene aus dem französischen Revolutionskonvent mitzumachen, im Plakatstil von der „Schicksalsstunde“ und dem „schwarzen Tag“ zu schrei-

1 Am 28. Oktober 1908 hatte die englische Zeitung „Daily Telegraph“ ein Interview mit Wilhelm II. veröffentlicht, in dem er u. a. ausführte, daß er England den Feldzugsplan zur Niederwerfung der Buren geliefert habe. Er empfahl den Engländern, mit Deutschland im Fernen Osten gemeinsam vorzugeben, und versuchte, Rußland und Frankreich gegen England auszuspielen. Das Interview erregte im Ausland großes Aufsehen. In Deutschland tief es eine Welle der Empörung hervor, die sich besonders gegen die Selbstherrlichkeit des Kaisers richtete. Es wurden Verfassungsänderungen gefordert, die solche unverantwortlichen Handlungen des Kaisers verhindern sollten.

2 Siehe S. 23, Fußnote 3.

3 Die sozialdemokratische Fraktion hatte nach dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler im Dezember 1913 im Reichstag die Forderung nach Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches erhoben. Diese sah vor, den Reichskanzler gegenüber dem Reichstag verantwortlich zu machen, dem Reichstag das Recht zu geben, den Reichskanzler zu entlassen und bei der Frage Krieg oder Frieden mitzuentscheiden. Diese Forderungen der Sozialdemokratie basierten auf bereits im Februar 1912 eingebrochenen Anträgen.

ben, dazu lag kaum ein Anlaß vor. Ließ sich doch an den Fingern abzählen, daß die „überwältigende Mehrheit“ an ihrem bürgerlichen Teil im nächsten Augenblick so gründlich in die Hosen machen wird wie der kleine Leutnant, über den sie in helle Entrüstung geraten war.

Die „Schicksalsstunde“ des deutschen Parlamentarismus wie der ganzen deutschen Entwicklung lag auch gar nicht in der Dezembersitzung des Reichstages, in der über Zabern Redeschlachten geliefert wurden, sondern – wenn man schon so will – in der Junisitzung des vergangenen Jahres, in der die ungeheuerlichste Militärvorlage¹ von der bürgerlichen Mehrheit einstimmig angenommen wurde. Die Illusion auch nur für einen Moment im Volke wecken, als ob nach allem Vorhergegangenen, nach dem tollen Triumphzug des Imperialismus in den letzten Jahren, nach dem tausendfach bewährten elenden Bunkerott des Liberalismus, nach dem erzreaktionären Verrat des Zentrums an allen Fortschrittsinteressen, jetzt plötzlich eine Schicksalswendung aus eigener Kraft des bürgerlichen Parlamentarismus möglich wäre, kann nimmermehr unsere Aufgabe sein. Nicht aus einem unerwarteten oppositionellen Johannistrieb des bürgerlichen Parlaments, nur aus dem außerparlamentarischen Druck und der Machtentfaltung der Volksmassen kann im heutigen Deutschland jeder Fußbreit politischen Fortschritts und bürgerlicher Freiheit erstehen – diese einfache Lehre bei jeder Gelegenheit unbeirrt zu verkünden muß unsere vornehmste Aufklärungsarbeit sein. Das ewige und unbelehrbare Harren auf die Besserung der bürgerlichen Opposition ist hingegen das typische Geschäft des Freisinns, das er namentlich in bezug auf die Nationalliberalen mit so schönem Erfolg seit Jahrzehnten betreibt.

Wir haben jedoch noch triftigere Gründe, unsere Stimmen nicht mit dem Chorus der entrüsteten Liberalen und des Zentrums zu vermischen. Bei diesem führt die ganze Entrüstung über den Fall Zabern daher, weil er den Schein der bürgerlichen Gesetzlichkeit, den Nimbus der „Zivilbehörden“ und ihrer angeblichen Unabhängigkeit von den „Militärbehörden“ zerrissen hat. Wäre der lahme Schuster in Zabern bei einem Streikkrawall massakriert worden, kein liberaler oder ultramontaner Hahn hätte nach ihm gekräht. Schwieg doch der bürgerliche Entrüstungschorus, als in Moabit Jagows Untergebene den Arbeiter Herrmann totgehackt hatten.² Er schwieg, als in Mansfeld die Maschinengewehre auf streikende Arbeiter gerichtet wurden.³

1 Siehe S. 215, Fußnote 1.

2 Siehe S. 76, Fußnote 2.

3 Vom 4. Oktober bis 13. November 1909 hatten etwa 10 000 Mansfelder Bergarbeiter gegen die Maßregelung gewerkschaftlicher Vertrauensleute durch die Zecheherrnen und für die volle Gewähr-

Er schweigt, wenn in das Ruhrrevier bei einem Massenstreik Militär einmarschiert, um die hungernden Arbeiter bei der geringsten Regung im Blute zu erstickern.¹

Doch wozu so weite Beispiele suchen? Die brutalste Herrschaft des Militarismus über das Volk wird uns jeden Tag schmerzlich klar, wenn wir das Ohr an die Mauern unserer Kasernen drücken und das erstickte Stöhnen gepeinigter Soldaten vernehmen, über deren Menschenwürde, Gesundheit, ja Leben der eiserne Moloch zermalmend hinwegschreitet, ohne daß im Reichstag die offiziellen Vertreter dieser Schmach vom Entrüstungssturm der „überwältigenden Mehrheit“ weggefegt würden.

Und ist nicht das Morden und das Verstümmeln im Kriege der eigentliche Beruf und die wahre Natur jener „Militärbehörden“, deren gekränktes Autorität in Zabern die Zähne gezeigt hat? Wurden in Libyen², auf dem Balkan³ nicht friedliche Bürger zu Tausenden niedergemetzelt, Krüppel massakriert, „Zivilbehörden“ in die Gefangenschaft geschleppt, nur daß es fremde Bürger und Behörden waren? Wo blieb endlich der Entrüstungssturm im Reichstag, als deutsche Militärs wehrlose Herero-weißer und Kinder in die Wüste trieben, um sie dort in Wahnsinn verlöcheln zu lassen?⁴

Was in Zabern als Verstoß wider Gesetz und Recht verschrien wird, wird von demselben Bürgertum als Heldentat mit dem Lorbeer geschmückt, wenn es sich um Reichsbürger anderer Hautfarbe und anderer Klasse handelt oder wenn in Kriegszeiten zum Recht und zur Pflicht erhoben wird, was ein ruchloses Verbrechen wider Menschlichkeit und Sitte ist.

Dem klassenbewußten Proletariat aber stehen die schwarzen Opfer des deutschen Militarismus und die Kriegsopfer aller Rassen und Zungen genauso nahe wie die Bürger im Elsaß. Gemessen an allen diesen Greueln und Bluttaten des Militarismus, sind seine Zaberner Streiche

Leistung des Koalitionsrechtes gestreikt. Um den Streik zu unterdrücken, war mit Maschinengewehren ausgerüstetes Militär in das Streikgebiet entsandt worden. Am 13. November mußte der Streik ergebnislos abgebrochen werden.

1 Bei dem Bergarbeiterstreik 1912 im Ruhrrevier (siehe S. 134, Fußnote 1) war Militär und Polizei mit brutalem Terror gegen die Streikenden vorgegangen und hatte viele Arbeiter verletzt und vier getötet.

2 Siehe S. 58, Fußnote 1.

3 Siehe S. 177, Fußnote 2.

4 Bei dem Unterdrückungsfeldzug 1904–1907 gegen die Hereros in Südwestafrika (siehe S. 70, Fußnote 2) hatten die deutschen Kolonialtruppen die Eingeborenen in die Wüste getrieben und von den Wasservorkommen abgeschnitten. General Lothar von Trotha hatte Befehl gegeben, keine Gefangenen zu machen und auf Frauen und Kinder zu schießen, so daß die Hereros einem grausamen Tod ausgeliefert waren.

wahrhaft liebliche Neckereien, wie wenn die zähnefletschende Bestie einmal den schlafenden Bürger mit einem langen Strohhalme am Ohr kitzeln wollte.

Mag das Bürgertum wegen dieser Neckereien einen Höllenspektakel erheben; um desto mehr zu unterstreichen, daß das sonstige blutige Wesen des Militarismus ganz in der Ordnung ist, nämlich wo es sich gegen fremde Völker oder gegen kämpfende Proletarier richtet.

Der Sozialdemokratie liegt es ob, gerade diese Kehrseite der Medaille um so schroffer hervorzuheben, je mehr der Imperialismus mit jedem Tage ihr direktester und gefährlichster Feind wird.

Und hält sie dem spektakelnden Bürgertum – wie es ihr gutes Recht ist – die Klinge der parlamentarischen Entschließung hin, um die Herrschaften ein übriges Mal auf eine schimpfliche Probe zu stellen, so nur mit dem überlegenen grimmigen Hohn der koptischen Weisheit:

Töricht, auf Beßrung der Toren zu harren,
Kinder der Klugheit, o habet die Narren
Eben zum Narren auch, wie sich's gehört.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 3 vom 6. Januar 1914.

Um das Koalitionsrecht

Als Casimir Périer, der Großvater, im November 1831 in der Pariser Kammer der alarmierten Bourgeoisie über den ersten großen Klassenkampf des Kontinents, über den Aufstand der Seidenweber in Lyon¹, berichtete, sagte er so ungefähr: Meine Herren, Sie können ruhig sein! Bei den Vorgängen in Lyon ist nichts von Politik zum Vorschein gekommen. Es war nur ein Krieg derjenigen, die nichts zu verlieren haben. – Der Hohepriester der Kapitalrenten unter dem jungen Bürgerkönigtum begriff noch nicht den inneren historischen Zusammenhang, das Zwillingssverhältnis zwischen dem ökonomischen Kampf und dem politischen Kampf des modernen Proletariats. Er begriff nicht, was im Jahre 1847 das Kommunistische Manifest in den Worten formuliert hat: Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, und was ein Menschenalter später die preußische Polizeiweisheit in ihrer stupiden Weise ebenso klassisch durch den Mund Puttkamers verkündete: Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution.

Die bürgerliche Gesellschaft wendete sich denn auch instinktiv von ihrer Geburtsstunde an gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter mit allen Machtmitteln einer brutalen Klassenherrschaft. Gefängnis, Zuchthaus, Deportation bedrohten in England fast 80 Jahre lang – von 1799 bis 1875 – jeden Arbeiter, der andere „nötigte, einschüchterte, belästigte, behinderte“, d. h. an die Solidarität seiner Arbeitskollegen im Kampf um

¹ Im November 1831 waren die Seidenweber von Lyon während eines Lohnkampfes von bürgerlichen Nationalgardisten provoziert und gezwungen worden, zu den Waffen zu greifen. Nach dreitägigem bewaffnetem Kampf hatten sich die Arbeiter der Stadt bemächtigt. Da die Aufständischen jedoch weder eine selbständige politische Organisation besaßen noch Verbindung zu den Arbeitern anderer Städte unterhielten und auch die politische Macht in Lyon nicht übernahmen, konnte der Aufstand am 3. Dezember von Militär niedergeschlagen werden.

bessere Arbeitsbedingungen appellierte. Noch 1871 wurden mehrere Frauen bestraft, weil sie zu Arbeitswilligen „Bah!“ gesagt hatten. Erst die liberale Gladstonesche Ära sollte den Versuch riskieren, die Arbeiter durch Gewährung des freien Koalitionsrechts zu pacifizieren, sie zu Musterknaben nach dem Herzen des Kapitals zu erziehen. Es war ungefähr um dieselbe Zeit, daß in Frankreich die Bourgeois-Republikaner auf dem Grabe der Pariser Kommune versuchten, das Proletariat durch Begönnerung einer zahmen Gewerkschaftsbewegung zu ködern und unter dem Gambettaschen Banner der „Aussöhnung zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ zu sammeln.

Doch der schöne Traum wähnte nicht lange. Schon Ende der 70er Jahre erhebt der totgeglaubte Sozialismus in Frankreich siegreich das Haupt, um auch den Gewerkschaftskampf von der bürgerlichen republikanischen Führerschaft zu befreien. In England erwacht Ende der 80er Jahre in der zahmen Gewerkschaftswelt der junge Geist der Rebellion. Der deutsche Kapitalismus aber, dem auch in der Wiege nicht vergönnt war, die unschuldigen Träume der Jugend zu träumen, der schon mit dem bösen Gewissen und der sauren Laune des Katzenjammers zur Welt kam, verharrte von Anfang bis Ende ebenso in unverhohler Feindschaft gegen das ökonomische Grundrecht der Arbeiterschaft, wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Anfang an mit der Sozialdemokratie natürlich innerlich verschwistert war.

Das letzte Jahrzehnt sollte den blinden Klassenhaß der bürgerlichen Gesellschaft gegen die „Verschwörungen“ der Lohnsklaven bis zur Bewußtlosigkeit steigern. Die gewaltigen Massenstreiks der Eisenbahner in Holland, Italien, Ungarn, der Postbeamten in Frankreich, der Bergarbeiter in Deutschland und England, die revolutionären Massenstreiks in Rußland, das lawinenartige Wachstum der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie in Deutschland – das alles hat vor aller Welt bloßgelegt, welche politische Macht die Arbeiterklasse entfalten kann, wenn sie von ihrer wirtschaftlichen Macht im richtigen Moment Gebrauch zu machen versteht. Der Gebrauch des Koalitionsrechtes hat sich als erstklassige Waffe zum Hieb wie zur Parade gegen die Reaktion und als vorzügliches Mittel zur Schulung und Sammlung der proletarischen Massen erwiesen.

Gerade deshalb erleben wir seit Jahren den beispiellosen Kreuzzug gegen das Koalitionsrecht, bei dem Deutschland den Ehrgeiz hat, „in der Welt voran“ zu marschieren.

Aber dieser reaktionäre Kreuzzug ist zugleich in seiner weiteren Wir-

kung das revolutionärste Beginnen, das sich denken läßt, er ist der Anfang des „Umrüttelns“ von oben. Denn hier rüttelt die herrschende Klasse an den Grundfesten ihres eigenen Gesellschaftsbaus, hier erschüttert sie die Fundamente ihrer eigenen Herrschaft.

Wenn es ein Grundgesetz der Warenproduktion ist, daß die Waren zu ihrem Werte verkauft werden, so nimmt die Arbeiterklasse auch nur dieses Gesetz für sich in Anspruch, wenn sie die wichtigste Ware, die Arbeitskraft, zu ihrem Werte und nicht darunter zu verkaufen sucht. Der Kampf der ausgebeuteten Lohnarbeiter um bessere Arbeitsbedingungen ist deshalb ein so unzertrennliches, natürliches Begleitmoment der kapitalistischen Produktionsweise wie die Ausbeutung selbst. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gehört zur bürgerlichen Gesellschaft genau in dem Maße wie die Gewerbefreiheit.

Dieser Kampf folgt ihr auf ihren historischen Pfaden und Winkelzügen in der Welt wie ein Schatten. Er entsteht zusammen mit ihr. Er folgt ihr aus England nach dem Kontinent, aus Europa nach Amerika, nach Japan und China, in die Goldgruben Sibiriens und in die Schwefelgruben Siziliens, nach Transvaal und nach den Karolinen. Der wirtschaftliche Kampf ist die erste instinktive, elementare Regung des geschundenen Lohnproletariats unter allen Zonen, er läutet in allen Ländern das Erwachen des Proletariats zum Menschendasein, zur historischen Mission, zum Klassenbewußtsein ein.

Auf den wirtschaftlichen Kampf, auf das Koalitionsrecht verzichten kann das moderne Proletariat deshalb so wenig, wie ein Mensch auf das Atmen verzichten kann. Das angeborene historische Recht des Proletariats auf den wirtschaftlichen Kampf spottet vielmehr, wie alle historischen Notwendigkeiten, der strafgesetzlichen Zwirnsfäden wie der brutalen Gewalt des Eisens. Es setzt sich mit Elementargewalt gegen die Pinkerton's der amerikanischen Republik, gegen die russischen Kosaken wie gegen den preußisch-deutschen Polizeistaat durch.

Aber gerade deshalb heißt heute an dem Koalitionsrecht rütteln soviel, wie an das Lebensmark der modernen Arbeiterbewegung greifen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bewirkten die strengen Koalitionsverbote, daß die englischen Arbeiter sich in unterirdischen Verließen der Geheimbündelei verschanzten, wo sie mit heiligen Schwüren den Bund der Klassensolidarität bekräftigten und Verräter an ihr mit dem Tode bedrohten.

Heute steht in Deutschland nicht eine Handvoll begeisterter Pioniere, sondern eine Millionenarmee klassenbewußter Männer und Frauen auf

der Wacht für ihre Grundrechte. Ein ernsthaft gewagtes Attentat auf das Koalitionsrecht wird heute die Millionen Organisierter nicht etwa von der Oberfläche verdrängen, um sie in Geheimbünde zu pferchen, sondern es wird sie umgekehrt auf die Vorderbühne der Öffentlichkeit herausfordern und zu einem verzweifelten Klassenkampf zwingen. Es wird das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands in den Zustand einer permanenten Erschütterung, eines chronischen Guerillakrieges versetzen.

Wer aber aus diesem Kriege am letzten Ende als Sieger hervorgehen würde, kann keinem Zweifel unterliegen, da die deutschen Arbeiter diesen Kampf jedenfalls mit der Zähigkeit und der Entschlossenheit einer Klasse führen müßten, die nichts zu verlieren hat als ihre Ketten.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 6 vom 13. Januar 1914.

Die künftige Revanche

Die Geschichte ist immer die größte Lehrmeisterin der Politik. Die gegenwärtige Zeitgeschichte aber führt einen deutlicheren Anschauungsunterricht als je.

Was haben die Vorgänge der jüngsten Tage bewiesen? Was haben die Militärs gezeigt, die auf der Zivilbevölkerung ungestraft herumtrampeln, die Kriegsgerichte, die sich über den Reichskanzler lustig machen, der Reichskanzler, der das Mißtrauensvotum der Volksvertretung mit einem Fußtritt erledigt, endlich das persönliche Regiment, das dem Lande einen Nasenstüber versetzt, indem es die Diktatur der Soldateska mit einem Orden schmückt?¹ Sie alle haben binnen wenigen Tagen offen gezeigt, daß Gesetz und Recht in Deutschland Schall und Rauch geworden sind.

Aber die Zaberner Vorgänge haben diese Sachlage nicht geschaffen. Sie haben nur enthüllen und in blitzartiger Beleuchtung zeigen können, was ohne sie, was vor ihnen Tatsache geworden war. Die ungenierte, nackte Herrschaft der absolutistisch-militärischen Reaktion, ihr beispiellos provokatorisches Auftreten sind nur die Rückseite einer anderen Erscheinung: Sie bedeuten die völlige Ausschaltung des bürgerlichen Liberalismus aus dem öffentlichen Leben Deutschlands, die endgültige Abdankung der bürgerlichen Opposition. Nachdem es unzählige Male als Verfechter des liberalen Fortschritts versagt, hat das deutsche Bürgertum nunmehr auch als Hüter des kümmerlichen deutschen Rechtsstaats, des deutschen Konstitutionalismus offiziell seinen Abschied genommen. Und je mehr leere Worte es im Reichstag und in der Presse macht, um so mehr unterstreicht es die eigene Unfähigkeit auch nur zu einer einzigen wirksamen Tat.

Die aus dem Moder der Zeiten durch die schneidigen Militärs von Za-

¹ Siehe S. 367, Fußnote 1.

bern hervorgeholte Kabinettsorder von 1820 ist somit für die Sachlage in ihrem ganzen Umfang symbolisch: Der Vormärz gilt jetzt in Deutschland, und das reichsdeutsche Parlament nähert sich an politischer Bedeutung und geschichtlicher Funktion um einen Schritt mehr der russischen Duma. Die historische Dialektik weiß wieder einmal die schroffen Gegensätze des liberalen Formelkramms: Absolutismus und Parlamentarismus, zu einer artigen Synthese zu verschmelzen, indem sie den Parlamentarismus zum dünnen Feigenblatt des militärischen Absolutismus macht.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist eben nur eine wirkliche politische Macht, wo zwischen Bourgeoisie und Feudalaristokratie ernsthafte Klassengegensätze bestehen, große Klassenkämpfe ausgefochten werden. Wo hingegen die Bedingungen der geschichtlichen Entwicklung dahin führen, das kapitalistische Bürgertum mit dem feudalen Junkertum durch übermächtige Gemeinsamkeit der Klasseninteressen politisch zusammenzuschweißen, da schwindet die geschichtliche Grundlage des Parlamentarismus, und es ist nur eine Frage der Umstände, wann seine innere Aushöhlung an den Tag tritt. Im heutigen Deutschen Reich begann dieses Zusammenschweißen der Bourgeoisie mit dem Junkertum schon bei jenem denkwürdigen Handel zwischen den Nationalliberalen und konservativen Maklern um den Zolltarif von 1877¹, bei dem man nach dem Zeugnis eines Abgeordneten in der Kulisse des Reichstags hören konnte: „Geben Sie 50 für Roggen, gebe ich den Eisenzoll“, oder: „Verwerfen Sie die Herabsetzung des Eisenzolls, so gebe ich Ihnen den Roggen.“ Dieses Zusammenschweißen machte einen Schritt weiter mit dem Sozialistengesetz. Es wurde gestärkt 1899 durch das große Flottengesetz², mit dem das Zentrum endgültig aus dem Lager der Opposition in das Regierungslager hinzübertrat. Es wurde vollendet durch den Hungerzolltarif 1902³, als der Freisinn durch seinen Führer Eugen Richter den junkerlichen Krippenreitern den Steigbügel hielt. Es ist besiegt worden mit der imperialistischen Militärvorlage des Jahres 1913⁴, die den ganzen bürgerlichen

¹ Das Schutzzollsystem, das die ökonomische Grundlage für das Bündnis zwischen Junkertum und dem reaktionären Teil der Großbourgeoisie bildete, war nach jahrelanger propagandistischer Vorbereitung am 12. Juli 1879 im Reichstag mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und einiger Nationalliberaler beschlossen worden.

² Am 28. Oktober 1899 war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ der Plan veröffentlicht worden, die deutsche Kriegsflotte durch erhöhtes Tempo des Kriegsschiffbaus über das im Flottengesetz vom März 1898 vorgeschene Maß hinaus zu vergrößern. Das zweite Flottengesetz, das die Verdoppelung der Schlachtflotte vorsah, wurde am 12. Juni 1900 vom Reichstag beschlossen und diente der Verwirklichung der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus.

³ Siehe S. 60, Fußnote 1.

⁴ Siehe S. 215, Fußnote 1.

Reichstag in Sklavenstellung zu Füßen des Absolutismus gefunden hat. Jedes Jahr, jede große Vorlage, jeder neue Raubzug gegen die Volksmasse führte seit den 70er Jahren Schritt um Schritt die Nationalliberalen, das Zentrum, den Freisinn ins Lager der junkerlichen Reaktion – *et nec locus ubi Troja fuit*: Heute ist nichts geblieben, wo einst das bürgerlich-oppositionelle Troja stand!

Und heute wundern sich die braven liberalen Helden daß, sie teiben sich die Augen, wenn ihnen schallende Ohrfeigen vom Absolutismus und Junkertum auf die Wangen klatschen! Sie gedachten selbander mit dem Junkertum den „Rechtsstaat“ gegen das Proletariat schiedlich-friedlich auszubeuten und haben nicht bemerkt, wie ihnen Junkertum und Absolutismus den Rechtsstaat von innen wie Mäuse zernagt haben. Die ahnungslosen Engel haben nicht gewußt, daß ein bürgerliches Parlament ohne bürgerliche Opposition ein Unding, daß eine bürgerliche Volksvertretung, die den Etat stets einstimmig votiert und alle Regierungsvorlagen gehorsamst apportiert, ein politisches Kasperletheater, daß ein bürgerlicher Rechtsstaat ohne bürgerliche Klassenkämpfe eine hohle Nuß, ein ausgeblasses Ei ist, das jeder Kürassierstiefel zum Zeitvertreib zertreten kann.

Es ist das Fazit der folgerichtigen Entwicklung eines halben Jahrhunderts kapitalistischer Produktion in Deutschland, was in und um Zabern zutage tritt. Die junkerlich-absolutistische Reaktion rechnet *nicht mehr* mit der bürgerlichen Opposition. Sie rechnet aber *noch nicht* mit der proletarischen Opposition. Die Wirkungslosigkeit der nurparlamentarischen Widerstände hat sich endgültig erwiesen. Die Wirksamkeit des Massenwiderstandes aber hat die Reaktion noch nicht zu kosten bekommen. Das ist es, was der augenblicklichen Lage in Deutschland mit ihrem unerträglichen Druck das besondere Kennzeichen gibt. Das ist, was den Übermut und die herausfordernde Haltung der Reaktion erklärt.

Und in der Tat steht heute so ziemlich alles auf dem Spiel: Nach der öffentlichen Sicherheit und dem persönlichen Recht, die im Belagerungszustand sind, nach dem internationalen Frieden, der durch die Abenteuerlust und das Säbelfuchtel der herrschenden Soldateska bedroht ist, nach dem Koalitionsrecht, auf das ein Attentat vorbereitet wird, kommt bald die Reihe an *das allgemeine Wahlrecht*. Nach der Kraftprobe von Zabern wird sich die alte Garde der Feinde des Reichstagswahlrechts nicht mehr zu genieren brauchen.

Aber diese endgültige Ausschaltung der bürgerlichen Opposition hat nur zur Folge, daß immer näher und unerbittlicher die direkte Auseinandersetzung zwischen der herrschenden Reaktion und den Arbeitermas-

sen heranrückt. Gerade die brutale Zerrüttung des Rechtsstaats und des Parlamentarismus führt dazu, daß die Arbeiter, um Recht und Gesetz zu schützen, zu *ihren Machtquellen* werden greifen müssen. Wir brauchen und wollen keine „Katastrophen“. Daß es die herrschenden Klassen sind, die allzumal zu Katastrophen treiben, dafür ist Deutschland heute ein klassisches Beispiel. Durch das Niedertreten der bürgerlichen Opposition, durch die äußerste Erniedrigung des Parlaments, durch Zerschmetterung aller Rechtsgarantien sorgen die heutigen Zustände selbst dafür, daß die entscheidende Auseinandersetzung des Proletariats mit der Reaktion nicht im engen Rahmen und auf dem schwankenden Boden des parlamentarischen Rechts, sondern auf jenem festen Grund ausgefochten wird, wo das ungeschriebene historische Recht mit der realen Macht der Arbeiterklasse ihre gemeinsame Wurzel haben.

Die Revanche für den heutigen Triumph hat die Reaktion in Deutschland nur von der Arbeiterschaft, von dieser aber mit tödlicher Sicherheit zu erwarten. Indem jedoch das klassenbewußte Proletariat in seiner ganzen breiten Front den Kampf aufnehmen wird, muß der Kampf selbst dadurch an Tiefe und Tragweite gewinnen. Mit dem Umfang und der Massenhaftigkeit der Bewegung wächst auch die Gründlichkeit der Masse, deren Bewegung sie ist, hat einst Marx gesagt.¹ Die Arbeiterklasse kann nicht um den bürgerlichen Rechtsstaat kämpfen, ohne dem Kampfe ihren revolutionären Klassencharakter aufzudrücken. Sie kann nicht den bürgerlichen Parlamentarismus schützen, ohne zugleich an der bürgerlichen Klassenherrschaft nach Kräften zu rütteln.

Daß die heutigen Vertreter der absolutistischen Militärdiktatur in ihrem wilden Triumph über die bürgerliche Rechtsordnung in diese Auseinandersetzung mit den Arbeitermassen mit verhängten Zügeln sprengen und so den Gang der Dinge beschleunigen, an dessen Ende unser Sieg historisch verbürgt ist, beweist, daß auch sie nur ein Teil von jener Kraft sind, die stets das Böse will und oft das Gute schafft.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 9 vom 20. Januar 1914.

¹ Siehe Friedrich Engels und Karl Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 86.

Die alte Programmforderung

Wie jedesmal ist die sozialdemokratische Fraktion auch jetzt wieder auf dem Posten, um bei den Verhandlungen über das Reichsamt des Innern das düstere Bild des sozialen Elends zu entrollen. Hier steigen jedesmal aus dem dunklen Schacht der kapitalistischen Ausbeutung schwarze Schatten empor, um der bürgerlichen Gesellschaft den unter ihren Füßen gähnenden Abgrund zu zeigen. Vorgänge wie Zabern¹ sind die Blüten und Früchte. Hier, bei den Verhandlungen über Sozialpolitik, werden die Wurzeln bloßgelegt, aus denen der Giftbaum der heutigen Klassenherrschaft seine Säfte saugt. Maßlose, zuweilen 36stündige Arbeitszeit; Millionen Überstunden, am physischen und geistigen Leben der Massen gestohlen; Plackerei am Werktag und am Sonntag; das rücksichtslose Abräckern weiblicher und jugendlicher Kräfte bis ins zarte Kindesalter hinab; furchtbare Steigerung der Unfälle, die das Arbeitsfeld jährlich für Hunderttausende in ein Siechenhaus, für Zehntausende in einen Friedhof verwandeln; ein Heer von Antreibern, die jeden Atemzug der gequälten Proletarierbrust mit Basiliskenaugen des profitgierigen Kapitals überwachen; die modernste Technik – der Triumph des Menschen über die Natur – verwandelt in das grausamste Mittel, den Menschen dem toten Fabrikautomaten zu unterjochen und seine Arbeit zur Tortur zu gestalten; Heimarbeit, die die Hölle der kapitalistischen Blutsaugerei mitsamt ihrem Schmutz bis in den armseligen Wohn- und Schlafraum der Proletarierfamilie trägt, mit ihrem ekelhaften Abfall und Staub das bescheidene Mahl auf dem Tische der Erwachsenen besudelt und den Proletariersäugling in der Wiege vergiftet; endlich die moralischen Mißhandlungen der Schöpfer allen Reichtums durch diejenigen, die den Reichtum an sich

¹ Siehe S. 367, Fußnote 1.

raffen; mit Füßen getretene Landproletarier, geprügelte Bergarbeiter, mit Fäusten bearbeitete Stahlwerksarbeiter! – Schon in den wenigen Tagen der vergangenen Woche konnten unsere Genossen Spiegel, Haberland, Bender, Quarck, Robert Schmidt, Krätsig ein entsetzliches Bild der kapitalistischen Wirtschaft entwerfen.

Sie haben wieder gezeigt, woher jene schimmernde Flut des „nationalen Reichtums“, jener Milliardensegen kommt, mit dem das jubiläumstrunkene Deutschland vor der Welt prunkte.¹ Sie haben gezeigt, daß heute noch in Deutschland Wort für Wort gilt, was Karl Marx vor bald 50 Jahren in seinem genialen Hauptwerk schrieb: „Das Kapital kommt von Kopf bis Zeh blut- und schmutztriefend zur Welt.“² Ja, als Robert Schmidt den Geheimräten am Regierungstisch die kaum glaubliche Tatsache ins Gesicht schleuderte, daß ihre einzige Verordnung zum Schutze der Gesundheit der Heimarbeiter seit 2 Jahren dahin geht, den Tabakarbeitern den vorgeschriebenen Luftraum um 3 Kubikmeter zu schmälern, konnte er da nicht, wie Friedrich Engels 1843 bei der Beschreibung der englischen Kapitalpraktiken, ausrufen: „Ich klage die bürgerliche Gesellschaft des Mordes an!“³

Der letzte bündige Schluß, der sich aus diesem grauenhaften Gesamtbild für jeden denkfähigen Arbeiter ergibt, ist, daß eine Gesellschaftsordnung, die auf einem solchen Fundament beruht, tausendmal wert ist, daß sie zugrunde geht, und das lieber heute als morgen. Jede Verhandlung über die Sozialpolitik verwandelt sich dank der rücksichtslosen Kritik unserer Vertreter in einen unwiderleglichen Nachweis für die historische Notwendigkeit der radikalen Abschaffung des Kapitalismus.

Wir sind aber nicht bloß eine Partei der Propaganda, sondern eine Partei der praktischen Tat. Und als praktische Politiker in des Wortes bestem und einzigen wahrem Sinn haben wir in den Forderungen unseres Programms den Wegweiser, um auch innerhalb des bestehenden Jammerfalls sofort wirksame Abhilfsmittel zur Linderung der Not zu fordern.

¹ Im Jahre 1913 hatten die herrschenden Kreise in Deutschland die Jahrhundertfeiern der Befreiung Deutschlands vom napoleonischen Joch sowie das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. zu einer verstärkten nationalistischen, chauvinistischen und militaristischen Propaganda in Vorbereitung eines Krieges ausgenutzt.

² „Wenn das Geld, nach Augier, „mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt“, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.“ (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1970, S. 788.)

³ „So weit ist es in England gekommen – und die Bourgeoisie liest das alles täglich in den Zeitungen und kümmert sich nicht drum. Sie wird sich aber auch nicht beklagen können, wenn ich sie nach den angeführten offiziellen und nichtoffiziellen Zeugnissen, die sie kennen muß, geradezu des sozialen Mordes beschuldige.“ (Friedrich Engels: Lage der arbeitenden Klasse in England. Resultate, Leipzig 1845. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 2, Berlin 1970, S. 338.)

Das hervorragendste dieser Mittel, gleichsam der Zentralpunkt aller sozialen Abhilfe, ist *der gesetzliche Achtstundentag*. Die Lösung des Achtstundentages, schon an der Wiege der Arbeiterbewegung von der alten Internationale proklamiert, durch bald ein Vierteljahrhundert Maifeier geheiligt, bleibt bis auf den heutigen Tag der Schwerpunkt unseres sozialpolitischen Programms. Ja, sie wird mit der jüngsten Entwicklung und ihren Begleiterscheinungen immer praktischer, d. h. immer dringender notwendig für die Arbeiterklasse.

Wenn der Nationalliberale Böttger gegen den Achtstundentag kein triftigeres Argument vorzuführen weiß, als daß bei seiner Einführung „die Zahl der Arbeiter verdreifacht werden müßte“, so ist damit der glänzendste Beweis erbracht, daß der Achtstundentag allein ein wirksames Abhilfemittel gegen die heutige furchtbare Arbeitslosigkeit wäre.

Wenn es bereits ein Axiom der sozialökonomischen Wissenschaft geworden ist, daß lange Arbeitszeit mit niedrigen Löhnen, kurze Arbeitszeit aber mit hohen Löhnen Hand in Hand geht, dann ergibt sich mit zwingender Logik, daß der Achtstundentag allein heute im Budget des Proletariers das nötige Gleichgewicht mit der steigenden Lebensmittelsteuerung herbeiführen könnte.

Wenn endlich heute ein Giesberts sich im Reichstag genötigt sieht, in bezug auf einen so führenden Zweig der Produktion wie die Schweißenindustrie für den Achtstundentag anstelle des heutigen Zwölfstundentags zu plädieren¹, so zeigt das, wie fest unsere Agitation für den Achtstundentag seit Jahrzehnten bereits auch in den Massen der Zentrumsarbeiter Wurzeln geschlagen hat und wie sehr wir diese Programmforderung jetzt in den Mittelpunkt unserer Aktion stellen müssen.

Unsere Abgeordneten werden wohl auch besonders triftige Gründe gehabt haben, weshalb sie in ihrer Resolution zu der Internationalen Regierungskonferenz in Bern für Arbeiterinnen und Jugendliche² zunächst den Zehnstundentag als Maximum der Arbeitszeit fordern. Die Praxis, namentlich in der Textilindustrie, hat die Forderung des Zehnstundentags auch für Frauen längst überholt. Da es zudem Elementarsatz selbst aller

1 Johann Giesberts, Zentrumsabgeordneter und Vorstandsmitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, war am 14. Januar 1914 im Reichstag für die Einführung des Achtstundentages in der Schweißenindustrie eingetreten, nachdem er dem sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Spiegel zugestimmt hatte, der die unhalbaren Arbeitsbedingungen in diesem Industriezweig geschildert und dringend gesetzliche Abhilfe gefordert hatte.

2 Vom 16. bis 25. September 1913 war in Bern eine vom Schweizer Bundesrat einberufene Internationale Konferenz für Arbeiterschutz durchgeführt worden. Sie hatte sich mit Fragen der industriellen Nacharbeit Jugendlicher und dem Zehnstundentag für Frauen und Jugendliche in der Industrie beschäftigt.

bürgerlichen Sozialpolitik seit jeher ist, daß arbeitende Frauen und Jugendliche stärker geschützt werden müssen als erwachsene männliche Arbeiter, so müßten wir bei einer Forderung des Zehnstundentags für sechzehnjährige Kinder für Erwachsene zunächst den Elf- oder Zwölfstundentag fordern, was ein offensbarer Widersinn ist. Es läge aber auch eine zu bittere Ironie darin, wenn wir als das Nächsterreichbare auf internationalem Wege im Jahre des Heils 1914 wirklich nur das bescheidene Maß an Frauen- und Kinderschutz fordern sollten, das in England vor 70 Jahren ein Lord Ashley mit seinen torystischen Freunden verfochten und am 8. Juni 1847 als Gesetz durchgedrückt hatten.

Statt für Frauen und halbe Kinder den Zehnstundentag, haben wir allen Anlaß, heute mit mehr Nachdruck denn je für die Erwachsenen den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag als das Maximum laut zu fordern. Wenn unsere Abgeordneten irgend etwas davon abhält, diese selbstverständliche Programmforderung in Form eines Gesetzentwurfs oder einer Resolution zu beantragen, so ist es sicher nur die gründliche und freilich auch wohlgrundete Überzeugung, daß von der heutigen Reichstagsmehrheit für diesen elementaren Anspruch der Arbeiter Verständnis erwarten gerade soviel hieße, wie tauben Ohren zu predigen. Würde aber der Achtstundentag im Reichstag kein Echo finden, in den Herzen von Millionen außerhalb des Reichstags muß er bei den heutigen Zeiten des Elends und der Gedrücktheit sicher ein begeistertes Echo finden als eine Botschaft des ungebrochenen Willens, des unnachgiebigen Trotzes, der kampffreudigen Hoffnung – trotz alledem!

Schließlich können wir uns bei unserem trostlosen Amt, an den harten Felsen der bürgerlichen Sozialpolitik um einige lindernde Tropfen zu pochen, von unseren bittersten Feinden, den Junkern, ein ermunterndes Beispiel nehmen. Ein Beispiel, nicht bloß wie man durch die zähe Ausnutzung der eigenen Macht selbst als Minderheit seinen Willen durchzusetzen versteht, sondern auch wie man eine praktisch ganz aussichtslose Position bis zum äußersten verteidigt. Ein Muster letzterer Art war sicher seinerzeit die Doppelwährungsaktion¹ der Arendt und Genossen. Hatten es doch die Silbermänner fertiggebracht, mit ihrem stockreaktionären Pro-

1 Die Doppelwährung war der Versuch, die Geldeinheit gleichzeitig an das Gold und an das Silber zu binden und ein gesetzlich festgelegtes Wertverhältnis zwischen beiden zu erreichen. Durch die Schwankungen des gegenseitigen Wertes von Gold und Silber auf dem Weltmarkt scheiterte dieser Versuch. Der sinkende Wert des Silbers bewirkte, daß nach 1871 die wichtigsten Staaten der Erde, darunter auch Deutschland, zur Goldwährung übergingen. Die Doppelwährung, besonders von den USA mit ihrer hohen Silberproduktion propagiert, wurde in Deutschland vor allem von den Agrariern hartnäckig vertreten.

gramm fast ein Vierteljahrhundert lang öffentliche Meinung, Regierung und gesetzgebende Körper in Atem zu halten und für eine im voraus völlig verlorene Sache immer wieder nach jeder Niederlage mit frischem Mute ihre Kraft einzusetzen, bis die letzte Spur einer Chance verschwunden war.

Mit wieviel mehr gutem Recht und gutem Glauben als jene finsternen Narren der junkerlichen Reaktion können wir trotz aller äußeren Aussichtslosigkeit unsere Lösung des Achtstundentages, diese Mahnung an eine hellere Zukunft, an Fortschritt, Kultur und Aufwärtsdrang von Millionen, immer wieder unverzagt und laut proklamieren. Wie einst Cato im römischen Senat jede Rede mit seinem *ceterum censeo*, müßten unsere Abgeordneten im Reichstag jede sozialpolitische Rede mit den Worten schließen: Im übrigen erklären wir, daß der Achtstundentag eine dringende Notwendigkeit ist!

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 11 vom 27. Januar 1914.

Noch eine Lehre von Zabern

Ein Redner unserer Fraktion hat bereits bei der letzten Reichstagsdebatte über den Fall Zabern unter lebhafter Zustimmung unserer Abgeordneten laut und deutlich darauf hingewiesen, daß die jüngsten Vorgänge unserer Stellung zur Monarchie einen noch stärkeren Nachdruck verleihen, als das bisher der Fall war.¹

Es ist mit unserem grundsätzlichen Bekenntnis zur republikanischen Staatsform wie mit allen unseren Programmforderungen. Ihre jeweilige Aktualität, das größere oder geringere Gewicht, das wir jeder einzelnen von ihnen in unserem praktischen Kampfe und in der Agitation beimesse, hängt ganz von den Zeitumständen, von den konkreten Bedingungen ab, die sich nicht durch eine Schablone für alle Zeiten und Länder festlegen lassen. In Frankreich hat die Trennung der Kirche vom Staat, in Holland die Weltlichkeit der Schule, in der Schweiz und in Frankreich das Proportionalwahlrecht eine ganz andere Bedeutung erlangt als in Deutschland, obgleich wir jene Lösungen gleichfalls im Programm haben. Andererseits zeigt der Kampf um das preußische Wahlrecht handgreiflich, wie eine Forderung, die Jahrzehntelang im Programm geruht hat, erst mit Zeitumständen, gleichsam vom zündenden Funken der Aktualität berührt, in wenigen Jahren zum Mittelpunkt einer großen Volksbewegung werden kann.

In etwas ähnlicher Weise gewinnt jetzt die Lösung der Republik allmählich an Aktualität in Deutschland. Nicht in dem Sinne freilich, als ob ihre Verwirklichung mitten in den heutigen Orgien der imperialistischen

¹ Am 23. Januar 1914 hatte sich Georg Ledebour während der Zaberndebatte im Reichstag (zur Zabernaffäre siehe S. 367, Fußnote 1) gegen die Monarchie gewandt und den republikanischen Standpunkt des Proletariats hervorgehoben.

Reaktion immer wahrscheinlicher wäre, sondern in dem tieferen historischen Sinn, daß sie gerade in unserem Kampfe gegen jene Reaktion als echte Parole der proletarischen Klassenposition immer mehr Leben gewinnt, im Bewußtsein der Massen einen immer wichtigeren Platz beansprucht.

Es war stets der Stolz unserer Partei, daß sie, ein echtes Kind des Marxschen Geistes, nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haften blieb, sondern mit ihrer Aufklärungsarbeit in die tiefsten Wurzeln der gesellschaftlichen Zusammenhänge griff. Wir haben nie die Illusion genährt, als ob in der Republik das Heil der Arbeiterklasse wäre, als ob die republikanische Staatsform heute nur um ein Jota weniger kapitalistische Klassenherrschaft bedeutete als die Monarchie.

Aber ebenso, wie wir im allgemeinen Wahlrecht für Preußen kein Heil erblicken, es dennoch als ein unumgängliches Mittel zum Kampfe gegen den Kapitalismus brauchen; ebenso wie wir erkennen, daß der Militarismus in der Klassenherrschaft wurzelt und nur mit ihr zusammen ausgerottet werden kann, was uns nicht hindert, den Militarismus ganz besonders als unseren schlimmsten Feind zu bekämpfen – ebenso rückt heute die Monarchie als besondere Vertreterin der Klassenherrschaft in den Vordergrund des politischen Lebens.

Es gehört schon zu den alten Erkenntnissen unserer materialistischen Geschichtsauffassung, daß die soziale Grundlage wie die Bedeutung der monarchischen Form durchaus nicht immer die gleiche ist. Wenn die Portugiesen bei ihrem ersten Vordringen in das Lunda-Reich in Afrika den Negerfürsten Muata Kasombe kennenlernten, der sie, barfuß, in einen Weiberrock gekleidet und ein schmutziges Tuch um den Kopf, mit seinen zwei Töchtern durch einen hüpfenden Tanz begrüßte und darauf zur Feier des Tages mehreren seiner Untertanen Nasen und Ohren abhauen ließ, so mag dies dem „gesitteten Europäer“ als die abscheulichste Barbarei vorkommen. Immerhin berichten dieselben Portugiesen, daß die Untertanen des strengen Muata ihren Herrscher für den mächtigsten Zauberer hielten, so gut wie er sich selbst für einen solchen hielt. Und dieser naive Glaube der Volksmasse war die ausreichende historische Legitimation für den naturwüchsigen Charakter jener tyrannischen Herrschaft.

Heute, im Lande Goethes, Kants und Marxens, im Lande der 4½ Millionen sozialdemokratischer Wähler, ist die aktive Rolle der Monarchie durch keinen Glauben an die übersinnlichen Mächte legitimiert. Sie ist zwar nicht ein Instrument des Himmels, aber ein Instrument der junker-

lich-kapitalistischen Klassenherrschaft, im offenen und klaffenden Widerspruch mit dem Denken und Fühlen der Masse des arbeitenden Volkes.

Die feindliche Stellung der Monarchie zur Sozialdemokratie ist freilich nicht neu. Die vielen Reden und Aussprüche des derzeitigen Trägers der Krone sind ja dafür Zeugnis genug. Über diese Äußerungen brauchten wir uns indes bis jetzt um so weniger aufzuregen, als sie uns seit jeher von größtem Nutzen waren. Anders seit dem immer aktiveren Eingreifen der Monarchie in die Tageskämpfe der allgemeinen Politik. Unter Bismarck war die Hohenzollernmonarchie selbst mehr eine Dekoration der kapitalistischen Klassenherrschaft, die sich mit aller Brutalität in der neudeutschen Reichsherrlichkeit zurechtsetzte. Seit dem imperialistischen Kurs wird sie immer mehr als persönliches Regiment ein selbständiger, aktiver Faktor des öffentlichen Lebens. Schon die berühmte Oeynhausener Rede¹ als erster Vorläufer der jetzigen Anschläge gegen das Koalitionsrecht; die Dekoration des Reichskanzlers nach jener denkwürdigen Adventsnacht des Jahres 1902, in der der Hungerzolltarif durchgedrückt wurde²; das Hunnenevangelium vor der Chinaexpedition³, mit der unsere weltpolitischen Abenteuer begannen; die Algeciraspolitik, die uns in die Marokkoaffäre hineintrieb und uns zuletzt eine Kongokolonie aufhalste⁴; jetzt die Ermunterung und Auszeichnung der Zabernhelden⁵ – alles das fügt sich zu einer geschlossenen Kette tiefgreifender politischer Vorstöße von aktuellster Bedeutung für die Schicksale der Arbeiterklasse. Die schlimmsten Feinde des aufstrebenden Proletariats, des geistigen Fortschritts und des Rechtsstaates, die Nutznießer des Brotwuchers, des Scharfmachertums und des imperialistischen Länderschachters, erblicken heute in der Monarchie ihre Hochburg und ihren Herold. Die jüngste Jubiläumsfeier⁶ war in dieser Beziehung ein Zeitbild von hoher symptomatischer Bedeutung. Sie hat unter prasselndem Feuerwerk, in bengalischer Beleuchtung das gesamte besitzende Deutschland gezeigt, an den Stufen des Thrones zu einem kompakten hurrapatriotischen Lager gegen das klassenbewußte, um

1 In Oeynhausen batte Wilhelm II. am 6. September 1898 die sogenannte Zuchthausvorlage angekündigt, derzu folge die Organisierung und Durchführung von Streiks mit schweren Zuchthausstrafen gehandelt werden sollten.

2 Am 14. Dezember 1902, unmittelbar nach der Annahme des Zolltarifs im Reichstag (siehe S. 60, Fußnote 1), hatte Wilhelm II. dem Reichskanzler Bernhard von Bülow telegraphisch für diesen „Erfolg“ gedankt und mitgeteilt, daß er ihn in den Fürstenstand erhoben habe. Aus persönlichen Gründen lehnte von Bülow diese Standeserhebung zunächst ab.

3 Siehe S. 214, Fußnote 1.

4 Siehe S. 7, Fußnote 3; S. 5, Fußnote 1 u. S. 10, Fußnote 1.

5 Siehe S. 367, Fußnote 1.

6 Siehe S. 249, Fußnote 2 u. S. 381, Fußnote 1.

Brot und Freiheit ringende Proletariat gruppirt. Je mehr aber das Bürgertum in seinem politischen Verfall um der Fleischköpfe der kapitalistischen Bereicherung willen vor dem Throne erstirbt, um so lockender erscheint die Republik der proletarischen Masse.

Im Mittelalter lag das deutsche Spießbürgertum mit großem Eifer Komödienaufführungen meist geistlichen Inhalts ob. Namentlich führten die biederer Waiblinger das Jüngste Gericht so naturgetreu, mit solchem Lob und solcher Zier auf, daß der junge Herzog Ludwig von Württemberg sie auf den Ostermontag des Jahres 1571 nach Stuttgart berief, dort auf dem Markte ihre Vorstellungen zu wiederholen. Da wäre es aber, wie der Chronist berichtet, durch einen Zufall beinahe gar zu natürlich zugegangen: Die Bühne fiel zusammen, die Hölle geriet in wirklichen Brand, die Teufel liefen davon, und „Gottvater“ sprang fluchend von seinem Thron.

Auch die heutigen Aufführungen der junkerlich-militaristischen Reaktion können bei dem gegenwärtigen rasenden Tempo der imperialistischen Entwicklung über Nacht eine unerwartete Wendung nehmen. Wenn es durch den Gang der Geschichte zu der unvermeidlichen Abrechnung der Arbeiterklasse mit dem Regime von Zabern kommt, kann es leicht passieren, daß die Bühne der triumphierenden Reaktion zusammenfällt wie einst die Bühne in Stuttgart.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 14 vom 3. Februar 1914.

Der gelbe Sklaventanz

Das Unternehmertum und die bürgerliche Presse berauschen sich an den „beispiellosen Erfolgen“ der gelben Organisationen¹. In der Tat! Welch rascher, plötzlicher Aufschwung in der jüngsten Zeit! Fallen auch die gelben Verbände neben dem mächtigen Bau der freien Gewerkschaften zahlenmäßig kaum ins Gewicht, wer wird bestreiten, daß sie, für sich genommen, äußerst rasch gewachsen sind. Nur ist dieser „Aufschwung“ nichts weniger als beispiellos, und die geschäftigen Agenten des Unternehmertums hätten Grund, nichts mehr mit diskretem Schweigen zu verbüllen als gerade die Plötzlichkeit jenes Aufschwungs, wenn sie überhaupt imstande wären, ihren berufsmäßig bloß auf die „Konjunktur“ gerichteten, durch ordinäre Kapitalspraktiken des Alltags abgestumpften Blick zu erheben und auf die Vorgeschichte ihrer heutigen Methoden zu richten.

Die Versuche, aus den Opfern der Ausbeutung auch noch willige Werkzeuge zur Verewigung des Ausbeutungssystems selbst zu machen, die Unterdrückten begeisterte Anhänglichkeit für ihre eigene Unterdrückung nimen zu lassen, sind so alt und so mannigfach wie die Formen der Ausbeutung und der Klassenherrschaft. Die ökonomische Macht ist von ihren Nutznießern seit jeher nicht bloß dazu benutzt worden, zur eigenen Bereicherung die Arbeitenden physisch wie eine Zitrone auszupressen, sondern sie auch moralisch zu zertreten, ihre Menschenwürde zu verhöhnen, ihre soziale Wehrlosigkeit zu mißbrauchen, um sie an der Befestigung ihrer eigenen Ketten arbeiten zu lassen, um sie die Ketten mit Lust und Jauchzen klinren zu lassen.

Der alte Nettelbeck, der ein ebenso großer deutscher Patriot wie tück-

¹ Siehe S. 335, Fußnote 1.

tiger Sklavenhändler in den Gewässern des Atlantischen Ozeans war, erzählt von einer seiner Fahrten mit der schwarzen Ware im Jahre 1772: „Für die männlichen Sklaven sind ein paar besonders lustige und pfiffige Matrosen ausgewählt, welche die Bestimmung haben, für ihren munteren Zeitvertreib zu sorgen und sie durch allerlei gebrachte Spiele zu unterhalten. Spiel, Posse und Gelärm währen fort bis um drei Uhr nachmittags, wo Anstalten zu einer zweiten Mahlzeit gemacht werden, nur daß jetzt statt der Gerstgraupen große Saubohnen gekocht, zu einem dicken Brei gedrückt und mit Salz, Pfeffer und Palmöl gewürzt sind. Unmittelbar darauf wird die Trommel zum lustigen Tanze gerührt. Alles ist dann wie elektrisiert, das Entzücken spricht aus jedem Blicke, der ganze Körper gerät in Bewegung, und Verzückungen, Sprünge und Posituren kommen zum Vorschein, daß man ein losgelassenes Tollhaus vor sich zu sehen glaubt. Die Weiber und Mädchen sind indes doch die Versessensten auf dieses Vergnügen, und um die Lust zu vermehren, springen selbst der Kapitän, die Steuerleute und die Matrosen mit den leidlichsten von ihnen zu Zeiten herum, sollte es auch nur der Eigennutz gebieten, damit die schwarze Ware desto frischer und munterer an ihrem Bestimmungsort anlange.“

Nach diesem einfachen Rezept verfahren auch die herrschenden Klassen im heutigen kapitalistischen Staate. Als in England die ersten Gesetze zur Einschränkung der Fabrikarbeit der Kinder angenommen wurden, gingen beim Parlament zahlreiche Petitionen proletarischer Eltern ein, worin diese inständigst baten, ihren Kleinen ja die Wohltat der zwölfständigen Zuchthausarbeit in den verpesteten Fabrikräumen nicht zu rauben. Könnten doch einige freie Stunden am Tage, welche die Kinder auf der Straße verbringen würden, ihrem „Seelenheil“ gefährlich werden. Es war die Peitsche des Kapitals, die hier Eltern zu mörderischen Antreibern ihrer eigenen Kinder machte. Als in den 80er Jahren in den hungernden russischen Dörfern noch die berühmten Eintreibungen der Steuerrückstände jedes Jahr stattfanden, endete die Prozedur gewöhnlich damit, daß auf Befehl der Beamten und unter ihrer Aufsicht die schuldigen Bauern abwechselnd einander an die Bank schnallen und mit Ruten durchpeitschen mußten. Heute spielen die gelben Gewerkschaften die Rolle der jauchzenden Sklaven, die unter Peitschenknall des Kapitals einen tollen Tanz aufführen, so wie die geistig-leibeigenen russischen Bauern, die auf Befehl ihre eigenen Brüder züchtigen.

Aber damit ist auch ihre kurze Laufbahn in der Geschichte der heutigen Arbeiterbewegung im voraus umzirkelt. Der heutige Gewerkschafts-

kampf, der alle Augenblicke gewaltige Kraftproben mit dem koalierten [Kapital] zu bestehen hat, der ohne hohen Idealismus und große Gesichtspunkte seinen Weg nicht finden kann, erfordert von seinen Soldaten einen viel höheren geistigen Zensus als ehedem. Wer nur aus kleinlichem Eigennutz, um der Aussicht willen auf den klingenden Mammon der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit oder der Lohnerhöhung, in Reih und Glied getreten ist, wird leicht die Fahne verlassen, da in den heutigen schweren Zeiten die unersetzlichen Vorteile und die Siege der Gewerkschaften sich meist nicht in klingender Münze greifen und nicht am nächsten Tage überblicken lassen. Dazu kommt die niederschmetternde Gewalt der Krise, die die schwächsten Existenzen, alte, kranke, unter schweren Familienverhältnissen leidende Arbeiter, dem Terror des Kapitals erbarmungslos preisgibt. So fällt alles, was morsch, brüchig und schwach war in den Gewerkschaften, heute von ihnen ab, um aus dem Abfall den gelben Schutzwall des Kapitals zu bilden.

Aber gerade die Plötzlichkeit seines Wachstums ist der sicherste Gradmesser seiner Kurzlebigkeit. Was auf geistiger Erkenntnis, auf innerer Überzeugung, auf freiem Entschluß der Arbeiterklasse beruht, reift langsam, schreitet zäh und bedächtig vorwärts. Jeder Fußbreit an Klassenaufklärung und Organisation des modernen Proletariats ist in geduldigem hartem Ringen erkämpft worden. Das plötzliche Anschwellen der gelben Bewegung ist der beste Beweis, daß ihr Fundament nicht die innere dauerhafte Überzeugung ist, sondern daß der Peitschenknall des Kapitals allein plötzlich die Bühne in einen „Ball“ verwandelt, „Verzückungen, Sprünge und Posituren“ hervorgezaubert hat, „daß man ein losgelassenes Tollhaus vor sich zu sehen glaubt“.

Aber das geschichtliche Gesetz des Klassenkampfes läßt sich nicht vergewaltigen noch als Mummerschanz narren. Hinter der grinsenden Fratze des Bajazzo guckt bald das bleiche Gesicht des gequälten Opfers hervor. Die Tanzbelustigungen auf den Sklavenschiffen hinderten nicht, daß gewaltige Sklavenaufstände unaufhörlich aufloderten, solange das infame System dauerte, und manchen schwarzen „Ball“ in Schreckensszene wandelten. Der gepeitschte russische Bauer der 80er Jahre stand fünfzehn Jahre später im dichtesten Haufen der Revolution, rüttelte derb an den Pfeilern des Absolutismus und steckte seinem Herren den roten Hahn unters Dach. Auf die hurrapatriotischen Wahlen des Jahres 1907, in denen Tausende abhängiger Arbeiter, Angestellte, Kleinbürger durch den politischen Terror gezwungen waren, die Sozialdemokratie zu verraten¹,

¹ Siehe S. 7, Fußnote 2.

folgten mit eherner Logik die Wahlen 1912¹, wo uns das Vertrauen der Massen wie im leidenschaftlichen Sturm mit Zinseszinsen zurückgab, was es sich vorübergehend durch brutalen Druck gegen uns hatte abtrotzen lassen. Ebenso wird sich die getretene Menschenwürde und Selbstachtung der armen Proletarier bald aufzäumen, die heute zum schlimmsten gemißbraucht werden, was einem Menschen zugemutet werden kann: zum Verrat an dem Befreiungskampf der eigenen Klasse. Mit derselben fatalen Naturnotwendigkeit, mit der in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Zeiten der Krise in wenigen Jahren ein neuer Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens folgt, muß auch auf die augenblickliche gelbe Flut unerbittlich die Ebbe folgen. Und je höher zur Zeit die Erfolge dieser Organisationen vom Unternehmertum aufgepeitscht werden, um so rascher und gründlicher wird sich zeigen, daß die gelbe Bewegung nur eine vorübergehende kurze Schlammwelle ist, die freien, vom revolutionären Klassenkampf belebten, von den Idealen des Sozialismus durchleuchteten Gewerkschaften aber der dauernde Niederschlag, der befruchtende Schlick der Geschichte, in dem die Saaten der Zukunft aufgehen.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 17 vom 10. Februar 1914.

¹ Siehe S. 6, Fußnote 3.

Mücken und Elefanten

Unser Münchener Organ hat die bis jetzt in der deutschen Parteipresse nie geübte Neuerung eingeführt, durch die Versicherung der Abonnenten gegen Unfall seine Werbekraft zu steigern. Diese aus bürgerlichen Pressepraktiken übernommene Gepflogenheit ist denn auch auf eine energische Zurückweisung in unseren Blättern gestoßen – in einem Parteiblatt wird sie sogar als „ein Skandal“ bezeichnet –, und oberste Organe der Partei sind gegen die Entgleisung prompt ins Feld gezogen. Die rasche und energische Protestaktion ist höchst erfreulich. Man wäre bloß geneigt zu fragen, ob es denn wirklich nicht noch andere Ursachen zur Unzufriedenheit in unseren Reihen gibt. Ob zum Beispiel die völlige Vernachlässigung einer Aktion für den gesetzlichen Achtstundentag – einer so hervorragend praktischen Aufgabe von so unermeßlicher unmittelbarer Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse, namentlich bei der jetzigen Arbeitslosigkeit – nicht mindestens eine ebensogroße Sünde ist wie der Verstoß unseres Münchener Organs? Ob die Forderung des Zehnstundentages für Frauen und Minderjährige als nächste internationale Maßnahme in einer Resolution unserer Reichstagsfraktion nicht ein ebenso dringender Anlaß zur Kritik wäre? Die Tatsache, daß solche Fragen des praktischen Tageskampfes unsere leitenden Organe gar nicht aufregt, ist, dünkt uns, bei nahe ein noch größerer „Skandal“ als die Neuerung der „Münchener Post“.*

* Bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung an die Adresse der „Münchener Post“. Sie hat den Artikel „Der gelbe Sklaventanz“, und zwar mit Autoreninitialen R. L., abgedruckt, dabei aber ruhig den letzten Satz gestrichen, in dem von „früher, vom revolutionären Klassenkampf belebten, von den Idealen des Sozialismus durchleuchteten Gewerkschaften“ die Rede ist. Jedes Blatt – namentlich ein kleineres – kann in die Lage kommen, sei es nur aus Raumrücksichten, Kürzungen in den eingesandten Artikeln vorzunehmen, und kein Autor wird sich an solchen Kleinigkeiten stoßen. Es ist aber klar, daß die Redaktionsschere vor solchen Stellen halten machen sollte, die sozusagen die prin-

Der Radikalismus ist gewiß eine schöne Sache, aber nicht, wenn er darin besteht, mit Eifer Mücken zu seien, während man in Seelenruhe auf Schritt und Tritt Elefanten schluckt.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 19 vom 14. Februar 1914.

ziipelle Spätze des Artikels bilden, zumal er unter dem Namen des Verfassers veröffentlicht wird. Unser Münchener Blatt denkt sich wie Heine beim Verzehren der Apfelsine: „Ich schlürfe den süßen Saft und lasse die Kerne liegen.“ Wir möchten unsererseits bescheiden bemerken, daß man uns nur so, wie wir sind, „mit Kernen“ genießen muß – oder gar nicht.

Verteidigungsrede am 20. Februar 1914 vor der Frankfurter Strafkammer¹

Nach einem Zeitungsbericht

Meine Verteidiger haben die Tatbestandsmerkmale der Anklage auf ihre Nichtigkeit hin juristisch hinreichend beleuchtet. Ich möchte deshalb die Anklage von einer anderen Seite beleuchten. Sowohl in der heutigen mündlichen Ausführung des Herrn Staatsanwalts wie in seiner schriftlichen Anklage spielt nicht bloß der Wortlaut der inkriminierten Äußerungen meinerseits eine große Rolle, sondern noch mehr die Auslegung und die Tendenz, die diesen Worten innegewohnt haben soll. Wiederholt und mit dem größten Nachdruck betonte der Herr Staatsanwalt das, was ich nach seiner Auffassung wußte und wollte, während ich meine Äußerungen in jenen Versammlungen machte. Nun, über dieses innere psychologische Moment meiner Rede, über mein Bewußtsein ist wohl niemand kompetenter als ich in der Lage, vollen und gründlichen Aufschluß zu geben.

Und ich will im voraus bemerken: Ich bin sehr gern bereit, dem Herrn Staatsanwalt und Ihnen, meine Herren Richter, vollen Aufschluß zu geben. Um die Hauptsache vorwegzunehmen, möchte ich erklären, daß das, was der Herr Staatsanwalt hier, gestützt auf die Aussagen seiner Kronzeugen², als meine Gedankengänge, als meine Absichten und meine

1 Redaktionelle Überschrift. – Am 20. Februar 1914 wurde vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Main) ein Prozeß gegen Rosa Luxemburg durchgeführt, weil sie in zwei Versammlungen – in Fechenheim am 25. September 1913 und in Bockenheim am 26. September 1913 – zum Kampf gegen die Kriegsgefahr aufgerufen und die Arbeiter aufgefordert hatte, im Falle eines Krieges nicht auf ihre Klassenbrüder in Frankreich und in anderen Ländern zu schießen. Rosa Luxemburg wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil fanden im Februar und März 1914 in vielen Städten Deutschlands Protestkundgebungen statt.

2 Kronzeugen des Staatsanwalts waren ein gewisser Henrich, auf dessen Denunziation hin der Prozeß gegen Rosa Luxemburg eingeleitet worden war, und bürgerliche Journalisten, die an der Versammlung in Fechenheim teilgenommen hatten.

Gefühle geschildert hat, nichts als ein plattes, geistloses Zerrbild sowohl meiner Reden wie der sozialdemokratischen Agitationsweise im allgemeinen war. Als ich diesen Ausführungen des Staatsanwalts lauschte, da mußte ich innerlich lachen und denken: Hier haben wir wieder ein klassisches Beispiel dafür, wie wenig formale Bildung ausreicht, um die sozialdemokratischen Gedankengänge, um unsere Ideenwelt in ihrer ganzen Kompliziertheit, wissenschaftlichen Feinheit und historischen Tiefe zu begreifen, wenn die soziale Klassenzugehörigkeit diesen Umständen hindernd im Wege steht. Hätten Sie, meine Herren Richter, den einfachsten, ungebildetsten Arbeiter aus jenen Tausenden gefragt, die meinen Versammlungen beiwohnten, er hätte Ihnen ein ganz anderes Bild, einen ganz anderen Eindruck von meinen Ausführungen gegeben. Ja, die schlichten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes sind wohl imstande, unsere Gedankenwelt in sich aufzunehmen, die sich im Hirn eines preußischen Staatsanwalts wie in einem schiefen Spiegel als ein Zerrbild reflektiert. Ich will dies jetzt eingehender an einigen Punkten nachweisen.

Der Herr Staatsanwalt hat mehrmals wiederholt, daß ich die Tausende meiner Zuhörer, schon bevor jene inkriminierte Äußerung gefallen ist, die den Höhepunkt meiner Rede gebildet haben soll, „maßlos aufgehetzt“ hätte. Darauf erkläre ich: Herr Staatsanwalt, wir Sozialdemokraten hetzen überhaupt nicht auf! Denn was heißt „hetzen“? Habe ich etwa den Versammelten einzuschärfen versucht: Wenn ihr im Kriege als Deutsche in Feindesland, zum Beispiel nach China, kommt, dann haust so, daß kein Chinese nach hundert Jahren wagt, einen Deutschen mit scheelen Blicken anzusehen?¹ Hätte ich so gesprochen, dann wäre das allerdings eine Aufhetzung. Oder habe ich vielleicht in den versammelten Massen den nationalen Dünkel, den Chauvinismus, die Verachtung und den Haß für andere Rassen und Völker aufzustacheln gesucht? Das wäre allerdings eine Aufhetzung gewesen.

Aber so sprach ich nicht, und so spricht nie ein geschulter Sozialdemokrat. Was ich in jenen Frankfurter Versammlungen tat, und was wir Sozialdemokraten stets in Wort und Schrift tun, das ist: Aufklärung verbreiten, den arbeitenden Massen ihre Klasseninteressen und ihre geschichtlichen Aufgaben zum Bewußtsein bringen, sie auf die großen Linien der historischen Entwicklung, auf die Tendenzen der ökonomischen, politischen und sozialen Umwälzungen hinweisen, die sich im Schoße unserer heutigen Gesellschaft vollziehen, die mit ehrner Notwen-

¹ Siehe S. 214, Fußnote 1.

digkeit dazu führen, daß auf einer gewissen Höhe der Entwicklung die bestehende Gesellschaftsordnung beseitigt und an ihre Stelle die höhere, sozialistische Gesellschaftsordnung gesetzt werden muß. So agitieren wir, so heben wir durch die adelnde Wirkung der geschichtlichen Perspektiven, auf deren Boden wir uns stellen, auch das sittliche Leben der Massen. Von denselben großen Gesichtspunkten aus führen wir – weil sich bei uns Sozialdemokraten alles zu einer harmonischen, geschlossenen, wissenschaftlich fundierten Weltanschauung fügt – auch unsere Agitation gegen den Krieg und den Militarismus. Und wenn der Herr Staatsanwalt mit seinem armseligen Kronzeugen das alles als eine simple Hetzarbeit auffaßt, so liegt das Rohe und Simplistische dieser Auffassung einzig und allein an der Unfähigkeit des Staatsanwalts, in sozialdemokratischen Bahnen zu denken.

Ferner hat der Herr Staatsanwalt mehrfach meine angeblichen Hinweise auf den „Vorgesetztenmord“ herangezogen. Diese versteckten, aber jedermann verständlichen Hinweise auf den Offiziersmord sollen ganz besonders meine schwarze Seele und die hohe Gefährlichkeit meiner Absichten enthüllen. Nun, ich bitte Sie, für einen Augenblick sogar die Richtigkeit der mir in den Mund gelegten Äußerung anzunehmen, dann müssen Sie sich bei näherer Überlegung sagen, daß der Staatsanwalt hier eigentlich – im läblichen Bestreben, mich möglichst schwarz zu malen – völlig aus der Rolle gefallen ist. Denn wann und gegen welche „Vorgesetzten“ soll ich zum Mord aufgefordert haben? Die Anklage selbst behauptet, ich hätte die Einführung des Milizsystems in Deutschland befürwortet, hätte in diesem System als das Wesentliche die Pflicht bezeichnet, den Mannschaften die Handwaffe – wie dies in der Schweiz geschieht – mit nach Hause zu geben. Und daran – wohlgernekt: daran – soll ich den Hinweis geknüpft haben, daß die Waffen auch einmal nach einer anderen Richtung losgehen könnten, als den Herrschenden lieb ist. Es ist also klar: Der Herr Staatsanwalt beschuldigt mich, zum Morden nicht gegen die Vorgesetzten des heutigen deutschen Heeressystems, sondern – gegen die Vorgesetzten der künftigen deutschen Milizheere aufgestachelt zu haben! Unsere Propaganda des Milizsystems wird aufs schärfste bekämpft und wird mir gerade in der Anklage als Verbrechen angerechnet. Und gleichzeitig fühlt sich der Staatsanwalt veranlaßt, sich des durch mich bedrohten Lebens der Offiziere dieses verpönten Milizsystems anzunehmen. Noch ein Schritt und der Herr Staatsanwalt wird im Eifer des Gefechts gegen mich die Anklage erheben, daß ich zu Attentaten auf den Präsidenten der künftigen deutschen Republik aufgestachelt habe!

Was habe ich aber in Wirklichkeit von dem sogenannten Vorgesetztenmord ausgeführt? Etwas total anderes! Ich hatte in meiner Rede darauf hingewiesen, daß der heutige Militarismus von seinen offiziellen Verfechtern gewöhnlich mit der Phrase von der notwendigen Vaterlandsverteidigung begründet wird. Wäre dieses Vaterlandsinteresse ehrlich und aufrichtig gemeint, dann – so führte ich aus – brauchten die herrschenden Klassen ja nichts anderes zu tun, als die alte Programmforderung der Sozialdemokratie, das Milizsystem, in die Tat umzusetzen. Denn nur dieses sei die einzige sichere Gewähr für die Verteidigung des Vaterlandes, da nut das freie Volk, das aus eigenem Entschluss gegen den Feind ins Feld rückt, ein ausreichendes und zuverlässiges Bollwerk ist für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes. Nur dann könne es heißen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Weshalb also, so fragte ich, wollen die offiziellen Vaterlandsverteidiger von diesem einzigen wirksamen System der Verteidigung nichts hören? Nur deshalb, weil es ihnen eben nicht in erster und nicht in zweiter Linie auf die Vaterlandsverteidigung ankommt, sondern auf imperialistische Eroberungskriege, zu denen die Miliz allerdings nichts taugt. Und ferner scheuen sich wohl deshalb die herrschenden Klassen, dem arbeitenden Volke die Waffen in die Hand zu drücken, weil das böse soziale Gewissen der Ausbeuter sie befürchten läßt, die Waffe könnte auch einmal nach einer Richtung hin losgehen, die den Herrschenden nicht lieb ist.

Also das, was ich als die Befürchtung der herrschenden Klassen formulierte, wird mir jetzt vom Staatsanwalt auf das Wort seiner unbefoltenen Kronzeugen hin als meine eigene Aufforderung imputiert! Hier haben Sie wieder einen Beweis dafür, welchen Wirrwarr in seinem Hirn die absolute Unfähigkeit angerichtet hat, der Gedankenbahn der Sozialdemokratie zu folgen.

Ebenso grundfalsch ist die Behauptung der Anklage, ich hätte das holländische Beispiel empfohlen, wonach es in der Kolonialarmee dem Soldaten freisteht, einen ihn mißhandelnden Vorgesetzten niederzumachen. In Wirklichkeit sprach ich damals im Zusammenhang mit dem Militarismus und den Soldatenmißhandlungen von unserem unvergeßlichen Führer Bebel und wies darauf hin, daß eines der wichtigsten Kapitel seines Lebenswerkes der Kampf im Reichstag gegen Soldatenschinder war, wobei ich zur Illustration aus dem stenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlungen – und diese sind, soviel ich weiß, gesetzlich erlaubt – mehrere Reden Bebels zitierte, unter anderem auch jene Ausführungen aus dem Jahre 1893 über den Brauch in der holländischen Kolo-

nialarmee.¹ Sie sehen, meine Herren, auch hier hat sich der Herr Staatsanwalt in seinem Eifer vergriffen: Er hätte jedenfalls seine Anklage nicht gegen mich, sondern gegen einen anderen erheben sollen.

Doch ich komme zum springenden Punkt der Anklage. Der Herr Staatsanwalt leitet seinen Hauptangriff, die Behauptung, als hätte ich in der inkriminierten Äußerung die Soldaten aufgefordert, im Kriegsfalle, entgegen dem Befehl, nicht auf den Feind zu schießen, von einer Deduktion ab, die ihm offenbar von unwiderleglicher Beweiskraft und von zwingender Logik zu sein scheint. Er deduziert folgendermaßen: Da ich gegen den Militarismus agitierte, da ich den Krieg verhindern wollte, so konnte ich offenbar keinen anderen Weg, kein anderes wirksames Mittel im Auge haben als die Aufforderung direkt an die Soldaten: Wenn euch befohlen wird zu schießen – schießt nicht! Nicht wahr, meine Herren Richter, welcher knappe, überzeugende Schluß, welche unwiderstehliche Logik! Und doch erlauben Sie mir, Ihnen zu erklären: Diese Logik und dieser Schluß ergeben sich aus der Auffassung des Herrn Staatsanwalts, nicht aus der meinen, nicht aus der der Sozialdemokratie. Hier bitte ich Sie um besondere Aufmerksamkeit. Ich sage: Der Schluß, daß das einzige wirkliche Mittel, um Kriege zu verhindern, darin bestehe, sich direkt an die Soldaten zu wenden und sie aufzufordern, nicht zu schießen – dieser Schluß ist nur die andere Seite jener Auffassung, wonach, solange der Soldat den Befehlen seiner Vorgesetzten folgt, alles im Staate wohl bestellt sei, wonach – um es kurz zu sagen – das Fundament der Staatsmacht und des Militarismus der Kadavergehorsam des Soldaten ist. Diese Auffassung des Herrn Staatsanwalts findet auch eine harmonische Ergänzung zum Beispiel in jener amtlich veröffentlichten Äußerung des obersten Kriegsherrn, wonach der Kaiser beim Empfang des Königs der Hellenen in Potsdam am 6. November vorigen Jahres gesagt hat, der Erfolg der griechischen Heere beweise, „daß die von unserem Generalstab und unseren Truppen gepflegten Prinzipien bei richtiger Anwendung stets den Sieg verbürgen“. Der Generalstab mit seinen „Prinzipien“ und der Soldat im Kadavergehorsam – das sind die Grundlagen der Kriegsführung und die Bürgschaft der Siege. Nun, dieser Auffassung sind wir Sozialdemokraten eben nicht. Wir denken vielmehr, daß über das Zustandekommen und den Ausgang der Kriege nicht bloß die Armee, die

¹ Am 10. März 1893 hatte August Bebel im Reichstag die unmenschlichen Soldatenmißhandlungen im preußisch-deutschen Heer angeprangert und dabei eine Vorschrift der holländischen Kolonialarmee erwähnt, wonach ein Unteroffizier, würde er Soldaten so mißhandeln, wie es im deutschen Heer geschehe, von den Untergebenen niedergeschlagen werden dürfe, ohne daß diese bestraft werden könnten.

„Befehle“ von oben und der blinde „Gehorsam“ von unten entscheiden, sondern daß darüber die große Masse des werktätigen Volkes entscheidet und zu entscheiden hat. Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Volksmasse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulden erträgt. Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt – und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewußtsein zu wecken ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen –, wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden – und mag zunächst der Soldat noch den Befehlen der Obrigkeit Gehorsam leisten! Nach der Auffassung des Staatsanwalts ist die Armee die kriegsführende Partei, nach unserer Auffassung ist es das gesamte Volk. Dieses hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht; bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus – nicht bei dem kleinen Teilchen dieses Volkes, der im sogenannten Rock des Königs steckt.

Und wenn ich das ausgeführt habe, so habe ich zugleich ein klassisches Zeugnis in der Hand, daß es meine, unsere Auffassung in der Tat ist.

Durch einen Zufall bin ich in der Lage, auf die Frage des Frankfurter Staatsanwalts: wen ich damit gemeint hätte, als ich sagte, „wir tun das nicht“, mit einer Frankfurter Rede von mir zu antworten. Am 17. April 1910 habe ich hier im Zirkus Schumann vor etwa 6000 Personen¹ über den preußischen Wahlrechtskampf gesprochen – wie Sie wissen, schlugen damals gerade die Wellen unseres Kampfes hoch –, und ich finde im stenographischen Bericht jener Rede auf Seite 10 die folgende Wendumg:

„Werte Anwesende! Ich sage: Wir sind im gegenwärtigen Wahlrechtskampfe wie in allen wichtigen politischen Fragen des Fortschritts in Deutschland ganz allein auf uns gestellt. Aber wer sind ‚wir‘? ‚Wir‘ sind doch die Millionen Proletarier und Proletarierinnen Preußens und Deutschlands. Ja, wir sind mehr als eine Zahl. Wir sind die Millionen jener, von deren Hände Arbeit die Gesellschaft lebt. Und es genügt, daß diese einfache Tatsache so recht im Bewußtsein der breitesten Massen des Proletariats Deutschlands Wurzel schlägt, damit einmal der Moment kommt, wo in Preußen der herrschenden Reaktion gezeigt wird, daß die

1 In der Quelle: im Hippodrom vor etwa 9000 Personen.

Welt wohl ohne die ostelbischen Junker und ohne Zentrumsgrafen, ohne Geheimräte und zur Not auch ohne Schutzleute auskommen kann, daß sie aber nicht vierundzwanzig Stunden zu existieren vermag, wenn die Arbeiter einmal die Arme kreuzen.“¹

Sie sehen, hier spreche ich deutlich aus, wo wir den Schwerpunkt des politischen Lebens und der Geschicke des Staates erblicken: im Bewußtsein, im klar geformten Willen, in der Entschlossenheit der großen arbeitenden Masse. Und genauso fassen wir die Frage des Militarismus auf. Wenn die Arbeiterklasse zu der Erkenntnis und dem Entschluß kommt, die Kriege nicht zuzulassen, dann sind die Kriege unmöglich geworden.

Aber ich habe der Beweise noch mehr, daß wir so und nicht anders die antimilitaristische² Agitation verstehen. Ich muß mich überhaupt wundern: Der Herr Staatsanwalt gibt sich die größte Mühe, durch Deutungen, Vermutungen, willkürliche Deduktionen aus meinen Worten herauszudestilieren, auf welche Art und Weise ich etwa beabsichtigt haben möchte, gegen den Krieg vorzugehen. Und dabei lag vor ihm das Beweismaterial in Hülle und Fülle. Wir betreiben unsere antimilitaristische Agitation nicht etwa im geheimen Dunkel, im Verborgenen, nein, im hellsten Licht der Öffentlichkeit. Seit Jahrzehnten bildet der Kampf gegen den Militarismus einen Hauptgegenstand unserer Agitation. Schon seit der alten Internationale bildet er den Gegenstand von Erörterungen und Beschlüssen fast sämtlicher Kongresse sowie deutscher Parteitage. Hier brauchte der Herr Staatsanwalt nur ins volle Menschenleben hineinzugreifen, und wo er es gepackt hätte, da wäre es interessant. Das ganze betreffende umfangreiche Material kann ich leider nicht hier vor Ihnen ausbreiten. Aber das Wichtigste wenigstens gestatten Sie mir hier anzuführen.

Schon der Brüsseler Kongreß der Internationale im Jahre 1868 weist auf praktische Maßnahmen zur Verhinderung des Krieges hin. Er sagt unter anderem in seiner Resolution:

„daß die Völker schon jetzt die Zahl der Kriege vermindern können, indem sie sich jenen entgegenstellen, die die Kriege machen und erklären;

daß dieses Recht vor allem den arbeitenden Klassen zusteht, die bei nahe allein zum militärischen Dienst herangezogen werden und ihm daher allein eine Sanktion erteilen können;

1 Rosa Luxemburg: Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 323.

2 In der Quelle: militaristische.

daß ihnen zu diesem Behufe ein wirksames, gesetzliches und augenblicklich realisierbares Mittel zur Verfügung steht;

daß die Gesellschaft in der Tat nicht leben könnte, wenn die Produktion eine Zeitlang aussetzt, die Produzenten daher mit der Arbeit nur einzuhalten brauchen, um den persönlich vorgehenden despotischen Regierungen ihr Unternehmen unmöglich zu machen;

erklärt der Kongreß der internationalen Vereinigung der Arbeiter in Brüssel, vereinigt aufs energischste gegen den Krieg zu protestieren, und lädt alle Sektionen der Vereinigung in den verschiedenen Ländern sowie alle Arbeitervereine und Arbeiterorganisationen ohne Unterschied ein, mit dem größten Eifer dafür zu wirken, um einen Krieg von Volk zu Volk zu verhindern, der gleichzeitig, weil unter Produzenten, also Brüdern und Bürgern geführter Krieg, als ein Bürgerkrieg anzusehen wäre.

Der Kongreß empfiehlt den Arbeitern insbesondere die Niederlegung der Arbeit für den Fall des Ausbruchs eines Krieges in ihrem Lande.¹

Ich übergehe die anderen zahlreichen Resolutionen der alten Internationale und gehe zu den Kongressen der neuen Internationale über. Der Zürcher Kongreß 1893 erklärt:

„Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschuß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.“²

Der Londoner Kongreß 1896 fordert:

„Nur die Arbeiterklasse kann ernstlich den Willen haben und sich die Macht erringen, den Weltfrieden zu schaffen.

Deshalb fordert sie:

1. Gleichzeitige Abschaffung der stehenden Heere in allen Staaten und Einführung der Volksbewaffnung.

2. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes, dessen Beschlüsse Gesetzeskraft haben.

1 Erste Beilage zum Periodischen Bulletin des Internationalen Socialistischen Bureau, Nr. 9, Brüssel o. J., S. 2.

2 Ebenda, S. 4.

3. Endgiltige Entscheidung über Krieg oder Frieden direkt durch das Volk für den Fall, daß die Regierungen nicht die Entscheidung des Schiedsgerichtes annehmen.“¹

Der Pariser Kongreß 1900 empfiehlt besonders als praktisches Mittel des Kampfes gegen den Militarismus:

„daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben“².

Gestatten Sie mir noch einen wichtigen Passus aus der Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907, wo schon eine ganze Reihe praktischer Handlungen der Sozialdemokratie im Kampfe gegen den Krieg sehr plastisch zusammengefaßt ist. Hier heißt es:

„Tatsächlich hat seit dem Internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinem unermüdlichen Kampfe gegen den Militarismus durch Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Lande und zu Wasser, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen: so namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschoda-falle³ zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialistischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkokrise⁴; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Österreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich die heldenhaften Opfer und Massenkämpfe der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Kriegen zu widersetzen, ihm ein

1 Ebenda, S. 5.

2 Ebenda.

3 Während eines Konfliktes zwischen Frankreich und Großbritannien um den Besitz des Sudan war es 1898/1899 zu einem Zusammenstoß bei Faschoda gekommen, der beide Länder an den Rand eines Krieges führte. Durch den formellen Verzicht Frankreichs im Austausch gegen Saharagebiete wurde der Konflikt beigelegt.

4 Siehe S. 68, Fußnote 1.

Ende zu machen und die Krise zur Befreiung des Landes und der arbeitenden Klassen auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seinem wachsenden Drange, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern.¹

Und nun frage ich: Finden Sie, meine Herren, in all diesen Resolutionen und Beschlüssen auch nur eine Aufforderung, die dahin geht, daß wir uns vor die Soldaten hinstellen und ihnen zufallen sollen: Schießt nicht! Und weshalb? Etwa deshalb, weil wir uns vor den Folgen einer solchen Agitation, vor Strafparagraphen fürchten? Ach, wir wären traurige Wichte, wenn wir aus Furcht vor den Folgen etwas unterließen, was wir als notwendig und heilsam erkannt haben. Nein, wir tun es nicht, weil wir uns sagen: Jene, die im sogenannten Rock des Königs stecken, sind doch nur ein Teil des werktätigen Volkes, und wenn dieses zu der nötigen Erkenntnis in bezug auf das Verwerfliche und Volksfeindliche der Kriege gelangt, dann werden auch die Soldaten von selbst wissen, ohne unsere Aufforderung, was sie im gegebenen Falle zu tun haben.

Sie sehen, meine Herren, unsere Agitation gegen den Militarismus ist nicht so arm und so simplistisch, wie der Herr Staatsanwalt es sich vorstellt. Wir haben so viele und so mannigfache Mittel der Einwirkung: Jugenderziehung – und wir betreiben sie mit Eifer und nachhaltigem Erfolg, trotz aller Schwierigkeiten, die uns in den Weg gelegt werden –, Propaganda des Milizsystems, Massenversammlungen, Straßendemonstrationen ...² Schließlich, blicken Sie nach Italien! Wie haben die klassenbewußten Arbeiter dort das tripolitanische Kriegsabenteuer³ beantwortet? Durch einen Demonstrationsmassenstreik⁴, der aufs glänzendste durchgeführt wurde. Und wie reagierte darauf die deutsche Sozialdemokratie?

Am 12. November 1911 nahm die Berliner Arbeiterschaft in zwölf Versammlungen eine Resolution an, in der sie den italienischen Genossen für den Massenstreik dankte.

Ja, der Massenstreik! sagt der Staatsanwalt. Gerade hier glaubt er mich wieder bei meiner gefährlichsten, staatserschütternden Absicht gepackt zu haben. Der Staatsanwalt stützte heute seine Anklage ganz besonders

¹ Erste Beilage zum Periodischen Bulletin des Internationalen Sozialistischen Bureau, Nr. 9, S. 6/7. – Der nach diesem offiziellen Organ des Internationalen Sozialistischen Büros veröffentlichte Text weicht ab von dem bisher am meisten wiedergegebenen Wortlaut der Stuttgarter Resolution, der sich auf den vom ISB nicht autorisierten deutschen Bericht über den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 stützt.

² Punkte in der Quelle.

³ Siehe S. 58, Fußnote 1.

⁴ Siehe S. 63, Fußnote 2.

durch die Hinweise auf meine Massenstreikagitation, an die er die schauerlichsten Perspektiven eines gewaltsamen Umsturzes knüpfte, wie sie eben nur in der Phantasie eines preußischen Staatsanwalts ihr Dasein führen. Herr Staatsanwalt, wenn ich bei Ihnen die geringste Fähigkeit voraussetzen könnte, auf die Gedankengänge der Sozialdemokratie, auf eine edlere historische Auffassung eingehen zu können, so würde ich Ihnen auseinandersetzen, was ich in jeder Volksversammlung mit Erfolg darlege, daß Massenstreiks als eine bestimmte Periode in der Entwicklung der heutigen Verhältnisse nicht „gemacht“ werden, so wenig wie die Revolutionen „gemacht“ werden. Die Massenstreiks sind eine Etappe des Klassenkampfes, zu der allerdings unsere heutige Entwicklung mit Naturnotwendigkeit führt. Unsere, der Sozialdemokratie, ganze Rolle ihnen gegenüber besteht darin, diese Tendenz der Entwicklung der Arbeiterklasse zum Bewußtsein zu bringen, damit die Arbeiter auf der Höhe ihrer Aufgaben sind als eine geschulte, disziplinierte, reife, entschlossene und tatkräftige Volksmasse.

Sie sehen, auch hier wieder will mich der Staatsanwalt, wenn er das Gespenst des Massenstreiks in der Anklage vorführt, wie er ihn versteht, eigentlich für seine Gedanken, nicht für die meinigen strafen.

Hier will ich schließen. Nur eines möchte ich noch bemerken.

Der Herr Staatsanwalt hat in seinen Ausführungen speziell meiner kleinen Person viel Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat mich als die große Gefahr für die Sicherheit der Staatsordnung geschildert, er hat es sogar nicht verschmäht, sich auf das Kladderadatschniveau herabzulassen, und mich als die „rote Rosa“ gekennzeichnet. Ja, er hat es gewagt, meine persönliche Ehre zu verdächtigen, indem er den Fluchtverdacht gegen mich aussprach für den Fall, daß seinem Strafantrag stattgegeben werde.

Herr Staatsanwalt, ich verschämme es für meine Person, auf alle Ihre Angriffe zu antworten. Aber eins will ich Ihnen sagen: Sie kennen die Sozialdemokratie nicht! Im Jahre 1913 allein haben viele Ihrer Kollegen im Schweiße ihres Angesichts dahin gearbeitet, daß über unsere Presse insgesamt die Strafe von 60 Monaten Gefängnis ausgeschüttet wurde.

Der Vorsitzende unterbricht: Wir haben keine Zeit, große politische Reden anzuhören. Wir erledigen den Fall juristisch, aber nicht politisch.

Haben Sie vielleicht gehört, daß auch nur einer von den Sündern aus Furcht vor der Strafe die Flucht ergriffen hat? Glauben Sie, daß diese Unmenge von Strafen auch nur einen Sozialdemokraten zum Wanken gebracht oder in seiner Pflichterfüllung erschüttert hat? Ach nein, unser

Werk spottet aller Zwirnsäden Ihrer Strafparagraphen, es wächst und gedeiht trotz aller Staatsanwälte!

Zum Schluß nur noch ein Wort zu dem unqualifizierten Angriff, der auf seinen Urheber zurückfällt.

Der Staatsanwalt hat wörtlich gesagt – ich habe es mir notiert: Er beantrage meine sofortige Verhaftung, denn „es wäre ja unbegreiflich, wenn die Angeklagte nicht die Flucht ergreifen würde“. Das heißt mit anderen Worten: Wenn ich, der Staatsanwalt, ein Jahr Gefängnis abzubüßen hätte, dann würde ich die Flucht ergreifen. Herr Staatsanwalt, ich glaube Ihnen, *Sie* würden fliehen. Ein Sozialdemokrat flieht nicht. Er steht zu seinen Taten und lacht Ihrer Strafen.

Und nun verurteilen Sie mich!

Vorwärts (Berlin),
Nr. 52 vom 22. Februar 1914.

Rede am 22. Februar 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs in Frankfurt am Main¹

Nach einem Zeitungsbericht

Die aufrichtige Begeisterung über den moralischen Sieg, den wir errungen haben, hat, wie ich sehe, Sie genauso wie mich ergriffen. Ja, liebe Genossen, wir haben allen Grund, begeistert, froh und stolz zu sein, weil unsere Feinde durch dieses Urteil gezeigt haben, wie sie vor uns zittern. Man glaubt nun einen Schreckschuß gefunden zu haben: Jeder, der es wagt, an den Grundfesten des Staates zu rütteln, der wird jetzt zwölf Monate ins Gefängnis gesperrt. Aber der Glaube, wir würden uns durch Gefängnisstrafen irremachen lassen, ist nur ein Beweis dafür, wie sich unsere Weltanschauung in den Köpfen eines preußischen Richters und Staatsanwalts spiegelt. Als ob zwölf Monate Gefängnis ein Opfer wären für einen Menschen, der in der Brust die Gewißheit hat, für die ganze Menschheit zu kämpfen. Dieser Prozeß beleuchtet so richtig unseren ganzen Klassenstaat; hier stehen sich zwei Welten gegenüber, die wegen der vollständigen Unfähigkeit, unsere Psyche zu begreifen, nie überbrückt werden können. („Sehr richtig!“) Deshalb gibt es keinen Pardon, dieser Staat muß zum Teufel gejagt werden. (Lebhafter, lang andauernder Beifall.)

Man wollte ein Opfer treffen, aber was bedeutet die Lappalie, ein Jahr Gefängnis, gegen jenes Löbtau Schreckensurteil, das jetzt sein fünfzehnjähriges Jubiläum feiern kann?² Gibt es nicht schon der Opfer massenhaft, sind die Tausende von Familien, die in Not und Elend leben, nicht auch ein Opfer des Klassenstaats? Wir machen keine Rechnung über

¹ Redaktionelle Überschrift.

² In der Quelle: zehnjähriges Jubiläum. – Im Februar 1899 waren vom Dresdener Schwurgericht neun Bauarbeiter aus Löbtau zu insgesamt 53 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Gefängnis und 70 Jahren Ehrverlust verurteilt worden, weil sie protestiert hatten, daß auf einem Nachbarbau über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus gearbeitet wurde. Es war zu Täterschaften gekommen, als der Bauleiter mit einem blindgeladenen Revolver auf die Arbeiter geschossen hatte.

Opfer, denn es versteht sich, daß jede Erkenntnis mit Opfern verknüpft ist. Je mehr Opfer, um so mehr werden sich zu uns scharen. (Lebhafter Beifall.)

Aber dieses Urteil hat auch noch eine politische Bedeutung. Sie sehen, daß wir seit dem berühmten Liebknechtschen Hochverratsprozeß¹ kein solches Urteil mehr erlebt haben. Damals mußte man sich noch unter die Fittiche des Hochverratsparagraphen flüchten, heute genügt schon der Paragraph 110, um auf ein annähernd gleiches Strafmaß zu kommen.² Dieses Urteil hat, wie mein Verteidiger Dr. Rosenfeld ganz richtig ausführte, die Reform des Strafgesetzbuches vorweggenommen, das eine ausgesprochene Klassenrichtung gegen die Sozialdemokratie hat. Diese Gerichtspraxis ist ein würdiges Seitenstück zu den fortgesetzten Attentaten auf das Koalitionsrecht und die Verfolgung unserer Presse, über die im letzten Jahre nicht weniger als sechzig Monate Gefängnis verhängt wurde. („Sehr richtig!“)

Diese Zeichen der immer stärker werdenden Reaktion geben uns die Lehre, daß wir unsere Aufmerksamkeit verdoppeln und daß wir zum Angriff übergehen müssen, weil wir uns nicht alles gefallen lassen dürfen. (Stürmischer Beifall.) In dieser Beziehung gibt uns der Prozeß noch eine andere heilsame Lehre, er beweist sich als ein Teil jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Der Staatsanwalt hat die Höhe des Strafmaßes damit begründet, daß er sagte, ich hätte den Lebensnerv des heutigen Staates treffen wollen.

Sie hören, die Agitation gegen den heutigen Militarismus ist ein Angriff auf den Lebensnerv des Staates. Sie sehen, der Lebensnerv unseres heutigen Staates ist nicht der Wohlstand der Massen, nicht die Liebe zum Vaterland, nicht die geistige Kultur, nein, es sind die Bajonette! Das zeigt doch in viel krasserer und aufreizenderer Weise, als ich es könnte, daß ein Staat, dessen Lebensnerv das Mordwerkzeug ist, daß dieser Staat dazu reif ist, daß er zugrunde geht. (Stürmischer Beifall.)

Dieses offene Bekenntnis des Herrn Staatsanwalts wollen wir festhalten und als wichtigste Lehre mit nach Hause nehmen. Der Lebensnerv des Staates durch seine eigenen offiziellen Vertreter bloßgelegt! Gegen

1 Vom 9. bis 12. Oktober 1907 war auf Betreiben des preußischen Kriegsministers Karl von Einem gegen Karl Liebknecht ein Hochverratsprozeß wegen seines Buches „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ angesetzt worden. Liebknecht wurde zu 1½ Jahren Festung verurteilt, die er in Glatz verbrachte.

2 Paragraph 110 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich besagte, daß derjenige, der öffentlich – mündlich oder schriftlich – zum Ungehorsam gegen die Gesetze der herrschenden Ordnung auffordert, mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird.

diesen Lebensnerv wollen wir kämpfen vom Morgen bis zum Abend mit all unserer Kraft. Wir wollen dafür sorgen, daß dieser Lebensnerv so schnell wie möglich durchgeschnitten wird. („Bravo!“)

Wenn preußische Staatsanwälte des rohen Glaubens sind, wenn diese Leute sich in ihrer groben historischen Vorstellung einbilden, daß unser Hauptmittel im Kampfe gegen den Militarismus darin bestehe, daß wir den Soldaten in dem Augenblick hindern wollen, wenn er den Arm hebt, um die Waffe loszudrücken, so irren sie sich. Die Hand wird vom Hirn geleitet. Auf dieses Hirn wollen wir einwirken durch unser geistiges Sprengpulver. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Und noch etwas möchte ich hier sagen, das ich dem Staatsanwalt zu sagen verschmäht habe. Er hat auf meine besondere Gefährlichkeit hingewiesen, weil ich dem extremsten, radikalsten Flügel unserer Partei angehöre. Aber wenn es gilt, gegen den Militarismus zu kämpfen, da sind wir alle einig, da gibt es keine Richtungen. (Beifall.) Da stehen wir alle wie eine Mauer gegen diese Gesellschaft. (Stürmischer, brausender, lang anhaltender Beifall.) Es ist nicht die Rosa Luxemburg, es sind heute bereits zehn Millionen Todfeinde des Klassenstaats.

Parteigenossen! Jedes Wort der Urteilsbegründung ist ein öffentliches Eingeständnis unserer Macht. Jedes Wort ist ein Wort der Ehre für uns, darum heißt es für mich wie für Euch, zeigen wir uns dieses Ehrentitels würdig. Wollen wir immer eingedenk sein der Worte unseres verstorbenen Führers August Bebel: „Ich bleibe bis zum letzten Atemzug der Todfeind des bestehenden Staates.“¹ (Jubelnder, nicht enden wollender Beifall.)²

Die Gleichheit (Stuttgart),
24. Jg., 1914, Nr. 12, S. 180.

1 Siehe S. 65, Fußnote 3.

2 In dieser Versammlung wie in zwei Parallelveranstaltungen, in denen die Verteidiger Rosa Luxemburgs sprachen, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutigen Massenversammlungen erhebenflammenden Protest gegen das die Genossin Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilende Erkenntnis der Frankfurter Strafkammer. Die Versammlung sieht in dem Urteil das Zugeständnis, daß die Sozialdemokratische Partei in ihrem Kampfe gegen den Militarismus den heutigen Klassenstaat in seinem Lebensnerv trifft. Sie geloben, in Zukunft noch viel schärfer als bisher, gemäß den Worten des Staatsanwalts, als Todfeind der bestehenden Gesellschaftsordnung bis zum letzten Atemzug zu kämpfen.“ (Vorwärts [Berlin], Nr. 53 vom 23. Februar 1914.)

Die Proletarierin

Der Tag der Proletarierin eröffnet die Woche der Sozialdemokratie.¹ Die Partei der Enterbten stellt ihre weibliche Kolonne vor die Front, indem sie zu dem heißen Achttagewerk auszieht, um den Samen des Sozialismus auf neue Äcker zu streuen. *Und der Ruf nach politischer Gleichberechtigung der Frauen ist der erste*, den sie erhebt, indem sie sich anschickt, für die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse neue Anhänger-scharen zu werben.

Die moderne Lohnproletarierin tritt so heute auf die öffentliche Bühne als die Vorkämpferin der Arbeiterklasse und zugleich des ganzen weiblichen Geschlechts, die erste Vorkämpferin seit Jahrtausenden.

Schwer hat die Frau des Volkes seit jeher gearbeitet. In der wilden Horde schleppt sie Lasten, sammelt Lebensmittel; in dem primitiven Dorfe pflanzt sie Getreide, mahlt, formt Töpfe; in der Antike als Sklavin bedient sie die Herrschaft und säugt deren Sprößlinge mit ihrer Brust; im Mittelalter front sie in der Spinnstube für den Feudalherrn. Aber seit das Privateigentum besteht, arbeitet die Frau des Volkes meist getrennt von der großen Werkstatt der gesellschaftlichen Produktion, also auch der Kultur, eingepfercht in die häusliche Enge eines armseligen Familien-daseins. Erst der Kapitalismus hat sie aus der Familie gerissen und in das Joch der gesellschaftlichen Produktion gespannt, auf fremde Äcker, in die Werkstätten, auf Bauten, in Büros, in Fabriken und Warenhäuser ge-trieben. Als bürgerliche Frau ist das Weib ein Parasit der Gesellschaft, ihre Funktion besteht nur im Mitverzehren der Früchte der Ausbeutung;

¹ Im Jahre 1914 stand der Internationale Frauentag am 8. März im Zeichen des Kampfes für das Wahlrecht und die Gleichberechtigung der Frau. Mit diesem sozialdemokratischen Frauentag wurde die „Rote Woche“ der Partei vom 8. bis 15. März 1914 eingeleitet, die der Agitation für die Sozialdemokratie und ihre Presse diente. Als Ergebnis konnte ein wesentlicher Mitgliederzuwachs und eine Erhöhung der Abonnentenzahl für die Presse verzeichnet werden.

als Kleinbürgerin ist sie ein Lasttier der Familie. In der modernen Proletarierin wird das Weib erst zum Menschen, denn der Kampf macht erst den Menschen, der Anteil an der Kulturarbeit, an der Geschichte der Menschheit.

Für die besitzende bürgerliche Frau ist ihr Haus die Welt. *Für die Proletarierin ist die ganze Welt ihr Haus*, die Welt mit ihrem Leid und ihrer Freude, mit ihrer kalten Grausamkeit und ihrer rauen Größe. Die Proletarierin wandert mit dem Tunnelarbeiter aus Italien nach der Schweiz, kampiert in Baracken und trocknet trällernd ihre Säuglingswäsche neben Felsen, die mit Dynamitpatronen in die Luft fliegen. Als Saisonlandarbeiterin sitzt sie im Frühjahr im Lärm der Bahnhöfe auf ihrem bescheidenen Bündel, ein Tüchlein auf dem schlicht gescheitelten Kopf, und wartet geduldig, um vom Osten nach dem Westen verladen zu werden. Auf dem Zwischendeck des Ozeandampfers wandert sie mit jeder Welle, die das Elend der Krise von Europa nach Amerika spült, in der buntsprachigen Menge hungernder Proletarier, um, wenn die rückläufige Welle einer amerikanischen Krise aufschlämt, nach der heimatlichen Misere Europas, zu neuen Hoffnungen und Enttäuschungen, zur neuen Jagd nach Arbeit und Brot zurückzukehren.

Die *bürgerliche Frau* hat kein wirkliches Interesse an politischen Rechten, weil sie keine wirtschaftliche Funktion in der Gesellschaft ausübt, weil sie die fertigen Früchte der Klassenherrschaft genießt. Die Forderung nach weiblicher Gleichberechtigung ist, wo sie sich bei bürgerlichen Frauen regt, reine Ideologie einzelner schwacher Gruppen, ohne materielle Wurzeln, ein Phantom des Gegensatzes zwischen Weib und Mann, eine Schrulle. Daher der posenhafte Charakter der Suffragettenbewegung.¹

Die *Proletarierin braucht politische Rechte*, weil sie dieselbe wirtschaftliche Funktion in der Gesellschaft ausübt, ebenso für das Kapital rackert, ebenso den Staat erhält, ebenso von ihm ausgesogen und niedergehalten wird wie der männliche Proletarier. Sie hat dieselben Interessen und benötigt zu ihrer Verfechtung dieselben Waffen. Ihre politischen Forderungen wurzeln tief in dem gesellschaftlichen Abgrund, der die Klasse der Ausgebeuteten von der Klasse der Ausbeuter trennt, nicht im Gegensatz von Mann und Frau, sondern im Gegensatz von Kapital und Arbeit.

Formell fügt sich das politische Recht der Frau in den bürgerlichen Staat ganz harmonisch. Das Beispiel Finnlands, amerikanischer Staaten,

¹ Als Suffragetten wurden in Großbritannien die Kämpferinnen für die politische Gleichberechtigung der Frauen, in erster Linie die Anhängerinnen der Frauenwahlrechtsbewegung bezeichnet.

einzelner Gemeinden beweist, daß die Gleichberechtigung der Frauen den Staat noch nicht umstürzt, die Herrschaft des Kapitals nicht antastet. Da aber das politische Recht der Frau heute tatsächlich eine rein proletarische Klassenforderung ist, so ist es für das heutige kapitalistische Deutschland wie die Posaune des Jüngsten Gerichts. Wie die Republik, wie die Miliz, wie der Achtstundentag kann das *Frauenwahlrecht* nur zusammen mit dem ganzen Klassenkampf des Proletariats siegen oder unterliegen, kann es nur mit proletarischen Kampfmethoden und Machtmitteln verfochten werden.

Bürgerliche Frauenrechtlernerinnen wollen politische Rechte erwerben, um sich dann im politischen Leben zu betätigen. Die proletarische Frau kann nur der Bahn des Arbeiterkampfes folgen, der umgekehrt jeden Fußbreit tatsächlicher Macht erringt, um dadurch erst die geschriebenen Rechte zu erwerben. *Im Anfang jedes sozialen Aufstiegs war die Tat*. Die proletarischen Frauen müssen im politischen Leben durch ihre Betätigung auf allen Gebieten festen Fuß fassen, nur so schaffen sie sich ein Fundament für ihre Rechte. Die herrschende Gesellschaft verweigert ihnen den Zutritt zu den Tempeln ihrer Gesetzgebung, aber eine andere Großmacht der Zeit öffnet ihnen breit die Tore – die *Sozialdemokratische Partei*. Hier, in Reih und Glied der Organisation, breitet sich vor der proletarischen Frau ein unübersehbares Feld politischer Arbeit und politischer Macht. Hier allein ist die Frau ein gleichberechtigter Faktor. Durch die Sozialdemokratie wird sie in die Werkstatt der Geschichte eingeführt, und hier, wo zyklopische Kräfte hämmern, erstreitet sie sich tatsächliche Gleichberechtigung, auch wenn ihr das papierne Recht einer bürgerlichen Verfassung versagt wird. Hier rüttelt die arbeitende Frau neben dem Manne an den Säulen der bestehenden Gesellschaftsordnung, und bevor ihr diese den Schein ihres Rechts zugestellt, wird sie helfen, diese Gesellschaftsordnung unter Trümmern zu begraben.

Die Werkstatt der Zukunft bedarf vieler Hände und heißen Atems. Eine Welt weiblichen Jammers wartet auf Erlösung. Da stöhnt das Weib des Kleinbauern, das unter der Last des Lebens schier zusammenbricht. Dort in Deutsch-Afrika in der Kalahariwüste bleichen die Knochen wehrloser Hereroweiber, die von der deutschen Soldateska in den grausen Tod von Hunger und Durst gehetzt worden sind.¹ Jenseits des Ozeans, in den hohen Felsen des Putumayo, verhallen, von der Welt ungehört, Todeschreie gemarterter Indianerweiber in den Gummiplantagen internationaler Kapitalisten.

1 Siehe S. 370, Fußnote 4.

Proletarierin, Ärmste der Armen, Rechtloseste der Rechtlosen, eile zum Kampfe um die Befreiung des Frauengeschlechts und des Menschengeschlechts von den Schrecken der Kapitalherrschaft. Die Sozialdemokratie hat dir den Ehrenplatz angewiesen. Eile vor die Front, auf die Schanze!

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 27 vom 5. März 1914.

Diskussionsbeitrag und Schlußwort am 7. März 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs in Freiburg i. Br.¹

Nach einem Zeitungsbericht

I

Meine Parteigenossen und -genossinnen! Verehrte Anwesende! Eine schwere Verbrecherin steht vor Ihnen, eine staatlich Geächtete, eine vom Frankfurter Staatsanwalt als heimatlos bezeichnete Frau. Und, Parteigenossen, wenn ich diese schöne Versammlung überblickte, so überschleicht mich neben der Freude, so viele gleichgesinnte Männer und Frauen zu sehen, eine gewisse Wehmut, daß nicht noch ein paar Männer dabei sind in der Versammlung, ich meine – meinen Staatsanwalt in Frankfurt und die Herren Richter aus Frankfurt. Denen hätte ich gewünscht, daß sie gesehen hätten, was sie mit ihrem Urteil angerichtet haben. Parteigenossen! Man hat mich in Frankfurt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt², weil ich eine nach der Auffassung des Staatsanwalts und des Gerichts verbrecherische Handlung begangen habe. Diese Handlung bestand darin, daß ich den Arbeitern diesseits wie jenseits der Grenzpfähle zugerufen habe: „Du sollst nicht töten!“

Parteigenossen! Im christlich-germanischen Reich ist es ein Staatsverbrechen, wenn man dasjenige Gebot der Nächstenliebe, das von so vielen christlichen Kanzeln als ein Gebot der Kirchenlehre dem Volke gepredigt wird, ernst nimmt und ins Leben einführen will. Denn, werte Anwesende, nichts anderes tat ich in jener Versammlung, für die mir die schwere Strafe zudiktiert wurde, als was jeder Sozialdemokrat für seine Pflicht erachtet: dem Volke durch die einfache Tatsache die Augen zu öffnen, daß es ein verbrecherisches Beginnen ist, Kriege zu führen, Leichenhügel zu errichten, sich gegenseitig zu morden, statt in menschlicher Kultursolidarität, in

1 Redaktionelle Überschrift.

2 Siehe S. 395, Fußnote 1.

Völkerverbrüderung mit allen Nationen und Rassen der Erde den Fortschritt zu fördern.

Es ist kein Wunder, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung es als Verbrechen gebrandmarkt wird, wenn man gegen den Menschenmord, gegen den Völkermord predigt. Wenn Sie sich die Gesellschaftsordnung näher betrachten, in der wir leben, so müssen Sie sich selbst sagen, diese Gesellschaftsordnung beruht ja auf dem organisierten Mord, und es heißt ihr die Lebensbasis entziehen, wenn man gegen den Mord die besten und edelsten Geister der Menschheit aufruft.

Werte Anwesende! Was geschieht jahrein, jahraus auf dem Schlachtfeld der Arbeit, wo Zehntausende jährlich nach der offiziellen Statistik den Tod erleiden? Erst jüngst hat die Statistik uns klargemacht, daß im Jahre 1912 allein 10 300 Unfälle in Fabriken und Werkstätten mit tödlichem Ausgang stattgefunden haben. Und eine Gesellschaftsordnung, die, um wenige zu bereichern, Millionen ausbeutet, ins Joch der Arbeit spannt und Zehntausenden das Leben nimmt durch die rücksichtslose Profitjagd, eine solche Gesellschaftsordnung hat kein Verständnis für die Ideale der Menschheitsverbrüderung und für die Predigt der Sozialdemokratie: „Du sollst nicht töten!“

Dieselbe Gesellschaftsordnung betreibt den systematischen Völkermord als das vornehmste Mittel ihrer politischen Entwicklung, ihres politischen Lebens. Erst jüngst ist von den Regierungen der Balkanstaaten die furchtbare Gesamtsumme der Opfer in jenen Kriegen bekanntgemacht worden, die in kurzer Zeit gefallen sind. Und da hat es sich herausgestellt, daß in Griechenland, der Türkei, Bulgarien, Serbien und Montenegro während des kurzen Krieges 140 000 Menschen gefallen sind.¹ Wir wissen, daß auch Deutschland in den letzten Zeiten immer mehr und mehr über dem Abgrund einer Kriegsgefahr mit den schrecklichsten Folgen schwelte – erinnern Sie sich bloß der Situation während des Marokkокonflikts², wo das Damoklesschwert eines Krieges mit Frankreich und vielleicht eines gewaltigen Weltkrieges über unseren Häuptern schwelte. Und früher oder später wird und muß ein solcher Weltkrieg entstehen aus nichts anderem als aus dem unaufhörlichen Rüsten, das keinen Moment zur Ruhe kommt in allen Staaten. Kein Wunder, daß eine Gesellschaftsordnung, daß ein Staat, der diesen organisierten Mord, den Krieg, unauf-

1 Gemeint sind der erste Balkankrieg vom 8. Oktober 1912 bis 30. Mai 1913 (siehe S. 177, Fußnote 2) und der zweite Balkankrieg vom 29. Juni bis 10. August 1913, durch die die internationales Spannungen verschärft wurden.

2 Siehe S. 5, Fußnote 1.

hörlich selbst heraufbeschwört und auf ihn nicht verzichten will, daß dieser diejenigen als Verbrecher stempelt, die das Ideal der Nächstenliebe, der menschlichen Gleichheit, der Völkerbrüderung in die Köpfe und in die Herzen der Volksmassen tragen. Niemand kann Ihnen das besser und schärfer sagen, als der Staatsanwalt in Frankfurt es gesagt hat. Alles, was ich Ihnen ausführte, mögen Sie denken, das sind die üblichen Aufwieglerreden eines „Roten“. Nun, ich will mich auf einen einwandfreien Zeugen berufen: Das ist – der Staatsanwalt in Frankfurt, der, nach dem Berichte eines unverdächtigen Blattes – der scharfmacherischen „Post“ in Berlin –, folgendes gesagt hat: „Was die Angeklagte mit ihrer Agitation gegen den Krieg getan hat, ist ein Attentat auf den Lebensnerv unseres Staates.“

Werte Anwesende! Merken Sie sich diese goldenen Worte aus berufinem Munde eines offiziellen Vertreters des heutigen Staates, denn jedes dieser staatsanwaltlichen Worte wirkt mehr zur Aufklärung der Massen über die Natur der bestehenden Gesellschaftsordnung als zehn sozialdemokratische Flugblätter. Überlegen Sie sich den tiefen Sinn dieses Ausspruches: „Der Lebensnerv des Staates, das ist der Militarismus.“ Heutzutage, wo wir in Deutschland in einer Zeit der furchtbarsten Arbeitslosigkeit leben, wo Zehntausende und aber Zehntausende fleißiger, ehrlicher Proletarierfamilien nicht wissen, womit sie morgen ihre hungrigen Kinder speisen werden, in einer solchen Zeit erklärt ein offizieller Vertreter des Staates: Nicht die Unterstützung, nicht die Speisung dieser Hungrigen ist der Lebensnerv des Staates, sondern die Kaserne, die Bajonetten, die Pickelhauben, das ist der Lebensnerv. (Stürmischer Beifall und große Heiterkeit.)

Werte Anwesende! Heute, wie schon seit langer Zeit, lechzt der deutsche Arbeiter, lechzen durch uns erweckte Arbeitervrounen nach Kultur, nach Bildung, nach Wissen. Die Parias des heutigen Staates erhalten in der „herrlichen“ Volksschule des Deutschen Reiches statt Bildung, statt Wissen elende Bettlerbrocken einer „Aufklärung“. Und da erklärt ihnen ein öffentlicher Vertreter des Staates, der Lebensnerv des Staates, das ist nicht die Hebung der Volksbildung, das ist nicht Wissen, das ist nicht geistige Kultur, das ist der Kadavergehorsam des Soldaten. („Sehr richtig!“)

Sie hören das hier nicht aus dem Munde eines sozialdemokratischen Aufwieglers, sondern aus dem Munde eines waschechten Vertreters der heutigen Staatsordnung, der herrschenden Moral, der herrschenden Gedankenwelt, der Ihnen sagt: Nicht euer materielles, leibliches und geistiges

Wohl, auch nicht der Stolz auf das Vaterland, auch nicht die Liebe zum Vaterland, auch nicht die freie Bereitwilligkeit, das Land zu verteidigen, sei der Lebensnerv des Staates; nein, der heutige Militarismus, der auf dem Kadavergehorsam der Armee beruht, das ist der Lebensnerv des Staates.

Es erweist sich hier wie schon so vielmal und mehr, als alle unsere Reden [zeigen], wie die Taten und Reden unserer Gegner, der herrschenden Klasse, darnach angetan sind, auch dem Blödesten die Augen zu öffnen, in welcher herrlichen Gesellschaftsordnung wir heute leben.

Parteigenossen! Der Staatsanwalt hat sich ausgespielt in seinem Schlusswort namentlich auf den deutschen Mann, auf den Patrioten, der mir, einer Heimatlosen, gegenüber die Ehre und die Sitte des Deutschen Reiches zu wahren berufen sei. Was die Heimatlosigkeit betrifft, so möchte ich mit dem Herrn Staatsanwalt nicht tauschen. Ich habe eine so große, liebe Heimat, wie sie kein preußischer Staatsanwalt besitzt. (Lebhafter Beifall und große Heiterkeit.) Aber wenn dieser Herr vom Vaterland, von der Notwendigkeit, das Vaterland zu verteidigen, sprach, so antworte ich hier: Niemand hat das Recht, das Wort Vaterland in den Mund zu nehmen, außer uns Sozialdemokraten. („Bravo!“) Was ist das Vaterland anders als die große Masse der arbeitenden Männer und Frauen! Was ist das Vaterland anders als die Hebung des Wohlstandes, die Hebung der Sittlichkeit, die Hebung der geistigen Kräfte der großen Masse, die das Volk ausmacht! Und wer arbeitet daran mit allem Opfermut seit Jahrzehnten im Deutschen Reiche außer der Sozialdemokratie? Wir Sozialdemokraten erlauben uns allerdings, der Meinung zu sein, daß es weder der Menschennatur noch dem Kulturfortschritt entspricht, daß die Völker zueinander wie reißende Bestien stehen und von Zeit zu Zeit ihre Konflikte auf dem Wege des blutigen Massenmordes lösen. Wir sonderbaren Schwärmer erlauben uns, der Meinung zu sein, daß es der menschlichen Natur und dem Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts viel mehr entspricht, daß alle Völker und Rassen der Erde mit brüderlich friedlicher Solidarität gemeinsam die menschliche Kultur vorwärtsstreben. Aber freilich, wir Sozialdemokraten sind nüchterne Realpolitiker, wir leben nicht im Wolkenkuckucksheim, sondern wissen ganz gut, daß hinein auf der festen Erde, auf der wir stehen, ein solcher Zustand des ewigen Friedens, wie ihn die größten deutschen Klassiker und Philosophen, wie zum Beispiel ein Kant, voraussagten, nicht möglich ist, bis der Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein wird. Wir wissen sehr wohl, daß wir den ewigen Frieden, die internationale Solidarität erst dann zu Fleisch und Blut machen können, wenn es uns gelingen wird,

auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das Privateigentum, den Kapitalismus abzuschaffen. Bis dahin, bis wir so weit sind, dies in Wirklichkeit umzusetzen, wissen wir sehr wohl, daß die internationalen Konflikte nicht zu vermeiden sind. Aber das sagen wir: Wenn es euch, ihr Herrschaften, daran liegt, in Wirklichkeit das Vaterland zu verteidigen, so brauchte man dazu das heutige Militärsystem beileibe nicht; dazu brauchte man nicht eine zwei- bis dreijährige Dienstzeit, dazu brauchte man nicht den Kasernendrill, dazu brauchte man nicht das Niedertreten des Soldaten durch Mißhandlungen. Dazu brauchte man nur das alte Programm der Sozialdemokratie ins Werk zu setzen und das Milizsystem, die Volksbewaffnung, in Deutschland einzuführen. Dann, erst dann, wo der freie Mann aus dem Volke seine Handwaffe in der Hand, zu Hause hat, wo er selbst darüber aus freiem Willen entscheidet, wann und gegen wen das Vaterland zu verteidigen ist, erst dann kann man mit gutem Recht sagen: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“ (Beifall.) Erst dann, wenn die Verteidigung des Vaterlandes nicht abhängt vom Befehl eines kleinen Dutzend Herren oben, nein, wenn das Volk aus freiem Antrieb, stets bewaffnet, bereit ist, das Land vor einem Überfall zu verteidigen, dann ist das Vaterland ohne Gefahr. Aber merkwürdigerweise, dieselben herrschenden Klassen, die so viel die Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlandes im Munde führen, sie wollen gar nichts hören von diesem von uns seit Jahrzehnten vorgeschlagenen System der Volkswehr oder der Miliz. Sie wissen wohl, warum, sie wissen, daß die Miliz eben nur zur Verteidigung des Vaterlandes taugt, nicht aber zu verbrecherischen Kolonialkriegen, nicht aber dazu, um anderen Völkern ihr Vaterland zu entreißen; und darauf geht die heutige Militärpolitik hinaus. (Allgemeines „Sehr richtig!“.) Deshalb sind die Phrasen von der Notwendigkeit, das Vaterland zu verteidigen, wohlbekannte Mittel, eine Politik zu verschleiern, die das Gegenteil jeder Vaterlandspolitik ist. Man wagt uns gegenüber das Vaterland, seine Ehre, sein Wohl zu vertreten, indem man uns als die vaterlandslosen Gesellen verdonnert.

Parteigenossen! Wir wissen, was in der letzten Zeit wieder an Nachrichten durch alle Zeitungen gegangen ist. Haben Sie vielleicht gelesen von jenem Vorfall in der Kaserne in Magdeburg, wo ein Vaterlandsverteidiger im Königrock von seinem Vorgesetzten gezwungen worden ist, seine Nase in den Spucknapf zu stecken? (Pfuirufe.) Genossen! So werden Vaterlandsverteidiger heute behandelt in der deutschen Kaserne! Haben Sie den anderen Fall gehört, der sich in Neisse zugetragen hat, wo zwei Soldaten, nachdem sie sich an ihrem Vorgesetzten vergriffen, ihn

mißhandelten, nachher vorgezogen haben, sich selbst das Leben zu nehmen, als in qualvoller Weise dem entgegenzugehen, was einem deutschen Soldaten droht, wenn er nichts anderes tut, als was im Privatleben jeder Ehrenmann tut: auf eine Beleidigung mit einer Notwehr zu antworten? Kennen Sie auch den neulich passierten anderen Fall in Metz, wo die Leiche eines Soldaten in einer Schlinge vorgefunden wurde? Was da in Metz passiert worden ist, das weiß man bis jetzt noch nicht genau. Die Obrigkeit in Metz behauptet, daß der Soldat sich selbst entlebt habe. Sie wissen, ein Toter ist gewöhnlich ein stiller Mann, er kann nicht widersprechen. Aber der Vater des Soldaten glaubt Grund zu haben, anzunehmen, daß dieser Soldat erst zu Tode gepeinigt wurde und dann die Leiche zum Schein in die Schlinge gesteckt wurde. Was auch da passiert ist, eines ist klar: Es ist sicher eins von den unzähligen Dramen, die in den deutschen Kasernen tagaus, tagein sich abspielen und wo nur selten das Stöhnen der Gepeinigten zu unseren Ohren dringt.¹

Werte Anwesende! Wie soll ein Mann ein richtiger Vaterlandsverteidiger sein, wenn man erst jahrelang systematisch mit Füßen tritt, was jeden Mann macht: das Ehrgefühl, die Selbstachtung, der aufrechte Wille. Man tritt mit Füßen die Söhne des Volkes, wohlgemerkt, im Rock des Königs. Und dann geht man hinaus und spricht Phrasen von Vaterlandverteidigung, vom Rock des Königs und von der besonderen Ehre des Soldatenstandes!

Nach alledem ist es kein Wunder, daß mit zweierlei Maß gemessen und gewogen wird in Deutschland. Und obwohl nach der Annahme der Mythologie die Göttin Justitia die Augen verbunden hat, so scheint sie in Preußen-Deutschland immer noch unter ihrer Binde einen Spalt zu finden, um gleich zu erkennen, ob es ein roter oder ein anderer Attentäter ist. (Große Heiterkeit.) Der Mörder und Streikbrecheragent Brandenburg ist freigesprochen worden², der Mörder und Streikbrecheragent Keiling ist bloß zu acht Monaten Kerker verurteilt worden³. Der Leutnant von Forstner, der eine Aufforderung zum Mord in aller Form getan hat, ist frei-

1 Diese Äußerung veranlaßte den Kriegsminister General Erich von Falkenhayn, bei der Berliner Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Rosa Luxemburg zu stellen wegen Beleidigung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der preußischen Armee. Siehe dazu S. 471/472.

2 Brandenburg, der als Streikbrecher tätig war, hatte am 4. Juni 1913 in Frauendorf bei Stettin einen Arbeiter ohne Grund niedergestochen. Das aus Agrariern und Fabrikanten zusammengesetzte Schwurgericht sprach Brandenburg trotz eindeutiger Schuld Beweise frei.

3 Keiling, ein aus Berlin stammender, oftmals vorbestrafter Vermittler von Streikbrechern, hatte am 8. Februar 1914 in Tetschen (Böhmen) während eines Streiks den Vertrauenmann des Buchdruckerverbandes durch einen Revolverschuß tödlich verletzt. Von einem österreichischen Gericht wurde er zu acht Monaten schwerem Arrest verurteilt.

gesprochen worden.¹ (Allgemeine Pfuirufe.) Derjenige, der gegen den Krieg agitiert, muß auf ein Jahr ins Gefängnis wandern.

Verehrte Anwesende! Ein bißchen kann man auch Entrüstung darüber verspüren. Aber ich versichere Sie, wenn Sie sich recht in die Sache hineindenken und wenn Sie so recht von Herzen Sozialdemokraten sind, so tun Sie das, was ich auf meinem Armsünderbänklein tat, als das Gericht das Jahr Gefängnis verlas: Ich habe gefrohlockt und mich gefreut. Denn ich habe verstanden: Das ist ein Meisterstück, um uns Sozialdemokraten einen gewaltigen Schritt wieder vorwärtszubringen. („Sehr richtig!“ „Bravo!“) Die Herren Richter mit ihrem Staatsanwalt wie die lieben verehrten bürgerlichen Blätter des christlichen Staates und der konservativen Scharfmacher – denn auch darin bilden sie alle zusammen gegen uns einen Großblock – wie auch die Nationalliberalen, sie haben diesmal ein wenig zu früh gefrohlockt über Frankfurt, denn das Urteil ist ein Teil von jener Macht, die stets das Böse will und oft das Gute schafft.

Parteigenossen! Wir stehen ja am Vorabend der Roten Woche², jener Woche, da jeder Sozialdemokrat und jede Sozialdemokratin es als eine besonders ehrenvolle Aufgabe betrachten soll, mit vollen Händen den Samen der sozialdemokratischen Aufklärung nach allen Seiten auszustreuen, neue gewaltige Scharen von Anhängern um die internationale Fahne der Sozialdemokratie zu sammeln. Und nun, unsere lieben Freunde, die Feinde, haben dafür gesorgt, daß sie am Vorabend dieser Woche einen so schönen neuen Gegenstand für die Aufklärungsarbeit finden. Denn, Parteigenossen, jener Ausspruch des Staatsanwalts von dem Lebensnerv des Staates, der in den Bajonetten besteht, und was seine anderen Worte sind, sowie das Urteil, das daraufhin gefällt worden ist, das ist ein unschätzbares Material, das wir nun in die weitesten Volkskreise tragen müssen und zeigen müssen allen denen, die es bis jetzt noch nicht verstanden haben: Seht, so sieht es um Deutschlands Volk aus!

Der Staatsanwalt hat aber noch mehr schönere und verdienstvollere Worte für uns gesprochen. Ich zitiere nach demselben bürgerlichen Bericht der „Post“. Der Staatsanwalt sagte wörtlich, indem er die schwarzen Perspektiven ausmalte, die sich an meine verbrecherische Tat, jene Volksversammlung, anschließen sollen: Man lasse nur ein bis zwei Dutzend derartig verhetzter (das heißt sozialdemokratisch aufgeklärter – R. L.)

1 Leutnant von Forstner hatte in einer Instruktionsstunde gegenüber Rekruten geäußert, daß sie für das Niederstechen eines „Wackes“ (Schimpfname für die Elsässer) nicht bestraft, sondern mit 10 Mark belohnt würden. Diese Äußerung war der Anlaß für Protestdemonstrationen der elsässischen Bevölkerung und Ausgangspunkt der Zabernaffäre (siehe S. 367, Fußnote 1).

2 Siehe S. 410, Fußnote 1.

entschlossener Leute in einer Kompanie sein, so würde es diesen Leuten ein leichtes werden, ein bis zwei Dutzend anderer Leute auf ihre Seite zu bekommen. Das würde vollkommen genügen, um plötzlich eine Meuterei hervorzubringen. Kommt infolge einer Meuterei das Gefecht zum Stehen, dann müssen die allerschlimmsten Folgen kommen. Man denke auch an den niederschmetternden Eindruck, den eine solche Meuterei im eigenen Heere und beim Feinde hervorrufen müßte. Ein einziger Fall einer solchen Meuterei vor dem Feinde kann schwere Folgen haben. Die Tatsache, daß derartige Möglichkeiten vorliegen, stempeln die Angeklagte zu einer außerordentlich gefährlichen. Was die Angeklagte getan, ist ein Attentat auf den Lebensnerv unseres Staates.

Verehrte Anwesende! Wenn der Staatsanwalt mit seinem Ausspruch vom Lebensnerv des Staates, der im Militarismus bestehen soll, so offen wie noch niemand die innere Beschaffenheit der bestehenden Gesellschaftsordnung enthüllt hat, so hat andererseits noch niemand den deutschen Militarismus vor aller Welt so der Lächerlichkeit preisgegeben wie der Herr Staatsanwalt durch jene vorhergehenden Sätze. („Sehr richtig!“) Dieser stolze deutsche Militarismus, der nach Bismarcks Worten nur den Gott im Himmel, sonst niemand fürchtet, dieser Militarismus, der uns schrecken soll als ein Koloß aus Stahl und Eisen, waffenstarrend von oben bis unten, dieser Koloß zittert vor einer Meuterei von zwölf Soldaten, und das Deutsche Reich soll in Trümmer gehen infolge einer sozialdemokratischen Volksversammlung. Das ist der Sinn dieser Worte.

Verehrte Anwesende! Man unterschätzt uns wahrhaftig, wenn man glaubt, unsere Bemühungen, unsere saure Arbeit stelle sich ein so lächerlich winziges Ziel wie die Hervorbringung einer Meuterei von zwölf Soldaten in einer Kompanie. Ich kann ruhig sagen, mit solchen Lappalien geben wir uns nicht ab, wir haben ganz andere, ja viel, viel gefährlichere Aufgaben und Ziele im Auge. Worauf wir hinausgehen, daß sind nicht lächerliche Meutereien in einer Kompanie, sondern das ist die Aufrüttelung von Millionen arbeitender Männer und Frauen des Volkes, damit sie einmal, wenn die Stunde geschlagen hat, der herrschenden Politik das Handwerk legen. Hier, indem der Staatsanwalt die sozialdemokratische Agitation gegen den Krieg in dieser Weise ausmalte, da hat sich in dem kleinen Saal des Landgerichts in Frankfurt im winzigen Maßstab abgespielt, was im ganzen Deutschen Reiche, ja in der kapitalistischen Welt heute Tatsache ist: Es sind zwei Welten, die gegeneinander stehen und die einander nicht verstehen können.

Verehrte Anwesende! Der Herr Staatsanwalt und auch das Gericht, das

seiner Auffassung durch die Annahme seines Strafmaßes beigetreten ist, sie denken, die größte Gefahr drohe dem Militarismus, wenn die Soldaten den Gehorsam zu verweigern wissen. Es ist hier nichts anderes als die umgekehrte Seite jener Auffassung, wonach man oben glaubt, solange der Soldat bloß gehorsam ist, steht alles wunderschön und fest im Staate Dänemark. Wir Sozialdemokraten haben eine ganz andere Geschichtsauffassung. Wir glauben nicht, daß die Schicksale der Kriege und der Schlachten von dem Soldatengehorsam abhängen, wir glauben auch nicht, daß sich Schlachten und Kriege siegreich führen lassen, solange der Soldat den Kadavergehorsam nicht verweigert. Wir sind der Auffassung, daß nicht die Armee, sondern die gesamte große Volksmasse diejenige ist, von deren Willen es abhängt und abhängen muß, ob Kriege stattfinden sollen. Wir wenden uns nicht direkt an die Soldaten, wie sich der Herr Staatsanwalt einbildet, indem wir die Kriege so unmöglich machen wollen, daß wir uns vor die Soldaten stellen und ihnen sagen: Im entscheidenden Moment, wenn der Befehl kommt, dann schießt ja nicht. So simpliciter, so einfältig ist die sozialdemokratische Agitation nicht. Wir wenden uns an das gesamte arbeitende Volk, dem sagen wir: Ihr alle, Millionen, die ihr seid, ihr Männer und Frauen der Arbeit, ihr zahlt ja Steuern zur Erhaltung des Staates und der Kriege und des Militärs. Ihr schickt eure Söhne ins Feuer, ihr habt's an eurem Buckel auszukosten, wenn ein Krieg auf Jahre, auf Jahrzehnte die ruhige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung aufhält. Von euch hängt es ab, ein Veto einzulegen gegen diese halsbrecherische Politik der herrschenden Klasse. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß Kriege sich heutzutage überhaupt nur führen lassen nicht, solange der Soldat gehorsam, sondern solange die Volksmasse die Kriege geduldig sich gefallen läßt. Und in dem Moment, wo die Masse des Volkes begriffen hat, was jeder geschulte Sozialdemokrat versteht, daß heutzutage Kriege bloß einzige und allein zum Nutzen und Frommen einer kleinen Handvoll kapitalistischer Glücksjäger und Ausbeuter geführt werden, daß die große Masse in jeder Hinsicht das Opfer des Militarismus ist, wenn die gewaltige Volksmasse das bloß begriffen hat, so wird diese Idee in der Masse zu einer solchen politischen Gewalt werden, daß vor ihr alle Bajonette zerbrechen werden.

Verehrte Anwesende! Die herrschende Politik, wie sie hier offiziell beleuchtet ist, diese Politik will sich allein auf die Bajonette stützen. Aber es ist ein altes Wort: Mit Bajonetten läßt sich manches machen, bloß hat noch niemand das Kunststück fertiggebracht, sich auf die Bajonette zu setzen. (Heiterkeit.) Und die Gesellschaftsordnung, die sich sagt, daß sie

nur noch auf die Bajonette sich stützt, sie hat nichts anderes als ein Todesurteil über sich ausgesprochen. Nun, verehrte Anwesende, wir sollen zu den Soldaten laufen, uns vor die Kasernen stellen und ihnen sagen: Schießt ja nicht, dann sind die Kriege aus. Ei, wir brauchen das gar nicht, wir verlassen uns auf die Früchte unserer allgemeinen Volksbildung. Wir wissen, daß der Kopf des deutschen Arbeiters, der einmal von der internationalen sozialdemokratischen Lehre durchleuchtet ist, daß der nicht dümmer wird, wenn auf ihm ein Helm mit Schuppenketten sitzt. Wir wissen und verlassen uns darauf, daß die Brüder des deutschen Arbeiters, die einmal von dem Gefühl, von dem erhebenden Gefühl der internationalen Völkersolidarität und von der Menschenliebe erfüllt wurden, daß diese Brüder nicht untreu werden dem Gebot der Menschlichkeit, auch wenn sie im Rock des Königs stecken. Verlassen Sie sich ruhig auf die geschichtliche Dialektik, die von selbst dazu führen muß, daß früher oder später die große Volksmasse unseres wirklichen Vaterlandes sich erheben und sagen wird: Nun ist es genug der verbrecherischen Politik, die bisher betrieben wurde.

Und, Parteigenossen, ich glaube, daß wir bereits tüchtig vorwärtsgekommen sind in diesem aufwühlenden Handwerk der Aufklärung. Und wenn Sie irgendwo ein Zeugnis haben wollen, wie sehr wir schon vorwärtsgekommen sind, so bitte ich wiederum, Ihre Blicke auf meinen Gewährsmann, den Frankfurter Staatsanwalt (Heiterkeit.), zu richten. Von den furchterlichen Gefahren, die dem deutschen Staate und der deutschen Armee und dem deutschen Militarismus als Folgen drohen, wenn sie auch einerseits eine Lächerlichkeit sind, vom Standpunkt des Militarismus aus gesehen, so verrät sich auch hier, wie so einfältige Wort einen tiefen Kern [enthält], unwillkürlich verrät es auch hier eine Tatsache, die für uns von unschätzbarem Werte ist. Denn hier hat sich gezeigt in dieser Schilderung, daß das herrschende militaristische System dasjenige verloren hat, was die wirkliche Bürgschaft jedes Sieges ist: Es hat verloren den Glauben an sich selbst.

Verehrte Anwesende! So wie in dieser geschilderten Angst vor den Meutereien, die ausbrechen werden, vor den furchtbaren Folgen der Erstürmer für das Fundament der militaristischen Kraft Deutschlands: noch nie hat man uns mit dieser Offenheit gezeigt, wie sehr das herrschende System, das gegen uns brutal auftritt, in seinem Innern bereits morsch, von der Angst zerfressen, bereits feige geworden ist. (Lang andauernde Zustimmung.) Was ist's anderes, jenes Wort des Herrn Staatsanwalts mitsamt dem Urteil? Denn dieses Urteil hat jedes Wort erst

unterstrichen! Ist nicht jedes Wort des Staatsanwalts eine Anerkennung moralisch siegreicher Kraft der sozialdemokratischen Agitation? Hier sehen Sie, wie man bereits vor uns zittert da oben, wo angeblich die Geschicke der Völker zusammenlaufen.

Verehrte Anwesende! Wir, die Vaterlandslosen, wir, die man ins Gefängnis steckt, wir, die wir nichts als unsere heilige Überzeugung und das Wort der Predigt als unser Mittel haben, wir sind bereits eine Macht geworden, vor der die Machthaber feige zittern, weil sie wissen, daß der Sieg uns gehören muß. Und deshalb, Parteigenossen, von welcher Seite ich auch den Prozeß betrachte, ich sage nochmals: Wir können stolz, wir können froh sein auf den Ausgang dieser Sache. Was heißt ein Jahr Gefängnis? Mit solchen Lappalien (Heiterkeit.) lassen wir uns nicht schrecken, denn dieser Prozeß hat uns eine unschätzbare Lehre für die aufklärende Arbeit geliefert. Ich sage Ihnen im geheimen (Heiterkeit.): Auch zwei Jahre wären mir nicht zu viel! (Bewegung und lebhafter Beifall.)

Und deshalb, verehrte Anwesende, ziehe ich aus dieser Begebenheit in Frankfurt ganz andere Schlüsse, als man am Richtertische und in jenem Lager hinter den Richtern wohl erwartet hat. Man wollte uns schrecken, man wollte mal den Sozialdemokraten zeigen: Nun geht's nicht so weiter, ihr müßt kuscheln, ihr müßt euer gefährliches Handwerk legen, denn wir haben Gefängnisse, in die wir euch stecken können. Wer nach alledem heutzutage als der Erschrockene aussieht, überlasse ich Ihrem Urteil. Wir Sozialdemokraten erschrecken nicht so leicht. Im Gegenteil! Wir ziehen aus diesem Prozeß die Lehre, daß es unsere Pflicht ist, nunmehr auch für unsere Agitation die goldenen Worte des Staatsanwalts wahr zu machen und auch dem Letzten im Volke zu zeigen: Der „Lebensnerv“ des heutigen Staates ist der menschenmordende Militarismus. Wir betrachten es als unsere Pflicht, in der folgenden Woche der roten Agitation diesen Prozeß auszunutzen bis aufs äußerste und zu beschleunigen den Schritt der historischen Entwicklung, die uns zum Siege führt.

Verehrte Anwesende! Sie wissen, im Schillerschen Drama sagt Wallenstein in jener Nacht, die seine letzte werden sollte, als er mit forschendem Blick die Sterne betrachtete, um in ihnen den Lauf der künftigen Dinge zu enträtselfn: „Der Tag ist nah, und Mars regiert die Stunde.“ Das paßt auch auf die heutigen Zeiten. Noch regiert Mars, der blutige Kriegsgott, die Stunde. Noch ist die Macht bei denjenigen, die sich allein auf einen Wald von Mordwaffen stützen, um das arbeitende Volk in seinem gerechten Aufstieg niederzuhalten. Noch werden Kriege vorbereitet, noch wird das Parlament beherrscht, und immer mehr Militärvorlagen kommen,

noch wird das Volk bis auf den letzten Tropfen ausgesogen durch den nimmersatten Moloch Militarismus. Noch regiert Mars die Stunde. Aber, wie Wallenstein sagte: „Der Tag ist nah, der Tag, der uns gehört.“ So wird auch der Tag nahen, an dem wir, die wir unten stehen, nach oben kommen! Nicht um jene blutige Phantasie einer Meuterei und Niedermetzlung auszuführen, die vor den erschreckten Augen der Staatsanwälte schwiebt, nein, wir, die wir zur Macht gelangen werden, um erst eine Gesellschaftsordnung wahr zu machen, die des Menschengeschlechts würdig ist, eine Gesellschaft, die keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kennt, die keinen Völkermord kennt, eine Gesellschaft, die erst die Ideale sowohl der ältesten Religionsstifter wie auch der größten Philosophen der Menschheit verwirklichen wird, um diesen Tag, der anbricht, herbeizuführen so schnell wie möglich, dazu müssen wir unsere äußersten Kräfte einsetzen, ohne auf jeglichen Erfolg zu schauen, zum Trotz allen Staatsanwälten, zum Trotz aller militärischen Macht. Zur Wirklichkeit wird unsere Lösung werden: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)

II

Die Logik der ethischen Sozialisten hat ein Loch, weil diese keine Klasse hinter sich haben. Sie sind gute Leute, aber schlechte Musikanten in der Politik. Ein Gerhart Hauptmann hat es fertiggebracht, ein Jahrhundertfestspiel zu dichten, und der monistische Führer Oswald mußte sich vom „Berliner Tageblatt“ an einem Artikel, der für die Friedensbestrebungen eintrat, große Streichungen gefallen lassen. Hammerschlag meint, das Proletariat werde einen etwaigen Sieg nicht ausnützen, weil es ihm gleichsam an Führern fehlen werde. Er hat die gebildete Oberschicht als jene bezeichnet, die uns die Kandidaten der Führerschaft stellen soll. Darin irrt er. Das ist ja das Große an der sozialistischen Bewegung, daß sie keine Führer braucht, die außerhalb ihrer Klasse stehen. Sie schafft sich selbst ihre Führer, und darin steht sie in der Weltgeschichte einzig da, daß die Massen nicht bloß der passive Chor sind und die Revolution ein Werk der Minderheit. Wir wollen eine Bewegung der Mehrheit, in der die Massen das handelnde Element sind. Aus eigenem Willen und eigener Kraft sollen sie ihr Ziel erreichen. Die Ethik des Sozialismus besteht darin, die jetzige Herrschaft der Minderheit durch die Herrschaft der Mehrheit zu brechen.

Volkswacht (Freiburg i. Br.), Nr. 57 vom 9. März 1914.

Die andere Seite der Medaille

Die Zeitgeschichte scheint sich jetzt besonders Mühe zu geben, fast jeden Tag mit neuen glänzenden Belegen die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung vom Staate zu demonstrieren. Uns Sozialdemokraten wird seit jeher von bürgerlicher Seite der Vorwurf gemacht, daß wir gewissenlos den „Umsturz“ herbeiführen wollen, daß wir auf „Katastrophen“ hinarbeiten. Die Vorgänge in England¹ sind wieder ein klassischer Beweis dafür, wie wenig wir es nötig haben, uns nach Katastrophen zu sehnen, wie sehr die heutige Gesellschaftsordnung selbst durch ihre innere Zerklüftung aus eigenem Schoße unausgesetzt wirtschaftliche und politische Erschütterungen und Krisen gebiert.

Die Vorgänge in und um Ulster weisen in der Tat alle Merkmale der politischen Katastrophe für das öffentliche Leben Englands auf, einer Katastrophe, deren grundsätzliche Bedeutung erst dann plastisch hervortritt, wenn wir sie mit den analogen Erscheinungen in anderen Ländern zusammenstellen: mit der berühmten Dreyfus-Affäre in Frankreich² und

1 Anfang 1914 spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen in England um die Lösung der irischen Frage zu, als Irland durch die Home Rule ein gewisses Maß an Selbständigkeit zugebilligt werden sollte. Um dies zu verhindern, bereiteten die Konservativen die Abtrennung des am stärksten industrialisierten Teiles der Insel, des Gebietes von Ulster, vor und schufen dort bewaffnete Freiwilligenverbände. Die englische Regierung gab Befehl, Militär gegen diese Verbände einzusetzen. Die aristokratischen Offiziere einiger Regimenter weigerten sich jedoch, diesem Befehl Folge zu leisten, und reichten ihren Abschied ein. Sie wurden bei diesem Verhalten von Generalen des Oberkommandos unterstützt. Vor dieser Meuterei wich die liberale Regierung zurück und gab die schriftliche Zusicherung, daß das Heer nicht gegen Ulster eingesetzt werde.

2 Im Jahre 1894 war der französische Generalstabsoffizier Alfred Dreyfus wegen angeblichen Landesverrats zu lebenslanger Deportation verurteilt worden. Protzte fortschrittlicher Kreise erzwangen die Wiederaufnahme des Verfahrens im August 1899. Dreyfus wurde erneut verurteilt, jedoch im September 1899 begnadigt. Er mußte 1906 rehabilitiert werden, als sich die Anklage als Fälschung erwies. Die Dreyfus-Affäre hatte zur Zuspitzung des politischen Kampfes zwischen Republikanern und Monarchisten geführt und Frankreich an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht.

mit der Zabernaffäre¹ in Deutschland. Vor fünfzehn Jahren erbebte die französische Republik, durch den monarchistisch-klerikal-nationalistischen Aufruhr der Armee in ihren Grundfesten erschüttert. Vor einem halben Jahr tauchte in Preußen-Deutschland der Schrecken der Militärdiktatur auf. Und nun sind wir Zeugen eines schweren Kampfes des englischen Parlamentarismus mit der Revolte selbstherrlicher Offiziere. Schon die Tatsache, daß so verschieden geartete politische Gebilde wie die Dritte Republik in Frankreich, das altehrwürdige Parlamentsregime Englands und der deutsche Halbabsolutismus aus völlig verschiedenen Anlässen dieselben Krisen einer Militärdiktatur erleben, weist auf die tiefliegenden Wurzeln und den elementaren Charakter dieser Erscheinung hin.

Die Armee soll sich nicht mit Politik befassen; dieser Satz liegt der offiziellen Theorie des heutigen stehenden Heeres in allen Ländern zu Grunde, zusammen mit dem anderen theoretischen Satz: Das Heer dient der Verteidigung des Vaterlandes. Beide Sätze drücken nur in verschiedenen Formen denselben Gedanken aus: Das Militär soll das Land vor dem äußeren Feind schützen, sich aber in innere Klassenkämpfe nicht einmischen. Die Praxis der bürgerlichen Gesellschaft widerspricht und widersprach seit jeher dieser Theorie, wie die ganze Ideologie dieser Gesellschaft ihren wirklichen Kern nur zu verschleiern pflegt. Die Armee hat seit jeher an allen wichtigeren Klassenkämpfen unmittelbaren, häufig ausschlaggebenden Anteil genommen. Namentlich hat die kapitalistische Bourgeoisie ihre geschichtliche Laufbahn als herrschende Klasse mit und dank der Militärgewalt begonnen wie besiegt. Die beiden entgegengesetzten Pole auf der Stufenleiter dieser Laufbahn waren: die englische Revolution des Jahres 1649, in der das Revolutionsheer des Parlaments die Bourgeoisie in den Sattel gehoben hat, und die deutsche Revolution zweihundert Jahre später, als die Bourgeoisie unter die Fittiche des feudalen Militärs flüchtete – vor dem Gespenst der proletarischen Revolution.

Die Forderung der politischen Neutralität der Armee, der Kampf gegen die „politisierenden Offiziere“, den die heutige Bourgeoisie führt, läuft also auf die Forderung hinaus, die Armee soll nunmehr lediglich gehorsames Werkzeug ihrer Klassenherrschaft sein – nach innen wie nach außen. Der Soldat soll blindlings dem Offizier gehorchen, das Offizierkorps – den „Gesetzten“, d. h. der jeweilig am Ruder befindlichen Schicht der Bourgeoisie.

Die Armee ist aber selbst nur ein Teil des Volksganzen und spiegelt naturgemäß dessen Klassengegensätze wider. Das Offizierkorps der heu-

1 Siehe S. 367, Fußnote 1.

tigen Armeen rekrutiert sich, namentlich in seinen höchsten Spitzen, aus feudalen Elementen und hat überall die angeborene Tendenz, die konervative Schicht mitsamt ihrer natürlichen Spitze, dem Monarchismus, zu unterstützen. Daher periodisch die Gefahren des Staatsstreichs, Gefahren für den Parlamentarismus, für die Demokratie. Daher periodisch heftige Krisen, in denen das Werkzeug gegen den Meister rebelliert, das Militär aus dem Diener der Bourgeoisie zu ihrem Herrscher zu werden droht.

Das geschichtliche Pech der Bourgeoisie will es indes, hier wie sonst, daß sie mit eigenen Händen diese ihr drohende Gefahr zu stärken gezwungen ist. Zwei tief in der heutigen Entwicklung wurzelnde Tendenzen arbeiten nämlich unausgesetzt dahin, das politische Übergewicht der Armee im Staate wie zugleich immer mehr das Hineinzerren der Armee in die inneren Klassenkämpfe der Gesellschaft zu steigern. Und das sind: der Imperialismus mit seinem lawinenartigen Wachstum der Heere, mit seinem Kult der brutalen Militärgewalt, mit seiner überragenden selbstherrlichen Stellung des Militarismus gegenüber der Gesetzgebung und auf der anderen Seite die ebenso lawinenartig wachsende Arbeiterbewegung mit der Verschärfung der Klassengegensätze und dem immer häufigeren Gebrauch des Militärs gegen das kämpfende Proletariat. Es ist einer von den tragischen Konflikten der bürgerlichen Gesellschaft, daß dieselbe Bourgeoisie, die auf Schritt und Tritt die „Vaterlandsverteidiger“ zu Zwecken der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Unterdrückung gegen die aufstrebende Arbeiterklasse gebraucht, von derselben Armee fordert, sie soll sich von jeglicher Einmischung in politische Kämpfe fernhalten und einfach „dem Gesetz“ gehorchen. In diesem Konflikt liegt aber auch der Grund, weshalb für uns die englische Krise wie die Zabernaffäre ein ganz anderes Gesicht haben und haben müssen als für die Bourgeoisie. Armee oder Republik! lautete die Kampflosung vor 15 Jahren in Frankreich. Armee oder Zivilgewalt – war das Dilemma der liberalen Bourgeoisie in der Zabernaffäre. Armee oder Parlament – schallt es heute aus dem liberalen Lager in England. Diese bürgerlich-liberalen Lösungen suchen mit dem Problem fertig zu werden, wie das reaktionäre Offizierkorps dem Klasseninteresse der Bourgeoisie unterzuordnen ist.

Die andere Seite der Medaille in allen diesen Konflikten ist aber, daß der eigentlichen Armee, d. h. der großen Masse der Soldaten, der Kadavergehorsam gegenüber diesen selben Offizieren zur Pflicht gemacht wird, wo sie gegen die heiligsten Interessen des kämpfenden Proletariats ins Feld geschickt werden. Je mehr das Gebot, auf Vater und Mutter zu schießen, oder verbrecherischer Völkermord zu Zwecken imperialistischen

Profithungrigen bewußten, leidenschaftlichen Widerspruch der arbeitenden Massen wecken, desto mehr rückt in den Vordergrund neben dem liberalen Problem: Armee oder Parlament? das unendlich größere proletarische Problem: Armee oder arbeitendes Volk? Je mehr gerade die Gesetzgebung der heutigen bürgerlichen Staaten und ihre Parlamente sich selbst zu willigen Werkzeugen der Verwendung der Militärgewalt gegen das Proletariat und zu imperialistischen Kriegsabenteuern hergeben, um so weniger kann das Dilemma „Armee oder Parlament?“, „Armee oder Gesetz?“ vom Standpunkte der proletarischen Klasseninteressen ausreichend sein. Die Lösung der Krisen in der Art der englischen Militärrevolte oder der Zabernaffäre liegt denn auch in Wirklichkeit nicht in den Parlamenten und nicht in noch so geschickten parlamentarischen Schachzügen liberaler Staatsmänner. Die einzige wirkliche Lösung des Gegensatzes zwischen Offizierskorps und Parlament wie zwischen Armee und Volk ist in dem sozialdemokratischen Programm gegeben: Abschaffung der stehenden Heere mit ihrem privilegierten Offizierskorps, Auflösung der Armee im bewaffneten Volk, Entscheidung des Volkes in seiner Gesamtheit über Krieg und Frieden. Nur dann, wenn das Militär als Milizheer wirklich zu dem wird, was es der liberalen Theorie nach ist – ein Instrument der Verteidigung des Vaterlandes –, wird der Gegensatz zwischen Armee und Volk überwunden werden. Und der Weg dazu führt nicht durch parlamentarische Scharfmützen um Ministerkrisen, sondern durch die intensive Aufrüttelung der breiten Volksmassen gegen die Verbrechen des heutigen Militarismus.

Kaum hatte das Parlamentsheer in der großen englischen Revolution des 17. Jahrhunderts die ersten Siege davongetragen, als in seinem Innern schon Klassengegensätze hervortraten und die scheinbare Einheit in heftigen Kämpfen aufging. Gegen die bürgerliche Obrigkeit erhob sich die Masse der Soldaten aus dem Volke, und in ihr sonderten sich schon als rein proletarisches Element die kommunistischen „Diggers“ ab. Diese „Grabreden“ waren damals nur eine Sekte Utopisten. Heute hat der sozialdemokratische Spaten die bürgerliche Herrschaft und die künstliche Einheit ihres Militärsystems ganz anders unterminiert. Und während die Bourgeoisie sich noch ohnmächtig mit dem Ungehorsam der reaktionären Offiziere herumschlägt, naht sich die Stunde, wo Volk wie Armee in ihrer gewaltigen Mehrheit aus Totengräbern dieses Militärsystems wie dieser Klassengesellschaft bestehen wird.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 39 vom 2. April 1914.

Zweierlei Maß

Schon der Vater der Nationalökonomie, Adam Smith, hat vor bald 140 Jahren gesagt: Im Kampfe mit den Arbeitern haben die „Meister“, d. h. die Unternehmer, stets den Vorteil, daß der Zusammenschluß unter ihnen ein viel leichterer ist als unter den Arbeitern. Heute wird das Wort in einer Weise bestätigt, wie der alte Adam es sich nicht hat träumen lassen. Denn auf keinem Gebiete tritt das zweierlei Maß, womit Kapital und Arbeit, Ausbeuter und Ausgebeutete im heutigen Staate gemessen werden, so offen zutage wie in der Behandlung des Rechts auf Organisation. Während das Koalitionsrecht der Arbeiter jetzt durch alle gesetzlichen, gerichtlichen und polizeilichen Schikanen zertrümmert wird, türmen sich die vielfachen Organisationen des Unternehmertums immer höher und trotziger übereinander. Während der Staat den freien Gewerkschaften nur die geballte Faust entgegenhält, hat er alle Hände voll zu tun, um den kapitalistischen Verbänden Wege zu ebnen, sie mit gesetzlichen Garantien zu umgeben, sie wie ein verhätscheltes Kind zu hegen und zu pflegen.

Wie schön haben es da die „Meister“ der Ausbeutung, wenn sie ihre Macht und ihren Druck auf den Staat zusammenballen wollen! Wie viele Arten und Möglichkeiten der Organisation sind ihnen da offen!

Wollen sie der Regierung und Gesetzgebung ihre Wünsche diktieren – dazu stehen ihnen vor allem die Handelskammern zur Verfügung. Hier hat Vater Staat sogar vor liebevoller Sorge für seine kapitalkräftigen Kinder den Organisationszwang eingeführt. Alle im Handelsregister eingetragenen Personen und Gesellschaften sind *verpflichtet*, den Handelskammern Beiträge zu leisten, und diese sind nach dem Gesetz verpflichtet, „den Staatsbehörden ihre Wahrnehmungen über den Gang des Handels, des Manufakturgewerbes und der Schiffahrt und ihre Ansichten über die

Mittel zur Beförderung der einen und der anderen darzulegen“. Wie sehr diese scheinbar so friedfertigen, rein wirtschaftlichen Gebilde, wenn es dem Kapital gerade so paßt, ungeniert und munter in Politik machen, zeigte sich schon in den 60er und 70er Jahren. Wurden doch die Handelskammern wie auch ihr von David Hansemann gegründetes Zentralorgan, der *Deutsche Handelstag*, damals zu den Hauptherden der heftigsten freihändlerischen Agitation, solange diese in die Bismarckschen Pläne paßten.

Wollen die Unternehmer daneben ihre engeren oder lokalen wirtschaftspolitischen oder technischen Interessen wahrnehmen, dann leisten ihnen mannigfache *freie Vereine* die erforderlichen Dienste. Die Eisengießereien bilden einen für sich, die rheinisch-westfälischen Spinner einen anderen, die Textilveredelungsindustrie ist in ihrem Verein zusammengeschlossen, die Brauereien haben ihre „Brausteuergemeinschaft“, in der Montanindustrie wimmelt es von solchen lokalen und Branchenvereinen. Hier werden Wunschzettel an den Staat ausgearbeitet: über wirtschaftliche Gesetzgebung, über Verkehrsmittel, Eisenbahntarife, öffentliche Dienste – alles zu Nutz und Frommen des Kapitals. Wenn es das Kapital braucht, werden Flüsse durch industrielle Abwässer vergiftet, Stadtteile in stinkende Pestherde verwandelt. Wenn aber die organisierte Kapitalmacht winkt, werden Kanäle gebaut, Eisenbahnen durchgeführt, Villenviertel errichtet, die in Luft, Sonne und lachendem Grün baden.

Wollen sich die Unternehmer gegen das konsumierende Publikum verschwören, so greifen sie zum Mittel der *Kartelle*, von dem losen „Konditionskartell“ und der „Preiskonvention“ der Textilkrösse bis zum regelrechten Trust der Elektrizitätsmagnaten. Hier werden Tausende Mittel und Wege ersonnen, um die Masse der Konsumenten zu prellen, dem lieben Vaterland das Fell über die Ohren zu ziehen, während das Ausland zu Schleuderpreisen bedient wird. Hier werden Wegelagererpolitik und zynischer Terror gegen andere Interessentengruppen betrieben wie jüngst im Kriege zwischen den Tuchfabrikanten und den Tuchabnehmern. Hier werden Scharfmacherpraktiken gegen die Arbeiter ausgeheckt, wie 1910 der Boykott des Stahlwerksverbandes gegen die Baufirmen, die sich an der großen Aussperrung nicht beteiligen wollten.¹ Hier wird im geheimen mit den schäbigsten Tricks der Tascheninteressen gearbeitet, die

1 Im Jahre 1910 hatte der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe etwa 160 000 Bauarbeiter ausgesperrt. Gegen die Unternehmer, die sich der Aussperrung nicht anschließen wollten, wurden von den Großindustriellen so drastische Maßnahmen wie Nichtbelieferung mit Baumaterial usw. angewandt, um sie zu zwingen, sich den Maßnahmen der Scharfmacher anzuschließen und geschlossen gegen die Bauarbeiter vorzugehen.

sich über die staatliche Kontrolle ins Fäustchen lachen und mit der Öffentlichkeit Schindluder treiben.

Wieder in einer anderen Ebene sind dieselben Potentaten der Industrie in allgemeinen Unternehmerverbänden zusammengeschlossen, wie der *Zentralverband* der schweren Industrie, der *Bund der Industriellen* für die leichte Industrie und der von den Großbanken gegründete *Handelsvertragsverein*. Nachdem sie sich erst eine Zeitlang heftig befiehdet hatten, fanden sie sich wieder alle in einer idealen „Interessengemeinschaft“ zusammen – in den Treibereien und dem Druck auf Ministerien, Presse und Gesetzgebung zu dem edlen Doppelzweck: Hochschutzzoll und Scharfmacherei.

Endlich direkt als Kriegsorganisationen gegen die Arbeiter sind dieselben Unternehmertreiber noch in den besonderen *Arbeitgeberverbänden* zusammengeschlossen, wo schwarze Listen, Arbeitsnachweise für lammfromme Kapitalsklaven, Einführung der Streikklausel, Lohndruck, Aussperrungen die offen ausgesprochenen Zwecke bilden. Erst im vergangenen Jahre haben sich die beiden Reichszentralen dieser Verbände zu einer gewaltigen Macht verschmolzen¹, und auch der neu entstandene Dresdener Verband wird sicher alsbald in dem größeren Zentrum der Scharfmacherei aufgehen. Hier werden vor den Augen der Öffentlichkeit und unter den schützenden Flügeln des Gesetzes Komplotten gegen die Arbeiter angezettelt, Waffen gegen die ums Brot kämpfenden geschliffen, Massenelend, Krankheit und vorzeitiger Tod für Tausende planmäßig gezüchtet. Hier werden Attentate gegen das Eigentum geschmiedet, gegen das einzige rechtmäßige Eigentum: den aus eigener, harter Arbeit herrührenden Lohn des Proletariers.

Ein und derselbe Industriemagnat ist so fünffach, sechsfach organisiert, übt mit allen Mitteln den stärksten Druck auf die Staatsmaschinerie aus, greift die Arbeiterschaft in der Front und in der Flanke an, schwungt alle Waffen und verschanzt sich selbst hinter einer vielfachen Mauer der Gesetzlichkeit.

Blicken wir auf die Landwirtschaft, so bietet sich dasselbe Bild dar. Analog zu den Handelskammern bestehen da vor allem die *Landwirtschaftskammern*. Und wieder übt hier der Staat liebevoll auf die Junker zu ihrem eigenen Wohl den Zwang zur Organisation aus, macht jedem „Notleidenden“, der eine selbständige „Ackernahrung“ besitzt, den Zu-

¹ Am 5. April 1913 war durch Verschmelzung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegründet worden, um die Bekämpfung der Arbeiterbewegung verstärken zu können.

sammenschluß und das Äußern der Wünsche zur Beseitigung der eigenen „Notlage“ zur Pflicht. Und auch hier tummeln sich außerdem munter allerlei *freie Vereine*, die namentlich im *Landwirtschaftsrat* eine machtvolle Spalte haben. Hier erscheint der Kaiser, um vor seinen getreuen Vasallen und unter ihrem jubelnden Chor Trutzreden zu halten. Hier machen preußische Minister ihre gehorsame Aufwartung, hier werden Hungerzölle dem Volke zudiktirt. Dieselben Junker finden sich wieder in der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* zusammen, um durch allerlei technische Unternehmungen, Ausstellungswesen und dergleichen die Staatsorgane für ihre Tascheninteressen dienstbar zu machen. Dieselben Junker sind in festen Spezialverbänden zusammengeschlossen, die Ritter von der Runkelrübe für sich, die von der Stärke, vom Spiritus, von der Bullenzucht nicht minder – und alle sie sind eifrig daran, mit Hilfe der Behörden auf Kosten des Publikums ihre patriotischen Taschen zu füllen.

Wollen endlich die Handwerker und Kleingewerbetreibenden gegen die bestehende Verfassung konspirieren, auf die Gewerbefreiheit Attentate planen, auf Kosten der Allgemeinheit und entgegen dem wirtschaftlichen Fortschritt für ihre verwirkte Existenz künstliche Hilfsmittel erlangen – ihnen stehen der Handwerkerbund, der Zentralkomitee, der Verband der Gewerbevereine, die Innungen, endlich die Zwangsorganisation der Handwerkskammern zur Verfügung.

So rückt, wohin wir blicken, alles Ausbeutertum der Arbeiterschaft straff organisiert entgegen, und jeder Tag richtet neue Bollwerke auf, führt den Zusammenschluß der alten strenger durch. Es ist dies ein ganzes dichtmaschiges Netz mit Kreuz- und Querfäden, vielfältig verknotet. Und all das System des organisierten Ausbeutertums läuft auf das eine Endziel hinaus: die Ausbeutung zu steigern, die Arbeiterklasse niederzuringen auf jedem Gebiete, in jeder Weise, mit jeglicher Waffe. Hier liegen auf Schritt und Tritt Politik und Wirtschaft, Legalität und flagranter Gesetzesbruch, Öffentlichkeit und lichtscheues verbrecherisches Treiben so eng beieinander wie im Wesen der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt.

Und all das unter dem milden Auge des Staates. Dem organisierten Räuberhandwerk des kapitalistischen Besitzes scheint die Sonne der Gesetzlichkeit, vor ihm verneigen sich Regierung, Reichstag, Landtag und Gemeinderäte, ihm stehen alle Behörden – vom Reichskanzler und Reichsgericht bis zum klobigen Schutzmänn und Krähwinkler Schöffengericht herab – dienstbesessen zu Befehl.

Und derselbe Staat verweigert hartnäckig das Recht auf jegliche Schutzorganisation den Landarbeitern, dem Gesinde wie den Staatsangestellten!

Derselbe Staat sucht jetzt durch Nücken und Tücken einer infamen Gerichts- und Polizeipraxis, durch die schleichende Niedertracht gesetzlicher Kautschukparagraphen auch dem Industrieproletariat das Koalitionsrecht zu entreißen! Selbst bis an die Zähne bewaffnet, wie mittelalterliche Raubritter vom Scheitel bis zur Zehe in eiserne Panzer gehüllt, wollen die Ausbeuter ihre Opfer völlig entwaffnen, ganz wehrlos machen, um ihnen ohne Mühe das Knie auf die Brust zu drücken! Hier haben wir ein Bild des heutigen Klassenstaates in seiner ganzen brutalen Infamie. Und deshalb predigt der jetzige Kreuzzug gegen das Koalitionsrecht nicht bloß den Arbeitermassen die Notwendigkeit, ihr Recht auf Organisation mit Zähnen und mit Nägeln zu verteidigen. Er verkündet auch noch jedem Proletarier, dessen Seele nicht abgestorben ist, mit Donnerwort die gebietrische Pflicht, gegen diesen Klassenstaat selbst einen Kampf auf Tod und Leben zu führen. Er verkündet die dringende Notwendigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen, für die Ausrottung einer niederträchtigen Gesellschaftsordnung, die für eine Handvoll Parasiten des Volkes die weichen Arme einer liebenden Mutter hat, während sie die fronenden Massen mit Skorpionen züchtigt.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 45 vom 23. April 1914.

Fünfundzwanzig Jahre Maifeier

Ein Vierteljahrhundert im Leben der Völker ist wie eine Sekunde im Leben des Menschen. Und doch welcher gewaltige Umschwung, wenn wir unsere Blicke auf die verflossenen fünfundzwanzig Jahre seit dem Bestehen der internationalen Maifeier richten!

Als im Jahre 1890 zum ersten Mal die Bände der neuen Internationale durch das Maifest eingeweiht wurden, boten die sozialdemokratischen Armeen allenthalben das Bild kleiner, schwacher Haufen dar. Die Arbeiterparteien der wichtigsten Länder waren erst vor wenigen Jahren gegründet worden, ihre Vorhut, die deutsche Sozialdemokratie, hatte eben erst die elfjährige Kraftprobe des Ausnahmegesetzes siegreich bestanden. Heute zählen die deutsche Partei wie die deutschen Gewerkschaften ihre Mitglieder nach Millionen, und in allen kapitalistischen Ländern stehen starke organisierte Parteien und ansehnliche Gewerkschaften an der Spitze des kämpfenden Proletariats. Während damals erst kleine Vorposten in den Parlamenten die Sache der Sozialdemokratie vertraten, hat sie seitdem eine großartige parlamentarische Aktion entfaltet, ist in allen Ländern in die gesetzgebenden Körper vom Zentralparlament bis zum Gemeinderat eingedrungen. In diesen fünfundzwanzig Jahren ist die sozialistische Presse zu einer gewaltigen Macht geworden, ist die systematische Bildungsarbeit der Sozialdemokratie und die proletarische Jugendbewegung entstanden.

Doch war dieser stete Aufstieg der Arbeiterklasse nur ein Reflex tiefgreifender Verschiebungen im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Die kapitalistische Produktion, die Industrialisierung der Welt ist im letzten Vierteljahrhundert mit Riesenschritten vorwärtsgegangen. Der technische Fortschritt auf allen Gebieten, namentlich in der Elektrotech-

nik, in der chemischen Industrie, die Eroberung des Luftmeeres für den Verkehr haben einen ungeahnten Aufschwung genommen. Gleichzeitig haben die Konzentration des Kapitals, der industrielle Betrieb, der Ausbau der Kartelle und Trusts, das Emporkommen des zusammengeballten Bankkapitals und sein internationaler Einfluß die Übermacht der herrschenden Ausbeuterklasse ins gigantische gesteigert.

Dieselben fünfundzwanzig Jahre stehen auf politischem Gebiete im Zeichen einer neuen Erscheinung: des Imperialismus. Während Ende der 80er Jahre noch das kleine Europa die eigentliche Bühne der internationalen Diplomatie mit ihren Rechnungen aus der Zeit der Urgroßtante und ihren altväterischen Mitteln und Kniffen war, ist es heute die gesamte Welt mit ihren fünf Erdteilen und drei Weltmeeren, auf denen das internationale Kapital seine völkermordenden Minen legt, seine Wetterwinkel bereitet, seine Apokalyptischen Reiter blutiger Revolutionen und blutiger Weltkriege herumjagt. Seitdem sind in rascher Folge krachender Donnerschläge der japanisch-chinesische, spanisch-amerikanische, südafrikanische, europäisch-chinesische, Russisch-Japanische, tripolitanische und der Balkankrieg, die russische, persische, türkische, chinesische Revolution in die alten Mauern und Schanzen gefallen, sie haben die alte Ordnung von Jahrtausenden in rauchende Trümmer verwandelt, um im gleichen heißen Atem die Weltherrschaft des Kapitals und ihr nahendes Ende zu verkünden.

Für die arbeitenden Massen hat dieser Umschwung auf Schritt und Tritt nur neues Elend, neuen Druck und neue Sklaverei mit sich gebracht. Die Industrialisierung der Welt ist für sie mit der Proletarisierung neuer Millionen und aber Millionen identisch. Der technische Fortschritt ist zur Geißel der intensivsten Arbeit geworden, die Muskeln, Hirn und Blut des Proletariers erbarmungslos peitscht, ihn mit grausamem Sausen zu Grabe hetzt. Die Trutzburgen des konzentrierten Kapitals, die Kartelle und Unternehmerverbände, haben eine Ära von Massenaussperrungen und einen unaufhörlichen Krieg gegen die Koalitionen der Arbeiter eingeleitet. Das Aufkommen des Imperialismus hat ihnen die furchtbare Last militärischer Rüstungen aufgebürdet. Während endlich vor fünfundzwanzig Jahren eine lange Periode des allgemeinen Preisfalls auf dem Weltmarkt und die sogenannte Agrarkrise, d. h. billige Lebensmittel, Gegenstand des allgemeinen Wehklagens der Kapitalistenklasse war, ist seitdem eine schroffe Wendung zur steigenden Teuerung eingetreten, von der kein Ende abzusehen ist.

So ist im wirren Durcheinander schroffer Widersprüche, gewaltsame-

Erschütterungen, zuckender Kämpfe das letzte Vierteljahrhundert kapitalistischer Entwicklung eine genaue Bestätigung, eine lebendige Verkörperung all der Erkenntnisse, Hoffnungen und Bestrebungen geworden, die dem sozialistischen Klassenkampf des Proletariats zugrunde liegen. Ein Stück Geschichte liegt hinter uns, deren jeder Schritt sich den proletarischen Massen mit Brandmalen unzähliger Leiden in den Nacken geprägt hat, deren jeder Zug aber zugleich diesen Massen mit Macht verkündet, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihrem Zusammenbruch entgegenrast und daß die sozialistische Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

In all diesen Zeiten war die Maifeier der lebendige Pulsenschlag des proletarischen Kampfes. Im Jahre 1890 läutete sie die neue Internationale, den Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder, ein und stellte so im voraus der Phase des Imperialismus die gemeinsame Abwehraktion des Weltproletariats entgegen. In Österreich war sie das Signal der Aufrüttelung zum Kampf um das allgemeine Wahlrecht. In Rußland erst eine in kleinen Zirkeln geheim geflüsterte Botschaft, leuchtete sie im Revolutionsjahr 1905 als ein gewaltiger Triumphzug auf den Straßen Warschaus auf, um im Jahre 1911 in Petersburg und anderen Städten durch die Arbeitsruhe einer halben Million das Wiedererwachen des russischen Proletariats von der bleiernen Erstarrung der Konterrevolution zu verkünden. Um die Maifeier floß das Blut der französischen Proletarier in Fourmies und Carmaux und der polnischen in Warschau und Łódź. Sie war überall der erste Aufschrei einer zum Kampf sich ermannenden Arbeiterschicht und die höchste Welle einer aufschäumenden revolutionären Stimmung.

Heute werden die beiden Hauptparolen der Maifeier: *der Achtstundentag und der Völkerfrieden*, mit jedem Tage dringender und lebendiger angesichts des immer unerträglicheren Drucks der Ausbeutung wie der wilden Orgien des Militarismus.

Was ist aber das politische Gesamtresultat der Erfahrungen der letzten fünfundzwanzig Jahre für unseren Kampf? Was ist unsere besondere Aufgabe in der gegenwärtigen Situation? Es ist die Erkenntnis, daß nur proletarische Massenaktionen in ihrer ganzen Wucht und Macht imstande sind, unsere parlamentarische Aktion fernerhin zu stützen und zu erweitern. Daß in großen entscheidenden Momenten des parlamentarischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes, der inneren wie der internationalen Politik nur der höchste Druck jener Massenaktionen, die Arbeitsruhe, imstande ist, der proletarischen Sache zum Siege zu verhelfen.

Es ist der Geist der Maifeier, es ist der Gedanke des Massendrucks

durch verschränkte Arme, aus dem die Maifeier geboren ist, was heute immer mehr die Kampfweise des internationalen Proletariats beherrscht.

Drum lebt die Maifeier heute, nach fünfundzwanzig Jahren, mehr denn je. Drum wird sie alle in dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats unvermeidlichen Momente des Kleinmuts überdauern. Sie bleibt der flammente Sendbote des revolutionären Klassenkampfes. Sie bleibt der weltumspannende Regenbogen der proletarischen Völkerbrüderung, durch dessen leuchtende Pforte die große Armee der Ausgebeuteten und Unterdrückten in eine bessere Gesellschaftsordnung schreiten wird.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 47 vom 27. April 1914.

„Nicht zuständig“

Es gibt in der Geschichte Worte und Situationen, die in einem Augenblick das vorhandene Kräfteverhältnis, den inneren Reifegrad der Gesellschaft so grell beleuchten, wie es sonst Jahre nicht vermögen. Zu solchen gehört die neulich im Reichstag vom Genossen Dittmann vorgebrachte „kurze Anfrage“ über die skandalösen Zustände in einem Infanterieregiment in Straßburg und die noch kürzere Antwort eines schneidigen Generalmajors: die Beantwortung der Anfrage werde abgelehnt, da weder der Reichskanzler noch der Reichstag in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen zuständig seien. Der ganze Vorgang dürfte keine zehn Minuten in Anspruch genommen haben, worauf sich der biedere Reichstag mit Behagen seinem „laufenden Geschäft“ des gesetzgeberischen Strohdreschens zuwandte.

Es handelte sich bei der sozialdemokratischen Anfrage bekanntlich um dokumentarisch belegte Fälle von Überanstrengung bei Felddienstübungen, um Massenerkrankungen von Soldaten, um zwei Todesfälle und zwei Fälle von Selbstmord, die den unmenschlichen Strapazen ein Ende gemacht haben sollen. Die in unserer Presse veröffentlichten Briefe eines der dahingeschiedenen Opfer dieser barbarischen Kasernenpädagogik geben der furchtbaren Wahrheit ein erschütterndes Zeugnis. Schatten zu Tode gemarterter Soldaten pochten also an den Tempel der Volksvertretung. Verzweifelte Blicke anderer Vaterlandsverteidiger, die der Erlöser Tod noch nicht aus der Straßburger Kaserne befreit hat, richteten sich hilfesleidend auf die würdige Gesetzgeberversammlung, dieselbe, die durch ihre Bewilligung der jüngsten Militärvorlage¹ neue Zehntausende von Söhnen des Volkes dem Moloch in den Rachen geworfen hat. Nun er-

¹ Siehe S. 215, Fußnote 1.

klärte aber Moloch auf die knappste Anfrage aus der Mitte der Volksvertreter über die Schicksale jener Volkssöhne schnarrend: Halt's Maul, Reichstag, du bist nicht zuständig! Und was tat darauf der Reichstag? Richtig, er hielt das Maul und schluckte die Antwort im Stile Götz von Berlichingen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Man ist in Deutschland seit der Zabernaffäre¹, seit den zahllosen Selbstentwürdigungen der bürgerlichen Reichstagsmehrheit nachgerade an starke Stücke gewöhnt. Ein Parlament, das sich seit langen Jahren in der Kunst der eigenen Erniedrigung und Preisgebung mit wahren Feuereifer übt, ruft schließlich eine gewisse Abstumpfung gegenüber seinen Helden-taten hervor. Und doch zeigt sich, daß es für den deutschen Reichstag auch noch von der politischen Tiefe, an der er mit Gott für König und Vaterland angelangt ist, einen Abrutsch gibt. Es zeigt sich, daß jeder neue Tag einen neuen, weiteren Schritt der siegreichen Militärdiktatur über die Leiche des deutschen Parlamentarismus mit sich bringt.

Denn was bedeutet die Erklärung des säbelrasselnden Marssohnes an den Reichstag? „Nicht zuständig in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen!“ Aber zur „Ausbildung der Truppen“ gehören Dienstzeit, Miß-handlungen der Soldaten, ihre Ernährungs- und Gesundheitszustände in der Kaserne und auf den Übungsplätzen, die Manöver, die Verwendung der Soldaten als Offiziersburschen und als Streikbrecher, als Mordwerkzeuge gegen streikende Arbeiter und gegen demonstrierende Volksmas-sen. Ja, das ganze heutige Militärsystem hat ja überhaupt keinen anderen erdenklichen Zweck als die „Ausbildung der Truppen“, und so wäre von nun an der Reichstag über dieses ganze System mit all seinem lieblichen Drum und Dran „nicht zuständig“ mitzureden. Die Debatten im Plenum über den Militäretat, die Verhandlungen darüber in den Kommissionen des Reichstags wären von nun an eine unwürdige Farce, ein leeres Wort-gibbimmel, dem nicht einmal mehr eine Selbstdäuschung des würdigen Parlaments über die eigene angebliche Bedeutung einigen sittlichen Ernst verleihen könnte! Der Reichstag würde sich als nur zuständig zur Bewilligung von Geldmitteln für den Militarismus herausstellen.

In jedem Parlament, dessen Mehrheit auf sich selbst wie auf die Verfassungsrechte des Volkes etwas hält, würde ein tosender Sturm der Ent-rüstung dem frechen Kriegsknecht seinen Satz in den Mund zurückgedrückt haben wie selbst in der russischen Duma vor einigen Jahren ein elementarer Sturm der sozialdemokratischen Fraktion einen säbelrasselnden Kriegsminister mitten im frechen Wort zum Schweigen gebracht hat,

1 Siehe S. 367, Fußnote 1.

bis er bleich und zitternd die Tribüne verlassen mußte. Aber das deutsche Bürgertum quittiert hier wieder nur über Fußtritte, die es durch sein frei-williges inbrünstiges Kuschen vor dem Militarismus förmlich erbittet. Die jüngsten Wahlen in Schweden haben in schlagender Weise denselben inneren Zusammenbruch des Liberalismus erwiesen¹, wie er schon durch die letzten Wahlen in Belgien², in Deutschland³ aufgezeigt worden war. In Schweden wie anderswo ergreift das Bürgertum eine Massenflucht aus dem Lager des Liberalismus, um unter den Fahnen der offenen Reaktion dem Götzen Militarismus Opfer zu bringen. Was für Ratschläge gibt nun der deutsche Liberalismus seinem schwedischen Bruder in dieser tristen Lage, auf welchen Weg weist er ihn weiterhin? „Es ist der Weg, der zur Verständigung mit der Rechten führt.“ „Da beide Parteien, Liberale wie Konservative, im Grunde das gleiche wollen, so wäre es das Nächstlie-gende, daß sie sich zu gemeinsamer Lösung der Rüstungsfrage grundsätz-lich bereit erklärt.“ Den schwedischen Liberalen, die ja in diesem Wahl-kampf die Verfassungsrechte gegen das persönliche Regiment auf ihren Schild erhoben, wird gesagt, „sie könnten aus der preußischen Geschichte lernen, daß kein Gegenstand zu verfassungstheoretischen Haarspalte-reien ungeeigneter sei als die Frage der Wehrkraft“. Die Verteidigung des Parlamentarismus gegen das persönliche Regiment, der Verfassung gegen die Militärdiktatur – das sind „theoretische Haarspaltereien“ und die ein-zige „reale“ Politik, das ist der liberal-konservative Block unter den Fah-nen des Militarismus! Wollen doch Liberale und Konservative „im Grunde“ ein und dasselbe! So schrieb neulich im redaktionellen Leit-artikel des „Berliner Tageblatt“, Organ des linken Flügels des deutschen Liberalismus. Es wäre ja geradezu ein Wunder, wenn der deutsche Militarismus auf diesen liberalen Backen, die das Erröten der politischen Scham verlernt haben, nicht sofort die richtige Antwort erschallen ließe, wie sie tatsächlich eine Woche nach jenem Artikel der Generalmajor im Reichstag gegeben hat.

So drückt die erbarmungslose Walze der imperialistischen Entwicklung Tag um Tag das gesamte Bürgertum von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu einer reaktionären Masse platt und zugleich dadurch das Parlament und die Verfassung zu einer Fußmatte für den militaristi-schen Kürassierstiefel. Und jeder weitere Schritt auf diesem Wege macht

1 Im September 1912 waren in Schweden Wahlen zur Ersten Kammer durchgeführt worden, bei denen die Konservativen 88, die Liberalen 49 und die Sozialdemokraten 13 Sitze erobern konnten.

2 Siehe S. 158, Fußnote 2.

3 Siehe S. 6, Fußnote 3.

es zur dringenderen Notwendigkeit, daß in dem Maße, wie sich das bürgerliche Parlament seiner Zuständigkeit im politischen Leben begibt, die arbeitenden Massen draußen im Lande für sich die „Zuständigkeit“ in allen Grundfragen des öffentlichen Lebens durch eigenen Druck, durch Machtentfaltung von höchster Wucht erobern. Wenn unsere Fraktion durch ihr unermüdliches Wirken im Reichstag auch nichts anderes erzielen würde als solche, die Situation mit Blitzlicht beleuchtenden Resultate, so wäre ihre Aktion für die Aufklärung und Revolutionierung der Volksmassen von unschätzbarem Wert.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 50 vom 5. Mai 1914.

Über Militarismus und Arbeiterklasse

Rede am 12. Mai 1914 im VI. Berliner Reichstagswahlkreis

Nach einem Zeitungsbericht

Vor noch nicht einer Woche hat der berufene Vertreter des deutschen Militarismus, Falkenhayn, im Reichstage erklärt, wenn man sich künftig auf das deutsche Militär nicht mehr so verlassen könnte, wie das früher der Fall war, dann könne ihm die ganze Kultur gestohlen bleiben. In diesem Wort ist der Geist des heutigen Militarismus trefflich charakterisiert. Und mein lieber Staatsanwalt in Frankfurt hat das große Wort gesprochen: Ein Sozialdemokrat, der gegen Krieg und Militarismus agitiert, muß auf lange Zeit ins Gefängnis gesperrt werden, denn das sei ein Attentat auf den Lebensnerv des Staates.

Also der blinde Gehorsam des Soldaten ist der Lebensnerv des Staates; wenn aber der Soldat anfängt, über die Zweckmäßigkeit der Befehle nachzudenken, statt als blindes Werkzeug allen Befehlen von oben Gehorsam zu leisten, dann wird es um den Lebensnerv geschehen sein, und die Herrlichkeit des heutigen Militärstaates bricht zusammen. Man bezeichnet den unbedingten sklavischen Gehorsam als den Lebensnerv des Staates. Dagegen ist man unbesorgt um die Nahrungsmittelversorgung des darbenden Volkes.

Seit Jahrzehnten regt sich in den Massen des deutschen Volkes der Hunger nach Bildung und Wissen. Das ist eine Frucht unserer Aufklärungsarbeit. Aber die herrschenden Klassen denken nicht daran, die Volksschulen auszugestalten, denn die Volksschulen sind ja nicht der Lebensnerv des Staates. Es sind keine Sozialdemokraten, die das sagen, sondern wohlbestallte Vertreter des heutigen Klassenstaates. Staatsanwalt wie Kriegsminister haben uns aber auch vorgeworfen, schlechte Patrioten zu sein, und speziell auf meiner kleinen Person lastet das Odium, heimatlos zu sein. Wenn jemand das Recht hat, das Wort Vaterland im Munde zu führen, dann sind wir es. Wir, das arbeitende Volk, durch dessen



Hände die gesamte Gesellschaft erhalten wird. Freilich sind wir nicht der Meinung, daß alle Völker gegeneinander wie reißende Bestien zum Sprunge bereitstehen müssen und daß der schließlich recht behält, der die größten Leichenhügel aufrichtet. Wir glauben vielmehr, daß es den Interessen der Menschheit besser entspricht, daß alle Völker ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und des Glaubens in völligem Frieden und in Freundschaft miteinander leben und in der Erfüllung von Kulturaufgaben wetteifern. Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dieses Ideal könne verwirklicht werden, solange der Kapitalismus noch besteht. Darin unterscheiden wir uns auch von den bürgerlichen Friedensfreunden, die, kaum von der Berner Konferenz¹ heimgekehrt, in Frankreich wie in Deutschland für die ungeheuersten Militärvorlagen stimmten, die je erlebt wurden. Damit, daß wir sagen, solange der Kapitalismus herrscht, sind Kriege unvermeidlich, wollen wir keineswegs das Volk wehrlos machen. Im Gegenteil wollen wir ja gerade den gesamten wehrfähigen Männern die Waffe in die Hand geben. Dann wird allerdings auch die Entscheidung über Krieg und Frieden in der ehrlichen Hand des Volkes ruhen.

Handelte es sich bei den Bestrebungen des heutigen Militarismus wirklich um die Verteidigung des Vaterlandes, dann brauchte man nicht das verwerfliche System der Soldatenmißhandlungen. Oder glaubt ein Mensch im Ernst, der malträtierte Soldat werde mit besonderer Begeisterung in den Kampf ziehen? Die Mißhandlungen gehören zum eisernen Bestand der militärischen Erziehungsmethoden. Sie sind nötig, willenslose Sklaven aus den Soldaten zu machen, die sich zu jedem Verbrechen kommandieren lassen, die sich gebrauchen lassen, jene Scheußlichkeiten zu begehen, die wir im Chinafeldzug², in dem Kampf gegen die Hereros³ erleben mußten. Sie sind aber auch nötig, damit der Soldat, ohne mit der Wimper zu zucken, bereit ist, auf seine Arbeitsbrüder, auf Vater und Mutter zu schießen.

Von welcher Seite wir also den Militarismus betrachten, wir müssen dem Frankfurter Staatsanwalt recht geben: Das Militär ist der Lebensnerv des heutigen Staates. Und gerade gegen diesen müssen wir unsere ganze Kraft richten. Macht man uns auch zum Vorwurfe, daß wir die Entschei-

1 Am 11. Mai 1913 hatte in Bern eine Verständigungskonferenz von 156 deutschen und französischen Parlamentariern stattgefunden, auf der die deutsche Sozialdemokratie durch 24 Abgeordnete vertreten war. Einstimmig war eine Resolution angenommen worden, die den Chauvinismus verurteilte und erklärte, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen wie des französischen Volkes den Frieden will und die Beilegung der internationalen Konflikte durch Schiedsgerichte fordert.

2 Siehe S. 23, Fußnote 1.

3 Siehe S. 370, Fußnote 4.

dung über Krieg und Frieden in die Hände des Volkes legen wollen, obwohl davon nichts in der Verfassung stünde, so antworten wir darauf mit den trefflichen Worten unseres Meisters Lassalle: Die wirkliche Verfassung – das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse. Und die arbeitenden Massen haben die Macht, wenn sie sie nur zu gebrauchen wissen. Es wird kein Krieg mehr stattfinden, sobald die Massen erklären: Wir wollen keinen Völkermord! Lächerlich aber ist es, zu glauben, wir würden etwa bis eine halbe Stunde vor Beginn der Schlacht warten, um dann den Soldaten am Ärmel zu zupfen und ihm zu sagen, er solle nicht schießen. Wir wissen, daß das Herz des Arbeiters die Ideale des Friedens mit der ganzen Menschheit nicht verraten wird, auch wenn der Proletarier des Königs Rock trägt. Wie der kluge Landmann beginnen wir deshalb frühzeitig mit der Aussaat.

Der Militarismus jedoch und die herrschenden Klassen haben den Glauben an sich selbst verloren. Daraus erklärt sich die Angst vor unserer Agitation. Der Militarismus und der auf ihm aufgebaute heutige Staat sind eben durch und durch morsch. Wir aber sind die moralische Macht. Und die Verfolgungen, denen wir ausgesetzt sind, führen uns immer neue Massen zu. Mit zehnfacher Lust und Freude müssen wir in den Kampf ziehen, wenn solche aufklärenden Worte wie die des Kriegsministers und des Staatsanwaltes fallen.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 130 vom 14. Mai 1914.

Zwischen Hammer und Amboß

Die jüngste Kundgebung der *Gesellschaft für soziale Reform*¹ in Berlin ist ein kleines Ereignis von historischem Interesse. Entsetzt über die brausende Flut der Scharfmacherei, wagte sich da ein Dutzend guter Leute und schlechter Musikanten in die Öffentlichkeit, um in einem ziemlich dissonanten Konzert, in dem sich Lobgesänge auf die Sozialreform mit Hymnen auf die „patriarchalische“ Sklavenpeitsche des Unternehmertums und auf die gelben Vereine² mischten, ihre Stimme für die „Fortführung“ der glorreichen deutschen Sozialpolitik zu erheben. Die rührendste Gestalt unter diesen wackeren und unentwegten Rittern von Lamancha, die ihr Schwert aus Pappe gegen die eisernen Panzer der Scharfmacherei schwangen, war der greise Professor Schmoller. Derselbe Schmoller war es, der am 6. und 7. Oktober 1872 jene berühmte Versammlung in Eisenach zusammenberufen hatte, in der die illustren Vertreter der deutschen Professorenwelt ein neues Evangelium der erstaunten Mitwelt verkündeten: den Schutz des wirtschaftlich Schwachen, die friedliche Sozialreform, „ein breites Gebiet des sozialen Gottesfriedens“, das sie in den erbitterten Partei- und Klassenkämpfen mit ihrer gelehrt, gottesfürchtigen und königstreuen Brust nach rechts und links zu verteidigen gelobten. Der damals gegründete Verein für Sozialpolitik war der Fels, auf dem mitten in den brandenden Wogen der sozialen Gegensätze die lila-weiße Fahne des sozialen Friedens und der Ethik einem aufgehenden Zeitalter der Sozialreformen entgegenflattern sollte.

Die neckische Geschichte hat jene Gründung symbolisch zwischen zwei

anderen Geburtsdaten just in die Mitte gestellt. Genau drei Jahre vor der Eisenacher Offenbarung der mit sozialem Öl gesalbten Kathedergelehrten wurde in einer gleichfalls in Eisenach abgehaltenen ungebärdigen Versammlung deutscher Proletarier die Fahne des sozialen Klassenkampfes kühn und trotzig erhoben: Es war dies die von Bebel gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Und genau drei Jahre *nach* der Entstehung des Vereins für Sozialreform schloß sich die Kerngruppe des deutschen Ausbeutertums, die schwere Industrie des Rheinlands, zu dem Bueckschen Verband deutscher Industrieller zusammen, der offen die Schutzzollpolitik und die Scharfmacherei als Programm auf den Schild erhob. Dieser dreigliedrige Plan: rechts die brutale Trutzburg des rücksichtslosen koalierten Kapitals, links der frische, erst halbwegs aufgeworfene Wall des revolutionären Proletariats und dazwischen das Fählein der sieben aufrechten Friedensapostel auf dem Katheder mit dem sanften Palmwedel der Sozialreform in der Hand – das war das genaue Sinnbild der Kräfteverhältnisse wie der weiteren Schicksale des jungen Deutschen Reichs von Bismarcks Gnaden.

Mit Sturm und Braus schlügen alsbald die wilden Wogen des Klassenkampfes über den professoralen Grenzmarken des „sozialen Gottesfriedens“ zusammen. Die Ära Tessendorf¹, das Sozialistengesetz, die schroffe Umkehr zum Hochschutzzoll, Bismarcksche Militärvorlagen und immer krampfhaftere Windungen der indirekten Steuerschraube, die Peitsche der politischen Entrechtung und der Schmachtriemen der wirtschaftlichen Auspowerung für die Massen – das war das Ergebnis der nächsten fünfzehn Jahre nach der Entstehung des Vereins für Sozialreform. Der deutsche Professor ist ein Mann von heroischer Standhaftigkeit. Er überdauert alles. Er tauchte während der Zeit der härtesten Kämpfe unter und kauerte geduldig im klirrenden Waffenlärm unter seinem bescheidenen, von der Welt vergessenen Sträuchlein der „Sozialreform“. Das Sozialistengesetz und alle Streiche der Reaktion gegen die Arbeiterklasse ertrug er mit philosophischer Sanftmut ohne Protest, ja zum Teil erteilte er ihnen seinen Segen.

Als aber nach dem Sturm des Sozialistengesetzes die Arbeiterklasse siegreich dastand, pulvergeschwärzt, aus mancher Wunde blutend, aber kräftig und zum weiteren Kampfe bereit, als die Monarchie sich anschickte, den rauhen Gesellen, an dem die Peitsche zerschlagen war, mit

1 Hermann Tessendorf war von 1873 bis 1879 Erster Staatsanwalt am Berliner Stadtgericht und wurde als Organisator der Sozialistenverfolgungen berüchtigt. Seit 1886 war er Oberrechtsanwalt in Leipzig.

1 Am 9. Mai 1914 hatte die Gesellschaft für soziale Reform in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung durchgeführt.

2 Siehe S. 335, Fußnote 1.

dem Zuckerbrot der Sozialreform zu ködern, da tauchte auch wieder der sozialreformerische Professor strahlend an die Oberfläche. Mit dem sozialpolitischen Evangelium des Kaisers hielt er seine Zeit für gekommen. Doch kurz währte auch dieser Traum. Die neunziger Jahre leiteten nur nach einer knappen Pause von wenigen Jahren zu noch schrofferen und gewaltigeren Klassenkämpfen hinüber, an deren Anfang die Zuchthausvorlage¹ stand und an deren Ende die heutige Hetzjagd gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter steht. Zwischen den zwei feindlichen Großmächten der Gegenwart: dem koalierten Kapital und der geschlossenen Front der Sozialdemokratie, zwischen Hammer und Amboß, konnte der Verein für Sozialreform heute nur als ein moderiges Gespenst wieder auftauchen, um sich die eigene Grabstätte zu besehen.

Die tragikomische Gestalt des Don Quichotte, des ehrlichen Kämpfers um historisch verwirkzte Ideale, verdient stets Sympathie und Achtung, trotz aller Lächerlichkeit seiner Waffen und Feldzüge. Die deutschen Professoren der Sozialreform jedoch haben auf beides – Sympathie wie Achtung – ihr Anrecht verwirkt. Und das schon vor fünfzehn Jahren. Es war im Winter von 1899 auf 1900, als Deutschland sich anschickte, durch das denkwürdige große Flottengesetz, durch die Verdoppelung der Schlachtflotte den entscheidenden Sprung zur imperialistischen Abenteuerpolitik zu vollführen.² Die Kaiserreden von dem Dreizack, der in unsere Faust gehöre, und der Zukunft, die auf dem Wasser liege, waren das Signal zu einer flottenpatriotischen Orgie im ganzen Lande. Und in jener Schicksalsstunde, in der die Würfel über die weitere soziale und politische Entwicklung Deutschlands fallen sollten, stiegen plötzlich auf Kommando des Kaisers alle sozialreformerischen Professoren von ihrem Katheder herab. Sie begaben sich in ihrer ganzen Gelehrtenwürde – eine in Deutschland unerhörte Sache – in öffentliche Volksversammlungen. Der greise Schmoller trug sein silbernes Haar und der junge Sombart seine duftenden Locken in qualmige Berliner Versammlungslokale, um für die große Flottenvorlage Agitation zu treiben! Die Apostel des „sozialen Gottesfriedens“ vertauschten den sanften Palmwedel der Sozialreform mit dem blanken Schwert des Militarismus und stellten sich als freiwillige Eintrieber in den Dienst des Molochs, der das Mark aus den Knochen des Volkes saugt, der jede Sozialreform mit seinem eisernen Tritt zerstampft. Professor Schmoller aber schrieb schwarz auf weiß in seinem Jahrbuch, für Deutschland erwachse als erste Pflicht, für „die Ziele aller höheren geisti-

1 Siehe S. 192, Fußnote 2.

2 Siehe S. 377, Fußnote 2.

gen, sittlichen und ästhetischen Kultur“ sowie auch des sozialen Fortschritts – „sich eine starke Flotte zu schaffen“.

Damals, vor fünfzehn Jahren, hatte die bürgerliche Sozialreform auch ihre Schicksalsstunde erlebt. Sie hat sich damals als verächtliche Magd des Imperialismus mit eigenen Händen entlebt. Und wenn sie jetzt, ihrer Schmach nicht gewahr, vor das Licht der Öffentlichkeit trat, um für die verfolgten Arbeiterkoalitionen ein Wörtlein einzulegen, so kann die Arbeiterschaft nur mit geringschätzigen Lächeln dieser Gespensterversammlung nachblicken. Sie hat gerade auch aus den Schicksalen des Vereins für Sozialreform zur Genüge lernen können, daß sozialpolitischer Fortschritt wie jede Kulturrengenschaft heute nur von dem rücksichtslosen Klassenkampf geboren wird und daß die soziale Rücksicht auf Millionen nur dann zur Tat wird, wenn diese Millionen aus dem geduldigen Amboß, der sie allzulang gewesen sind, selbst zum Hammer werden und mit der ganzen Wucht des revolutionären Willens auf ihre Ketten schlagen.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 54 vom 14. Mai 1914.

Imperialismus

*Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung
des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg*

Nach einem Zeitungsbericht

Bezugnehmend auf den bevorstehenden Internationalen Kongreß in Wien¹, auf dem dieses Thema im Mittelpunkt der Erörterungen stehen wird, kennzeichnete die Rednerin in treffender Weise die imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus und die damit zusammenhängenden Weltkatastrophen. Genossin Luxemburg warf im Anschluß hieran die Frage auf: Welche Mittel und Wege gibt es für uns, unsere Kampfesweise umzugestalten? Wir müssen zunächst einige Korrekturen an unserer bisherigen Praxis vornehmen. Wenn vor zwei Jahren einer unserer Vertreter im Reichstag erklärte, daß wir deutschen Sozialdemokraten auf dem Boden des Dreibundes stehen und ihn als eine Garantie des Friedens ansehen, so steht eine solche Stellungnahme im Widerspruch mit den Konsequenzen der Entwicklung. Es ist einfach eine Utopie und eine gefährliche Illusion, sich einzubilden, daß irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur den Zweck, irgend einen Außenstehenden desto besser abmurksen zu können. Wenn wir Klarheit schaffen wollen, müssen wir betonen, daß keine Bündnisse der kapitalistischen Staaten imstande sind oder auch nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats. Von diesem Standpunkt aus ist die würdige Abhaltung der Maifeier viel wichtiger als alle diplomatischen Bündnisse zusammen. Noch von einem anderen Mißverständnis haben wir uns zu befreien, von der Illusion, daß eine Abrüstung heute möglich ist. Noch nie war ein Traum so kurz wie die Hoffnung auf Abrüstung. Wir sollten auch diesen Phrasen gegenüber nur eine unerbittliche, ätzende Ironie haben. Noch weniger als an einer Ab-

rüstung dürfen wir glauben, daß durch die Mitdeckung der Mittel für Rüstungsvorlagen die Rüstungswut der herrschenden Klasse herabgemindert werden könne. England beweist doch am besten das Gegenteil. Heute ist der Imperialismus nicht nur eine Art der auswärtigen Politik, heute ist er die Religion der bürgerlichen Gesellschaft. Ein imperialistischer Taumel hat die ganze bürgerliche Gesellschaft gepackt. Deshalb ist auch jede Opposition gegen die Regierung und gegen die Junker und Scharfmacher verschwunden. Dieser Taumel ist eine Ursache des Niederganges des Parlamentarismus. Die wichtigsten Vorgänge der auswärtigen Politik sind gemacht ohne den Reichstag. Es sei geradezu ein Hohn gewesen, als im Mai 1913 sich auch bürgerliche Abgeordnete zu der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern zusammengefunden hätten.² Kaum zurückgekehrt, haben diese Herren für die große Militärvorlage³ gekämpft und gestimmt. Nach welchen Mitteln sollen wir nun im Kampfe gegen den Imperialismus greifen? Von dem englischen Genossen Keir Hardie und einigen anderen ist vorgeschlagen, im Falle eines europäischen Krieges einen Massenstreik zu inszenieren. Es wird nicht gehen, daß sich der internationale Kongreß hierauf festlegt, aber es kann beschlossen werden, daß wir in dieser Richtung zu wirken haben. Vor allen Dingen aber ist es erforderlich, die Aktionsfähigkeit der Massen zu steigern. Dazu gehöre erstens die Verbreitung vollkommener Klarheit über die Sachlage und die Konsequenzen der Entwicklung. Es muß den Massen zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie selbst ihr Schicksal zu bestimmen haben. Wir dürfen auf keine Hilfe des Bürgertums bauen. Zweitens ist eine gewisse Korrektur auch in den Organisationsverhältnissen erforderlich. Es muß eine stärkere Demokratisierung des ganzen Parteilebens und auch des Gewerkschaftslebens eintreten. Drittens müssen wir wieder etwas mehr Selbstkritik üben und nicht wie unser Zentralorgan ewig in Zufriedenheit uns gefallen. Die oberste Aufgabe auch im Kampfe gegen den Imperialismus ist die Steigerung der Aktionsfähigkeit der Massen.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 137 vom 21. Mai 1914.

1 Siehe S. 357, Fußnote 2.

2 Siehe S. 215, Fußnote 1.

1 Siehe S. 357, Fußnote 2.

Zum preußischen Wahlrechtskampf

Die Erklärung des Ministers des Innern im preußischen Abgeordnetenhaus, daß die Regierung an eine Wahlrechtsvorlage nicht im Traume mehr denke¹, stellt unsere Partei erneut vor eine ernste Alternative. Das glatte Nein, das nunmehr ohne Umschweife dem gebieterischen Ruf der Massen nach der Beseitigung der Dreiklassenschmach entgegengestellt worden, ist eine freche Provokation, ein der Arbeiterklasse hingeworfener Handschuh und zugleich eine offizielle, endgültige Beglaubigung mehr, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzig und allein von der Straße und auf der Straße erobert werden kann. Die parlamentarische Aktion in dieser Richtung hat längst Bankrott gemacht, was bei dem Verrat des bürgerlichen Liberalismus gar nicht anders sein konnte. Die jetzige Position der Regierung zeigt, daß auf parlamentarischem Gebiete in der Wahlrechtssache nicht einmal Scheingefechte mehr zu gewärtigen, daß den Massen nicht einmal die leisen Illusionen mehr erlaubt sind, als ob sie von irgend einer Seite außer von sich selbst, unter der eigenen entschlossenen Aktion eine Wendung der Dinge zu erwarten hätten.

Offizielle Erklärungen wie die Loebellsche sind politische Akte, die eine gebührende Antwort erheischen. Eine Millionenpartei, die unzählige Male verkündet hat, die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts sei eine ihrer vornehmsten und dringendsten politischen Aufgaben, sei ein Ziel, an das alle Kräfte und die äußersten Mittel gesetzt werden müssen, kann nicht gut schweigend eine Herausforderung hinnehmen, wie sie ihr wieder geworden ist. Im proletarischen Klassenkampf wie in jedem

¹ Am 18. Mai 1914 hatte der preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell im preußischen Abgeordnetenhaus provokatorisch betont, daß die Regierung nicht beabsichtige, eine Verstärkung des Einflusses der Massen und eine Demokratisierung des Wahlrechts vorzunehmen.

politischen Kampf ist Schlag auf Schlag die beste Taktik, worunter natürlich nicht etwa ein sinnloser Lufthieb, sondern der jeweilig passendste und wirksamste „Schlag“ als Antwort gedacht werden muß.

Immerhin wäre in der heutigen Situation sogar ein weiteres abwarten des Schweigen, wie wir es schon in der preußischen Wahlrechtssache seit vier Jahren beobachten, entschieden vorzuziehen etwa einem neuen Versuche mit halben Aktionen, die nach einem Anlauf abgebrochen und an den Nagel gehängt werden sollten.

Freilich, gar so einfach und simplistisch, wie es der schrille Ruf nach dem Massenstreik will, der plötzlich in unserem Leipziger Organ ertönt ist¹, sind ernsthafte Massenaktionen nicht hervorzurufen. Es klingt sehr entschlossen, wenn man, wie der Leipziger Artikel, alle Versammlungen, selbst Straßendemonstrationen und Erörterungen über den Massenstreik ablehnt und nunmehr direkt zum Massenstreik in Preußen mahnt. Es wäre jedoch Zeit, daß man in unseren Reihen lernt, daß Massenstreiks nicht „gemacht“, nicht plötzlich an einem schönen Morgen auf Kommando der Parteileitung und nach ihrem Taktstock wie eine militärische Parade aufgeführt werden. Selbst in einem Lande, wo der politische Massenstreik bereits zur vertrauten, vielfach erprobten Waffe geworden ist, wie Italien oder Rußland, kann die Parole zum Massenstreik in jedem einzelnen Fall von der Partei nur dann mit Aussicht auf Erfolg ausgegeben werden, wenn die Massen durch irgendwelche politischen Ereignisse oder die wirtschaftliche Situation bereits in einen hohen Grad der Erregung und Kampflust gebracht worden sind. In Deutschland hingegen, wo die Massen bis jetzt durch die Parteidisziplin wie die Gewerkschaftsdisziplin hauptsächlich zum Abwarten erzogen und nur auf parlamentarische Wahlaktionen eingetübt sind, wo insbesondere die preußische Wahlrechtsbewegung seit Jahren im Stillstand verharrt, können das Kampffeuер und der stürmische Elan, wie sie zu einer ersten ernsthaften Massenstreikbewegung unabdingt erforderlich wären, nicht von heute auf morgen künstlich durch das Machtwort der Parteileitung hervorgezaubert werden. Große Massenbewegungen haben ihre Psychologie und ihre Gesetze, mit denen ernsthafte Führer rechnen müssen.

Aber gerade diese Psychologie spricht auch dafür, daß es heute eher schädlich als nützlich wäre, wieder irgendwelche Schritte in der preußischen Wahlrechtssache zaghaft vorzunehmen, um auf halbem Wege stehen zu bleiben und baldigst wieder zur Tagesordnung überzugehen. Die Ber-

¹ Heraus mit dem politischen Massenstreik in Preußen! In: Leipziger Volkszeitung, Nr. 113 vom 19. Mai 1914.

liner Parteileitung hat die Lösung zu Massenprotestversammlungen gegen die Erklärungen des preußischen Ministers ausgegeben, und es ist schon richtig, daß in der jetzigen Situation Massenversammlungen in ganz Preußen wohl als der erste Schritt geboten erscheinen, um die Massen zur Aktivität anzuspornen. Allein diese Versammlungen hätten nur dann wirklichen Zweck und Bedeutung, wenn sie als der *Anfang* und nicht etwa als das *Ende* der Aktion gedacht, wenn der Schwung, die Lösungen, die ganze Tonart dieser Versammlungen von vornherein bewußt darauf angelegt wären, weitere, größere, sich mit der Stimmung der Massen steigernde Aktionen einzuleiten. Zugleich müßte die Lösung zu einer energetischen Kampfaction in die Zahlabende, in die örtlichen Zusammenkünfte, in die *Werkstätten* und *Betriebe* hineingetragen, mit Ernst und Nachdruck bei jeder Gelegenheit in die Massen geworfen werden. Man kann nie im voraus mit Sicherheit im Namen der Massen für einen bestimmten Fall bestimmte Aktionen in Aussicht stellen. Wozu aber eine Partei von unserer Größe auf jeden Fall verpflichtet ist, wenn sie einmal eine Aktion beginnt, das ist, ihr Möglichstes zu tun, um die Massen auf den Plan zu rufen und ihre Kampflust zu entfesseln. Die Schwierigkeiten dieser Aufgabe in der jetzigen Situation sind allerdings nicht zu unterschätzen. Nach den scharfen Kampfansagen, die unsere Partei bereits mehrmals in der preußischen Wahlrechtssache hat verlauten lassen, nachdem namentlich im Jahre 1910 die im schönsten Schwung gewesene Massenbewegung auf halbem Wege abkommandiert worden ist¹, dürfte es nicht ganz leicht sein, heute die Massen wieder auf die Beine zu bringen und ihnen den Glauben beizubringen, daß es uns mit den Drohungen einer stürmischen Volksbewegung wider das Dreiklassenparlament diesmal bitter Ernst ist.

Jedenfalls aber dürfen wir die Massen zum Protest aufrufen, *nur* falls es uns selbst damit eben bitter Ernst ist, falls wir bereit sind, soweit es an uns liegt, bis zu den äußersten Konsequenzen den Massen voranzuschreiten. Sollten hingegen Protestversammlungen jetzt die einzige schwächliche Scheinaktion bleiben, dann ist es entschieden besser, von ihnen Abstand zu nehmen. Die Autorität der Partei bei den Massen wie bei den Gegnern leidet mehr, wenn wir durch halbe Aktionen und papierne Resolutionen den irreführenden Eindruck unserer eigenen Unentschlossenheit hervorrufen, als wenn wir vorläufig weiter in Abwarten verharren. Die Ereignisse, die herausfordernde Stellung der Reaktion, die Bedrohung des Koalitionsrechts treiben mit Gewalt dahin, daß den Massen in Preußen früher oder später die Geduld reißen muß und sie beim ersten

¹ Siehe S. 231, Fußnote 2.

Anlaß – mit oder ohne Initiative der Partei – mit einem heiligen Donnerwetter in die jetzige reaktionäre Mißwirtschaft dreinfahren. Für eine Partei, die zur Führung großer Volksmassen historisch berufen ist, ist es freilich selten ratsam, sich von den elementaren Bewegungen der Massen überholen zu lassen. Doch ist es immerhin besser, daß wir jenes unvermeidliche Donnerwetter, wie bis jetzt, abwarten, als daß wir durch schwächliche Halbwüten die Massen entmutigen und so ihre Kampflust schwächen, anstatt sie zu steigern.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 58 vom 23. Mai 1914.

Nochmals der preußische Wahlrechtskampf

Durch die Berliner Protestversammlungen am 26. Mai ist im preußischen Wahlrechtskampf der Stein ins Rollen gekommen. Die Berliner Arbeiterschaft hat an ihrem Teil eine würdige Antwort auf die Loebellsche Herausforderung¹ erteilt, indem sie in siebzehn glänzend besuchten, von bester Kampfstimmung getragenen Versammlungen den Auftakt zum Kampf in ganz Preußen gab. In einigen Wahlkreisen sprach sie in scharf pointierten Resolutionen ihre Überzeugung aus, daß die Versammlungen vom 26. Mai nur der erste Schritt einer erneuten Kampfaction um das preußische Wahlrecht sein können, die sich naturgemäß steigern müsse, bis sie im politischen Massenstreik die einzige wirksame höchste Machtentfaltung der proletarischen Massen erreicht. Und genau im gleichen Sinne rief das Zentralorgan, der „Vorwärts“, in seiner Aufforderung zu jenen Berliner Versammlungen: „Die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung beginnt! Formiert die Sturmkolonnen zum Wahlrechtskampfe!“² Sowohl das Zentralorgan der Partei, das ja mit den leitenden Instanzen in so wichtigen Fragen naturgemäß Fühlung haben muß, wie die Berliner Arbeiterschaft, die ebenso naturgemäß zur Führung im preußischen Wahlrechtskampf berufen ist, haben in unzweideutiger Weise den Appell an die gesamte Partei in Preußen gerichtet, nunmehr in den Kampf auf der ganzen Linie zu treten. Durch dieses Vorgehen des Zentralorgans wie der Berliner Leitung ist aber die Gesamtpartei vor eine ernste Pflicht gestellt worden. Es ist klar, daß eine Organisation von unserer Größe und Bedeutung nicht leichtfertig Drohungen und Kampfansagen in die Welt hinausschmettern kann, ohne ihnen entsprechende Aktionen folgen zu lassen. Es ist klar,

1 Siehe S. 452, Fußnote 1.

2 Volkstrutz gegen Juakertutz. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 139 vom 24. Mai 1914.

dass eine Viermillionenpartei nicht offiziell erklären kann: „Die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung beginnt!“ um hinterrein keinen Finger zu rühren zur Verwirklichung dieser angesagten „zweiten Etappe“. Wir würden uns ja bei Freund und Feind lächerlich machen und die Aussichten des preußischen Wahlrechtskampfes für längere Zukunft ernstlich gefährden, wenn wir in den Massen den falschen Verdacht aufkommen ließen, als stände hinter unseren Kampfparolen kein ernster Wille zur Tat, als wären wir fähig, nach Art der Liberalen dröhrende Ouvertüren mit kläglichem Versagen der Kampflust zu paaren. Und schließlich vergessen wir nicht, daß auf die deutsche Sozialdemokratie die Blicke der gesamten Internationale gerichtet sind. Die Berliner Protestversammlungen und die herzerfrischende Kampfparole des „Vorwärts“ haben im Auslande das freudigste Echo gefunden. So schrieb Genosse Bracke in der Pariser „Humanité“ am 31. Mai zum Schluß eines ausführlichen Artikels über die beginnende „zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung“: „Die deutsche Sozialdemokratie nimmt also von nun an den Kampf um das gleiche Wahlrecht wieder auf. Auf mehreren Parteitagen hat sie beschlossen, ihn unermüdlich zu führen und, falls es nicht im Parlament ginge, das Wahlrecht auf der Straße zu erobern. Sie erklärte auch, daß nötigenfalls die Waffe des Massenstreiks in diesem Kampfe in Anwendung kommen würde . . . Die Versammlungen sind nun im Gange, die Parteipresse tut das Ihrige, die Flugblätter werden verteilt. Man kann sich auf die deutsche Arbeiterklasse verlassen, daß sie den Kampf bis zu Ende führen wird. Sie kämpft ja nicht für sich allein, sondern für das Proletariat der ganzen Welt.“ Ebenso ernst und aufmerksam wird der preußische Kampf im übrigen Ausland verfolgt.

Inzwischen scheint die preußische Parteizentrale mit der nötigen Initiative zur Aktion im ganzen Lande etwas zu zögern. Es mag dabei zu einem großen Teil die übliche Unterschätzung der Kampflust der Massen eine Rolle spielen. Für verantwortliche Organe einer großen Massenpartei wird es in gewöhnlichen Zeiten immer ein mehr oder minder schwerer Entschluß sein, die erste Parole zu großen Aktionen zu geben, ohne die Sicherheit zu haben, daß der Parole an Umfang und Wucht würdige Aktionen auf dem Fuße folgen werden. Allein eine solche Sicherheit kann gerade eine Massenpartei nie im voraus in der Tasche haben, und gewonnen kann sie erst recht nicht werden, wenn sich die leitenden Organe vor lauter Bedenken zu gar keiner Initiative entschließen können. Wer die unvergeßliche Demonstrationsbewegung des Jahres 1910 in Preußen erlebt hat¹,

1 Siehe S. 97, Fußnote 1.

konnte in allen Gegenden des Landes ohne Ausnahme von den leitenden Instanzen hören, daß sie die Größe und die Wucht jener Aktionen nie zu erwarten gewagt hatten. Die tatsächliche Kampfstimung und Disziplin der Massen hatte damals alle Berechnungen der führenden Ge- nossen weit übertroffen. Und dieselbe Erfahrung werden wir noch häufig machen, vorausgesetzt allerdings, daß die Partei nicht selbst zaghaf und schwankend, ohne Lust und Glauben an die Sache herantritt, vorausgesetzt namentlich, daß wir die Massen nicht durch Ansagen von Aktionen beirren, denen wir überhaupt nichts folgen lassen.

Die Zeit, in der wir leben, trägt mit jedem Tag so viel aufreibendes Material, so viel Stoff zur Erregung der Massen zuhauf, daß es ein Wunder wäre, wenn die Massen bei richtiger, konsequenter und ausdauernder Agitation nicht die erforderliche Kampflust aufbringen würden. Kommt es doch nicht etwa auf eine künstlich aufgebauschte Aktion, nicht auf eine gewaltsam herbeigeführte einmalige Entscheidung an. Worauf es ankommt, ist, der in den Massen aus allen möglichen Ursachen aufgespeicherten Erbitterung und Empörung Ausdruck zu verleihen, auf die freche Herausforderung des preußischen Junkerregiments die nötige Antwort zu erteilen und – mit den eigenen Worten der Partei Ernst zu machen. Ob und wieweit die Stimmung der Massen in jeder einzelnen Etappe der Bewegung die Aktion zu entfalten erlaubt, kann niemand im voraus mit Sicherheit bestimmen und noch weniger von oben herab mit dem Taktstock kommandieren. Was aber mit tödlicher Sicherheit vorausgesehen werden kann, das ist, daß gar keine Stimmung und gar keine Aktion in absehbarer Zeit zustande kommen, wenn die Partei fortfährt, nach einem kräftigen Trompetenstoß von der beginnenden „zweiten Etappe“ und von den zu formierenden „Sturmkolonnen“ nach einem schüchternen halben Schritt gar nichts weiter zu unternehmen, wenn die Presse, die Wahlvereine, die lokalen Organe der Partei nicht zur Auf- rüttelung der Massen das Nötige an ihrem Teil leisten.

In jedem Moment das Maximum an Aktionsfähigkeit der Massen auszulösen ist direkte Pflicht einer Kampfpartei wie der unseren. Und wenn die Initiative dazu vom Zentrum aus mangelt, dann muß in einer echten demokratischen Partei wie der unseren die Initiative von unten auf, aus der Provinz, nachhelfen.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 64 vom 6. Juni 1914.

Antrag zur Aktivierung des Parteilebens¹

Im Interesse der geistigen Anregung des Parteilebens in Berlin sowie entsprechend dem demokratischen Charakter der Partei, die ihre wichtigsten Fragen und Entscheidungen den breiten Kreisen ihrer Mitgliedschaft unterbreiten muß, ist auf die Tagesordnung jeder ordentlichen Verbands-generalversammlung von Groß-Berlin außer den geschäftlichen Berichten und Wahlen die jeweilig *wichtigste politische Frage* mit entsprechendem Referat zu setzen.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 153 vom 8. Juni 1914.

¹ Redaktionelle Überschrift. – Dieser Antrag Rosa Luxemburgs wurde von der Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow am 7. Juni 1914 angenommen.

Die Baseler Aktion

Die deutsch-französische Verständigungsaktion, die im vergangenen Frühjahr in Bern ihren Anfang nahm¹ und jüngst in Basel zu einer bleibenden Einrichtung geworden ist², gehört zu jenen Improvisationen des Parlamentarismus, denen man im besten Falle mit einem lachenden und einem weinenden Auge zuschauen kann. Daß zwischen den Millionen des arbeitenden Volkes in Deutschland wie in Frankreich kein Gegensatz, vielmehr engste Solidarität der Interessen besteht, daß die berufene Vertreterin dieser Millionen, die Sozialdemokratie, diesseits wie jenseits der Vogesen ein Hort des Friedens, eine feste Burg der Völkerverbrüderung ist, das ist so viele Male auf Kongressen ausgesprochen worden und wird bei jeder Gelegenheit so laut und deutlich im Tageskampfe vertreten, daß sich ein besonderes Komitee zur Verständigung zwischen deutschen und französischen Arbeitern als ein gar überflüssiges Möbelstück qualifizieren würde. Der Schwerpunkt der Baseler Aktion liegt offenbar in der Teilnahme bürgerlicher Politiker aus beiden Ländern. Wo das Licht, ist aber auch der Schatten des ganzen Unternehmens. Daß der Hunnen-Pastor Naumann³, der auf die Chinaexpedition⁴ und auf die afrikanische Kolonialpolitik Lobgesänge anstimmte, daß der Freisinn, der sich in den Hottentottenwahlen⁵ an dem Militarismus prostituiert hat, daß das Zen-

¹ Siehe S. 444, Fußnote 1.

² Am 30. Mai 1914 hatte in Basel das von der Konferenz in Bern 1913 eingesetzte ständige deutsch-französische interparlamentarische Komitee gesagt. In einer Resolution gab es der Hoffnung Ausdruck, daß eine immer engere Zusammenarbeit der beiden Völker ein Gegengewicht gegen die sich verstärkende Kriegsgefahr sein werde und daß internationale Streitfälle in Zukunft durch schiedsgerichtliche Entscheidung beigelegt würden.

³ Siehe S. 77, Fußnote 2.

⁴ Siehe S. 23, Fußnote 1.

⁵ Siehe S. 7, Fußnote 2.

trum, dem wir speziell die deutsche Schlachtflotte verdanken, daß sie all plötzlich als Apostel des Völkerfriedens neben der Sozialdemokratie auftreten können, scheint uns eher ein Verlust denn ein Gewinn für die Sache zu sein. Nicht als ob wir die Handvoll Parlamentarier, die sich in Basel einfanden, persönlich für Kriegsfanatiker hielten. Im Gegenteil, wir trauen einem Pfarrer Naumann gewiß nicht zu, daß er ein Huhn zu schlachten imstande wäre, und glauben gern auch den Herren Belzer, Bolz und Bollert¹, daß sie aufrichtig den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich wünschen. Nur hängen die Schicksale des Friedens und des Krieges zwischen den Völkern leider nicht von den subjektiven Wünschen und dem guten Herzen ihrer Parlamentarier, sondern von objektiven materiellen Triebkräften der kapitalistischen Entwicklung ab, und es war seit jeher der Stolz und die Stärke der sozialdemokratischen Aufklärung, daß sie in den Massen keine Illusionen über jene Triebkräfte aufkommen ließ. In dieser Ohnmacht gegen die Tendenzen der eigenen Gesellschaftsordnung liegen seit jeher die sterbliche Seite aller bürgerlichen Friedensaktion und auch die Quelle ihrer krausen Widersprüche. Wenn Léon Bourgeois, einer der eifrigsten Vorkämpfer der Friedensliga in Frankreich, zugleich für die dreijährige Dienstzeit² seine Lanzen bricht, wenn Bertha von Suttner den Raubzug der Petroleummagnaten in Mexiko als notwendiges „Ordnung-Erzwingen“ preist, so sind sie sich darin durchaus gleichwertig. Die Entlarvung dieser inneren Hohlheit und Zweideutigkeit der bürgerlichen Friedenschwärmerei war stets Aufgabe der Sozialdemokratie, und der Gegensatz zu jener Richtung steht sogar an der Wiege unserer Bewegung. Es war bekanntlich eine von den Differenzen zwischen Marx und Bakunin in der alten Internationale, daß letzterer die sozialistische Vertretung des Proletariats an die bürgerliche Friedensliga ankoppeln wollte, während Marx diese Bakuninsche Konfession unbarmherzig geißelte. Wenn die reinliche Scheidung angezeigt war zu einer Zeit, als die bürgerliche Friedensbewegung noch in ihren Knospen stand, so dürfte sie nicht minder notwendig sein heute, in der Ära des Imperialismus, nachdem der letzte Rest der bürgerlichen Opposition gegen die militärischen Orgien in allen Ländern geschwunden ist.

Man braucht freilich nicht gerade vom Distelstrauch Feigen pflücken zu wollen und von bürgerlichen Parlamentarier nicht einen ernsthaften Widerstand gegen den Militarismus zu erwarten. Unsere Genossen aus

¹ Emil Belzer und Eugen Anton Bolz gehörten der Zentrumsfraktion des Reichstags, Gerhard Bollert der nationalliberalen Fraktion an.

² Siehe S. 226, Fußnote 3.

Deutschland wie aus Frankreich, die in der Baseler Verständigung mitmachten, täuschen sich sicher nicht einen Moment darüber, daß die Herren Hausmann, Naumann und die anderen parlamentarischen Männer aus beiden Ländern keine ernst zu nehmenden Bürgen des Völkerfriedens sind, sowenig wie das Haager Kasperletheater¹ von des blutigen Zaren Gnaden ein Tempel der Völkerbrüderung ist. Worauf es unseren Ge- nossen ankam, war im Grunde genommen ein ganz bescheidenes Ziel: die möglichste Eindämmung der Kriegshetzerien in beiden Ländern, eine gewisse Beruhigung der öffentlichen Meinung, damit die chauvinistischen Treibereien deutscher- wie französischerseits es nicht gar zu leicht haben mit ihrer vergiftenden Beeinflussung namentlich der leicht erregbaren kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung. In diesem bescheidenen Maße mag die Baseler Verständigungsaktion gewiß ihr Gutes stiften. Nur dürfte dieses Gute nicht durch einen viel größeren Schaden, nämlich durch die Verdunkelung des klaren Klassenbewußtseins beim Proletariat, erkauft werden. Eine solche Verdunkelung ist aber zu befürchten, wenn das bescheidene Zwischenspiel von Basel zu einer welthistorischen Aktion, zu einer Etappe „auf dem Wege zum Weltfrieden“ aufgebaut werden sollte. Sie ist zu befürchten vor allem, wenn wir auch innerhalb dieser kleinen Aktion nicht wenigstens jene minimalsten Vorbehalte machen, die erst die Scheidegrenze zwischen schaler Posse und ernsthaftem Wollen aufrichten. Wenn wir in einer parlamentarischen Stichwahl dem bürgerlichen Kandidaten unsere Unterstützung leihen, verlangen wir nicht, daß ein lendenlahmer Liberaler den Revolutionslöwen markiert, wir stellen ihm aber bestimmte Bedingungen, die nach dem Maß seiner Leistungsfähigkeit zugeschnitten sind. Wir können gewiß von Nationalliberalen, Freisinnigen und Zentrumsleuten nicht erwarten oder verlangen, daß sie grundsätzliche Gegner des Militarismus nach unserem Vorbild werden. Wir können aber ebensowenig eine ständige Friedensaktion gemeinsam mit Leuten veranstalten, die frischweg von den Friedensbanketten und -reden für neue Militärvorlagen stimmen. Der Angelpunkt unserer Agitation gegen die militärischen Rüstungen ist der Hinweis darauf, daß sie mit fataler Notwendigkeit zum Ausbruch der Kriege führen, daß somit, wer für die Vergrößerung der Heere eintritt, damit die Verantwortung für künftige Kriegskatastrophen auf sich lädt. Daraus ergibt sich für uns

¹ Vom 18. Mai bis 29. Juli 1899 hatte in Den Haag die erste sogenannte Friedenskonferenz getagt, die auf Vorschlag von Zar Nikolaus II. einberufen worden war. Die Konferenz beriet Abrüstungsfragen und die friedliche Beilegung internationaler Konflikte, scheiterte aber an den imperialistischen Gegensätzen und vor allem an der aggressiven Haltung des deutschen Imperialismus.

die unabweisbare Pflicht, von den bürgerlichen Freunden der deutsch-französischen Verständigung wenigstens zu verlangen, daß sie von nun an gegen jede weitere Vermehrung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser in den beiden Parlamenten stimmen. Die sozialdemokratische Taktik verbietet uns durchaus nicht, die bürgerlichen Parteien in jedem fortgeschrittenen Vorhaben zu unterstützen. Wozu sie uns aber dabei verpflichtet, ist – die bürgerliche Politik durch unsere Mitwirkung vorwärtszutreiben und nicht etwa ihre Inkonsequenzen und Schwächen ge- duldig mitzumachen und zu bemängeln.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 66 vom 11. Juni 1914.

Rede am 14. Juni 1914 auf der 3. Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend¹

Nach einem Zeitungsbericht

Genosse Ernst hat seine Unzufriedenheit darüber geäußert, daß der Drang der Massen zur Organisation nicht den Erwartungen entspricht, die wir an die Tatsache knüpfen, daß die Massen von den Herrschenden mit Skorpionen gepeitscht werden. Wir müssen uns leider, anstatt einen frisch-fröhlichen Kampf zu führen, mit der Frage beschäftigen, wie wir dem Rückgang der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ und unserer Mitgliederzahlen entgegenwirken können. Worin liegen die Ursachen? Diese Frage ist beim Geschäftsbericht unerörtert geblieben. Die wirtschaftliche Depression ist sicher nicht ohne Einfluß geblieben. Aber es fragt sich, ob nicht die Art und Weise, wie wir den Kampf führen, geeignet ist, die Massen zu entmutigen. Daß darin gesündigt wurde, dafür haben wir ein klassisches Beispiel im Wahlrechtskampf. 1910 war er im schönsten Gange. Es folgten auf Versammlungen Straßendemonstrationen in immer gesteigerter Form. Aber gerade, als wir die glänzendste Demonstration erlebt hatten, erfolgte ein Wink. Wir sollten nach Hause gehen², denn die Reichstagswahlen³ müßten vorbereitet werden. Unser Sieg bei diesen Wahlen war erfreulich, aber im Wahlrechtskampf geschah zunächst weiter nichts, bis vor kurzem wieder einmal 17 Versammlungen stattfanden.⁴ Das Zentralorgan der deutschen Partei schrieb zwar, die zweite Etappe des Wahlrechtskampfes sei angebrochen, es gelte, die Sturmkolonnen zu formieren⁵; aber ich frage, ist das die zweite Etappe, was wir jetzt er-

¹ Redaktionelle Überschrift.

² Siehe S. 231, Fußnote 2.

³ Siehe S. 6, Fußnote 3.

⁴ Am 26. Mai 1914 hatten die Berliner Werkträger in 17 Versammlungen gegen die Provokation des preußischen Innenministers (siehe S. 452, Fußnote 1) protestiert und im Kampf um ein demokratisches Wahlrecht in Preußen die Anwendung der äußersten Machtmittel gefordert.

⁵ Siehe S. 456, Fußnote 2.

Rede im Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins

leben? Es ist außerordentlich gefährlich, solch schmetternde Kampffanfare zu blasen, wenn man es nicht ernst meint. Ebert hat den Parteitag mit den Worten geschlossen: „Wir bekommen entweder das allgemeine Wahlrecht, oder es kommt der Massenstreik.“¹ Die gesamte Internationale blickte voller Erwartung nach Deutschland. Überall glaubte man wirklich, die Aktion von 1910 werde von neuem aufleben. Aber die Enttäuschung war groß. Eine solche Taktik wirkt nicht ermutigend. Ein anderes Beispiel erlebten wir bei dem schmählichen Klassenurteil gegen die Denkmalsünder.² Wir sind alle einig in der tiefsten Entrüstung darüber. Es war aber falsch, zu schreiben: die Tat sei ein Werk von Spitzeln. Wir konnten uns dagegen wenden, daß wir für die Tat verantwortlich gemacht werden, durften aber der bürgerlichen Presse nicht den Vorwand geben, ihre heuchlerische Entrüstung mit unseren Argumenten zu stützen. Ich zweifle, ob man schon gegen das Urteil eine Protestaktion in die Wege geleitet hat. Genosse Ernst hat auf der Generalversammlung von Teltow-Beeskow³ wohl gesagt, der Vorstand wolle mitmachen, wenn die Masse die Initiative ergreife. Dies Versprechen darf aber nur mit einem Körnchen Salz genossen werden. Das beweist der von Stadthagen schon herangezogene Artikel aus dem Mitteilungsblatt.⁴ Nicht unter den Kritikern sind die gekennzeichneten Leute zu suchen, die allerdings nicht in die Partei gehörten, wenn es solche gäbe. Der Verfasser sollte sagen, wen er meint. Zu einer starken Organisation gehören nicht nur gefüllte Kassen, sondern auch ein ziel klarer Kampfgeist. Bezuglich des Wahlrechtskampfes unterbreite ich Ihnen folgende Resolution:

„Die Erklärung des preußischen Polizeiministers am 18. Mai im Abgeordnetenhaus⁵ wie der ganze bisherige Verlauf des Wahlrechtskampfes haben klar bewiesen, daß einzige und allein der höchste Druck des

¹ „Es ist so, wie ein Redner sagte: Entweder werden wir das freie Wahlrecht in Preußen haben, oder wir haben den Massenstreik.“ (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 555.)

² Am 8. Juni 1914 waren drei Berliner Arbeiter zu je $1\frac{1}{2}$ Jahren und ein Arbeiter zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil sie während der Werbewoche der Sozialdemokratie in der Nacht vom 10. zum 11. März 1914 am Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg die Aufschrift „Rote Worte“ angebracht hatten.

³ Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow fand am 7. Juni 1914 in Berlin statt.

⁴ Organisationskritik. In: Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, 9. Jg., Nr. 3 vom 10. Juni 1914. – Verfasser dieses Artikels war der „Vorwärts“-Redakteur Ernst Däumig.

⁵ Siehe S. 452, Fußnote 1.

Massenwillens, daß nur der Massenstreik dem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermag. Jetzt hat die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung begonnen, die in Berlin wie in ganz Preußen mit steigender Wucht weitergeführt werden muß. Die Verbandsgeneralversammlung fordert die Genossen und Genossinnen von Groß-Berlin auf, mit allen Kräften in Werkstätten, Zahlabenden, in allen Zusammenkünften dafür zu agitieren, daß der Wille und die Bereitschaft der Massen zur höchsten Machtentfaltung in Preußen so bald wie möglich zur Tat wird.”¹ (Stürmischer Beifall.)

Vorwärts (Berlin),
Nr. 160 vom 15. Juni 1914.

¹ Diese Resolution wurde gegen einige Stimmen angenommen.

Ein Schritt vorwärts

Die letzte Verbandsgeneralversammlung der acht Berliner Wahlkreise¹ hat gezeigt, daß die Genossen der Reichshauptstadt entschlossen sind, die ihnen gebührende Stellung der Avantgarde im preußischen Wahlrechtskampf tatkräftig zu behaupten. Die frische Kampfstimmung, die in der Versammlung herrschte, der Ernst und der Eifer, womit man während der ganzen Tagung auf die Erörterung des preußischen Wahlrechtskampfes einging, endlich die gefassten Beschlüsse² legen unzweideutiges Zeugnis für den festen Willen der Berliner Arbeiterschaft ab, mit den Kampfansagen der Partei bitteren Ernst zu machen. Das Beispiel Berlins wird zweifellos auf ganz Preußen, ja auf die Genossen im ganzen Reiche ermutigend und anfeuernd wirken. Die letzte Berliner Tagung ist aber nicht bloß durch die Beschlüsse bedeutsam, die schließlich mit übergroßer Mehrheit zur Annahme gelangten, sondern nicht minder durch die Aufführungen, mit denen man gegen jene Beschlüsse Opposition machte und an ihnen Kritik übte. Die Äußerungen des Genossen *Richard Fischer* sind in dieser Beziehung als die deutlichste und schärfste Zusammenfassung der Gedankengänge jener Kreise der Partei und auch der Gewerkschaften zu begrüßen, die als Gegner der Massenstreikidee und der allgemeinen Verschärfung unserer Taktik auftreten. Worin gipfelte die Kritik des Genossen Fischer? In der Ausmalung eines blühenden Phantasiebildes

¹ Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend wurde am 14. Juni 1914 durchgeführt.

² Auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend waren die Resolution Rosa Luxemburgs zur Anwendung des politischen Massenstreiks im Wahlrechtskampf (siehe S. 465/466), ein Antrag Adolph Hoffmanns, zur Unterstützung bei einem politischen Massenstreik einen Kampffonds zu schaffen, und eine Resolution Hagen mit der Forderung, die Werktagler zum Protest gegen die Klassenjustiz aufzurufen, angenommen worden.

von einer wilden Putschaktik, die angeblich nur darum den Massenstreik in Deutschland herbeisehnt, weil sie bewußt auf einen „Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht“ spekuliert, um durch immer neue Zusammenstöße auf „die Revolution“ hinzuarbeiten! Eine Vorstellung, die in ihrer Harmlosigkeit genau an die bekannten Schreckbilder der sozialdemokratischen Taktik erinnert, deren Wohnstätte die Puttkamersche Phantasie ist. Der Massenstreik sei kein Mittel, das gleiche Wahlrecht in Preußen zu erobern, er sei nur geeignet, „die ganze Partei aufs Spiel zu setzen“, warnte Genosse Fischer. Und welche Taktik empfahl er selbst im Namen jener, die über „Syndikalismus“ und „Putschismus“ wehklagen? „Wir befinden uns im Wahlrechtskampf *in der Sackgasse*“, und „wir kriegen das freie preußische Wahlrecht erst an dem Tage, wo die Sozialdemokratie die Macht hat, die preußische Regierung zu stürzen und die Herrschaft des Kapitalismus“¹ [Hervorhebungen – R. L.]. Mit andern Worten: Mit dem gleichen Wahlrecht zum preußischen Landtag müssen wir warten bis zur sozialen Revolution; erst in der sozialistischen Gesellschaft beseitigen wir das Dreiklassenwahlrecht. Bis dahin sind wir „in der Sackgasse“, d. h. können nicht rückwärts und nicht vorwärts, wissen nicht ein noch aus! Das ist eine politische Bankrotterklärung der Sozialdemokratie, ein vor aller Welt öffentlich abgelegtes Bekenntnis der Ohnmacht der Arbeitersklasse, wie man es in der Geschichte unserer Partei noch nie erlebt hat. Warten auf die soziale Revolution, im übrigen sich jede neu angetane Schmach der herrschenden Reaktion geduldig gefallen lassen – das ist also der Weisheit letzter Schluß, die dem deutschen Proletariat von denjenigen Führern empfohlen wird, welche gegen den Popanz des „Syndikalismus“ und „Putschismus“ ins Feld ziehen! Es ist unter diesen Umständen ein wahres Glück für das Ansehen der Partei nach innen wie nach außen, daß die Berliner Genossen gerade nach diesen Ausführungen mit so überwältigender Mehrheit ihr Bekenntnis zur kampffrohen Tat abgelegt, ihren Glauben an die Macht der Arbeitermassen kundgetan haben. Es ist namentlich zu erwarten, daß der bedeutsame Vorstoß, der mit der Sammlung *eines Massenstreikfonds* gemacht worden ist, von den breitesten Schichten der aufgeklärten Arbeiterschaft in Deutschland mit Jubel begrüßt wird als ein deutliches, handgreifliches Zeichen, daß der Wille zur Tat in der Partei kein leeres Wort ist, daß wir aus der Phase der Drohungen in die Phase der Erfüllung hinübertreten.

In diesem Sinne ist der „Kampffonds“ auch nur zu verstehen. Unter keinen Umständen dürfen wir mit dem Sammeln von Mitteln für den

1 Verbands-Generalversammlung in Groß-Berlin. In: Vorwärts (Berlin), Nr. 160 vom 15. Juni 1914.

künftigen Massenstreik bei den Arbeitern die Vorstellung erwecken, als sei das gesammelte Geld nun die eigentliche Vorbereitung der Kampfaktion, deren Gelingen von der Höhe der eingebrachten Summe abhängig, deren Beginn an ein bestimmtes Minimum dieser Summe geknüpft wäre. Das einzige Beispiel unter den zahllosen politischen Massenstreiks im Auslande, bei dem das Sammeln von Geldmitteln zur Voraussetzung der Aktion gemacht worden ist, war der letzte belgische Wahlrechtsstreik¹, der in bezug auf seinen politischen Effekt viel weniger erreicht hat als die früheren belgischen und als viele andere Streiks, die ohne gesammelte Fonds ins Werk gesetzt worden waren. Die Wirksamkeit von Massenaktionen hängt in erster Linie nicht von dem Umfang des Geldbeutels ab, über den die Kämpfenden verfügen, sondern von der Kühnheit und Konsequenz der politischen Taktik, die den Massenstreik begleitet und leitet. Wir haben auch an den Schicksalen der Maifeier erlebt, wie die Frage der Unterstützung zum verhängnisvollen Hemmschuh für die Aktion selbst gemacht werden kann. Um so mehr Grund, daß wir bei dem Sammeln von Geldmitteln für den Massenstreik der Arbeiterschaft klar und scharf einprägen: der Schwerpunkt der Vorbereitung liege *nicht* in den Kassen, sondern in der Bereitschaft der Massen, jegliche Opfer des Kampfes, auch den Hunger auf sich zu nehmen. Der wirkliche „Kampffonds“ jeder großen historischen Bewegung ist nicht klingendes Geld, sondern der Idealismus der Massen und die vorwärtsstrebende, konsequente Politik ihrer Führer. Gerade und nur als ein deutliches Zeichen, daß die Berliner Arbeiterschaft jenen Idealismus zu betätigen und diese Politik bei ihren Führern einzuleiten fest entschlossen ist, sind die Beschlüsse der letzten Berliner Generalversammlung ein Markstein in der Geschichte unserer Partei. Was diejenigen Parteikreise nicht zu begreifen vermögen, in deren Namen Genosse Fischer sprach, das haben die Berliner Genossen bereits vorzüglich verstanden: Die wirkliche „Vorbereitung“ des Massenstreiks, das sind nicht technische Maßnahmen, die im voraus eine Schablone und ein fertiges Schema für eine große geschichtliche Bewegung festlegen wollen, sondern das ist die politische Erziehung der Massen und der Führer zur Zielklarheit, Entschlossenheit, Selbständigkeit im Denken und Festigkeit im Handeln.

Alle Bedenken und Befürchtungen, daß uns die notwendige Unterstützung der Gewerkschaften bei einem solchen Beginnen fehlen könnte, lösen sich in Dunst auf angesichts der jüngsten Praxis der herrschenden Reaktion. Ob die Gewerkschaftsführer es wollen oder nicht, die Gewerk-

1 Siehe S. 194, Fußnote 2.

schaften müssen über kurz oder lang in Kämpfe geraten, in denen es hart auf hart gehen wird. In dem jetzigen Kurs geht es den Gewerkschaften viel mehr an Kopf und Kragen als der Parteiorganisation. Die Lust zu fortgesetzten Angriffen auf das Koalitionsrecht kann den Reaktionsknechten einzig und allein durch ein wuchtiges Auftreten der Massen, durch eine imposante Machtentfaltung der Arbeiterklasse ausgetrieben werden. Deshalb ist jede Machtstärkung, jeder kühne Entschluß zu Massenaktionen in Deutschland zugleich eine Rückendeckung für die Gewerkschaften. Und wenn wir zum preußischen Wahlrechtskampf unsere Sturmkolonnen formieren, können wir ruhigen Gewissens auch die begeisterte Unterstützung von jedem Gewerkschaftsgenossen erwarten und fordern mit den Worten: *Tua res agitur – um deine Sache handelt es sich.*

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 68 vom 16. Juni 1914.

Gegen die Vertagung des Prozesses¹

Rede am 3. Juli 1914 im Prozeß vor dem Berliner Landgericht

Nach einem Zeitungsbericht

Auch ich widerspreche auf das entschiedenste der Vertagung. Wenn ich die Erklärung des Kriegsministers richtig verstanden habe, so hat er gesagt, er betrachte die Beweisführung über die schweren Fälle hinaus für überflüssig. Ich wende mich gegen diese völlige Verschiebung des Beweisthemas. Ich habe bereits wiederholt in diesem Verfahren erklärt, daß ich nicht behauptet habe oder behaupten wollte, daß schwere Dramen im Sinne des Kriegsministers und des Staatsanwalts sich tagaus, tagein ereignen, obwohl ich dies auch nicht in Abrede stelle. Ich sage: Ein Drama ist jede Mißhandlung, erst recht natürlich solche, die zu Selbstmord oder Fahnenflucht oder sonstigen schweren Folgen führen. Alle die Mißhandlungen, die hier bewiesen werden sollen, sind Dramen, und ich bestehe darauf, daß dieses Thema verhandelt wird. Es kann auch bewiesen werden, daß die täglichen Fälle auch von den Zeugen als Dramen aufgefaßt werden. Es würde eine völlige Verschiebung des Beweisthemas sein, wenn man statt dessen, was ich gesagt habe, das Beweisthema anders gestaltet und dem Kriegsminister eine Nachprüfung darüber zugesteht, ob Dramen nach seiner Auffassung vorliegen. Ich will das an einigen Beispielen erläutern, die auch schon im Reichstage zur Sprache gekommen sind.

Ein Unteroffizier in der 6. Kompanie des Infanterieregiments 137 hat

1 Redaktionelle Überschrift. – Vom 29. Juni bis 3. Juli 1914 wurde vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin ein vom Kriegsminister geforderter Prozeß gegen Rosa Luxemburg durchgeführt. Sie wurde beschuldigt, durch Anprangerung der Soldatenmißhandlungen die Offiziere und Unteroffiziere des Heeres beleidigt zu haben. (Siehe dazu S. 419, Fußnote 1.) Zur Beweisführung stellten sich über 1000 Opfer von Soldatenmißhandlungen als Zeugen zur Verfügung, bereit, Rosa Luxemburgs Anklage gegen den Militarismus zu unterstützen. Unter dem Eindruck der Beweise zog es die Klassenjustiz vor, den Prozeß auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Rosa Luxemburg und ihre Verteidiger protestierten nachdrücklich gegen diese Vertagung.

einen Soldaten auf das Spind klettern und singen lassen: Vom Himmel hoch, da komm ich her. Ein anderer Unteroffizier ließ einen Soldaten unter das Bett kriechen und singen: Aus tiefster Not schrei' ich zu Dir.

Das waren keine Mißhandlungen durch Stöße oder Schläge, aber es sind doch Dramen aus dem Leben der Soldaten. Oder ist es kein Drama, wenn sich in Bautzen ein Soldat aus dem Fenster des 4. Stockwerks herabstürzt und dabei das Pech hat, nicht zu seinem Ziel zu gelangen, sondern vor das Kriegsgericht gestellt und zu 6 Monaten Gefängnis wegen Fahnenflucht verurteilt zu werden? All das sind Dramen, nicht nur die Fälle, die zu Selbstmord oder Fahnenflucht führen. Um den Beweis für meine Behauptung zu führen – den Beweis für das vom Kriegsminister und dem Staatsanwalt aufgestellte Beweisthema brauche ich nicht zu führen –, bitte ich, die Verhandlung fortzuführen. Denn wenn diese Fälle vor das Kriegsgericht kommen, so wird das Beweisthema verschleiert.

Vorwärts (Berlin),
Nr. 179 vom 4. Juli 1914.

Die verkehrteste Taktik

Wir leben in einer Situation, wo die Gegner mit Feuereifer daran zu arbeiten scheinen, um unsere Position jeden Tag durch neue Brutalitäten und Verkehrtheiten zu stärken, und es wäre nichts bedauerlicher, als wenn wir uns diese glänzende Position durch eigene Verkehrtheiten verpfuschen wollten. Zu solchen gehört aber zwiefellos der *Hamburger Partei- und Gewerkschaftsbeschuß betreffend die Maifeier*. Was der Beschuß formal fordert, ist nur, daß vom Internationalen Kongreß den einzelnen Nationen überlassen wird, die Art und Weise der Kundgebung am 1. Mai zu bestimmen. Worauf er in Wirklichkeit hinausgeht, ist nichts anderes als die *Abschaffung der Maifeier* überhaupt, und der erste Vorwurf, den man den Hamburger Partei- und Gewerkschaftsvorständen machen muß, besteht darin, daß sie ihre Absicht nicht offen ausgesprochen haben. Wenn man die Maifeier begraben will, dann soll man wenigstens den Mut haben, dies klipp und klar zu sagen. In Wirklichkeit sind die Hamburger leitenden Instanzen heute genau dort angelangt, wo Leimpeters im Jahre 1905 stand, als er auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß die Maifeier ungekniert für einen „lahmen Gaul“ erklärte, den man so schnell wie möglich abschlachten müsse. Es würzt lediglich die Sache, ohne sie um ein Jota besser zu machen, wenn die Hamburger Totengräber der Maifeier aus dem umgekehrten Gesichtspunkt heraus wie Leimpeters seinerzeit, nämlich aus der Erbitterung über die Unzulänglichkeit der bisherigen Maifeier in Deutschland, zu ihrem verzweifelten Entschluß gekommen sind. Es ist dies jedenfalls eine Kurmethode in der Art des berühmten Doktor Eisenbart, eine Aktion, weil sie nicht kraftvoll genug entfaltet wird, gänzlich totzuschlagen.

In noch krassrem Widerspruch steht der Beschuß zu seiner eigenen

Begründung. Weil wir zu einem gewaltigen Kampf um das bedrohte Koalitionsrecht rüsten müssen, so ist es vor allem nötig – just den Posten aufzugeben, auf dem die Arbeiterschaft fünfundzwanzig Jahre lang das Koalitionsrecht wie alle ihre Rechte und Forderungen verteidigte! Zwar sollen gerade die durch die Abschaffung der Maifeier „frei gemachten Kräfte“ auf die anderen großen Abwahraktionen konzentriert werden. Allein, die künftigen Großtaten zum Schutze des Koalitionsrechts bleiben in dem Beschuß der Hamburger Partei- und Gewerkschaftsführer vorerst noch im Nebel vager Redensarten und Drohungen. Was und wie es getan werden soll, um den Angriffen auf das Koalitionsrecht zu begegnen, das ist auch nicht in den allgemeinsten Umrissen angedeutet worden. Hingegen bleibt als die einzige sehr greifbare praktische Maßnahme, die um jener künftigen Großtaten willen vorgenommen wird, die Abschlachtung der Maifeier, d. h. die freiwillige Aufgabe eines alten Kampfpostens für den Achtstundentag, also die Kernfrage des Gewerkschaftskampfes.

Für die Kraftproben der nächsten Zukunft, die immer größeren Opfermut und Idealismus erfordern werden, soll als die geeignete Schulung und Vorbereitung gelten, daß man die Maifeier abschafft, gerade weil sie uns Opfer kostet! – Daß eine solche Taktik einzig dazu führen kann, die Massen zu demoralisieren und die Scharfmacher noch frecher zu machen, kann sich jeder an den Fingern abzählen, der aus der Geschichte der liberalen und freisinnigen Kampfstrategie etwas gelernt hat.

Doch es gibt noch mehr Momente, die den Einfall der Hamburger Ge- nossen so ziemlich als den verkehrtesten erscheinen lassen, den man zu erwarten hätte. Im Mittelpunkt des politischen Lebens und des Klassen- kampfes in Deutschland steht heute der Militarismus und der Kampf um den Weltfrieden. Die Maifeier ist aber eine Kundgebung gleichermaßen für den Achtstundentag und *für den Weltfrieden*.

Die ganze innere und auswärtige Politik wird immer mehr beherrscht vom Imperialismus, gegen den die internationale Solidarität des Proletariats immer mehr zur aktuellen, praktischen Macht ausgestaltet werden muß. Die Maifeier ist aber bis jetzt die einzige regelmäßige internationale gemeinsame Aktion des Proletariats.

Endlich geht die ganze Entwicklung der Verhältnisse dahin, den Schwerpunkt des politischen Lebens und der Entscheidungen in wichtigen Mo- menten aus den Parlamenten in die großen Massenaktionen zu verlegen. Die Maifeier ist aber bis jetzt in Deutschland – und von allen kapitalisti- schen Staaten in Deutschland allein – die einzige nichtparlamentarische Aktion der Massen geblieben.

Und nun findet man angesichts aller dieser Umstände nichts Eiligeres, als ausgerechnet die Maifeier abzuschaffen! Freilich ist es den Wühlercien der Gegner der Maifeier wie aller Massenaktionen gelungen, durch die Unterstützungsfrage wie durch eine systematische Entmutigung der Massen die Maifeier in Deutschland zu schwächen. Allein, es hieße den lebendigen historischen Pulsschlag des proletarischen Klassenkampfes unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß die Ermattung der Maifeier auf die Dauer bestehen würde. Sobald wir in Deutschland eine Periode stürmischer Kämpfe, eine revolutionäre Situation haben, werden wir ein elementares Auflodern der Maifeier erleben, wie wir es nie erlebt haben. So war es in allen Ländern, und so wird es in Deutschland sein. In Russland war die Lösung der Maifeier vor 1912 ein toter Buchstabe, bis sie in dem genannten Jahre zum ersten Mal wie ein Blitz einschlug und eine Million Feiernder auf den Plan rief. In Frankreich gab es seit Fourmies und Carmaux keine so lebhafte Feier wie in den letzten Jahren. In Holland belebt sich die Maifeier Hand in Hand mit dem Wahlrechts- kampf. Überall zeigt die Maifeier – weit entfernt, eine gemachte Parade von pedantischer Gleichmäßigkeit zu sein – einen ewigen Wechsel von Ebbe und Flut, ein lebendiges Auf und Ab des Klassenkampfes, seiner Heftigkeit und seiner Breite. Auch die Maifeier in Deutschland wird, wie so manche Seite des Partei- und Gewerkschaftslebens, die in der stillen Zeit versumpft oder verpfuscht worden ist, an der frischen Brise der stürmischen großen Auseinandersetzungen gesunden, die uns nicht erspart bleiben werden. Es wäre nichts verkehrter und beschämender für die deutsche Arbeiterklasse, als wenn der Vorschlag zur Abschaffung der internationalen Maifeier, dieses Zeugnis der Kleingläubigkeit und des Selbstverzichtes des Proletariats, gerade aus Deutschland käme. Es ist zu erwarten, daß die deutsche Delegation in Wien¹ dem Hamburger Beschuß die Abfertigung zuteil werden läßt, die er verdient.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 82 vom 18. Juli 1914.

¹ Siehe S. 357, Fußnote 2.

Der Friede, der Dreibund und wir

Die Vorgänge haben der internationalen Politik der Sozialdemokratie ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Heute sieht der Blinde, daß die unaufhörlichen Wettrüstungen und imperialistischen Zettelungen mit eherner Notwendigkeit zu dem Ergebnis geführt haben, vor dem die Partei des klassenbewußten Proletariats nachdrücklich und unermüdlich gewarnt hat: dicht an den Abgrund eines furchtbaren europäischen Krieges. Heute erkennen mit Entsetzen auch diejenigen Volksschichten, die sich durch die chauvinistische Hetze des Militarismus hatten einfangen lassen, daß das unaufhörliche Rüsten nicht eine Bürgschaft des Friedens, sondern eine Saat des Krieges mit all seinen Schrecken war. Gerade das Groteske des unmittelbaren Anlasses, aus dem morgen vielleicht in ganz Europa der Kriegsbrand auflodern wird, zeigt am deutlichsten, wie die imperialistischen Staaten in ihrem blinden Treiben Mächte auf den Plan gerufen haben, die ihnen in einem gegebenen Moment über den Kopf wachsen und sie in ihren Strudel reißen werden. Es zeigt sich ferner mit aller handgreiflichen Deutlichkeit, wie sehr die militaristischen Bündnisse, die nach der verlogenen offiziellen Darstellung, auf die naive Gemüter hereinfielen, Pfeiler des europäischen Gleichgewichts und des Friedens sein sollten, sich umgekehrt als mechanische Mittel trefflich bewähren, in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte hineinzuziehen und so einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Der Dreibund hat sich diesmal genauso ohnmächtig gezeigt, einen österreichischen Kriegsvorstoß zu verhüten, wie er vor drei Jahren außerstande war, Italien vor dem blutigen Abenteuer in Tripolis¹ zurückzuhalten. Die Verpflichtungen der Bundesgenossen gegeneinander reichten nicht so weit, für das österreichische Ulti-

¹ Siehe S. 58, Fußnote 1.

matum, das den Krieg entfesselt hat¹, auch nur erst die Mitwirkung und Zustimmung der deutschen Regierung geschweige der Volksvertretung einzuholen. Sie wandeln sich aber, nach der eigenmächtigen Kriegsprovokation Österreichs, in eine „Pflicht“ für Deutschland, sich gleichfalls in das Blutmeer kopfüber zu stürzen, sobald das verbrecherische Treiben Österreichs den russischen Bären auf den Kampfplatz wird herausgelockt haben. Und ebenso soll Frankreichs Volk an die Schlachtbank geschleppt werden, sobald und weil der russische Zarismus, gepeitscht durch die Erinnen der Revolution im Innern und die Furien des Imperialismus in seiner auswärtigen Politik, zwischen den Speeren die Rettung oder den Untergang suchen wird.

Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, daß ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektive in lieblicherem Lichte erscheint als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Russland und Frankreich oder gar am letzten Ende mit England auf sich zu nehmen. Diese Kriegsunlust ist aber, weit entfernt, ein versöhnendes und achtunggebietendes Moment in den Augen der Volksmassen zu sein, vielmehr ein Grund mehr, das Treiben dieser unverantwortlichen Lenker der deutschen Geschicke vor das strengste Gericht der Volksmassen zu ziehen. Denn was hat mehr zu der heutigen Kriegslage beigetragen als das wahnwitzige Rüsten, als die ungeheuerlichen Militärvorlagen, die in Deutschland in den letzten Jahren förmlich einander jagten? Was hat mehr die imperialistischen Appetite im Süden Europas entfesselt, den Zündstoff angehäuft, die Gegensätze verschärft als die frivole Einmischung Deutschlands in den Marokkonflikt², die erst den italienischen Raubzug ermutigt, im weiteren Gefolge die Balkankriege entfesselt³ und so am letzten Ende den heutigen Krieg mit vorbereitet hat? Wenn diejenigen, die seit Jahren mit dem Blut und Gut von Millionen unter kriegerischem Säbelgerassel freventlich gespielt und das Feuer geschürt haben, jetzt vor den Folgen ihres eigenen Tuns ein Grauen überkommt, so haben die Millionen der Proletarier, die auf der Wacht des

¹ Am 23. Juli 1914 hatte Österreich-Ungarn im Zusammenhang mit der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand durch serbische Nationalisten in einer ultimatischen Note von der serbischen Regierung Zugeständnisse gefordert, die eine völkerrechtswidrige Einmischung in deren innere Angelegenheiten bedeuteten. Die Ablehnung dieses Ultimatums nahm Österreich-Ungarn zum Anlaß für die Auslösung des Kriegs.

² Siehe S. 5, Fußnote 1.

³ Siehe S. 415, Fußnote 1.

Völkerfriedens stehen, für diese „Friedenswünsche“ der deutschen Regierung beileibe weder ein Gefühl der Solidarität noch Achtung, sondern nur grimmigen Hohn und eisige Kälte. Kommt es doch in der Politik nicht auf Gefühle und Wünsche, sondern auf Taten und ihre Konsequenzen an. Was aber die tatsächliche Aktion zur Bewahrung des Friedens in Europa betrifft, so gehen die Taktik der regierenden Kreise und die Taktik des klassenbewußten Proletariats in diametral entgegengesetzter Richtung auseinander.

Es gibt nämlich in diesem Augenblick zweierlei Methoden, den europäischen Frieden zu beschützen. Diejenige der offiziellen Politik – wie sie auch durch den Mosse-Freisinn im „Berliner Tageblatt“ vertreten wird – besteht darin, Rußland von der Einmischung in den österreichisch-serbischen Konflikt abzuschrecken durch die feste Aussicht auf die Dreibundtreue Deutschlands und dessen Entschlossenheit, scinerseits dem russischen Bären sofort auf die Pfoten zu schlagen. Von diesem Standpunkt liegt sogar die Möglichkeit nahe, daß man die Aktion der deutschen Sozialdemokratie gegen den Krieg wird zu verdächtigen versuchen, als ermutige sie gerade die Kriegshetzer in Rußland, indem sie die eventuell notwendige Kriegsaktion Deutschlands im voraus zu lähmen drohe. Gegenüber diesem Räsonnement im Stile des „Berliner Tageblatts“ hätte indes das Proletariat nur die kühle Antwort, daß es überhaupt für die Methode, den russischen Kriegsteufel durch den deutschen Kriegsbeelzebub zu vertreiben, keinen Pfifferling gibt. Das klassenbewußte Proletariat kennt eine andere, viel wirksamere und seinem internationalen Klassenstandpunkt viel entsprechendere Methode, dem russischen wie dem vaterländischen Kriegsteufel die Hölle heiß zu machen. Und das ist die Methode, den Kriegsgelüsten der Regierungen den entschlossenen Friedenswillen der Volksmassen entgegenzustellen. Es ist im Grunde genommen die Methode, die in seiner Weise und seinen Verhältnissen entsprechend seit Jahr und Tag das Petersburger Proletariat so glorreich anwendet. Wenn es jetzt noch eine Hoffnung gibt, daß der russische Bär vor den Gefahren des Kriegsabenteuers im letzten Augenblick trotz alledem vielleicht zurückschrecken wird, so ist es einzige und allein der schöne Brand der beginnenden Revolution im eigenen Hause, der diese magische Wirkung auf die herrschende Kamarilla an der Newa ausüben kann. Gelingt es diesmal, den Frieden Europas noch zu wahren, so hat sich Europa dafür nicht bei dem Dreibund, sondern bei dem heldenhaften russischen Proletariat und seiner unerschöpflichen revolutionären Energie zu bedanken. Und ebenso besticht die einzige wirkliche Garantie des Friedens für Deutsch-

land wie für Frankreich darin, ohne Verzug mit aller Energie die latente Macht des Proletariats in Bewegung zu setzen, eine so nachdrückliche Massenaktion gegen den Krieg zu organisieren, daß die lauen „Friedenswünsche“ der Regierungen in einen heißen Schreck vor den unabsehbaren Konsequenzen eines Krieges gewandelt werden. Den Regierungen und den herrschenden Klassen muß gezeigt werden, daß heutzutage *ohne das Volk und gegen das Volk* keine Kriege mehr geführt werden können. Ihnen muß gezeigt werden, daß es sich für diejenigen, die einen Weltkrieg gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmassen unter welchem Vorwand auch anzuzetteln wagen, um Kopf und Kragen handelt. Das französische Proletariat hat soeben auf dem außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratie¹ seine Bereitschaft zur Entfaltung nachdrücklichster Massenaktionen in diesem Sinne klar und deutlich ausgesprochen. Das deutsche Proletariat muß durch seine Bereitschaft zu Aktionen gegen den Krieg mit steigendem Nachdruck gleichfalls auf dem Posten stehen.

Sozialdemokratische Korrespondenz (Berlin),
Nr. 85 vom 28. Juli 1914.

¹ Der außerordentliche Parteitag der Parti Socialiste (Sozialistische Partei) fand vom 14. bis 16. Juli 1914 in Paris statt.

Register

Das Register erfaßt neben den im Text genannten Personen Parteien, Organisationen, Presseorgane und Sachwörter, die letztgenannten unter möglichst weitgehender Anlehnung an den Sprachgebrauch Rosa Luxemburgs. Begriffe, bei denen die Seitennachweise zu zahlreich geworden wären, wurden untergliedert. Die Stellung der Parteien und politischen Kräfte zu konkreten Sachfragen ist unter letzteren aufgenommen, auch wenn keine Untergliederung darauf hinweist. (Zum Beispiel findet man die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Zollpolitik unter dem Schlagwort Zollpolitik.)

- Abdul Hamid 87
Achtstundentag siehe Arbeitszeitverkürzung, Kampf um –
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 208 211
Anarchismus 247 306
siehe auch Generalstreik – anarchistische Auffassung vom –
antimilitaristischer und Friedenskampf 5 12–16 37 45–47 54 78 83 128 177 193
194 226 227 285 395–406 408 409 414–424 437 474 478 479
Arbeiterbewegung 166
– in Belgien 254
siehe auch belgische Arbeiterpartei
Gewerkschaftsbewegung in – Belgien
– in Deutschland siehe Gewerkschaftsbewegung in – Deutschland; Frauenbewegung,
proletarische; Sozialdemokratie, deutsche
– in England 209
– in Rußland 291 292 305
siehe auch Gewerkschaftsbewegung in – Rußland
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki)
Arbeiterklasse 38 146 149 166 167 182 208 212 221 256 257 306 307 372–374
379 387

- historische Rolle der – 25
siehe auch Bewußtheit, sozialistische
Klassenbewußtsein, proletarisches
- Bündnispolitik der – siehe Sozialdemokratie, deutsche – Verhältnis der – zu den bürgerlichen Parteien
- Lage der – im Kapitalismus 71 363–366 380 381
siehe auch Arbeiterschutzgesetzgebung
Ausbeutung
 - in Belgien 194–199 201 204 205 219
 - in Deutschland 182 183 191 208 209 211 250 262 308 479
 - in England 150 221 285 308
 - in Frankreich 221 479
 - in Österreich 204
 - in Rußland 194 219 291 292 306 308 478
- Arbeiterschutzgesetzgebung 292
„Arbeiterzeitung“, Essen 246
- Arbeitszeitverkürzung, Kampf um – 98 99 118 193 293 382–384 393 412 437 474
- Arenberg, Prosper 87
- Arendt, Otto 112 383
- Ashley, Anthony Cooper, Earl of Shaftesbury 383
- Aufteilung der Welt in Einflußsphären siehe Kapitalismus – Aufteilung der Welt in Einflußsphären im –
- Ausbeutung 62 125 127 149 279 281 285 286 340 374 380 389 425 433
siehe auch Arbeiterklasse – Lage der – im Kapitalismus
- Axelrod, P. B. 174
- Babeuf, François-Noël 178 179
- Bakunin, M. A. 461
- Balkankrieg 1912/1913 177 213–215 370 415 477
- Bassermann, Ernst 92 135
- Bauer, Otto 345
- Bebel, August 6 9 49 50 52–55 61 65 79 92 133 214 288 314 315 335–337 345
347 350–352 398 399 409 447
- belgische Arbeiterpartei 194 195 198–201 205 206 309
– Kompromiß der – mit den Liberalen 167–170 200–202 262
- Belzer, Emil 461
- Bender, Ferdinand 381
- „Berliner Tageblatt“ 95 138 272 280 425 441 478
- Bernstein, Eduard 26–30
- Bethmann Hollweg, Theobald von 7 8 10 66 67 69 79 110 111 127 144 248
- Bewußtheit, sozialistische 252 304 308 365 366 405 469
- Bismarck, Otto Fürst von 7 59 62 147 387 421 447
- Bissolati, Leonido 172

- Björnson, Björnstjerne 186
- Blanc, Jean-Joseph-Louis 180
- Blanqui, Louis-Auguste 180
- Block, Hans 355
- Blockpolitik der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien
siehe Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei; Opportunismus – Auffassungen des – zum Parlamentarismus; belgische Arbeiterpartei – Kompromiß der – mit den Liberalen
- Bodmann, Johann Heinrich 138
- Böttger, Hugo 382
- Böllert, Gerhard 461
- Bolz, Eugen Anton 461
- Boulanger, Georges-Ernest-Jean-Marie 7
- Bourgeois, Léon 461
- Bourgeoisie 149 166 167 171 201 230 377 427
– in Belgien 170 201
- in Deutschland 119 147 250 376 377 388 428 441
- in England 284
- in Frankreich 148 149
- Braband, Karl 116
- Bracke, Alexandre 457
- Brandenburg 419
- Braun, Otto 152 156 157
- Breitscheid, Rudolf 225 246
- „Bremser Bürger-Zeitung“ 173 175 176
- de Brouckère, Louis 195
- Budgetabstimmung 144 273 274 350
- Bülow, Bernhard Fürst von 7 60 110 387
- Bülow-Block 110 120 121 132 136 155
- Burenkrieg 214 284
- Cambon, Jules 10 21 64
- Chamberlain, Joseph 284
- Chinakrieg 23 64 67 214 218 387 444 460
- chinesisch-japanischer Krieg 214
- Däumig, Ernst 465
- Danton, Georges Jacques 219
- David, Eduard 215 227 272 276 281 286 350 353
- Deckungsvorlage siehe Militärvorlage, Militärausgaben
- Demokratie, bürgerliche 24 192
siehe auch Parlamentarismus, bürgerlicher
- Staat, bürgerlicher

- und Arbeiterklasse 79 374 385 386 388 412
- demokratische Republik als Forderung der Arbeiterklasse und demokratische Forderungen der Arbeiterklasse siehe Demokratie, bürgerliche – und Arbeiterklasse;
- Parlamentarismus, bürgerlicher – und Arbeiterklasse
- Demonstrationsmassenstreik 254 255 305 306 404
- Destrée, Jules 197
- Deutsche Fortschrittspartei 209 228
- Deutsche Freisinnige Partei 192
- Deutsche Reichspartei 115 236
- Deutsch-Französischer Krieg 70
- Deutschkonservative Partei 66 94 115 116 121 136 138 140 231 236 247 269 270
289 332 377 441
- Deutscher Stahlwerksverband 8
- Dickens, Charles 92
- Dietz, Johann Heinrich Wilhelm 52
- Diktatur des Proletariats siehe Endziel der Sozialdemokratie; Machteroberung, politische, durch die Arbeiterklasse
- Dittmann, Wilhelm 439
- Dohrn, Heinrich 112
- Dreiklassenwahlrecht siehe Landtagswahlrecht in Preußen; Wahlrechtskampf in Preußen
- Ebert, Friedrich 336 360 465
- Einem, Karl von 408
- Endziel der Sozialdemokratie 65 77'99 140 210 221 421 425
siehe auch Machteroberung, politische, durch die Arbeiterklasse
- Engels, Friedrich 25 125 164 181 182 214 220 381
- Ernst, Eugen 464 465
- Ernst, Joseph 354
- Falkenhayn, Erich von 419 443
- Ferdinand I., österreichischer Kaiser 321
- Finanzreform 60 65 109 120 271 272 276 280 282 332
siehe auch Steuern
- Fischbeck, Otto 116 136 138
- Fischer, Richard 353 467–469
- Flottenrüstung 62 75
- Forstner, von 418
- Fortschrittliche Volkspartei 34 91–94 100–107 109–118 120 122 129 131 132 135
137–142 147 152–156 158 192 235 236 263 462
- Fourier, Charles 165 179 180
- Frank, Ludwig 138 144 240 246 260 261
- Franz Ferdinand, österreichischer Erzherzog 477

- Frauenbewegung, bürgerliche 162 412
- Frauenbewegung, proletarische 159 160 164 412
siehe auch Frauenwahlrecht
- Gleichberechtigung der Frau
- Frauenwahlrecht 159–162 165 412
- „Freie Presse“, Elberfeld 153
- „Frie Volkzeitung“, Göppingen 175
- Freisinnige bis 1884 siehe Deutsche Fortschrittspartei
1884–1893 siehe Deutsche Freisinnige Partei
1893–1910 siehe Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung
ab 1910 siehe Fortschrittliche Volkspartei
- Freisinnige Vereinigung 192 377 378 460
- Freisinnige Volkspartei 60 192 378 460
- Friedensbewegung, bürgerliche 461 462
- Friedenskampf siehe antimilitaristischer und Friedenskampf; Friedensbewegung, bürgerliche
- Gaehde, Joseph 84 85
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 13 16 40 260 263 345–347
- Generalstreik 305 306
siehe auch Massenstreik, politischer
- Massenstreik in –
- Streik als Mittel des Klassenkampfes
- anarchistische Auffassung vom – 247 326
- Georg V., englischer König 232
- Gesellschaft für soziale Reform 446
- Gewalt 204
siehe auch Krieg
- Anwendung der – durch die herrschende Klasse 199 379
- Gewerkschaften, proletarische 81
siehe auch Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
- Sozialdemokratie, deutsche – Verhältnis der – zu den Gewerkschaften
- und Massenstreik 345 469 470
siehe auch Opportunismus – Auffassungen des – zum Massenstreik
- Gewerkschaftsbewegung in
- Belgien 309
- Deutschland 13 15 19 99 251 373 389 390 392 435
– Kongress der deutschen Gewerkschaften in Köln 1905 344 473
- England 373
- Frankreich 15 19 373
- Rußland 292 293 307
- Geyser, Friedrich 338 355
- Giesberts, Johann 382

Gleichberechtigung der Frau 73 98 159 161–165 210 410–412
 siehe auch Frauenbewegung
 Frauenwahlrecht
 „Die Gleichheit“ 301
 Goethe, Johann Wolfgang von 333 386
 Gothein, Georg 272
 Grädnauer, Georg 238
 Grey, Sir Edward 216
 Guesde, Mathieu-Basile (genannt Jules) 16 17

Haase, Hugo 273
 Haberland, Carl 381
 Hammerschlag 425
 Hansemann, David Justus 431
 Hasselmann, Wilhelm 317
 Hauptmann, Gerhart 425
 Hausmann 462
 Haußmann, Konrad 95 114
 Heckscher, Siegfried 116
 Heine, Heinrich 130 394
 Henrici 395
 Hererokrieg siehe Hottentottenkrieg
 Hervé, Gustave 16
 Herrmann, Robert 76 369
 Heß, Moses 208
 Heydebrand, Ernst von H. und der Lasa 66 67
 Hoch, Gustav 45
 Hoffmann, Adolph 467
 Hottentottenkrieg 7 70 370 444
 „L'Humanité“ 457
 Hutten, Ulrich von 220
 Huysmans, Camille 54 55

Ibsen, Henrik 186
 Iglesias, Pablo 5 9
 Ihrer, Emma 159
 Imperialismus 24 64 79 82 95–97 99 127 136 191 193 194 211 215 222 230 237
 256 263 280 284 296 313 331 332 351 369 371 388 428 436 437 441 448–451
 461 474
 siehe auch Kapitalismus
 Kolonialpolitik
 Weltpolitik, imperialistische
 – als Vorabend der proletarischen Revolution 25 30 69 183 193

Internationale 182 329 382 401 435 437 461 465
 – Kongreß der – in
 – Brüssel 1868 401
 – Paris 1889 193
 – Brüssel 1891 326
 – Zürich 1893 326 402
 – London 1896 326 402
 – Paris 1900 403
 – Amsterdam 1904 357
 – Stuttgart 1907 403
 – Kopenhagen 1910 309
 – Basel 1912 226 233 239

Internationales Sozialistisches Büro 5 6 16 19 20 49 50 53–55 57 177 341 342 356
 357 360

italienisch-türkischer Krieg 58 63 64 68 214 216 305 370 404 477

Jagow, Traugott von 369
 Jaurès, Jean 16 17 70 71 177
 Jensen, Wilhelm 186
 Junck, Johannes 116
 Junker 22 46 66 67 73 119 166 206 377 378 383 432 433
 Justiz, bürgerliche 419 420

Kant, Immanuel 386
 Kapitalismus
 – Grundwiderspruch im – 193 313 365
 – Widersprüche im – 125 192 193 436
 – Konzentration der Produktion und des Kapitals im – 126 183 193 436
 – Aufteilung der Welt in Einflußsphären im – 21–24 27 28 33 68 77 193 214
 – Krisen im – 364
 – Anarchie der Produktion im – 11
 Kapitalismus in
 – Deutschland 126 127 149 222 373 378
 – Rußland 149
 Kartelle 126 192 431 436
 Kasombe, Muata 386
 Kautsky, Karl 32 43 44 243 264 300–308 310–319 321 351 353 360 361
 Keiling 419
 Keir Hardie, James 5 451
 Kiderlen-Wächter, Alfred von 7 8 10 21 28 35 64 79 127 144
 Kirschner, Martin 85 86
 Klassenbewußtsein, proletarisches 107 148 151 157 172 307 374 391 462
 Klassenkampf, bürgerlicher 377 378

Klassenkampf, proletarischer 11 93 96 99 119 122 123 125 128 129 146 149 150
 182 210 213 220 221 242 247 250–252 257 258 260 265 274 304 318 323 372 391
 392 405 412 428 437 438 447–449 452 474 475

Kleinbürgertum 205

Koalitionsrecht 372–375

- in Deutschland 98 296 323 373 378 387 408 430 434 448 470 474
- in England 372 373
- in Frankreich 373

Koch, William 116

Kolb, Wilhelm 136 138 144 155

Kolonialpolitik 34 35 62 64 76–78 97 136 144 149 193 387

siehe auch Burenkrieg

- Chinakrieg
- Hottentottenkrieg
- italienisch-türkischer Krieg
- Kapitalismus – Aufteilung der Welt in Einflußphären im –
- Marokkokrise
- spanisch-amerikanischer Krieg
- Weltpolitik, imperialistische

- und Sozialdemokratie 7–10 26 33–35 45–48

Kopsch, Julius 109 132 135 136

Krätzig, Karl Hermann 381

Krieg 78 214–216 227 399–403 422 444 445 451 461 476 479

siehe auch Militarismus

Landtagswahlrecht in Preußen 118 132 194 222 223 231 244 249 254 255 259 296
 300 302 303 312 315 324 325 328 331 332 385 386 452–454 456 466

siehe auch Wahlrechtskampf in Preußen

Lapinski 361

Lassalle, Ferdinand 61 65 75 117 122 182 183 208–211 220–224 445

Lavigne, Raymond Felix 193

Lazzari, Constantino 172

Lebedour, Georg 155 385

Leimpetors, Johann 346 473

„Leipziger Volkszeitung“ 18 40 48 49 55 112 238 302–304 311 355 358

Lenin, W. I. 356 357

Liberalismus 166 170 171 183 192 235

- in Belgien 169 201 262 441
- siehe auch belgische Arbeiterpartei – Kompromiß der – mit den Liberalen
- in Deutschland 24 46 65 79 92 94 95 120 147 148 157 158 247 263 264 271 332
 368 369 376 441 452
- siehe auch Deutsche Freisinnige Partei
- Fortschrittliche Volkspartei

Freisinnige Vereinigung

Freisinnige Volkspartei

- in England 284
- Liebknecht, Karl 38 342 408
- Liebknecht, Wilhelm 9 61 288 351
- Linke in der deutschen Sozialdemokratie 351–353 409
- Lischnewska 82
- Lloyd George, David 53
- Loebell, Wilhelm von 452
- Lohnbewegungen, Lohnkämpfe in

 - Rußland 291 294 298 299

- Ludwig, württembergischer Herzog 388
- „La lutte de classe“ 195

Macdonald, James Ramsay 5

Machteroberung, politische, durch die Arbeiterklasse 275

siehe auch Endziel der Sozialdemokratie

Maifeier 191 193 194 292 307 435 437 438 450 469 473–475

Marchlewski-Karski, Julian 355 358 359

Marokkokrise 1905 7 23 27–29 64 68 387

Marokkokrise 1911 5 6 8–11 14–16 19 21–24 26 32–37 45 48–50 53 54 64 67 97
 127 214 256 305 415 477

Martow, L. 174

Marx, Karl 117 125 146 178 181–183 208 209 211 213 214 220 221 257 305 339
 364 379 381 386 461

Marxismus 181

siehe auch Bewußtheit, sozialistische

Massenstreik, politischer 78 193 199 201 202 204–206 223 225 246–249 254 255
 261 288 302 329 330 344 404 405 451 453 469

siehe auch Demonstrationsmassenstreik

- Generalstreik – anarchistische Auffassung vom –
- Gewerkschaften, proletarische – und Massenstreik
- Opportunismus – Auffassungen des – zum Massenstreik
- Partei, proletarische – Rolle der –
- Spontaneität
- Streik als Mittel des Klassenkampfes

- Diskussion über Anwendung des – in Deutschland 83 194 231 240 246 250 251
 255–257 259 260 262–265 296 300–303 305 322–324 326 328 329 333–337
 344 346 348–350 353 453 456 457 465–469
- und Parlamentarismus 223 247 248 261
- siehe auch Massenstreik in – Belgien

Massenstreik in

- Belgien 167 168 194–205 255 261 262 305 309 334 469

34 Luxemburg, 3

- Italien 63 305
- Österreich 196
- Rußland 196 259 292 293 306 307
- Schweden 196
- Materialismus, historischer 117 181 182 386
- Meerfeld, J. 246 250
- Mehring, Franz 154 355 358 359
- Melchior, Karl 84 85
- Militär, Haltung des – zur Politik 427–429
- Militärvorlage, Militärausgaben 61 62 75 215 225–229 233–239 247 249 256 263
267–270 272–277 280 281 283–287 289 300 316 317 331 332 340 346 350
369 377 440 444 447 451 477
- Militarismus 23 24 33 61 62 75–78 95 97 136 144 147 171 193 216 217 222 226
229 230 232 235 239 265 268 272 276–278 280–288 323 338 348 350 352
367 368 370 371 376 379 386 397–404 408 409 415–418 421–425 428 429
437 440 441 443–445 448 460–462 474 476
- siehe auch antiimperialistischer und Friedenskampf
- Zabernaffäre
- und Sozialdemokratie 46–48 229 273
- Milizsystem 63 76 97 118 157 217 223 227 229 230 233 238 267 275 397 398
404 412 418 429
- Millerand, Alexandre-Étienne 172
- Molkenbuhr, Hermann 6 13 49–51 53 54
- Monarchie 385–387 428
- Most, Johann 317
- Müller, Hermann 13 53 335 342
- Müller(-Meiningen), Ernst 109 136
- „Münchner Post“ 393
- Nationalliberale Partei 60 92–95 114 115 120–122 135 147 234 236 250 263
269 270 280 282 287 289 369 377 378 420 462
- Nationalsozialer Verein 192
- Naumann, Friedrich 77 82 192 460–462
- Nettelbeck, Joachim 389
- „Neue Rheinische Zeitung“ 208 339
- „Neue Zeit“ 154 158 246 250 318 335 348 352 354
- Nikolaus II., russischer Zar 232 462
- „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ 110 377
- „Norddeutsches Volksblatt“ 153
- Noske, Gustav 350 353
- Oertel, Georg 289
- Opportunismus 290 315 330–332 334 350

- siehe auch Budgetabstimmung
- Auffassungen des – zum Massenstreik 261 308 310–312 319 323–326 333 336
347 349
- Auffassungen des – zum bürgerlichen Staat 26 261
siehe auch Steuern – direkte
- Auffassungen des – zum Parlamentarismus 166–179 261 312 316 319 320 352
siehe auch belgische Arbeiterpartei – Kompromiß der – mit den Liberalen
Parlamentarismus, bürgerlicher – und Arbeiterklasse
Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei
Wahlrechtskampf in Preußen
- Auffassungen des – zur Kolonialpolitik 26–30
siehe auch Marokkokrise 1911
- Oswald 425
- Owen, Robert 179 180
- Paasche, Hermann 121
- Parlamentarismus, bürgerlicher 24 64 79 94 95 171 210 211 218 222 230 313 367
369 377–379 440 441 451 460
siehe auch Opportunismus – Auffassungen des – zum Parlamentarismus
- und Arbeiterklasse 11 72 79 82 95 96 99 107–109 118 119 125 129 131 136 143
144 149 156–158 170 200 210 211 218 221–223 231 235 237 240 256 264 288
296 314 315 330 379 435 437 474
- siehe auch belgische Arbeiterpartei – Kompromiß der – mit den Liberalen
Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei
- Partei, proletarische 209 210 220 258
siehe auch einzelne Parteien
- Sozialdemokratie, deutsche – als Vorhut der Klasse
- Rolle der – 218 251 254 262 265 301
- Führer und Klasse 203 211 253 425 457
siehe auch Sozialdemokratie, deutsche – Führer und Klasse
- Taktik der – siehe belgische Arbeiterpartei – Kompromiß der – mit den Liberalen; Massenstreik, politischer; Sozialdemokratie, deutsche – Strategie und Taktik der –
- Parteien, bürgerliche 24 72 79 95 100 101 107 121 122 125 130 137 171 192 269
278 296 323 332
siehe auch einzelne Parteien
- Payer, Friedrich von 116
- Pfannkuch, Wilhelm 342
- Périer, Casimir 372
- politischer Massenstreik siehe Massenstreik, politischer
- Polnische Sozialistische Partei (Russisch-Polen) 176
- „Post“ 64 416 420
- Presse, bürgerliche 14 15 66

- proletarischer Internationalismus 12 150 151 194 216 232 403 404 423 437 438
444 450 474
- Proudhon, Pierre-Joseph 180
- Puchta, Fritz 158
- Puttkamer, Robert von 372
- Quarck, Max Ernst 381
- Quelch, Harry 5
- Radek, Karl 173–176 341 342
- Reichstag 23 35 46 60 64 66–68 70 91 94–98 118 119 122 136 143 158 225 228
236 237 242 271 313 440
- Reichstagswahlen
- 1887 (Faschingswahlen) 7
 - 1907 (Hottentottenwahlen) 68 103 110 114–116 118 125 129 136 391 460
 - 1912 6 8 11 14 51 52 65 70 72 79 82 91–97 100 102 114 118 122 124 128 129
231 243 259 319 332 392
 - siehe auch Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei
- Reichstagswahlrecht 98 312 313 315 324 378
- Renner, Karl 215
- Reutcr, von 367
- Revolution, bürgerliche 146 221
- 1848/1849 in Deutschland 147 252 427
 - 1649 in England 427 429
 - 1789 in Frankreich 178
 - 1848 in Frankreich 180 252
- Revolution, bürgerlich-demokratische, 1905–1907 in Rußland 259
- Revolution, proletarische 146 217 257 427
- siehe auch Machtübernahme, politische, durch die Arbeiterklasse
 - Partei, proletarische – Rolle der –
 - 1871 in Frankreich (Pariser Kommune) 147–149 252
- Rhodes, Cecil J. 284
- Richter, Eugen 107 377
- Robespierre, Maximilien-Marie-Isidor de 162
- Rosenfeld, Kurt 408
- Rüstungskosten siehe Militärvorlage, Militärausgaben
- Russisch-Japanischer Krieg 214
- Saint-Simon, Claude-Henri de Rouvroy Comte de 179 180
- Scheidemann, Philipp 121 122 329–337 345 347 348
- Schmidt, Robert 381
- Schmoller, Gustav 447 448
- Schön, Wilhelm Eduard von 7

- Schönaich-Carolath, Heinrich Ludwig Erdmann Ferdinand Prinz zu 135
- Schulze-Delitzsch, Hermann 208
- „Schwäbische Tagwacht“ 154
- Schwarz-Blauer Block 65 91 94 95 102 106 113 114 118–120 122 129 130 132 135
137 263 268 332
- Selbstkritik als Entwicklungsgesetz der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie 51
124 146 208 316 318 319 451
- Singer, Paul 41 206 351
- Smith, Adam 430
- Sombart, Werner 448
- Sozialdemokratie, deutsche 124 131 209 220–222 244 251 252 254 316 329 331
381 435
- siehe auch Linke in der deutschen Sozialdemokratie
- Selbstkritik als Entwicklungsgesetz der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie
 - Zentrismus
 - Parteivorstand der – 5 6 11 13–16 19 20 32 37 38 40 41 45 48–53 91 100–109
111 113–118 122 129–133 135–141 144 152–156 158 225 242 260 263 322 323
331 332 342 344 346 347 352
 - Reichstagsfraktion der – 69 83 97–99 118 157 215 216 222 225 226 228 234
236 237 263 264 267–270 272–274 276–278 282 283 286 288 289 316 317 338
341 368 380 385 442
 - Parteitag der – in
 - Erfurt 1891 315
 - Stuttgart 1898 228
 - Mainz 1900 51
 - Dresden 1903 65 79 314 351
 - Jena 1905 223 259 323 345 347
 - Mannheim 1906 323
 - Leipzig 1909 317 349
 - Magdeburg 1910 242
 - Jena 1911 36 41 45–56 102 104 110 346
 - Jena 1913 242 259 322 323 325 326 328–353 355
 - Agitation der – 9 10 14 15 32 37 47 83 107 108 131 140 157 226 229 230
235 236 268 269 315 396 397 401 404 408 409 421 422 424 458
 - Parteipresse der – 20 40 66 100 102 113 125 129 229 234 263–265 270 289
301 316 318 329 331 349 353 355 358 359 393 408 435 457
 - Parteidisziplin in der – 39 141 142 153 221 243 255 453
 - als Vorhut der Klasse 13 14 18 25 209 210 230 252–254 256 258 262 309 311
318 319 321 334 337 454 455 458
 - Führer und Klasse 20 38–42 51 129 133 139 141 155 253–256 265 266 304 321
330 332 337 458
 - Strategie und Taktik der – 9–11 14 64 91 96 97 100 107 109 118 120–122 129

- 130 132–135 138 142 215 223 231 233 235 241 243–258 264 286–289 296 316
 327 329 331–334 339 349 352 453 463–465 468 469 474
 siehe auch Massenstreik, politischer – Diskussion über Anwendung des – in Deutschland
 Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei
 Wahlrechtskampf in Preußen
 Parlamentarismus, bürgerlicher – und Arbeiterklasse
 – Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Opportunisten in der – 343 351
 352
 – Verhältnis der – zu den Gewerkschaften 345–347 349
 – Verhältnis der – zu den nichtorganisierten Massen 303 304 308–312 318 329 334
 – Verhältnis der – zu den bürgerlichen Parteien 47 91 93 96 101 102 117 121 130
 236 241 250 319 340 463
 siehe auch Parlamentarismus, bürgerlicher – und Arbeiterklasse
 Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei
 Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens 173 174 356 357 360 362
 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands 61 447
 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands 356 357 360 362
 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) 356 357 360 361
 „Sozialdemokratische Korrespondenz“ 358
 Sozialismus, utopischer 178–180
 Sozialismus, wissenschaftlicher siehe Bewußtheit, sozialistische; Marxismus
 Sozialistengesetz 59 256 377 447
 Sozialistische Partei (Französische Sektion der Arbeiterinternationale) 15 16 226
 Sozialpolitik, bürgerliche 380–384 446 448 449
 siehe auch Arbeiterschutzgesetzgebung
 Spahn, Peter 121
 spanisch-amerikanischer Krieg 213 214
 Spiegel, Karl Michael 381
 Spontaneität 203–206 301 303 306 455
 siehe auch Massenstreik, politischer
 Partei, proletarische – Führer und Klasse
 Sozialdemokratie, deutsche – Führer und Klasse
 Sozialdemokratie, deutsche – Verhältnis der – zu den nichtorganisierten Massen
 Staat, bürgerlicher 281 430–434 444 445
 – Stellung der Arbeiterklasse zum – 26 149 215 273 407 426 434
 siehe auch Parlamentarismus, bürgerlicher – und Arbeiterklasse
 Stadthagen, Arthur 465
 Stampfer, Friedrich 229
 Steuern 344 348–350 352 353
 – direkte 61 75 235 263 268 271–277 279–286 317 338–341
 – indirekte 59–61 73 74 95 98 119 136 144 271 275–282 285 289 338–341 447

- Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei 91–94 100–122
 129–144 152–158 172 263
 Straßendemonstrationen 167 231
 Strauß, David Friedrich 220
 Streik als Mittel des Klassenkampfes 167 310 372
 siehe auch Generalstreik
 Massenstreik, politischer
 Streikbewegungen in
 – Deutschland 72 80 126 134 150
 – England 134 150
 – Rußland 194 291 295 298
 Südekum, Albert 272 276 281 286 340 350 353
 Suttner, Bertha von 461
 Szczypterowski, Lucian 84 85 89
 Taktik der deutschen Sozialdemokratie siehe Marokkokrise 1911; Massenstreik, politischer – Diskussion über Anwendung des – in Deutschland; Parlamentarismus, bürgerlicher – und Arbeiterklasse; Sozialdemokratie, deutsche – Strategie und Taktik der –; Stichwahlabkommen Sozialdemokratie – Fortschrittliche Volkspartei; Wahlrechtskampf in Preußen
 Tessendorf, Hermann 447
 Thalheimer, August 175
 Tirpitz, Alfred von 216
 Tolstoi, L. N. 185–190
 Traub, G. 173
 Trotha, Lothar von 370
 Turati, Filippo 172
 Turgenjew, I. S. 185
 Umsturzvorlage 192
 Unternehmerverbände 57 192 430–434 436
 Vaillant, Édouard-Marie 5 9 16 17
 Vandervelde, Émile 196 197 360 362
 Verband der Deutschen Buchdrucker 40
 Verband deutscher Industrieller 447
 Verein für Sozialpolitik 446–449
 Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 432
 Versicherungsordnung 120 136
 „Der Volksstaat“ 61
 „Volksblatt“, Bochum 246
 „Volksstimme“, Chemnitz 237
 Vollmar, Georg von 228 315

- „Vorwärts“ 10 18 19 26 43 52 104 134 136 139 142 143 153 155–158 196 197
 225 228 231 232 234 238 239 243 260 264 270 271 276 286 305 309 319 321
 334 360 456 457 464
 „Vossische Zeitung“ 332
- Wagener, Paul 295
- Wahlen siehe Reichstagswahlen
- Wahlrecht 323 328
- siehe auch Frauenwahlrecht
- Landtagswahlrecht in Preußen
 - Reichstagswahlrecht
 - Wahlrechtskampf in Preußen
- in Belgien 167–169 194–200 202 205 206 248 262 309
- in Österreich 196 437
- in Schweden 196
- Wahlrechtskampf in Preußen 11 63 76 97 99 223 231–233 239 242 243 245 250
 256 296 301 303 312 316 317 319 320 325 331 400 456 457 464 467 468 470
- Wehrvorlage siehe Militärvorlage, Militärausgaben
- Weitling, Christian Wilhelm 180
- Weltpolitik, imperialistische 10 11 22–25 30 33–37 62 95 149 230
- siehe auch Imperialismus
- Colonialpolitik
- Wendemuth 154
- Wermuth, Adolf 144
- Westarp, Kuno Graf von 340
- Wiemer, Otto 132 135 136
- Wilhelm II., deutscher Kaiser 23 64 68 75 214 232 368 381 387
- Winterfeld, von 85
- Wrangel, Friedrich von 146
- Wurm, Emanuel 228 338 339 341 349
- Zabernaffäre 367–370 376 378 380 385 387 420 427–429 440
- Zentrismus 351–353
- Zentrumspartei 24 34 46 99 136 192 236 247 250 269–271 280 282 287 289 332
 368 369 377 378 461 462
- Zetkin, Clara 45
- Zollpolitik 57 59–61 73 74 95 98 119 136 144 275 279 280 282 377 387 447
- Zuchthausvorlage 192 387 448

Inhalt

Vorwort	1*
Redaktionelle Vorbemerkung	32*
Um Marokko	5
Friedensdemonstrationen	12
Dic Marokkokrisis und der Parteivorstand	18
Marokko	21
Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik?	26
Unser Marokko-Flugblatt	32
Wieder Masse und Führer	37
Zur Erwiderung	43
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 16. September 1911 in Jena	45
I Antrag zur Marokkoresolution	45
II Begründung des Antrages zur Marokkoresolution	46
III Rede gegen die Passivität des Parteivorstandes in der Marokkokrise	48
IV Verteidigung gegen persönliche Angriffe	53
Resolution über die Lohnsmittelsteuerung	57
Dem Weltkrieg entgegen. Rede am 7. Oktober 1911 in Stuttgart	58
Das Marokkoabkommen im Reichstag	66
Die politische Lage und die Sozialdemokratie. Rede am 1. Dezember 1911 in Leipzig	70
Rede am 19. Dezember 1911 im I. Berliner Reichstagswahlkreis	80

Inhalt

Bemerkung zum „Vorwärts“-Bericht über die Rede am 19. Dezember 1911 im I. Berliner Reichstagswahlkreis	83
Im Asyl	84
Was nun?	91
1. Die neue Situation	91
2. Unsere Aufgaben	96
Unsere Stichwahltaaktik	100
I	100
II	105
III	111
IV	117
Unser Wahlsieg und seine Lehren. Rede am 1. März 1912 in Bremen	124
Eine Verteidigung oder eine Anklage?	134
I	134
II	139
Märzenstürme	146
Rede am 31. März 1912 in der Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend	152
Frauenwahlrecht und Klassenkampf	159
Schlag auf Schlag	166
Blinder Eifer	173
Diskussionsbeitrag in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 28. Oktober 1912	177
Karl Marx	178
Tolstois Nachlaß	185
Der Maigedanke auf dem Vormarsch	191
Das belgische Experiment	195
I	195
II	199
III	203
Nach 50 Jahren	208
Die weltpolitische Lage. Rede am 27. Mai 1913 in Leipzig-Plagwitz	212
Lassalles Erbschaft	220

Inhalt

Unsere Aktion gegen die Militärvorlage	225
I	225
II	229
Die zweite Lesung der Wehrvorlage	234
Der „Vorwärts“ und die Milizforderung	238
Diskussionsrede zum Massenstreik am 10. Juni 1913 in einer Parteiversammlung in Wilmersdorf	240
Zur Tagesordnung des Parteitags	242
Taktische Fragen	246
I	246
II	250
III	254
Der politische Massenstreik. Rede und Schlußwort am 22. Juli 1913 im IV. Berliner Reichstagswahlkreis	259
Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage	267
I	267
II	270
III	274
IV	279
V	283
VI	286
Zu dem Riesenkampf in Łódź	291
Resolution zum politischen Massenstreik	296
Der Riesenkampf in Łódź	298
Das Offiziösentum der Theorie	300
I	300
II	305
III	312
IV	316
Die Massenstreikresolution des Parteivorstands	322
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. bis 20. September 1913 in Jena	328
I Antrag zur Resolution über den politischen Massenstreik	328
II Rede über die Taktik der Sozialdemokratie	329
III Rede zur Steuerfrage	338
IV Zusatzantrag zum Fall Radek	341
V Begründung des Zusatzantrags zum Fall Radek	341

Inhalt

Nach dem Jenaer Parteitag	343
I	343
II	348
Erklärung	354
Forderungen an die Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung“	355
Zur Spaltung in der sozialdemokratischen Dumafraktion	356
Ankündigung der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“	358
Bemerkung zur Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 13. und 14. Dezember 1913 in London	360
Arbeitslos!	363
Die Bilanz von Zabern	367
Um das Koalitionsrecht	372
Die künftige Revanche	376
Die alte Programmforderung	380
Noch eine Lehre von Zabern	385
Der gelbe Sklaventanz	389
Mücken und Elefanten	393
Verteidigungsrede am 20. Februar 1914 vor der Frankfurter Strafkammer	395
Rede am 22. Februar 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs in Frankfurt am Main	407
Die Proletarierin	410
Diskussionsbeitrag und Schlußwort am 7. März 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs in Freiburg i. Br.	414
I	414
II	425
Die andere Seite der Medaille	426
Zweierlei Maß	430
Fünfundzwanzig Jahre Maifcier	435
„Nicht zuständig“	439
Über Militarismus und Arbeiterklasse. Rede am 12. Mai 1914 im VI. Berliner Reichstagswahlkreis	443
Zwischen Hammer und Amboß	446

Inhalt

Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg	450
Zum preußischen Wahlrechtskampf	452
Nochmals der preußische Wahlrechtskampf	456
Antrag zur Aktivierung des Parteilebens	459
Die Baseler Aktion	460
Rede am 14. Juni 1914 auf der 3. Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend	464
Ein Schritt vorwärts	467
Gegen die Vertagung des Prozesses. Rede am 3. Juli 1914 im Prozeß vor dem Berliner Landgericht	471
Die verkehrteste Taktik	473
Der Friede, der Dreibund und wir	476
Register	481